

„stewren, raisen, wachen, schenken“

Steuern und Rechte jüdischer Bürger im Vergleich mit christlichen rechtlichen Gruppen und im Rahmen des städtischen Finanzhaushalts in Reichsstädten im Südwestens des Reiches (1350-1500)

**Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Universität Zürich**

**vorgelegt von Ashkira Darman
Zürich**

Angenommen im Sommersemester 2005 auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Hans-Jörg Gilomen
und Herrn Prof. Dr. Roger Sablonier

Zürich, 2009

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
Teil A: Rechtliche Gruppen in der Stadt.....	20
1 Christliche rechtliche Gruppen.....	22
1.1 Bürgerbegriff	22
1.2 Beisassen	27
1.3 Bürgeraufnahmepolitik	28
1.4 Rechtlicher Status der Vollbürger und Beisassen.....	30
1.4.1 Voraussetzungen.....	30
1.4.2 Rechte.....	32
1.4.3 Pflichten.....	33
1.5 Gedingbürger.....	36
1.5.1 Gedingbürgerbegriff	36
1.5.2 Intramurale Gedingbürger und Gedingleute	40
1.5.3 Extramurale Gedingbürger: Ausbürger und Pfahlbürger:.....	42
2 Jüdische rechtliche Gruppen.....	48
2.1 Entwicklung des rechtlichen Status in spätmittelalterlichen Städten des römischen Reiches	48
2.2 Rechte	56
2.3 Pflichten.....	62
2.4 Die Dimension des sozialen Daseins des Bürgerbegriffs	62
Teil B: Städtebeispiele.....	70
3 Städtisches Verwaltungsschriftgut und städtische Verwaltungsstrukturen	70
3.1 Verschriftlichung in der städtischen Administration.....	70
3.2 Struktur des städtischen Finanzhaushalts	73
4 Nördlingen	79
4.1 Nördlingen im Spätmittelalter	79
4.2 Die jüdische Gemeinde Nördlingens	81
4.3 Der Finanzhaushalt Nördlingens	85
4.4 Rechtliche Gruppen in Nördlingen.....	87
4.4.1 Christliche Bürger.....	87
4.4.1.1 Quellen.....	87
4.4.1.2 Aufnahmemodalitäten.....	89
4.4.1.3 Vermögenssteuern	95
4.4.1.4 Wach- und Grabgeld / Wehrdienst	99
4.4.1.5 Abzug.....	100
4.4.2 Beisassen.....	103
4.4.3 Christliche Gedingbürger	104
4.4.3.1 Aufnahme	105
4.4.3.2 Steuern	109
4.4.3.3 Abzug.....	114
4.4.4 Jüdische Gedingbürger	115
4.4.4.1 Quellen.....	115
4.4.4.2 Die Modalitäten der Bürgeraufnahme	115

4.4.4.2.1	Inhalt der Schutzbriefe und der Ordnungen	117
4.4.4.2.2	Gründe, die für eine Aufnahme sprechen	123
4.4.4.2.3	Bürgeraufnahmen der Juden im städtischen Verwaltungsschriftgut	124
4.4.4.2.4	Jüdische Gedingleute	126
4.4.4.3	Steuern	127
4.4.4.3.1	Die städtische Fiskalpolitik	127
4.4.4.3.2	Die Entwicklung der Steuern	131
4.4.4.4	Wach-/Grab- und Wehrdienst	135
4.4.4.5	Hauszins	137
4.4.4.6	Gebühren	139
4.4.4.7	Ungeld	140
4.4.4.8	Sonderabgaben	141
4.4.4.9	Zwangsdarlehen	142
4.4.4.10	Bussen	143
4.4.4.11	Abzugsmodalitäten	144
4.4.4.12	Abgaben der Juden im Vergleich mit denjenigen der christlichen Bürger und dem städtischen Finanzhaushalt	146
5	Konstanz	150
5.1	Konstanz im Spätmittelalter	150
5.2	Die jüdische Gemeinde in Konstanz	152
5.3	Der Finanzhaushalt der Stadt Konstanz	154
5.3.1	1.3.1. Entwicklung	154
5.3.2	Das Rechenamt	156
5.3.3	Das Steuer-, Ungelt- und Bauamt	158
5.3.4	Das Säckelamt	159
5.4	Rechtliche Gruppen in Konstanz	162
5.4.1	Christliche Bürger	162
5.4.1.1	Quellen	162
5.4.1.2	Aufnahmemodalitäten	163
5.4.1.3	Vermögenssteuern	170
5.4.1.4	Wachtgeld und Wehrdienst	172
5.4.1.5	Abzug	172
5.4.2	Beisassen	174
5.4.3	Christliche Gedingbürger	175
5.4.3.1	Intramurale Gedingbürger	176
5.4.3.2	Extramurale Gedingbürger	179
5.4.3.3	Ausbürger und Pfahlbürger in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts	180
5.4.3.4	Ausbürger und Pfahlbürger im 15. Jahrhundert	184
5.4.4	Jüdische Gedingbürger	188
5.4.4.1	Quellen	188
5.4.4.2	Aufnahme	188
5.4.4.2.1	Inhalt der Schutzbriefe	191
5.4.4.2.2	Gründe die für eine Aufnahme sprechen	194
5.4.4.3	Steuern / Wehr- und Wachtdienst	195
5.4.4.4	Sonderabgaben / Gebühren / Zwangsdarlehen	202
5.4.4.5	Bussen	207
5.4.4.6	Abzugsmodalitäten	207
5.4.4.7	Die jüdischen Abgaben im Rahmen des städtischen Finanzhaushaltes	208
5.4.4.8	Vergleich des jüdischen und christlichen Bürgerbegriffs	210
6	Schaffhausen	214
6.1	Schaffhausen im Spätmittelalter	214
6.2	Die jüdische Gemeinde Schaffhausens	216

6.3	Der Finanzhaushalt Schaffhausens	217
6.4	Rechtliche Gruppen in Schaffhausen.....	219
6.4.1	<i>Christliche Bürger</i>	219
6.4.1.1	Aufnahmemodalitäten.....	219
6.4.1.2	Vermögens- und Verbrauchssteuern	223
6.4.1.3	Wacht- und Wehrdienst	226
6.4.1.4	Abzug.....	227
6.4.2	<i>Beisassen</i>	229
6.4.3	<i>Christliche Gedingbürger</i>	231
6.4.3.1	Extramurale Gedingbürger.....	231
6.4.3.2	Klerus und Bürgerrecht	233
6.4.4	<i>Jüdische Gedingbürger</i>	234
6.4.4.1	Die Modalitäten der Bürgeraufnahme	235
6.4.4.2	Steuern, Wehr- und Wachdienstpflicht sowie weitere Abgaben der jüdischen Gemeinde im Vergleich zu den städtischen Einnahmen.....	238
6.4.4.2.1	Die Abgaben der Juden, 1391–1401/02.....	238
6.4.4.2.2	Die Steuern der Juden, 1420–1443	241
6.4.4.2.3	Die Steuern der Juden, 1458–1468	248
6.4.4.3	Sonderabgaben und Sondereinnahmen aus jüdischem Besitz	254
6.4.4.4	Darlehen.....	258
6.4.4.5	Abzugsmodalitäten	260
6.4.4.6	Rechtliche und wirtschaftliche Situation.....	261
	Teil C: Vergleichskapitel.....	264
7	Aufnahme- oder Bürgergeld.....	264
8	Das Abzugsgeld	269
9	Direkte Steuern und andere Bürgerpflichten.....	272
9.1	Direkte Steuern	272
9.1.1	<i>Einleitung</i>	272
9.1.2	<i>Verschieden Arten der jährlichen Besteuerung</i>	274
9.1.3	<i>Höhe der Jahresabgaben der jüdischen Gemeinden</i>	279
9.1.3.1	Entwicklung der Abgaben in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts	279
9.1.3.2	Entwicklung der Abgaben im 15. Jahrhundert	283
9.1.4	<i>Die Entwicklung der individuell festgelegten Steuerzahlungen</i>	287
9.1.4.1	Entwicklung in der zweiten Hälfte 14. Jahrhundert	287
9.1.4.2	Entwicklung im 15. Jahrhundert	290
9.1.5	<i>Zusammenfassung</i>	296
9.2	Wehr-, Wach- und Grabdienst.....	298
9.2.1	<i>Wehrdienst</i>	298
9.2.2	<i>Baupflicht</i>	301
9.2.3	<i>Wach- und Feuerbekämpfungsdienst</i>	303
9.2.4	<i>Zusammenfassung</i>	305
10	Hauszins	307
11	Jährliche Zusatzabgaben und Gebühren	310
12	Sondereinnahmen der Städte von den jüdischen Gemeinden.....	312
12.1	Sonderabgaben der Juden an die Städte.....	312
12.1.1	<i>Abgaben im Rahmen eines erhöhten städtischen Finanzbedarfs</i>	314

12.1.1.1	Sonderabgaben für Bauvorhaben und Verteidigungszwecke	314
12.1.1.2	Sonderabgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb von Territorien und Herrschaftsrechten	316
12.1.2	<i>Sonderabgaben bei Aufnahme ins Bürgerrecht oder bei der Verlängerung von Privilegien</i>	321
12.1.3	<i>Sondereinnahmen der Städte durch Ausplünderung der Juden in Krisenzeiten</i>	322
12.1.3.1	Sonderabgaben in Krisenzeiten.....	322
12.1.3.2	Profit der Städte im Rahmen von Schuldentilgungen	324
12.1.3.3	Einnahmen der Stadt nach einem Pogrom oder einer Vertreibung.....	326
12.2	Sonderabgaben der Juden an das Reich	327
12.3	Zusammenfassung	332
12.4	Bussen.....	335
12.4.1	<i>Juden vor städtischen Gerichten</i>	336
12.4.2	<i>Juden vor dem Zürcher Ratsgericht</i>	342
12.4.3	<i>Deliktarten</i>	347
12.4.3.1	Normverstöße im christlich-jüdischen Umgang	348
12.4.3.2	Eigentums- und Wirtschaftsdelikte	353
12.4.3.3	Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit.....	355
12.4.3.4	Innerjüdische Konflikte	356
12.4.4	<i>Zusammenfassung</i>	357
12.5	Darlehen.....	359
12.5.1	<i>Städtische Schuldenpolitik</i>	359
12.5.2	<i>Entwicklung der jüdischen Geldleihetätigkeit</i>	359
12.5.2.1	Jüdische Darlehen als Bestandteil städtischer Finanzpolitik.....	364
12.5.2.2	Zusammenfassung	370
12.6	Ergebnisse zur städtischen Sondereinnahmenpolitik	371
13	Abgaben der Juden im Rahmen des städtischen Finanzhaushalts	373
	Teil D: Jüdische Bürger als rechtliche Gruppe in der städtischen Gemeinschaft	380
	BIBLIOGRAFIE.....	394
	ANHANG.....	431

Einleitung

*„... und wann uns die selben juden in unserm gemainen seckel in den vergangen jaren nit ubel erschossen sind...“*¹ In Schaffhausen entrichteten die drei neu aufgenommenen Juden ab 1464 300 Gulden. Eine sehr hohe Summe, sowohl im Vergleich mit christlichen wie jüdischen Steuerzahlern aus anderen Städten. Anders präsentiert sich die Situation in Esslingen Ende des 14. Jahrhunderts. Ein Grossteil der Juden entrichtete wie die christlichen Einwohner die jährliche Vermögenssteuer und wurde mit einem Steuersatz in gleicher Höhe veranschlagt.²

In den zwei Städten zeigt sich eine entgegengesetzte Fiskalpolitik und somit eine unterschiedliche Sicht der christlichen Stadtobrigkeit auf die jüdische Minderheit. Tritt uns die jüdische Gemeinde in Schaffhausen als Objekt einer fiskalischen Ausbeutungspolitik des Rats entgegen, erscheint sie in Esslingen als gleichberechtigte Steuergruppe unter anderen. Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Frage nach den Abgaben und Pflichten, die jüdische Stadteinwohner zu leisten hatten. Daran schliesst sich die Frage an, wo die städtische Fiskalpolitik zwischen den zwei Polen von Ausbeutung und Gleichberechtigung anzusiedeln sei. Gegenstand dieser Untersuchung ist somit die rechtlich-fiskalische Situation der jüdischen Gemeinden in Beziehung zur allgemeinen Finanzpolitik in südwestdeutschen Städten im 14. und 15. Jahrhundert. Dieser Untersuchungsgegenstand führt uns zur Frage nach der Motivation oder den Gründen, welche die Stadtobrigkeit zur Aufnahme von Juden in die Stadt veranlasste. In einer Urkunde aus Speyer wurde die Initiale der Anfangszeile zur Darstellung eines Juden ausgestaltet, aus dessen rechter Hand unablässig Goldstücke fallen.³ Es handelt sich um ein Dokument, in dem die Stadt Speyer die Wiederaufnahme von Juden im Jahre 1352 festhält. Wiederholt wird in der Literatur diese Darstellung als bildlicher Ausdruck dafür gewertet, dass die Einnahmen von den Juden für die Städte im Spätmittelalter von grosser Bedeutung gewesen seien und der fiskalische Aspekt das zentrale Motiv für die Stadtobrigkeiten Juden aufzunehmen gewesen sei. Man kann sich fragen, ob diese Illustration für die real geleisteten Abgaben steht oder ob es sich um eine graphische Umsetzung des verbreiteten Stereotyps „des reichen jüdischen Geldhändlers“ handelt. Schon im Spätmittelalter waren die

¹ StA SH, Allerley Ordnungen, fol. 15r.

² StA E, Steuerbücher ab 1378 bis 1392.

³ Stadtarchiv Speyer 1 U 279 und 279 ½. Bei Ernst Voltmer, "Zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Speyer. Die Judengemeinde im Spannungsfeld zwischen König, Bischof und Stadt," in Zur Geschichte der Juden

folgenden zwei Vorurteile stark verbreitet: Die Juden sind Geldhändler, und sie sind reich.⁴ Graus weist jedoch darauf hin, dass in der jüdischen Gesellschaft seit dem Hochmittelalter eine bedeutende Mittelschicht fehlte. Einer kleinen Gruppe von „Vermögenden stand eine grosse Anzahl Habenichtse“ gegenüber.⁵

Die vorliegende Arbeit untersucht die rechtlich-fiskalische Situation der Juden in südwestdeutschen Städten komparativ auf drei Analyseebenen. Die erste Ebene ist ein Vergleich im rechtlichen Raum Stadt. Eine Bestandsaufnahme der Abgaben und Pflichten der Juden ergibt die Basis für einen Vergleich mit den Abgaben und Pflichten verschiedener christlicher Gruppen. Als übergeordnete Bezugsgrösse gilt für alle Gruppen der Bürgerbegriff. Wenn nun die jüdischen Abgabebeträge in Relation zu weiteren städtischen Einnahmeposten und den jährlichen Gesamteinnahmen gesetzt werden, bekommt man ein Bild von der Bedeutung, die die Stadtobrigkeit den jüdischen Abgaben zugemessen haben könnte. Der diachrone Vergleich der rechtlichen Entwicklung der jüdischen Gemeinde im Zeitraum von 1350 und 1500, wiederum mit besonderer Berücksichtigung der Abgaben und Pflichten, ist die zweite Ebene der Untersuchung. Diese beiden Vergleiche sind nicht gleich gewichtet, da die rechtliche Stellung der Juden sowie deren Entwicklung in der Zeit gegenüber derjenigen der christlichen rechtlichen Gruppen klar im Vordergrund stehen. Der Vergleich im geographischen Raum ist die dritte Analyseebene. Als Vergleichseinheiten fungieren die einzelnen Reichsstädte mit ihren jüdischen Gemeinden. Verschiedene Argumente sprechen dafür, für die vorliegende Untersuchung vorwiegend Reichsstädte beizuziehen. Die ähnliche Entwicklung in Bezug auf Verfassung, ihre Vorreiterrolle in der Entwicklung und Ausdifferenzierung von Verwaltungsschriftgut sowie die überlieferten Quellen ermöglichen einen sinnvollen Vergleich. Die Städte sollen nicht als in sich geschlossene kulturelle Räume betrachtet werden. Wenn man eine aktive Verhandlungsrolle der Juden bei Aufnahmeverhandlungen in Betracht zieht, würden die sich weit über Städtelandschaften und Städtenetze erstreckenden jüdischen Beziehungsnetze die Basis für einen Wissenstransfer im rechtlichen Bereich gefördert haben.

im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, ed. Alfred Haverkamp (Stuttgart: 1981), 94-121. S. 102.

⁴ Michael Toch, "Geldleiher und sonst nichts? Zur wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden im deutschen Sprachraum des Mittelalters", in Tel Aviver Jahrbuch, Band 22 (1993): 117-127. S. 117.

⁵ Frantisek Graus, "Historische Traditionen über Juden im Spätmittelalter (Mitteleuropa)", in Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, ed. Alfred Haverkamp, Monographien zur Geschichte des Mittelalters 24 (Stuttgart: 1981), S. 1-26.

Der komparative Ansatz gewährleistet auf allen drei Ebenen, dass Besonderheiten und allgemeine Tendenzen herausgearbeitet werden können, und unterstützt auf der Städteebene die Profilierung der einzelnen Beispiele.

Quellen

Um die rechtliche Stellung und die Abgabensituation der jüdischen Gemeinde sowie der christlichen rechtlichen Gruppen nachzeichnen zu können, ist eine breite Auswahl städtischer Quellen notwendig. Dank der zunehmenden Ausdifferenzierung des pragmatischen Schriftgutes in den Städten und der Zunahme von serieller administrativer Schriftproduktion in der zweiten Hälfte des 14. und dem 15. Jahrhundert ist es möglich, einen zum Teil detaillierten Einblick in die innerstädtischen Verhältnisse zwischen einzelnen Bürgern und dem Rat sowie zwischen der jüdischen Gemeinde als Korporation und der Stadtobrigkeit zu erhalten. Die normativ-rechtliche Bestimmungen enthalten eine Fülle von Informationen. Zunehmend werden im Spätmittelalter Rechtssatzungen schriftlich festgehalten und sind in Stadtrechten oder in Stadtbüchern überliefert. Zusätzlich kommt der Dokumentation der praktischen Umsetzung dieser Bestimmungen in seriellen Quellen, wie den Gerichts- und Ratsprotokollen, Missiven und Pfandbüchern, sowie Urkunden eine grosse Bedeutung zu. Zentral für die Fragestellung dieser Untersuchung ist das Schriftgut der städtischen Finanzverwaltung. Aufgrund der fehlenden Kasseneinheit ist es breit gefächert und nur in wenigen Städten in genügend grossem Umfang überliefert. Am häufigsten sind die zentralen, jährlich erstellten Stadtrechnungen sowie die Vermögenssteuerlisten erhalten geblieben. Rechnungen der Nebenämter sowie detaillierte Wochen- oder Vierteljahresrechnungen finden sich in den Archiven bereits viel seltener. Chroniken und in einigen ausgewählten Städten eine seltene Form der pragmatischen Schriftlichkeit, die kommunalen Judenbücher, sind weitere Quellen, die beigezogen werden.⁶ Die sogenannten Judenbücher zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Regel vorwiegend Einträge über jüdisch-christliche Angelegenheiten enthalten. Für den hier berücksichtigten geographischen Raum, verfügt einzig Rothenburg o.T. über ein Judenbuch.⁷ In der Regel waren aber die jüdischen Angelegenheiten im städtischen Verwaltungsschriftgut integriert, was bedeutet, dass

⁶ Gerd Mentgen, Judenbücher. [Internet] (<http://www.uni-trier.de/uni/fb3/geschichte/haverkamp/amigj/judenbuch/tagumen.pdf>, 2003 [cited]).

ein Grossteil des städtischen Schriftgutes Informationen über die Juden enthalten kann. Der Auftritt der jüdischen Bürger in den Quellen, die das städtische Rechtsleben widerspiegeln, erlaubt ihr Verhältnis zur Verwaltung und ihre Stellung in der kommunalen Verfassung zu untersuchen.

Wie hatten die christliche Obrigkeiten die jüdische Minderheit wahrgenommen und in welcher Beziehung standen sie zur jüdischen Gemeinde? Um dieses Verhältnis besser einschätzen zu können, muss es im Kontext der Beziehungen zwischen Magistrat und den unterschiedlichen christlichen rechtlichen Gruppen gesehen werden. Es wird herausgearbeitet, ob rechtliche Regelungen in Bezug auf die jüdische Gemeinde singulär waren oder auch bei anderen rechtlichen Gruppen angewandt wurden. Die jüdische Geschichte ist ein integraler Bestandteil der allgemeinen Stadtgeschichte und die Beziehung zwischen christlicher Obrigkeit und der jüdischen Minderheit erlaubt "Aufschlüsse über die Verfasstheit der gesamtstädtischen Gesellschaft" zu erhalten. Die Verschiebung der Perspektive ermöglicht es, "neue Akzente in altbekannten Fragen zur Verfassungs- und Institutionengeschichte" zu setzen.⁸

Die genannten Quellen sind städtischen Ursprungs und spiegeln die Sicht des Rates wider. Allerdings können aus den überlieferten städtischen Quellen Informationen über die Stellung der jüdischen Gemeinde in der Beziehung zur städtischen Obrigkeit herausgefiltert werden. Und gerade durch den Vergleich mit den christlichen rechtlichen Gruppen, ist es möglich, die Stellung und Rolle der jüdischen Gemeinde präziser zu situieren.

Eingrenzungen im geographischen und zeitlichen Raum

Es soll von einem offenen und funktionalen Raumbegriff ausgegangen werden. "Raum" wird dabei als ein von bestimmten Faktoren geprägtes Konstrukt definiert, das ermöglicht über herrschaftlich-administrative oder geographische Grenzen hinaus "die Abfolge menschlicher Interaktionen in einem geschlossenen Handlungsrahmen zu erfassen."⁹ Nach Haverkamp

⁷ Michael H. Wehrmann, Die Rechtsstellung der Rothenburger Judenschaft im Mittelalter (1180-1520) (Würzburg: 1976).

⁸ Matthias Schmandt, Judei, cives et incole. Studien zur jüdischen Geschichte Kölns im Mittelalter, ed. Alfred u.a. Haverkamp, Forschungen zur Geschichte der Juden, Abteilung A: Abhandlungen, Band 11 (Hannover: 2002), S. 4-5.

⁹ Wolfgang Flügel, "Tagungsbericht zur Sektion Räume und Grenzen. Traditionen und Konzepte der Landesgeschichte am Historikertag in Kiel 2004," (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=441>, 2004). (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=441>)

sind Räume das Resultat zwischenmenschlicher Beziehungen, "wobei der Grad der Verdichtung und der Ausformung von Räumen unmittelbar auf der Intensität sozialer Beziehungen der dort präsenten Gemeinschaften und Gruppen beruhte."¹⁰ Für Kiessling sind demnach "Räume nicht als feststehende Einheiten, sondern als Dimension der Kommunikation und des Handelns, d.h. als sozial bedingte Grössen zu verstehen."¹¹ In einem ersten Schritt bilden sich einzelne historische Phänomene in den entsprechenden "Landschaften", z.B. „Städte- oder Wirtschaftslandschaften", ab, die durch Überlappung in eine Beziehung der wechselseitigen Beeinflussung treten.¹² Dementsprechend weist auch die Raumwahrnehmung von Juden und Christen Abweichungen und Überschneidungen auf, wobei meines Erachtens berücksichtigt werden muss, dass sowohl auf jüdischer als auch auf christlicher Seite diese Raumperzeption heterogen ausfallen muss. Einerseits wurden die von Juden wahrgenommenen Räume von christlichen Strukturen, wie beispielsweise herrschaftliche oder administrative Strukturen, geprägt. Andererseits entwickelte sich eine spezifisch jüdische Raumerfassung, die sich auf eine innerreligiöse, familiäre oder geschäftliche Vernetzung stützt. So weicht beispielsweise die jüdische Raumperzeption in Aschkenas wenigstens teilweise von zeitgenössischen innerchristlichen Kategorisierungsmechanismen ab.¹³ Insbesondere Mitglieder vermögenderer

¹⁰ Jörg Müller, "Tagungsbericht zur Sektion: Juden und Räume am Historikertag in Kiel 2004," (http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=458&sort=datum&order=down&search=Juden+und+R%E4ume++J%F6rg+M%FCller&segment_ignore=128, 2004). (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=458>)

¹¹ Flügel, "Tagungsbericht."

¹² Zum Forschungsfeld der Städtelandschaft und Zentralorte siehe Monika Escher, Alfred Haverkamp, and Frank G. Hirschmann, "Städtelandschaft - Städtetenetz - zentralörtliches Gefüge. Einleitung," in Städtelandschaft - Städtetenetz - zentralörtliches Gefüge. Ansätze und Befunde zur Geschichte der Städte im hohen und späten Mittelalter, ed. Monika Escher, Alfred Haverkamp, Frank G. Hirschmann, Trierer Historische Forschungen (Mainz: 2000), 9-54. Definitionen der drei Begriffe im Titel, S. 16-26. Alfred Heit, "Raum - Zum Erscheinungsbild eines geschichtlichen Grundbegriffs," in Gegenwart in Vergangenheit: Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neuere und Neuesten Zeit; Festgabe für Friedrich Prinz zu seinem 65. Geburtstag, ed. Georg Jenal (München: 1993), 369-390. Franz Irsigler, "Raumkonzepte in der historischen Forschung," in Zwischen Gallia und Germania, Frankreich und Deutschland. Konstanz und Wandel raumbestimmender Kräfte, ed. Alfred Heit, u.a., Trierer Historische Forschungen 12 (Trier: 1987), 11-28, Rolf Kiessling, "Die Zentralitätstheorie und andere Modelle zum Stadt-Land-Verhältnis," in Zentren. Ausstrahlung, Einzugsbereich und Anziehungskraft von Städten und Siedlungen zwischen Rhein und Alpen, ed. Hans-Jörg Gilomen, Martina Stercken (Zürich: 2001), 17-40, Rolf Kiessling, "Städtebünde und Städtelandschaften im oberdeutschen Raum. Ostschwaben und Altbayern im Vergleich," in Städtelandschaft - Städtetenetz - zentralörtliches Gefüge. Ansätze und Befunde zur Geschichte der Städte im hohen und späten Mittelalter, ed. Frank G. Hirschmann, Trierer Historische Forschungen (Mainz: 2000).

¹³ Jörg R. Müller, "Einführung," in Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Teil 1, ed. Alfred Haverkamp, Forschungen zur Geschichte der Juden. Abteilung A: Abhandlungen, Bd. 14:1 (Hannover: 2002), 9-30. S. 10. Ludwig Feuchtwanger wies auf die Gefahr hin, dass "an der politischen Ereignisgeschichte orientierte Raum- und Zeitgrenzen, die für die ausserjüdische Geschichtsbetrachtung akzeptabel und hilfreich sein mögen, die "jüdischen Zusammenhänge" aber letztendlich verdecken." Feuchtwanger, Forschungsaufgaben, S. 109 in: Franz-Josef Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden im mittleren Rheingebiet während des hohen und späten Mittelalters, ed. Helmut Castritius, u.a., Forschungen zur Geschichte der Juden; Abteilung A: Abhandlungen Bd. 1 (Hannover: 1995). S. 2.

Geldleiherfamilien dürften in grösseren Räumen "gedacht haben". Für Treviso konnte aufgezeigt werden, wie intensiv die familiären und geschäftlichen Kontakte zwischen der ehemaligen deutschen und der neuen italienischen Heimat auch im 15. Jahrhundert war.¹⁴

Die Mehrzahl der untersuchten Reichsstädte liegt im Südwesten des Reiches und das Land Schwaben sowie der angrenzende Schweizer Raum bilden den weiteren Rahmen des Untersuchungsraums. In nachstaufiger Zeit endete die Geschichte des Herzogtums Schwaben als Institution, aber es existierte als Land in staufiger Tradition weiter.¹⁵ Verschiedene Faktoren waren für das Gebiet raumprägend. Das Bistum Konstanz bildete auf kirchlicher Ebene einen Raum, der weite Teile Schwabens abdeckte. Eine einende Funktion kam auch den zwei Reichslandvogteien von Ober- und Niederschwaben zu.¹⁶ Auf politischer Ebene fehlte eine übergreifende administrative Instanz und es bildeten sich anstelle eines Zentrums verschiedene regionale Zentren in Reichs- und Kathedralstädten aus. Die schwäbischen Städte hatten auf wirtschaftlicher Ebene eine prägende Funktion.¹⁷ Ihr wirtschaftlicher Aufstieg wirkte sich auf politischer Ebene in der Bildung des schwäbischen Städtebundes aus, dem im 14. Jahrhundert ein Grossteil der untersuchten Städte angehörte.¹⁸ Das zentrale Merkmal dieser Städtelandschaft liegt im Verfassungstyp der beteiligten Städte begründet.¹⁹ Nicht nur von christlicher

Sabine Ullmann zeigte für das schwäbische Landjudentum in der Frühen Neuzeit auf, dass jüdische Raumstrukturen grundsätzlich in christliche Herrschafts-, Wirtschafts- und Kommunikationsräume eingebunden gewesen seien, jedoch nicht gänzlich mit diesen übereingestimmt hätten. Flügel, "Tagungsbericht."

¹⁴ Müller, "Tagungsbericht."

¹⁵ Thomas Zotz, "Schwaben," LexMa Bd. 7 (1999): Spalte 1598-1602. Sp. 1601. Klaus Graf, "Das "Land" Schwaben im späten Mittelalter," Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 14 (1992): 127-164.

¹⁶ Hans-Georg Hofacker, Die schwäbischen Reichslandvogteien im späten Mittelalter, Spätmittelalter und Frühe Neuzeit. Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung 8 (Stuttgart: 1980).

¹⁷ Zur ostschwäbischen Städtelandschaft als Region von Gewerbeexportstädten siehe Kiessling, "Städtebünde." S. 97ff. Zur oberschwäbischen Wirtschaftsregion mit seinen engen Beziehungen zu Konstanz und Schaffhausen siehe Peter Eitel, Die oberschwäbischen Reichsstädte im Zeitalter der Zunftherrschaft. Untersuchungen zu ihrer politischen und sozialen Struktur unter besonderer Berücksichtigung der Städte Lindau, Memmingen, Ravensburg und Ueberlingen., Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde (Stuttgart: 1970). Peter Eitel, "Die oberschwäbischen Reichsstädte im ausgehenden Mittelalter - eine Skizze ihrer Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur.," Ulm und Oberschwaben 39 (1970): S. 9-25.

¹⁸ H. Blenzinger, Der Schwäbische Städtebund in den Jahren 1438-1445. Mit einem Ueberblick über die Entwicklung seit 1389, Darstellungen aus der württembergischen Geschichte 39 (Stuttgart: 1954). Eberhard Holz, Reichsstädte und Zentralgewalt unter König Wenzel 1376-1400, Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit 4 (Warendorf: 1993). S. 12-16, S. 33ff. Johannes Schildhauer, "Der schwäbische Städtebund. Ausdruck der Kraftentfaltung des deutschen Städtebürgertums in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts," Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 1 (1977): 187-210. Eitel, Die oberschwäbischen Reichsstädte im Zeitalter der Zunftherrschaft. Untersuchungen zu ihrer politischen und sozialen Struktur unter besonderer Berücksichtigung der Städte Lindau, Memmingen, Ravensburg und Ueberlingen. Paul-Joachim Heinig, Reichsstädte, Freie Städte und Königtum 1389-1450. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte (Wiesbaden: 1983). Graf, "Schwaben." S.149ff.

¹⁹ Kiessling, "Städtebünde." Horst Rabe, "Stadt und Stadtherrschaft im 14. Jahrhundert. Die schwäbischen Reichsstädte," in Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert. Entwicklungen und Funktionen, ed. Wilhelm Rausch, Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 2 (Linz: 1972), 302-318. Oberschwaben gilt als Städtelandschaft mit der höchsten Dichte an Reichsstädten. Zur verfassungsgeschichtlichen Entwicklung der oberdeutschen

Seite her wurde das Land Schwaben in einem gewissen Masse als Einheit wahrgenommen. Müller weist darauf hin, dass Schwaben auch in der jüdischen Raumperzeption durchaus als Handlungsrahmen erschien.²⁰ Das Land Schwaben kann auf einer weiteren Ebene in Regionen zergliedert werden, deren Unabhängigkeit und Stellung im Zeitrahmen dieser Untersuchung zunehmend an Bedeutung gewannen und die auch für ihre jüdischen Bewohner von Bedeutung waren. Als Beispiele seien hier die Regionen Ostschwaben²¹ und der Bodensee²² genannt. Sowohl das Städtenetz um Augsburg, Nördlingen und Ulm, als auch die Bodenseestädte um ihr Zentrum Konstanz mit ihren intensiven Beziehungen zu Ulm und Zürich bilden in dieser Untersuchung zwei regionale Schwerpunkte. Die zentralen Fallbeispiele Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen lassen sich diesen zwei Regionen, die untereinander wiederum Kontakt pflegten, zuordnen. Das im nördlichen Teil Schwabens gelegene Nördlingen stand in regem Austausch mit den zwei nächstgelegenen zentralen Orten Ulm und Augsburg und stellte ein bedeutendes wirtschaftliches Zentrum in Ostschwaben dar.

Die Städte Konstanz und Schaffhausen waren Teil der Städtelandschaft um den Bodensee, wobei Konstanz als zentralem Ort der Region ein Bedeutungsüberschuss zukam. Aus jüdischer Sicht erlangte insbesondere die Stadt Zürich eine grosse Bedeutung für die neuen Gemeinden im Bodenseeraum. Diese Raumperzeption deckte sich mit der christlich-obrigkeitlichen Sicht. Für das 14. Jahrhundert kann Zürich noch als eine Reichsstadt in Schwaben bezeichnet werden, die intensive Beziehungen in den Bodenseeraum pflegte.²³ Und auf Reichsebene sah man den Bodenseeraum inklusive Zürich als administrative Einheit in

Reichsstädte siehe Eitel, Die oberschwäbischen Reichsstädte im Zeitalter der Zunftherrschaft. Untersuchungen zu ihrer politischen und sozialen Struktur unter besonderer Berücksichtigung der Städte Lindau, Memmingen, Ravensburg und Ueberlingen. Karl Otto Müller, Die oberschwäbischen Reichsstädte, ihre Entstehung und ältere Verfassung (Stuttgart: 1912). Zur Entwicklung in den niederschwäbischen Reichsstädten siehe Horst Rabe, Der Rat der niederschwäbischen Reichsstädte. Rechtsgeschichtliche Untersuchung über die Ratsverfassung der Reichsstädte Niederschwabens bis zum Ausgang der Zunftbewegung im Rahmen der oberdeutschen Reichs- und Bischofsstädte (Köln/Graz: 1966).

²⁰ Jörg R. Müller, "Siedlungsgeschichte der Juden im schwäbischen Raum," in Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Teil 1, ed. Alfred Haverkamp, Forschungen zur Geschichte der Juden. Abteilung A: Abhandlungen, Bd. 14:1 (Hannover: 2002), S. 99-127. S. 100. Für Schwaben siehe auch Helmut Veitshans, Die Judensiedlungen der schwäbischen Reichsstädte und der Württembergischen Landstädte im Mittelalter (Stuttgart: 1970).

²¹ Kiessling, "Städtebünde." S. 101ff.

²² Eitel, Die oberschwäbischen Reichsstädte im Zeitalter der Zunftherrschaft. Untersuchungen zu ihrer politischen und sozialen Struktur unter besonderer Berücksichtigung der Städte Lindau, Memmingen, Ravensburg und Ueberlingen. Helmut Maurer, Schweizer und Schwaben. Ihre Begegnung und ihr Auseinanderleben am Bodensee im Spätmittelalter (Konstanz: 1991).

²³ Christian Sieber, "Die Reichsstadt Zürich zwischen der Herrschaft Österreich und der werdenden Eidgenossenschaft," in Geschichte des Kantons Zürich. Band 1: Frühzeit bis Spätmittelalter (Zürich: 1995), 471-498. S. 471ff.

Bezug auf die jüdischen Steuern.²⁴ Die Qualität der Beziehungen zwischen den Städten Konstanz, Schaffhausen und Zürich widerspiegelt sich auch in den engen geschäftlichen und insbesondere familiären Kontakten zwischen den jüdischen Gemeinden dieser drei Städte.²⁵

Im ostschwäbischen Raum bildet die Stadt Nördlingen aufgrund der Quellen- und Forschungslage eines der drei Fallbeispiele, die näher untersucht werden. Die Stadt war wirtschaftlich und politisch eng mit den Orten Ulm und Augsburg verknüpft. Andererseits gehörte die Stadt im Ries auch ins Gebiet der niederschwäbischen Landvogtei und pflegte zu Städten wie Dinkelsbühl, Schwäbisch Hall und Schwäbisch Gmünd sowie Esslingen gute Kontakte. Stellvertretend für diese Städtelandschaft werden in Ergänzung zu Nördlingen die Städte Ulm, Augsburg und Esslingen in die Untersuchung integriert.²⁶

Die Auswahl der drei zentralen Städtebeispiele Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen sowie der „Vergleichsstädte“ ist weder aus jüdischer noch aus reichsstädtischer Sicht zwingend begründbar, da es andere schwäbische Städte gab, denen eine mindestens gleich grosse oder grössere zentralörtliche Funktion zukam. Ein Auswahlkriterium für die drei zentralen Städte war, dass sie in Bezug auf ihre politische, verfassungsrechtliche und wirtschaftliche Entwicklung drei unterschiedliche Reichsstadttypen repräsentieren und daher einen variantenreichen Einblick in die Thematik ermöglichen. Bei Nördlingen handelt es sich um eine Reichsstadt, der eine beträchtliche zentralörtliche Funktion zukam, die aber aufgrund der Herrschaftskonstellation in der Region kein eigenes Territorium aufbauen konnte. Konstanz unterscheidet sich von den anderen zwei Städten dadurch, dass es eine Bischofsstadt mit einem hohen Anteil Geistlicher in der Bevölkerung war. Aufgrund seiner Grösse und wirtschaftlichen Stärke kam ihm eine Vorortsfunktion in der Bodenseeregion zu. Die Situation Schaffhausens war bis Anfang des 15. Jahrhunderts dadurch geprägt, dass die Stadt an die Herzöge von Österreich verpfändet war. Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Auswahl dieser drei Städte war die Quellenüberlieferung, speziell in Bezug auf das Finanzverwaltungsschriftgut. Insbesondere Nördlingen und Schaffhausen verfügen über eine ausserordentliche Fülle an entsprechenden Quellen.

²⁴ Karl Heinz Burmeister, "medinat bodase". Zur Geschichte der Juden am Bodensee. Band 2, 1350-1448 (Konstanz: 1996). S. 30. Burmeister weist darauf hin, dass die Juden in den Bodenseestädten nicht nur zu Zürich, sondern ebenso zu Ulm intensive wirtschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen pflegten. Er bezeichnet Zürich und Ulm als die "älteren Schwestern" der Bodenseestädte, deren Einfluss beträchtlich war. S. 31.

²⁵ Siehe Ibid.

²⁶ Zusätzlich zu den zwei Städtegruppen werden am Rande auch Basel und die elsässischen Städte sowie die Städte Nürnberg, Frankfurt und Köln, in denen einflussreiche grosse jüdische Gemeinden ansässig waren, zum Vergleich beigezogen.

Mit dem grösseren Rahmen des Raumes Schwaben und der Eingrenzung auf zwei Städtegruppen, die ihrerseits in eine Städtelandschaft integriert sind, die von christlicher aber auch von jüdischer Seite her als für ihr Handeln und die Kommunikation zwischen und innerhalb der zwei Gruppen relevante Räume wahrgenommen wurden, versucht die vorliegende Arbeit der Sicht beider Gruppen gerecht zu werden.

Zeitlich konzentriert sich die Untersuchung auf die 150 Jahre von Mitte des 14. Jahrhunderts bis Ende des 15. Jahrhunderts, bzw. bis zum Ende der jeweiligen zweiten jüdischen Gemeinde. Diese zeitliche Eingrenzung drängt sich aufgrund verschiedener Gesichtspunkte auf. Einerseits bildete die Katastrophe der Pestpogrome von 1348-1350, die in weiten Teilen des römischen Reiches stattfand und der ein Grossteil der jüdischen Gemeinden zum Opfer fiel, eine einschneidende Zäsur in der jüdischen Geschichte.²⁷ Zahlreiche Gemeinden wurden nie wieder aufgebaut und für die Gemeinden nach der Wiederansiedlung lässt sich zusammenfassend festhalten, dass sich ihre Situation sowohl in rechtlichen wie in ökonomischen Belangen von ihren Vorgängerinnen unterschied. Die Konzentration auf den Zeitraum nach 1350 bietet sich auch aus städtegeschichtlicher Perspektive an. Die städtischen Unabhängigkeitsbestrebungen im 14. Jahrhundert betrafen auch die Beziehungen zwischen Stadt und jüdischer Gemeinde. Der Rat bemühte sich darum, die Rechte an den Juden möglichst vollständig zu erwerben. Dies geschah in den Reichsstädten vorwiegend nach 1350, da der Kaiser bereit war, das Judenregal direkt an die Städte zu verpfänden, und ihnen erlaubte die Steuern festzusetzen und einzuziehen. Ein drittes Kriterium, das für die Eingrenzung auf die Zeit nach 1350 ausschlaggebend ist, ist der Verlauf der Verschriftlichung sowie die Überlieferungssituation städtischer Verwaltungsquellen. Im Vergleich zu den italienischen Kommunen zeitlich versetzt setzte in den Städten nördlich der Alpen im Spätmittelalter eine zunehmende Verschriftlichung der Administration ein. Insbesondere im Bereich des Schriftgutes der Finanzverwaltung erlaubt es die Quellensituation erst ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts teilweise und ab dem 15. Jahrhundert vermehrt die Verhältnisse zu rekonstruieren.

²⁷ Zu den Pestpogromen siehe Frantisek Graus, Pest - Geissler - Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 86 (Göttingen: 1994). Alfred Haverkamp, "Die Judenverfolgungen zur Zeit des Schwarzen Todes im Gesellschaftsgefüge deutscher Städte," in Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, ed. Alfred Haverkamp, Monographien zur Geschichte des Mittelalters 24 (Stuttgart: 1981), S. 27-93.

Forschungsstand

Die finanziellen und persönlichen Leistungen der jüdischen Bürger waren bis anhin immer nur Teil einer Untersuchung und standen noch nie im Zentrum einer Arbeit zur jüdischen Geschichte oder wurden im Vergleich zu den entsprechenden Pflichten der christlichen städtischen Einwohner analysiert. In der Regel wird in stadtgeschichtlichen Darstellungen kurz die Geschichte der jüdischen Gemeinde inklusive deren Abgaben und Pflichten thematisiert und die Aussagen nehmen häufig toposhafte Züge an. In Monographien zur jüdischen Gemeinde einer bestimmten Stadt nehmen die Ausführungen über die Abgaben, die ein Aspekt unter vielen sind, zwar einen umfangreichen Platz ein, in der Regel werden sie aber isoliert von der sonstigen städtischen Finanzpolitik untersucht. In der vorliegenden Untersuchung soll versucht werden, die jüdische Gemeinde als eine Korporation unter anderen in ihrer Beziehung zur Stadtoberkeit vor dem Hintergrund der Interaktion des Rates mit anderen rechtlichen oder sozialen Gruppen zu betrachten.

Im 19. Jahrhundert begann die intensive Erforschung jüdischer Geschichte im römischen Reich des Mittelalters. Sie war vorwiegend ein Forschungsfeld jüdischer Wissenschaftler und bis zum zweiten Weltkrieg entstanden zahlreiche Untersuchungen zur Geschichte jüdischer Gemeinden in einzelnen Städten, die aufgrund der detaillierten und breiten Quellenkenntnis der Verfassenden bis heute grundlegend sind. Für die hier untersuchten Städte steht allen voran die Untersuchung von Müller zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Nördlingen.²⁸ Zusätzlich zu den Studien beispielsweise zu Augsburg, Basel, Konstanz, Schaffhausen, Ulm und Zürich²⁹ gibt es zahlreiche Arbeiten zu jüdischen Siedlungen in verschiedenen Gebieten des römischen Reiches.³⁰ Überregionale Untersuchungen zu Einzelthemen wie der jüdischen Be-

²⁸ Ludwig Müller, "Aus fünf Jahrhunderten. Beiträge zur Geschichte der jüdischen Gemeinden im Riess," Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg 25 (1896): S. 1-182.

²⁹ Richard Grünfeld, Ein Gang durch die Geschichte der Juden in Augsburg. (Augsburg: 1917). Raphael Straus, Augsburg und Regensburg. M. Ginsburger, "Die Juden in Basel," Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 8 (1909): 315-436. Heymann Chone, "Zur Geschichte der Juden in Konstanz," Zeitschrift zur Geschichte der Juden in Deutschland 6 (1936): 3-16. Hans Wilhelm Harder, "Ansiedelung, Leben und Schicksale der Juden in Schaffhausen," Beiträge zur vaterländischen Geschichte 1 (1863): 33-70. Hermann Dicker, Die Geschichte der Juden in Ulm, ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters (Rottweil: 1937). Moritz Stern, Die Israelitische Bevölkerung der deutschen Städte. Ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte. Erstes Heft: Aus Württemberg. Hall, Reutlingen 1349, Ulm 1499, Reutlingen 1495, 1516 (Berlin: 1936). Emil Bär, "Die Juden Zürichs im Mittelalter," Züricher Taschenbuch (1896): 119-150.

³⁰ Ludwig Löwenstein, Geschichte der Juden am Bodensee und Umgebung (1879). Johann Caspar Ulrich, Sammlung Jüdischer Geschichten, welche sich mit diesem Volk in dem XIII. und folgenden Jahrhunderten bis auf MDCCLX in der Schweiz von Zeit zu Zeit zugetragen (Basel: 1766 (ND 1969)). Augusta Steinberg, Studien zur Geschichte der Juden in der Schweiz während des Mittelalters. Diss. (Zürich: 1902).

steuerung auf Reichsebene oder der verfassungsrechtlichen Stellung der Juden in deutschen Städten sind zahlreich und bis heute relevant. Im Nachkriegsdeutschland setzte die Erforschung der mittelalterlichen Geschichte nur schleppend wieder ein.

Als prägend für die Zeit nach 1950 zeigte sich das bis ins 21. Jahrhundert andauernde Projekt der *Germania judaica*. Die Neuauflage des ersten Bandes 1963 sowie das Erscheinen des Katalogs zur Ausstellung *Monumenta judaica* im selben Jahr gaben zusammen mit dem zweiten Band der *Germania Judaica* von 1968 den Anstoss für eine immer intensiver werdende Erforschung der jüdischen Geschichte in den 1970er und 1980er Jahren.³¹ Für den schwäbischen Raum relevant Arbeiten wurden von Ammann, Overdick, Florence Guggenheim für sowie von Veitshans geschrieben.³² Ammann vermittelte mit seiner Edition der jüdischen Darlehensgeschäfte in Konstanz einen ersten detaillierten Einblick in die Geschäftswelt der Juden der Region. Auch in der Untersuchung von Overdick steht die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden im Zentrum, allerdings mit einem Schwerpunkt auf der rechtlichen Situation. Hörburger legt in ihrer Dissertationen den Fokus auf die Zusammenhänge, die zur Vertreibung der Juden in den Städten Esslingen und Konstanz führten, wobei sie verschiedene Aspekte der jüdisch-christlichen Beziehungen beleuchtet, ohne allerdings den Reichtum der überlieferten Quellen ganz auszuschöpfen. Guggenheimer wiederum arbeitete verstärkt prosopographisch und zeigte die Familien- und Geschäftsbeziehungen zwischen den Gemeinden in Zürich, Schaffhausen und Konstanz auf. Veitshans hingegen konzentriert sich in seiner Arbeit auf die topografische Entwicklung der jüdischen Siedlung. An dieser Stelle sei auch die Dissertation von Wenninger erwähnt, in der er der Frage nach den Hintergründen der endgültigen Vertreibung der Juden aus verschiedenen Reichsstädten nachgeht.³³

³¹ M. Brann, I. Elbogen, A. Freimann, H. Tykocinski, ed., *Germanis Judaica*, Band I: Von den ältesten Zeiten bis 1238 (Tübingen: 1917-1934, 1963 (2)). Zvi Avneri, ed., *Germania Judaica*, Band II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. 2 Teilbände (Tübingen: 1968). K. Schilling, ed., *Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und kultur der Juden am Rhein. Handbuch und Katalog*. 2 Bände (Köln: 1963).

³² Hektor Ammann, "Die Judengeschäfte im Konstanzer Ammann-Gerichtsbuch 1423-34.," *Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung*. Heft 71 (1952): 37-84. Renate Overdick, *Die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Juden in Südwestdeutschland im 15. und 16. Jahrhundert*, dargestellt an den Reichsstädten Konstanz und Esslingen und an der Markgrafschaft Baden (Konstanz: 1965). Florence Guggenheim-Grünberg, *Judenschicksale und "Judenschuol" im mittelalterlichen Zürich*, Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Heft 8 (Zürich: 1967). Veitshans, *Die Judensiedlungen der schwäbischen Reichsstädte und der Württembergischen Landstädte im Mittelalter*. Hortense Hörburger, *Judenvertreibungen im Spätmittelalter. Am Beispiel Esslingen und Konstanz*, Campus Forschung 237 (Frankfurt/New York: 1986).

³³ Markus J. Wenninger, *Man bedarf keiner Juden mehr. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichsstädten im 15. Jahrhundert* (Graz: 1981).

In den 1990er Jahren setzte zusätzlich zur Publikation des dritten Bandes der *Germania Judaica*³⁴ ein regelrechter Boom von Arbeiten zur spätmittelalterlichen Geschichte der Juden ein. Es handelt sich einerseits um Monographien, die die Geschichte der jüdischen Gemeinde in einer Stadt behandelten, wie Mütschele für Augsburg oder Schmandt für Köln, andererseits um Arbeiten, deren Ziel die Untersuchung von jüdischem Leben oder Teilaspekten in einer ganzen Region, wie dem Elsass, dem Mittelrhein, Piemont-Savoyen, den Niederlanden, der Bodenseeregion, für Schwaben in der Frühen Neuzeit oder der Eidgenossenschaft, ist.³⁵ Der Mehrzahl dieser Arbeiten ist gemeinsam, dass sie von einem offenen funktionalen Raumbegriff ausgehen und die christliche und jüdische Raumperzeption berücksichtigen, wobei letztere mit Hilfe eines prosopographischen Ansatzes herausgearbeitet wird. Ein zentrales Anliegen ist das christlich-jüdische Neben- und Miteinander sowie die innerjüdischen Gegebenheiten zu untersuchen.³⁶ Zusätzlich entstand eine grosse Anzahl Untersuchungen, die raumübergreifende Themen zum Gegenstand hatten.³⁷ Einen Schwerpunkt bilden dabei Arbeiten zur The-

³⁴

³⁵ Sabine Mütschele, *Juden in Augsburg 1212-1440* (Stuttgart: 1996). Schmandt, *Judei, cives et incole*. Ziwes, *Studien*. Gerd Mentgen, *Studien zur Geschichte der Juden im mittelalterlichen Elsass*, ed. u.a. Helmut Castritius, *Forschungen zur Geschichte der Juden. Abteilung A: Abhandlungen, Band 2* (Hannover: 1995). Thomas Bardelle, *Juden in einem Transit- und Brückenland*. *Studien zur Geschichte der Juden in Savoyen-Piemont bis zum Ende der Herrschaft Amadeus VIII.*, ed. Helmut Castritius, u.a., *Forschungen zur Geschichte der Juden* (1998). Christoph Cluse, *Studien zur Geschichte der Juden in den mittelalterlichen Niederlanden*, *Forschungen zur Geschichte der Juden A 10* (Trier: 1998), Rosmarie Kosche, *Studien zur Geschichte der Juden zwischen Rhein und Weser im Spätmittelalter*, *Forschungen zur Geschichte der Juden A 15* (Trier: 2002). Karl Heinz Burmeister, "medinat bodase". *Zur Geschichte der Juden am Bodensee*, Bd. 1, 1200-1349 (Konstanz: 1994). Burmeister, *medinat bodase 2*. Karl Heinz Burmeister, "medinat bodase". *Zur Geschichte der Juden am Bodensee*. Band 3, 1450-1618 (Konstanz: 2001). Kiessling/Ullmann/Mordstein: *Schwaben*. Hans-Jörg Gilomen, "Aufnahme und Vertreibung von Juden in Schweizer Städten im Spätmittelalter," in *Migration in die Städte. Ausschluss - Assimilierung - Integration - Multikulturalität*, ed. Hans-Jörg Gilomen, Anne-Lise Head-König, Anne Radeff, *Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 16* (Zürich: 2000), S. 93-120, Hans-Jörg Gilomen, "Spätmittelalterliche Siedlungssegregation und Ghettoisierung, insbesondere im Gebiet der heutigen Schweiz," in *Stadt- und Landbauern*. Band 3: *Abgrenzungen - Ausgrenzungen in der Stadt und um die Stadt* (Zürich: 1999), S. 85-106, Hans-Jörg Gilomen, "Städtische Sondergruppen im Bürgerrecht," *Zeitschrift für historische Forschung*, Beiheft 29 (2002): 125-168. Im Zusammenhang mit dem Projekt zu den Judenbüchern entstehen verschiedene Untersuchungen zu einzelnen Städten wie Bamberg (Kathrin Gelderman), Rothenburg (Claudia Maus) und Znaim/Olmütz (Thomas Peter).

³⁶ Alfred Haverkamp, "'Concivitas' von Christen und Juden in Aschkenas," in *Jüdische Gemeinden und Organisationsformen von der Antike bis zur Gegenwart*, ed. Robert Jütte, A. Kustermann (Wien-Köln-Weimar: 1996), S. 91-101. Siehe dazu beispielsweise auch die Sammelbände Franz-Josef Ziwes, Alfred Haverkamp, ed., *Juden in der christlichen Umwelt während des späten Mittelalters*, *Zeitschrift für historische Forschung*, Beiheft 17 (Berlin: 1992). Christoph Cluse, Alfred Haverkamp, Israel J. Yuval, ed., *Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturell-räumlich vergleichender Betrachtung (5.-18. Jahrhundert)*. Internationale Konferenz an der Universität Trier 1999, *Forschungen zur Geschichte der Juden A 13* (Hannover: 2002).

³⁷ Stellvertretend soll an dieser Stelle auf den neusten Band der *Germania Judaica* hingewiesen werden. Arye Maimon, Yacov Guggenheim, ed., *Germania Judaica 3 (1350-1519)*. 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, *Germania Judaica* (Tübingen: 2002).

matik der Judenfeindschaft. Weiter Themen sind die jüdische Rechtsstellung und Geldleihe, Migration der Juden, Jüdische Frauen und Alltags- und Kulturgeschichte.³⁸

Aufbau

Am Anfang der Arbeit wird der spätmittelalterliche Bürgerbegriff näher erläutert. In einem ersten Teil werden die einzelnen christlichen rechtlichen Gruppen vorgestellt. Anschließend stehen die jüdischen Bürger im Zentrum der Untersuchung. Ziel dieses ersten Kapitels ist es einen Überblick über den rechtlichen Inhalt der verschiedenen städtischen Bürgerrechtsformen mit Schwerpunkt auf ihren Pflichten zu geben und die wichtigsten inhaltlichen Übereinstimmungen und Abweichungen zwischen den einzelnen rechtlichen Gruppen aufzuzeigen. Zusätzlich soll die Mehrschichtigkeit und Komplexität des städtischen Bürgerbegriffs beleuchtet werden.

Im folgenden zweiten Teil der Untersuchung stehen drei Städte, Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen, im Fokus der Analyse. Einführend wird ein kurzer Überblick über die städtische Finanzverwaltungsstruktur im spätmittelalterlichen römischen Reich gegeben. Anschließend sollen anhand des konkreten Materials die Bürgerbegriffe der verschiedenen jüdischen und christlichen Bürgergruppen der Stadt mit Inhalt gefüllt und verglichen werden. Im Rahmen der Frage nach der Stellung der Juden im Verfassungsgefüge der Stadt soll auch die Verwendung des Bürgerbegriffs im semantischen Kontext sowie die Bedeutung der jüdischen Gemeinde bei der Bürgeraufnahme von Juden näher diskutiert werden. Weiter wird die Finanzpolitik des Stadtrates gegenüber den verschiedenen Gruppen erörtert und es werden die Abgaben der Juden ins Verhältnis mit denjenigen der christlichen rechtlichen Gruppen sowie mit dem städtischen Finanzhaushalt gesetzt. Insbesondere das umfangreiche Quellenmaterial in Nördlingen und Schaffhausen bilden die Grundlage dafür, einen solchen Vergleich überhaupt vornehmen zu können.

Im dritten Teil steht nicht der Vergleich zwischen jüdischen und christlichen Bürgern im Zentrum der Analyse, sondern der synchrone Vergleich der Abgabensituation der Juden zwischen den verschiedenen Städten sowie der diachrone Vergleich in einer Auswahl einzelner Städte. Die Auswahl der Städte erfolgte, wie oben erwähnt, aufgrund geografischer sowie

³⁸ Forschungsstand bis 1998 bei Michael Toch, Die Juden im mittelalterlichen Reich, Enzyklopädie Deutscher Geschichte 44 (München: 1998). An dieser Stelle soll nicht näher auf die einzelnen Monografien und Artikel eingegangen werden, da sie in den einzelnen Kapiteln aufgeführt werden.

überlieferungstechnischer Gesichtspunkte. Die meisten zusätzlich für die Vergleichskapitel berücksichtigten Städte können aufgrund der Quellenüberlieferung nur für einen Teil der Abgaben zum Vergleich beigezogen werden.

Der letzte und vierte Teil enthält eine Synthese der Ergebnisse aus Teil zwei und drei. Zusätzlich soll die Frage nach der Bedeutung des jüdischen Bürgerrechts erneut aufgegriffen werden. Abschliessend wird die jüdische Gemeinde vor dem Hintergrund der Ergebnisse aus den zwei vorangehenden Teilen in rechtlicher und finanzieller Hinsicht in der spätmittelalterlichen Gemeinschaft situiert.

Teil A: Rechtliche Gruppen in der Stadt

Um die Bedeutung der finanziellen Leistungen der jüdischen Steuernden adäquat herausarbeiten zu können, werden die fiskalischen Abgaben und persönlichen Dienste der Juden nicht isoliert, sondern im Vergleich mit den Leistungen der verschiedenen christlichen Einwohnergruppen betrachtet. Da die Abgabemodalitäten mit dem rechtlichen Status zusammenhängen, sollen in einem ersten Schritt die Juden im Rechtsraum Stadt situiert werden. Der Rechtsraum Stadt vereinte verschiedene Bevölkerungsgruppen, die sich durch variierende Kombinationen von Rechten und Pflichten unterschieden. Im Wesentlichen umfasste die städtische Bevölkerung jedoch zwei Hauptgruppen, „Bürger“ und „Beisassen“³⁹. In der spätmittelalterlichen Stadt war die Gruppe der Einwohner, die mit der Bezeichnung *"burger"* benannt wurden, nicht homogen, sondern setzte sich aus mehreren Untergruppen zusammen, deren Mitglieder ein unterschiedlich ausgeformtes Bürgerrecht innehatten: Vollbürger, Minderbürger sowie intramurale und extramurale Gedingbürger.⁴⁰ Trotz dieser rechtlichen Unterschiede werden die Mitglieder aller Gruppen in den Quellen in der Mehrheit der Fälle als *"burger"* bezeichnet. In vielen Städten im Südwesten des römischen Reichs wurden auch die neuzuziehenden Juden ins städtische Bürgerrecht aufgenommen und explizit als *"burger"* bezeichnet. Aufgrund dieser kurzen Ausführung zeigt sich bereits, wie heterogen die Gruppe der städtischen Bürger war.

In diesem und den folgenden Kapiteln wird den Fragen nachgegangen werden, inwieweit es Unterschiede innerhalb des jüdischen Bürgerrechts und in einem zweiten Schritt zwischen dem jüdischen Bürgerrecht und den christlichen Bürgerrechtsformen gibt.⁴¹ Nach einer allgemeinen Einführung in die Thematik wird in den Kapiteln vier bis sechs die Situation in den Städten Konstanz, Schaffhausen und Nördlingen analysiert, wobei der Schwerpunkt des Vergleichs im Bereich der Abgaben und Pflichten liegt. Um die Bürgerrechtsverhältnisse in diesen drei Städten in einen grösseren Kontext einbetten zu können, soll in diesem Kapitel eine Begriffsdefinition und ein Überblick über die wichtigsten inhaltlichen Varianten von christli-

³⁹ Die Beisassen werden in den Quellen und der Literatur auch *"ynwoner"* genannt. Im Folgenden soll der Klarheit halber aber der Begriff "Einwohner" nur als allgemeine Bezeichnung für alle in der Stadt ansässigen Personen verwendet werden, d.h. Bürger und Beisassen.

⁴⁰ Zu den einzelnen Bürgergruppen siehe unten.

⁴¹ Zum Vergleich des Judenbürgerrechts mit weiteren rechtlichen Sondergruppen programmatisch: Gilomen, "Sondergruppen." Zur Verbreitung des Judenbürgerrechts im deutschen Reich, Italien und Frankreich siehe Gilomen, "Sondergruppen." S. 126-130.

chem und jüdischem Bürgerrecht gegeben werden. Diesen Ausführungen vorausgehend werden der Begriff und der Rechtsstatus der Beisassen sowie die verschiedenen Formen der städtischen Bürgeraufnahmepolitik erläutert, da sie Auswirkungen auf die Bürgeraufnahmemodalitäten und somit auf die Höhe der zu leistenden Abgaben haben konnte. Der Aufbau dieses Kapitels ist an den Kriterien, die in dieser Untersuchung für die Gliederung der städtischen rechtlichen Gruppen angewandt werden, orientiert.

- Auf der ersten Ebene werden die Rechtsgruppen nach ihrer Religionszugehörigkeit unterschieden: Juden und Christen (Kleriker, Laien). (Kapitel 1. und Kapitel 2.)
- Auf der zweiten Ebene wird zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern differenziert. (innerhalb Kapitel 1. und 2.)
- Auf der dritten Ebene wird nach dem juristischen Inhalt des Bürgerrechts differenziert (Vollbürger, Minderbürger, Gedingbürger, Beisassen, Gedingleute), wobei auch der Ort der Ansässigkeit als Unterscheidungskriterium zum Tragen kommt (intramural, extramural).
- Auf der vierten Ebene ist die Frage nach dem Geschlecht von Bedeutung.

Wie unterschiedlich der Inhalt des mittelalterlichen städtischen Bürgerrechts hinsichtlich Raum und Zeit sein kann, haben jüngst H.-J. Gilomen, E. Isenmann, G. Marchal und B. Studer aufgezeigt.⁴² Eine Eigenschaft des städtischen Bürgerrechts ist, dass es kein durch klare Rechtsnormen abschliessend definierter Status ist. Gewisse Aspekte kommen erst in Konfliktsfällen zum Tragen. Daraus ergibt sich, dass der mittelalterliche Bürgerbegriff auch in den konkreten Funktionszusammenhängen gesehen werden muss. Die Gruppe der Bürger kann nicht isoliert betrachtet werden, weil die mittelalterliche Gesellschaft aus einem Gefüge von unterschiedlichen Gruppen bestand, die für verschiedene Formen des Zusammenlebens von Menschen stehen und durch unterschiedlich ausgeprägte Grade der Interaktionen ihrer Mitglieder verbunden sind. Die verschiedenen Bürgergruppen waren nicht statisch und klar vonei-

⁴² Gilomen, "Sondergruppen." Eberhard Isenmann, "Bürgerrecht und Bürgeraufnahme in der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550), ed. Rainer C. Schwinges, Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 203-249. Guy P. Marchal, "Pfahlburger, bourgeois forains, buitenpoorters, bourgeois du roi: Aspekte einer zweideutigen Rechtsstellung," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550), ed. Rainer C. Schwinges, Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 333-367. Barbara Studer, "Frauen im Bürgerrecht. Überlegungen zur rechtlichen und sozialen Stellung der Frau in spätmittelalterlichen Städten," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550). ed. Rainer C. Schwinges, Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 169-200.

inander abgegrenzt. Vielmehr waren die Übergänge fließend und die Rechtsinhalte waren einer stetigen Veränderung unterworfen.

Trotz dieser rechtlichen Vielfalt soll im Folgenden ein kurzer Überblick über die verschiedenen Bürgerrechts- und Beisassengruppen, deren Rechte und Pflichten⁴³ sowie der städtischen Aufnahmepolitik gegeben werden, um die Ergebnisse der einzelnen Städteuntersuchungen in einen allgemeinen Rahmen einbetten zu können.

1 Christliche rechtliche Gruppen

1.1 Bürgerbegriff

Was hat man unter dem Begriff "Bürger" für das Spätmittelalter zu verstehen? In der stark rechtsgeschichtlich geprägten deutschen Stadtgeschichtsforschung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts lag ein Forschungsschwerpunkt auf der Entstehung von Stadtrecht und Stadtverfassung und somit auch auf der Thematik des städtischen Bürgerrechts. Als einer der Ersten zeigte Otto Brunner auf, dass die Verfassungsgeschichtsschreibung dieser Zeit bei der Untersuchung mittelalterlicher Verhältnisse von systematischen Begriffen mit klar definiertem Rechtsinhalt ausging, und diese Begriffe oft mit modernen Bedeutungsinhalten überlagerte.⁴⁴ Seit den 50er Jahren wird in der Forschung in Bezug auf den Bürgerbegriff zuneh-

⁴³ Es wird im Folgenden nicht versucht, einen idealtypischen Bürgerbegriff zu beschreiben, sondern es soll ein Überblick über die wichtigsten Rechte und Pflichten von städtischen Bürgern in spätmittelalterlichen Städten gegeben werden. Wobei im Einzelfall nicht jeder städtische Bürger mit allen aufgelisteten Rechte und Pflichten versehen sein muss.

⁴⁴ Otto Brunner, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter, Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtsforschung und Archivwissenschaft in Wien 1 (Brünn, München, Wien: 1949). S. 124ff. Otto Brunner, "Stadt und Bürgertum in der europäischen Geschichte," Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 4 (1953): S. 525-537. S. 535. Zur Problematik von Brunners Variante der Begriffsgeschichte in Bezug auf den Herrschaftsbegriff. Gadi Algazi, Herrengewalt und Gewalt der Herren im späten Mittelalter. Herrschaft, Gegenseitigkeit und Sprachgebrauch, Historische Studien 17 (Frankfurt/New York: 1996). S. 97-127. Gadi Algazi, "Otto Brunner - "Konkrete Ordnung" und Sprache der Zeit," in Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, ed. Peter Schöttler (Frankfurt a.M.: 1997), S. 166-203. Zur früheren Stadt- und Verfassungsgeschichte: Alfred Haverkamp, "Die "frühbürgerliche" Welt im hohen und späten Mittelalter. Landesgeschichte und Geschichte der städtischen Gesellschaft," Historische Zeitschrift 221 (1975): S. 571-602. S. 55ff. Frantisek Graus, "Verfassungsgeschichte des Mittelalters," Historische Zeitschrift 243 (1986): S. 529-589. S. 566-573. Gerhard Dilcher, "Zum Bürgerbegriff im späten Mittelalter - Versuch einer Ty-

mend auf die Vielfalt des Inhalts hingewiesen.⁴⁵ Vor dem Hintergrund der begriffsgeschichtlichen Debatte wurde zunehmend betont, dass der Begriff im jeweiligen sprachlichen Kontext und der Mensch in seinem jeweiligen sozialen Netzwerk gesehen werden müsse.⁴⁶ Wie Wenskus für den Begriff "Bauer" ausführte, ist auch der Bürgerbegriff "ein historischer Begriff, dessen Merkmale nicht konstant sind, ... sondern die im Laufe des historischen Prozesses kontinuierlich wechseln, ausgeschieden und durch andere ersetzt werden."⁴⁷ Um dem zeitgenössischen Verständnis des Bürgerbegriffs auf die Spur zu kommen, müssen die verschiedenen zu dieser Thematik laufenden Diskurse getrennt nachgezeichnet werden. Im Hoch- und Spätmittelalter lassen sich neben einem pragmatisch orientierten Bürgerdiskurs in den Städten verschiedene gelehrte Diskurse über den Bürgerbegriff verfolgen. Theologen, Philosophen und Juristen setzten sich mit dieser Thematik auseinander und konzeptualisierten "den Bürger" auf ihre Art. Ulrich Meier zeichnet in seiner Dissertation "Mensch und Bürger" die einzelnen

pologie am Beispiel von Frankfurt am Main., in Bürgerrecht und Stadtverfassung im europäischen Mittelalter, ed. Gerhard Dilcher (Köln, Weimar, Wien: 1996), 115-182. S. 119-122. Klaus Schreiner, "Kommunebewegung und Zunftrevolution," (1980). Klaus Schreiner, "Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historisch-politischen Bewusstsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts," in Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150-1650, ed. C. Meckseper (Stuttgart: 1985).

⁴⁵ K.O. Müller zeigte in seinem Artikel über das Bürgerrecht in den oberschwäbischen Städten bereits 1916 die unterschiedliche Ausprägung "des Bürgers" in den verschiedenen Städten auf. J. Deeters, "Das Bürgerrecht der Reichsstadt Köln seit 1396," Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanische Abteilung 104 (1987): 1-83, Haverkamp, "'frühbürgerliche" Welt.", Karl Otto Müller, "Das Bürgerrecht in den oberschwäbischen Reichsstädten," Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte 25 (1916): 163-192. Gilomen, "Sondergruppen." Hartmut Boockmann, "Civis und verwandte Begriffe in ostdeutschen, insbesondere preussischen Stadtrechtsquellen," in Ueber Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittelalter: Bericht über Kolloquien der Kommission zur Erforschung der Kultur des Spätmittelalters 1975 bis 1977, ed. Josef Fleckenstein, Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse: Folge 3; Nr. 121 (Göttingen: 1980), 43-58, Edith Ennen, "Die Forschungsproblematik Bürger und Stadt - von der Terminologie her gesehen," in Ueber Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittelalter: Bericht über Kolloquien der Kommission zur Erforschung der Kultur des Spätmittelalters 1975 bis 1977, ed. Josef Fleckenstein, Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse: Folge 3; Nr. 121 (Göttingen: 1980), 9-26, Isenmann, "Bürgerrecht." Ulrich Meier, Mensch und Bürger. Die Stadt im Denken spätmittelalterlicher Theologen, Philosophen und Juristen (München: 1994). Werner Schultheiss, "Das Bürgerrecht der Königs- und Reichsstadt Nürnberg," in Festschrift für Hermann Heimpel, Band 2 (Göttingen: 1972), 159-194.

⁴⁶ Reinhart Koselleck, "Einleitung," in Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1., ed. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Stuttgart: 1972), S. XIII-XXVII. Hans Kurt Schultze, "Mediävistik und Begriffsgeschichte," in Festschrift für Helmut Beumann: zum 65. Geburtstag, ed. Kurt-Ulrich Jäschke, Reinhard Wenskus (Sigmaringen: 1977), 388-405. Hans-Werner Goetz, ed., Moderne Mediävistik (Darmstadt: 1999). "Begrifflichkeit", S. 269-273. Reingard Esser, "Historische Semantik," in Kompass der Geschichtswissenschaft, ein Handbuch, ed. Joachim Eibach, Günther Lottes (Göttingen: 2002), S. 281-293.

⁴⁷ Reinhard Wenskus, "'Bauer" - Begriff und historische Wirklichkeit," in Wort und Begriff "Bauer". Zusammenfassender Bericht über die Kolloquien der Kommission für die Altertumskunde Mittel- und Nordeuropas, ed. Reinhard Wenskus, u.a., Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-Historische Klasse. 3 F. 89 (Göttingen: 1975), S. 11-28. S. 11. Zum Cives-Begriff im Frühmittelalter. Gerhard Köbler, "Civis und verwandte Begriffe im Spiegel niederdeutscher Stadtrechtsquellen," in Ueber Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittelalter: Bericht über Kolloquien der Kommission zur Erforschung der Kultur des Spätmittelalters 1975 bis 1977, ed. Josef Fleckenstein, Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse: Folge 3; Nr. 121 (Göttingen: 1980), 27-41.

theoretischen Diskurse differenziert und auf einer breiten Quellenauswahl basierend nach.⁴⁸ Er arbeitet heraus, dass alle Verfasser der von ihm eingesehenen politischen Traktate die in der Stadt lebende Bevölkerung in zwei, bzw. drei politisch unterschiedlich berechnigte Gruppen gliedern. Erstens die Vollbürger an sich, die alle Rechte haben und alle Herrschaftsämter innehaben können. Zweitens die von den politischen Rechten Ausgeschlossenen und drittens eine mittlere Gruppe, die sich durch eine gewisse Anzahl Rechte von der untersten Gruppe abhebt, das heisst Bürger mit einem minderen Bürgerrecht sind. Diese dritte Gruppe wird in den mittelalterlichen Texten am ausführlichsten diskutiert. Meier weist darauf hin, dass "nicht Amtswechsel, nicht Wählbarkeit, sondern aktives Wahlrecht und politische Beteiligung an Willensbildungsprozessen der Herrschenden (...) der politische Kern des weiten Bürgerbegriffs im Aristotelismus des Spätmittelalters" seien.⁴⁹ Im Gegensatz zum philosophischen Diskurs stand in der juristischen Diskussion über den Bürgerbegriff nicht die Frage nach der politischen Partizipation, sondern jene nach "Umfang und Inhalt eines civis-Begriffs, der Alt- und Neubürger, der amtsfähige und nicht zu den Ämtern wählbare Bürger gleichermassen zu umschliessen vermag", im Zentrum.⁵⁰

Den meisten Philosophen und Juristen war gemeinsam, dass für sie "Bürger-sein" bedeutete, ein Mitglied der Bürgerschaft zu sein. Damit verbunden war die Abgrenzung gegen "unten". Nicht zur Bürgerschaft gehörten die Landbewohner, Bürger unterworfenen Gemeinden sowie die städtischen Beisassen. Bezeichnenderweise wurde eine Abgrenzung gegen "oben" nur selten thematisiert. Die Thematik des sozialen Aufstiegs war aber ein viel und intensiv diskutiertes Thema und die Frage nach dem Anteil an bürgerlichen Rechten, die die unteren Schichten der Bürgerschaft haben sollten, wurde immer wieder erörtert.

Ein weiterer Diskurs über einen pragmatischeren Bürgerbegriff fand im "städtischen Raum" statt, allerdings nicht abgelöst von den übrigen. Vielmehr war er massgeblich sowohl von der philosophischen, als auch der juristischen Argumentationsweise geprägt. Meier weist auf die Rolle der Jurisprudenz bei der Ausbildung eines funktionalen und pragmatischen Bürgerkonzeptes hin. Im städtischen Schriftgut mit rechtlichem Inhalt sowie in Kommentaren zum "Corpus juris" sei ein Bürgerrecht konzeptualisiert worden, das allein auf Vertrag be-

⁴⁸ Meier, Mensch und Bürger. Ulrich Meier, "Gemeinnutz und Vaterlandsliebe. Kontroversen über die normativen Grundlagen des Bürgerbegriffs im späten Mittelalter," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550), Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 53-82.

⁴⁹ Meier, Mensch und Bürger. S. 113.

⁵⁰ Ibid. S. 207.

gründet und durch fest umschriebene Rechte und Pflichten definiert war.⁵¹ Unter anderem zeigen die immer wieder angeforderten Rechtsgutachten zur Thematik des Bürgerbegriffes sowie die Anwendung des Begriffs "*burger*" auf Rechtsgruppen mit unterschiedlichem Rechtsstatus, dass die Begriffsbedeutung nicht nur einem zeitlichen Wandel unterlag, sondern dass ein gleichzeitiges "Neben- und Gegeneinander" verschiedener Bedeutungen existiert hat.⁵² Auf den unterschiedlichen Gebrauch des Begriffs im politischen Diskurs um den Bürger weist Meier dezidiert hin. Man erhält kein einheitliches Bild vom Bürger, denn "eindeutige Bilder, die unmissverständlich soziale Gruppen und politische Rechte bezeichnen, waren der mittelalterlichen politischen Theorie insgesamt fremd. Ein und derselbe Autor arbeitete in unterschiedlichen Kontexten mit verschiedenen, nicht immer deckungsgleichen Begrifflichkeiten und Traditionen."⁵³

Bezugnehmend auf das pragmatisch ausgerichtete, städtische Bürgerrechtskonzept steht für Dilcher der spätmittelalterliche Bürgerbegriff⁵⁴, ein "klar umgrenzter, normativer Begriff", für eine Rechtsstellung, die erworben und gegebenenfalls wieder aufgegeben werden kann.⁵⁵ In die Stadtbürgerschaft wurde man in der Regel nicht hineingeboren, sondern erwarb sie als "freiheitlich-abstrakte, konkret erst innerhalb eines breiten sozialen Spektrums auszufüllende Rechtsstellung".⁵⁶ Die Bürger waren nicht nur Mitglieder der Bürgerschaft, sondern auch noch von unterschiedlichen weiteren sozialen Gruppen.⁵⁷

⁵¹ Meier, "Gemeinnutz." S. 80.

⁵² Algazi bezeichnet den alltäglichen Sprachgebrauch als eine "ständig zur Diskussion gestellte Sichtweise sozialer Verhältnisse" und sagt, dass die Betrachtung des Nebeneinanders von Bedeutungen das "soziale, konfliktbeladene management of meaning ins Zentrum" rücke. Algazi, Herrengewalt. S. 11f.

⁵³ Meier, Mensch und Bürger. S. 111.

⁵⁴ Zur Geschichte des Begriffsfeldes "Bürger"- "bürgerlich" in der älteren historischen Forschung und der Problematik, dass die Rückprojektion von zeitgenössischen Begriffsinhalten z.T. die Sicht auf die mittelalterlichen Verhältnisse verstellte, siehe Haverkamp, "'frühbürgerliche" Welt." 574ff. Literaturübersicht bei Dilcher, "Bürgerbegriff." S. 118ff.

⁵⁵ Diskussion dieser Thematik im zeitgenössischen juristischen Diskurs bei Meier, "Gemeinnutz." S. 74. Er weist darauf hin, dass die "Betonung des Willkürelementes und der rationalen Entscheidung des einzelnen (...) vermutlich der modernste Zug in der mittelalterlichen Diskussion um das Wesen des Bürgers" war. Ebd. S. 80.

⁵⁶ Dilcher, "Bürgerbegriff." S. 116f. Gerhard Dilcher, "Bürgerrecht und Bürgereid als städtische Verfassungsstruktur," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550), ed. Rainer C. Schwinges, Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 83-98. S. 84f. Diese normative Definition wird in der Forschung weitgehendst übernommen und wird von Koch als "der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Forschung bisher mit wenigen Ausnahmen geeinigt hat", bezeichnet. Bruno Koch, Neubürger in Zürich. Migration und Integration im Spätmittelalter, Forschungen zur Mittelalterlichen Geschichte 40 (Weimar: 2002). S. 74f.

⁵⁷ Die erste Kapitelüberschrift in Dilchers Bürgerbegriffsartikel lautet "Bürger - Rechtsbegriff und soziales Dasein". Diese zwei Aspekte werden im Kapitel dieser Arbeit zum jüdischen Bürgerrecht aufgegriffen. Im ersten Teil liegt der Schwerpunkt auf den rechtlichen Inhalten des Bürgerbegriffs und im zweiten Teil soll der Aspekt des "sozialen Daseins" ausführlicher thematisiert werden.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufnahme in die städtische Bürgerschaft war das Schwören des Neubürgereides. Der **Neubürgereid** sowie der jährlich von allen Bürgern zu erneuernde Gesamteid⁵⁸ bildeten die rechtliche Grundlage für die Stellung des Bürgers. Im Zusammenhang mit den Bemühungen der städtischen Einwohner, sich vom Stadtherrn zu emanzipieren, und der Herausbildung der bürgerlichen Schwureinungen seit dem 12. Jahrhundert kam dem Bürgereid eine wachsende Bedeutung zu.⁵⁹ Dilcher weist darauf hin, dass "der Bürgereid die Basisstruktur und die Grundlage der Verbindlichkeit für diese auf der Höhe des Mittelalters" auftretende neue Form der Vergesellschaftung gewesen sei. Er habe nicht nur am Anfang der Stadtgemeinde gestanden, sondern Stadtverfassung, Stadtrecht und Stadtfriede hätten in ihm ihren genossenschaftlich-einungsmässigen Geltungsgrund gehabt.⁶⁰ Nur langsam hatte sich die Entwicklung in dem Sinne vollzogen, dass der personale, eidgebundene Frieden der geschworenen Bürger zum lokalen Frieden wurde und das Stadtrecht eine lokale, objektiv-normative Geltung erhielt.⁶¹ Nun hatte es für die ganze Stadt Gültigkeit, war also territorial wirksam, im Gegensatz zum Bürgerrecht, als einem Teil von ihm, das sich auf die Bürger bezog und somit personal galt.⁶² Im Verlaufe des Spätmittelalters intensivierte der Rat seine gesetzgeberische Tätigkeit und sie durchdrang zunehmend alle Lebensbereiche in der Stadt. Es lag im Interesse der Stadtobrigkeit, sie als einheitlichen Rechtsraum zu konstituieren. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte der Rat neben weiteren Massnahmen rechtliche Sondergruppen, wie auch die Juden, zu integrieren und/oder die Anzahl von Immunitäten und konkurrierenden Gerichtsbarkeiten zu minimieren. Ersteres konnte erreicht werden mit der Differenzierung des Bürgerrechts und der Schaffung von Sonderrechten.

⁵⁸ Vor allem in süddeutschen und Schweizer Städten waren die jährlichen Schwörtage von grosser Bedeutung. In Zürich kam die Stadtgemeinde jeweils beim Ratswechsel zweimal pro Jahr im Grossmünster zusammen und die einzelnen Bürger leisteten gemeinsam den Eid auf den Geschworenen Brief und verpflichteten sich dem Rat und Bürgermeister gegenüber zu Gehorsam. Wer den Eid nicht regelmässig leistete, verlor sein Bürgerrecht. H. Zeller-Werdmüller, ed., Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd.1 (Leipzig: 1899). Nr. 274, S. 128. Wilhelm Ebel, Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts (Weimar: 1958). S. 22ff.

⁵⁹ Zur "Entstehung der kommunalen Stadt", die örtliche Gemeindebildung, Einung und Eidgenossenschaft" in K. S. Bader, Gerhard Dilcher, Deutsche Rechtsgeschichte. Land und Stadt - Bürger und Bauer im Alten Europa., Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft (Berlin u.a.: 1999). S. 362-389.

⁶⁰ Dilcher, "Bürgerrecht und Bürgereid." S. 97. Gerhard Dilcher, "Rechtshistorische Aspekte des Stadtbegriffs," in Bürgerrecht und Stadtverfassung im europäischen Mittelalter, ed. Gerhard Dilcher (Köln, Weimar, Wien: 1996), 67-94. S. 79.

⁶¹ Isenmann, "Bürgerrecht." S. 222. Zu Stadtrecht und Bürgereid siehe z.B. Dilcher, "Stadtbegriff." S. 75ff.

⁶² Koch, Neubürger. S. 34f. Koch betont die Bedeutung einer klaren begrifflichen Abgrenzung zwischen "Bürgerrecht" und "Stadtrecht". Der abstrakte Begriff des kommunalen Bürgerrechts, dessen rechtlicher Inhalt ein Teil des Stadtrechts bildet, tritt im Vergleich zum Bürgerbegriff in den Quellen zeitlich verschoben auf. In Köln ist der Begriff „*civis*“ bereits fürs 12. Jahrhundert belegt, der Begriff des „*bürgerreyt*“ jedoch erst im Jahre 1296. Schmandt, Judei, cives et incole. S. 68.

1.2 Beisassen

Bevor detaillierter auf die verschiedenen Bürgerrechtsformen eingegangen wird, soll die zweite grosse Gruppe von städtischen Einwohnern, die Beisassen, vorgestellt werden.

Die städtischen "Beisassen" bildeten eine Rechtsgruppe, die zwischen den Bürgern und den Fremden/Gästen anzusiedeln ist. Durch die rechtserzeugende Gewohnheit städtischen Wohnens waren sie in der Stadt heimisch und ihr Status teilweise im normativen Recht reglementiert.⁶³ Die Gruppe der Bürger geniesst gegenüber den "Beisassen" eine privilegierte Rechtsstellung, ist aber auch den dem Bürgerrecht verbundenen Pflichten unterstellt. Die wichtigsten Vorteile des Bürgerrechts lagen in der Regel in einer höheren Rechtssicherheit, allgemeinen Nutzungsrechten, dem ungehinderten Zugang zum wirtschaftlichen Leben der Stadt sowie der Aufnahme in kommunale Korporationen wie Zünfte und Bruderschaften.⁶⁴ In Ulm beispielsweise hatten die Beisassen nicht das Recht liegendes Gut zu besitzen oder die städtische Almend zu benutzen.⁶⁵ Wie gross der rechtliche Unterschied zwischen diesen zwei Rechtsgruppen tatsächlich war, konnte in Zeit und Raum erheblich variieren. Es stand der Stadtobrigkeit frei, die Rechte und Pflichten der beiden Rechtsgruppen einander stark anzugleichen.⁶⁶ In gewissen Städten wurden die zwei Kategorien einander angenähert, indem ein Eid für die Beisassen eingeführt wurde.⁶⁷ Diese Angleichung konnte soweit führen, dass sich

⁶³ Bader, Deutsche Rechtsgeschichte. S. 456f. Nach römischem Recht machte die Geburt, die Freilassung, die Wahl oder die Adoption den Städter zum Bürger. In bezug auf den Einwohner war der Wohnort ausschlaggebend. Ulrich Meier, "Konsens und Kontrolle. Der Zusammenhang von Bürgerrecht und politischer Partizipation im spätmittelalterlichen Florenz," in Stadtrecht und Bürgerfreiheit, ed. Klaus Schreiner, Ulrich Meier, Bürgerrecht. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte 7 (Göttingen: 1994), 147-187. S. 160.

⁶⁴ In einigen Städten war die Aufnahme in die Zunft mit dem Erwerb des Bürgerrechts gekoppelt. Siehe unten.

⁶⁵ "... mēngs fremds volkes von mannen und frowen die herkomēt und weder burgrecht noch zunften hand ..." StA Ulm, A 3784, Nr. 1 (1417). 1472: "Item das kain bywoner kain gelegen gute es sy huser stadel weingarten wysen noch acker in der statt noch in dem zehenden gelegen haben sullen und welich die siget haben die sulle man alle geloben laussen, solich ir gelegen gu(o)te in jars frist der nachst zu verkouffen...Item es sol och kain bywoner kain Rindesfich och hie haben no uff die waide gan laussen." Ebd. Nr. 2.

⁶⁶ In Waldsee und Memmingen war jeder Nichtbürger, der Steuer, Wacht, Botendienst und andere bürgerliche Dienste leistete, innerhalb der Stadt dem Bürger gleichgestellt, nicht aber ausserhalb. Isenmann, Bürgerrecht, S. 224. In Frankfurt leisteten die Beisassen spätestens 1398 einen Beisasseneid und wurden dazu verpflichtet, dasselbe zu leisten wie die Bürger, unter anderem das entsprechende Aufnahmegeld. Andernacht, Bürgerbuch 1, S. 143.

⁶⁷ Zum Beisasseneid siehe Bader, Deutsche Rechtsgeschichte. S. 456. Dilcher, "Bürgerbegriff." S. 144f, 171f. Isenmann, "Bürgerrecht." S. 205ff, 223. Köln löste das Problem der Einbindung der Einwohner in einer andern Form. Seit 1396 schwuren alle Einwohner Kölns, d.h. Bürger und Nicht-Bürger, auf den Verbundbrief. Sie waren gemeinsam in 22 Gaffeln eingeteilt. Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ist in Köln ein Ratsamt fassbar, dessen Inhaber dafür zuständig war, Nicht-Vereidigte ausfindig zu machen und zur Eidleistung zu veranlassen. Weigerten sich die Betroffenen, wurden sie ausgewiesen. Das Bürgerrecht musste separat erworben und mit einem Bürgereid beschworen werden. Ebd. S. 223. Deeters, "Bürgerrecht Köln." S. 3-9. In Nürnberg gab es neben verschiedenen Formen des Bürgerrechts noch die Gruppe der "sleht tagwerker". Sie wurden durch einen Eid der

Bürger und Beisassen nur noch durch nominelle Differenzen oder eine abweichende Eidesleistung unterschieden.⁶⁸ Isenmann kommt daher zum Schluss, dass in einer "sehr grundsätzlichen und abstrakten Weise, vor allem hinsichtlich der Inhaber eines lediglich geminderten Bürgerrechts und blossen Einwohnern, der Statusunterschied zwischen dem Bürger und dem Nichtverbürgerten auf den Unterschied zwischen Anspruch und Berechtigung auf der einen, blosser Duldung und Konzession auf der anderen Seite zurückgeführt werden" könne.⁶⁹

1.3 Bürgeraufnahmepolitik

In welchem Zahlenverhältnis die beiden Gruppen zueinander standen, konnte von Stadt zu Stadt und innerhalb derselben Stadt im zeitlichen Verlauf sehr unterschiedlich sein. Das lässt sich darauf zurückführen, dass die spätmittelalterlichen Städte eine sehr pragmatische Bürgeraufnahmepolitik betrieben. Sie orientierten sich „hinsichtlich der Normierungen des Bürgerrechts und der tatsächlichen Bürgeraufnahmen immer wieder sehr zweckbestimmt an demographischen, verteidigungspolitischen, fiskalischen, wirtschaftlichen und die Politik nach aussen sowie den Zuschnitt des Regiments im Innern betreffenden Konjunkturen auf dem Untergrund längerfristiger Perioden von Stadtausbau und Stagnation.“⁷⁰ Dementsprechend findet man in den städtischen Rechtsquellen immer wieder Verbote, weitere Anwärter ins Bürgerrecht aufzunehmen⁷¹, aber auch Verordnungen, die allen Einwohnern den Eintritt ins Bürgerrecht vorschrieben.⁷² Mit dem verordneten Eintritt ins kommunale Bürgerrecht er-

Stadt verpflichtet und waren räumlich in den Vorstädten anzusiedeln. Schultheiss, "Bürgerrecht Nürnberg." S. 181.

⁶⁸ Isenmann, "Bürgerrecht." S. 207. In Schlettstadt leisteten die *seldner* beispielsweise auch ein Aufnahmegeld. 1436 entrichtete ein Bürger 8 und mehr Schilling und ein Seldner 5 Schilling. Joseph Gény, ed., Schlettstadter Stadtrechte, Bd. 2, Oberrheinische Stadtrechte. Dritte Abteilung: Elsässische Rechte, Bd. 1 (Heidelberg: 1902). S. 517.

In Frankfurt leisteten die Beisassen bereits 1398 einen Beisasseneid, der ab 1440 wörtlich mit dem Bürgereid übereinstimmte. Dietrich Andernacht, Otto Stamm, ed., Die Bürgerbücher der Reichsstadt Frankfurt 1311-1400 und das Einwohnerverzeichnis von 1378 (Frankfurt a.M.: 1955). S. 143. Jochen Zorn, Bündnisverträge der Stadt Frankfurt am Main mit dem Adel der Umgebung im 14. und 15. Jahrhundert (Frankfurt a.M.: 1966). S. 41.

⁶⁹ Isenmann, "Bürgerrecht." S. 207.

⁷⁰ Ibid., S. 207. Zu Nürnberg siehe Schultheiss, "Bürgerrecht Nürnberg." S. 186ff.

⁷¹ Für Konstanz siehe beispielsweise Otto Feger, Vom Richtebrief zum roten Buch. Die ältere Konstanzer Ratsgesetzgebung, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen 7 (Konstanz: 1955). Nr. 37, S. 11f (1379).

⁷² In Augsburg verpflichtete der Rat 1397 alle ansässigen Einwohner ins Bürgerrecht einzutreten. Claudia Kalesse, Bürger in Augsburg: Studien über Bürgerrecht, Neubürger und Bürgen anhand des Augsburger Bürgerrechtsbuchs I (1288-1497), Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg 37 (Augsburg: 2001).

hoffte sich die Stadtobrigkeit eine grössere Kontrolle über die ganze städtische Bevölkerung und dadurch die Wahrung des sozialen Friedens sowie die stärkere Einbindung der Vereidigten in die Pflichten.⁷³ Verschiedentlich ist zu beobachten, dass Städte in Zeiten erhöhter Konfliktrisiken ihre Bemühungen, die Beisassen ins Bürgerrecht aufzunehmen, verstärkten, um sie militärisch verpflichten zu können.⁷⁴ Diesem Bedürfnis nach der Kontrolle über alle Einwohner begegnete ein Teil der Städte damit, dass die Beisassen wie die Bürger jährlich den Beisasseneid schwören mussten.⁷⁵

Neben dem Verbot und der Verordnung zur Aufnahme hatte der städtische Rat die Möglichkeit, mit Hilfe veränderter Aufnahmemodalitäten die Zahl der Neubürger zu steuern. In der Regel bestand diese Anpassung in der Erhöhung oder der Reduktion der finanziellen Anforderungen an die Neubürger. Die Bürgeraufnahme gehörte zu einer der wichtigsten Kompetenzen des Rates. Allerdings übten auch die Zünfte einen mehr oder weniger grossen Einfluss auf die Einbürgerungspolitik einer Stadt aus, der insbesondere im 15. Jahrhundert darin bestand, Aufnahmebegrenzungen durchzusetzen, um die Konkurrenz zu minimieren.⁷⁶ Die Hauptziele der städtischen Einbürgerungspolitik bestanden darin, Bevölkerungsverluste auszugleichen und die Bürger und Zünfte bis zu einer gewissen Masse vor Konkurrenz zu schützen.⁷⁷

⁷³ Siehe Beispiel bei Isenmann zu Ravensburg. Nicht alle die konnten, erwarben das Bürgerrecht, was zeigt, dass für die Betroffenen die Belastungen gegenüber den Vorteilen überwogen. Isenmann, "Bürgerrecht.", S. 207. In Memmingen wurde in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts derjenige, der vier Jahre in der Stadt ansässig war und die entsprechenden Pflichten erfüllte, ins Bürgerrecht aufgenommen. Lehnte er das Bürgerrecht ab, wurde er rechtlich zurückgestuft und unterstand fortan dem Gästerecht. Müller, "Bürgerrecht." S. 179. Erika Uitz, Die Frau in der mittelalterlichen Stadt (Freiburg: 1992). S. 144.

⁷⁴ Bruno Koch, "Integration von Neubürgern in die Städte des späten Mittelalters," in Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, ed. Mathias Beer, Martin Kintzinger und Marita Krauss, Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung 3 (Stuttgart: 1997), S. 75-85. In Basel wurde als Dank für geleisteten Kriegsdienst eine Reihe Beisassen ins Bürgerrecht aufgenommen. StA B, Ratsbücher A 1, Das Rote Buch, S. 190ff.

⁷⁵ Z.B. in Nürnberg und Frankfurt. Der Stadtherr von Bischofszell verlangt 1399, dass *"ma(e)nlich, der in úser statt Byschofcell sesshaft wil sin und ist, sol und mu(o)ss úns, únserm gotzhus ze Costentz, únserm vogt und únser statt Byschofcelle sweren ze den hailigen, gehorsam ze sind mit gu(o)ten trúwen ane geva(e)rde in allen sachen, rehten und gewonhaiten, als och denn gemainlich ander burger tu(o)nd in der selben statt."* Ernst Leisi, ed., Thurgauisches Urkundenbuch, Band 8, 1391-1400 (Frauenfeld: 1967). Nr. 4617, S. 433.

⁷⁶ Rolf Kiessling, "Umlandpolitik im Spiegel städtischer Einbürgerungen während des späten Mittelalters," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550), ed. Rainer C. Schwinges, Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 289-315. S. 299. In Bern ist beispielsweise im 14. und 15. Jahrhundert eine Abschlüssungstendenz der Zünfte zu erkennen, die den Interessen des Rates, die Stadt für Neubürger offen zu halten, entgegenlief. Im 14. Jahrhundert gelang es der Stadtobrigkeit noch, die Aufnahmebedingungen in die Zünfte relativ tief zu halten. Im 15. Jahrhundert ist auch von städtischer Seite her zunehmend eine restriktive Einbürgerungspolitik zu beobachten. Roland Gerber, Gott ist Burger zu Bern: Eine spätmittelalterliche Stadtgesellschaft zwischen Herrschaftsbildung und sozialem Ausgleich, Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte 39 (Weimar: 2001). S. 101ff.

⁷⁷ Die tatsächliche Zuwanderung in die Städte war nicht allein von der Einbürgerungspolitik abhängig. Die städtische Bürgerrechtspolitik war in ihren Erfolgsaussichten auch von äusseren Faktoren, wie der allgemeinen Be-

Als allgemeine Tendenz lässt sich feststellen, dass die Bürgeraufnahme im 15. Jahrhundert zunehmend reglementiert, aber auch weniger restriktiv gehandhabt wurde.

1.4 Rechtlicher Status der Vollbürger und Beisassen

Im Folgenden soll die Gruppe der Vollbürger und Vollbürgerinnen mit ihren Rechten und Pflichten genauer betrachtet werden. Vorausschickend ist darauf hinzuweisen, dass sich die Bürgerschaft mit ihren Rechten nicht nur auf den Haushaltsvorstand erstreckt, sondern auch auf die Frau und die Kinder des Bürgerrechtsinhabers bzw. den Ehemann und die Kinder der Bürgerrechtsinhaberin,⁷⁸ dementsprechend fand bei Bürgerswitwen und -kindern in der Regel eine erleichterte Einbürgerung statt.

1.4.1 Voraussetzungen

Einleitend ist auf die Voraussetzungen, die Neubürgerkandidaten für eine Aufnahme erfüllen mussten, einzugehen. Isenmann spricht von zwei "gewissermassen natürlichen Grundvoraussetzungen", der Sesshaftigkeit und dem Grundbesitz bzw. der Haushälligkeit.⁷⁹ Der Besitz eines Hauses stand für die Zugehörigkeit zur Stadtgemeinde und garantierte der Obrigkeit die Steuerfähigkeit. Im Verlauf des Spätmittelalters lockerte sich allerdings die Vorgabe des Hausbesitzes. Eine wachsende Bevölkerung bewirkte eine Zunahme von Mietverhältnissen. Diese Entwicklung brachte eine Änderung der Bürgeraufnahmebestimmungen mit sich. In immer mehr Städten wurde die Haushälligkeit von der Zahlung eines Aufnahmegeldes und/oder vom Erwerb einer Rente abgelöst.⁸⁰ In einigen Städten wurde auch von den Beisas-

völkerungsentwicklung und Agrarzyklen, abhängig. Roland Gerber, "Die Einbürgerungsfrequenzen der Städte Freiburg im Uechtland, Konstanz und Luzern im späten Mittelalter," (1995): 96-104. S. 255.

⁷⁸ *"Dez krugs wip. Die het mit ir truwe an ains stat gelobt daz si zu arme und Richen frauen gan sol und den helfen In kinds not und darumb will si der Rat ane stur lassen sitzen und ir man och..."*. StA Ko, A IV:1. S. 30.

⁷⁹ Isenmann, "Bürgerrecht." S. 217 Werner Allenspach, Urs Meier, Jüdischer Geldverleih in der Stadt Zürich zwischen 1380 und 1419. Seminararbeit Universität Zürich, Prof. Dr. H.-J. Gilomen. (Zürich: 1991).

⁸⁰ Allerdings blieb in Deutschschweizer Städten die Haushälligkeit noch verhältnismässig lange eine Voraussetzung für den Bürgerrechtserwerb. Gilomen, "Sondergruppen." S. 132/133. Für Bern Gerber, Gott ist Burger. S. 127. Für Zürich Koch, Neubürger. 69. Für Freiburg Urs Portmann, Bürgerschaft im mittelalterlichen Freiburg.

sen ein Aufnahmegeld verlangt.⁸¹ Zusätzlich oder anstelle eines Hauses wurde die Bürgeraufnahme von einem Mindestvermögen und/oder der Stellung von Bürgen sowie dem Besitz von Harnisch und Waffen abhängig gemacht. Weiter verpflichteten sich die Neubürger in der Regel dazu, mindestens eine festgesetzte Anzahl Jahre im städtischen Bürgerrecht zu verbleiben.⁸² Oft wurde von den Neubürgern auch die Stellung von Bürgen gefordert. Insbesondere im 15. Jahrhundert wurde die personenrechtliche Freiheit zunehmend zu einer Voraussetzung für die Aufnahme ins städtische Bürgerrecht.⁸³

Stufenweise erleichtert wurde die Bürgeraufnahme für Söhne, Töchter, Witwen⁸⁴, deren zweite Ehemänner, für Schwiegersöhne von Bürgern sowie für die Vertreter eines gesuchten Gewerbes oder zukünftige Stadtamtsinhaber.⁸⁵ In einigen Städten gab es auch die Möglichkeit, das Bürgerrecht zu ersitzen⁸⁶ oder zu verdienen⁸⁷, obwohl man einen Teil der Voraussetzungen nicht erfüllte. Im Verlauf des 15. Jahrhunderts wurde eine eheliche Geburt zunehmend zu einer Voraussetzung, um das Bürgerrecht und insbesondere das Zunftrecht zu erlangen. Die

Sozialtopographische Auswertung zum ersten Bürgerbuch 1341-1416, Historische Schriften der Universität Freiburg Schweiz 11 (Freiburg: 1986). S. 69. In Freiburg entrichteten die Neubürger zusätzlich zum Aufnahmegeld noch den sogenannten "Bürgerwein". Ebd., S. 71. Müller führt für die oberschwäbischen Städte aus, dass die Forderung nach Haushälligkeit verhältnismässig schnell durch ein Aufnahmegeld und/oder eine Rente ersetzt wurde. Müller, "Bürgerrecht." S. 173.

⁸¹ In Freiburg i.Ue. war das Aufnahmegeld der Beisassen allerdings tiefer als dasjenige der Bürger. Heinrich Frank, Steuern im Mittelalter. Weltliche und kirchliche Geld-, Sach- und Arbeitsleistungen, besonders in Freiburg i. Ue. Diss (Freiburg im Uechtland: 1995). S. 93.

⁸² In vielen Städten betrug die Mindestzeit fünf oder zehn Jahre.

⁸³ Isenmann, "Bürgerrecht." S. 231. Zu den Problemen, die sich den Städten mit den umliegenden Grundherren aus der Aufnahme von Unfreien ins Bürgerrecht ergab, siehe z.B. auch Rolf Kiessling, Die Stadt und ihr Land: Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Städteforschung, Reihe 4 29 (Köln, Wien: 1989). Marchal, "Pfahlburger." S. 356f. Für die oberschwäbischen Städte weist Müller darauf hin, dass immer wieder Unfreie ins Bürgerrecht aufgenommen wurden. Im 15. Jahrhundert nahm diese Aufnahmepraxis jedoch stark ab. Müller, "Bürgerrecht." In einigen Städten bestand auch die Forderung, dass dem Grundherren verpflichtete Personen vor ihrem Bürgerrechtsantritt mit dem Grundherren abgerechnet haben mussten. Müller, "Bürgerrecht." S. 172.

⁸⁴ Nicht alle Witwen traten ins Bürgerrecht ein. Für Ulm: *"wen icht wittwen oder ander solich die nicht Burgrecht hetten...."* Ulm, A 3784 (1417).

⁸⁵ In Köln beispielsweise entfiel für in der Stadt geborene Bürgersöhne die Bürgeraufnahmegebühr. Deeters, "Bürgerrecht Köln." S. 9. In Rothenburg bestand die Erleichterung in einer ermässigten Bürgeraufnahmegebühr. Um der Stadt die Vermögen der Bürgerskinder so weit als möglich zu sichern, verpflichtete sie alle Dreizehnjährigen vor den Rat zu treten und einen Schwur zu leisten, der sie zur Einhaltung der städtischen Rechte sowie zur späteren Annahme des städtischen Bürgerrechts verpflichtete. In dieser Verpflichtung zeigt sich, dass auch der Stadt daran gelegen war, die Bürgerskinder mit ihrem Vermögen und ihrer Wirtschaftskraft in der Stadt zu behalten und dass dieses Entgegenkommen nicht nur zum Vorteil der Bürger war. Berchtold, S. 30f. Statutenbuch 1382, Nr. 37. In Freiburg i. Ü. wurden sowohl die Aufnahme von Bürgersöhnen, als auch diejenige von Auswärtigen verzeichnet. Seit 1396 wurde explizit zwischen der Aufnahme ins Bürgerrecht und der Übernahme des väterlichen Bürgerrechts unterschieden. Die unterschiedlichen Formulierungen widerspiegeln eine zunehmende Bedeutungsdifferenzierung des Bürgerrechts im Verlauf des 14. Jahrhunderts. Portmann, Bürgerschaft in Freiburg. S. 70f.

⁸⁶ Für Augsburg Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 85.

⁸⁷ Siehe beispielsweise für Basel. Das Rote Buch enthält mehrere Listen von Einbürgerungen aufgrund einer Kriegszugsteilnahme. Für den Hinweis danke ich Prof. H.-J. Gilomen.

Ehelichkeit wurde somit zu einem Kriterium der Ausgrenzung und zu einem Mittel um zu verhindern, dass knapp vorhandener Besitz aufgeteilt wurde.⁸⁸ Erfüllten die Anwärter oder Anwärterinnen aufs Bürgerrecht alle verlangten Voraussetzungen, traten sie durch das Schwören des Neubürgereides in die Bürgerschaft der Stadt ein.⁸⁹

1.4.2 Rechte

Als eine "Privilegsgenossenschaft" liess die Bürgerschaft die Neubürger an ihren Vorrechten teilhaben. Mit der Aufnahme ins Bürgerrecht nahm die Stadt den Neubürger in ihre "Verantwortung", er genoss den Schutz der Stadt innerhalb sowie ausserhalb der Stadtmauer, vor Gericht wie auch aussergerichtlich. Ein zentraler Unterschied zwischen Bürgern und Beisassen war in der Regel der Umstand, dass letztere ausserhalb der Stadt nicht unter den militärischen und rechtlichen Schutz der Obrigkeit fielen. Weiter genoss der Bürger zum Teil eine Rechtsfähigkeit, die den Beisassen abging, er hatte bestimmte Nutzungsrechte⁹⁰, das Recht, Land und Immobilien im städtischen Territorium zu erwerben, den uneingeschränkten Zugang zur städtischen Wirtschaft und Fürsorgeeinrichtungen sowie politische Rechte.⁹¹ Was die städtische Wirtschaft und die Fürsorgeeinrichtungen betraf, waren die Bürger gegenüber den Beisassen privilegiert. Zahlreiche Städte erklärten das Bürgerrecht zur Voraussetzung für die Aufnahme in eine Zunft, die erst eine uneingeschränkte Teilnahme am städtischen Gewerbeleben erlaubte. Zusätzlich hatten die Bürger Vorrang in Bezug auf den Zugang zu den städtischen Fürsorgeeinrichtungen. In Bezug auf die politischen Rechte muss allerdings differenzierend angemerkt werden, dass nicht in allen Städten alle Bürger sowohl das passive als auch

⁸⁸ Die Frage der ehelichen Geburt gewann im 15. Jahrhundert insbesondere für die Zünfte eine zunehmend grössere Bedeutung. Erste Forderungen nach Ehelichkeit von Zunftmitgliedern lassen sich im rheinischen Gebiet jedoch bereits ab der Mitte des 14. Jahrhunderts beobachten. Knut Schulz, "Die Norm der Ehelichkeit im Zunft- und Bürgerrecht spätmittelalterlicher Städte," in *Illegitimität im Spätmittelalter*, ed. Ludwig Schmugge, Schriften des Historischen Kollegs 29 (München: 1994), S. 67-83. S. 67f. Dietmar Willoweit, "Von der natürlichen Kinderschaft zur Illegitimität. Die nichtehelichen Kinder in den mittelalterlichen Rechtsordnungen," in *Illegitimität im Spätmittelalter*, ed. Ludwig Schmugge, Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien 29 (München: 1994), 55-66. 64.

⁸⁹ Auch die Söhne von Bürgern traten erst durch das Schwören des Bürger- oder Neubürgereides ins volle Bürgerrecht einer Stadt ein. In der Praxis gab es auch immer wieder Ausnahmen. Verschiedentlich scheinen Söhne von Bürgern den Bürgereid nicht geleistet, aber trotzdem alle Rechte und Pflichten eines Bürgers wahrgenommen haben.

⁹⁰ Siehe z.B. Dilcher, "Bürgerbegriff." "Die Bürgerschaft als Genossenschaft der Daseinsvorsorge". S. 157/158. In Ulm wurde 1494 die Satzung erlassen, dass Hirten "*kainem Bywoner, kain vich Rind oder kue oustriben oder vorhuetten*" dürfen. StA Ulm, A 3784, Nr. 3.

⁹¹ Detailliert bei Ibid. S. 150ff. Isenmann, "Bürgerrecht." S. 227f. Bader, *Deutsche Rechtsgeschichte*. S. 448f. Müller, "Bürgerrecht." S. 175f.

das aktive Wahlrecht innehatten.⁹² Es wurde unterschieden zwischen denjenigen Bürgern, die die Herrschaft ausübten, und denjenigen, die diese Herrschaft durch ihren Konsens unterstützten. Zentral für diese Konsensstiftung war, dass bei der Wahl der Obrigkeit durch Vertreter der einzelnen städtischen Gruppierungen ein Grossteil der Bürger repräsentiert war.⁹³ Ein weiterer Unterschied zeigt sich darin, dass Neubürger im Vergleich zu den alteingesessenen Bürgern als eine Rechtsgruppe zweiter Klasse gesehen wurden. Diese Haltung widerspiegelt sich in der weitverbreiteten Regelung, Neubürgern erst nach mehreren Jahren das aktive Wahlrecht zuzugestehen.⁹⁴ Die Beisassen verfügten in der Regel über keine politischen Rechte. Anders ist die Situation der Beisassen in Freiburg im Uechtland, wo ihnen das aktive Wahlrecht zugestanden wurde.⁹⁵

1.4.3 Pflichten

Die mit der Aufnahme ins Bürgerrecht verbundenen Pflichten leiten sich aus dem Gedanken der städtischen Friedens- und Rechtsgemeinschaft sowie der bürgerlichen Schutz- und

⁹² Gilomen, "Sondergruppen." S. 145. Es gibt verschiedene Städtebeispiele, in denen nur die Mitglieder der ratsfähigen Familien mit "*burger*" bezeichnet wurden, beispielsweise im Augsburg des 13. Jahrhunderts. Mütschele, Juden in Augsburg. S. 182. In Esslingen wurde anfangs des 14. Jahrhunderts zwischen "*cives*" und "*burgenses*", den Geschlechtern und der Gemeinde gleich Handwerker unterschieden. Otto Borst, Zur älteren Geschichte Esslingens bis zum Auftreten der Reichsstadt, Esslinger Studien 6 (Esslingen: 1960). S. 114.

⁹³ Meier, "Konsens und Kontrolle." S. 167ff. Klaus Schreiner, Ulrich Meier, "Regimen civitatis. Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Ordnung in alteuropäischen Stadtgesellschaften," in Stadtregiment und Bürgerfreiheit: Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, ed. Klaus Schreiner, Ulrich Meier (Göttingen: 1994), S. 11-36. S. 13ff, 28ff. Für Köln Gerd Schwerhoff, "Apud populum potestas? Rats Herrschaft und korporative Partizipation im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Köln," in Stadtregiment und Bürgerfreiheit. Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit, ed. Klaus Schreiner, Ulrich Meier, Bürgertum. Beiträge zur europäischen Geschichte 7 (Göttingen: 1994), 188-243. S. 205. Rogge weist darauf hin, dass Wahlen und Wahltag für die "Integration der Bürger und Einwohner sowie für die Konstitution der Gemeinde als „*universitas civium*“ von eminenter Bedeutung" gewesen seien. Dadurch, dass die Wahl in den Zünften den Ratswahlen direkt vorangingen, waren sie für alle Bürger als Einheit wahrnehmbar und bildeten eine Möglichkeit der politischen Partizipation. Der Umstand, dass in der Praxis der Kreis der in Ämter gewählte Bürger sehr beschränkt war, habe die Bevölkerung nicht gestört, solange der Rat eine den Gemeinen Nutzen fördernde Politik betrieben habe. Jörg Rogge, "Ir freye wale zu haben: Möglichkeiten, Probleme und Grenzen der politischen Partizipation in Augsburg zur Zeit der Zunftverfassung (1368-1548)," in Stadtregiment und Bürgerfreiheit. Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit, ed. Klaus Schreiner, Ulrich Meier, Bürgertum: Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte 7 (Göttingen: 1994), S. 244-277. S. 245ff.

⁹⁴ In Florenz wurde um 1346 argumentiert, dass nur noch Männern, "denen eine angeborene Liebe zu Stadt, Volk und Kommune, innewohne", ein Amt ausüben dürften. 50 Jahre später wurden die Anforderungen geändert. Die Zahlung der Steuer von mindestens 30 Jahren sowie eine eheliche Geburt bildeten nun die Voraussetzung, um die Amtsfähigkeit zu erlangen Meier, "Konsens und Kontrolle." S. 165f. Meier, Mensch und Bürger. S. 180. Meier, "Gemeinnutz." S. 73f. In Augsburg war die Wählbarkeit in verschiedene Ämter nach deren Bedeutung zeitlich gestaffelt. Bürger durften sofort wählen, waren aber erst nach fünf Jahren in den Grossen und nach zehn Jahren in den Kleinen Rat wählbar. Rogge, "Politische Partizipation in Augsburg." S. 248.

⁹⁵ Portmann, Bürgerschaft in Freiburg. S. 77.

Solidargemeinschaft ab.⁹⁶ Nach ihrer Aufnahme und dem Neubürgereid erneuerten diese den Eid jährlich, wobei sie auch dem Bürgermeister und dem Rat gegenüber ein Gehorsamsversprechen ablegten und sich in ihren Rechtsbeziehungen der städtischen Gerichtsbarkeit unterwarfen. Da die Bürgerschaft als "Verbündnis mit Ausschliesslichkeitsanspruch" gesehen wurde, verpflichtete sich der Neubürger, keine neuen Bündnisse mehr einzugehen und schon bestehende aufzulösen, d.h. dass eine Doppelbürgerschaft in mehreren Städten grundsätzlich ausgeschlossen war.⁹⁷ Mit der Aufnahme in die städtische Bürgerschaft trat der Neubürger auch der Wehrgemeinschaft der Stadt bei. Er war verpflichtet, seinen Anteil zum Schutz der Stadt in der Form von Wehr-, Wacht-, Feuerwehr-, Boten- und Grabdienst zu leisten sowie Waffen zu halten,⁹⁸ in der Regel in eigener Person. Im Verlaufe der Zeit wurde es aber immer häufiger möglich, die Pflicht an einen Stellvertreter zu delegieren.⁹⁹ Auch die Beisassen waren verpflichtet, ihren Anteil an der Stadtverteidigung zu leisten, wobei das Ausmass von Stadt zu Stadt variieren konnte. Weiter gab es in einigen Städten Bestimmungen, die die Bürger zur Annahme einer Wahl in ein städtisches Amt verpflichteten. Die Ausübung eines Amtes bedeutete nicht nur eine Privilegierung, sondern brachte auch hohe Belastungen mit sich, die nicht alle auf sich nehmen wollten oder konnten.¹⁰⁰

Eine weitere zentrale Bürgerpflicht, die eng mit der Forderung nach dem Hausbesitz zusammenhing, ist die Steuerpflicht.¹⁰¹ Der Bürger musste also nicht nur mit seiner Person, sondern auch mit seinem Vermögen "Dienst leisten". Wie stark das Bürgerrecht mit der Steuerpflicht zusammenhing, zeigt der Umstand, dass bei Nichtbezahlung der Steuern der Verlust des Bürgerrechts drohte. Diese Verknüpfung widerspiegelt sich auch im Verwaltungsschriftgut. Es gibt zahlreiche Städte, in denen Steuerverzeichnis und Bürgerbuch eine Einheit bilden.¹⁰² Neben den direkten Steuern waren die indirekten Steuern sowie Zölle zu entrichten,

⁹⁶ Isenmann, "Bürgerrecht." S. 225.

⁹⁷ Dilcher, "Bürgerbegriff." S. 163.

⁹⁸ In den verschiedenen Städten waren auch die Beisassen mit unterschiedlich vielen der oben aufgeführten Pflichten belastet.

⁹⁹ Eberhard Isenmann, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter. 1250-1500 (Stuttgart: 1989). S. 148f. Karl Saur, Die Wehrverfassung in schwäbischen Städten des Mittelalters. Strassburg, Basel, Augsburg, Ulm, Rottweil, Ueberlingen, Villingen. Diss. (Bühl: 1911). S. 1ff.

Frauen mussten einen Stellvertreter stellen oder einen entsprechenden Betrag entrichten.

¹⁰⁰ Oliver Landolt, "Zur zeitlichen Belastung von städtischen Ratsherren und anderen politischen Führungsschichten im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit," in Freizeit und Vergnügen - 14. - 20. Jahrhundert, Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 20 (Zürich: erscheint 2005). Rogge, "Politische Partizipation in Augsburg." S. 264f.

¹⁰¹ Dabei muss ergänzend erwähnt werden, dass in der Regel auch die Beisassen zu denselben Steuerleistungen wie die Bürger zugezogen wurden.

¹⁰² Adelbert Erler, Bürgerrecht und Steuerpflicht im mittelalterlichen Städtewesen, mit besonderer Untersuchung des Steuereides (Frankfurt a.M.: 1939). S. 22.

wobei die Verbrauchs- und die Verkehrsabgaben in den verschiedenen Städten in ihrer Bedeutung variierten.

In verschiedenen Städten lässt sich eine mindere Form des Bürgerrechts nachweisen, das sich durch diverse Einschränkungen vom oben skizzierten Vollbürgerrecht unterscheidet und in der Regel eine Vorstufe zum Erwerb des Vollbürgerrechts darstellte.¹⁰³ Den Inhabern wurden keine politischen Rechte zugestanden und ihr Vermögen durfte in Nürnberg beispielsweise eine gewisse Höhe nicht überschreiten.¹⁰⁴ Interessant ist, dass die Form des minderen Bürgerrechts sowie des Beisasseneids aus grösseren Städten bekannt ist. Beide Formen gehören zur obrigkeitlichen Strategie, den städtischen Frieden zu wahren. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde versucht einen Grossteil der Bevölkerung zu integrieren und somit auch besser unter Kontrolle halten zu können. Diese Strategie spiegelt auf der praktischen Ebene die theoretische Diskussion um die Thematik von "Herrschaft" und "Teilhabe" auf der politischen Diskursebene. Indem er den Status der "Mittleren Bürger" erörtert, führt beispielsweise Johannes Versor aus, dass diese Bürgergruppe an der Macht in der Form von Raten und Entscheiden teilhabe, dass sie aber nicht herrschen wolle und solle. Somit diene die Aufnahme einer breiteren Gruppe in ein minderes Bürgerrecht und deren Einbindung in die städtischen Entscheidungsprozesse primär dem Erhalt des städtischen Friedens. Er warnt davor, die Bürgerrechtsdefinition zu eng zu ziehen, da sich sonst ein enormes Spannungspotenzial aufbauen könnte. Er bezieht sich explizit auf die grösseren Städte, die mit dem Zuzug einer grossen Anzahl von Fremden konfrontiert waren.¹⁰⁵

¹⁰³ In Köln werden die Bürger mit minderem Status mit "*Cives minoris ordinis*" oder "*Cives inferioris ordinis*" bezeichnet. Schwerhoff, "Apud populum potestas?" S. 192.

¹⁰⁴ In Nürnberg wurde zwischen den "Vollbürgern", den "*burger der reht stat*", und den "Minderbürgern", "*sleht burger/hantwerkpürger*", unterschieden. Die "*sleht bürger*", die in den Vorstädten ansässig waren, wurden auch noch dazu verpflichtet, kein Handwerk zu treiben. Isenmann, "Bürgerrecht." S. 209f. Schultheiss, "Bürgerrecht Nürnberg." S. 163f. In Zürich konnten beispielsweise uneheliche Kinder von Bürgern nicht das volle Bürgerrecht erwerben. Koch, Neubürger. S. 87.

¹⁰⁵ Johannes Versor, *Libri Politicorum Aristotelis cum commento multum utili et compendioso*. Köln 1492. In: Meier, Mensch und Bürger. S. 109f. In Verbindung mit der Thematik der Vaterlandsliebe in: Meier, "Gemeinnutz." S. 63.

1.5 Gedingbürger

1.5.1 Gedingbürgerbegriff

Gedingbürger zeichneten sich dadurch aus, dass sie vor der Aufnahme ins Bürgerrecht mit der Stadtobrigkeit einen Vertrag über die Modalitäten ihrer Bürgerschaft abschlossen.¹⁰⁶ In den spätmittelalterlichen Städten gab es drei Gruppen von Gedingbürgern, jüdische und christliche, wobei letztere sich wiederum in Geistliche und Laien unterteilen lassen. Die zwei christlichen Gedingbürgergruppen lassen sich wiederum in solche mit intramuralem und solche mit extramuralem Bürgerrecht gliedern.¹⁰⁷

Den Ausführungen zu den einzelnen Gedingbürgergruppen vorausgehend soll der Sonderstatus, den die Gruppe der Kleriker in der spätmittelalterlichen Stadtgesellschaft einnahm, kurz erläutert werden.

Die Kleriker und geistlichen Korporationen bildeten innerhalb der Stadt eine rechtliche Sondergruppe. Die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe war unumkehrbar und wurde wie der Beitritt zur Bürgerschaft durch einen Rechtsakt fixiert. Primär unterstanden die Kleriker dem kanonischen Recht und den kirchlichen Instanzen. Dennoch war die weltliche Obrigkeit bemüht, insbesondere die ansässigen Geistlichen in die städtische Gemeinschaft zu integrieren, d.h. an den städtischen Lasten zu beteiligen. Eine Form der Integration bildete die Aufnahme ins städtische Bürgerrecht, und zwar in Form eines intramuralen oder extramuralen Gedingbürgerrechts.¹⁰⁸

"In der europäischen Formierungsperiode der Stadtkommune arbeitete das Kirchenrecht eine strenge, sakramental begründete Trennung von Klerus und Laien aus. Der Klerus untersteht danach dem kanonischen Recht und der kirchlicher Gerichtsbarkeit. Er kann also rechtlich nicht Mitglied einer zivilen, bürgerlichen Gesellschaft sein."¹⁰⁹ Der besondere Gerichtsstand, das "*privilegium fori*", sowie die Freiheit von den städtischen Lasten und Pflichten, das "*privilegium immunitatis*", machten den Klerus zu einer rechtlichen Sondergemeinschaft in-

¹⁰⁶ Für das augsburgische Gedingbürgerwesen siehe Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 149ff. Für Zürich Koch, Neubürger. S. 88.

¹⁰⁷ Allerdings gestaltete sich der Übergang von intramuralem zu extramuralem Gedingbürgerrecht fließend und es gab verschiedene Zwischenformen. Die Stadtobrigkeit erlaubte beispielsweise reichen Kaufleuten, sich nur teilweise in der Stadt aufzuhalten und auch in anderen Städten ihren Geschäften nachzugehen oder sogar ein zweites Bürgerrecht innezuhaben.

¹⁰⁸ In diesem Kapitel werden primär die in der Stadt ansässigen geistlichen Gedingbürger besprochen. Die extramuralen Beziehungen werden weiter unten erläutert.

¹⁰⁹ Bader, Deutsche Rechtsgeschichte. S. 473.

nerhalb der städtischen Gesellschaft.¹¹⁰ Das "*privilegium immunitatis*" bedeutete für die Stadt den Verlust von Einnahmen in beträchtlicher Höhe und privilegierte die Geistlichen hinsichtlich Aktivitäten von Handel und Gewerbe. Dieser Umstand sowie die Tatsache, dass der Klerus wie die Steuer zahlenden Einwohner den Schutz der Stadt genossen, wurden von städtischer Seite her als Gründe aufgeführt, um ihre Forderung nach Mitbeteiligung an den finanziellen und verteidigungstechnischen Lasten zu legitimieren.¹¹¹ Sie mussten einen Mittelweg finden zwischen der Einbindung der Kleriker in die Pflichten und der Anerkennung ihres rechtlichen Sonderstatus.¹¹² Dieser Mittelweg sah in jeder Stadt anders aus und war oft von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien begleitet.¹¹³

Eine effektive Methode, Geistliche stärker in die städtischen Rechtsstrukturen zu integrieren, bestand in deren Aufnahme ins städtische Bürgerrecht.¹¹⁴ Aus kirchenrechtlicher Sicht stand dem Eintritt ins Bürgerrecht nichts im Wege. Gewisse Pflichten, die mit der Annahme des Bürgerrechts verbunden waren, standen jedoch im Widerspruch zu kirchlichen Rechtssätzen: die Verpflichtung zum Kriegsdienst, die Steuerpflicht (direkte Steuer, Ungeld) und die Anerkennung der Alleingeltung der städtischen Jurisdiktion in weltlichen Dingen.¹¹⁵ Wer persönlich zum Wehrdienst verpflichtet war, konnte einen Stellvertreter schicken oder seine Wehrpflicht mit einem finanziellen Beitrag ablösen. Das Problem der Steuerpflicht wurde unterschiedlich gelöst. In Esslingen, Augsburg und Zürich leisteten die Kleriker, die ins Bürger-

¹¹⁰ Bernd Moeller, "Kleriker als Bürger," in Festschrift für Hermann Heimpel, Band II, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 36 (Göttingen: 1972), 195-224. S. 196. Gilomen, "Sondergruppen." S. 160.

¹¹¹ Gilomen, "Sondergruppen." S. 160.

¹¹² In keiner Stadt zu keinem Zeitpunkt kam es zu einer ständigen Besteuerung des Klerus und seines Besitzes. Moeller, "Kleriker." S. 202.

¹¹³ Ibid. S. 198ff. Dieter Demandt, Stadtherrschaft und Stadtfreiheit im Spannungsfeld von Geistlichkeit und Bürgerschaft in Mainz (11.-15. Jahrhundert), ed. Johannes Bärmann, u.a., Geschichtliche Landeskunde 15 (Wiesbaden: 1977). Rudolf Holbach, Stiftsgeistlichkeit im Spannungsfeld von Kirche und Welt. Studien zur Geschichte des Trierer Domkapitels und Domklerus im Spätmittelalter. Teil 1, Trierer Historische Forschungen 2 (Trier: 1982). S. 76ff. Gilomen, "Sondergruppen." Rolf Kiessling, Bürgerliche Gesellschaft und Kirche in Augsburg im Spätmittelalter. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der spätmittelalterlichen Stadt Augsburg, Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg 19 (Augsburg: 1971). Eugen Mack, Die kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland seit der Dekretalengesetzgebung, Kirchenrechtliche Abhandlungen 88 (Stuttgart: 1916). Julius Mann, Die Kirchenpolitik der Stadt Strassburg am Ausgang des Mittelalters (Strassburg: 1914). H. Natale, Das Verhältnis des Klerus zur Stadtgemeinde im spätmittelalterlichen Frankfurt (Frankfurt: 1957). Ernst Voltmer, Reichsstadt und Herrschaft. Zur Geschichte der Stadt Speyer im hohen und späten Mittelalter, Trierer Historische Forschungen 1 (Trier: 1981). S. 105ff. Olaf Mörke, "Integration und Desintegration. Kirche und Stadtentwicklung in Deutschland vom 14. bis ins 17. Jahrhundert," in La Ville, la bourgeoisie et la genèse de l'Etat Moderne (Paris: 1988), 210-230. Für Konstanz, Nördlingen und Schaffhausen siehe in den entsprechenden Kapiteln in Teil B.

¹¹⁴ Häufiges Phänomen im süddeutschen Raum. Moeller, "Kleriker." S. 203. In Zürich wurde 1304 vorübergehend der gesamte Weltklerus ins städtische Bürgerrecht aufgenommen. Gilomen, "Sondergruppen." In Augsburg wurde in den 1380er Jahren während des Städtekrieges der Versuch unternommen, den Klerus zwangseinzubürgern. Bereits 1389, nach der Niederlage der Städte, musste den Geistlichen das Recht zugestanden werden, ihr Bürgerrecht aufzugeben. Kiessling, Bürgerliche Gesellschaft und Kirche, 72f.

¹¹⁵ Moeller, "Kleriker." S. 199-200.

recht aufgenommen worden waren, gemeinsam mit den übrigen Bürgern die reguläre Vermögenssteuer und wurden dementsprechend in den Steuerlisten aufgeführt.¹¹⁶ Häufig wurde aber mit Klerikern und geistlichen Korporationen eine Steuervereinbarung getroffen und sie entrichteten eine gedingte Steuer.¹¹⁷ Ein Problem, das sich für die Städte immer wieder stellte, waren die allgemeinen oder zeitlich befristeten Steuerbefreiungen von Klöstern durch das Reich.

Allerdings entwickelten die Städte auch verschiedene Möglichkeiten vom Klerus Abgaben einzuziehen, ohne dass eine bürgerrechtliche Verbindung bestanden hätte. Bereits früh wurden Kleriker, die ein Gewerbe betrieben, zu Steuerzahlungen beigezogen¹¹⁸, was allerdings mitunter zu Konflikten führte. Solche prägten die Beziehung zwischen den Parteien während des ganzen Spätmittelalters.¹¹⁹ Erste Steuerkonflikte traten von geistlicher Seite her im Zusammenhang mit der Erhebung von Ungeld auf.¹²⁰ Besonders die Lasten für den Mauerbau und weitere städtebauliche Aktivitäten veranlassten die Stadtobrigkeit, sich um eine Beteiligung der Kleriker am städtischen Aufwand zu bemühen. Ein Grossteil des städtischen Klerus berief sich auf das "*privilegium immunitatis*" oder liess sich durch eine Spezialexemption von der Steuerzahlung befreien. Es gab aber auch immer wieder Städte, in denen der Klerus den städtischen Forderungen nachkam und sich an den Baukosten beteiligte.¹²¹

Immer wieder lässt sich feststellen, dass sich Kleriker im 14. und 15. Jahrhundert auch an den jährlichen oder unregelmässig erhobenen städtischen Vermögenssteuern beteiligten.¹²² Schon früh bemühten sich die Stadtobrigkeiten darum, Häusern in geistlichem Besitz diesel-

¹¹⁶ Für Esslingen: Bernhard Kirchgässner, Wirtschaft und Bevölkerung der Reichsstadt Esslingen im Spätmittelalter nach den Steuerbüchern von 1360 bis 1460, Esslinger Studien 9 (Esslingen: 1964). S. 156. In Zürich setzte sich aber im Laufe des 14. Jahrhunderts die allgemeine Besteuerung unabhängig vom Klerus durch. Gilomen, "Sondergruppen." S. 162ff. Koch, Neubürger. S. 94-95. Für Augsburg: Kiessling, Bürgerliche Gesellschaft. S. 71ff.

¹¹⁷ Mack, Steuerfreiheit. S. 172.

In gewissen Fällen wurden Kleriker und Klöster zwar ins Bürgerrecht aufgenommen, aber von der Steuer befreit.

¹¹⁸ Moeller, "Kleriker." S. 201. Moeller schreibt, dass wohl in den meisten Städten wenigstens in diesem Fall der Klerus besteuert worden sei. Allerdings wehrte sich der Klerus aufs Heftigste und in gewissen Städten wie Speyer und Mainz auch mit Erfolg gegen die Besteuerungsbemühungen der Stadt. Mack, Steuerfreiheit. S. 152ff. Für Augsburg siehe Kiessling, Bürgerliche Gesellschaft. 78.

¹¹⁹ Zum Beispiel in Mainz. Demandt, Stadtherrschaft und Stadtfreiheit im Spannungsfeld von Geistlichkeit und Bürgerschaft in Mainz (11.-15. Jahrhundert).

¹²⁰ Mack, Steuerfreiheit. S. 182ff. In Hildesheim beispielsweise zog die Stadtobrigkeit vom Klerus eine Abgabe ein, mit der er sich am Mauerbau und dem Wachtdienst beteiligen musste. Moeller, "Kleriker." Diese Forderung stellte der Rat in Konstanz beispielsweise vergeblich. Markus Bauer, Der Münsterbezirk von Konstanz. Domherrenhöfe und Pfründhäuser der Münsterkapläne im Mittelalter, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen 35 (Sigmaringen: 1995). S. 289.

¹²¹ Z.B. in Koblenz, Magdeburg, Ingoldstadt etc. Mack, Steuerfreiheit. S. 185ff.

¹²² Ibid. S. 187ff. In Esslingen wurden beispielsweise die Weltgeistlichen zu den regulären Vermögenssteuern beigezogen. Adolf Diehl, "Aus der Verfassungs- und Finanzgeschichte der Reichsstadt Esslingen," Württembergische Jahrbücher, Heft 1 1901. S. 78ff. Kirchgässner, Esslingen. S. 156.

ben finanziellen Lasten aufzuerlegen wie den übrigen Besitzern von Grund und Boden in der Stadt: Steuer und Wachtdienst. Darin zeigt sich das Verständnis, dass die Steuer eine unablässige, auf einer Liegenschaft ruhende Reallast sei, die auch an dieser haften blieb, wenn sie in geistlichen Besitz überging.¹²³ Da sich dieses Ziel oft nicht erreichen liess, wurde versucht, die Ausdehnung des geistlichen Grundbesitzes zu verhindern oder wenigstens unter die Kontrolle des Rates zu bringen.¹²⁴ Der bemühte sich darum, dass neuerworbener Besitz von Geistlichen oder kirchlichen Institutionen steuerpflichtig blieb. Rudolf von Habsburg übernahm den Grundsatz "*res cum onere suo transit*" und setzte sich verschiedentlich für die Erhaltung der städtischen Steuerpflicht ein.¹²⁵ Dennoch sind auch aus seiner Herrschaftszeit keine geringe Anzahl Spezialexemtionen in verschiedenen Städten überliefert. Eine andere Taktik der Städte, dem Verlust von Steuereinnahmen durch die "Tote Hand"¹²⁶ entgegenzuwirken, war der Erlass von Gesetzen, die die Besitzübertragung an den Klerus durch Kauf, Schenkung oder Erbgang einschränkte. Die Entwicklung lief in zahlreichen Städten in die Richtung, dass der Klerus liegende Habe innert Jahr und Tag veräussern müsse.¹²⁷ Eine weitere Minderung der Steuereinnahmen erlitt die Stadt durch die Steuerfreiheit bei den Jahrzeit- und Seelgerätsstiftungen.¹²⁸ Um die Finanzierung der Gedenkmessen zu sichern, wurden fruchttragende Güter gestiftet oder eine ewige Rente auf eine Immobilie errichtet. Verschiedene Städte versuchten mit dem Erlass von Ablösungsgesetzen zu verhindern, dass ewige Renten an die "Tote Hand" fielen.¹²⁹

¹²³ Bauer, Münsterbezirk. S. 288.

¹²⁴ Ibid. S. 281.

¹²⁵ Mack, Steuerfreiheit. S. 166.

¹²⁶ Die Kirche wurde deshalb als "Tote Hand" bezeichnet, weil sie ihren Besitz nach Kirchenrecht nicht mehr weiter verkaufen durfte. F. Elsener, "Der eidgenössische Pfaffenbrief von 1370," Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonische Abteilung 44 (1958): 104-180. S. 175ff.

¹²⁷ Mack, Steuerfreiheit. S. 216ff. In Trier wurde in der ersten Ratsordnung von 1344 festgehalten, dass "alle Verkäufe von Liegenschaften und Zinsen an Nichtbürger innerhalb von 60 Jahren für die Kaufsumme wieder eingelöst werden" könnten. Holbach, Trier. S. 91. Für Esslingen erliess Ludwig der Bayer 1330 die Bestimmung, dass zukünftiger liegender Besitz von Geistlichen innert Jahresfrist veräussert werden müsse. 1345 erliess er die Verordnung, dass Grund und Immobilien, die von Geistlichen erworben wurden, steuerpflichtig bleiben sollten, ausser die Stadt befreite sie von den Steuerzahlungen. Steuerlisten mit geistlichen Steuerzahlern zeigen, dass die neuen Steuerbestimmungen vom Klerus weitgehend anerkannt wurden. Diehl, "Finanzgeschichte Esslingen." S. 85. Gerade Esslingen musste ein grosses Interesse daran haben, den Klerus zu Abgaben zu verpflichten. Die Stadt und ihr direktes Umland wiesen eine ausserordentlich hohe Dichte von Klöstern auf. Borst, Geschichte Esslingens. S. 94f.

¹²⁸ Hans-Jörg Gilomen, "Renten und Grundbesitz in der Toten Hand. Realwirtschaftliche Probleme der Jenseitsökonomie," in Himmel, Hölle, Fegefeuer. Das Jenseits im Mittelalter. Eine Ausstellung des Schweizerischen Landesmuseums in Zusammenarbeit mit dem Schnütgen-Museum und der Mittelalterabteilung des Wallraf-Richartz-Museum der Stadt Köln, ed. Gesellschaft für das Schweizerische Landesmuseum (Zürich: 1994), 135-149.

¹²⁹ Oliver Landolt, Der Finanzhaushalt Schaffhausens im Spätmittelalter. Diss. (Zürich: 1998). S. 139-141.

Einen weiteren Konfliktpunkt bildete die Gerichtssituation in den Städten. Die Exemption des Klerus von der städtischen Gerichtsbarkeit stand im klaren Widerspruch zu den Bemühungen der Bürgerschaft ein einheitliches Recht für alle Bewohner zu etablieren. So gibt es in verschiedenen Städten immer wieder Versuche in die geistliche Gerichtsbarkeit einzugreifen und die Kompetenzen der weltlichen Gerichte auszudehnen.¹³⁰ In Mainz versuchte die Stadt beispielsweise in einem ersten Schritt den Klerus in Bezug auf Streitigkeiten zwischen Laien und Klerikern um Grund und Boden der städtischen Jurisdiktion zu unterstellen. Das liess sich die Mainzer Geistlichkeit allerdings nicht bieten und wehrte sich erfolgreich für die Befreiung vom weltlichen Gericht.¹³¹ Auch in Augsburg versuchte die Stadt die rechtliche Sonderstellung der Geistlichen möglichst eng einzugrenzen und in einzelnen Fällen die personelle Exemption zu durchbrechen. Spätestens Ende des 14. Jahrhunderts war aber die Trennung der beiden Rechtsbezirke klar durchgeführt und wurde von beiden Seiten respektiert.¹³²

1.5.2 Intramurale Gedingbürger und Gedingleute

Wie die Vollbürger waren die intramuralen Gedingbürger innerhalb der Stadtmauern ansässig. Ihr Bürgerrecht unterschied sich vom oben beschriebenen Vollbürgerrecht im Wesentlichen dadurch, dass die Inhaber mit der Stadtobrigkeit eine Sondersteuervereinbarung trafen. Die intramuralen Gedingbürger leisteten nicht die reguläre Vermögenssteuer, sondern entrichteten einen jährlichen, mit dem Rat vereinbarten Steuerbetrag, eine gedingte Steuer. In einigen Fällen werden die intramuralen Gedingbürger auch ganz von der Steuer befreit. Weiter enthalten einzelne Gedingbürgerverträge die Befreiung von weiteren bürgerlichen Pflichten, wie dem Wachtgeld, der Abzugssteuer und dem Aufnahmegeld.¹³³ In der Regel bedeutete eine solche Sondervereinbarung für die christlichen intramuralen Gedingbürger eine steuerliche

¹³⁰ Erfolge der Trierer Bürgerschaft bei Holbach, Trier. S. 86ff. In Konstanz mussten Nachbarschaftsstreitigkeiten vor städtische Gerichte gebracht werden, auch wenn Geistliche daran beteiligt waren. Bauer, Münsterbezirk. S. 281. Bemühungen in der Eidgenossenschaft, Elsener, "Pfaffenbrief." In Zürich wurde der Gerichtstand des Weltklerus 1304 neu geregelt. Dem Richtebrief kann man entnehmen, dass fortan ein Kleriker vor dem städtischen Gericht gegen einen Bürger klagen musste und Klagen von Laien gegen Kleriker vor einem neu eingerichteten Pfaffengericht verhandelt wurden. Allerdings behielten die Kleriker trotz der Aufnahme ins Bürgerrecht einen Grossteil ihrer Privilegien bei und weder politische Rechte noch der Schutz der Stadt ausserhalb der Mauern war in diesem Rechtskonstrukt enthalten. Ab den 1370er Jahren sind in Zürich dann individuelle Bürgerrechtsverträge von Klerikern überliefert. Gilomen, "Sondergruppen." S. 161.

¹³¹ Demandt, Stadtherrschaft und Stadtfreiheit im Spannungsfeld von Geistlichkeit und Bürgerschaft in Mainz (11.-15. Jahrhundert). S. 118ff.

¹³² Kiessling, Bürgerliche Gesellschaft. S. 83ff.

Erleichterung und somit eine Privilegierung gegenüber den Vollbürgern. Es waren in der Regel Personen, an deren Zuzug die Stadt besonders interessiert war. In der Regel standen wirtschaftliche und/oder finanzielle Gründe im Vordergrund. Eine steuerliche Vergünstigung sollte reiche, wirtschaftlich potente Personen oder Vertreter eines gesuchten Handwerks zu veranlassen, in der jeweiligen Stadt ihren Wohnsitz zu nehmen, Steuern zu zahlen und die städtische Wirtschaft zu unterstützen.¹³⁴ Einen Sonderfall stellten die geistlichen wie auch die jüdischen intramuralen Gedingbürger dar.¹³⁵ Zusätzlich zu den Neubürgern schloss die Stadtbürgerschaft auch mit reichen, bereits ansässigen Bürgern Sonderverträge ab, in denen ihnen Steuererleichterungen und weitere Vorteile gewährt wurden.¹³⁶ Häufig zeichnen sich Gedingbürgeraufnahmen dadurch aus, dass sie befristet und auf eine Person beschränkt waren.¹³⁷ Die Befristung der Gedingbürgerverträge ist ein Hinweis darauf, dass der Stadt daran gelegen war, dass diese Bürgerverhältnisse nur eine Zwischenlösung auf Zeit darstellten und beispielsweise als Vorstufe zum Bürgerrechtskauf gesehen wurden.¹³⁸ In den Städten kam es wegen der Privilegierung gegenüber den Vollbürgern immer wieder zu Klagen gegen diese Rechtsform und zur Forderung nach einer gleichen Beteiligung aller Bürger an den Lasten der Stadt.¹³⁹

An dieser Stelle sei noch kurz die Gruppe der **Gedingleute** erwähnt. Städte nutzten zum Teil die Möglichkeit, mit gewissen Personen deren Rechte und Pflichten vertraglich zu regeln und sie einen Eid schwören zu lassen, ohne sie jedoch ins Bürgerrecht aufzunehmen. In Nördlingen beispielsweise sind zahlreiche Gedingverträge überliefert, die oft mit städtischen Amtleuten oder erwünschten Handwerkern abgeschlossen wurden.¹⁴⁰ Da sie ähnliche Steuerprivilegien wie die Gedingbürger genossen, kann man sie als eine Art privilegierte Beisassen betrachten.

¹³³ In Colmar wurde allerdings auch von adligen und geistlichen intra- wie extramuralen Gedingbürgern ein Aufnahmegeld verlangt. Paul Willem Finsterwalder, ed., Colmarer Stadtrechte, Bd. 1, Oberrheinische Stadtrechte. Dritte Abteilung: Elsässische Rechte: Elsässische Stadtrechte, Bd. 3 (Heidelberg: 1938). S. 288.

¹³⁴ Für die oberschwäbischen Städte Müller, "Bürgerrecht." S. 177ff. Für Bern: Gerber, Gott ist Burger. S. 151. Für Augsburg: Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 149.

¹³⁵ Siehe oben Exkurs zu den Klerikern.

¹³⁶ 1428 wurden in Zürich Heinrich Göldli und sein Sohn Jakob für zwölf Jahre ins Bürgerrecht aufgenommen. Gegen eine jährliche Steuer von 12 Gulden wurden sie von allen Steuern und Diensten befreit. Interessant ist, dass sie sich ausbedungen haben, in kein städtisches Amt gewählt zu werden. StA ZH, C I, 263 (4. Mai 1428).

¹³⁷ Beispielsweise in Nördlingen. Siehe 4.4.3. Ausser bei den jüdischen Gedingbürgern, deren Frau und Kinder mit ins Bürgerrecht aufgenommen wurden. In diesem Aspekt liegt das jüdische Gedingbürgerrecht näher beim christlichen Vollbürgerrecht.

¹³⁸ Dies betrifft die jüdischen und geistlichen Gedingbürger nicht.

¹³⁹ Zum Beispiel für Augsburg Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 149ff.

¹⁴⁰ Siehe unten. In Nürnberg gibt es im 15. Jahrhundert eine Gruppe Einwohner, die ein befristetes Aufenthalts- und Arbeitsrecht in den Vororten der Stadt haben. Schultheiss, "Bürgerrecht Nürnberg." S. 191.

1.5.3 Extramurale Gedingbürger: Ausbürger und Pfahlbürger

Grundsätzlich war das Bürgerrecht an die Ansässigkeit innerhalb der Stadtmauern gekoppelt. Das Interesse der Stadt, ihr Umland gegenüber benachbarten Herrschaftsträgern zu sichern sowie ihren Einfluss zu intensivieren, brachte die Sonderformen der extramuralen Bürgerrechtsbeziehungen als Instrumente der städtischen Umlandpolitik hervor. Kiessling beschreibt insbesondere für die Region Ostschwaben, dass die städtische Obrigkeit das Bürgerrecht als ein Mittel sah, die städtische Umlandpolitik zu unterstützen, d.h. "die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu gewährleisten, die militärische Bedrohung zu reduzieren und den Zugang zur Stadt zu stabilisieren."¹⁴¹ In Verbindung mit weiteren Massnahmen, wie beispielsweise Bürgerbesitz auf dem Land oder der Bürgerrechtsverleihung an innerstädtische wie an auswärtige geistliche Korporationen, diente das Pfahl- und Ausbürgerrecht dazu, das städtische Umland zu erschliessen, anzubinden und herrschaftlich zu durchdringen und bildete ein "präterritoriales System".¹⁴² Dementsprechend geht der Rückgang der extramuralen Bürgerrechtsbeziehungen in verschiedenen Städten einher mit dem Aufbau eines städtischen Territoriums im 15. Jahrhundert.¹⁴³ Nicht alle Stadtobergkeiten nutzten das Mittel des extramuralen Bürgerrechts, um Umlandpolitik zu betreiben¹⁴⁴, und in den Städten, die Aus- und Pfahlbürger aufnahmen, erwies sich das Pfahlbürgerwesen als unterschiedlich erfolgreich.¹⁴⁵

Die extramuralen Bürgerschaftsbeziehungen lassen sich in zwei grössere Gruppen unterteilen: die Ausbürger und die Pfahlbürger.¹⁴⁶

¹⁴¹ Kiessling, "Umlandpolitik." S. 293.

¹⁴² Ibid. S. 312. Kiessling, "Zentralitätstheorie." S. 22/23. Kiessling weist darauf hin, dass die unterschiedlichen Faktoren (insbesondere das Pfahlbürgerwesen) der Umlandpolitik im Laufe des 15. Jahrhunderts ihre Effektivität einbüssten, zu dem Zeitpunkt also, als die "Weichenstellung zur Territorienbildung" erst vollzogen war.

¹⁴³ Kiessling, "Umlandpolitik." S. 310. Sowohl Bern als auch Zürich verfügten über eine grosse Anzahl von Aus- und Pfahlbürgern. Bern hatte im 14. und 15. Jahrhundert schätzungsweise 3000 - 4000 Pfahl- oder Ausbürger, d.h. diese Gruppe übertraf diejenige der Bürger um ein Vielfaches. Gerber, Gott ist Burger. S. 144.

¹⁴⁴ Beispielsweise Basel.

¹⁴⁵ Siehe Kapitel 1.5.3.

¹⁴⁶ Bader, Deutsche Rechtsgeschichte, Dorothea A. Christ, "Hochadlige Eidgenossen. Grafen und Herren im Burgrecht eidgenössischer Orte," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550), ed. Rainer C. Schwinges, Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 99-124. Dilcher, "Bürgerbegriff.", Gerber, Gott ist Burger. S. 169. S. 144ff, 402ff. Hans J. Domsta, Die Kölner Ausbürger. Untersuchungen zur Politik und Verfassung der Stadt Köln von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Diss., Rheinisches Archiv 84 (Bonn: 1973), Gilomen, "Sondergruppen.", Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 165ff. S. 142ff. Kiessling, Stadt und ihr Land. Für Nördlingen S. 60ff. Kiessling, "Umlandpolitik." Koch, Neubürger. S. 89ff. Marchal, "Pfahlburger." S. 334. Moeller, "Kleriker." Müller, "Bürgerrecht." S. 180ff.

Ausbürger

Nach Marchal versteht man unter Ausbürgern "in der Forschung gemeinhin Adlige, auf Eigengut sitzende Freie und Kleriker oder kirchliche Gemeinschaften, die das Bürgerrecht einer Stadt angenommen haben" und ihren Wohnsitz ausserhalb der Stadt beibehalten.¹⁴⁷ Eine weitere Abweichung zum vollen Bürgerrecht bildet die Tatsache, dass, wie bei den intramuralen Gedingbürgern, die Betreffenden mit der Stadtobrigkeit einen Vertrag aushandelten, der Sonderbestimmungen in Bezug auf Steuern, Wehrdienst und weitere Bündnisse vorsah. In verschiedenen Städten wurde die Aufnahme der Ausbürger in den Bürgerbüchern verzeichnet, allerdings getrennt von den übrigen Bürgeraufnahmen.¹⁴⁸

Im Zentrum des Verhältnisses zwischen adligen Ausbürgern und der Stadt steht in der Regel das Interesse an der gegenseitigen militärischen Hilfe. Einerseits unterstützten die adligen Ausbürger die Stadt im Kriegsfall mit ihren Untertanen und stellten ihr ihre Burgen als Stützpunkte zur Verfügung.¹⁴⁹ Andererseits stand die Stadt den adligen Ausbürgern in Krisenzeiten als Ort des Schutzes offen und unterstützte sie auf rechtlicher Ebene.¹⁵⁰ Dieser inhaltliche Schwerpunkt verlieh dieser spezifischen Form von extramuralem Bürgerrechtsverhältnis gegenüber den anderen Formen einen stark bündnishaften Charakter.¹⁵¹ Dementsprechend war die Ausbürgerpolitik der einzelnen Städte sehr individuell und stark geprägt durch die Struktur der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse in ihrem Umland.¹⁵² In gewissen Städ-

¹⁴⁷ Marchal, "Pfahlburger." S. 334.

¹⁴⁸ In Zürich wurden die Ausbürgeraufnahmen allerdings gemischt mit den übrigen Aufnahmen aufgeführt. Koch, Neubürger. S. 89.

¹⁴⁹ 1455 schliesst die Stadt Zürich mit Cunrat und Hans von Fulach von Lauffen einen Ausbürgervertrag auf fünfzig Jahre ab. Darin wird festgehalten, dass der Stadt das Schloss Laufen offenstehen soll und sie eine beliebig grosse Besatzung darin legen darf. Weiter enthält der Vertrag die Bedingung, dass im Falle eines Verkaufs, das Schloss für die Frist von 50 Jahren der Stadt auch unter den neuen Besitzern offenstehen müsse. StA ZH, C I, Nr. 266, 10. März 1455.

¹⁵⁰ Die Gerichtsmodalitäten wurden mit den einzelnen Ausbürgern z.T. sehr unterschiedlich vereinbart. Für Zürich z.B. StA ZH, C I, Nr. 255, 256.

¹⁵¹ In einer Urkunde von 1365 kommt dieser bündnishaft Charakter explizit zur Sprache. Bischof Heinrich von Konstanz hatte 1365 das Zürcher Bürgerrecht inne. Er verkaufte die Burg und Stadt Arbon an Konrad und Egloff von Wolfurt. Die beiden Ritter verpflichteten sich, die Feste für die Stadt Zürich offenzuhalten, solange der Bischof von Konstanz das Bürgerrecht von Zürich innehatte: *"Also und alle die will, so der obenant unser genediger herr bischof Heinrich ze Costenz der statt ze Zürich burger und eidgenoss ist, un ddie will och dz selb burgrecht und die buntnuss werit..."*. Ernst Leisi, ed., Thurgauisches Urkundenbuch, Band 6, 1359-1375 (Frauenfeld: 1950). Nr. 2848, S. 383.

¹⁵² Für verschiedene eidgenössische Orte: Christ, "Hochadlige." Peter: Grafen von Sulz und Vortrag. Für Köln: Domsta, Kölner Ausbürger. Sehr erfolgreich war die Zürcher und Berner Ausbürgerpolitik. In Zürich stellte in vielen Fällen die Ausbürgerbeziehung die Vorstufe zum Übergang der betreffenden Herrschaften an Zürich dar. Ein Teil der Verträge ab 1398 enthalten gar eine Bestimmung, die Zürich das Vorkaufsrecht zusichert. Anton Largiadèr sieht in den Ausbürgeraufnahmen den Hauptgrund für die erfolgreiche Territorialpolitik der Schweizer Städte. In: Elisabeth Raiser, Städtische Territorialpolitik im Mittelalter. Eine vergleichende Untersuchung ihrer

ten wurde von den Ausbürgern eine zeitweilige Ansässigkeit und der Erwerb einer Immobilie verlangt, um die auswärtigen Bürger stärker anzubinden.¹⁵³ Weiter wurden die Ausbürger in den meisten Städten zur Zahlung einer jährlichen gedingten Steuer verpflichtet.¹⁵⁴ Aufgrund der im Vergleich zu ihrem Vermögen niedrigen Steuerzahlungen dieser Rechtsgruppe dürfte der finanzielle Aspekt bei der Motivation zur Ausbürgeraufnahme sekundär gewesen sein.¹⁵⁵ In Köln waren die Verhältnisse sogar umgekehrt. Die Stadt richtete den Ausbürgern eine "Bürgerrente" aus. Die jährlich gezahlten Beträge erreichten eine beträchtliche Höhe, so verzeichnete der städtische Rentmeister in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts beispielsweise jährliche Zahlungen von bis zu 150 Mark.¹⁵⁶ In der Regel waren die Ausbürgerverhältnisse zeitlich befristet, es gibt aber auch zahlreiche Beispiele, in denen das Ausbürgerrecht lebenslang galt.¹⁵⁷

Derselben Kategorie gehörten die auswärtigen geistlichen Korporationen oder Kleriker an, die mit der Stadt in einem ausbürgerlichen Verhältnis standen. Der Stadt war daran gelegen, ihren Einfluss im Umland mit Hilfe dieser bürgerrechtlichen Verflechtungen auszudehnen. Weiter hatte sie ein Interesse an finanzieller Unterstützung in Kriegszeiten sowie daran, die Steuerimmunität zu umgehen und den auf Stadtgebiet liegenden Grundbesitz zu besteuern. Andererseits konnten die geistlichen Ausbürger vom Schutz der Stadt profitieren und es wurde ihnen der Zugang zum städtischen Markt geöffnet.¹⁵⁸

verschiedenen Formen am Beispiel Lübecks und Zürichs. Diss., Historische Studien, Heft 406 (Lübeck und Hamburg: 1969). S. 67ff. Erwin Eugster, "Die Entwicklung zum kommunalen Territorialstaat," in Geschichte des Kantons Zürich Band1: Frühzeit bis Spätmittelalter (Zürich: 1995), 299-365. S. 308ff. Die zwischen 1384 und 1415 abgeschlossenen Burgrechtsverträge der Stadt Bern mit ihren Ausbürgern zeigen auf, dass die Stadt gegenüber den Vertragspartnern eine weitgehende Vormachtsstellung zugestanden wurde. Dieses Machtgefälle ist ein Hinweis darauf, wie erfolgreich die Stadt Bern das Instrument des Ausbürgertums zur Schaffung eines eigenen Territoriums einsetzte. Gerber, Gott ist Burger. S. 157.

¹⁵³ In Köln war es teilweise üblich, dass die Stadt den Ausbürgern eine Wohnung zur Verfügung stellte oder ihnen die Miete bezahlte. Domsta, Kölner Ausbürger. S. 108f.

¹⁵⁴ In Esslingen wurde in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts mindestens ein Teil der Ausbürger zu den regulären jährlichen Vermögenssteuern zugezogen und in den Steuerbüchern mit Angabe der Höhe des Vermögens aufgeführt. Z.B. StA E, SB 1391, fol. 10v. Zu den zwei Arten von Ausbürgern in den Steuerbüchern von 1387 und 1388 siehe Nördlingen, Kapitel 4.4.3.

¹⁵⁵ In Zürich entrichtete im 15. Jahrhundert nur ein Teil der Ausbürger eine jährliche Steuer und ein Aufnahme-geld. Im Ausbürgerbrief von "*Caspar von Bonstetten Edelknecht*", der 1434 mit den Burgen Uster und Sachs sowie mit seinen Leuten, Gütern und allem, was er jetzt habe und noch erwerbe, ins Zürcher Bürgerrecht aufgenommen wurde, wird festgehalten, dass er sich vorbehalten habe, keine Steuern zu bezahlen. "*Caspar von Bonstetten im selber In disem burgrecht vorbehept und ussgelassen das er noch sin erben uñs noch uñsers nachkommen kein stúr nit gebunden so(e)llend sin ze gebend wir stúrend oder nit an geverd.*" StAZH, C I, Nr. 265.

¹⁵⁶ Domsta, Kölner Ausbürger. S. 52ff, 72ff, 107ff.

¹⁵⁷ In Zürich wurde ein Grossteil der Ausbürgerverträge auf Lebenszeiten geschlossen. Im 15. Jahrhundert konnten sich die Nachkommen von Ausbürgern auf das Bürgerrecht ihrer Vorfahren berufen und in die Stadt ziehen. Raiser, Territorialpolitik. S. 68f. Koch, Neubürger. S. 90.

¹⁵⁸ Beispielsweise in Nördlingen. Siehe unten Kapitel 4.4.3.2.

Pfahlbürger

Die zweite grosse Gruppe wird mit dem Begriff "Pfahlbürger" bezeichnet. Marchal beschreibt den Pfahlbürger als Person, die einer Herrschaft untertan ist, ihren Wohnsitz weiterhin ausserhalb der Stadt innehat, aber trotzdem in ein bürgerrechtliches Verhältnis mit der Stadt getreten ist.¹⁵⁹ Die bereits im 13. Jahrhundert einsetzenden Verbote des Pfahlbürgerwesens geschahen vor dem Hintergrund, dass die sich vom Stadtherrn emanzipierenden Städte begannen, ihren Machtbereich über die Stadtmauern hinaus auszudehnen. Während die Grundherren im Pfahlbürgerwesen eine Beeinträchtigung ihrer herrschaftlichen Rechte sahen, begrüsst die Pfahlbürger die Möglichkeit, von ihrem Herrn loszukommen und sich in den Schutz und Schirm einer Stadt zu begeben.¹⁶⁰ In der Praxis befanden sie sich aber in einer rechtlich unsicheren Lage zwischen der Ortsherrschaft und der Stadt, da der städtische Schutz je nach den Machtverhältnissen nicht immer gesichert war.

Oft entrichteten auch Pfahlbürger ein Aufnahmegeld, sie wurden verpflichtet, ein Haus in der Stadt zu erwerben, während einiger Monate dort zu wohnen sowie Steuern zu zahlen und Wehrdienst zu leisten.¹⁶¹ Dafür gestand ihnen die Stadt in der Regel die gleichen Rechte zu wie den in der Stadt ansässigen Bürgern, allerdings mit der Einschränkung, dass der Pfahlbürger weder die städtische Politik mitbestimmen noch ein städtisches Amt ausüben konnte.¹⁶² Interessant war für die Pfahlbürger beispielsweise, dass sie sich im Konfliktfall gegenüber ihrem Herrn auf die städtische Gerichtsexemption berufen konnten.¹⁶³

Die Interessen der Stadt an der Aufnahme von Pfahlbürgern waren vielfältig. Einerseits spielte das fiskalische Motiv eine Rolle, andererseits waren aber auch militärische Interessen, wie die Stärkung der Wehrkraft¹⁶⁴, oder wirtschaftliche Interessen, wie die Unterstützung der

¹⁵⁹ Zur ethymologischen Herleitung des Begriffs siehe Marchal, "Pfahlbürger." S. 335, Anm. 6.

¹⁶⁰ Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 135. Zur herrschaftlichen Perspektive, Marchal, "Pfahlbürger." S. 348ff.

¹⁶¹ Marchal, "Pfahlbürger." S. 334-335. In Bern wurden sie dazu verpflichtet einen Udel in der Stadt zu erwerben. Durch die zunehmende Konzentration von Udelvergabe beim Rat, gerieten die Pfahl- und Ausbürger zunehmend unter die direkte Kontrolle der Stadtoberkeit. Gerber, Gott ist Bürger. S. 402f.

¹⁶² Inwieweit Pfahlbürger wählen konnten, dürfte von Stadt zu Stadt unterschiedlich gewesen sein. In Augsburg hatten sie bis 1457 das Recht an den Ratswahlen teilzunehmen. Erst Mitte des 15. Jahrhunderts wurde das aktive Wahlrecht an die Ortsansässigkeit gebunden. Rogge, "Politische Partizipation in Augsburg." S. 248. In Bern hatten die Pfahlbürger zu keinem Zeitpunkt das aktive oder das passive Wahlrecht. Gerber, Gott ist Bürger. S. 145.

¹⁶³ Immer wieder zeigte sich aber eine gewisse Problematik, die darin bestand, dass im Konfliktfall die Kosten oft auf die Pfahlbürger verlagert wurden..

¹⁶⁴ Insbesondere für Zürich und Bern stand auch die Vergrösserung der Wehrkraft im Zentrum des Interesses. Gerber, Gott ist Bürger. S. 147. Koch, Neubürger. S. 80.

städtischen Versorgung durch die Beteiligung der Pfahlbürger am Markt, von Bedeutung. Einen Sonderfall unter den Pfahlbürgern bildeten Kaufleute, die bereits Bürger in einer anderen Stadt waren. Diese Gruppe zeichnete sich also dadurch aus, dass ihre Mitglieder zwei städtische Bürgerrechte innehatten, ein Vollbürgerrecht in der Stadt, in der sie ansässig waren, und ein untergeordnetes Pfahlbürgerrecht in der zweiten Stadt. Da beiden Städten an der Wirtschaftskraft der betreffenden Personen gelegen war, tolerierten sie denn auch die doppelte rechtliche Bindung ihrer Bürger. In Zürich wurde in den entsprechenden Bürgerbriefen die Hierarchie der zwei Bürgerrechte explizit gemacht. Ein Bürger aus Freiburg im Üechtland wurde 1472 auch in Zürich als Bürger aufgenommen. Er musste ein Aufnahmegeld, eine jährliche Pauschalsteuer sowie ein festgesetztes Abzugsgeld sowie Zoll und Ungelt entrichten. Am Ende des Briefes wird festgehalten, dass er sich sein Bürgerrecht in Freiburg vorbehalte und dass es dem von Zürich vorgehen solle.¹⁶⁵ Ein Problem bereitete den Städten in der Regel, die Pfahlbürger zu regelmässigen Steuerzahlungen zu veranlassen. Um ihre Kontrolle über diese Rechtsgruppe zu vergrössern, erliessen verschiedene Städte im Laufe der Zeit ein Gebot zur zeitweiligen Residenzpflicht.

Vielfach galt das Pfahlbürgerrecht auch als Vorstufe zum Bürgerrecht, das von den Betreffenden nach einigen Jahren erworben wurde.¹⁶⁶ Die Pfahlbürgeraufnahme war somit ein Mittel der städtischen "Umlandpolitik", um den Zuzug in die Stadt mit zu steuern. Ihre Aufnahme ist nur selten in den Bürgerbüchern getrennt von den Vollbürgern verzeichnet und ihre Steuerzahlungen erscheinen oft in den regulären Steuerlisten nach den übrigen Steuerzahlern in einer separaten Rubrik.

Nicht alle Städte kannten das Pfahlbürgerwesen, und die Städte, die es praktizierten, hatten unterschiedlichen Erfolg damit. Verschiedentlich zeigt es sich, dass das Pfahlbürgerwesen in der Praxis für die städtische Territorial- und Umlandpolitik sehr uneffektiv sein konnte und sich oft denkbar schlecht als Mittel einer effizienten, zielgerichteten städtischen Umlandpolitik eignete. Oft waren die Pfahlbürger schwer zu kontrollieren, zahlten ihre Steuern nicht und die Städte hatten mehr Aufwand als Nutzen aus diesen Verbindungen.¹⁶⁷ Der Umstand, dass bezüglich des Pfahlbürgerinstituts drei Parteien mit ihren unterschiedlichen Interessen betei-

¹⁶⁵ StA ZH, CI, Nr. 268.

¹⁶⁶ Z.B. in Augsburg. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 138.

¹⁶⁷ Marchal, "Pfahlbürger." S. 342/343. Anders zeigt sich die Situation in Zürich und Bern. Beide Städte nutzten das Ausbürger- und Pfahlbürgerwesen als effektives Instrument zur Ausbildung eines Territoriums. Gerber weist für Bern darauf hin, dass die Aufnahme von Hunderten von Landleuten ins städtische Bürgerrecht, die Entstehung eines Territoriums sehr gefördert habe. Gerber, Gott ist Bürger. S. 402.

ligt waren, die Stadt, der Pfahlbürger und der Landesherr, trug dazu bei, dass das Pfahlbürgerwesen für die Städte häufig mit Konflikten und Aufwand verbunden war. Der Einfluss jeder der drei Seiten war je nach lokalen und regionalen Machtstrukturen, den wirtschaftlichen Verhältnissen sowie der politischen Entwicklung unterschiedlich stark ausgeprägt und konnte sich im Laufe der Zeit auch markant verändern. Dementsprechend unterschiedlich war die Funktion des Pfahlbürgerwesens in den verschiedenen Städten und auf der Zeitachse.¹⁶⁸ Zusammenfassend kann man sagen, dass sich dieses Instrument sich aufgrund seiner Instabilität in der Praxis aber durchweg als einer der unwichtigeren Faktoren der städtischen Territorialpolitik zeigte.

An dieser Stelle sei auf die Problematik der Begrifflichkeit hingewiesen, die unter anderem auch aus der Verschränkung von Quellen- und Forschungsbegriffen hervorgeht. Die extramuralen Bürgerrechtsformen zeichnen sich in den spätmittelalterlichen Städten durch eine grosse Vielfalt aus. Hinter den Quellenbegriffen "*uszburger*", "*pfalburger*", "*usswendig burger*" etc. stehen unterschiedliche Beziehungen zwischen Bürgern und Städten. Hinzu kommt, dass die Begriffe in den Quellen sehr uneinheitlich eingesetzt werden.¹⁶⁹ Um den Vergleich zwischen einzelnen Städten zu gewährleisten, werden in dieser Arbeit die Begriffe "Ausbürger" und "Pfahlbürger" in der von Marchal vorgeschlagenen Form verwendet. Es wird sich in den folgenden Kapiteln zu Konstanz, Nördlingen und Schaffhausen zeigen, dass sich in den einzelnen Städten unter die zwei Begriffe "Ausbürger" und "Pfahlbürger" mehrere Untergruppen subsumieren lassen, die ihrerseits wieder den stufenweisen Übergang von Stadt und Land und die unterschiedlichen Aspekte der städtischen Umlandpolitik und -beziehungen widerspiegeln. Gerade aufgrund dieser heterogenen Verwendungsweisen der einzelnen Begriffe in den städtischen Quellen ist eine klare Definition der Arbeitsbegriffe notwendig.

Die in diesem Kapitel vorgenommene Kategorisierung soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Übergänge zwischen den Gruppen fließend sind und die einzelnen Gruppen je nach Stadt grössere Unterschiede aufweisen können. Gerade im Falle der Gedingbürger war die Bandbreite aufgrund der individuell ausgehandelten Bürgerverträge gross und es gibt immer wieder Vereinbarungen, die sich nicht klar in die eine oder andere Kategorie einordnen lassen.

¹⁶⁸ Marchal, "Pfahlburger." S. 361. Andererseits dürften die Stadtobergkeiten in der Aufnahme von Pfahlbürgern die Möglichkeit wahrgenommen haben, den Rechtsbereich konkurrierender Gewalten zu durchlöchern.

¹⁶⁹ So werden in Nördlingen mit dem Begriff "*pfalburger*" die Personen bezeichnet, die in die Kategorie der Ausbürger gehören. Siehe unten Kapitel 4.4.3.2.

2 Jüdische rechtliche Gruppen

Vielfach werden in städtischen Quellen die jüdischen Einwohner als *"burger"* bezeichnet. In den von der Stadtobrigkeit ausgestellten individuellen Schutzbriefen oder den allgemeinen Judenordnungen wird festgehalten, dass die betreffenden Juden als Bürger aufgenommen werden. Auch wenn die Städte im Besitz des Judenregals waren und die ansässigen Juden zu ihren Bürgern aufnahmen, unterstanden die Juden in letzter Konsequenz als kaiserliche Kammerknechte dem Reichsoberhaupt. Diese rechtliche Sonderstellung machte die Juden bis zum Ende ihrer Ansässigkeit zu einer rechtlichen Sondergruppe innerhalb der Stadtmauern.¹⁷⁰ Im Folgenden soll kurz die Entwicklung des rechtlichen Status der jüdischen Einwohner in den Städten des römischen Reiches im Spätmittelalter nachgezeichnet werden, wobei der regionale Schwerpunkt auf dem deutschen Südwesten des Gebiets und der zeitliche auf der Zeitspanne nach 1350 liegt.

2.1 Entwicklung des rechtlichen Status in spätmittelalterlichen Städten des Römischen Reiches

Die Juden bedurften während des ganzen Mittelalters eines besonderen Schutzes, der vom König ausgeübt wurde und ihn legitimierte, das Recht auf Besteuerung der Juden für sich zu beanspruchen. Aufgrund dieses Rechtsanspruchs entwickelte sich im Laufe des 12. Jahrhunderts eine regelmässig zu leistende Reichssteuer.¹⁷¹ Bis um 1100 sind jüdische Gemeinden im Reich nur aus Bischofsstädten bekannt und die gelegentliche Übertragung von Einnahmen an die Bischöfe weist darauf hin, dass sowohl das Reichsoberhaupt, als auch die Stadtherren an den Abgaben der jüdischen Gemeinden beteiligt waren. Den verhältnismässig wenigen jüdischen Familien wurden einzelne Privilegien ausgestellt, in denen ihr Rechtsstatus geregelt wurde. Es waren verschiedene politische Parteien, die an der Ausformung des Rechtsstatus der jeweiligen jüdischen Gemeinde mitwirkten. Dementsprechend kann nicht

¹⁷⁰ Zum Vergleich der Juden mit weiteren rechtlichen Sondergruppen in Städten des Spätmittelalters siehe Gilomen, "Sondergruppen."

¹⁷¹ In den Quellen wird diese Steuer sehr unterschiedlich bezeichnet, *"die gewonlich stur"*, *"die jerliche steur"*, *"die jerigliche und gewoenliche stuer"* etc. Isert Rösel, Die Reichssteuern der deutschen Judengemeinden von ihren Anfängen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (Berlin: 1910). S. 680f, 690ff. Für das Spätmittelalter gilt, dass sich die Judensteuern neben den Abgaben der Reichsstädte zu einem wichtigen Bestandteil der Reichsfinan-

von einem allgemeinen königlichen Judenrecht gesprochen werden, da die Ausübung des Schutzes zum Teil sehr stark bei den jeweiligen Stadtherren lag. Diesem Verlust von Einfluss auf die Gruppe der Juden versuchte das Reich ab Ende 12. Jahrhundert entgegenzuwirken. Erste Resultate zeigten sich zu Beginn des 13. Jahrhunderts, als sich in Bezug auf den Rechtsstatus der Juden auf Reichsebene das Institut der Kammerknechtschaft, der „*servitus camerae imperialis*“, ausbildete.¹⁷² Bereits in Urkunden Friedrichs I. werden die Juden als der kaiserlichen Kammer zugehörig bezeichnet. Schliesslich wurde in Urkunden aus der Zeit Friedrichs II. erstmals der Begriff "Kammerknechte", "*servi camere nostre*", verwendet. So wurde betont, dass die Juden direkt der Gewalt und dem Schutz des Kaisers unterstanden und dafür Abgaben leisteten.¹⁷³ Diese Änderung des rechtlichen Status der Juden kann unterschiedlich interpretiert werden. Einerseits wird in dieser Wandlung die Umsetzung von der "theologisch begründeten Judenknechtschaft" in die "politisch wirksame Kammerknechtschaft" gesehen, aus der sich neben der Schutzverpflichtung die Rechte zur finanziellen Ausbeutung der jüdischen Untertanen ableiten liessen.¹⁷⁴ Dass die Juden der königlichen Finanzadministration direkt unterstellt wurden, widerspiegelt die Tendenz, die Möglichkeit der fiskalischen Bereicherung höher zu bewerten als die Pflicht des Judenschutzes. Andererseits wird auf die Möglichkeit hingewiesen, dass die kirchliche Lehre nur einen begrenzten Einfluss gehabt habe. Friedrich II. vereinheitlichte zwar mit seinem Privileg von 1236 den Status der Juden im Reich, aber von Reichsseite her wurden schon früher der Judenschutz wie die Einnahmen daraus gegenüber anderen Parteien, die Rechte an den Juden anmeldeten, verteidigt und als alleine dem Reich zugehörig bezeichnet. Friedrich verlieh dieser Rechtsüberzeugung nur noch den forma-

zen entwickelte. Dem überlieferten Reichssteuerverzeichnis von 1241 kann man entnehmen, dass die jüdischen Gemeinden den beachtlichen Betrag von 857 Mark Silber entrichteten. S. 682.

¹⁷² Friedrich Battenberg, "Zur Rechtsstellung der Juden am Mittelrhein in Spätmittelalter und Früher Neuzeit," Zeitschrift für historische Forschung 6 (1979): 129-183. Friedrich Battenberg, "Des Kaisers Kammerknechte. Gedanken zur rechtlich-sozialen Situation der Juden in Spätmittelalter und Früher Neuzeit," Historische Zeitschrift 245 (1987): 545-599. Herbert Fischer, Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des dreizehnten Jahrhunderts, Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 140 (Breslau: 1931). S. 3-7. Christine Magin, "Wie es um der iuden recht stet". Der Status der Juden in spätmittelalterlichen deutschen Rechtsbüchern. (Münster: 1999). Toch, Juden.

¹⁷³ Battenberg, "Kammerknechte." S. 558ff. Friedrich Battenberg, Das europäische Zeitalter der Juden: zur Entwicklung einer Minderheit in der nichtjüdischen Umwelt Europas (Darmstadt: 2000). S. 107ff. Toch, Juden. S. 48ff, 104ff.

¹⁷⁴ Battenberg, "Kammerknechte." S. 559f. Einfluss der theologischen Entwicklung auf die Ausbildung der Kammerknechtschaft. Guido Kisch, Ausgewählte Schriften: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters. (Sigmaringen: 1954). S. 62-71. Magin, "der iuden recht". S. 19-33. Dietmar Willoweit, "Vom Königsschutz zur Kammerknechtschaft. Anmerkungen zum Rechtsstatus der Juden im Hochmittelalter," in Geschichte und Kultur des Judentums, ed. Karlheinz Müller, Klaus Wittstadt, Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg 38 (Würzburg: 1988), 71-90. S. 82ff.

len Ausdruck.¹⁷⁵ Allerdings war Friedrich II. daran gelegen, den Judenschutz zu verbessern und die Rechte des Reiches gegenüber konkurrierenden Herrschaften zu behaupten. Es stand also nicht von Beginn an die finanzielle Ausbeutung der Juden im Zentrum des kaiserlichen Interesses. Magin weist darauf hin, dass erst Rudolf von Habsburg fünfzig Jahre später die Kammerknechtschaft zu einem "Instrument der Judenbesteuerung und -enteignung" umfunktionierte.¹⁷⁶ Ende des 13. Jahrhunderts wurde der Begriff Kammerknechtschaft mit dem Recht des Königs auf Leib und Gut der Juden sowie seiner Erlaubnis für den Wegzug verbunden.¹⁷⁷

Obwohl das Reich versuchte den Zugriff auf die Juden zu intensivieren, erwies sich die königliche Herrschaft über die Juden in der Praxis zunehmend als schwach. Bereits vor der Einführung der Kammerknechtschaft erwies sich die Reichsspitze oft als unfähig, ihre Schutzfunktion gegenüber den Juden wirklich wahrzunehmen und musste sie zum Teil an die Stadtherrn oder die Stadtgemeinde delegieren,¹⁷⁸ was einen stetig zunehmenden Verlust an Einfluss auf die jüdischen Gemeinden bedeutete. Diese Entwicklung verstärkte sich nach 1236 in dem Masse, wie die finanziellen Probleme des Reiches zunahmen. Es verpfändete seine Rechte, insbesondere die jährlich zu leistende Reichsteuer der Juden an Territorialgewalten oder Stadtobergkeiten, oder aber letztere nutzten die schwache Stellung des Reichs und usurpierten diese Rechte kurzerhand.¹⁷⁹ Parallel zum königlichen Machtverlust nahm der Einfluss geistlicher und weltlicher Fürsten sowie von Stadtobergkeiten auf die jüdischen Gemeinden zu. Für sie bedeutete dies, dass immer weniger die Abhängigkeit vom Reich, sondern immer stärker die Beziehung zu den Territorialherren oder den Stadtobergkeiten und somit deren Abgabepolitik von Bedeutung war. Trotz der veränderten Herrschaftskonstellationen sah sich der Kaiser auch im Verlaufe des 14. und 15. Jahrhunderts nach wie vor als oberster Schutzherr der Juden, der als Gegenleistung für die verbliebenen regulären Jahres- und Sonderabgaben eine

¹⁷⁵ Alexander Patschovsky, "Das Rechtsverhältnis der Juden zum deutschen König (9.-14. Jahrhundert)," Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Germ. Abteilung 110 (1993): S. 331-371.

¹⁷⁶ Magin, "der iuden recht". S. 28. Auch Willoweit weist darauf hin, dass unter Friedrich II. die Kammerknechtschaft noch keine juristischen Konsequenzen hatte. Willoweit, "Königsschutz." S. 82.

Zu den drei Entwicklungsstufen der Juden im weltlichen Recht bei Kisch, Kisch, Ausgewählte Schriften. S. 47-61.

¹⁷⁷ Isenman weist darauf hin, dass in verfassungsgeschichtlicher Hinsicht nicht nur das „Reich“ steuerberechtigt war, sondern dass sowohl der „König“ als auch das „Reich“ Anspruch auf die jüdischen Steuern und Abgaben hatten. Eberhard Isenmann, "Steuern und Abgaben," in Germania Judaica 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, ed. Arye Maimon, Yacov Guggenheim (Tübingen: 2003), 2208-2281. S. 2210.

¹⁷⁸ Fischer, Verfassungsrechtliche Stellung. S. 7ff. Ebd., S. 55. In Augsburg übertrug der Staufer Konradin in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts die königliche Vogtei über die Juden der Stadtobergkeit. Mütschele, Juden in Augsburg. S. 167f.

gewisse Schutzfunktion auszuüben hatte. Die Effektivität dieses Schutzes nahm aber in den letzten zwei Jahrhunderten des Spätmittelalters weiter ab, während das finanzielle Interesse noch stärker in den Vordergrund der Beziehung zu den Juden trat. Der Begriff Kammerknechtschaft wurde weiterhin verwendet, aber ein "deutlich erkennbarer Rechtsgehalt" war kaum noch vorhanden. Eher wurden von ihm Gerichtshoheitsrechte abgeleitet und das Reich instrumentalisierte ihn um zum Teil exorbitante finanzielle Forderungen zu stellen.¹⁸⁰ Die Judenschutzrechte wurden in einem Masse verpfändet, dass es zu einer regelrechten Zersplitterung der Judenbesteuerung kam. Für einige jüdische Gemeinden ergab sich die Konstellation, dass drei oder mehr Parteien Anspruch auf jährliche Steuer- und unregelmässige Sonderabgaben erhoben. Aufgrund der begrenzten Steuerkraft der Zahlenden wurden die verschiedenen Steuerberechtigten zu Konkurrenten. Dieses Konkurrenzverhältnis konnten die jüdischen Gemeinden wenigstens teilweise für ihre Zwecke nutzen, indem sie die einzelnen Parteien veranlassten ausserordentliche Steuerforderungen der jeweils anderen Steuerberechtigten runterzuhandeln. In vielen Fällen versuchte die Stadtobrigkeit nach der Zäsur von 1350 bei der Wiederaufnahme von Juden alte Nutzungsrechte, die von Dritten an den Juden noch geltend gemacht werden konnten, abzulösen und in ihren Besitz zu bringen, um eine möglichst ungeteilte Herrschaft über die jüdische Gemeinde ausüben zu können.¹⁸¹

Die regelmässig betriebenen Verpfändungen der Rechte an den Juden hatten für das Reich einen Rückgang an Einnahmen zur Folge. Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten führte Ludwig der Bayer mit Berufung auf die jüdische Kammerknechtschaft 1342 eine zusätzliche jährlich zu leistende Steuer in der Form einer Kopfsteuer ein, den "Goldenen Opferpfennig". Eine weitere längerfristige Strategie bestand darin, den jüdischen Gemeinden in immer kürzeren Abständen Sondersteuern, die einer Ausplünderung gleichkamen, aufzuerlegen.¹⁸² Das Spätmittelalter ist somit geprägt von einer zunehmenden Territorialisierung und Kommerzialisierung des "Judenregals" auf Reichs- und

¹⁷⁹ Rösel, Reichssteuern. S. 685ff. S. 218ff.

¹⁸⁰ Battenberg, "Rechtsstellung." S. 149ff. D. Willoweit, "Die Rechtsstellung der Juden," in *Germania Judaica* 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, ed. Arye Maimon, Yacov Guggenheim (Tübingen: 2003), S. 2165-2207. S. 2165. Battenberg weist mehrmals darauf hin, dass im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts die kaiserliche Kammerknechtschaft zunehmend ausgehöhlt wurde und das Judenregal in verschiedenen Städten und Territorien zu einer fürstlichen oder städtischen Kammerknechtschaft werden konnte. Battenberg, "Rechtsstellung." S. 139.

¹⁸¹ Siehe z.B. in Augsburg. Vor den Judenmorden von 1348 hatten mehrere Parteien die Rolle eines Schutzherrn der Juden inne. Im Gegensatz dazu errang die Stadtobrigkeit im Laufe der 1360er Jahre neben dem Reich die alleinige Schutzherrschaft über seine jüdischen Einwohner. Mütschele, *Juden in Augsburg*. S. 172f.

¹⁸² Zur Abgabepolitik des Reiches siehe unten Kapitel 12.1.

Territoriumsebene und kann als eine Fiskalpolitik der Ausbeutung beschrieben werden.¹⁸³ In der vorliegenden Untersuchung wird der Fokus nun auf die Finanzpolitik der Städte gelegt.

Im Zuge der Territorialisierung bildete sich insbesondere in Bischofs- und Reichsstädten eine städtische Herrschaft über die Juden aus. Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung in Ratssatzungen zur Rechtsstellung der jüdischen Einwohner. Die Stadtobrigkeit hatte insofern ein Interesse am Judenschutz, als sie einen einheitlichen städtischen Rechtsbereich zu bilden und dementsprechend jegliche Einflüsse äusserer Herrschaften so weit als möglich zurückzudrängen suchte. Denn die Präsenz einer jüdischen Gemeinde als einer rechtlichen Sondergruppe ermöglichte die Einflussnahme des Stadtherrn oder des Königs innerhalb des städtischen Territoriums. Um dies so weit als möglich zu vermeiden, versuchte der Rat, die jüdischen Einwohner in rechtlicher Hinsicht in die städtische Gemeinde zu integrieren und so dem Zugriff auswärtiger Gewalten zu entziehen. Weiter war der Stadt daran gelegen, den städtischen Frieden zu wahren und die Wirtschaft zu fördern. Um ein möglichst konfliktfreies Funktionieren von gewerblichen und sozialen Interaktionen zwischen Juden und Christen zu erreichen, war eine rechtliche Regelung wichtig. Den städtischen Anliegen kamen die Interessen der jüdischen Seite entgegen, der ihrerseits an einer sicheren Stellung und einem reibungsfrei funktionierenden Geschäftsleben gelegen war. Allein schon aufgrund des Bestrebens der Friedenswahrung auf städtischem Gebiet kamen die Juden in ein gewisses Schutzverhältnis, ohne dass der Stadt entsprechende Rechte verliehen worden wären. Es gibt mehrere Beispiele, die illustrieren, dass sich die Stadtobrigkeit unabhängig vom Stadtherrn oder auch gegen ihn für die Juden einsetzte, unter anderem mit dem Ziel die Rechte konkurrierender Herrschaftsträger einzugrenzen. In einigen Städten kam es zu heftigen Konflikten zwischen dem Stadtherrn und der Stadtobrigkeit in Bezug auf die Rechtsstellung der Juden¹⁸⁴, wobei sich insbesondere in den Reichs- und Bischofsstädten die Stadtobrigkeit auf längere Sicht als die erfolgreichere Partei profilieren konnte. Gleichzeitig ist auch die Entwicklung zu beobachten, dass bereits im 12. Jahrhundert in vielen Städten der Stadt- und Judenschutzherr einen wirksamen Judenschutz kaum mehr ohne die Unterstützung der Bürgerschaft wahrnehmen konnte. Daraus folgte wiederum, dass sich die Ratsbehörden immer häufiger mit dem Judenschutz beauftragen liessen.¹⁸⁵ Die rechtliche Beziehung der Juden einerseits zum Stadt-

¹⁸³ Für die Territorialisierung siehe beispielsweise Alfred Haverkamp, "Die Juden im mittelalterlichen Trier," *Kurtrierisches Jahrbuch* 19 (1979): 5-57, Ziwes, Studien.

¹⁸⁴ Fischer, Verfassungsrechtliche Stellung.

¹⁸⁵ Bereits vor der Ausbildung der Stadtgemeinden waren die Juden ins städtische Leben integriert worden.

herrn, andererseits zum Königtum erhöhte die Sicherheit der jüdischen Gemeinde, da es zu einer gegenseitigen Kontrolle der zwei Herrschaftsgewalten kam.¹⁸⁶

Das Interesse der Stadtobrigkeit, die jüdischen Gemeinden rechtlich zu integrieren, d.h. das Zusammenleben der jüdischen und christlichen Bevölkerung zu reglementieren, fand seinen Niederschlag in unterschiedlichen rechtlichen Formen. In einigen Städten mit bedeutenden jüdischen Gemeinden formte sich gegen Ende des 13. und am Anfang des 14. Jahrhunderts ein jüdisches Bürgerrecht aus. Die Bedeutung der jüdischen Gemeinde im städtischen Verband lässt sich daran ermessen, dass die neuzugezogenen Juden in einem ersten Schritt in die jüdische Gemeinde aufgenommen werden mussten, bevor ihnen das städtische Bürgerrecht verliehen wurde. In der rechtlichen Verbindung zwischen Stadt und Juden nahm die jüdische Gemeinde demnach eine zentrale Stelle ein.¹⁸⁷

Die Pogrome von 1348-1350 bedeuteten auch in Bezug auf die Ausformung des rechtlichen Verhältnisses zwischen Stadtobrigkeit und Juden eine tiefe Zäsur. Nach der Ermordung oder Vertreibung eines grossen Teils der Juden in weiten Gebieten des Römischen Reichs verschwanden zahlreiche jüdische Gemeinden. Einige Städte nahmen bereits kurz nach der Auslöschung ihrer jüdischen Gemeinde wieder Juden als Bürger auf. Letztere handelten mit der Obrigkeit in der Regel individuelle Aufnahmebedingungen aus, die in befristeten Schutzbriefen festgehalten wurden. Die rechtliche Situation variierte jedoch von Stadt zu Stadt und soll für Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen in den folgenden Kapiteln genauer untersucht werden. Obwohl die Städte, insbesondere die Reichsstädte, nach 1350 in vielen Fällen die volle Herrschaft über die Juden erlangten, waren sie verpflichtet, sich vom Reich zur Aufnahme der Juden, zu ihrem Schutz sowie zu ihrer Besteuerung privilegieren zu lassen.¹⁸⁸

Willoweit teilt die jüdischen Einwohner in Bezug auf die städtische Privilegierungspraxis nach 1350 in drei Gruppen ein. Die meisten Juden waren Inhaber eines gewöhnlichen städtischen Schutzbriefes, der ihre Aufnahme ins Bürgerrecht dokumentierte. Daneben existierte eine kleine Gruppe privilegierter Personen, die durch ihre Funktion im Umfeld des Reichsoberhauptes eine soziale Sonderstellung innehatten. Die dritte Gruppe konstituierte sich aus den schutzbrieflosen Juden, die entweder als Gesinde im Haushalt privilegierter Juden tätig

¹⁸⁶ Haverkamp, "Concivilitas." S. 131.

¹⁸⁷ Für Koblenz siehe Ibid. Für Worms siehe Gilomen, "Sondergruppen." S. 131. Guido Kisch, *Ausgewählte Schriften: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters*. Bd. 1 (Sigmaringen: 1978). S. 93-106.

¹⁸⁸ Zur Problematik siehe Graus, Pest. S. 343f.

waren oder sonst in den Städten geduldet wurden.¹⁸⁹ Es zeigt sich allerdings eine Tendenz letzteren den Aufenthalt in der Stadt zu verwehren. Ergänzend zu den drei Gruppen müssen noch die jüdischen Gedingleute aufgeführt werden. Dabei handelt es sich um Juden, die vom Rat nicht mehr ins Bürgerrecht aufgenommen wurden, sondern mit der Stadt einen Stättigkeitsvertrag abschlossen. So sind beispielsweise von der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts aus den Städten Rothenburg, Augsburg und Nördlingen Verträge mit Juden bekannt, die deren Aufnahme in den Schutz der Stadt regeln, ohne sie ins Bürgerrecht aufzunehmen.¹⁹⁰ Und in Frankfurt wurde im 15. Jahrhundert kein Jude mehr ins Bürgerrecht aufgenommen, sondern es wurde ihnen von den Rechenmeistern die sogenannte „*stedigkeit*“, also ein befristetes Aufenthaltsrecht, zugesagt. Ergänzend zum Status der Stättigkeit gab es eine weitere Form der Aufnahme. 1443 wurde beispielsweise Nathan von Eppstein vom Frankfurter Rat die Aufenthaltserlaubnis für ein Vierteljahr gegen eine Abgabe von 10 Gulden zugestanden. Er hatte allerdings nicht das Recht Geldleihe zu betreiben.¹⁹¹ Allerdings zeigt sich anhand der Diskussion in den Quellen, dass die Bezeichnung des Rechtsstatus der Juden nicht immer klar war oder je nach Situation von städtischer Seite her variieren konnte. Im Rahmen eines Rechtsstreits wird in Frankfurt 1443 die Frage geklärt, ob die Juden Bürger der Stadt seien oder nicht. Ein Hans Stengel von Strassburg verkaufte Smosse von Frankfurt eine beträchtliche Menge Wein. Nach Abschluss des Verkaufsgeschäfts griff der Bürgermeister ein und machte den Kauf mit Berufung aufs Stadtrecht rückgängig; nur Bürgern sei der Handel mit Wein erlaubt. Hans Stengel beschuldigt die Stadt aufgrund dieses Eingreifens, seinen Wein mit Verlust verkauft zu haben, und verklagt sie auf Schadenersatz. Er betont auch, dass das Geschäft rechtens gewesen sei, da es sich bei Smosse um einen Bürger Frankfurts gehandelt habe. Daraufhin ordnete der Rat eine Abklärung der Frage an, ob die Juden von Frankfurt Bürger seien oder nicht, und kam zum Schluss, dass keiner ihrer Juden die „*burgerschaft*“ innehätte, sondern nur die Stättigkeit, das heisst ein befristetes Aufenthaltsrecht erhalten hätte.¹⁹² Zwei Jah-

¹⁸⁹ Willoweit, „Rechtsstellung.“ S. 2174.

¹⁹⁰ Ibid. S. 2180. Harry Bresslau, „Zur Geschichte der Juden in Rothenburg an der Tauber,“ Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 3 (1889): S. 301-336. S. 319. Mütschele, Juden in Augsburg. Für Nördlingen siehe unten. In Ulm wurde 1474 das Bürgerrecht in ein Beiwohnerrecht umgewandelt, nachdem noch 1457 alle Juden dazu verpflichtet worden waren, ins Bürgerrecht einzutreten. GJ 3:2, S. 1501.

¹⁹¹ Dietrich Andernacht, ed., Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401-1519, Forschungen zur Geschichte der Juden 1/2 (Hannover: 1996). Nr. 665. Andernacht bezeichnet Nathan von Eppstein bezugnehmend auf eine Urkunde vom 9. Juli 1443 als Beisassen zu Frankfurt. Ebd., Nr. 724. Siehe auch Nr. 61 (18. Januar 1408).

¹⁹² StA FA, RS 1, Nr. 4072. Ibid. Nr. 737, 741. Bereits zwanzig Jahre früher wurden die Juden in Frankfurt auch in die Stättigkeit aufgenommen und trotzdem als Bürger bezeichnet. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 216-218. In Hildesheim gehörten die Juden im 15. Jahrhundert in die Gruppe der „*medewoner*“ und konnten das städtische Bürgerrecht nicht erwerben. Peter Aufgebauer, Die Geschichte der Juden in der Stadt Hildesheim im Mit-

re später wandte sich Hans Stengel mit Schadenersatzforderungen an den Frankfurter Rat, mit der Klage, dass er erfahren hätte, dass die Juden sowohl 1443 als auch jetzt Bürger der Stadt seien, und somit die falsche Erklärung des Rates, dass die Juden nicht Bürger seien, ihm grossen Schaden verursacht hätte.¹⁹³ So falsch dürfte die Information nicht gewesen sein, denn nur drei Jahre früher hatte die Stadt einige der ansässigen Juden als Bürger bezeichnet. Es handelt sich um einen Eintrag im Bürgermeisterbuch, in dem festgehalten wird, dass die in einem innerjüdischen Konflikt beteiligten Parteien, die Bürger seien, vor dem städtischen Gericht ihren Konflikt beilegen sollen, ausser sie könnten es vor dem Rabbi regeln.¹⁹⁴ Nicht weiter erstaunlich ist die Bezeichnung in diesem Handlungszusammenhang. Im Gegensatz zum Konflikt mit Hans Stengel hatte die Stadtobrigkeit ein Interesse daran, die Juden in Bezug auf die Gerichtssituation gleich wie Bürger zu behandeln und ihnen die Anrufung von fremden Gerichten zu verbieten.

Die zentrale Gruppe bildeten jedoch die Juden, die als Bürger in die Stadt aufgenommen wurden. Es soll erneut betont werden, dass auch der Status eines Judenbürgers wohl in keiner Stadt einer mit allen Rechten und Pflichten klar definierter war.¹⁹⁵ Immer wieder wurde anhand konkreter Probleme der Inhalt differenziert festgehalten. Vergleicht man diese Gruppe mit den christlichen bürgerrechtlichen Sondergruppen, dann können die jüdischen Bürger am ehesten den intramuralen Gedingbürger zugeordnet werden. Wie letztere handelten sie der Aufnahme vorausgehend mit der Stadtobrigkeit die Aufnahme- sowie Bürgerrechtsmodalitäten aus, die in einem Schutzbrief mit befristeter Gültigkeit festgehalten wurden. Mehrheitlich wurden an zentraler Stelle die Geldleihmodalitäten festgehalten, die Höhe der jährlich zu leistenden Pauschalabgabe sowie die Gültigkeitsdauer des Privilegs. Nach Dilcher steht der Bürgerbegriff für eine Rechtsstellung, die erworben und gegebenenfalls wieder aufgegeben werden könne.¹⁹⁶ Dies trifft auch für das jüdische Bürgerrecht zu. Die Juden wurden in einem offiziellen Aufnahmeritual in die Stadt aufgenommen und es wurde ihnen in der Regel Freizügigkeit zugesichert. Ein erster bedeutender Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Bürgern ist bereits im zentralen Aspekt des Aufnahmerituals, dem Schwören des Neubürger-

telalter und in der frühen Neuzeit (Hildesheim: 1984). In Mainz wird in einer Ratsordnung von 1431 von "*ire Stedekeit und gedingnisse*" gesprochen. Ratsordnung von 1431. Abgedruckt in J. S. Menczel, Beiträge zur Geschichte der Juden von Mainz im XV. Jahrhundert. Eine quellenkritische Untersuchung mit Quellenabdruck (Berlin: 1932). Anhang, S. 38.

¹⁹³ Andernacht, ed., Regesten. Bd.1, Nr. 788, S. 213.

¹⁹⁴ "*Item den Juden sagen, die burger sin, das sie hie vor gericht recht geben und nehmen, sie enwollen dan mit wille beide fur den Rabij komen.*" StA FA, BMB 1439, fol. 75r.

¹⁹⁵ Z.B. Schmandt, Judei, cives et incole. S. 68f.

¹⁹⁶ Dilcher, "Bürgerbegriff." Hier S. 116f.

eides, festzustellen. Wie die christlichen Neubürger leisteten die jüdischen einen Aufnahme-eid, der sich inhaltlich aber stark von demjenigen der Christen unterschied. Handelte es sich beim Bürgereid der Christen um eine Verbindung von Genossenschafts- und Huldigungseid, so leisteten die Juden dem Rat einen Gehorsamseid. Dasselbe gilt für den jährlich geforderten Erneuerungseid.¹⁹⁷ Die *Conjuratio* wird als eine Einung unter Gleichen bezeichnet. In der Praxis gab es zwar in vielen Städten Bürger mit unterschiedlichen Rechten und unterschiedlichem Anteil an der städtischen Herrschaft, trotzdem leisteten sie an den jährlich stattfindenden Schwörtagen den Eid gemeinsam.¹⁹⁸ Im Gegensatz dazu stehen die jüdischen Bürger. Soweit bekannt ist, schworen sie nicht mit den christlichen Bürgern gemeinsam in der Form einer *conjuratio*, sondern sie leisteten ihren Gehorsamseid in einem separaten Akt. Er begründete also nicht eine Verbindung zwischen Gleichen, sondern ein hierarchisches Verhältnis. Von der christlichen Umwelt dürfte der jüdische Eid denn auch nicht dem christlichen Eid mit seinen sakralen Aspekten an Bedeutung gleichgesetzt, sondern als ein Mindereid betrachtet worden sein.¹⁹⁹

Der Frage, inwieweit die Voraussetzungen zur Aufnahme von Juden ins städtische Bürgerrecht mit denen für Christen übereinstimmen, wird in den folgenden Kapiteln näher untersucht werden.

2.2 Rechte

Im Folgenden soll hauptsächlich anhand der normativen Quellen ein kurzer Überblick über die wichtigsten Rechte jüdischer Bürger gegeben werden.²⁰⁰ Da der Rechtsstatus der jüdischen Gemeinden zwischen den einzelnen Städten und in derselben Stadt im zeitlichen Verlauf grosse inhaltliche Unterschiede aufweisen konnte, sollen in einem ersten Schritt die wichtigsten und häufigsten Inhalte aufgezeigt und jene Aspekte betont werden, die in der Forschungsdiskussion zum Bürgerbegriff der Juden verstärkt thematisiert wurden. Auf diesem allgemeinen Hintergrund wird anschliessend die Situation für die Städte Nördlingen, Schaff-

¹⁹⁷ Z.B. in Nürnberg. Moritz Stern, *Die israelitische Bevölkerung der deutschen Städte. Ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte. Mit Benutzung archivalischer Quellen.* Bd. 3. Nürnberg im Mittelalter: Quellen. (Kiel: 1894-1896).

¹⁹⁸ Ebel, *Bürgereid*. In Zürich wurden zweimal pro Jahr Schwörtage im kirchlichen Raum, im Grossmünster, abgehalten. Koch, *Neubürger*. S. 61.

¹⁹⁹ Gilomen, "Sondergruppen." S. 140.

²⁰⁰ Zum Inhalt von Schutzbriefen vorwiegend in Städten der heutigen Schweiz siehe *Ibid.* S. 147f.

hausen und Konstanz detailliert erläutert. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass in den normativen Quellen oft nur ein Teil der Rechte und Pflichten schriftlich festgehalten wird. Oft werden erst anhand konkret auftretender Probleme individuell ausgestaltete Lösungen gefunden.²⁰¹

Wie im christlichen war auch im jüdischen Bürgerrecht die Gewährung des städtischen Schutzes von zentraler Bedeutung. In den Schutzbriefen wurde den jüdischen Bürgern sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Stadtmauern der Schutz der Stadt zugesichert; vor Gericht wie auch aussergerichtlich. Ihrerseits wurden sie verpflichtet, vor städtischen Gerichten Recht zu suchen, wo sie in der Regel dieselben Rechte wie die christlichen Bürger genossen. Entsprechend durften im Konfliktfall die Juden auch nicht vor auswärtigen Gerichten verklagt werden. Um die Gerichtshoheit zu wahren, war der Rat bei angedrohter Verletzung bereit, mit grossem Aufwand für die Einhaltung der Gerichtsstandsprivilegien zu sorgen. Dies nicht nur zum eigenen, sondern auch zum Nutzen der jüdischen Bürger, die somit einen effektiven Rechtsschutz genossen. Vergleichbar beispielsweise mit der Zunftgerichtsbarkeit wurde den jüdischen Gemeinden eine begrenzte Gerichtsautonomie zugestanden.²⁰² Oft hatten die Juden das Recht, Immobilien im städtischen Territorium zu erwerben und sich den Wohnort selbst auszuwählen. Im Verlaufe des 14. und der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts traten jedoch zunehmend Reglementierungen auf, die mindestens für den Grundstück- und Immobilienerwerb das Einverständnis des Rats voraussetzten.²⁰³ Als Grund dafür ist der Umstand zu sehen, wonach der Immobilienbesitz eng mit der Steuerfrage verknüpft war. Mit ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht erhielten die Neubürger schliesslich Zugang zur städtischen Wirtschaft, wenn auch in einer limitierten Masse, wurde doch ihre Tätigkeit in der Regel auf die des Geldleihens beschränkt. In dieser Funktion genossen sie immerhin den rechtlichen Schutz der Stadt. In vielen Fällen nehmen die Geldleihbestimmungen einen beträchtlichen Platz im Schutzbrief ein, so dass die Urkunde als Mischung zwischen Bürger- und Gewerbebrief erscheint.

²⁰¹ Siehe für Frankfurt den oben geschilderten Fall des Weinverkaufs. Schmandt, *Judei, cives et incole*.

²⁰² Yacov Guggenheim, "Die jüdische Gemeinde, Gesellschaft und Kultur," in *Germania Judaica* 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, ed. Arye Maimon, Yacov Guggenheim (Tübingen: 2002), 2079-2138. S. 2105.

²⁰³ Das Rothenburger Statutenbuch von 1382 enthält beispielsweise die Bestimmung, "*daz man keinen gast (noch Juden) furbaz dehein hus verlihen sol, denne mit gunst und mit urlaub des rates*". Bezold, *Verfassung*, Anhang. In Zürich ist die Formulierung, dass das Haus, das Moisse 1347 erwarb, "*im die burger gonden zu kouffenne*" ein Hinweis darauf, dass jüdische Bürger ein Haus nur mit Einverständnis des Rates kaufen konnten. Für Zürich siehe Gilomen, "Sondergruppen." S. 134.

Inwieweit die jüdischen Bürger Nutzungsrechte am allgemeinen Gemeindebesitz besaßen, ist schwer eruierbar.²⁰⁴ In den von mir untersuchten Städten geben die überlieferten Quellen keine Auskunft. Zu den städtischen Fürsorgeeinrichtungen hatten die jüdischen Bürger keinen Zugang. Die jüdischen Gemeinden unterhielten ihrerseits Spitäler und weitere karitative Einrichtungen, die von den Geldern ihrer Mitglieder finanziert wurden.²⁰⁵

Ein wesentlicher Unterschied zum christlichen Vollbürgerrecht ist, dass den jüdischen Bürgern weder die Wahl- noch die Amtsfähigkeit zugestanden wurde. Das Fehlen der politischen Partizipation wurde in der Diskussion um das jüdische Bürgerrecht lange als Hauptgrund angegeben, es für ein minderes Bürgerrecht zu halten.²⁰⁶ Grundlage dieser These ist die Annahme, dass im Spätmittelalter den politischen Partizipationsmöglichkeiten ein sehr hoher Stellenwert zugekommen sei. Diese Einschätzung wurde in den letzten Jahren verschiedentlich in Frage gestellt. Gilomen weist darauf hin, dass einem grossen Teil der christlichen Bürger die politische Partizipation in der Praxis verwehrt blieb; sie konnte deshalb nicht zu den Hauptmotiven, das Bürgerrecht zu erlangen, gezählt haben.²⁰⁷ Lohrmann sieht die jüdischen Bürger gar als eine unter vielen bürgerrechtlichen Sondergruppen, die aufgrund einer fehlenden Norm alle gleichgestellt sind.²⁰⁸ Es ist fraglich, ob die Gesellschaft jene christlichen Bürger, die ohne aktives Wahlrecht waren, einerseits und die jüdischen Bürger, die allesamt keine politische Partizipationsmöglichkeiten besaßen, andererseits, als gleichwertige Bürger wahrnahm. Mit dieser Interpretation wird sowohl der Umstand, dass diese christlichen Bürger durch ihre Mitgliedschaft in städtischen Korporationen immerhin indirekt an der Herrschaft teilhaben konnten²⁰⁹, vernachlässigt als auch der rechtliche Aspekt des Bürgerstatus gegenüber dem sozialen überbetont.

²⁰⁴ In Worms war es ihnen gestattet. Kisch, *Ausgewählte Schriften* 1. S. 101.

²⁰⁵ Guggenheim, "Gemeinde." 2093f.

²⁰⁶ Kisch verweist allerdings auf die parallel zu den städtischen Ämtern existierenden Ämter in der jüdischen Gemeinde. Kisch, *Ausgewählte Schriften*. S. 101.

²⁰⁷ Gilomen, "Sondergruppen." S. 144/145.

Die Wahl in ein Amt wurde von den Gewählten nicht immer begrüsst. Oliver Landolt, "Zur zeitlichen Belastung von städtischen Ratsherren und anderen politischen Führungsschichten im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit," in *Freizeit und Vergnügen - 14. - 20. Jahrhundert*, ed. Hans-Jörg Gilomen, Beatrice Schumacher, Laurent Tissot, Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 20 (Zürich: 2005).

²⁰⁸ Klaus Lohrmann, "Bemerkungen zum Problem 'Jude und Bürger'," in *Juden in der Stadt*, ed. Fritz Mayerhofer, Ferdinand Oppl, *Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas* 15 (Linz: 1999), 145-165.

²⁰⁹ Zu dieser Thematik siehe oben. Auch Teuscher weist darauf hin, dass der Bürger ohne Wahlrecht zumindest auf einer normativen Ebene durch die Beziehung zu seinen "*fründen*" in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung einbezogen worden sei. Simon Teuscher, *Bekannte - Klienten - Verwandte. Soziabilität und Politik in der Stadt Bern um 1500, Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel im Mittelalter und Früher Neuzeit* (Köln, Weimar, Wien: 1998). S. 252f.

Bemerkenswerterweise gestaltete sich das Rechtsverhältnis zwischen Juden und ihren Herren ausgeprägt "personal" und nicht "territorial". Dies hatte unter anderem zur Folge, dass sich die Rechtsstellung der Juden in einzelnen Städten oder Territorien sehr unterschiedlich entwickelten, dass einzelne Juden nicht nur Bürger einer Stadt waren, sondern auch noch einer externen Gewalt unterstehen konnten, beispielsweise Fürsten der Umgebung.²¹⁰

Ein weiterer gewichtiger Unterschied zwischen dem christlichen Vollbürgerrecht und dem jüdischen Bürgerrecht ist der Umstand, dass letzteres spätestens seit 1350 in der Regel nur noch auf wenige Jahre befristet gewährt wurde. Wie kam es zu dieser Praxis? Es gibt verschiedene mögliche Faktoren, die zur Ausbildung dieser rechtlichen Form beigetragen haben. Ein Faktor ist die Privilegierungspraxis von Reichsseite her. Erst in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erlangten zahlreiche Städte überhaupt das Privileg, Juden aufnehmen, schützen und besteuern zu dürfen. Der von Gilomen aufgezeigte Zusammenhang zwischen den zeitlich befristeten kaiserlichen Privilegien, die die Grundlage für eine rechtliche Vereinbarung zwischen jüdischer und städtischer Seite gebildet haben und infolge dessen auch die städtischen Ordnungen und Schutzbriefe zeitlich beschränkt ausgestellt wurden, war für die Befristung ausschlaggebend.²¹¹ Zusätzlich müssen die rechtlichen Vereinbarungen der jüdischen Neubürger mit dem Rat auch im Rahmen der allgemein stattfindenden Ausdifferenzierung des städtischen Bürgerrechts gesehen werden. Nicht nur Juden schlossen befristete Gedingbürgerverträge ab, sondern auch zahlreiche christliche intra- und extramurale Gedingbürger. Für die christlichen Gedingbürger bedeutete diese Form der rechtlichen Beziehung zur Stadt in der Regel einen finanziellen Vorteil.²¹² Betrachtet man die Situation nach 1350, so stellt sich die Frage, inwieweit die Form des befristeten Gedingbürgervertrags nicht auch den jüdischen Neubürgern entgegenkam. Die Wiederansiedlung der Juden nach den Pestpogromen fand vor

²¹⁰ Willoweit, "Rechtsstellung." S. 2171f. Dies war in Frankfurt längere Zeit der Fall. Von 1450 ist aber der Beschluss des Rats überliefert, den Juden nicht mehr zu erlauben in Frankfurt ansässig zu sein und sich zusätzlich zu verherren. StA FA, BMB 1450, fol. 14.

²¹¹ Gilomen, "Sondergruppen." S. 142-144. Gilomen zeigt auf, dass entgegen der These von Ziwes, der die Einführung befristeter Einzelprivilegien in den 20er Jahren des 14. Jahrhunderts Erzbischof Balduin von Trier zuschreibt, bereits 1305 die Stadt Biel einen zeitliche beschränkten individuellen Schutzbrief ausstellte. S. 143. In Frankfurt beispielsweise erteilte der Kaiser der Stadt 1360 die Erlaubnis, Juden aufzunehmen. Er überliess es der Stadt, den Zins mit den einzelnen Familien festzusetzen, und bestimmte, dass nach Abzug der Abgaben an Eppstein und Sachsenhusen, dem Reich und der Stadt je die Hälfte der Einnahmen zustünde. Die ungünstigen Bestimmungen bewirkten jedoch, dass nur wenige jüdische Familien in Frankfurt siedelten, denn die Juden durften nur bis auf Widerruf, mit einem zweimonatigen Kündigungsrecht in der Stadt bleiben. Der Rat erkaufte sich 1363 eine Verbesserung der Aufnahmebestimmungen, die beinhaltete, dass die Juden sechs Jahre ungestört in Frankfurt leben konnten und der Kaiser sicherte ihnen eine einjährige Kündigungsfrist zu. Die Wirkung der neuen Bestimmung zeigte sich umgehend darin, dass die jüdische Gemeinde beträchtlich wuchs. Isidor Kracauer, ed., Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150- 1400 (Frankfurt a.M.: 1914). S. 69, Nr. 174 (13. Juli 1360) und S. 77, Nr. 188.

dem Hintergrund einer ökonomischen Entwicklung statt, die sich wenigstens in einigen Fällen auf die Verhandlungsposition finanziell potenter Geldleiher positiv auswirkte. Dies lässt sich aus Steuerbefreiungen jüdischer Neuzuzüger ableiten.²¹³ Bei der Wiederaufnahme von Juden nach den Pestpogromen von 1348/1350 mussten die städtischen Obrigkeiten mit den einzelnen jüdischen Neuzuzügern verhandeln, da jegliche Gemeindestrukturen fehlten, die in einem zweiten Schritt die Umlegung einer Pauschalsteuer auf die einzelnen Mitglieder garantiert hätten.²¹⁴ Noch wichtiger erscheint der Umstand, dass gerade für reiche Geldleiher eine individuelle Steuervereinbarung durchaus von Vorteil sein konnte, da sie sie von einer finanziellen Mitverantwortung für die übrigen Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft entband.²¹⁵ Diese Aspekte zeigen, dass die Einführung der befristeten Form des Bürgerrechts nicht primär auf die Absicht der Stadtobrigkeit, die Rechtsstellung der Juden zu verschlechtern, zurückgeführt werden muss. Dass sich diese Form der befristeten Aufnahme jedoch dazu instrumentalisieren liess, den Rechtsstatus der Juden zu mindern, zeigt sich im weiteren Verlauf der Ansässigkeit, insbesondere im 15. Jahrhundert. In den folgenden Kapiteln soll untersucht werden, inwieweit der Rat tatsächlich von den verschiedenen Möglichkeiten Gebrauch machte, wie z.B. Steuererhöhung oder Gebühr bei Verlängerung der Privilegien.²¹⁶ Diese veränderten Steuermodalitä-

²¹² Siehe oben Kapitel 1.5.

²¹³ Beispielsweise in Zürich wurde 1378 Fiflin, Anselms Sohn, sowie Fiflin von Rüttlingen für das erste Jahr von der Steuer befreit. StA ZH, C I, Nr. 292, Papierheft 1377-1419, S. 3-4. Gedruckt bei Ulrich, Sammlung, S. 400. Müller weist darauf hin, dass "die Juden vielfach die Initiative ergriffen hätten, um in den althergebrachten zentralen Orten jüdischen Lebens aufgenommen zu werden. Dabei hätten kultisch-kulturelle, herrschaftliche, wirtschaftliche und familiär-soziale Aspekte ebenso eine Rolle gespielt wie die mit den jüdischen Friedhöfen verbundene *memoria* und vermutlich auch ein gewisses Maß an "Heimatverbundenheit". Müller, "Tagungsbericht."

²¹⁴ In den Städten entwickelten sich die jüdische und die christliche Gemeinde sowie weitere genossenschaftlichen Vereinigungen parallel. Siehe die erzbischöfliche Politik der jüdischen Gemeinde gegenüber im Rahmen seiner allgemeinen "Gemeinde Politik". Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 24f. In der Zeit als sich eine Stadtobrigkeit ausbildete, die dann auch in Kontakt mit den Juden trat, stand ihr bereits eine Korporation, mit ihren Verwaltungsämtern und -strukturen als autorisierter Verhandlungspartner gegenüber. Weiter handelte es sich bei den Juden um eine rechtliche Sondergruppe, die einem anderen Herrn unterstand und steuerpflichtig war. Dementsprechend hatte die städtische Obrigkeit lange nicht das Recht, die Juden an den regulären Steuern zu beteiligen. Daher war es am einfachsten, von ihnen pauschalisierte Sonderabgaben zu erheben, um die Rechte der Schutzherren nicht zu tangieren.

²¹⁵ Toch weist darauf hin, dass eine ständig vorhandene Sorge war, dass vermögende Gemeindemitglieder "die Solidarität der Gemeinschaft durchbrechen und sich besonders in der kritischen Frage der Steuerumlage selbständig machen" könnten. Toch, *Juden*. S. 18. Siehe die Beispiele von Jütlin in Konstanz und der Slemme in Basel. Beiden reichen jüdischen Geldleiherinnen wurde in ihrem Aufnahmevertrag die Befreiung aller Zusatzabgaben, die die anderen Juden leisten mussten, zugestanden. Rudolf Wackernagel, ed., *Urkundenbuch der Stadt Basel*. Band 5 (Basel: 1900). Nr. 85, S. 93ff (1386) und Feger, *Vom Richtebrief*. Nr. 20, S. 5. (1377).

²¹⁶ Die Befristung der Bürgerschaftsverhältnisse wurde verschiedentlich als Mittel zu einer erleichterten Ausweisung der Juden gesehen. Allerdings stand den Stadtobrigkeiten nie die gesamte Verfügungsgewalt über die Juden zu. Immer gab es Rechtsansprüche weiterer Parteien wie dem König, dem Stadtherren oder weiteren Beteiligten. Deren Widerstand sowie Ansprüche auf Ausgleichszahlungen im Falle einer Vertreibung erschwerten es dem Rat, Vertreibungsabsichten in die Tat umzusetzen. Oft wurde die Erlaubnis zur Vertreibung nur dank lang-

ten in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wirkten sich aber in jedem Fall negativ auf die Stellung der jüdischen Gemeinde als Korporation aus, da sie der städtischen Seite einen verstärkten Zugriff auf die innergemeindlichen Belange der jüdischen Gemeinschaft ermöglichte. Im Vergleich zur vorangegangenen Epoche war ihre Funktionsfähigkeit stark beeinträchtigt und ihr Handlungsspielraum verringert. Ihr kam nicht mehr die offizielle Funktion zu, die Verantwortung für die Auswahl und Aufnahme von jüdischen Neubürgern zu tragen und somit zu gewährleisten, dass "das jüdische Bürgerrecht ein durch die solidarische Haftung der jüdischen Gemeinde garantiertes war"²¹⁷. Diese Entwicklung spiegelt sich auch darin, dass in verschiedenen rabbinischen Gutachten nach 1350 erklärt wird, dass in der heutigen Zeit der "*Cherem Hajischuw*" nicht gelte. In vielen christlichen Gemeinden verlieh der Rat der jüdischen Gemeinschaft jedoch ein Mitspracherecht bei der Aufnahme von Neuzuzügern oder bei der Aufkündigung des Wohnrechts.²¹⁸ Der Frage nach der Funktion der jüdischen Gemeinde gerade in Bezug auf die Regelung von Bürgeraufnahmen und Steuerfragen soll für die drei Städtebeispiele nachgegangen werden.

Im Verlaufe des 14. und 15. Jahrhunderts wurde die Bürgeraufnahme von Juden zunehmend auf die reichen Geldhändler beschränkt. Die übrigen ärmeren Juden waren darauf angewiesen, als Teil des Haushalts eines reicheren jüdischen Bürgers ein Wohnrecht in der Stadt zu erlangen. Diese rechtlich abhängige Unterschicht umfasste im 14. Jahrhundert noch etwa 25 Prozent, im 15. Jahrhundert bereits an die 50 Prozent der in Städten ansässigen Juden.²¹⁹ Diese 50 Prozent der jüdischen Bevölkerung sind im städtischen Verwaltungsschriftgut stark untervertreten, da sie nicht von fiskalischem Interesse waren. In diese Gruppe gehören sowohl Gemeindebedienstete, die teilweise mehrere Berufe gleichzeitig ausübten, als auch jüdische Mägde und Knechte sowie arme Familienangehörige, die einzig als Teil des Gesindes eines reichen Geldleihers eine Aufenthaltsberechtigung in der Stadt erhielten.²²⁰ Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppen waren nur z.T. länger ansässig und wurden von einem Zürcher Juden

fristigerem Einsatz von politischen und finanziellen Mitteln erreicht, wie beispielsweise für Nürnberg und Köln detailliert nachgezeichnet werden kann. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 197ff.

²¹⁷ Gilomen, "Sondergruppen." S. 131.

²¹⁸ Guggenheim, "Gemeinde." S. 2080.

²¹⁹ Ibid. S. 2098.

²²⁰ Michael Toch, "Die wirtschaftliche Tätigkeit," in *Germania Judaica* 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, ed. Arye Maimon, Yacov Guggenheim (Tübingen: 2003), S. 2139-2164. S. 2140f. Frantisek Graus, "Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt," in *Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt*, ed. A. K. Zatloukal Ebenbauer (Wien: 1991), 53-65.

beschrieben, als Menschen, *"... die kein stur und wacht in Zürich geben, und ouch nienend anderswo hushablich gesessen sint."*²²¹

2.3 Pflichten

Die Pflichten der jüdischen Gemeinden sind das zentrale Thema der folgenden Kapitel. Daher soll an dieser Stelle nur überblicksweise auf die unterschiedlichen Formen von Pflichten eingegangen werden. Die Juden mussten in den Städten ordentliche, jährlich fällige, sowie ausserordentliche Steuern entrichten. Neben diesen Steuerleistungen wurden die Juden häufig auch zum Ungeld, Zöllen, Gebühren, hohen Hauszinsen, Schenkungen, hohen Strafgeldern und Zwangsdarlehen beigezogen. Zusätzlich zu den fiskalischen Pflichten wurden die Juden in einigen Städten auch zu persönlichem Wach-, Wehr- und Grabendienst verpflichtet. Alle diese Abgabenleistungen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass in der Regel ein bis zwei weitere Parteien Anspruch auf Abgaben von den jüdischen Gemeinden hatten. Dieser Anspruch zeigte sich neben der regulären jährlichen Steuersumme in teilweise sehr hohen Sonderabgabenforderungen.

2.4 Die Dimension des sozialen Daseins des Bürgerbegriffs

Ein grosser Unterschied zwischen den christlichen Bürgern aller Art und den jüdischen Bürgern besteht in Bezug auf den zweiten Teil von Dilchers Bürgerbegriffsdefinition. Er schreibt, dass die Stadtbürgerschaft als freiheitlich-abstrakte, konkret erst innerhalb eines breiten sozialen Spektrums auszufüllende Rechtsstellung erworben worden sei.²²² Die Integration der Neubürger verlief nicht nur über den Eintritt in die Bürgerschaft, sondern auch durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Personenverbänden, wie beispielsweise der Religionsgemeinschaft, der Verwandtschaft, der Nachbarschaft oder der Zunft.²²³ Stellt man sich die mittelalterliche Gesellschaft als ein "Gefüge von unterschiedlich konstituierten und unterschied-

²²¹ StA ZH, B VI 192, fol. 74v. zitiert in Annette Brunshwig, "Die zweite Zürcher Gemeinde im Mittelalter," in *Geschichte der Juden im Kanton Zürich* (Zürich: 2004), 1-58. S. 7f.

²²² Dilcher, "Bürgerbegriff." S. 117.

²²³ Koch, "Migration und Integration." Zu den einzelnen Begriffen siehe unten.

lich strukturierten Gruppen als Formen des Zusammenlebens von Menschen“ vor,²²⁴ dann ist das Bürger-Sein nur eine von mehreren Zugehörigkeiten zu verschiedenen sozialen Gruppen.²²⁵ Die Frage ist, welche Zugehörigkeit in welchem Masse für die Selbst- wie auch die Fremdwahrnehmung einer Person von Bedeutung war; in diesem Fall, wie gross die Bedeutung des Bürger-Seins für das Selbstverständnis der einzelnen Bürgergruppen und insbesondere für die jüdischen Bürger war.²²⁶ Die folgenden Ausführungen zu einer Auswahl verschiedener Soziabilitätsformen sollen einen Einblick gewähren in das Gefüge sozialer Beziehungen zwischen Juden und Christen, um den sozialen Aspekt des Bürgerseins zu beleuchten.

Der grundlegende Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Bürgern war die Zugehörigkeit zu einer anderen Religion in einem christlich definierten Gemeinwesen.²²⁷ Prägend war die christliche Religion auch für die Entstehung der städtischen Gemeinde, die nach Hagen Keller zur Friedenssicherung auf die religiöse Idee der christlichen Brüderlichkeit zurückgeht.²²⁸ Die Stadtgemeinde als "Verbrüderung" drückt sich nach Weber auch in Religion und Kult aus. Sie habe ihr "religiöses Symbol", den "Verbandskult der Bürger".²²⁹ Die christliche Einwohnerschaft der Städte kann als eine einheitliche "Sakralgesellschaft" gesehen werden, und Isenmann weist auf eine Neigung der deutschen Stadt des Spätmittelalters, "sich als *corpus christianum* im kleinen zu verstehen", hin.²³⁰ Für die Ausbildung und Organisation der

²²⁴ Otto Gerhard Oexle, "Soziale Gruppen in der Ständegesellschaft: Lebensformen des Mittelalters und ihre historischen Wirkungen," in *Die Repräsentation der Gruppen*, ed. Otto Gerhard Oexle, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 141 (Göttingen: 1998), S. 9-44. S. 12. Die Betrachtung der sozialen Gruppen findet vor dem Hintergrund der Gliederung der Gesellschaft in Stände, Klassen und Schichten statt.

²²⁵ Oexle unterteilt soziale Gruppen in zwei Grundtypen. Die einen Gruppen konstituieren sich aufgrund einer realen oder imaginierten Verwandtschaft, die andern entstehen durch eine Vereinbarung sozialer Bindungen von Menschen, die nicht verwandtschaftlich verbunden sind. Eine solche Vereinbarung kann zwischen Gleichen (z.B. Einung) oder zwischen Ungleichen abgeschlossen werden. Ibid. S. 19. Siehe auch die Unterscheidung von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung bei Max Weber. Otto Gerhard Oexle, "Kulturwissenschaftliche Reflexionen über soziale Gruppen in der mittelalterlichen Gesellschaft: Tönnies, Simmel, Durkheim und Max Weber," in *Die okzidentale Stadt nach Max Weber: zum Problem der Zugehörigkeit in Antike und Mittelalter*, ed. Christian Meier, *Historische Zeitschrift / Beiheft* 17 (1994), 115-160. S. 133f. Teuscher, Bekannte.

²²⁶ Bernhard Jussen, "Introduction," in *Ordering Medieval Society: Perspectives on Intellectual and Practical Modes of Shaping Social Relations*, ed. Bernhard Jussen, *The Middle Ages Series*. (Philadelphia: 2001), S. 1-14.

²²⁷ Die Verschlechterung des christlich-jüdischen Verhältnisses im Mittelalter wurde auch dadurch gefördert, dass "die Bedeutung der Religion als integratives Element für die christliche Bevölkerung immer wichtiger wurde." Markus J. Wenninger, "Grenzen in der Stadt? Zur Lage und Abgrenzung mittelalterlicher deutscher Judenviertel," *Aschkenas* 14:1 (2004): S. 9-29. S. 23.

²²⁸ Michael Borgolte, *Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit*, *Historische Zeitschrift, Beihefte N.F.* 22 (München: 1996). S. 287f. Ernst Voltmer, "Leben im Schutz der Heiligen. Die mittelalterliche Stadt als Kult- und Kampfgemeinschaft," in *Die okzidentale Stadt nach Max Weber: zum Problem der Zugehörigkeit in Antike und Mittelalter*, ed. Christian Meier (1994), 213-242. S. 236ff.

²²⁹ Oexle, "Kulturwissenschaftliche Reflexionen." S. 138.

²³⁰ Isenmann, *Stadt*. S. 210. In Zürich leisteten Bürgermeister, Räte und Zunftmeister sowie die Gemeinde ihren Eid. "Durch die Anwesenheit der heiligen Märtyrer erfuhr die Eidesleistung eine sakrale Verstärkung. Bürgermeister, Rat und Gemeinde legten sozusagen den Eid auf die geistlichen Grundlagen der Stadt ab". Weiter wur-

bürgerlichen Gemeinde spielten die genossenschaftlichen Parochialverbände in verschiedenen Städten eine bedeutende Rolle. Wie zentral das Selbstverständnis des städtischen Rates als eine religiös legitimierte Obrigkeit war, zeigt sich darin, wie oft der Rat Sitzungen, Amtseinsetzungen oder weitere Handlungen in sakralen Räumen abhielt oder vornahm.²³¹ Weiter spielt der religiöse Aspekt auch bei der Ausbildung von innerstädtischen Einungen, z.B. Bruderschaften, und sozialen Gruppen eine wichtige Rolle. Zusammenfassend kann man sagen, dass dem städtischen Kultverband, dem die jüdischen Bürger nicht angehörten, eine starke identitätsbildende Kraft innewohnte.²³²

Der christlichen Gemeinde gegenüber stand die jüdische Gemeinde mit ihren Institutionen der Selbstverwaltung, die sich ihrerseits als heilige Gemeinde wahrnehmen konnte.²³³ Die Grenzlinien der religiösen Identität widerspiegeln sich in vielen Städten des 14. und 15. Jahrhunderts in Abschliessungstendenzen der jüdischen Gemeinde. Gilomen weist auf den wesentlichen Einfluss der religiösen Bestimmungen hin, der ein freiwilliges Zusammensiedeln der jüdischen Einwohner einer Stadt förderte.²³⁴ Seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts lässt sich eine verstärkte Tendenz zur Abgrenzung insbesondere von jüdischer Seite her beobachten.²³⁵ Es gibt aber auch zahlreiche Gesetze von städtischer Seite her, die Kontakte in gewissen Situationen verhindern wollten.²³⁶ Hinzu kommt, dass der Hauptteil des öffentlichen Le-

den Stadtsiegel, Stadtbanner und amtliche Dokumente in der Sakristei des Grossmünsters aufbewahrt. Gerald Dörner, *Kirche, Klerus und kirchliches Leben in Zürich von der Brunschen Revolution (1336) bis zur Reformation (1523)*, Studien zur Literatur- und Kulturgeschichte 10 (Münster: 1996). S. 17f.

²³¹ Isenmann, Stadt. S. 216, Voltmer, "Schutz der Heiligen." S. 234ff.

²³² Voltmer spricht von der städtischen Kommune als Kultgemeinschaft, die sich in Kriegszeiten in eine Kampf-gemeinschaft verwandelt um nach abgeschlossenem Kampf zu einer Erinnerungsgemeinschaft zu werden. Sowohl "Kult", "Kampf" als auch "Memoria" haben eine stark verbindende Wirkung von der die jüdische Gemeinde zu einem grossen Teil ausgeschlossen war. Voltmer, "Schutz der Heiligen." S. 241.

²³³ Allerdings kam nur grösseren Siedlungen der jüdische Rechtsstatus einer Gemeinde oder gar einer "Heiligen Gemeinde" zu. Kleinere Gemeinschaften wurden mit Chawura bezeichnet. Eine noch kleinere Ansiedlung von nur einer oder einiger weniger Familien wurde Jischuw genannt. Guggenheim, "Gemeinde." S. 2090. Alfred Haverkamp, "Einführung: Konzeption und Forschungsstand, Theorien und Begriffe," in *Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturell-räumlich vergleichender Betrachtung (5.-18. Jahrhundert)*. Internationale Konferenz an der Universität Trier 1999, ed. Christoph Cluse, *Forschungen zur Geschichte der Juden A 13* (Trier: 2002).

²³⁴ Siehe Gilomen, "Siedlungssegregation." Insbesondere S. 85-88.

²³⁵ In Köln lag beispielsweise die räumliche Abgrenzung des äusserst zentral gelegenen Judenviertels durch eine Strassenverbauung im Interesse der jüdischen Gemeinde und wurde ihr von seiten der Stadt zugestanden und nicht als obrigkeitliche Massnahme vorgeschrieben. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 48f.

²³⁶ Gilomen zeigt allerdings auf, dass die Initiative für diese Ausgrenzungstendenz von der Kirche aus gingen, und die Aufnahme durch die weltlichen Herrscher und Obrigkeiten langsam vor sich ging. Gilomen, "Siedlungssegregation." S. 100f. Die Teilnahme von Christen an jüdischen Festen war zwar nach kirchlichem und weltlichem Recht verboten. Die Übertretung dieser Verbote ist aber aus zahlreichen städtischen Gerichtsprotokollen überliefert. Annette Brunschwig, *Verbotene Beziehungen zwischen Juden und Christen im Mittelalter*. Lizentiatsarbeit Universität Zürich, Prof. H.-J. Gilomen (Zürich: 1998). S. 35ff. Brunschwig, "Zweite Gemeinde." S. 41ff. In Speyer beschloss der Rat bei der Wiederansiedlung 1354, dass den Juden ein festgelegter Bezirk als Wohnort zugewiesen werden solle. In der Praxis liess sich diese Beschränkung auf längere Sicht nicht halten.

bens der jüdischen Gemeinde in der Synagoge, dem religiösen Zentrum, stattfand.²³⁷ Zentral in der Entwicklung der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde war die Frage der Solidarität. Auf dem Hintergrund einer grundsätzlichen Einstellung, dass "ganz Israel füreinander verantwortlich sei" sowie einer immer wiederkehrenden Verfolgung und Bedrohung von aussen entwickelten sich lokale autonome Gemeinden, deren Funktionalität in den letzten zwei Jahrhunderten des Mittelalters durch innere Konflikte sowie Eingriffe von aussen zunehmend beeinträchtigt wurden.²³⁸ Nach Guggenheim vereinigte die Gemeinde die jüdischen Gemeindemitglieder zu einer "Interessen- und Kultgemeinschaft und verpflichtete sie zur gegenseitigen Verbundenheit und Verantwortung". Er verweist auf die Ähnlichkeit zu einer Zunft, als die die jüdische Gemeinde auch von Zeitgenossen immer wieder wahrgenommen wurde.²³⁹

Eine weitere klare Trennung besteht in Bezug auf die Beziehungsnetze der Verwandtschaft. Der Begriff Verwandtschaft bezieht sich auf die drei Formen der Familie, Kern-, Abstammungs- und Verwandtschaftsfamilie.²⁴⁰ Christen und Juden war es verboten eine conjugale Verbindung einzugehen und dementsprechend unmöglich sich über verwandtschaftliche Verbindungen zu vernetzen. Eine bedeutende Trennung, bildete die Familie doch eines

Renate Engels, "Topografie des jüdische Speyer im Mittelalter," in Europas Juden im Mittelalter. Ausstellungskatalog, ed. Historisches Museum der Pfalz. (Speyer: 2004), 69-81. S. 73ff. Graus, Pest. S. 349.

²³⁷ Toch, Juden. S. 18, 89. Guggenheim, "Gemeinde." S. 2082ff.

²³⁸ Dieser "inneren jüdischen Solidarität" steht ein z.T. konfliktgeprägter Alltag in einer stark stratifizierten jüdischen Gemeinde gegenüber. Michael Toch, "Zur wirtschaftlichen Lage und Tätigkeit der Juden im deutschen Sprachraum des Spätmittelalters," in Judengemeinden in Schwaben im Kontext des Alten Reiches, ed. Rolf Kiessling, Colloquia Augustana 2 (Augsburg: 1995), 39-52. S. 49.

²³⁹ Guggenheim, "Gemeinde." S. 2080. Interessant ist an dieser Stelle der Vergleich mit der Bedeutung des Judeideals vor dem städtischen Gericht. Einerseits steht die Eidesfähigkeit einer Person für die Vollberechtigung derselben Person. Andererseits war die in gewissen Judeideen enthaltenen diskriminierenden Elemente ein Ausdruck dafür, dass die Juden eine tiefere rechtliche und soziale Stellung innehatten. Magin, "der jüden recht". S. 277

²⁴⁰ Die Kernfamilie, die sich aus den gemeinsam wohnenden Eltern und Kindern zusammensetzt. Die Abstammungsfamilie, die sich aus den Blutsverwandten konstituiert. Die Verwandtschaftsfamilie, der angeheiratete und verschwägerte Personen angehören. Erich Maschke, Die Familie in der deutschen Stadt des späten Mittelalters, Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist.- Klasse 4 (Heidelberg: 1980). S. 14-31. Eine weitere Form der Familie kann in der Haushaltsfamilie unterschieden werden. Ihr gehören alle im gleichen Haushalt lebende Personen an. Mitterauer räumt dem Kriterium des „realen Zusammenlebens“ gegenüber den genealogischen Beziehungen Priorität ein, um die Zugehörigkeit zum Familienverband zu definieren. „Nach den Funktionen von Sozialisation und Konsumtion, von Produktion und Reproduktion lässt sich die Familie als Primärgruppe der Vergesellschaftung viel besser bestimmen als nach Positionen im Verwandtschaftssystem. Michael Mitterauer, "Familie und Arbeitsorganisation in städtischen Gesellschaften des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit.," in Haus und Familie in der spätmittelalterlichen Stadt, ed. Alfred Haverkamp (Köln: 1984), 1-36. S. 7. Teuscher weist für Bern nach, dass nur sehr diffus zwischen der Abstammungs- und Verwandtenfamilie unterschieden wurde, da in der Regel für beide der Begriff „fründe“ verwendet wurde. Teuscher, Bekannte. S. 75-84. Zum Familien- und Verwandtschaftsbegriff in Zürich, Sybille Malamud, Die Ächtung des "Bösen". Frauen vor dem Zürcher Ratsgericht im späten Mittelalter (1400-1500) (Zürich: 2003). S. 193ff. Zu Familien- und familia-Beziehungen in Basler Testamenten. Gabriela Signori, Vorsorgen - Vererben - Erinnern: Kinder- und familienlose Erblasser in der städtischen Gesellschaft des Spätmittelalters, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 160 (Göttingen: 2001). S. 145ff.

der zentralen Denk- und Ordnungsprinzipien der spätmittelalterlichen Gesellschaft.²⁴¹ Verwandtschaftlichem Handeln lagen zahlreiche Normen von Solidarität und Loyalität zugrunde, die sich auch darin zeigen, dass Verwandte einander in obrigkeitlichen Anliegen vertreten konnten. Nach Teuscher kann diese „Gruppenkonzeption als Ordnungsprinzip und Repräsentationsverband“ charakterisiert werden.²⁴² Ein weiteres wichtiges Beziehungsnetz liess sich aufgrund der geistlichen Verwandtschaft, der Gevatter- und Patenschaft, bilden. Ein weiteres Beziehungskonzept das infolge der unterschiedlichen Religionszugehörigkeit die Trennung von Juden und Christen bedingt. Neben der theologischen Dimension kam der Gevatterschaft auch eine wichtige soziale Funktion zu. Die Gevatterschaft steht in vielen Fällen für ein Interesse an Zusammenarbeit in beruflichen oder politischen Belangen.²⁴³ Sowohl über familiäre als auch über geistliche Verwandtschaftsgruppen waren in der spätmittelalterlichen Gesellschaft christliche Mitglieder der einzelnen Bürgergruppen innerhalb und ausserhalb der Stadtmauern miteinander vernetzt.²⁴⁴ An dieser Stelle sei noch die "spirituelle Familie" erwähnt. Zwischen Familie und Kirche gab es zahlreiche persönliche Verbindungen, die ein Netz bildeten, in das die Menschen während ihres ganzen Lebens eingebunden waren und das ein Ineinanderfliessen von Institution und Person bewirkte. Verlor jemand seine Verwandten, konnte die Kirche gar die Rolle der Familie übernehmen.²⁴⁵

Möglichkeiten zur sozialen Vernetzung von jüdischen und christlichen Einwohnern boten sich über nachbarschaftliche, freundschaftliche und informelle geschäftliche Beziehungen. Die Juden waren in Bezug auf die Vergemeinschaftung in der Form des Nachbarschaftsverbandes in eine städtische soziale Gruppe integriert.²⁴⁶ Nach Sutter bedeutet Nachbarschaft „die räumliche Wohn- oder Siedlungsnähe, in der sich soziale Beziehungen zwischen Menschen und ein nicht klar umgrenzter Personenverband von Beieinanderwohnenden entwickeln können.“²⁴⁷ Ein zentraler Aspekt des Nachbarschaftsbegriffs ist die räumliche Dimension. Es kann zwischen mittelbarer und unmittelbarer Nachbarschaft unterschieden werden, wobei erstere diejenigen Anwohner bezeichnet, die an derselben Strasse oder Gasse und nicht mehr als

²⁴¹ Signori, Vorsorgen. S. 245.

²⁴² Teuscher, Bekannte. S. 112.

²⁴³ Ibid. S. 115-132.

²⁴⁴ Für Bern ist beispielsweise nachweisbar, dass ein Grossteil der Ausbürger mit den Bürgern, die die Udel vergaben, verwandt oder befreundet waren. Gerber, Gott ist Burger. S. 408.

²⁴⁵ Signori, Vorsorgen. S. 245ff.

²⁴⁶ . Gilomen, "Siedlungssegregation." Veitshans, Die Judensiedlungen der schwäbischen Reichsstädte und der Württembergischen Landstädte im Mittelalter.

²⁴⁷ Pascale Sutter, Von guten und bösen Nachbarn. Nachbarschaft als Beziehungsform im spätmittelalterlichen Zürich (Zürich: 2002). S. 47.

drei bis fünf Häuser auseinander wohnen und mit der zweiten Form, die Menschen, die in Hör- und Sichtkontakt leben.²⁴⁸ In diesem Raum findet soziales Handeln statt, entstehen soziale Beziehungen. In einer weiteren Funktion können Nachbarschaften städtische Verwaltungseinheiten bilden. Trotz Abgrenzungsbestrebungen von beiden Seiten her, lassen sich in den Quellen eine Vielzahl von nachbarschaftlichen Kontakten und ein intensiver Austausch im Alltag zwischen Juden und Christen nachweisen. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde lebten nicht in einem abgeschlossenen Bezirk, isoliert von der christlichen Bevölkerung. Jüdische und christliche Familien lebten teilweise sogar in Wohngemeinschaft und in einem "Judenviertel" lebten z.T. auch Christen.²⁴⁹ Allerdings lag es aus religiösen, wirtschaftlichen und administrativen Gründen im Interesse der Mitglieder der jüdischen Gemeinde nahe beieinander zu wohnen, was eine gewisse räumliche Ballung zur Regel werden liess.²⁵⁰ Gilomen zeigt auf, dass diesem Wunsch insbesondere bei der Wiederaufnahme nach der Pogromwelle von 1349 nicht immer Genüge getan werden konnte, und die Mitglieder der zweiten jüdischen Gemeinden wohnten oft an verschiedenen Standorten gemeinsam mit christlichen Nachbarn in einem grösseren Bereich der Stadt.²⁵¹ Für Basel weist er nach, dass die Siedlung der zweiten Gemeinde gegenüber der ersten „weit weniger verdichtet war“ und man „noch weniger als zuvor von einer abgeschlossenen und von den Christen isolierten Wohnweise sprechen“ könne.²⁵² Zusätzlich zu den nachbarschaftlichen Kontakten müssen die Begegnungen im öffentlichen Raum berücksichtigt werden.²⁵³ Ergänzend muss an dieser Stelle auf die Begegnungen und Beziehungen hingewiesen werden, die aufgrund der Verwaltungsstruktur der Stadt oder der geschäftlichen Interaktionen zustande kamen. Es kam auch immer wieder zu verbotener Zusammenarbeit zwischen jüdischen Geldleihern und Christen, die den Juden gegen Gewinn

²⁴⁸ Ibid. S. 49ff.

²⁴⁹ Gilomen, "Siedlungssegregation." Städtebeispiele: S. 88-99. Edith Wenzel, "Grenzen und Grenzüberschreitungen: Kulturelle Kontakte zwischen Juden und Christen im Mittelalter," *Aschkenas* 14:1 (2004): S. 1-7., Guggenheim, "Gemeinde." Alfred Haverkamp, "The Jewish Quarters in German Towns during the Late Middle Ages," in *In and Out of the Ghetto. Jewish-Gentile Relations in Late Medieval and Early Modern Germany*, ed. Ronnie Po-chia Hsia, Hartmut Lehmann (Cambridge: 1995), 13-28. Toch, *Juden*. S. 34f, 101, Markus J. Wenninger, "Zur Topographie der Judenviertel in den mittelalterlichen deutschen Städten anhand Oesterreichischer Beispiele," in *Juden in der Stadt*, ed. Fritz Mayrhofer, Ferdinand Oppl, *Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas* 15 (Linz: 1999), 81-118. S. 89, 93., Gilomen, "Siedlungssegregation.", Wenninger, "Grenzen in der Stadt?."

²⁵⁰ Gilomen, "Siedlungssegregation.", S. 87.

²⁵¹ Ibid. S. 88-99. Beispielsweise in Köln. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 143.

²⁵² Gilomen, "Siedlungssegregation." S. 95.

²⁵³ Jüdische und christliche Prozessionen führten durch die Wohngebiete der anderen Gruppe, Juden und Christen mussten je vor den Gerichten der andern Gruppe erscheinen, die jüdische Gemeinde nahm als ganze an den Verteidigungsaufgaben der Stadt teil. Einzelne Personen trafen sich in und an gemeinsam genutzten Brunnen und Bädern oder auf dem Markt und man feierte gemeinsam Feste.

Kapital zur Geldleihe zur Verfügung stellten.²⁵⁴ Ausgehend von den geschäftlichen Kontakten entwickelten sich sicherlich immer wieder Formen von Freundschaft. Dies zeigt sich u.a. im Umstand, dass immer wieder gemeinsam Feste gefeiert wurden. Häufige und nahe Kontakte fanden in einem anderen „geschäftlichen“ Bereich statt. Zwischen Juden und ihren christlichen Dienstboten war der Kontakt besonders nah und intensiv. Dies wollte die Stadtoberkeit im 15. Jahrhundert zunehmend durch Verbote unterbinden.²⁵⁵ Andererseits blieb den jüdischen Bürgern im geschäftlichen Bereich eine Vernetzung mit Christen im formellen Rahmen versagt. Sie hatten keinen Zugang zu den gewerblichen Einungen, den Zünften, oder sonstigen Zusammenschlüssen. Weiter blieb ihnen der Zugang zu den städtischen Fürsorgeeinrichtungen oder den Bruderschaften verwehrt.

Parallel zur Entwicklung in der städtischen Gesellschaft bildeten die Juden ihre eigenen Verwandtschaftsgruppen, Gemeindeämter/-verwaltung²⁵⁶ und karitativen Einrichtungen²⁵⁷ aus und in zahlreichen Gemeinden ist die Entstehung von Geldleiherkonsortien, die sich allerdings häufig aufgrund verwandtschaftlicher Bindungen bildeten und über die Stadtmauern hinausreichten, überliefert.²⁵⁸ Man muss das Zusammenleben der Juden und Christen als ein Nebeneinander- und Miteinanderleben in der ständigen Spannung zwischen Gemeinsamkeiten und Abgrenzungen sehen.

In der spätmittelalterlichen Stadt ist die Entwicklung zu beobachten, dass Handwerksgeellschaften, die Nachbarn und die Verwandtschaftsverbände zunehmend Aufgaben in der städtischen Organisation wahrnahmen und sich durch eine bedeutende integrative Funktion auszeichneten.²⁵⁹ Zu einer Mehrheit dieser sozialen Gruppen hatten die jüdischen Bürger al-

²⁵⁴ In Frankfurt wurden 1444 Juden und Christen verurteilt, die in Gemeinschaft Geldleihe betrieben haben. StA FA, BMB 1443, fol. 69v. In Konstanz enthielt eine Satzung von 1383 die Bestimmung, dass christlicher Bürger einem Juden Geld leihen dürfen, aber nicht zu einem höheren Zinssatz, über einem Pfennig für neun Pfennige, als christliche Konstanzer Bürger ihr Geld allgemein verleihen konnten. Feger, Vom Richtebrief. Nr. 75, S. 24f.

²⁵⁵ In Ulm wurde den Juden nach 1424 verboten christliche Dienstboten zu haben. C. Mollwo, ed., Das Rote Buch der Stadt Ulm, Württembergische Geschichtsquellen 8 (Württemberg?: 1905). Nr. 204, S. 349.

²⁵⁶ In Nürnberg wurde alljährlich von der Stadtoberkeit ein jüdischer Rat und Rechner eingesetzt. Stern, Bevölkerung. S. 234, Nr. 5: "von der Ju(e)den rat und rechnung".

²⁵⁷ Die karitativen Einrichtungen sind Ausdruck einer institutionalisierten Solidarität. Die Frage stellt sich, inwieweit eine Form von informeller Solidarität, wie sie zwischen christlichen Nachbarn in den Quellen nachweisbar ist, auch zwischen jüdischen und christlichen Nachbarn existierte. Sutter zeigt anhand verschiedener Beispiele auf, wie sich kurzfristig nachbarschaftliche Solidaritätsverbände bildeten, um ein gemeinsames Problem zu lösen. Sutter, Nachbarn. S. 241ff.

²⁵⁸ Zur Organisation der jüdischen Gemeinden. Guggenheim, "Gemeinde." Haverkamp, "Concivitas." Toch, "Wirtschaftliche Tätigkeit."

²⁵⁹ Teuscher, Bekannte. S. 252f. Zur Diskussion um die Definition des Begriffs "Verwandtschaft" als Denkweise sozialer Beziehungen und nicht als biologische Tatsache, Bernhard Jussen, "Künstliche und natürliche Verwandtschaft? Biologismen in der kulturwissenschaftlichen Konzepten von Verwandtschaft," in Das Individuum und die Seinen: Individualität in der okzidentalen und in der russischen Kultur in Mittelalter und früher Neuzeit,

lerdings keinen Zugang. Verstärkt wurde diese Situation nach der These Voltmers durch den Umstand, dass der Religion in der christlichen Bevölkerung eine immer stärker integrierende Wirkung zukam.²⁶⁰

Betrachtet man den Bürgerbegriff vor diesem Hintergrund, dann zeigt sich, dass der Begriff des jüdischen Bürgers bei vielen rechtlich-inhaltlichen Übereinstimmungen mit dem christlichen Bürger im sozialen Bereich grosse Abweichungen aufweist und nicht mit den christlichen Vollbürgern vergleichbar ist.

ed. Yuri Bessmertny, Otto Gerhard Oexle, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 163 (Göttingen: 2001), 39-58.

²⁶⁰ Vergleiche Fussnote Nr. 228.

Teil B: Städtebeispiele

3 Städtisches Verwaltungsschriftgut und städtische Verwaltungsstrukturen

Informationen zu den Pflichten und Abgaben der verschiedenen städtischen Bürgergruppen lassen sich einer breiten Auswahl städtischer Quellen entnehmen. Neben Urkunden interessiert insbesondere städtisches Verwaltungsschriftgut in der Form von Büchern oder Aktenstücken, wobei der Fokus auf den Finanzverwaltungsquellen liegt. Den Ausführungen zu den einzelnen Städten sollen deshalb einige quellenkritische Bemerkungen sowie ein Einblick in die Verwaltungsstruktur des städtischen Finanzhaushaltes vorausgeschickt werden.

3.1 Verschriftlichung in der städtischen Administration

Für die Fragestellung der vorliegenden Untersuchung steht vorwiegend städtisches Verwaltungsschriftgut in der Form von Büchern im Zentrum des Interesses: Stadtrechte, Ratsbücher, Ratsprotokolle, Gerichtsprotokolle, Rechnungsbücher, Steuerlisten, Bürgerbücher, Judenbücher²⁶¹ u.a. Die Schwierigkeit diese umfangreichen und sehr heterogenen Quellen klar zu gliedern, ist verschiedentlich thematisiert worden.²⁶² Hildebrand plädiert dafür, sich Kriterien, die an der (sozialen) Praxis und am (sozialen) Handeln orientiert sind, zu bedienen und darauf basierend eine "pragmatische Schriftguttypologie" zu entwickeln.²⁶³ Eine weitere Quellen-

²⁶¹ Mentgen, Judenbücher. ([cited]).

²⁶² Dieter Geuenich, "Was sind eigentlich "Stadtbücher"? Versuch einer Definition," in Stadtbücher als namenkundliche Quelle, ed. Friedhelm Debus (Stuttgart: 2000), 17-29. Patze führt neben den Kategorien Urkunde, Brief, Gesetz die neue Kategorie Geschäftsschrift ein. Hans Patze, "Neue Typen des Geschäftsschriftgutes im 14. Jahrhundert," in Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert Bd. 1, ed. Hans Patze, Vorträge und Forschungen 13 (Sigmaringen: 1970), 9-64. S. 9. Pitz unterscheidet zwischen Urkunden und dem Verwaltungsschriftgut, wobei er darauf hinweist, dass der Begriff "Stadtbuch" nicht alle Akten abdecke. Ernst Pitz, Schrift- und Aktenwesen der städtischen Verwaltung im Spätmittelalter, Köln - Nürnberg - Lübeck. Ein Beitrag zur vergleichenden Städteforschung und zur spätmittelalterlichen Aktenkunde (Köln: 1959). S. 19. Zur zunehmenden Verwendung des Begriffs "acta" für Geschriebenes siehe Thomas Behrmann, "Einleitung: Ein neuer Zugang zum Schriftgut der oberitalienischen Kommunen," in Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung, ed. Hagen Keller, Thomas Behrmann, Münstersche Mittelalter-Schriften 68 (München: 1995), 1-18. S. 10.

²⁶³ Thomas Hildebrand, "Quellenkritik in der Zeitdimension - Vom Umgang mit Schriftgut. Anmerkungen zur theoretischen Grundlegung einer Analyse von prozesshaft bedeutungsvollem Schriftgut mit zwei Beispielen aus der mittelalterlichen Ostschweiz," Frühmittelalterliche Studien 29 (1995): 349-389. S. 361. Roger Sablonier,

problematik betrifft die Frage nach der Überlieferung. Ganze Gattungen von Geschäftsschriftgut sind nicht überliefert und deren Existenz ist nur noch indirekt aus überlieferten Dokumenten nachvollziehbar.²⁶⁴

Neben der Gerichtsbarkeit und der Gesetzgebung ist im Südwesten des römischen Reiches insbesondere im Bereich der städtischen Finanzverwaltung ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine zunehmende Verschriftlichung und ab dem 15. Jahrhundert eine steigende Ausdifferenzierung des Schriftgutes zu beobachten.²⁶⁵

Die jüdische Gemeinde bildete eine von verschiedenen Sondergruppen, aus denen sich die städtische Gesellschaft des Spätmittelalters als Ganzes zusammensetzte. Um die Ordnung zu erhalten mussten "die Pflichten und Rechte der einzelnen Glieder fixiert und gegebenenfalls auch alltägliche Lebensabläufe reglementiert werden".²⁶⁶ Weiter führt Keller aus, dass die "Verschriftlichung unmittelbarer Ausdruck einer Verrechtlichung der Sozialbeziehungen" sei - "einer Verrechtlichung in dem Sinne, dass formal festgelegte, ausdrücklich definierte Sachverhalte und Verpflichtungen allein rechtserheblich werden oder doch all das weit zurückdrängen, was vorher - in einer traditionellen Gesellschaft - sich oft unausgesprochen aus von der Sache unabhängigen Personenbeziehungen oder aus vollzogenen Handlungen an geschuldetem Verhalten und an bindenden Folgen" ergäbe.²⁶⁷ In einem ersten Schritt bewirkte die an-

"Schriftlichkeit, Adelsbesitz und adliges Handeln im 13. Jahrhundert," in *Nobilitas: Funktion und Repräsentation des Adels in Alteuropa*, ed. Otto Gerhard Oexle, Werner Paravicini, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 133 (Göttingen: 1997), 67-100.

²⁶⁴ Behrmann, "Einleitung." S. 4f. Arnold Esch, "Ueberlieferungs-Chance und Ueberlieferungs-Zufall als methodisches Problem des Historikers," *Historische Zeitschrift* 240 (1985): 529-570. Hagen Keller, "Die Veränderung gesellschaftlichen Handelns und die Verschriftlichung der Administration in den italienischen Stadtkommunen," in *Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter. Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen*, ed. Hagen u.a. Keller (München: 1992), 21-35. S. 26ff. Diese Frage stellt sich auch in Bezug auf eine Sonderform von pragmatischem Schriftgut, die Judenbücher. Nach Mentgen ist damit zu rechnen, dass in diversen Städten Judenbücher unterschiedlicher Art geführt worden seien. Für einzelne Kommunen lässt sich deren Existenz indirekt erschliessen. Mentgen, *Judenbücher*. ([cited]).

²⁶⁵ Zum Verschriftlichungsprozess südlich der Alpen siehe beispielsweise Claudia Becker, "Beiträge zur kommunalen Buchführung und Rechnungslegung," in *Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung*, ed. Keller Hagen, Thomas Behrmann, *Münstersche Mittelalter-Schriften* 68 (München: 1995), 117-148, Claudia Becker, *Die Kommune Chiavenna im 12. und 13. Jahrhundert. Politisch-administrative Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel in einer lombardischen Landgemeinde, Gesellschaft, Kultur und Schrift. Mediävistische Beiträge* 3 (Frankfurt a.M., Berlin, Bern: 1995). Behrmann, "Einleitung." Keller, "Veränderung." Hagen Keller, Thomas Behrmann, *Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung, Münstersche Mittelalter-Schriften* 68 (München: 1995). Petra Koch, "Die Archivierung kommunaler Bücher in den ober- und mittelitalienischen Städten im 13. und frühen 14. Jahrhundert," in *Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung*, ed. Keller u.a. Hagen, *Münstersche Mittelalter-Schriften* 68 (München: 1995), 19-70.

²⁶⁶ Keller, "Veränderung." S. 31.

²⁶⁷ *Ibid.* S. 22. Behrmann, "Einleitung." S. 2. Gerhard Dilcher, "Oralität, Verschriftlichung und Wandlungen der Normstruktur in den Stadtrechten des 12. und 13. Jahrhunderts," in *Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter. Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen*, ed. Hagen u.a. Keller (München: 1992), 9-19.

steigende Registrierungspraxis eine Zunahme an kommunalem Schriftgut. Darin lässt sich unter anderem die Absicht der Stadtobergkeit erkennen ihre Herrschaftspraxis mittels schriftlicher systematischer Erfassung zu unterstützen.²⁶⁸ Die zunehmend lauter werdende Forderung nach Kontrolle der Amtsträger sowie der Wunsch nach Kontinuität in der Verwaltung förderte in einem zweiten Schritt die Verschriftlichung in der städtischen Administration nachhaltig. Die zunehmende Bedeutung des Aspekts der Kontrolle bewirkte insbesondere in der Finanzverwaltung einen markanten Anstieg von Schriftgut.²⁶⁹ Die Transformation kommunaler Rechnungsbücher von einer registrierenden zu einer kontrollierenden Funktion ist aus dem innerstädtischen gesellschaftlichen Kontext zu erklären. Für zahlreiche Kommunen Ober- und Mittelitaliens hat Claudia Becker nachgewiesen, dass die überlieferte Rechnungslegung und die populäre Bewegung in engem Zusammenhang standen. In kleineren Städten habe eine geordnete Buchführung überhaupt erst mit den sozialen Veränderungen begonnen. Für grössere Kommunen zeigte sich, dass der zunehmende Einfluss des Popolo einen Wandel von der bereits bestehenden registrierenden Rechnungsführung hin zu einer kontrollierenden bewirkte. Diese Forderung nach Kontrolle wirkte sich auch auf die Überlieferung des Finanzverwaltungsschriftgutes positiv aus, da eine Nachprüfung stets möglich sein sollte. Innenpolitische Parteikämpfe wirkten sich allerdings nicht nur im Finanzsektor, sondern auch im Bereich des Rechts in einer gesteigerten Schriftproduktion aus.²⁷⁰ Diese Entwicklung fand zeitversetzt auch nördlich der Alpen statt. Im Bereich der Finanzverwaltung sind erste Stadtrechnungen oder Steuerlisten bereits aus dem 13. Jahrhundert bekannt. Die ersten Rechnungsbücher zeichnen sich durch einen simplen Aufbau aus. Ohne erkennbare formale oder inhaltliche Gliederung werden Einnahmen und/oder Ausgaben aufgelistet. Im Verlauf der Zeit wurden Rubriken eingeführt und die Rechnungen nach Bereichen in mehrere Teilrechnungen aufgliedert. In verschiedenen Städten finden Bürgerunruhen, die eine Beteiligung der neuer Bevölkerungsgruppen an der Macht zur Folge haben, zeitgleich mit den ersten überlieferten Stadtrechnungen statt.²⁷¹

²⁶⁸ Behrmann, "Einleitung." S. 7.

²⁶⁹ Becker, "kommunale Buchführung." S. 131.

²⁷⁰ Behrmann, "Einleitung." S. 10.

²⁷¹ In Zürich stammt die erste überlieferte Stadtrechnung von 1337, dem Jahr nach der Einführung der Zunftverfassung. StA ZH, A 45: 1: Zürich, Stadt und Landschaft, Seckelamt 1337-1498, Heft 1. Zu Konstanz siehe unten Kapitel 5.3. Becker, "kommunale Buchführung." S. 142ff.

3.2 Struktur des städtischen Finanzhaushalts

Die spätmittelalterliche städtische Finanzverwaltung kannte keine fiskalische Kasseneinheit.²⁷² Das heisst, es gab keine Hauptrechnung, in der die Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben der Stadt verzeichnet waren. Am ehesten lassen die ältesten überlieferten Stadtrechnungen eine Haushaltsstruktur vermuten, in der es eine Zentralkasse gab, durch die ein Grossteil der Einnahmen und Ausgaben ging.²⁷³ In Lüneburg enthalten die aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts überlieferten Rechnungen beispielsweise 48 Einnahmeposten im Gegensatz zu späteren Rechnungen aus dem 15. Jahrhundert, die auf der Einnahmenseite nur noch 12 Positionen enthalten. Ein Teil der Einnahmeposten aus dem 14. Jahrhundert wurden zum Fundament von neu eingerichteten Ämtern; zum Beispiel dem Bau-, Akzise- und Bieramt.²⁷⁴ Ein Phänomen, das für die meisten untersuchten Städte beobachtet werden kann. Mit steigender Komplexität des Finanzhaushalts im Verlaufe des 14. und 15. Jahrhunderts wurden in den einzelnen Städten neben dem "Hauptrechnungsamt" eine unterschiedliche Anzahl von Nebenämtern eingerichtet.²⁷⁵ Auch in den kleineren Städten richtete der Rat zunehmend Sonderkassen ein. Ausschlaggebend dabei waren nach Ranft nicht die umfangreicher werdenden Ausgaben, sondern die komplizierter werdende Einnahmenseite, deren Verwaltung nur durch eine weiter aufgegliederte Rechnungsführung zu organisieren war. Eine zusätzliche Effizienzsteigerung ist in der Einführung von Rubriken und in der zunehmenden Differenzierung des Finanzschriftgutes zu sehen. Die Anordnung der Informationen zu den einzelnen Bürgergruppen in der Zweidimensionalität der Schriftstücke kann weitere Informationen über deren Stel-

²⁷² Büchner wies als erster für Frankfurt darauf hin. Karl Bücher, "Der öffentliche Haushalt der Stadt Frankfurt im Mittelalter," Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (1896): 329-344. Leo Schönberg, Die Technik des Finanzhaushalts der deutschen Städte im Mittelalter, Münchner Volkswirtschaftliche Studien 103 (Stuttgart-Berlin: 1910). Kapitel III.1. Die fiskalische Kasseneinheit. S. 155-172. Isenmann, Stadt. S. 179. Siehe auch die Untersuchungen zu einzelnen Städtebeispielen.

²⁷³ Die älteren überlieferten Stadtrechnungen wurden häufig noch in Listenform ohne Gliederung, nur in Einnahmen und Ausgaben unterteilt geführt. Ranft nimmt für den Finanzhaushalt Lüneburgs (bis 1340er Jahre) als gesichert an, dass "sämtliche Einnahmen, die der Stadt zukamen, durch eine zentrale Kasse" gegangen seien. Andreas Ranft, Der Basishaushalt der Stadt Lüneburg in der Mitte des 15. Jahrhunderts. Zur Struktur der städtischen Finanzen im Spätmittelalter, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 13 (Göttingen: 1987). S. 147, 258. Sander verweist darauf, dass vor 1350 zwar auch grössere Bauprojekte realisiert wurden, denen Ratsherren vorstanden. Für die Schlussabrechnung waren dann aber die Kämmerer verantwortlich. In den 1380er Jahren sieht es bereits ganz anders aus, da erscheinen die Eintragungen aus den Bauamtsrechnungen nicht mehr in den Kämmererrechnungen. Antje Sander, "Die Lüneburger Bauamtsrechnungen von 1386 bis 1388," in Öffentliches Bauen im Mittelalter und früher Neuzeit, ed. Ulf Dirlmeier, Rainer S. Elkar, Gerhard Fouquet, Sachüberlieferung und Geschichte 9 (St. Katharinen: 1991), 89-115. S. 90-91.

²⁷⁴ Ranft, Lüneburg. S. 148.

²⁷⁵ Dies zeigt den städtischen Haushalt in seiner prozesshaften Entwicklung, getragen von den Impulsen einer allgemeinen Dynamik städtischer Wirtschafts- und Sozialentwicklung. Ibid. S. 15.

lung in der Gesellschaft als Ganzes geben.²⁷⁶ Interessant ist, dass jede Stadt, abhängig von ihrer Einnahmenstruktur, ihre individuell angepasste Finanzverwaltungsstruktur ausbildete, und dementsprechend keine zwei Finanzorganisationen gleich sind.²⁷⁷

Häufig wurde zuerst das Bauamt finanztechnisch ausgegliedert.²⁷⁸ Weiter wurden Nebenämter zur direkten²⁷⁹ und indirekten²⁸⁰ Steuerverwaltung eingerichtet. Städtische Betriebe²⁸¹ verfügten zum Teil über eine autonome Rechnungsführung und es wurden immer wieder diverse Kommissionen für einmalige Projekte, z.B. Bauprojekte, gebildet, die die Ein- und Ausgaben, die Betriebskosten, selber verwalteten. Dementsprechend wurden parallel zur Hauptrechnung mehrere Sonderrechnungen geführt. Für die Mehrzahl insbesondere der klei-

²⁷⁶ Zur Zwei- und Dreidimensionalität im Verwaltungsschriftgut siehe Hildbrand, "Quellenkritik." S. 365ff.

²⁷⁷ Dieser Umstand erschwert natürlich eine allgemeine Schilderung der spätmittelalterlichen Finanzverwaltung in deutschen Städten. Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 26.

²⁷⁸ In Bern verfügte das Säckelamt und das Bauamt seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts über eine eigene Rechnungsführung. Im 14. und 15. Jahrhundert mussten die Bauherren dem Säckelmeister im Beisein von Schultheiss und Räten am St. Jakobstag die Rechnung vorlegen. Der Saldo wurde in die Hauptrechnung übernommen. Roland Gerber, Oeffentliches Bauen im mittelalterlichen Bern. Verwaltungs- und finanzgeschichtliche Untersuchung über das Bauherrenamt der Stadt Bern 1300 bis 1550, Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern 77 (Bern: 1994). S. 53. Anders sieht die Situation im spätmittelalterlichen Hamburg aus. Neben vier Verwaltungsbereichen, die über eine unabhängige Rechnungsführung verfügten, gabe es mehrere Kassen, die unterschiedlich ausgeprägt mit der Zentralkasse verbunden waren. In diese Kategorie gehört das Bauamt, das von den Kämmerern geleitet wurde. Fouquet vermutet, dass "der von den Kämmerern bestellte Baumeister am Ende des Rechnungsjahres keine geschlossene Bilanz" vorgelegt habe, da es neben der Bauhofrechnung für die laufenden Einnahmen und Ausgaben für grössere Bauprojekte Sonderrechnungen gegeben habe. Gerhard Fouquet, "'Ad structuram civitatis': Der öffentliche Baubetrieb Hamburgs und die Errichtung von Mühlen- und Schleusenanlagen in Fuhlsbüttel während der Jahre 1465/87," in Oeffentliches Bauen in Mittelalter und Früher Neuzeit. Abrechnungen als Quellen für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Bauwesens, ed. Ulf Dirlmeier, Rainer S. Elkar, Gerhard Fouquet, Sachüberlieferung und Geschichte 9 (St. Katharinen: 1991), 206-292. S. 210-213. In Zürich verfügte das Bauamt seit 1343 über eine vom Säckelamt unabhängige Rechnungsführung. Walter Frey, Beiträge zur Finanzgeschichte Zürichs im Mittelalter (Zürich: 1910). S.19. Auch in Koblenz waren die Kasse des Bauamtes und der Stadt getrennt. Max Bär, Der Koblenzer Mauerbau. Rechnungen 1276-1289., Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 5 (Leipzig: 1888). S. 38.

²⁷⁹ In Lübeck und Lüneburg treten die Schosszahlungen nicht direkt in den Rechnungen auf. Zur Frage nach der Vollständigkeit von Steuerlisten in Bezug auf die städtische Bevölkerung siehe Willi Schoch, Die Bevölkerung der Stadt St. Gallen im Jahre 1411. Eine sozialgeschichtliche und sozialtopografische Untersuchung, St. Galler Kultur und Geschichte 28 (St. Gallen: 1997). S. 41ff. Ulf Dirlmeier, Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten in oberdeutschen Städten des Spätmittelalters (Mitte 14. bis Anfang 16. Jahrhundert) (Heidelberg: 1978). S. 492-503.

²⁸⁰ Im Gegensatz zu anderen Städten verfügte Köln über einen zentralisierten Stadthaushalt, und das gesamte Finanzwesen wurde von einer Stelle, der Rentkammer, verwaltet. Infolge einer Verdoppelung der Stadtschulden anfangs der 1390er Jahre wurde die zentrale Verwaltung gesprengt und die gesonderte Verwaltung der Weinakzise zu einer selbstständigen Kammer ausgebaut, die für die Verzinsung und Tilgung der städtischen Schulden zuständig war. Die neue Finanzstätte wurde „Samstagrentkammer“ genannt, um sie von der Hauptstelle der „Mittwochrentkammer“ unterscheiden zu können. Die Dezentralisation des Finanzwesens wurde 1417 weiter vorangetrieben, als zur Verwaltung der wiedereingeführten Akzise vom Weinapf eine weitere Kammer geschaffen wurde, mit deren Einkünfte die Ausgaben der Samstag- und der Mittwochrentkammer gedeckt wurden. Zur Kölner Finanzverwaltung siehe Richard Knipping, ed., Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters mit einer Darstellung der Finanzverwaltung. Erster Band: Die Einnahmen und die Entwicklung der Staatsschuld (Bonn: 1897). S. IV-XXXI.

²⁸¹ Z.B. der Lüneburger Salinenbetrieb. Ranft, Lüneburg. S. 228ff. Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 35.

neren Städte kann man sagen, dass es ein zentrales Rechenamt gab, in dessen Hauptrechnungen die Saldi der Sonderrechnungen eingetragen wurden.²⁸² Die trifft aber nicht in jedem Fall zu. So wurden beispielsweise die Einnahmen aus den Schosszahlungen in Lüneburg und Lübeck nicht in den Kämmereirechnungen verbucht.²⁸³ Eine eigene Form der Verwaltung entwickelte auch Konstanz. Einnahme- und Ausgabeverwaltung waren streng getrennt. "Die Erhebung der einzelnen Einnahmearten erfolgt durch verschiedene Einzelkommissionen, die Erträge werden an den Säckelmeister abgeliefert, und dieser allein betätigt auf Anweisung des Rates oder des Bürgermeisters alle Ausgaben, während er auf die Einnahmeverwaltung nur wenig Einfluss hat."²⁸⁴ Hinzu kommt, dass es sich bei den Einnahmen um Nettobeträge handelt, da die Kosten für den Einzug bereits vorher abgezogen wurden. Der Luzerner Stadthaushalt zeichnet sich bis 1433 dadurch aus, dass es keine zentrale Rechnungsführung gab. Die Stadtrechner waren hauptsächlich für die Kontrolle der verschiedenen Ämterrechnungen zuständig, die jährlich stattfand. Erst 1416 wurde ein Säckelamt geschaffen, das als zentrale Rechnungsstelle zunehmend an Bedeutung gewann.²⁸⁵ Ab 1433 wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, um den Überblick über den Gesamthaushalt zu optimieren. Die Ämterabrechnungsergebnisse wurden sowohl in ein zentrales Rechnungsbuch nach sachlichem Gesichtspunkt als auch ins Einnahmepbuch der Säckelmeister eingetragen. Die Einführung der doppelten Buchhaltung sollte also die Finanzstruktur klären helfen.²⁸⁶ Weiterhin fungierten die Stadtrechner aber als übergeordnetes Kontrollorgan, das neben den städtischen auch Rechnungen von halböffentlichen Sozialinstitutionen prüfte.

Die Finanzverwaltung unterstand dem städtischen Rat. Die zunehmende Selbständigkeit der Städte sowie die damit einhergehende Vergrößerung des Haushaltvolumens führte zur Schaffung verschiedener Verwaltungsämter, für deren Besetzung der Rat verantwortlich war.

²⁸² Für Zürich bei Frey, Beiträge Finanzgeschichte. Bern wies bereits im 14. Jahrhundert eine verhältnismässig differenzierte Finanzverwaltungsstruktur mit zahlreichen Nebenämtern, die eine eigene Rechnung führten, auf. In den zentralen Säckelamtsrechnungen erscheinen allerdings nur ein Teil der jeweiligen Überschüssen aus den Nebenämtern. Gerber, Gott ist Burger. S. 38ff. Für Schwäbisch Hall bei Dieter Kreil, Der Stadthaushalt von Schwäbisch Hall im 15./16. Jahrhundert, Forschungen aus Württembergisch Franken 1 (Schwäbisch Hall: 1967). S. 31. Die Jahresrechnungen der kleinen Mittelstadt Solothurn lassen von ihrer Anlage her auf einen stark dezentralisierten Haushalt schliessen. Thomas Reitze, "Die Seckelmeisterrechnungen der Stadt Solothurn im 15. Jahrhundert. Liz an der Universität Zürich 1996," (Solothurn: 1997).

Schönberg unterscheidet zwischen Städten mit einer Hauptrechnung, wie Hildesheim, Nürnberg oder Augsburg und Städten, die ein System koordinierter Kassen bevorzugt hätten. Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 27.

²⁸³ Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 161.

²⁸⁴ Otto Feger, "Zur Konstanzer Finanzgeschichte im Spätmittelalter," Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 111 (1963): 177-239. S. 186.

²⁸⁵ Martin Körner, Luzerner Staatsfinanzen 1415-1798. Strukturen, Wachstum, Konjunktoren, Luzerner Historische Veröffentlichungen 13 (Luzern-Stuttgart: 1981). S. 24f.

An der Spitze der Verwaltung standen in der Regel ein oder mehrere Stadtrechner.²⁸⁷ Verbreitet war die Praxis mindestens zwei oberste Finanzamtleute einzusetzen, weil damit eine gegenseitige Kontrolle gesichert war und eine zu starke Machtkumulation in der Hand eines einzigen verhindert werden konnte.²⁸⁸ Verschiedene Städte legten die Finanzverwaltung in die Hände einer Kommission, so z. B. Basel mit dem Ausschuss der Siebner oder Frankfurt mit einem Ausschuss der Rechenmeister.²⁸⁹ In verschiedenen kleineren Städten wurde wiederum kein Amt für die oberste Finanzverwaltung geschaffen. Dort gehörte die Organisation des Stadthaushalts zu den Aufgaben des Bürgermeisters.²⁹⁰ Ein weiteres Verwaltungsmodell bestand darin verschiedene gleichberechtigte Finanzämter zu schaffen, wie das z.B. in Konstanz, Luzern und Köln ab 1394 gemacht wurde.²⁹¹ Die Amtszeit wurde in den normativen Quellen oft mit einem oder zwei Jahren angegeben. Im Hinblick auf eine gewisse Kontinuität ist in vielen Städten die Praxis zu beobachten, dieselben Personen nach einer kürzeren Pause wieder ins Amt zu wählen. Da das Stadtrechneramt aber durchaus mit politischem Einfluss verbunden war, fand spätestens nach einigen Jahren ein Wechsel der Amtsinhaber statt, so waren in Zürich beispielsweise die Säckler nie länger als drei bis fünf Jahre im Amt.²⁹² Auch in Konstanz enthalten die normativen Quellen die Regelung, dass *"alle jar jerlich alle a(e)mpter der statt, usgenomen von des koufhus wegen, enderen sol..."*²⁹³, anders sieht die Praxis in der Finanzverwaltung aus. Insbesondere das Rechen- und das Säckelamt werden über mehrere Jahre

²⁸⁶ Ibid. 29f.

²⁸⁷ In Zürich, Bern, St. Gallen: Säckler; In Schaffhausen: Stadtrechner; In Nürnberg: Losunger; In Frankfurt: Rechenherren; Köln: Rentmeister; In Luzern und Konstanz gab es sowohl Säckler (Einnahmen, Ausgaben) als auch Rechenherren (Kontrollorgan, Einnahmen); Lüneburg, Hamburg, Lübeck (auch Bauwesen unter sich): Kämmerer; In Hildesheim: Schatzmeister, die von den Kämmerern entlastet wurden.

²⁸⁸ In Schaffhausen und Zürich wurden im 14. Jahrhundert zunächst drei Säckler eingesetzt, die alternierend das Amt ausübten. In der Limmatstadt bürgerte sich dann ab 1346 und in Schaffhausen 1411 die Zahl zwei ein. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 48. Frey, Beiträge Finanzgeschichte. S. 43. Auch in Schwäbisch Hall etablierte sich die Praxis zwei "Ausgeber" zu wählen. Kreil, Stadthaushalt Schwäbisch Hall. S. 30. In Rothenburg waren im 15. Jahrhundert drei Ratsmitglieder (2 des Kleinen und einer des Grossen Rates) mit der Führung der Rechnungen beauftragt. Jürgen Uwe Ohlau, Der Haushalt der Reichsstadt Rothenburg o.T. in seiner Abhängigkeit von Bevölkerungsstruktur, Verwaltung und Territorienbildung (1350-1450), Diss. (Erlangen: 1965). S. 121. In Esslingen waren vier "Raiter" für die Finanzverwaltung zuständig. Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 31.

²⁸⁹ Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 29-31. Friedrich Bothe, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Reichsstadt Frankfurt (Altenburg: 1906).

²⁹⁰ Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 31.

²⁹¹ Für Konstanz und Luzern siehe oben. In Köln wurde die Finanzorganisation 1394 in drei Hauptbereiche aufgeteilt: Die Mittwochsrentkammer und die Schuldenverwaltungs- und Nebenkassenkammer. Die Inhaber der drei Verwaltungsämter waren direkt dem Rat unterstellt und nahmen somit eine gleichberechtigte Stellung ein. Knipping, ed., Stadtrechnungen 1. S. IV ff.

²⁹² Frey, Beiträge Finanzgeschichte. S. 43. Kontinuität und Wechsel wurden in den Städten unterschiedlich gewichtet. In Nürnberg und in Köln bis 1437 wurde das oberste Finanzamt lebenslanglich besetzt. In Nürnberg wurde zwar jedes Jahr gewählt, aber immer die gleichen Personen. Paul Sander, Die reichsstädtische Haushaltung Nürnbergs dargestellt aufgrund ihres Zustandes von 1431 bis 1440 (Leipzig: 1902). S. 99.

hinweg vom selben Ratsmitglied versehen. Zusätzlich sieht man, dass eine Gruppe von Ratsmitgliedern in einem stetigen Wechsel die verschiedenen wichtigen Finanzämter innehat.²⁹⁴ In der Regel handelte es sich bei den obersten Finanzbeamten um Mitglieder des städtischen Rates.²⁹⁵ Der Kreis möglicher Kandidaten war ziemlich eingeschränkt. Einerseits mussten die nötigen finanztechnischen Kenntnisse, andererseits genügend finanzielle und zeitliche Reserven vorhanden sein.²⁹⁶

Der Aufgabenbereich dieser obersten Finanzverwalter differierte von Stadt zu Stadt. Es lässt sich festhalten, dass die Stadtrechner in kleineren Städten tendenziell ein breiteres Aufgabengebiet hatten. In der Regel waren sie neben der Koordination der Einnahmen auch mit der Ausgabenseite betraut. Dazu gehörte auch die Entlohnung der im Dienste der Stadt Stehenden, was dazu führte, dass sie auch die Oberaufsicht über die städtische Personalverwaltung innehatten. In Augsburg, Köln und Lübeck waren sie auch mit der Bauverwaltung beauftragt. Auch in Bezug auf die Eigenständigkeit der Finanzverwalter lassen sich zwischen den Städten grosse Unterschiede feststellen. Erfreute sich der Kölner Rentmeister beispielsweise einer grossen Unabhängigkeit vom Rat, durften in Basel, Speyer und Rothenburg die Auszahlungen nur "*ex iussu dominorum*" erfolgen.²⁹⁷ Und in Schwäbisch Hall musste ein Teilbereich der Ausgaben, Leibrentenverkäufe, Anleihen, Verehrungen und sonstige besondere Zahlungen, vom Rat bewilligt werden, "*uff eines Ehrbaren Rhats befehl*".²⁹⁸ In allen Städten musste die oberste Finanzbehörde vor dem Rat regelmässig Rechenschaft ablegen.²⁹⁹ In einigen Städten war zwischen den Rechnern und dem Rat noch ein Kontrollausschuss zwischengeschaltet, der die Rechnung kontrollierte und entschied, was dem Rat in finanztechnischer Hinsicht überhaupt mitgeteilt werden müsse. Diese Form der Rechnungskontrolle wurde zum Beispiel

²⁹³ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 266 (1420), S. 83.

²⁹⁴ In Nördlingen wurde im Laufe des 15. Jahrhunderts die Amtszeit der zwei Rechner von einem auf zwei Jahre erhöht. Weiter wurde festgehalten, dass die Amtsinhaber nach Ablauf der zwei Jahre für vier Jahre nicht mehr ins Rechneramt gewählt werden konnten. Karl Otto Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte des Mittelalters, Bayerische Rechtsquellen 2 (München: 1933). Ratsordnung, B 37, S. 162.

²⁹⁵ In manchen Städten bestand laut der normativen Quellen zwar die Möglichkeit einer Wahl eines Bürgers ausserhalb des Rates, in der Praxis war dies jedoch eher selten. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 49. In Zürich waren die Stadtrechner immer Mitglieder des Kleinen Rats. Frey, Beiträge Finanzgeschichte. S. 42.

²⁹⁶ Landolt, "Zeitliche Belastung." In Schaffhausen waren die Rechner in der Regel Adlige aus der Herrengesellschaft und Vertreter der Kaufleutengesellschaft. Landolt verweist auch auf die Bedeutung des Rechneramtes für die politische Laufbahn, waren doch viele Bürgermeister auch als Stadtrechner tätig gewesen. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 50, 57ff.

²⁹⁷ Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 35.

²⁹⁸ Kreil, Stadthaushalt Schwäbisch Hall. S. 31.

²⁹⁹ In Schaffhausen wurde vor dem Kleinen Rat Rechenschaft abgelegt. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 53. In Schwäbisch Hall vierteljährlich eine Rechnungslegung angesetzt und eine zusätzliche am Jahresende.

in Nürnberg, Köln und St. Gallen umgesetzt.³⁰⁰ Neben dem Stadtrechneramt und einigen weiteren verhältnismässig einflussreichen Ämtern, wie Baumeister, Bedeherren oder Ungelter, wurde die städtische Finanzverwaltung von einer grossen Zahl "Angestellter" getragen. Zunehmende Bedeutung kam dem Stadtschreiber zu, der über fachliches und internes Wissen verfügte und durch seine langfristige Beschäftigung für Kontinuität stand.³⁰¹

Die Abgaben der Juden sind ein Posten unter vielen in der komplexen städtischen Finanzverwaltungsstruktur, die sich in den überlieferten Quellen verschiedentlich nur noch zum Teil rekonstruieren lässt. Hinzu kommt, dass die erstaunliche Vielfalt in der Ausprägung der städtischen Finanzverwaltungsstrukturen bei einem Vergleich berücksichtigt werden muss. Vor diesem Hintergrund muss der Frage nach der Bedeutung der Abgaben jüdischer Gemeinden für die städtischen Finanzen nachgegangen werden.

Kreil, Stadthaushalt Schwäbisch Hall. S. 34. Zur Rechnungslegung und Kontrolle siehe auch Becker, "kommunale Buchführung."

³⁰⁰ Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 26. Doris Klee, "Das St. Galler Säckelamtsbuch von 1419 als sozialgeschichtliche Quelle," Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, Heft 120 (2002): 105-129. S. 107.

³⁰¹ Schönberg, Technik des Finanzhaushalts. S. 38-51. Gerhart Burger, Die südwestdeutschen Stadtschreiber im Mittelalter, Beiträge zur Schwäbischen Geschichte 1-5 (Böblingen: 1960).

4 Nördlingen

4.1 Nördlingen im Spätmittelalter

1215 erwarb Kaiser Friedrich II. die Stadt Nördlingen vom Bischof von Regensburg. Die folgenden Jahrhunderte waren von den Bemühungen der Grafen von Oettingen geprägt, ihren Einfluss auf die Stadt auszudehnen. Im Zentrum des öttingischen Interesses dürfte die wirtschaftliche Bedeutung der Messestadt Nördlingen gestanden haben. Spätestens 1219 erhielt Nördlingen von Friedrich II. das Privileg, eine Messe an Pfingsten abhalten zu können, die eine Ausstrahlungskraft über die gesamte süddeutsche Region entfaltete.³⁰² Neben der verkehrstechnisch günstigen geographischen Lage der Stadt, die den Erfolg ihrer Messe begünstigte, waren weitere Faktoren für die positiv verlaufende wirtschaftliche Entwicklung Nördlingens vom 13. bis ins 15. Jahrhundert verantwortlich: die agrarischen Überschüsse der Landwirtschaft im Ries sowie die herausragende Bedeutung des Textilbereiches als Exportgewerbe der Stadt.³⁰³ Dieser wirtschaftlichen Entwicklung verdankte die Stadt unter anderem, dass ihr im 14. und 15. Jahrhundert die Stellung eines zentralen Ortes zukam. Es gelang den Grafen von Oettingen zu keiner Zeit, den Messeort ihrem Territorium einzugliedern, und so konzentrierten sie sich darauf, ihre Hoheitsrechte bis an die Mauern der Stadt durchzusetzen und Nördlingen mit einem Ring von Landstädten einzukreisen.³⁰⁴ Zusätzlich drangen sie auf die Verpfändung einzelner Reichseinkünfte. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde ihnen sowohl die städtische als auch die jüdische Reichssteuer verpfändet. Beide Reichspfänder blieben bis Ende des 15. Jahrhunderts im Besitz der Oettinger. Anders verhielt es sich mit dem Ammannamt, das die Stadt bereits 1323 von Oettingen auslösen konnte.³⁰⁵ Mit der Vereinbarung von 1329, in der die Stadt die Grafen finanziell entschädigte und in der festgehalten wurde, dass die Grafen nichts mehr *"in unser stat ze schaffen noch ze gebieten suelen haben weder si noch die irn, denne mit der burger gemeinlichen willen von Noerdelingen"*,³⁰⁶ war

³⁰² Dietmar Voges, Nördlingen. Geschichte einer Reichsstadt in 12 Kapiteln (1995). S. 47ff. Hektor Ammann, Die Nördlinger Messe im Mittelalter, Aus Verfassungs- und Landesgeschichte. Festschrift für Th. Mayer. Band II. (Konstanz: 1955).

³⁰³ H. Konrad Ebert, Die Lodweberei in der Reichsstadt Nördlingen. Diss. (München: 1919).

³⁰⁴ Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 24ff. Dieter Kudorfer, ed., Nördlingen, Historischer Atlas von Bayern, Teil Schwaben, Heft 8 (München: 1974). S. 135ff.

³⁰⁵ Karl Pucher, Gustav Wulz, ed., Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1233-1349, Veröffentlichungen Reihe 2 Urkundenregesten 1 (Augsburg: 1952). Nr. 109, S. 34f.

³⁰⁶ ÖUB 338. Zit. In: Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 32.

die Gefahr, dem oettingischen Territorium einverleibt zu werden, für die Stadt weitgehend gebannt. Zum letzten Mal wurde das Ammanamt der Stadt 1407 gegen die Summe von 2000 Gulden verliehen.³⁰⁷ Im Verlaufe des 14. Jahrhunderts büsste der Amman zu Gunsten des Bürgermeisters zusehends an Bedeutung ein und wurde in die Rolle des obersten städtischen Gerichtsbeamten abgedrängt. Bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts gelang es der Stadt, weitere Herrschaftsrechte zu erwerben und ihre Unabhängigkeit auszubauen. 1327 erteilte König Ludwig von Bayern der Stadt für acht Jahre das Privileg, Ungeld zu erheben und für den Mauerbau zu verwenden.³⁰⁸ Von 1398 ist ein weiteres Privileg überliefert, in dem König Wenzel der Stadt erlaubte für weitere 10 Jahre Ungeld zu erheben.³⁰⁹ Schliesslich wurde zehn Jahre später die Ungelderhebung zu einem Dauerrecht für die Stadt.³¹⁰ Mitte des 14. Jahrhunderts fanden in Nördlingen einschneidende politische Wandlungen statt. Ohne grössere Kämpfe kam es zu einer Beteiligung der Zünfte am Stadtreghment und zur Einführung einer paritätischen Verfassung. 16 Vertreter der Zünfte bildeten nun zusammen mit den 16 Mitgliedern des alten Rates den neuen Kleinen Rat. Diese neue Ratsverfassung blieb in weiten Teilen bis Ende des 15. Jahrhunderts bestehen.³¹¹

1377 war die Reichsstadt Nördlingen dem 1376 gegründeten schwäbischen Städtebund beigetreten. Aussenpolitisch waren die ersten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts für Nördlingen von ständig wechselnden Bündnissen mit weiteren Reichsstädten und dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg geprägt. 1421 schloss sich die Reichsstadt dann wieder den übrigen schwäbischen Städten an. Die Teilnahme an diesem Bündnis bedeutete in den 1440er Jahren die Involvierung in diverse Konflikte, die 1449/1450 im zweiten grossen Städtekrieg gipfelten.³¹²

Auf ökonomischer Ebene war die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts geprägt von erheblichen Verschiebungen der wirtschaftlichen Schwerpunkte. Während die Messe zunehmend an Bedeutung verlor, kann man einen stetigen Ausbau wichtiger Exportgewerbe im Textilbereich und der Gerberei konstatieren. Dieser Entwicklung war es zu verdanken, dass die Stadt trotz

³⁰⁷ Kudorfer, ed., Nördlingen. S. 138.

³⁰⁸ Pucher, ed., UB Nördlingen I. Nr. 116, S. 36.

³⁰⁹ Karl Pucher, Gustav Wulz, ed., Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1350-1399 (Augsburg: 1956). Nr. 855, S. 205.

³¹⁰ Kudorfer, ed., Nördlingen. S. 138.

³¹¹ Voges, Nördlingen. Kapitel 6. Die Zünfte. Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 27. Karl Bosl, "Frühgeschichte und Typus der Reichsstadt in Franken und Ostschwaben unter besonderer Berücksichtigung Rothenburgs o.T., Nördlingens und Dinkelsbühls," Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte 14 (1968): 9-29.

³¹² Ludwig Schnurrer, "Nördlingen und Dinkelsbühl. Die Nachbarschaft zweier Reichsstädte im Mittelalter," Rieser Kulturtag. Dokumentation Bd. X, 1994. (1994): 294-326. S. 295f.

des zunehmenden Bedeutungsverlusts der Messe ihre wirtschaftliche Stellung nicht einbüßte.³¹³

Bei der Reichsstadt Nördlingen handelt es sich um eine grössere Mittelstadt, deren Einwohnerschaft im 15. Jahrhundert zwischen 5000 und 6000 Einwohner zählte.³¹⁴

4.2 Die jüdische Gemeinde Nördlingens

Die erste Nördlinger jüdische Gemeinde reicht ins 13. Jahrhundert zurück. Sie wird erstmals im Ende des 13. Jahrhunderts niedergeschriebenen Stadtrecht explizit erwähnt. Erneut tritt sie uns im Nürnberger Memorbuch entgegen, in dem die acht Namen der 1298 während der Rintfleischverfolgung ermordeten Nördlinger Juden aufgeführt werden.³¹⁵ Die folgenden fünfzig Jahre sind nur sehr spärlich dokumentiert. Wie in anderen Städten waren sie dem König als ihrem Schutzherrn unterstellt und entrichteten ihm jährlich die Reichssteuer, welche Ludwig der Bayer 1324 an die Grafen von Oettingen verpfändete. Zusätzlich scheint die jüdische Gemeinde bereits auch eine Abgabe an die Stadt gezahlt zu haben. Einer Urkunde von 1348 ist zu entnehmen, dass die Nördlinger Juden bei den hiesigen Bürgern gesessen seien und in ihrer "*stuire*" waren.³¹⁶ 1333 wurde den Grafen Ludwig und Friedrich von Oettingen für zwei Jahre der Schutz über die Nördlinger Juden übertragen. Sie erhielten das Recht, die Juden vor allen zusätzlichen Forderungen Dritter zu schützen.³¹⁷ 1348 schliesslich wurden im Zuge der Pestpogromwelle im römischen Reich auch die Nördlinger Juden Opfer einer Verfolgung. Wie in vielen anderen Städten fand der Pogrom vor dem Eintreffen der Pest und zeitgleich mit dem Kampf der Zünfte um Einsitznahme im Rat statt.³¹⁸ Nach der Ermordung der Juden fand ein Kampf um deren Besitz statt. Er endete damit, dass die Grafen Friedrich und Ludwig von Oettingen für die Stadt einen Sühnebrief König Karls IV. erwirkten, wonach die Oettinger auf alle Ansprüche wegen der getöteten und noch lebenden Juden und deren Besitz

³¹³ Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 158ff.

³¹⁴ Hanno Vasarhelyi, "Einwanderung nach Nördlingen, Esslingen und Schwäbisch Hall zwischen 1450 und 1550," in Stadt und Umland, ed. E. Maschke, J. Sydow, Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden Württemberg, Reihe B, Forschungen Bd. 82 (Stuttgart: 1974), 129-165.

³¹⁵ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 4ff. GJ II, S. 593.

Zur Rintfleischverfolgung siehe Friedrich Lotter, "Die Judenverfolgung des "König Rintfleisch" in Franken um 1298. Die endgültige Wende in den christlich-jüdischen Beziehungen im Deutschen Reich des Mittelalters," Zeitschrift für historische Forschung 15 (1988): 385-422.

³¹⁶ StA Nö, Urkunden Juden, 1348. Pucher, ed., UB Nördlingen 1. Nr. 200, S. 66f.

³¹⁷ M. Wiener, ed., Regesten zur Geschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters (Hannover: 1862). Nr. 92, S. 37.

³¹⁸ Graus, Pest.

und Schuldbriefe verzichteten. Häuser und Hofstätten in Nördlingen, die in den Besitz der Grafen kommen, seien innert dreier Jahre zu verkaufen.³¹⁹ In einer weiteren Urkunde verpflichteten sie sich dazu, die Stadt gegen alle rechtlichen Ansprüche wegen der Schutzbriefe und des verkauften Gutes der Juden während eines Jahres zu vertreten.³²⁰ Bereits am 31. Dezember 1348 erlaubte König Karl IV. der Stadt Nördlingen wieder Juden aufzunehmen, und zwar sowohl Nördlinger Juden, die den Pogrom überlebt hatten, als auch Juden, die neu in die Stadt ziehen wollten.³²¹ Erst drei Monate später versicherte Karl IV. der Stadt, dass die Ermordung der Juden für sie keine Konsequenzen haben würde, und untersagte, dass an sie deswegen finanzielle Kompensationsforderungen gestellt werden dürften.³²² In den Quellen ist schon seit 1357 wieder eine jüdische Gemeinde belegt.³²³ Die Reichssteuer blieb wie schon in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts weiterhin an die Grafen von Oettingen verpfändet. 1377 trat allerdings eine Änderung ein. Die Verwaltung der jüdischen Steuerabgaben wurde in die Hände der Nördlinger Stadtobrigkeit gegeben und ihr wurde das Recht an der halben Judensteuer zugestanden.³²⁴ 1384 kam es in Nördlingen erneut zu einer Verfolgung, der die meisten Juden zum Opfer fielen.³²⁵ Wie 35 Jahre vorher kam es erneut zu einem Konflikt um den hinterlassenen Besitz der Juden. Hauptakteur war in den 1380er Jahren allerdings der schwäbische Städtebund, der die Ermordung der Juden aufs Schärfste verurteilte und die Stadt Nördlingen im Laufe des Konfliktes wegen Nichtkooperierens und Übertretung der Bestimmungen im Bundesbrief aus dem Bund ausschloss. Ein weiterer Grund für den Ausschluss war, dass die Stadt zeitgleich mit den Verhandlungen mit dem Städtebund unter Einfluss der Oettinger mit dem König direkt Kontakt aufnahm. Nördlingen erreichte einen Vergleich. Der Rat war bereit König Wenzel 3500 Gulden zu entrichten und wurde dafür von ihm wieder in Gnaden aufgenommen.³²⁶ Im Gegenzug wurde ihr der ganze Besitz der erschlagenen Juden zugesprochen und Wenzel sicherte ihr Schutz vor allfälligen Forderungen in Bezug auf die Juden zu. Wenig später wurde die Stadt auf Betreiben des Königs auch wieder in den Städte-

³¹⁹ Weiter kamen die Grafen in den Besitz sämtlicher Schuldbriefe und Wertgegenstände, die in Nördlingen gefunden wurden und auswärtigen Juden gehörten. Eine Liste der übergebenen Schuldbriefe und Wertgegenstände enthält eine Urkunde vom 19. April 1439. Pucher, ed., UB Nördlingen 1. Nr. 211, S. 72/73. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 15.

³²⁰ Pucher, ed., UB Nördlingen 1. Nr. 200/201, S. 66-67.

³²¹ Ibid. Nr. 202, S. 67.

³²² Ibid. Nr. 208, S. 72. Müller, "Jüdische Gemeinden."

³²³ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 18.

³²⁴ Ibid. S. 19.

³²⁵ Ibid. S. 20.

³²⁶ Ein Teil der 3500 Gulden dienten König Wenzel gleichsam als Entschädigung für die ihm entgangenen Judensteuern.

bund aufgenommen.³²⁷ 1392 erneuerte Wenzel das Recht, dass die Stadt Juden aufnehmen dürfe und ihr die Hälfte der Reichssteuer zustehe. Allerdings geben die Quellen keinen Hinweis darauf, dass in den 1390er Jahren Juden in Nördlingen ansässig waren.³²⁸

Doch 1401 gab es nachweislich wieder eine jüdische Gemeinde in Nördlingen. Ihre Mitglieder wurden von der Stadt zu ihren Bürgern aufgenommen. Die Nördlinger Juden entrichtete König Ruprecht 1401 zu seinem Regierungsantritt eine Summe von 50 Gulden. Im gleichen Jahr erneuerte er die Privilegien der Stadt. Der Stadt wurde erneut das Recht zugestanden für die folgenden zehn Jahre Juden aufnehmen zu dürfen. Ein weiterer Einschnitt in der Geschichte der Juden dürfte Anfang der 1430er Jahre stattgefunden haben. Dafür gibt es aber nur indirekte Anzeichen. Für die Jahre 1430 bis 1433 fehlen Steuereinträge der Juden in den Nördlinger Rechenbüchern und es sind auch keine Quittungen der Oettinger für die halbe Judensteuer überliefert. Inwieweit der Unterbruch auf eine Abwanderung der Nördlinger Juden oder sogar auf eine allfällige Verfolgung zurückzuführen ist, wird im Kapitel... näher diskutiert.

Bis Anfang der 1450er Jahre lebten wieder kontinuierlich jüdische Bürger in Nördlingen. Bereits die Herabsetzung des Zinsfusses im Laufe der 1440er Jahre deutet darauf hin, dass sich die Situation für die jüdische Gemeinde verschärfte. 1452 beschloss der Rat den Juden ihre Bürgerbriefe nicht zu verlängern, was den Abzug aller verbliebenen jüdischen Steuerzahler 1453 zur Folge hatte.³²⁹ Nach einem fünfjährigen Unterbruch wurden aber bereits 1459 wieder jüdische Geldleiher in Nördlingen aufgenommen. Der Hauptgrund lag darin, dass während dieser fünfjährigen Periode insbesondere oettingische Juden in der Stadt Darlehensgeschäfte mit Nördlinger Bürgern tätigten, und zwar zu einem höheren Zinssatz, als es die unter der Kontrolle des Rates stehenden Nördlinger Juden bis 1453 getan hatten.³³⁰ Um die eigenen Bürger zu entlasten entschloss sich der Rat 1459 zur Wiederaufnahme von Juden. In den folgenden fünfzig Jahren ist die Existenz einer jüdischen Gemeinde ohne Unterbrechungen belegt. Ab den 1460er Jahren muss die Beziehung zwischen der jüdischen Gemeinde und der Stadtobrigkeit vor dem Hintergrund der zunehmend antijüdischen Augsburger Bistumspolitik gesehen werden. Die bischöfliche Kurie forderte wiederholt die Ausweisung der "wu-

³²⁷ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 24.

³²⁸ So enthält beispielsweise das älteste Rechenbuch von 1399 keinen Eintrag zu Abgaben der Juden, erst der nächste überlieferte Jahrgang von 1401. StA Nö, RB 1399 und 1401. Ibid. S. 30.

³²⁹ Ibid. S. 62.

³³⁰ "... aber die heren von o(e)ttingen juden ... die sin ta(e)glich in unser statt gelegen, den unsern gelichen nit ain guldin umb ain pfenig, sonder zu zyten ain guldin um dry oder vier...". StA Nö, Missivbuch 1472, fol. 51r.

chernden" Juden und drohte gar mit der Verweigerung der Hostie an alle, die Geldgeschäfte mit Juden tätigten, und insbesondere an die Ratsmitglieder, die Steuergelder von den Juden empfangen und ihnen Aufenthalt gewährten.³³¹ Sprachrohr des Augsburger Bischofs war die Stadtgeistlichkeit, die vehement gegen die Juden predigte.³³² 1471 stellte der Rat über Peter Gamp die Bitte an den Kaiser, die Juden ausweisen zu dürfen, da die angedrohte Verweigerung des Sakraments vermutlich erneut zu Unruhen und Ausschreitungen gegen die Juden führen würde.³³³ Im schriftlichen Austausch der Stadt mit Peter Gamp kommen auch die Juden in der oettingischen Herrschaft zur Sprache. Am besten sei es, wenn auch die Grafen von Oettingen ihre Juden vertreiben würden, wenn dies aber nicht der Fall wäre, müsste man mit den Grafen einen "*vertrag*" schliessen, in dem den oettingischen Juden der Aufenthalt in der Stadt verboten würde.³³⁴ Durch das Eingreifen des Kaisers konnte die Situation wieder beruhigt werden³³⁵, aber die bischöfliche Kurie drängte weiterhin auf die Vertreibung der Juden. Ende der 1470er Jahre stand eine Ausweisung der Juden kurz bevor, die Frist wurde aber mehrmals um ein Jahr erstreckt, die jüdische Gemeinde noch weitere 25 Jahre in Nördlingen geduldet.³³⁶ Immer strengere Auflagen in Bezug auf den Geldverleih sowie weitere einschränkende Massnahmen gegen sie erwiesen sich als die Vorboten der 1506 erfolgten Ausweisung aller in Nördlingen verbliebenen Juden. Nach vierjähriger diplomatischer Vorarbeit erhielt die Stadt Nördlingen damals gegen die Zahlung von 700 Gulden die kaiserliche Erlaubnis, die Nördlinger Juden aus der Stadt zu weisen.³³⁷

³³¹ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 65.

³³² "*So hat aber unser pfarrer und sein gesellen uns das heilig sacrament nit geben noch in der bycht usrichten wo(e)llen, so die juden by uns wuchern...*". Sta Nö, Missivbuch 1472, 50v.

³³³ Ebd. Die Stadt Nördlingen tritt in Kontakt mit Peter Gamp, dem Sekretär Kaiser Friedrichs III. der 1472 beispielsweise abklärt, ob in anderen Städten Juden ausgetrieben werden durften oder nicht. Sta Nö, Missiven 188.

³³⁴ StA Nö, Missivbuch 1472, fol. 10r.

³³⁵ Peter Gamp berichtet mehrmals, dass ihm gesagt wurde, dass nur der Kaiser darüber entscheide, wo Juden ausgetrieben würden. An einer Stelle weist er die Nördlinger darauf hin, dass die "*erung*" von 10 bis 12 Gulden für seine Anfrage an den Kaiser zu wenig sei. Als Beispiel führt er die Schlettstätter auf, die für ihr Begehren in Bezug auf die Juden eine "*erung*" von 60 Gulden aufbrächten. StA Nö, Missiven 1472.

³³⁶ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 71.

³³⁷ Ibid. S. 76.

4.3 Der Finanzhaushalt Nördlingens

Nördlingens Finanzverwaltungsstruktur entsprach in ihrer Ausbildung der einer kleineren Mittelstadt im Südwesten des Reiches.³³⁸ Gegliedert war das Finanzwesen in ein zentrales Rechnungsamt und mehrere Nebenämter, die ihre eigenen Rechnungen führten und zum Teil auch an deren Inhaber verpfändet waren.³³⁹ An der Spitze der städtischen Finanzverwaltung standen die zwei Stadtrechner, ein Ober- und ein Unterrechner, die als oberste Finanzamtleute auch den übrigen Amtleuten im Bereich der Finanzverwaltung vorstanden.³⁴⁰ Die oberste Aufsichtsfunktion über die städtischen Finanzen lag beim kleinen Rat.³⁴¹ Im Laufe des 15. Jahrhunderts erhöhte der Rat die Amtszeit der Rechner von einem auf zwei Jahre, wobei einer der Rechner jährlich neu zu wählen war.³⁴² Ihre Aufgabe bestand darin, *"unser gemain gelt, vaell und nutzung, stuer, zins und schuld alt und new getruelichen"* einzuziehen.³⁴³ Sie verwalteten also nicht nur die allgemeinen Ein- und Ausgaben der Stadt, sondern standen auch dem Steuerwesen vor. Den Einzug der jährlichen Vermögenssteuer führten die zwei Rechner gemeinsam mit dem Stadtschreiber durch. In den Stadtrechnungen werden regelmässig die Ausgaben, die dies verursachte, aufgeführt.³⁴⁴

Die Tätigkeit der Rechner überwachte der kleine Rat, der für eine adäquate und korrekte Verwendung der Gelder mitverantwortlich war.³⁴⁵ Einmal pro Jahr fand eine Rechnungslegung vor dem Rat statt.³⁴⁶ Die Rechner selber wurden mit je 40 Pfund pro Jahr entschädigt,

³³⁸ Zu den Währungsverhältnissen: Friedrich Dorner, Die Steuern Nördlingens zu Ausgang des Mittelalters. Diss. (München: 1905). S. 5f, 103f. Dirlmeier, Einkommensverhältnisse. S. 579.

³³⁹ Beispielsweise die Waage.

³⁴⁰ Z.B. den Ungeltern, den Zolleinnehmern, dem Wachgeldeinnehmer, den Baumeistern etc. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. C 43a, S. 167. *"Der stettrechner aid"*.

³⁴¹ Ibid. Ratsordnung, B 41, S. 164. Zweite Hälfte 15. Jahrhundert.

³⁴² In der Ratsordnung aus den 1480er Jahren wird explizit erwähnt, dass nur einer der *"schriben und lesen"* könne, gewählt werden solle. Ibid. C 28b, S. 166.

³⁴³ Ibid.

³⁴⁴ *"Item verzert, als man in der stur umb gieng 20 lb 24 den. Item man hat verzert, als man die iii tag in der stur sass 3 gld. 1 lb."* StA Nö, RB 1485, fol. 24v. Die Steuern wurden innerhalb dreier Tage eingezogen. Dementsprechend sind auch die Steuerbücher aufgebaut. Innerhalb eines Steuertages werden die Steuerzahler nach Strassenzügen aufgeführt.

³⁴⁵ So lag beispielsweise die Entscheidung, ob die Stadt ein Darlehen gewähren solle, nicht bei den Rechnern, sondern beim Rat selber. Weiter wurden die Rechner dazu angehalten das Ausgaben- dem Einnahmenvolumen anzupassen. Wenn dies nicht gelang, mussten sie umgehend den Rat informieren, damit die nötigen Gegenmassnahmen getroffen werden konnten. Die Rechner ihrerseits konnten sich bei Schwierigkeiten an die Bürgermeister wenden, die verpflichtet waren, die obersten Finanzamtleute beim Einzug der Einnahmen, insbesondere der Schulden, zu unterstützen. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. S. 84. Stadtrecht (1432) und Ratsordnung, B 40, S. 164 und C 43a, S. 167.

³⁴⁶ Es ist nicht klar, ob der ganze Rat anwesend war oder nur eine entsprechende Kommission. In den Rechenbüchern werden die Ausgaben für das *"Rechenmahl"* aufgeführt. *"Item daz mal uf dem rathuse zu der rechnun-*

wobei sie noch weitere Nebeneinnahmen erzielten.³⁴⁷ Geführt wurde das Rechenbuch 1433 vom Stadtschreiber. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurde dann das Amt eines Rechenamtsschreibers eingeführt, der die Rechenbuch- und vermutlich auch die Steuerbuchführung übernahm.³⁴⁸ Den Rechnern unterstanden die übrigen Finanzamtleute, die vor ihnen Rechnung legen und sie in ihrer Tätigkeit unterstützen mussten.³⁴⁹

Die Quellensituation für die Nördlinger Finanzverwaltung ist für das 15. Jahrhundert aussergewöhnlich gut. Bis auf einige wenige Ausnahmen sind ab 1399 die Rechenamtsrechnungen lückenlos überliefert.³⁵⁰ Vergleichbar ist die Überlieferungssituation der Steuerbücher.³⁵¹ Gegliedert sind die Stadtrechnungen bis in die 1430er Jahre in drei grosse Bereiche: Die Einnahmen, die Ausgaben und die Schulden³⁵². Ab Ende der 1430er Jahre wurde für die Verwaltung der Ausstände aus der Sicht der Stadt ein eigenes Buch angelegt, das aber nicht überliefert ist.³⁵³ Anfang des 15. Jahrhunderts erscheinen noch zahlreiche grosse Einnahmeposten, wie die Vermögenssteuer oder das Wachtgeld, mitten unter kleinen einmaligen Posten, wie einzelnen Bussbeträgen oder Steuerzahlungen.³⁵⁴ In den ersten 15 Jahren bilden sich eine Anzahl Einnahmeposten aus, die in den folgenden Jahren in etwa derselben Reihenfolge in den

gen kostet on die visch und den win, die wir selber hettn 12 lb." StA Nö, RB 1450, fol. 35r. *"Das rechenmall Geory kost hewr mit sampt den vischen, die man dartzuo kaufft hat, 117 lb 8 S 1 hl."* RB 1475, fol. 26r. Ein neues Rechnungsbuch kostete 1465 5 Schilling 1 Heller. 1475 findet sich der Eintrag: *"Item gelten den zehen schreiber von den newen zehen buochern, schuldbuocher und ungelter und viserbuocher ze machen, 4 lb."* RB 1475, fol. 26v.

³⁴⁷ *"Item umb den Martins win den burgermaister, rechner, statschreiber, bawmeister, pu(e)teln geschenckt".* StA Nö, RB 1450, fol. 39r.

³⁴⁸ Claus Mayer, ein Nördlinger Bürger, wird 1468 als Rechenamtsschreiber aufgenommen. Interessant ist, dass ihm nicht zugestanden wurde seinen Dienst zu quittieren. Er musste sich dazu verpflichten Schweigen über die Finanzgeschäfte zu bewahren und die Bücher gewissenhaft zu führen. Weiter wurde von ihm erwartet, dass er die Rechner darauf aufmerksam machen würde, wenn gewisse Schulden lange nicht bezahlt würden. 1468 stand ihm ein jährlicher Lohn von 32 Gulden zu, 27 Jahre später erhielt er nur noch 24 Gulden. StA Nö, U 4641 (1468) und RB 1495, fol. 90v.

³⁴⁹ *"Si sollen auch ander amptlueten, als den ungeltern, dem wachgeltsampner, dem der die laden zins, hub gelt, stett gelt und anders innimpt und welch ander amtluet des notdurftig sind, berauten und beholfen sein, damit sie auch dester statlicher muegen inpringen, das der statt zuogehoert."* Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. B 39, S. 163. *"Jacob Bauman hat uff hut ein rechenig gethan vo des ungelts wegen, und er blibt uns schuldig an der rechnig 408,5 lb 7S..."*. StA Nö, RB 1417. *"Sie (die Ungelter) sollen daz gelt angesicht der winschencken in die büchs legen und den rechner(n) antwurten"*. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Diener und Amtleutebuch, Nr. 15, S. 410 (1439). Siehe auch der Eid der Ungelter von 1480, Ebd., Eidbuch, Nr. 22, S. 452. Der Baumeister musste 1472 alle Wochen *"dem rechner ain rechnung tun"*. Zusätzlich war er beauftragt für die Stadt Korn und Schmaltz einzunehmen und auszugeben. Dafür wurde er extra entlohnt und verpflichtet *"wenn er darum bervordert wirdt, rechnung zu tun"*. Ebd., Diener und Amtleutebuch, Nr. 16f, S. 414. Siehe auch der Eid des Baumeisters von 1480, Ebd., Eidbuch, Nr. 4, S. 442.

³⁵⁰ Die Bücher für die Jahre 1402-1405 und 1415 fehlen, die Bände von 1421 und 1422 sind stark beschädigt.

³⁵¹ StA Nö, Steuerbücher (STB).

³⁵² Es handelt sich dabei um Beträge, die der Stadt noch zustehen.

³⁵³ In der Stadtrechnung von 1442 heisst es: *"Item von schulden yngenommen, als daz in dem schuldbuch bezeichent ist"*. StA Nö, RB 1442, fol. 2v.

³⁵⁴ StA Nö, RB 1401 fol. 1r ff.

Rechnungen aufgeführt werden.³⁵⁵ Diese enthalten neben Einnahmen aus Vermögenssteuern, Ungeld und Zöllen auch die eingegangenen Beträge aus verkauften Renten. Auf der Ausgabe-seite werden neben Zahlungen für Wächter, Boten, Geschenke und Zinszahlungen auch die wöchentlichen Ausgaben für den Bau vermerkt. Im Rechnungsbuch von 1485 ist ein Hinweis auf das Führen von Wochenrechnungen enthalten. Und zwar heisst es, dass die Wachtgeldzahlungen der einzelnen Zünfte zuerst ins Wochenbüchlein eingetragen worden seien.³⁵⁶ Zusammenfassend kann man sagen, dass die Rechnungen von Nördlingen, obwohl es keine Kasseneinheit gab, in einem vergleichsweise hohen Masse die Einnahmen und Ausgaben der Stadt widerspiegeln, da ein Grossteil der Finanz-Nebenämter unter einer strengen Kontrolle des zentralen Rechnungsamtes stand.

4.4 Rechtliche Gruppen in Nördlingen

4.4.1 Christliche Bürger

4.4.1.1 Quellen

Normative Regelungen der Aufnahmemodalitäten sowie Angaben über die Rechtsstellung der einzelnen Rechtsgruppen in Nördlingen lassen sich den überlieferten Stadtrechtsquellen³⁵⁷ und den Nördlinger Bürgerbüchern³⁵⁸ entnehmen. Weitere ergänzende Informationen über die Bürgeraufnahmepraxis liefern eine Fülle von Urkunden sowie die Neubürgereinträge in den Bürger- und Ratsbüchern, im Zollbuch und in den Stadtrechnungen des 15. Jahrhunderts.

Für das spätmittelalterliche Nördlingen sind drei Stadtrechtskodifikationen überliefert. Ein erstes Stadtrecht wurde in der Zeit zwischen 1290 und 1300 niedergeschrieben. Eine erweiterte Form ist von 1350 überliefert. Teile der umfangreichsten Version wurden 1370 bis 1375

³⁵⁵ Ab 1416 wurden die einzelnen Rubrikentitel in den Rechnungsbüchern vorgeschrieben.

³⁵⁶ StA Nö, RB 1485, fol. 7r.

³⁵⁷ Die drei verschiedenen Stadtrechtshandschriften sind von K.O. Müller ediert. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte.

³⁵⁸ Die überlieferten Bürgerbücher und Bürgeraufnahmelisten in den Ratsprotokollen decken die Zeitabschnitte von 1385-1388 sowie von 1439 bis 1512 ab.

niedergeschrieben. Sie enthält die Bestimmungen von 1350 und weitere Artikel, die im Laufe der folgenden 140 Jahren hinzugefügt wurden.³⁵⁹

Für das 14. und 15. Jahrhundert sind mehrere Bürgerbücher in verschiedenen Formen überliefert. Beim ersten Bürgerbuch handelt es sich um ein schmales Bändchen von wenigen Folii, das auf zehn beschriebenen Seiten drei verschiedene Arten von Einträgen zu Neubürgeraufnahmen aus den Jahren 1385-1387 enthält: Neubürger ohne Bürge, Neubürger mit Bürge und 15 Einträge für intra- oder extramurale Gedingbürger.³⁶⁰ Letztere machen mit 15 von 34 Nennungen fast die Hälfte der Einträge aus! Die Zahl von lediglich 34 Einträgen lässt aber vermuten, dass ein Teil der Neubürger, wie beispielsweise die Bürgersöhne, fehlen.³⁶¹ Das zweite Bürgerbuch (1415-1477) unterscheidet sich grundlegend vom ersten.³⁶² Es ist ein umfangreiches Buch mit einem weitaus repräsentativeren Charakter. Es handelt sich um eine Zusammenstellung der Bürgeraufnahmen, die nach den rechtlichen Gruppen gegliedert aufgeführt werden. Der erste Teil wird mit dem Bürgereid eingeleitet und enthält die Neubürgeraufnahmen der Vollbürger.³⁶³ Die einzelnen Einträge sind sehr kurz gehalten und jährlich in Listenform angeordnet. Sie enthalten neben Namen und Einbürgerungsdatum zum Teil noch Angaben zum Beruf. Im zweiten Teil werden die Aufnahmen intra- und extramuraler Gedingbürger und einzelner Gedingleuten aufgeführt.³⁶⁴ Die Aufnahmeurkunden einiger Ausbürger wurden wörtlich ins Bürgerbuch übernommen. Ein dritter Teil des Bürgerbuches enthält Angaben zu den Juden.³⁶⁵ Beim dritten Bürgerbuch handelt es sich erneut um ein schmales Bändchen im selben Format wie das erste Bürgerbuch.³⁶⁶ Es umfasst die Jahre 1466 bis 1474. Es deckt also einen Teilbereich des zweiten Bürgerbuches ab. Auf der ersten Seite wird der Bürgereid festgehalten. Danach werden nach Jahren getrennt die Neubürgeramen in Listen aufgeführt. Am Anfang der Jahreslisten werden die regulären Aufnahmen ins Vollbürgerrecht aufgeführt und in einem zweiten Teil, diejenigen Neubürger, die mit der Stadt Sondervereinbarungen wegen Bürgergeld- oder Steuerzahlungen aushandelten. Das vierte Bürgerbuch entspricht im Format dem ersten und dritten Bürgerbuch, ist aber um einiges umfangrei-

³⁵⁹ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. S. 1-100.

³⁶⁰ StA Nö, Bürgerbuch 1 (1385-1388), BB 1.

³⁶¹ Müller, "Bürgerrecht." S. 164. Kalesse, Bürger in Augsburg. Zur Vollständigkeit von Bürgerbüchern siehe Rainer C. Schwinges, "Neubürger und Bürgerbücher im Reich des späten Mittelalters: Eine Einführung über die Quellen," in Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550), ed. Rainer C. Schwinges, Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 30 (Berlin: 2002), 17-52.

³⁶² StA Nö, Bürgerbuch 2 (1415-1474), BB 2.

³⁶³ StA Nö, BB 2, S. 3-80.

³⁶⁴ StA Nö, BB 2, S. 147-208.

³⁶⁵ StA Nö, BB 2, S. 329-359. Siehe unten Kapitel 4.4.4.2.

cher, da es eine bedeutend längere Zeitspanne abdeckt.³⁶⁷ Auf den ersten Seiten werden mehrere Bürgereide, ein Eid, der vor Gericht geleistet werden musste, und der Eid der Juden aufgeführt. Anschliessend werden die einzelnen Neubürgeraufnahmen nach Jahren gegliedert aufgelistet. Innerhalb der einzelnen Jahre ist zwischen Aufnahmen und anschliessend den Bürgerrechtsaufgaben unterteilt. Zeitlich überschneiden sich wiederum die Bürgeraufnahme-einträge in den Ratsprotokollen ab 1439 sowie dem dritten und vierten Bürgerbuch mit den Aufzeichnungen im zweiten Bürgerbuch. Bis 1465 beanspruchten die Bürgeraufnahmen im Ratsprotokoll einen umfangreichen Platz. Im Format sowie in der Form der Einträge entsprechen das dritte und vierte Bürgerbuch den Ratsprotokollen bis Mitte der 1480er Jahre. Im Laufe der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurden die Bürgeraufnahmeeinträge aus den Ratsprotokollen ausgegliedert und ab diesem Zeitpunkt wurde auch auf die Weiterführung des zweiten Bürgerbuches verzichtet, dessen Einträge spätestens ab 1439 auf den Eintragungen im Ratsprotokoll basieren. Sowohl in den Ratsprotokollen, als auch im dritten und vierten Bürgerbuch sind Bürgereide aufgeführt, zusätzlich enthalten das erste Ratsprotokoll und das vierte Bürgerbuch den jüdischen Eid.³⁶⁸

Neben den Bürgerbüchern und Ratsprotokollen enthält auch das sogenannte Zollbuch für den Zeitraum von 1413 bis 1437 Einträge von Bürgeraufnahmen christlicher und jüdischer Gedingbürger. Die Bezeichnung "Zollbuch" rührt daher, dass neben den Einträgen zu den Bürgeraufnahmen zahlreiche Ausführungen zu Einnahmen aus verschiedenen Ämtern aufgeführt werden.³⁶⁹ Angaben zu der Zahlung des Bürgergeldes enthalten die Stadtrechnungen, in denen jährlich unter der Rubrik "*New burger*" die einzelnen Bürgergeldzahlungen aufgeführt werden.³⁷⁰

4.4.1.2 Aufnahmemodalitäten

1349 erteilte Karl IV. der Stadt Nördlingen das Recht, jedermann aufzunehmen, wie andere Reichsstädte.³⁷¹ Angaben darüber, wer über die Aufnahme ins Bürgerrecht entschied, sind spärlich. Im 53. Artikel des Stadtrechts B von 1348/50 ist festgehalten, dass die Bürger "*von*

³⁶⁶ StA Nö, Bürgerbuch 3 (1464-1475), BB 3.

³⁶⁷ StA Nö, Bürgerbuch 4 (1474-1512), BB 4.

³⁶⁸ StA Nö, RP 1439-54; BB 4, S. 7.

³⁶⁹ StA Nö, Zollbuch. Ein Teil des Zollbuches ist ediert bei Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. S. 101-113.

³⁷⁰ StA Nö, Rechnungsbücher.

³⁷¹ Pucher, ed., UB Nördlingen 1. Nr. 209, S. 72.

ra(u)tez wegen empfangen" wurden.³⁷² Gemäss einem Stadtrechtseintrag von 1411 entschied der Kleine Rat, ob ein Antrag auf das Bürgerrecht berücksichtigt werden solle.³⁷³ Es ist davon auszugehen, dass die Aufnahmezeremonie vor dem versammelten Gemeinen Rat stattfand³⁷⁴ und ihm die Neubürger den Eid schworen.³⁷⁵ Sie verpflichteten sich für mindestens fünf Jahre ins Bürgerrecht einzutreten.³⁷⁶ Auch in Nördlingen fand einmal jährlich ein Schwörtag statt, an dem sich *"bürgermeister und ra(e)te und ein gantze gemaÿnd"* trafen und gemeinsam einen Eid leisteten.³⁷⁷ Der Wortlaut des Bürgereides ist sowohl im zweiten und vierten Bürgerbuch als auch in den Ratsprotokollen aufgeführt.³⁷⁸ Ein Stadtrechtseintrag von 1486 weist darauf hin, dass es infolge mangelnder Kommunikation zu widersprüchlichen Handlungsweisen verschiedener Amtsträger gekommen sei. Für das Einziehen des Bürgerrechtsgeldes waren die Rechner verantwortlich. Sie scheinen es in einzelnen Fällen bereits eingezogen gehabt zu haben, bevor der Rat sein Einverständnis zur Aufnahme gegeben hatte oder abgeklärt worden war, ob der Neubürger tatsächlich die Voraussetzungen erfüllte. Es wird ausdrücklich betont, dass der Rat die Entscheidungsgewalt innehatte und nicht die Rechner.³⁷⁹ Weitere Stadtrechtseinträge aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts weisen darauf hin, dass die Aufnahme ins Bürgerrecht und in eine Zunft analog zu anderen oberschwäbischen Städten sehr stark zusammenhingen.³⁸⁰ Daher ist davon auszugehen, dass eine erste Abklärung zur Aufnahme von der jeweiligen Zunft ausging und deren Empfehlung ausschlaggebenden Einfluss auf die Entscheidung des Kleinen Rats hatte.³⁸¹ Auf diesen gemeinsamen Entscheidungsprozess weist

³⁷² Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. B 53, S. 28.

³⁷³ Ibid. Stadtrecht, Nr. C 171, S. 63 (1411).

³⁷⁴ Vergleiche für Konstanz Kapitel 5.4.4.2 und für Schaffhausen 6.4.4.1. Siehe für die oberschwäbischen Städte im allgemeinen, Müller, "Bürgerrecht." S. 176-177.

³⁷⁵ Neubürgereid im Ratsprotokoll von 1439-1454, S. 144: *„Du wirst geloben und sweren, fu(e)nff Jar unser burger zu sein...“*.

³⁷⁶ *„... bleibst aber sitzen u(e)ber die fu(e)nff jar, so sitst du hinnach als ein ander unser burger.“* Ebd.

³⁷⁷ Bürgereid im zweiten Bürgerbuch (1415-1477), fol. 2v. oder im RP 1439-54, fol. 39ff.

³⁷⁸ StA Nö, BB 2, S. 1 und BB 4, S. 3f und 17f.

³⁷⁹ *"Ain erber rat hat gesetzt, fu(e)rbas khein burger anzu(o)nehmen, er hab dann kuntschaft, das er eelich geporen si und die rechner dasselb wissen vor haben, ee si dhein anleitung geben uf das burgerrecht, damit hernach nit irrung darein kom. Doch behalt im ain erber rat hierin sein oberkeit bevor. Actum aftermontags vor Sant Michels tag anno MCCCCLXXXVI."* Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 167, S. 62.

³⁸⁰ Müller, "Bürgerrecht." S. 175. 1399 erliess der Augsburger Rat die Bestimmung, dass der Zuziehende vor seiner Aufnahme ins Bürgerrecht abklären solle, *"in welhe zunfft er faren wöll"*. D.h. dass die Empfehlung der Zunft neben den Voraussetzungen, die der Betreffende mitbrachte, zunehmend an Gewicht gewann. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 109.

³⁸¹ Vergleiche die Aufnahmepraxis in Konstanz. Kapitel 5.4.4.2.

In Nördlingen war es möglich ohne Bürgerrecht in eine Zunft einzutreten. StA Nö, RP 1439-1454, S. 145.

auch der Umstand hin, dass die Stadt Bürger- und Zunftgeld einzog³⁸², und einem Grossteil der intramuralen Gedingbürger, denen das Bürgeraufnahmegeld erlassen wurde, auch das Zunftgeld geschenkt wurde.³⁸³

Die Kosten für die Aufnahme ins Bürgerrecht wandeln sich im Verlauf des 14. und 15. Jahrhunderts stetig.³⁸⁴ Spätestens ab 1364 müssen die Neubürger neben einer Rente auch ein Bürgergeld entrichten, das zunächst 35 Schilling betrug.³⁸⁵ Im Verlauf der folgenden sechzig Jahre dokumentieren mehrere Stadtrechtseinträge einen stetigen Anstieg der finanziellen Verpflichtungen, bis 1422 die Kosten für das Bürgerrecht auf 7 Gulden angehoben wurden und zusätzlich die Anlage einer Rente von 60 Gulden gefordert wurde.³⁸⁶ Zusammenfassend kann man sagen, dass sich seit 1348 auf normativer Ebene eine zunehmende Verschärfung der Aufnahmebestimmungen beobachten lässt. Die ständige Erhöhung der finanziellen Forderungen an die Neubürger stellte ein strategisches Mittel dar, um die Zahl der Neubürger in Grenzen zu halten.³⁸⁷ Ab dem 15. Jahrhundert stehen uns mit den Bürger- und Steuerbüchern Verwal-

³⁸² Siehe z.B. Ratsprotokoll 1439-54, fol.187r. Neben einer Bürgeraufnahmegebühr musste in Nördlingen auch eine Abgabe von bis zu 10 Gulden für die Aufnahme in eine Zunft errichtet werden. Diese Gebühr ging in der Regel zur Hälfte an die Zunft und zur Hälfte an den Rat. Voges, Nördlingen. S. 124f.

³⁸³ Siehe in den diversen Bürgerbüchern.

³⁸⁴ Nach der Verfassungsreform von 1348/50 wird von den Neubürgern verlangt, dass sie *"zehen pfunt haller anlegen oder verbu(e)rgen an ze legen"*. Falls sie nicht für die Dauer von 5 Jahren in der Stadt blieben, fielen diese 10 lb hl an die Obrigkeit. Von einer zusätzlichen Abgabe an die Stadt ist zu dieser Zeit noch nicht die Rede. Interessant ist, dass es in Augsburg einige Jahre vorher aufgrund von Bürgerunruhen und den folgenden Machtverschiebungen zu verfassungsrechtlichen Änderungen kam. Die Neubürger werden dazu verpflichtet zwei Bürgen zu stellen und innerhalb eines Jahres ein Anwesen für 10 lb dn. zu erwerben. In Nördlingen betrug die Mindestaufenthaltsdauer seit der Mitte des 14. Jahrhunderts bis Anfang des 16. Jahrhunderts fünf Jahre. Im vierten Bürgerbuch beginnt der Bürgereid folgendermassen: *"Ir werdent globen und swern funff Jar unser burger zu sein ..."*. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. B 53, S. 28. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 67. StA Nö, BB 4, S. 3.

³⁸⁵ Dem Rat stand ein Betrag von 30 Schilling hl und dem Ammann einer von 5 Schilling hl zu. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. B 135, S. 38. In Augsburg wird erst in den 1370er Jahre in Frankfurt a.M. jedoch bereits in den 1330er Jahren ein Bürgergeld erhoben. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 77.

Zwischen 1380 und 1382 werden die Aufnahmebestimmungen dahingehend geändert, dass an die Neubürger zusätzlich zu dem Aufnahmegeld von 5 Pfund hl für die Stadt und 5 Schilling für den Ammann die Forderung gestellt wird, 30 Pfund anzulegen *"an aigen und erb"* und dieses zusätzlich zu verbürgen. Im Bürgerbuch von 1388-85 werden dann auch ein grosser Teil der Neubürger mit Bürgen aufgeführt. Letztere stammen in der Regel aus dem Verwandtenkreis; der Vater, der Onkel, der Bruder, der Schwager etc: *"Ite Schousters sun von Langingen ist burger worden, in dem selben jaur burg sin vatter."*. StA Nö, BB 1 (1385-88), fol. 1r.

³⁸⁶ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 194, S. 71. 1408 wurden 2 gl und 1416 bereits 5 gl Bürgergeld verlangt. Ebd. C 171 und C 189. Den Bürgergeldzahlungen in den Stadtrechnungen lässt sich entnehmen, dass in der grossen Mehrheit der Fälle die in den normativen Quellen aufgeführten Beträge von 5 oder 7 Gulden bezahlt wurden. Ein verhältnismässig hoher Betrag, der durchaus abschreckende Wirkung haben konnte. Eine andere Form wurde beispielsweise in Augsburg gewählt, wo das Aufnahmegeld den finanziellen Möglichkeiten des Neubürgers angepasst wurde. In der Regel bewegte es sich aber auch zwischen 3 und 5 Gulden. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 112.

Im Ratsprotokoll von 1439-1454 wird zusätzlich zum Neubürgereid festgehalten, dass dem Rat 7 Gulden und dem Amman 5 Schilling zu zahlen seien.

³⁸⁷ Auch in Ulm betrieb die Stadtoberkeit eine selektive Einbürgerungspolitik, um die ärmeren Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, allerdings nicht über hohe "Eintrittsgebühren und -forderungen", sondern über eine jährliche Mindeststeuer von 2 Gulden für die ersten 10 Jahre. Mollwo, ed., Das Rote Buch. Nr. 276, S. 152f. In

tungsquellen zur Verfügung, denen man entnehmen kann, dass die durchschnittliche Zahl der jährlichen Einbürgerungen in Nördlingen im Verlauf des 15. Jahrhunderts verhältnismässig gleichmässig verlief, abgesehen von einzelnen Ausschlägen.³⁸⁸ In der Regel lassen sich solche Kurvenspitzen als eine Reaktion zur Kompensation eines grösseren Bevölkerungsverlusts erklären oder auf enorme finanzielle Belastungen zurückführen.³⁸⁹

Wiederholt wird festgehalten, dass das Bürgerrechtsgeld innert acht Tagen geleistet werden müsse.³⁹⁰ Im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts wird diese Bestimmung auch auf normativer Ebene dahingehend relativiert, als erlaubt wird, die Hälfte der Gebühr bei Bürgerrechtsantritt und die andere Hälfte im Verlauf des folgenden Jahres zu leisten.³⁹¹ Einigen Neubürgern wurde das Aufnahmegeld ganz³⁹² oder zur Hälfte³⁹³ geschenkt, auch dies ein Mittel der städtischen Selektionspolitik. Mehrheitlich kamen intramurale Gedingbürger in den Genuss dieses Erlasses. Es waren in der Regel Handwerker, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit in den Dienst der Stadt aufgenommen wurden, und städtische Amtleute.³⁹⁴

Abweichend waren die Bedingungen für die Bürgeraufnahme von Bürgersöhnen und Auswärtigen, die eine Bürgerin, Bürgerswitwe oder Bürgerstochter heirateten. Für die Gruppe der Bürgersöhne sind zwar keine Angaben überliefert. Jedoch wird in einer Satzung von 1408 erwähnt, dass "*welher burgers sun*" ist, "*des sollen sie geniessen, als von alter herkommen*

München wurde eine Mindeststeuer von 10 lb dn. verlangt. Auch in Augsburg wurde dieses finanzielle Mittel ab 1354 bemüht. Eingeführt wurde die Mindeststeuer von 1 lb dn allerdings bei der Gruppe der Pfahlbürger. 1370 wurde sie auf 2 lb dn. pro Jahr erhöht und neun Jahre später variabel, was de facto eine Erhöhung darstellte. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 77, 80, 97.

³⁸⁸ Ab 1451 Dorner, Steuern Nördlingens. S. 136ff. Ingrid Batori, "Herren, Meister und Habenichtse - Die Bürgerschaft der Reichsstadt Nördlingen um 1500.," Rieser Kulturtage. Dokumentation Bd. VI/1 1986. (1987): 252-269.

³⁸⁹ Für 1451 siehe unten Kapitel 4.4.3.

³⁹⁰ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. 171, S. 63, Nr. 189, S. 69. StA Nö, BB 4 (1474ff), S. 5. Anfang der 1450er Jahre wird ein Neubürger dazu verpflichtet "*daz burgerrecht hin nach zu den vier tagen zalen*" zu müssen. RP 1439-1454, fol. 186v. 1468 wird einem Neubürger erlaubt für die ersten fünf Jahre ein Bürgergeld von 5 Gulden zu leisten. "*Beleipt er aber lenger hie, so gipt er ein ratt noch dreÿ gulden hinzu und hatt den gemainen burger aid gethon.*" BB 3, S. 6v.

³⁹¹ Ibid. Nr. C 211, S. 80.

³⁹² StA Nö, BB 3, fol. 3r.

³⁹³ StA Nö, BB 4, S. 25.

³⁹⁴ Andererseits wurde 1466 Jörg Beringer, Ulrich Beringers Sohn, der erneut Bürger wurde, die Bürgerrechtsgebühr geschenkt und das Schwören der fünf Jahre Mindestaufenthaltsdauer erlassen. Auch Hans Rayser wurde 1476 bei der Wiederaufnahme ins Bürgerrecht das Bürgergeld erlassen sowie die ersten zwei Jahressteuern. Diese äusserst günstige Vereinbarung war sicherlich mit auf seine Verwandtschaft mit dem amtierenden Bürgermeister Franz Strauss zurückzuführen. StA Nö, BB 3, S. 1, BB 4, S. 27. Kalesse weist für Augsburg darauf hin, dass der Rat Angehörigen seines Standes oder Verwandten der Augsburger Geschlechter andere Einbürgerungsmodalitäten gewährte. So wurde ihnen beispielsweise oft das Bürgergeld erlassen. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 83.

ist.³⁹⁵ Dass es schwierig war zu kontrollieren, ob die Bürgerssöhne und -töchter tatsächlich ihren Neubürgereid schworen und ein allfälliges Aufnahmegeld zahlten, zeigt eine Anfrage des Dinkelsbühler Rats. 1457 wollte er wissen, wie es die Nördlinger mit den Witwen, die Bürgerinnen seien, und den *"súnen oder to(e)chtern, die unser burgerrecht nicht gelopt noch gesworen haben"* halten würden.³⁹⁶ 1416 ist die folgende Bestimmung über die Aufnahme von Eingeheterten überliefert: Ein Knecht, der eine Bürgerstochter ehelicht, soll für seine Aufnahme ins Bürgerrecht wie andere Neubürger fünf Gulden entrichten. In der Bestimmung von 1422 hingegen wird "Eingeheterten" wieder ein finanzieller Vorteil von zwei Gulden zugestanden.³⁹⁷ Weiter wird 1475 verlangt, dass ein Auswärtiger, der eine Bürgerswitwe oder -tochter ehelicht, das Bürgerrecht innert zwei Monaten annimmt. Hält er sich nicht daran, verliert die Ehefrau ihr städtisches Bürgerrecht.³⁹⁸

Den normativen Bestimmungen steht die praktische Handhabe der Stadt in Bezug auf die Bürgeraufnahmeformalitäten gegenüber. Ein Vergleich der de facto geleisteten Bürgergeldgebühren in den Stadtrechnungen mit den normativen Bestimmungen ergibt, dass im 15. Jahrhundert eine beträchtliche Anzahl der Bürgerrechtsgelder verspätet, nur zum Teil oder gar nicht bezahlt hat. In den Stadtrechnungen Anfang des 15. Jahrhunderts füllen ausstehende Bürgerrechtszahlungen ganze Seiten unter der Rubrik der Guthaben. So sind häufig die ersten Einträge unter der Rubrik "Schulden von den alten Rechnern" Listen von ausstehenden Bürgerrechtsgeldern, die z.T. auch als "abgeschriebene Schulden" aufgeführt werden.³⁹⁹ Es fällt

³⁹⁵ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 171, S. 63. Es müsste auch genauer abgeklärt werden, inwieweit Bürgerssöhne überhaupt in den Bürgerbüchern auftreten. Vergleicht man beispielsweise die Neubürgerlisten der Stadtrechnungen mit denjenigen im Bürgerbuch von 1415-1477 stimmt die Anzahl Einträge in der Regel nicht überein. Ein Grund liegt darin, dass das Rechnungsjahr nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmt und daher einzelne Namen je nach Quelle in zwei verschiedenen Jahren erscheinen. Weiter dürfte die Abweichung darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil derjenigen Neubürger, denen das Bürgerrecht geschenkt worden war, nicht in den Stadtrechnungen verzeichnet wurden und viele Gelder verspätet eingingen und in der Rubrik Schulden eingetragen wurden. Ganz allgemein müsste in Bezug auf die Frage nach der Vollständigkeit die vorhandenen Quellen mit Bürgeraufnahmeeinträgen, Bürgerbücher, Ratsprotokolle, Stadtrechnungen, genauer miteinander verglichen werden.

³⁹⁶ StA Nö, Missiven 1457.

³⁹⁷ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 171, S. 63, C 189, S. 69. Als Vergleich soll noch auf die Bestimmungen in Augsburg hingewiesen werden. 1366 wird dort die Aufnahmeerleichterung für eingeheterte Neubürger mit anderen Formen des erleichterten Zugangs zum Bürgerrechts eingeführt. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 86.

1444 enthält das Nördlinger Ratsprotokoll den Eintrag, dass Claus Lewpolt, ein Schuster, ins Bürgerrecht aufgenommen wurde. Weiter wird festgehalten, dass er 5 Pfund Bürgergeld leisten solle, wenn er „*eins burgers tochter nympt*“. Falls er aber eine „*uswendige*“ ehelichen sollte, müsste er 7 Pfund leisten. RP 1439-1454, fol. 160v.

³⁹⁸ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 210, S. 79.

³⁹⁹ Nicht nur Nördlingen kämpfte mit der schlechten Zahlungsmoral der Neubürger. Dies zeigt beispielsweise ein Eintrag aus den Zürcher Stadtbüchern. Ein gewisser Heintzman Iltis, der vor „*etwz zîtes*“ Bürger von Zürich geworden war, begehrte aus dem Bürgerrecht entlassen zu werden. Die Stadt sicherte ihm unter der Bedingung

auf, dass nach der Einführung der sieben Gulden als Bürgergeld 1422, der Betrag von fünf Gulden weiterhin am häufigsten gezahlt wurde⁴⁰⁰; ein Hinweis darauf, dass die Mehrheit der Neubürger eine Bürgerin Nördlingens ehelichte und daher den tieferen Tarif entrichtete.⁴⁰¹

Welche Voraussetzungen mussten die Neubürger erfüllen, um in Nördlingen aufgenommen zu werden? Die Bedingungen, die an die Bewerber gestellt wurden, änderten sich z.T. im Laufe der Zeit, entsprechend der Politik der jeweiligen Stadtoberkeit. Favorisierte der Rat die Zuwanderung, wurden die Hürden niedrig gesetzt. Änderte sich die Haltung, wurde die Einbürgerung erschwert. Eine Möglichkeit der Selektion war, die Vermögensgrenze nach oben zu verlegen. Diese Taktik wurde in Nördlingen wie erwähnt zwischen 1350 und 1420 praktiziert. Ein durchgängig wichtiger Aspekt bezüglich der Einbürgerungen in Nördlingen sind die Verwandtschaftsbeziehungen. Vasarhelyi zeigt auf, dass im Zeitraum von 1451 bis 1550 zwischen zwei Drittel bis drei Viertel der eingewanderten Männer eine Bürgerin geheiratet haben,⁴⁰² und Schnurrer weist auf, dass sowohl die patrizischen Familien als auch die Mittelschicht Nördlingens und Dinkelsbühls vielfach verwandtschaftlich miteinander verbunden waren.⁴⁰³ Zieht man in Betracht, dass im ersten Bürgerbuch aus den 1380er Jahren die Mehrheit der Bürger bereits in der Stadt ansässige Verwandte waren, stellt sich die Verwandtschaftsbeziehung neben dem finanziellen Hintergrund als der wichtigste Aspekt, der die Einbürgerung ermöglichte und begünstigte, heraus. Verschiedene Einbürgerungseinträge im Ratsprotokoll von 1439-1454 zeigen, dass auch Gesellen das Bürgerrecht erlangen konnten. Wie wichtig die Ehe als Voraussetzung für die Aufnahme ins Bürgerrecht auch für Männer war, zeigen beispielsweise die zwei Einträge für Paul Durer und Michel Han. In beiden wird darauf hingewiesen, dass sie noch ledig seien. Es wird also vorausgesetzt, dass sie in kurzer Zeit heiraten werden. Da die Ehefrau aber noch nicht feststand, wurde festgehalten, dass die Neubürger je nachdem ob sie eine Nördlinger Bürgerin oder eine Auswärtige/Nichtbürgerin ehelichen würden, ein Bürgergeld in der Höhe von 5 oder 7 Gulden leisten müssten.⁴⁰⁴

freien Abzug zu, dass er zuerst die drei Gulden, die er der Stadt noch von der Bürgeraufnahmegebühr her schuldig war, bezahle. Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. Nr. 52, S. 264 (20. Sept. 1414).

⁴⁰⁰ Im Jahre der Einführung der neuen Aufnahmegeldtarife erscheinen auch mehrere über 7 Gulden liegende Beträge in der Stadtrechnung; z.B. 10, 12, 17, 24, 27 Gulden. StA Nö, RB 1423, fol. 3r.

⁴⁰¹ Vasarhelyi, "Einwanderung," S. 140.

⁴⁰² Ibid. S. 141, Anm. 6, S. 131/132.

⁴⁰³ Schnurrer, "Nördlingen und Dinkelsbühl," S. 303. Die zahlreichen wechselseitigen Bürgerrechtsaufgaben und -annahmen führten immer wieder zu Konflikten, insbesondere wenn es sich um finanziell potente Bürger handelte.

⁴⁰⁴ StA Nö, RP 1439-1454, fol. 185r. Siehe auch ebd., fol. 187r.

„Michel Han ein sneyder von Kirchen ein lediger geselle....“ ebd. S. 150.

Ein weiteres wichtiges Motiv für eine Einbürgerung konnte das Gewerbe des Neubürgers sein. Herrschte in Bezug auf ein bestimmtes Gewerbe ein Mangel, versuchte die Stadtobrigkeit entsprechende Handwerker mit Steuervergünstigungen anzuwerben.⁴⁰⁵ Häufig wurde ihnen die Bürgeraufnahme- und die Zunftgebühr erlassen, allerdings verbunden mit der Auflage, die vereinbarte Frist von meist fünf Jahren in der Stadt zu bleiben oder im Falle eines früheren Wegzugs die Gebühren nachzuzahlen.⁴⁰⁶

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurde in Nördlingen, wie in verschiedenen anderen benachbarten Reichsstädten in dieser Zeit, die eheliche Geburt zur Voraussetzung, um als Bürger aufgenommen zu werden.⁴⁰⁷ Eine weitere Voraussetzung war in der Regel, dass nur freie Personen als Vollbürger aufgenommen wurden.⁴⁰⁸ So wurden 1468 beispielsweise Hans Wagner von Baldingen und Barbara seine Tochter zu eingessessenen Bürgern aufgenommen. Seinen übrigen Kinder, die eigen seien, wurde die Aufnahme ins Bürgerrecht verwehrt.⁴⁰⁹ Ein ähnlicher Fall begegnet uns 1489 im vierten Bürgerbuch. Peter Vetter der Schreiber tritt ins Nördlinger Bürgerrecht ein. Seine sechs Kinder bleiben jedoch Leibeigene des Grafen von Öttingen und können deshalb nicht mit ins Bürgerrecht aufgenommen werden. Erst die Kinder, die noch geboren würden, sollten Anteil am Bürgerrecht des Vaters haben.⁴¹⁰

4.4.1.3 Vermögenssteuern

Bereits aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts gibt es einzelne Hinweise darauf, dass eine allgemeine Vermögenssteuer erhoben wurde.⁴¹¹ So ist beispielsweise im Stadtrecht von 1348/50 eine erste ausführlichere Bestimmung zur Steuererhebung enthalten. Die Formulie-

⁴⁰⁵ Siehe oben.

⁴⁰⁶ z.B. StA Nö, BB 3, fol. 15r, BB 4, S. 23.

⁴⁰⁷ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 167, S. 62. Z.B. in Leutkirch um 1500. Müller, "Bürgerrecht." S. 172f.

⁴⁰⁸ Schulz, "Norm der Ehelichkeit."

⁴⁰⁹ StA Nö, BB 3, S. 8v. Vermutlich handelt es sich bei Barbara um eine Tochter aus erster Ehe mit einer freien Frau. In zweiter Ehe scheint Hans Wagner mit einer Leibeigenen verheiratet zu sein. Da der Status der "ärgeren Hand" folgt, können diese Kinder nicht ins Bürgerrecht aufgenommen werden.

⁴¹⁰ "Peter Vetter der schriber ist fu(e)nff Jar unser bürger worden und hat den gemain burger aid geschworn, und nach dem Dorothee sein elich hüsfraw Gráf Wolfgangs zu(o) Oting ligaigen gewesen ist, hat er die ledig gelassen, aber sechs kind so die egema(e)chit. Itzo haben und Gra(e)f Wolfgangs aigen sein sollen sein im bürgerrecht nit gefast, sondern allain die künftigen kinder, so sy füro überkomen möchten, und sein das die sechs kind: Wolfgang Sebastian Thomas Otilia Anna Magdalena. Actum Sant Hilarien tag 1489." StA Nö, BB 4, 112.

⁴¹¹ Dorner, Steuern Nördlingens. S. 23. Kudorfer, ed., Nördlingen. S. 142ff.

rung im ersten Satz lässt vermuten, dass zu diesem Zeitpunkt nicht jährlich eine direkte Steuer erhoben wurde: "... wenne oder welhes jausrs wir uf uns ain stiuwer setzen und nehmen wollen...".⁴¹² Spätestens ab 1399 erhob der Rat dann jährlich eine Vermögenssteuer. Aus diesem Jahr ist das erste Steuerbuch der für das 15. Jahrhundert fast vollständig überlieferten Reihe erhalten.⁴¹³ Den einzelnen Bänden lässt sich die Höhe des Steuerfusses entnehmen.⁴¹⁴

Besteuert wurde der ganze Besitz, liegende und fahrende Habe, in gleicher Höhe. Steuerfrei waren einzig Harnisch und Waffen.⁴¹⁵ Das Festsetzen der Vermögenshöhe erfolgte über die Selbsteinschätzung der Steuerzahler, die vor den Steuerrn, im 15. Jahrhundert gleichzeitig die Stadtrechner, einen Steuereid ablegen mussten.⁴¹⁶ Gesondert werden die Räte und die Zunftmeister aufgeführt, die dank ihrer Stellung beispielsweise vom Wachtgeld befreit waren.⁴¹⁷ In den Stadtrechnungen wird vermerkt, dass den Ratsherren, *"do sie die stür gaben"*, 32 lb hl überreicht wurden.⁴¹⁸

Ausser den "regulären" Steuerzahlern entrichteten auch die Gedingbürger eine festgesetzte gedingte Steuer. Dabei handelte es sich nicht nur um Aus- und Pfahlbürger. Auch Mitglieder alteingesessener Familien nutzten diese Form des Bürgerrechtsverhältnisses, um einen finanziellen Vorteil aus den Sondersteuervereinbarungen zu ziehen. Paul Zingel beispielsweise wurde 1433 erneut in Nördlingen als Bürger aufgenommen und verpflichtete sich, in der Stadt

⁴¹² Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. B 16, S. 20.

⁴¹³ StA Nö, Steuerbücher. Kurze Beschreibung in Dorner, Steuern Nördlingens. S. 38f. Verschiedene Rubriken im Steuerbuch: Die Steuerzahler werden nach Gassen geordnet aufgeführt. Danach wird die "Ehaltensteuer" aufgeführt, gefolgt von der Steuer für geistliche Häuser, den Gedingbürgern, den Gedingleuten sowie der Steuer, die die Räte und Zunftmeister entrichteten.

⁴¹⁴ Anfangs des 15. Jahrhunderts liegt er bei 1,66 Prozent und sinkt in den 1410er Jahren auf ein Prozent und 1427 sogar auf ein halbes Prozent. Steuerbuch 1410. Ibid., S. 29-30.

Auch in den 1440er pendelt der Steuerfuss zwischen einem und einem halben Prozent. Z.B. Steuerbuch 1445, fol. 2r: *"Dis jars hat man die stur gesworn von hundert guldin ein guldin zu geben uf zway zil. Das erst si zu Sant Martins tag, daz ander zil zu Sant Ulrichs tag nechstkunfftig."* Steuerbuch 1448, fol. 1r: *"Ditz ist ein gesworne stur von hundert guldin ein halber gulden, als man die yngenomen hat nach Martini ..."*

Zwischen 1449 und 1467 blieb der Steuerfuss auf der Höhe von einem Prozent, um die durch die Schwierigkeiten und Konflikte der 1440er Jahre aufgelaufenen Schulden abbauen zu können. Nach 1467 wurde der Steuerfuss wieder auf ein halbes Prozent gesenkt und auf diesem Niveau bis Ende des 15. Jahrhunderts beibehalten. Steuerbuch 1495, fol. 1r: *"Anno 1495 hat man stewr gelobt und geschworen und geben von aller hab, nichts ussgenomen dann harnasch, ungeverlich e von hundert guldin ain halben guldin..."*.

⁴¹⁵ Steuerbuch 1410. *"Es sol iederman sweren, daz er alles sin gu(o)t verstüre, als lieb es im sy, nihtz ussgenomen denn(e) harnasch und wa(e)ffen, ie von sechtzig guldin einen gulden ze geben, oder von sechtzig pfunden eyn pfund uf den tag."*

⁴¹⁶ Dorner, Steuern Nördlingens. S. 35f. Siehe auch Steuerbuch 1414, letzte Seite: *"Ds sol yederman sweren, daz er alles sin gu(o)t verstu(e)re, als lieb es im sy(e,) ussgenomen dann harnasch und waffen, ye von sechtzig guldin eynen guldin ze geben, oder von sechtzig pfunden eyn pfund uff den tag."*

⁴¹⁷ Ibid. S. 52.

⁴¹⁸ StA Nö, RB 1420, fol. 23r.

zu steuern und zu dienen wie andere Bürger.⁴¹⁹ Das Vertragsverhältnis unterlag auch keiner zeitlichen Beschränkung. Abweichend zu einem regulären Bürgerrechtsverhältnis war die Vereinbarung, dass ihm freies Abzugsrecht zugesichert wurde und er von Abzugssteuerzahlungen befreit war.⁴²⁰

Den Bürgerbüchern und einzelnen Gedingbriefen lässt sich entnehmen, dass es auch immer wieder Personen gab, die von der Steuer befreit wurden.⁴²¹ Oft handelte es sich dabei um Handwerker, an deren Zuzug der Stadtobrigkeit gelegen war, oder um städtische Amtleute.⁴²² Diese Gruppe setzt sich sowohl aus Bürgern als auch aus Gedingleuten⁴²³ zusammen. Letztere sind nicht mit der Mehrheit der Einwohner gleichzusetzen, da sie einen eigenen Vertrag mit der Stadtobrigkeit abgeschlossen haben. Mit den Handwerkern, die teilweise oder ganz von der Steuer befreit wurden, vereinbarte die Stadt, dass die Steuergeschenke im Falle eines frühzeitigen Wegzugs nachgezahlt werden müssten. Dies eine Bestätigung der These, dass die Stadtobrigkeit das Gedingbürgerrecht oft als Vorstufe zum Vollbürgerrecht ansah.⁴²⁴ Einzelne Steuerzahler entrichteten einen fixen einmaligen Betrag und wurden im Folgenden von weiteren Steuerzahlungen befreit. Diese Form der Sondervereinbarung ist allerdings nur selten belegt.⁴²⁵

Die Einnahmen aus den jährlichen Vermögenssteuern sowie den gedingten Steuern variierten in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts zwischen 1401 und 3387 Gulden und in der zweiten Hälfte zwischen 1423 und 3293 Gulden.⁴²⁶ Neben den regulären jährlichen Vermögenssteuern erhob der Nördlinger Rat in Krisenzeiten zusätzliche ausserordentliche direkte

⁴¹⁹ Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, dass die Situation ähnlich wie in Augsburg und Konstanz aussah. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 149ff. Siehe für Konstanz Kapitel 5.4.3.

⁴²⁰ StA Nö, U 5286 (1433).

⁴²¹ *"Maister Fridrich Herlin von Rotemburg ist mit ainem rat überkomen und unser burger worden sein lebtag, und hat in ain ra(o)t sin lebtag gefriert stürens wachens raisens und grabens, doch so sol er in ain zunft komen und der statt gesatz und gebott halten. Und was er gu(o)tzer koufft erarbt oder uberko(e)me, das in unser statt stür gelegen wer, dasselb gu(o)t solt er verstüren, als ein ander unser burger..."*. StA Nö, BB 3, fol. 5r (13. Juli 1467). Siehe auch U 4852 (1488). In der Regel handelt es sich dabei um Handwerker.

⁴²² Siehe StA Nö, BB 3+4. In einem Gedingbrief von 1488 für einen Plattner wird festgehalten, dass er für die vereinbarte Frist von Steuer und Wacht befreit sei. *„Was mit hausfrau, kindern und ehalten läuft, wie bei andern bürgern ir burgerrecht und zunfft gelihen und geschenkt und jedes jars ... versprochen siben guldin. Solang ich bi inen beleib, auch berait sibentzig guldin zuo aufbruch gelihen, die ich inen an mein vortail bezalen sol, lut des schuldbriefs sy von mir haben. Ich soll auch die zeit bey inen stur und wacht fry sein, usgenommen ungelt..."* StA Nö, U 4852 (1488). Vergleiche auch oben, wer von Bürger- und/oder Zunftgeld befreit wurde.

⁴²³ 1428 wurde beispielsweise Wilhelm aus Lüneburg für drei Jahre zu einem geschworenen Apotheker aufgenommen. Sein Gedingbrief enthält den Passus, dass er *„bedarffe in der zyt weder stewr noch wachgelt noch grabgelt nit geben“*. StA Nö, U 4536 (1428).

⁴²⁴ Z.B. StA Nö, BB 3, fol. 15r.

⁴²⁵ Im Rechenbuch von 1407 ist der folgende Eintrag enthalten: *"Item aber 100 gulden von Sophyen sto(e)ssin uf die selben ziit, umb daz als sie ir lebtag stu(e)r frey sitzen sol."* StA Nö, RB 1407, fol. 12r.

Steuern. Insbesondere in den 1440er Jahren häuften sich in Nördlingen die Erhebungen von Sondersteuern. 1441 wurden die Nördlinger zur Mitfinanzierung der Kornversorgung in dem Krisenjahr 1437 beigezogen.⁴²⁷ Zwei Jahre später wurde eine "Rosssteuer" angesetzt. Diese Sondersteuer diente dazu die Zahl berittener Söldner senken zu können, indem Bürger dazu verpflichtet wurden Pferde zu halten oder sie durch die Sondersteuer zu finanzieren. Das Steuerbuch von 1443 enthält die entsprechenden Steuerbestimmungen.⁴²⁸ Bereits im folgenden Jahr wurde erneut eine ausserordentliche Abgabe erhoben. Sie setzte sich aus einer Vermögens-, einer Verbrauchs-, einer Kopf- und einer Erwerbssteuer zusammen.⁴²⁹ Auf die fünf ausserordentlichen Vermögenssteuern, die in den folgenden Jahrzehnten noch angesetzt wurden, soll an dieser Stelle nicht mehr näher eingegangen werden. Es zeigt sich aus den vorangegangenen Ausführungen, dass die Nördlinger insbesondere in den 1440er Jahren einer beträchtlichen finanziellen Mehrbelastung ausgesetzt waren. Die zusätzlichen Abgaben im Zusammenhang mit den sich häufenden aussenpolitischen Konflikten bewirkten um die Mitte des 15. Jahrhunderts Änderungen in Bezug auf die verschiedenen Sonderrechtsgruppen.⁴³⁰

Neben der regulären Vermögenssteuer kannte Nördlingen eine Kopfsteuer für Dienstboten. Seit 1442 betrug sie acht Pfennige und brachte der Stadt eine jährliche Einnahme von 100 bis 200 Pfund.⁴³¹

⁴²⁶ Siehe Tabelle 23 im Anhang.

⁴²⁷ Vermögen bis 100 Gulden wurden mit einem Pfund, darüber pro 100 Gulden mit einem weiteren Pfund besteuert. Kleinere und mittlere Vermögen wurden dementsprechend bedeutend stärker belastet. Dorner, Steuern Nördlingens. S. 79ff.

⁴²⁸ *"Und ist den die ross gehalten, hand an irer stur abgelassen von eim pferd 10 guldin und von eim halben pferd 5 gulden und von eim viertail an eim Pferd 2,5 gl / Und ob einen mynder zu stur geben, den im vom pferd geburt, hat dasselb haben wir im hinuss geben und uf sein stur ernollet / Summa sumaris aller stur 1008 gl und 920 lb und 14 gl und Rossstur 372 gulden / Davon haben wir hinugeben, den die pferd gehalten hand und sovil an der stur nit schuldig waren zu geben, als daz pferd halten angeslagen ward, von eim pferd 10 gulden von eim halten funff gulden Tut ein Summ 59 gl 1 ort."* StANö, Steuerbuch 1443, fol 42v.

⁴²⁹ Die Vermögenssteuer betrug 1 %. Das Weinungelt wurde von acht auf zwölf Mass pro Eimer erhöht. Weiter fand eine Erhöhung des Mahlungeldes statt. Zusätzlich wurde eine Gebühr für Weidevieh erhoben. Dann wurde der Getreidehandel zusätzlich besteuert und die unterschiedlichen Gewerbe mit zusätzlichen Abgaben belegt. Detailliert beschrieben in Dorner, Steuern Nördlingens. S. 82-87.

⁴³⁰ Siehe unten Kapitel 4.4.3.

⁴³¹ Steuerbuch 1442, fol. 36v: *"Item von den ehalten, als man von einem yeden 1 beh hat genomen, tut an einer Summe 130 lb 8 den, aber 3 beh."* Steuerbuch 1443, fol. 1r: *"... und von einem yeglichen gedintgen ehalten, der lon dient, ein beheim groschen durch die Stat hinweg."*

4.4.1.4 Wach- und Grabgeld / Wehrdienst

Eine Kopfsteuer, die von der ganzen Einwohnerschaft Nördlingens zu leisten war, war das Wachtgeld. Erstmals ist diese Abgabe 1318 in den Quellen belegt. Wie in anderen Städten lösten die Einwohner mit der Wachtgeldzahlung nicht ihre Pflicht, persönlichen Wachtdienst zu leisten, ab, sondern leisteten einen Beitrag zur Entlohnung der zusätzlich engagierten Wächter. Zur Wachtgeldzahlung von jährlich 48 Pfennigen waren alle Einwohner sowie die Besitzer von städtischen Liegenschaften verpflichtet. Immer wieder wurde einzelnen die Zahlung der Abgabe nachgelassen und Witwen mussten nur die Hälfte des regulären Betrags leisten. Eine Ausnahme bildeten die Ratsmitglieder, die aufgrund ihrer Amtspflicht von der Zahlung des Wachtgeldes befreit waren. Das Wachtgeld wurde von eigens dazu eingesetzten Wachtgeldsammlern eingezogen, die oft Teile der Einnahmen verspätet an die Rechner ablieferten.⁴³² 1446 wurde ein Wachtgeldsammler der Veruntreuung von Geldern überführt und sein Haus und sonstiger Besitz als Kompensation gepfändet.⁴³³ Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts dienten den Einziehern des Wachtgeldes⁴³⁴ die Steuerbücher als Grundlage, um die Zahlungspflichtigen zu bestimmen. So ist in den entsprechenden Bänden auf jeder Seite unterhalb der aufgeführten Namen jeweils eine Zahl eingetragen, die sich auf die Anzahl der eingenommenen Wachtgelder bezieht.⁴³⁵ Die jährlichen Einnahmen der Stadt aus dieser Abgabe waren beträchtlich und konnten in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts über 400 Gulden betragen.⁴³⁶ In den 1480er Jahren ging man dazu über, die Zünfte mit dem Einziehen des Wachtgeldes zu beauftragen. Die Einnahmen wurden nach Zunft gesondert ins Wochenbüchlein und erst in einem zweiten Schritt ins Rechenbuch eingetragen.⁴³⁷

⁴³² Vielfach lassen sich Zahlungen von Wachtgeldeinnahmen im Schuldenteil der Rechnungsbücher finden.

⁴³³ *"Item vom Johannes, der daz wachgelt gesampnot hat, und daran untrewlich funden ward, daz man In strafft haben wir naoch funden und yngenommen umb daz huse und sein plunder und barschaft Und ist seiner schulden und seins plunders noch mer vorhanden. 189 gl und 704 lb 18 s 2 heller".*

StA Nö, RB 1446, fol. 4v. In der Stadtrechnung von 1447 sind noch Einnahmen von 46 lb 2 S 2 hl. aus dem Verkauf des Hauses und des *"plunders"* eingetragen. RB 1447, fol. 3r.

⁴³⁴ 1499 betrug der Lohn der Wachtgelter 16 Gulden pro Jahr. StA Nö, RB 1499, fol. 100v.

⁴³⁵ 1464 wurde Balthasar Brügel erneut zum Wachtgeltsammler bestellt. Als Lohn erhält er 20 Gulden muss aber auch die Verantwortung für nicht eingegangene Beträge übernehmen. Vier Jahre später wird er erneut in seinem Amt bestätigt. Neu ist die Auflage, dass er das Wachtgeld vierteljährlich abliefern muss und *es "nit wievor uf ainander komn lass"*. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Diener- und Amtleutebuch, Nr. 36b, S. 430 und Nr. 44a, S. 433. Dorner, Steuern Nördlingens. S. 51f.

⁴³⁶ Vergleiche Tabelle 23 im Anhang.

⁴³⁷ *"It als die zunfft das wachgelt under in selbs daz jar von ii quottempren einbracht, haben sie geben, als das von yeder zunfft in sonderhait im wochenbu(e)lin inder wochen xxx geschriben stat. 748 lb 29 den."* StA Nö, RB 1485, fol. 7r.

Eine verwandte Abgabe ist das "Grabgeld", das sich von der Pflicht, sich am Bau der Stadt zu beteiligen, ableiten lässt.⁴³⁸ Den Steuerbüchern ist zu entnehmen, dass es sich um eine Mischform von Kopfsteuer und einer die Vermögensverhältnisse berücksichtigende proportionale Abgabe handelt. Das Grabgeld wurde in Nördlingen zwischen 1407 und 1448 erhoben und dazu verwendet, den Bau der Befestigungsanlagen mitzufinanzieren.⁴³⁹

Eine weitere wichtige Bürgerpflicht war der Wehrdienst, den die Bürger persönlich leisteten, falls sie nicht einen Ersatzmann stellten. Die militärische Ausbildung und Organisation wurde im 15. Jahrhundert von den Zünften übernommen.⁴⁴⁰ Zusätzlich zum regulären Wehrdienst konnten die Einwohner im Kriegsfall zu Sondersteuern beigezogen werden.⁴⁴¹ Auch während des Kriegs von 1499 wurde von den Bürgern ein "*Raysgelt*" eingezogen. Die Einnahme betrug 1697 Gulden.⁴⁴²

4.4.1.5 Abzug

Die Bürger verpflichteten sich bei Aufnahme ins Bürgerrecht mindestens fünf Jahre lang in der Stadt zu bleiben. Wollten sie vor Ablauf dieser Frist wegziehen, mussten sie dieses Anliegen vor dem Rat stichhaltig begründen. Im Bürgereid von 1415 wird dies folgendermassen formuliert: "*... und fu(e)rest in den fu(e)nf jaren von der stat, so tētest deinem aȳd nit recht, dich tribe dann ehaffte not hinuss.*"⁴⁴³ Will ein Nördlinger Bürger in den fünf Jahren oder danach sein Bürgerrecht aufgeben, muss er vor versammeltem Rat persönlich um "*urlaub*" bitten.⁴⁴⁴

⁴³⁸ Dorner, Steuern Nördlingens. S. 54.

⁴³⁹ Voges, Nördlingen. S. 116. Auch in Rothenburg wurde im 14. Jahrhundert der Grabdienst der Bürger durch ein Grabgeld abgelöst, mit dem die Tagelöhner bezahlt wurden, die für den Bau der Gräben und Mauern eingesetzt wurden. Rudolf Walter Bezold, Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber (1172-1803) (Nürnberg: 1915). S. 40/41.

⁴⁴⁰ Voges, Nördlingen. S. 127.

⁴⁴¹ Siehe oben beispielsweise die Rosssteuer von 1443.

⁴⁴² Dieser Betrag enthielt auch Zahlungen von den "*pfleger ettlicher gotzhewser*". Die einzelnen Beträge scheinen in Register eingetragen worden zu sein, die "*in der lad*" liegen. StA Nö, RB 1499, fol. 39r. Zusätzlich wurden noch Einnahmen von Gedingbürgern und -leuten sowie den Juden verzeichnet. Die Endsumme der Einnahmen betrug 2294 Gulden.

⁴⁴³ StA Nö, BB 2, 1.

⁴⁴⁴ "*Und wann ir von uns ziehen wollet, so sollt ir urlaub vor offem rats von uns nehmen und sonst nit.*" Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. B 49, S. 26. In Augsburg war es den abzugswilligen Bürgern spätestens ab 1451 untersagt, "*durch schrift oder botschaft*" aufzusagen, "*dann ain ieglicher burger sol bey geswornem aide selbs personenlich für rate komen und das bürgerrecht ufsagen.*" Christian Meyer, ed., Das Stadtbuch von Augsburg, insbesondere das Stadtrecht von 1276 nach der Originalhandschrift zum ersten Male herausgegeben und erläutert

Im Verlaufe der zweiten Hälfte des 14. und des ganzen 15. Jahrhunderts änderten sich die finanziellen Forderungen, die von der Stadt an die wegziehenden Bürger gestellt wurden. 1350 wurde von den abzugswilligen Bürgern verlangt vor dem Rat zu erscheinen. Dieser bestimmte, mit welchem Betrag sich der Betreffende an den Schulden der Stadt beteiligen musste.⁴⁴⁵

Ende des 14. Jahrhunderts wird in einer Ratsverordnung festgehalten, dass bei Abzug der vierte Pfennig zu entrichten sei, d.h. 25 % des veranschlagten Vermögens. Weiter wird verlangt, das liegende Gut im Steuerbereich der Stadt innert Jahresfrist zu verkaufen.⁴⁴⁶ 1434 wird die Höhe der Abzugssteuer beträchtlich gesenkt, nämlich auf den zehnten Pfennig.⁴⁴⁷ Bereits fünf Jahre später wird die Abzugssteuer wieder mit dem vierten Pfennig veranschlagt. Um 1450 beschloss der Rat, um Nördlingen für Neuzuzüger auch in einer Krisenzeit attraktiv zu machen, bei der Bürgeraufnahme Vergünstigungen in Bezug auf die Abzugssteuer zu gewähren.⁴⁴⁸ Dies führte zu einer Missstimmung innerhalb der Stadtbevölkerung und zu wiederholten Diskussionen im Rat, die sich in den Ratsprotokollen nachlesen lassen. Erst 1481 wurde der Abzugssteuersatz für alle auf 10 Prozent gesenkt.⁴⁴⁹ Betrachtet man die jährlichen Einnahmen aus der Abzugssteuer, so erstaunt es, wie tief sie in vielen Jahren ausfallen.⁴⁵⁰ Es stellt sich deshalb die Frage, inwieweit es daran liegt, dass die Abzugssteuer oft verspätet gezahlt wurde und deshalb entsprechende Einnahmen ins nicht überlieferte Schuldenbuch eingetragen wurden. Oder ob die Abzugssteuer gegen von der Stadt noch geschuldete Beträge aufgerechnet wurde, oder auch wenigstens teilweise erlassen wurde. Einen sehr grossen Einnah-

(Augsburg: 1872). Nr. 31, S. 289. Auch in Ulm wurde das persönliche Erscheinen vor dem Rat gefordert. Isenmann, "Bürgerrecht." S. 211f.

⁴⁴⁵ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte.

⁴⁴⁶ Ibid. Nr. C 151, S. 56.

⁴⁴⁷ Ibid. Nr. 186, S. 68.

⁴⁴⁸ Dies lässt sich den Bürgerbüchereinträgen aus dieser Zeit entnehmen. Dass sich ab der Mitte des 15. Jahrhunderts die Einbürgerungspolitik der Stadtobergkeit änderte, zeigt sich unter anderem auch darin, dass in der zweiten Hälfte des 15. Jh. den Neubürgern häufiger das Bürgergeld wenigstens teilweise erlassen wurde.

„An mitwuchen vor geory ist Hans von Ebnat rechter yngessener geswornen burger worden und ist eingessenen.“ Er traf mit dem Rat die Vereinbarung „uff den zehend pfennig“. Zusätzlich wurde ihm noch das Bürgerrecht geschenkt. Dieses Beispiel zeigt die Auswirkung zweier Ratserlasse auf. Aufgrund eines Pfahlbürgerverbots für Handwerker wurde Hans von Ebnat, bis anhin wohl ein Pfahlbürger, eingebürgert. Er liess sich auch in der Stadt nieder, aber es wurden ihm Sonderkonditionen in Bezug auf die Abzugssteuer zugestanden. StA Nö, RP 1439-1454, fol. 190v.

⁴⁴⁹ Dorner, Steuern Nördlingens. S. 49-51.

⁴⁵⁰ Siehe Tabelle 23 im Anhang. Es gibt allerdings einige Jahre, in denen die Abzugssteuerzahlungen im vierstelligen Guldenbereich liegen.

meposten bildet die Abzugssteuer 1466. In diesem Jahr enthält die Rechnung den Eintrag, dass die Einnahmen aus der Abzugssteuer 4224 Gulden betrugen.⁴⁵¹

Gleich hoch wie das Gut wegziehender Bürger wird der Besitz wegziehender Kinder und das aus der Stadt abgezogene Erbe besteuert. In mehreren Bestimmungen wird festgehalten, dass das Gut, das ein Bürger seinen nach ausserhalb verheirateten oder in den geistlichen Stand tretenden Kindern mitgibt, auch mit dem zehnten Teil vernachsteuert werden solle.⁴⁵² Wenn ein *"usman auch icht gute oder habe bei uns herinne ererbet, und daz er hinus von uns ziehen wollte, der solt ie auch den zehenden teile herinne der stat lassen."*⁴⁵³ Ende des 15. Jahrhundert wird in einem Ratserlass festgehalten, dass der Stadt aufgrund des *"wegzugs"* von *"ewigen und järlichen zinsgülten"* grosse Einnahmeverluste erwüchsen. Deshalb sollen dieselben besteuert werden, wie liegende Güter.⁴⁵⁴ In den seriellen Verwaltungsquellen finden sich Informationen zur praktischen Umsetzung der Abzugsbestimmungen; einerseits im zweiten und vierten Bürgerbuch, das auch Einträge zur Aufgabe des Bürgerrechts enthält⁴⁵⁵, andererseits in den Rechnungsbüchern, die einen Einblick in die Höhe der Einnahmen aus der Abzugssteuer gewähren. Auch in Bezug auf die Abzugssteuer gibt es eine beträchtliche Anzahl an Sondervereinbarungen. Ein Grossteil der Gedingbürger und die Pfahlbürger waren von der Abzugssteuer befreit. Oder präzisiert gesagt, ihre gedingte Steuer enthielt, soweit sie eine entrichteten, bereits eine Entschädigung für die Abzugssteuer. So enthält der Gedingbrief des Bleichmeisters die Formulierung: *„... si mich zu ainem burger uffgenommen haben nach irer statt recht und gewohnait, darumb ich in und irer statt verbunden sin und tun sol, als ain burger zuo Nördlingen schuldig ist zeton, dan ussgenomen, daz ich umb dy stur und nachstur ain geding mit in han, daz ich in dy nachsten funff jar yeds besunder funff rh gulden ze stur und fur all ander sachen und nach denselben funf jar; ob ich dann von dannen fur, dhain nachstur sol geben“*.⁴⁵⁶

In den Bürgerbüchern und Steuerbüchern gibt es Einträge, die einen Abzug auf Zeit beschreiben. Dem Bürger wird erlaubt, für eine vereinbarte Anzahl Jahre ausserhalb der Stadt

⁴⁵¹ Summe 4224 gl. StA Nö, RB 1465, fol. 14v.

⁴⁵² Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Und siehe Sonderbestimmungen Thomas Vischer und Vergleich mit Schaffhausen.

⁴⁵³ Ibid. Nr. C 186, S. 68.

⁴⁵⁴ Ibid. Nr. C 206, S. 75.

⁴⁵⁵ Beispielsweise gibt am 21 Juli 1486 Jacob Ostermar sein Bürgerrecht auf: *"Jacob Ostermair hat sein burgerrecht ufgeben, und er des erlassen, doch was sich im Burgerrecht verlossen hat, hinder sich Recht geben und nehmen actum fritag vor Maria Magdalene Anno 86."* StA Nö, BB 4, S. 87.

⁴⁵⁶ StA Nö, U 4572 (1439).

seinen Wohnsitz zu nehmen, ohne dass er sein Bürgerrecht verliert. Als Gründe für den vorübergehenden Auszug wurde in der Regel „*armut*“ und „*notdurft*“ der Betreffenden angegeben. Ausserhalb der Stadt sollte es ihnen möglich sein, ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familien wieder zu erwerben. Voraussetzung dafür ist, dass der Bürger weiterhin sein Gut wie zuvor versteuert.⁴⁵⁷ So wurde beispielsweise Balthasar Engkingern erlaubt für fünf Jahre in den Dienst eines Buchdruckers zu treten, da ihm, seiner Ehefrau und seinen Kindern dieser Dienst nützlich und „*erschiesslich*“ sei. Der Ort wird erstaunlicherweise nicht erwähnt. Betont wird aber, dass der Engkingern in der Zeit seiner Abwesenheit allen seinen Bürgerpflichten nachkommen müsse.⁴⁵⁸ Aber nicht nur arme Handwerker nahmen dieses Recht in Anspruch, auch Mitgliedern aus bedeutenden Patrizierfamilien wurde eine begrenzte Abwesenheit aus Erwerbsgründen zugestanden. In diesen Fällen handelte es sich um ein Entgegenkommen der Stadtobrigkeit, die versuchte mit dieser Zwischenlösung zu verhindern, dass reiche Steuerzahler die Stadt verliessen. Jacob Slossen wird 1423 beispielsweise erlaubt, für vier Jahre Nördlingen zu verlassen, wenn er weiterhin „*sein gut verstüre(n), die weil und auch davon tuon als ein ander burger mit wachen und ander und sins guots ist 300 gl, burg sein bruder Endris Sloss*“.⁴⁵⁹ Die Forderung nach einem Bürgen bringt die Besorgnis der Stadtobrigkeit zum Ausdruck, dass der zeitweilig weggezogene Bürger für immer wegbleiben könnte, ohne seine Abzugssteuer zu entrichten. Eine weitere Vorsichtsmassnahme von städtischer Seite war deshalb, den Abzug nur für wenige Jahre (1-5) zu erlauben.

4.4.2 Beisassen

Die überlieferten normativen Quellen enthalten wenig Informationen über die Gruppe der Nördlinger Beisassen. Einige wenige Hinweise sind im Bürgerbuch, in einer Urkunde und in den Ratsprotokollen zu finden. Laut dem zweiten Bürgerbuch wurde es 1426 einigen Personen gestattet, in der Stadt zu wohnen. Sie wurden dazu verpflichtet, dieselben Leistungen wie

⁴⁵⁷ Z.B. StA Nö, BB 2, S. 167 (1423, 1433), S. 175 (1451). Eine weitere Möglichkeit bestand darin, für die gewährte Zeit einen festen jährlichen Steuerbetrag zu verlangen. StB 1426, 43v.

⁴⁵⁸ StA Nö, BB 4, S. 201 (1503): „*Balthassar Engkingen hat ain rat auff sein vleissig bitt, als er ain dienst bey aim buchtrucker oder bu(o)chführer überkam, der im und seinem weib und kinden nützlich und erschiesslich sein sólt, die fünff Jar, die zeit er gemelkten dienst angenommen hett, gettwillig erlapt, doch das er nichtzit desterminder mit stéwren wachen und andern aim Rat gehorsam und gewártig sei und alles das handle und thue, was er burgerrechtshalben verpflichtet sei...*“.

⁴⁵⁹ StA Nö, BB 2, S. 167.

die Bürger zu erbringen, und falls es die Bürger so wollten, ins Bürgerrecht einzutreten.⁴⁶⁰ Bei diesen Einträgen handelt es sich allerdings um Einzelfälle. In der Regel ist diese Einwohnergruppe in den Steuerbüchern fassbar, wo sie mit ihren Steuerbeträgen vermischt mit den Bürgern aufgeführt wird. 1440 wird im Ratsprotokoll festgehalten, dass „*man einen durchgang oder umbganck geton*“ habe und diejenigen, „*di nit burger waren*“, aufgeboten habe. Um in der Stadt bleiben zu können, mussten sie dem Rat die Treue schwören.⁴⁶¹ Der Begriff „*mydwoner*“ von Nördlingen wird in Urkunden von 1442 verwendet, die nicht von der Stadt selber ausgestellt wurden. Die Stadt Nördlingen und alle Männer über 14 Jahren werden von Mane-golt, Freigraf von Frigenhage angeklagt. In der Anklage erfolgt der Aufruf, dass alle „*mydderborgers*“ und „*mydwoners*“ vor Gericht erscheinen sollen.⁴⁶² 1458 wird in einer Missive von den „*pey woner*“ in Nördlingen gesprochen.⁴⁶³ Vermutlich hatten die Beisassen in weiten Teilen⁴⁶⁴ dieselben Pflichten und Rechte wie die Bürger und es bestand deshalb kein Grund, ihren Rechtsstatus in den normativen Quellen eigens zu thematisieren. Eine in den Quellen gut fassbare Sondergruppe der Nördlinger Beisassen stellen die bereits oben besprochenen Gedingleute dar.⁴⁶⁵ Den Ratsprotokollen lässt sich entnehmen, dass sie zum Teil eine gedingte Steuer entrichteten und teilweise auch wie die Bürger steuerten. Einige leisteten dazu den Wachtdienst, andere sowohl den Wacht- als auch den Grabdienst.⁴⁶⁶

4.4.3 Christliche Gedingbürger

Die Gruppe der Ausbürger und Pfahlbürger wird in den Nördlinger Quellen mit „*burger mit geding*“, „*pfalburger*“ oder in der Mehrheit der Fälle einfach mit „*burger*“ bezeichnet. Es handelt sich um eine heterogene Gruppe, die sich aus verschiedenen Untergruppen konstituiert. Einerseits sind es adlige Ausbürger, die mit der Stadt ein Bürgerrechtsverhältnis eingehen, dessen Interessenschwerpunkt auf der Schutzverpflichtung und der Erweiterung des städ-

⁴⁶⁰ „*Ulrich Eplin von Ammenbach ist gegonnet hie inn zu sitzen, und wan die Burger wollen, so sol er burgerrecht geben, aber er sol die weil tun als ein ander burger.*“ StA Nö, BB 2, S. 165.

⁴⁶¹ StA Nö, RP 1439-1454, S. 146.

⁴⁶² Walther E. Vock, Gustav Wulz, ed., Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1436- 1449 (Augsburg: 1968). Nr. 2192, S. 83.

⁴⁶³ StA Nö, Missiven 1456.

⁴⁶⁴ Zu den Rechten, die ihnen nicht zugestanden wurden, wie beispielsweise das aktive und passive Wahlrecht siehe Kapitel 1.2 und 1.4.2.

⁴⁶⁵ Siehe oben Kapitel 4.4.1.3.

⁴⁶⁶ StA Nö, RP 1439-1454, S. 147. Der Graf von Oettingen: S. 149.

tischen Einflusses im Umland liegt. Andererseits handelt es sich um Pfahlbürger, bei deren Aufnahme wirtschaftliche Interessen im Vordergrund gestanden haben dürften.

Die verschiedenen Gruppen im extramuralen Bürgerrecht treten uns im Nördlinger Stadtrecht, in den drei überlieferten Bürgerbüchern, den Steuerbüchern, den Ratsprotokollen und einer grossen Anzahl Urkunden entgegen.

4.4.3.1 Aufnahme

Die überlieferten normativen Quellen enthalten nur wenige Informationen zur Rechtsgruppe der Gedingbürger.⁴⁶⁷ Im Stadtrecht von 1348 wird beispielsweise vorgegeben, dass die Stadt keinen *"Bürger mit Geding"* aufnehmen soll.⁴⁶⁸ Trotz dieses Verbots sowie dem allgemeinen Verbot der Pfahlbürgeraufnahme in der Goldenen Bulle von 1356 betrieb die städtische Obrigkeit in einem geringen Ausmasse eine Pfahlbürgerpolitik⁴⁶⁹, die im ersten Bürgerbuch von 1385-1387 dokumentiert ist.⁴⁷⁰ Annähernd die Hälfte der Neubürgereinträge bezieht sich auf Bürger mit Geding, die in der Regel am Ende eines Jahres aufgelistet wurden. Die Einträge sind kurz und enthalten neben dem Namen des Neuaufgenommenen und dem Jahr Angaben zur Höhe des Pauschalsteuerbetrags und die Feststellung, dass die Betreffenden für fünf Jahre als Bürger aufgenommen werden. In keinem der Einträge wird der Begriff Ausbürger oder Pfahlbürger verwendet. Auch die Neuaufgenommenen mit Geding werden wie alle anderen Neubürger als *"burger"* bezeichnet.⁴⁷¹ Aus den Bürgerbucheinträgen geht allerdings nicht klar hervor, ob es sich bei den Bürgern mit einer gedungenen Steuer um Pfahlbürger oder um in

⁴⁶⁷ Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 35f.

⁴⁶⁸ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. B 129, S. 36.

⁴⁶⁹ Kalesse erklärt die gesteigerte Pfahlbürgeraufnahme in Augsburg in den 1380er Jahren unter anderem mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein der süddeutschen Reichsstädte, das durch den Zusammenschluss im Schwäbischen Städtebund gefördert wurde. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 138.

⁴⁷⁰ Auch in Esslingen wurden trotz Verbote von Reichsseite her in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts Ausbürger aufgenommen. In den Quellen sind sie u.a. in den Steuerlisten fassbar, in denen sie in einer separaten Rubrik aufgeführt wurden. 1387 und 1388 werden zwei Arten von *"usburger"* unterschieden: Die *"usburger"* und die *"gemainen usburger"* oder *"die andern ussburger gemain"*. Die zwei Gruppen werden getrennt in die Steuerbücher eingetragen, ohne weitere Angaben dazu. Vermutlich handelte es sich bei der zweiten Gruppe um nicht-adlige Pfahlbürger, die im Durchschnitt weniger steuerten. StA E, SB 1387, fol. 13v, 34v; SB 1388, fol. 12r, 34r.

⁴⁷¹ *"Wir die bürger des rates der stat Nordlingen bekennen und tün künt offenliche an disen brieffe von allermeinglichs, das wir den erbern Hansen von Hüsen, des heiligen rijchs, und unser Stat Nordlingen, und uns ze burger enpfangen und uffgenommen haben ..."*. StA Nö, U 5284 (1421).

Nördlingen ansässige Gedingbürger handelte.⁴⁷² Für die Annahme, es handle sich um eine Mischung aus intra- und extramuralen Gedingbürger, spricht Folgendes: Einerseits handelt es sich beim letzten Eintrag um die Aufnahme eines Pfahlbürgers, und zwar um den Pfarrer von Eglingen, der sich verpflichtete, jährlich 10 Pfund Steuern zu entrichten.⁴⁷³ Bei ihm handelt es sich also um einen extramuralen Gedingbürger. Andererseits wurden in den Augsburger Bürgerbüchern die Geding- und die Pfahlbürger bis 1382 auch gemeinsam aufgeführt.

Erst 1416 wird das Verbot Bürger mit Geding aufzunehmen aufgehoben und laut einem Stadtrechtseintrag war der Rat befugt, *"burger mit geding"* aufzunehmen, und zwar *"bider man oder frawe, sie sein edel, burger oder bawrslüte"*, solange es der Stadt von Nutzen sei.⁴⁷⁴ Die Gesetzesänderung widerspiegelt sich in einer steigenden Aufnahme von Aus- und Pfahlbürgern, deren Namen uns in einer erheblichen Anzahl von Urkunden, den Steuerbüchern und dem zweiten Bürgerbuch von 1415 bis 1477 überliefert sind. Im mittleren Teil des umfangreichen zweiten Bürgerbuches sind die Aufnahmen der extra- und intramuralen Gedingbürger verzeichnet, eingerahmt von den Aufnahmelisten der „Vollbürger“ und den Einträgen, die sich auf die Aufnahme von Juden und deren Rechtsstellung beziehen.⁴⁷⁵ Parallel zu den Einträgen im zweiten Bürgerbuch ist eine Fülle von Bürgerbriefen von Gedingbürgern erhalten geblieben. Erste Urkunden dieser Art sind bereits aus dem 14. Jahrhundert überliefert, aber erst nach der Verordnung von 1416 beginnt die Zahl kontinuierlich zu steigen und erreicht in den 1440er Jahren ihren Höhepunkt.⁴⁷⁶ Eine beträchtliche Anzahl der Ausbürger aus dieser Zeit gehörte dem Landadel aus der Umgebung Nördlingens an. Interessant waren für die Stadt diejenigen Neubürger und Neubürgerinnen, die nicht nur ihren Wohnsitz in der Stadt suchten, sondern deren Verträge mit der Stadt auch herrschaftliche Komponenten enthielten, d.h. dass sie mitsamt ihrem Besitz ins städtische Bürgerrecht eintraten. Die Stadt erhielt mittels dieses Bürgerrechts Einflussmöglichkeiten auf Herrschaftskomplexe an strategisch wichtigen Punkten in ihrem Umland.⁴⁷⁷ Allerdings wurde Nördlingen in seinem Streben nach der Ausbildung eines eigenen Territoriums durch die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stark beeinträchtigt.

⁴⁷² Analog wurde die Begrifflichkeit im ersten Ravensburger Bürgerbuch von 1324 bis 1436 gehandhabt; es wird kein Unterschied in der Bezeichnung von Bürgern, Ausbürgern und Pfahlbürgern gemacht, der Begriff "Pfahlbürger" wird nicht erwähnt. Müller, "Bürgerrecht." S. 182.

⁴⁷³ StA Nö, BB I, fol. 3r. (1387)

⁴⁷⁴ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 190, S. 69/70.

⁴⁷⁵ StA Nö, BB 1415-77, fol. 147-208.

⁴⁷⁶ Dem Ratsprotokoll von 1448 kann man entnehmen, dass sich in diesem Jahr 31 Personen im Pfahlbürgerverhältnis zur Stadt befanden. Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 75. Diese Entwicklung entspricht der Situation in Augsburg, wo im Vorfeld des Zweiten Städtekrieges die Aufnahme von Ausbürgern intensiviert wurde. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 146.

Die Reichsstadt stand in ständiger Konkurrenz mit den Grafen von Oettingen, die sich im Territorialisierungsprozess im Ries durchsetzen konnten, indem sie den selbständigen Adel weitgehend dominierten und die meisten Klöster ihrer Vogtei unterwarfen.⁴⁷⁸ Diese Entwicklung schränkte die Möglichkeiten Nördlingens, durch politische Verbindungen ihren Einfluss im Umland zu verstärken, empfindlich ein. Eine weitere Möglichkeit im Kriegsfall Zugriff auf umliegende Burgen zu haben, bestand für die Stadt darin, deren Besitzer als Söldner in ihre Dienste aufzunehmen.

1451 ändert Nördlingen seine Politik in Bezug auf die Aus- und Pfahlbürgeraufnahme. Im Stadtrecht wird festgehalten, dass alle Pfahlbürger, die ein Handwerk ausüben⁴⁷⁹, ins Bürgerrecht der Stadt eintreten müssen, d.h. dass sie *"an stewren, wachen und allen anderen sachen"* heben sollen, wie andere Bürger in Nördlingen.⁴⁸⁰ Weiterhin sollten diejenigen Pfahlbürger in ihrem Rechtsstatus verbleiben und weiterhin aufgenommen werden können, die *"iren schlechten pfenning von irem erbe oder iren gu(o)ten, nutzungen und gülden zerent und dheinerlai gewerb anders treibent, des dan der schenck, metzger und becken, schuster und der gemain man durchus genüsset und nicht engiltet"*.⁴⁸¹ Diese Bestimmung war eine der städtischen Massnahme um den akuten finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen. Die dem Erlass vorausgehenden Jahre waren geprägt durch die zwei Städtekriege und die entsprechend gewachsene Schuldenlast der Stadt. Da die Pfahlbürger offensichtlich über bessere steuerliche Konditionen verfügten, sah das städtische Gewerbe in ihnen eine zunehmende Konkurrenz mit finanziellen Vorteilen, die es unter seine Kontrolle bringen wollte. Trotz dieser Bestimmung kann man für die folgenden Jahre feststellen, dass die Zahl der Ausbürger, mit Ausnahme von Witwen⁴⁸², zurückging. Auffallend ist, dass nach dem Verbot des Pfahlbürgerinstituts die Zahl der *"gemainen pactleut"* kontinuierlich anstieg.⁴⁸³ 1455 enthalten die Steuerlisten 60 Namen in der Rubrik der gemeinen Gedingleute gegenüber 11 Ausbürgern. 1461 enthält das Steuerbuch unter der Rubrik *"gemain pactgelt"* den Eintrag, dass die gemeinen Gedingleute nicht geson-

⁴⁷⁷ Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 75ff.

⁴⁷⁸ Ibid. S. 25.

⁴⁷⁹ Dabei handelt es sich um die *"gemeinen"* Gedingleute. Ab den 1440er Jahren werden die Gedingleute unter zwei Rubriken geführt. Die erste heisst *"burger mit gedinge"* und enthält die *"ehrbaren"* Gedingbürger. Die zweite heisst *"von den die nit burger sint"*. Allerdings ändern die Rubrikentitel immer wieder im Verlauf der Jahre. Z.B. heisst es im Steuerbuch von 1452: *"Cum pacta sedentes"* und *"die mit geding sitzen"*. StB 1452, fol. 67v, 68r. Allerdings heisst es dann bei der Summenberechnung: *"Summe von pfalburgern"*. Fol. 70v. 1455 gibt es eine Rubrik für *"usswendig burger"* und *"ettlicher erber pfalburger stewr, die mit geding sitzen"*. StB 1455, fol. 56v, 59v/60r. *"Stewr von gemeynen pactlewten"*. Fol. 61v.

⁴⁸⁰ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 208, S. 79/80.

⁴⁸¹ Ibid.

⁴⁸² Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 83. Für Augsburg Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 145.

dert aufgeführt werden, sondern in den normalen nach Strassen geführten Steuerlisten enthalten sind.⁴⁸⁴ In den Finanzverwaltungsquellen lässt sich während der 1440er und 1450er Jahre eine Ausdifferenzierung der verschiedenen Rechtsgruppen und ihrer Steuerzahlungen beobachten. In einem ersten Schritt findet eine Gliederung der Steuerzahler mit Geding statt. Es gibt die „*burger mit geding*„ und die Personen, die unter der Rubrik „Mit Geding„ zusammengefasst werden. Es handelt sich dabei um die Gedingleute. 1440 werden diese Steuerzahlungen noch mit „*von den die nit burger sint*„ überschrieben.⁴⁸⁵

Mitte der 1450er Jahre wird eine zusätzliche Rubrik mit dem Titel „*usswendig burger*“ eingeführt. Bei diesen Personen handelt es sich um Nördlinger Bürger, die aufs Land hinauszogen waren und ihren Wohnsitz ausserhalb der Stadt genommen hatten. Dabei dürfte es sich nicht um Bürger gehandelt haben, die aus wirtschaftlicher Not heraus für wenige Jahre ausserhalb der Stadt ihr Auskommen suchten⁴⁸⁶, sondern um Mitglieder wirtschaftlich potenter Nördlinger Familien, welche die Stadt nicht als Bürger verlieren wollte, weshalb sie eine neue Form des extramuralen Bürgerrechts einführte.⁴⁸⁷ Ab den 1460er Jahren hatte sich die neue Rubrikenordnung durchgesetzt; sie blieb für die nächsten 30 Jahre bestehen. In drei gesonderten Rubriken werden die „*uszwendig burger*“, der Besitz geistlicher Institutionen und die „*erbaren pfalburger die mit geding hie sitzen*“ aufgeführt. Die gemeinen Gedingleute gehen in den regulären Steuerlisten im ersten Teil der Steuerbücher auf. Zusammenfassend kann man sagen, dass dieser Verlauf in Nördlingen einer allgemeinen Entwicklung im Pfahlbürgerwesen entsprach. Diese Form des städtischen Ausgreifens ins nähere Umland wurde allerdings zunehmend verdrängt durch effizientere Instrumente der Umlandpolitik, wie bürgerlicher und städtischer Grundbesitz oder Erwerb von Herrschaftsrechten.⁴⁸⁸ Über die Aufnahmemodalitäten für diese Rechtsgruppen sind den Quellen wenige Informationen zu entnehmen. Vermutlich fand die Aufnahme auch vor versammeltem Rat statt und wurde von den Neubürgern mit

⁴⁸³ Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 82.

⁴⁸⁴ „*sind im stewrbu(o)ch nit gesundert worden*“. StA Nö, StB 1461, fol. 67v. Ein Eintrag im Rechenbuch von 1475 weist allerdings darauf hin, dass die Gedingleute zu dieser Zeit in einem gesonderten Buch aufgeführt wurden. Rubrik „*Pactgelt*“: „*Item von patleüten ist ditz jars gefallen, die im patbuoch stand mit des waiblings ... die auch in der Summe sind 6 gl, 333 lb 18 S 2 hl.*“ StA Nö, RB 1475, fol. 5r.

⁴⁸⁵ Siehe oben, Kapitel 4.4.1.3.

⁴⁸⁶ Ibid.

⁴⁸⁷ 1460 gehören zwei der drei eingetragenen Haushaltsvorstände zur Familie Struss, einerseits *Frantz Strus von Giengen* und *Hans Straws von pflumloch*. StA Nö, StB 1460, fol. 66v. Auch in den Augsburger Quellen tritt in den 1450er Jahren erstmals die Bezeichnung der „*extraney cives*“ auf. Es handelt sich um Augsburger Bürger, die ihren Wohnsitz ausserhalb der Stadt nahmen. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 139. In Luzern konnten Bürger mit Erlaubnis des Rates unbeschränkte Zeit auf dem Land wohnen, wenn sie Steuern zahlten und eine Vertretung für den Wachtdienst stellten. Marchal, „Pfahlburger.“ S. 350.

⁴⁸⁸ Für Nördlingen siehe Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 31ff, S. 107ff.

einem Eid beschworen. Wie die „Vollbürger“ wurden sie dazu verpflichtet dem Bürgermeister und dem Rat gehorsam zu sein, die Gesetze zu respektieren und ihr Recht vor den städtischen Gerichten zu nehmen. Zum Teil stimmen einzelne Bestimmungen wörtlich mit Passagen aus dem Bürgereid von 1415 überein.⁴⁸⁹

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts werden die Ausbürger zu einem grossen Teil dazu verpflichtet, in der Stadt ansässig zu sein. In derselben Zeit nahm die Stadt eine beträchtliche Anzahl Söldner, die aus derselben Bevölkerungsgruppe stammten, in ihren Dienst auf. Zum Teil standen die Ausbürger vor ihrer Aufnahme ins städtische Bürgerrecht bereits als Söldner im Dienste der Stadt. Verschiedene Rechtsstatus, wie *"uszwendig burger"*, Söldner und Bürger mit einem landwirtschaftlichen Engagement auf dem Land, führten dazu, dass der Bürgerbegriff zuweilen unklar wurde und sich die verschiedenen Gruppen von Ausbürgern und adligen Bürgern nicht mehr so leicht unterscheiden liessen.⁴⁹⁰ Für den gesamten Zeitraum von 1350 bis 1500 galt die Regelung, dass Gedingbürger kein Aufnahmegeld zu leisten hatten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Nördlingen im Gegensatz zur Ausbürgerpolitik der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts nur in einem äusserst begrenzten Rahmen Pfahlbürgerpolitik betrieb.

4.4.3.2 Steuern

Weltliche Gedingbürger

Ein zentraler Punkt in den Gedingbürgerverträgen ist die Vereinbarung der Höhe der gedingten Steuer. Die extra- und intramuralen Gedingbürger leisteten im 15. Jahrhundert Beträge zwischen zwei und zwanzig Gulden. Mit der Zahlung dieses Pauschalbetrags lösten sie ihre Vermögenssteuer-, Wacht-, Bau- und Abzugssteuerpflicht ab.⁴⁹¹ Ein Grossteil der Geding-

⁴⁸⁹ StA Nö, BB 2, S. 1. Siehe für den Vergleich auch unten Kapitel 4.4.4.2.1

⁴⁹⁰ Siehe Marchal, "Pfahlburger." S. 350.

⁴⁹¹ *"Ich Sebolt Berlin von Dinckelsphuhel tu(o)n kunt allermenglichs ... und sol und will in die funff Jahre ye des jars besunder funff gu(o)t rinsch gulden uff den wissen sunntag geben fur stur graben und wachen..."*. StA Nö, BB 2, S. 154 (1432).

bürgerverträge wurde mehrheitlich nur auf eine Person, wobei es sich um Männer und Witwen handelte, ausgestellt.⁴⁹² Die Ehefrauen hatten nicht automatisch Teil an diesem Bürgerrechtsverhältnis und in der Mehrheit der Fälle wurden deshalb die Steuerkonditionen für den Besitz der Ehefrau mit aufgeführt. Im Gegensatz zur gedingten Steuer des Gedingbürgers versteuern die Ehefrauen ihr Gut in der Regel wie andere Bürger, d.h. sie mussten Vermögenssteuer, Ersatz für Wach-, Grabdienst und Wehrdienst sowie Abzugssteuern dafür leisten. Die unterschiedlichen Besteuerungskonditionen von Ehepartnern sind auf verschiedene Konstellationen zurückzuführen. Häufig handelt es sich bei der Ehefrau um eine Nördlinger Bürgerstochter, die ihr Bürgerrecht beibehält und somit keine Abzugssteuern leisten muss.⁴⁹³ Der Ehemann wollte und/oder konnte nicht als Vollbürger ins Nördlinger Bürgerrecht aufgenommen werden, vermutlich aufgrund von Verpflichtungen gegenüber anderen Herrschaftsträgern und vielleicht auch aus finanziellen Gründen. Ein Beispiel dafür ist Dyemar von Rodan, der mit der Tochter von Antony Frickingen verheiratet war und 1453 als Pfahlbürger aufgenommen wurde.⁴⁹⁴ Ein Ausnahmefall ist Hans Felber, der Magdalen Medingen, *"die ein burgerin ze Nordlingen ist"*, geheiratet hat. Er trat nicht selber ins Bürgerrecht der Stadt ein, obwohl seine Frau Bürgerin derselben blieb. Detailliert wurde im Vertrag unter anderem vereinbart, wie er seinen Besitz in der Stadt zu versteuern habe und wo er Recht nehmen müsse. Es wird allerdings nie von einem Bürgerrechtsverhältnis gesprochen. Der Grund dürfte in seinem Verhältnis zu den Oettingern liegen. Gerade in Bezug auf die Gerichtssituation wurde sein Bündnis mit den von Oettingen ausgenommen.⁴⁹⁵ Ein einzelner Brief von 1441 ist für ein Ehepaar ausgestellt worden, Ytal von Westernach und Agnesa geborene von Laymberg, dementspre-

Erwerben oder erben sie nach ihrer Aufnahme ins Nördlinger Bürgerrecht Güter, die im Steuergebiet der Stadt liegen, sind sie verpflichtet, diese zu versteuern, wie andere eingesessene Bürger das tun. *"Jörg Fuchs den man nennet von Züpplingen"* wird als Bürger in Nördlingen aufgenommen und verpflichtet sich für Steuer, Wacht und Graben jährlich 2 Gulden zu leisten. Weiter wird in seinem Bürgerbrief festgehalten: *"... und ob ich deheinerlay ligende güter u(e)berkome, es wer durch keuff oder ander weg, die vor in irer stat stüren und gebieten gelegen weren, davon solt ich in tu(o)n und dieselben gu(e)t halten, als ein ander ir burger, nach iren stat gesetzt und gewonhait alles getrewlich und ungeverlich ..."*. StA Nö, BB 2, S. 187 (1440). Eine Ausnahmebestimmung enthält der Bürgerbrief von Jacob Fuchsart von 1429. Er verpflichtet sich jährlich 2 Gulden zu zahlen. Zusätzlich muss er das *"ligende gut"*, das er bereits im Gebiet der Stadt besitzt, gesondert wie andere Bürger versteuern. *"Ich Jacob Fuchsart ... was ich ligendes guts yetz by in han oder in dem zit kaufft, davon sol ich in besunder stür geben und thu(o)n, als ein ander ir burger von so vil ongeverde..."*. StA Nö, BB 2, S. 149 (1429). Kalesse, Bürger in Augsburg.

⁴⁹² Vgl. für Augsburg, Ibid. S. 137.

⁴⁹³ 1416 zog beispielsweise Lukas Rehm aus Augsburg für 5 Jahre nach Nördlingen. Er war mit Kathrin Frickingen, der Tochter des reichsten Nördlinger Bürgers, verheiratet. Er traf eine Vereinbarung, die ihn von der Zahlung einer Abzugssteuer für sein Vermögen befreite. Walther E. Vock, Gustav Wulz, ed., Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1400-1435, vol. 1 (Augsburg: 1965). Nr. 1309, S. 139.

⁴⁹⁴ StA Nö, U 5320. Frickingen gehörte einem einflussreichen Nördlinger Geschlecht an.

⁴⁹⁵ Ebd., BB 2, S. 150 (1434). *"... doch in dem allem u(e)ssgenommen mein gnedig herschafft von Otingen von solichs verschribnis und verbuntnuss wegen, als ich gen in verschriben und verbunden bin..."* Vergleiche mit Situation in Schaffhausen.

chend gelten für ihren gesamten Besitz dieselben Steuerkonditionen.⁴⁹⁶ Auch im Brief von Francis Strus, Mitglied einer bedeutenden Nördlinger Familie und "*an der zyt Burger zu(e) Hailprunn*", gelten für seinen und den Besitz seiner Ehefrau dieselben Steuerbedingungen. Er musste von seinem Besitz und auch von seines "*weibs hab*" jährlich 5 Gulden für "*stur, wachen und graben*" leisten.⁴⁹⁷ Im Brief für Thomas Vischer andererseits wird festgehalten, dass seiner Frau nach seinem Ableben dieselben Rechte wie ihm zustünden.⁴⁹⁸ Bei gleicher Besteuerung dürfte es sich bei beiden Ehegatten um "Auswärtige" handeln, oder wie im Falle von Francis Strus um einen ehemaligen Nördlinger Bürger, der vermutlich eine Heilbronnerin geehelicht hatte.⁴⁹⁹ Einige der überlieferten Gedingbürgerverhältnisse wurden mit Frauen eingegangen. Zu einem grossen Teil handelt es sich um adlige Witwen, die nach dem Tod des Ehemannes am Schutz der Stadt interessiert waren.⁵⁰⁰ Der Rat wiederum verfolgte seine herrschaftspolitischen Interessen. 1433 wurde mit Cristin von Sünthein auch eine verheiratete Frau mit der Erlaubnis ihres Mannes Hans von Gundoltzhein ins Nördlinger Bürgerrecht aufgenommen und dazu verpflichtet jährlich 5 Gulden zu leisten. Über die Beziehung ihres Mannes zur Stadt wird allerdings nichts erwähnt.⁵⁰¹ Interessant ist auch der Fall von Hans Slaysse, der 1420 unbefristet ins Nördlinger Bürgerrecht aufgenommen wird.⁵⁰² Die Steuerzahlung von 6 Gulden, die er pro Jahr für Steuer, Wachen und Graben entrichten muss, bezieht sich nur auf das Gut seiner Ehefrau „*des Strussen wib*“. Für sein eigenes Gut scheint er keine Steuern bezahlt zu haben, er verpflichtete sich aber, künftig erworbenes Gut in Nördlingen normal zu versteuern. Weiter enthält der Brief noch eine Sondervereinbarung über eine zu leistende Pauschalsumme für die Abzugssteuer beim Abzug aus der Stadt.

Ein weiterer zentraler Vertragspunkt in Ausbürgerverträgen war die Regelung der Wehrdienstpflicht, d.h. die gegenseitige Zusicherung von Schutz- und Unterstützungspflicht in Konflikten. In einigen Bürgerbriefen wird detailliert festgehalten, zu welchen Diensten die betreffenden Bürger der Stadt gegenüber im Kriegsfall verpflichtet sind. Thomas Vischer bei-

⁴⁹⁶ StA Nö, BB 2, S. 177.

⁴⁹⁷ Ebd., S. 181.

⁴⁹⁸ Ebd., S. 147.

⁴⁹⁹ Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 84.

⁵⁰⁰ Z.B. die Gräfin von Oettingen. Zu der Bürgerrechtsbeziehung zwischen der Stadt Nördlingen und den Grafen von Oettingen siehe Ibid. S. 84ff. Siehe allgemein zu Witwen, Ebd., Tabelle 1b: Adelige Gedingbürger in Nördlingen 1385-1517, S. 77. Auch in Augsburg begaben sich Witwen häufig in den Schutz der Stadt. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 145.

⁵⁰¹ StA Nö, U 5350 (1433).

⁵⁰² StA Nö, BB 2, S. 163, U 5356.

spielsweise wird dazu verpflichtet ein Pferd zu halten.⁵⁰³ Sebolt Berlin von Dinckelpühel hat im Falle einer Belagerung auf der Stadtmauer, dem Zwinger oder auf den Toren Dienst zu leisten, oder wenn es von den Räten gewünscht wird, mit ihnen ins Feld zu ziehen.⁵⁰⁴

In Bezug auf die indirekten Steuern enthalten die Bürgerbriefe wenig Informationen. Laut den Briefen von Wilhelm von Emershofen sowie Jacob Fuchshart musste der eine, wenn er Trinkwein ausschenke, dafür Ungeld zahlen, und der andere fürs Metausschenken pro Eimer Ungeld leisten.⁵⁰⁵ In vielen Briefen wird dieses Thema nicht angeschnitten, was die Vermutung nahelegt, dass indirekte Steuern grundsätzlich in jedem Fall geleistet werden mussten. Weiter gibt es auch einige wenige Einträge, laut denen mit der Pauschalsteuersumme alle Pflichten abgegolten wurden. Die Frage nach den Ungeldzahlungen scheint also unterschiedlich gehandhabt worden zu sein.⁵⁰⁶

Geistliche Ausbürger

In Nördlingen wurden wenige Kleriker oder geistliche Institutionen ins städtische Bürgerrecht aufgenommen.⁵⁰⁷ Wie in anderen Städten im Südwesten des Reiches war der Nördlinger Stadtobrigkeit daran gelegen, einerseits geistlicher Besitz, der im städtischen Gebiet lag zu besteuern⁵⁰⁸, andererseits die Klöster daran zu hindern in der Stadt einen eigenen Rechtsbereich, der ausserhalb des städtischen Zugriffs lag, zu errichten.⁵⁰⁹ In den Steuerlisten und

⁵⁰³ "Ob sie auch krieg hettn oder gewonnen und ross under in setzten und gebünten zehalten, oder ein gantz rosse stür nehmen. Wie offt das beschehe, so sol ich mit solchen kriege irenthalben von in unbekumert sein. Doch auch also, ob sie mich ein pferd hiessen halten, das solt ich tu(o)n, oder ich solt in die weile und alslang ye solche kriege wertent, ye yedes jars zwelff gulden ze ross sture fur das pferd halten geben. Nemen Sie aber nit ein gantz rossstüre, so solt ich auch ye uf solche zit by einer solchen sume, als sie den von ross wegen nehmen von der rossstewr wegen in zu geben bliben ongeverde". StA Nö, BB 2, S. 147 (1433).

⁵⁰⁴ "Beschehe aber, das sie krieg hetten oder gewonnen, da sol ich uff der stat muren in die zwinger oder zu der Stat Toren gan und sie und die stat helffen...". StA Nö, BB 2, S. 154 (1432).

⁵⁰⁵ StA Nö, U 5357 (1421) und U 5345 (1429).

⁵⁰⁶ Vergleiche unten Kapitel 4.4.4.7

⁵⁰⁷ 1310 wurde beispielsweise die Zisterze Kaisheim ins Nördlinger Bürgerrecht aufgenommen. Kiessling, Stadt und ihr Land, Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 61. 1357 wurde das Kloster Heilbronn ins Bürgerrecht aufgenommen. Es wird dazu verpflichtet eine einmalige Gebühr von 300 lb hl zu entrichten und von ihrem städtischen Besitz den jährlichen Steuerbetrag von 3,5 lb hl.

⁵⁰⁸ Handelte es sich um die Übertragung eines beweglichen Vermögenswertes, dann beanspruchte die Stadt seit dem 15. Jahrhundert Abzugssteuer. StA Nö, RB 1408, "von nachstür": "Item 15 gulden von den Karthusern von Engelin To(e)terin gu(e)ts wegen."

⁵⁰⁹ Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. B 12,13, A 35, C 209, C 219. Dorner, Steuern Nördlingens. S. 17ff.

So enthält beispielsweise das Bürgerbuch mehrere Einträge dazu, dass Geistliche ein neuerworbenes Stück Land, das auf städtischem Gebiet liegt, auch versteuern müssen. Weiter wird in den Einträgen geregelt, dass die Erben, wenn sie nicht selber Bürger der Stadt sind, die Grundstücke innert Jahresfrist an Stadtbürger verkaufen müssen.

Stadtrechnungen werden regelmässig Geistliche aufgeführt, die ihren Immobilienbesitz versteuern⁵¹⁰, und ab Mitte des 15. Jahrhunderts wird im Rahmen einer allgemeinen Ausdifferenzierung eine Rubrik *"Stewr von gaischlichen lúten"* in den Steuerbüchern eingeführt.⁵¹¹ Eine Vielzahl auswärtiger Klöster verfügte über einen Stadthof in Nördlingen. Die Besitzungen dienten dem Schutz in Kriegszeiten, als Sammelstelle von Gefällen und als Standort, um die klostereigenen Agrarerzeugnisse zu vermarkten. Hinsichtlich des ökonomischen Aspekts kam Nördlingen eine besondere Bedeutung zu. Das Ries wurde aufgrund der günstigen Bodenbeschaffenheit zu einem Gebiet mit einer hohen Getreideproduktion, die die Stadt Nördlingen zu einem Marktzentrum für landwirtschaftliche Produkte werden liess und ihr eine zusätzliche wirtschaftliche Bedeutung verlieh. Der Stadtobrigkeit war daran gelegen, auch von diesen klösterlichen Stützpunkten in der Stadt eine Steuer zu erheben. In den Steuerlisten findet man unter der Rubrik *"Stewr von húsern"* diverse Einträge von klösterlichen Kaufhäusern, die mit einem jährlich festgelegten Betrag versteuert wurden. So erscheint beispielsweise *"der von kirchein huse"* mit dem Betrag von einem Gulden immer wieder in den Steuerlisten.⁵¹² Es kam 1401 als Stiftung der Anna Töter in den Besitz des Zisterzienserklosters Kirchheim.⁵¹³ In der Regel entrichteten die Klöster für ihre Stadthäuser Beträge, die maximal fünf Pfund betrugen und somit für die Stadt nur eine unerhebliche Zusatzeinnahme darstellten. Eine Ausnahme bildete das Zisterzienserkloster Zimmern, das für sein Haus jährlich einen Betrag von 16 Pfund leistete.⁵¹⁴ Dabei wurden mit diesem gedingten Steuerbetrag unterschiedliche Pflichten abgedeckt. Mit dem Kloster Heilbronn vereinbarte die Stadt 1357 beispielsweise, dass mit dem Betrag von 3,5 lb hl die Steuer-, Wehr- und Wachtpflicht abgegolten sei. Anders verhält es sich in Bezug auf die Kartäuser, die 1435 für ihr Haus 2 Gulden für Steuer und Graben zahlen mussten. Es wird aber darauf hingewiesen, dass sie *"daz wachgelt"* zusätzlich geben müs-

StA Nö, BB 2, S. 172 (1433). *"Item her Hans Sase priester unser Stat kint sol gen der stat versturen ein wis, ist drew vierteil uf der obern lang wise, und ein wise uff der undern langen wise an Jacob Vosz becken, ist 1 tagwerk kosten baide 108 gulden gen der stat verdienen und versturen, und sturben die wissen in seiner hende gefielen sie dann sein erben, die zu Nordlingen burger weren, wol und gut, werden sie aber gaistlichen und uszluten, die nit burger weren, die sollten die in jarsfrist den nachsten, nach dem in die worden weren, verkauffen gen ain, der burger oder burgerin zu Nordlingen wer..."*. Im Steuerbuch von 1440 wird unter der Rubrik *"Stewr von husern"* der folgende Eintrag aufgeführt: *"von des pfarrers ewigen gelt und wissen"*.

⁵¹⁰ Z.B. *"Stewr von húsern"*: *"her Fridrich pfarrer zu(o) Pflu(o)mloch Liui den"*. StA Nö, StB 1425, fol. 41r.

"Gemains innemen": *"Item vi lb von pfaff Ristugls hus zwu(o) stúr"*. RB 1410.

⁵¹¹ StA Nö, StB 1452, fol. 70v. 1455, fol. 60v: *"Stewr von clo(e)stern, pfründhúsern und geistlicher lewt gütern"*.

⁵¹² StA Nö, StB 1423, fol. 38r.

⁵¹³ Vock, ed., UB Nördlingen 3. Nr. 946, S. 17. Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 73.

⁵¹⁴ z. B. StA Nö, StB 1423, fol. 38r. StB 1425, fol. 41r. StB 1430, fol. 47r.

sen, wenn es erhoben wird.⁵¹⁵ Wenigstens zum Teil mussten die entsprechenden geistlichen Institutionen sich auch an Kriegssondersteuern beteiligen. So beispielsweise 1499, als die Einnahmen der Pfleger der "*Gotzhewser*" interessanterweise gemeinsam mit denjenigen der Bürger und nicht denjenigen der Gedingbürger und -leuten verzeichnet wurden.⁵¹⁶

4.4.3.3 Abzug

Einer der grossen finanziellen Vorzüge des extra- und intramuralen Gedingbürgerrechts war, dass ihre Inhaber häufig von der Abzugs- und Erbschaftssteuer befreit waren. Befreit war allerdings nur der Besitz, den die Gedingbürger bei Bürgerrechtsaufnahme besaßen. Liegende Güter, die im Steuerbereich der Stadt lagen und nach dem Eintritt ins Bürgerrecht erworben oder geerbt wurden, wurden mit der regulären Abzugssteuer belegt. Eine Ausnahmevereinbarung traf die Stadt mit Thomas Vischer, in dessen Bürgerbrief von 1433 festgelegt wurde, dass er bei seinem Wegzug eine Pauschalsumme von 60 Gulden als Abzugssteuer leisten muss.⁵¹⁷ Seine Kinder werden allerdings von dieser Bestimmung ausgenommen und haben das Recht die Stadt zu verlassen, ohne für das mitgenommene Gut Steuern leisten zu müssen.⁵¹⁸ Eine Sonderregelung wurde in den Ratserlass von 1451 aufgenommen. Denjenigen Pfahlbürgern, die zur Einbürgerung aufgefordert wurden, wurde ein Sondertarif in Bezug auf die Abzugssteuer zugestanden. Er betrug den zehnten anstelle des vierten Pfennigs.⁵¹⁹ Nach 1451 enthalten einige Briefe den Zusatz, dass die Bürgerrechtsinhaber verpflichtet sind, Rechtsänderungen in Bezug auf die Abzugssteuer, die nach ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht erlassen werden, zu akzeptieren.⁵²⁰

⁵¹⁵ StA Nö, StB 1435, fol. 48r. In Esslingen lässt sich einer Urkunde über die Steuerbefreiung des Konvents des Klosters Weil entnehmen, dass dieses Kloster bis anhin in Kriegszeiten seinen Beitrag in der Form von bereitzustellenden Wagen geleistet hatte. Adolf Diehl, ed., *Urkundenbuch der Stadt Esslingen*, Band 1, *Württembergische Geschichtsquellen*, Bd. 4 (Stuttgart: 1899). Nr. 1141, S. 575.

⁵¹⁶ StA Nö, RB 1499, fol. 39r.

⁵¹⁷ StA Nö, BB 2, S. 147f.

⁵¹⁸ "... ob ich auch kinder by in wolt ussturen und die us ire stat geben, es wer zu elichen sachen, zuo geistlichen oder zu anderm leben, das mag ich tun und auch den meins guots geben, was ich will, also doch ich in noch irer stat davon nicht zetuon pflichtig sin on all geverde..." StA Nö, BB 2, S. 147. Vergleiche die Bestimmungen zur Benachsteuerung von abziehenden Kindern in Schaffhausen. Kapitel 6.4.1.4.

⁵¹⁹ Müller, ed., *Nördlinger Stadtrechte*. Nr. 208, S. 78.

⁵²⁰ Brief von Dyemar von Rodan von 1453: "Es wär dann, das auf die selben zeit ein ander gemayne gesatz zu Nordlingen von nachstewr wegen gemacht wa(e)re, die sollte mich als dann auch binden und enbinden und ich der auch geniessen oder engelten, als ander ir ingesessen burger on geverde, und was ich dann ligender guot oder gu(e)lte in ir stat oder stewr hette, die solt ich in nehster jarsfriste darnach gen iren yngesessen burgern verkauffen, on geverde und das alles han ich in bey trewen gelobt..." StA Nö, U 5320.

4.4.4 Jüdische Gedingbürger

4.4.4.1 Quellen

Den überlieferten Nördlinger Quellen kann man für das 14. Jahrhundert verhältnismässig wenige Hinweise auf die rechtliche Stellung der jüdischen Gemeinde entnehmen. Viel ergiebiger präsentiert sich die Situation für das 15. Jahrhundert. Das zweite Bürgerbuch (1415-1477) und das Zollbuch enthalten mehrere Ordnungen, in denen die rechtliche Stellung der Juden detailliert erläutert wird, sowie eine Reihe von Bürgeraufnahmeeinträgen. Für die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts vervollständigen zahlreiche Bürgerbriefe das Bild. Zusätzlich zu den Einträgen im städtischen Verwaltungsschriftgut wurden jeweils zwei Exemplare des individuellen Schutzbriefes erstellt.⁵²¹ Die Dokumente dienten *zu gu(o)ter urkund und geda(e)chtnus* der mündlich getroffenen Vereinbarung zwischen der Stadtobrigkeit und dem betreffenden jüdischen Neubürger.⁵²² Über die Abgabensituation informieren die beinahe lückenlos überlieferten Stadtrechnungen und Steuerbücher in ausführlicher Weise. Ergänzende Informationen lassen sich den zahlreichen Urkunden, Ratsbüchern, Missiven sowie den Pfandbüchern entnehmen.⁵²³

4.4.4.2 Die Modalitäten der Bürgeraufnahme

Informationen über die Aufnahmemodalitäten von Juden in Nördlingen setzen im 15. Jahrhundert ein. In den allgemeinen Aufnahmebestimmungen und in den individuellen Aufnahmebriefen wird festgehalten, dass die Juden von Bürgermeister und Rat zu Bürgern von Nördlingen aufgenommen werden⁵²⁴ und ihre Aufnahme mit dem jüdischen Eid beschwören. Nicht überliefert ist, wo und in welchem Rahmen die Aufnahme jüdischer Bürger stattfand.⁵²⁵

⁵²¹ "Der brieft haben die von Nordlingen einen und die obgenanten Mosse und Josep juden den andrn genommen". StA Nö, Urkunden Juden, Schutzbrief von Mosse und Josef, 1459.

⁵²² Ebd.

⁵²³ Vergleiche Kapitel 4.4.1.1.

⁵²⁴ Z.B. StA Nö, BB 2, S. 333. "Es ist zu wissen, das wir nachgeschriben juden mit den ersamen weisen burgermaistern und burgern des rates der stat Nordlingen unsern lieben herren mit bedachtem und gutem willen uberkomen sein und sint des hailgen reichs und irr stat burger worden...".

⁵²⁵ Es stellt sich die Frage, ob sie vor versammeltem Rat, wie im Falle der christlichen Neubürger, oder im Rathaus im Beisein einer Ratskommission oder in der Synagoge stattfand? Als einleitender Satz zum Judeid von 1474 wird geschrieben, dass dieser Eid in der Synagoge geleistet werden müsse. StA Nö, BB 4, S. 7-8 und 184. In einer Urkunde von 1414, die von mehreren Juden und Jüdinnen unterzeichnet wurde, steht: "und das ales ge-

Es ist davon auszugehen, dass die Juden nicht an den jährlichen Schwörtagen teilnahmen, obwohl im Ratsprotokoll von 1445 erwähnt wird, dass alle, "*die burger hie sint, oder burger-reht habent*", jährlich zusammen schwören sollen.⁵²⁶ Es stellt sich die Frage, wer vorgängig über eingehende Aufnahmeanträge beriet und entschied. Darüber enthalten die Nördlinger Quellen allerdings keine näheren Angaben. Aufgrund der zahlreichen Verwandtschaftsbeziehungen unter den einzelnen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde liegt der Schluss nahe, dass Vertreter derselben wenigstens eine beratende Funktion, wenn nicht ein Mitspracherecht hatten.

Ein weiterer Unterschied zu den christlichen Vollbürgern bestand darin, dass die jüdischen Bürger wie die christlichen intra- und extramuralen Gedingbürger kein Bürgergeld entrichten mussten.⁵²⁷ Ein markanter Unterschied zwischen dem christlichen und jüdischen Bürgerrecht ist, dass das jüdische nicht mit einem Ausschliesslichkeitsanspruch verbunden wurde. In der Ordnung von 1414 wird festgehalten, dass sich die Juden nur mit der Erlaubnis des Rates "*noch anderswa beherrschen*" dürften.⁵²⁸ Die Möglichkeit, in weitere rechtliche Beziehungen eintreten zu können, kam der jüdischen Seite sehr entgegen. Es ermöglichte den entsprechend vermögenden Haushaltsvorständen ihren Geschäftsbereich zu vergrössern und sich zusätzlich abzusichern. Dem städtischen Bestreben, einen möglichst geschlossenen Rechtsbereich in der Stadt zu bilden, läuft diese Bestimmung eher entgegen. Daher ist auch der Vorbehalt, dass die Erlaubnis des Rates eingeholt werden müsse, verständlich. Die Stadt wollte somit verhindern, dass die Juden in den Schutz eines ihnen nicht genehmen Herren traten.

loben wir, war und sta(e)t zu halten by gu(o)ten tru(e)wen uff die aide, die wir uf her moyses pu(e)chern liplich zu gut darumb gesworn haben ungefärlichen...". Jj Uk 1414.

⁵²⁶ StA Nö, RP 1439-1454, S. 39. Der Bürgereid enthielt christliche Elemente, die eine Teilnahme der Juden am Schwurritual ausschloss. Interessant ist die Unterscheidung von "Bürger sein" oder "Bürgerrecht haben". Vielleicht bezieht sie sich einerseits auf Vollbürger und intramurale Gedingbürger, andererseits extramurale Gedingbürger.

⁵²⁷ Die Nördlinger Stadtrechnung von 1407 enthält den folgenden Eintrag: "*Item 25 gl. von Falk juden uff Martini*

Item 6 gulden von sinem swiger Leon der ussbelib sins burgerrechtz". Da in den Stadtrechnungen in der Regel von Steuer oder von Synagogenzins gesprochen wird, stellt sich die Frage, ob in diesem Fall von einer Extraabgabe in Bezug auf die Aufnahme die Rede ist. Da eine entsprechende Formulierung später aber nicht mehr verwendet wird, dürfte es sich auch in diesem Fall um die reguläre jährliche Zahlung handeln.

⁵²⁸ StA Nö, Urkunden der Juden, Ordnung 1414.

4.4.4.2.1 Inhalt der Schutzbriefe und der Ordnungen

Bevor in Kapitel 4.4.4.3 näher auf die Abgaben der jüdischen Bürger im Vergleich mit den christlichen Einwohnern Nördlingens eingegangen wird, soll im Folgenden ein kurzer Überblick über die rechtlichen Bestimmungen in Bezug auf die jüdische Minderheit vor dem Hintergrund der rechtlichen Situation der christlichen rechtlichen Gruppen gegeben werden.

Wie die christlichen Gedingbürger wurden die Juden von der Stadtobrigkeit zu Bürgern des Reichs und der Stadt Nördlingen aufgenommen.⁵²⁹ Wie von allen anderen Bürgern wurde von den jüdischen verlangt die Gesetze der Stadt einzuhalten. Die Formulierung *"der stat getrew zu sein, iren schaden ze warnen, iren frummen ze fu(e)rder(n)"* aus der Bürgereidsformel⁵³⁰ von 1415 erscheint sowohl in den jüdischen Bürgerbriefen als auch in den Ausbürger- und Gedingleutebriefen.⁵³¹

Weiter wird in den Bürgerbriefen der Juden festgehalten, dass die jüdischen Haushaltsvorstände gemeinsam mit ihrem *"wyb"*, den Kindern und ihrem Besitz zu Bürgern des Reichs und der Stadt Nördlingen aufgenommen werden.⁵³² Die jüdischen Neubürger werden wie die christlichen Vollbürger mit Frau und Kindern ins Bürgerrecht aufgenommen. In der allgemeinen Ordnung von 1433 wird in jedem Abschnitt konsequent die Formulierung *"wir und unser wip"* verwendet.⁵³³ Ein Hinweis darauf, dass neben den Witwen häufig auch Ehefrauen im Geldleihgeschäft tätig waren und bei Abwesenheit des Mannes im Kontakt mit der Stadtobrigkeit standen.⁵³⁴ Dies steht im Gegensatz zu der Situation der christlichen intra- und extramuralen Gedingbürger.⁵³⁵ Die Ehefrau christlicher intra- und extramuraler Gedingbürger hatte nur dann am zeitlich begrenzten Bürgervertrag teil, wenn sie explizit als Mitinhabende des Bürgerbriefs erwähnt wurde. Insbesondere die Urkunden der Ausbürger enthalten zusätzlich zu den Bestimmungen über den Besitz des Inhabenden häufig Regelungen, die das Gut der

⁵²⁹ Aus der Ordnung von 1433: Die Juden *"sind des hailigen richs und ir stat burger worden"*. StA Nö, BB 2, fol. 333 (1433). Aus dem Paktbrief von Hans von Husen (1421): *"des heiligen rijchs und unser stat Nordlingen und uns ze burger enpfangen und uffgenommen haben..."*. U 5284.

⁵³⁰ StA Nö, BB 2, S. 1 (1415).

⁵³¹ StA Nö, Ordnung von 1447; U 5285 (1431). 1471 wird dem Kleriker *Georius Hochmu(o)t von Werd* die *"Capplany unser frowen in Sant Jo(e)rigen pfarrkirchen zu(o) No(e)rddlingen gelegen"* geliehen. Er verspricht dem Rat *"In und ir statt getrúw und gewa(e)r zu(o) sein und iren schaden, so verr ich mag und mir gebúrt, zu(o) warnen."* StA Nö, U 4306 (1471).

⁵³² Siehe unten Anmerkung 537.

⁵³³ StA Nö, BB 2, S. 333-334.

⁵³⁴ Martha Keil, *"und sie gibt Nahrung ihrem Haus"*. Jüdische Geschäftsfrauen im spätmittelalterlichen Aschkenas, in *Juden in Europa* (Frankfurt a.M.: 2003), 83-97.

⁵³⁵ Vergleiche für Augsburg: Kalesse, *Bürger in Augsburg*. S. 149ff.

Ehefrau, eine Nördlinger Bürgerin, betreffen. In der Regel unterliegt es den regulären Besteuerungsmodalitäten.⁵³⁶

Die Schutzfunktion der Stadt bezieht sich auf den steuernden Haushaltsvorstand und seine Familie ebenso wie auf die Verwandten und Bediensteten und das Hab und Gut aller im Haushalt lebenden Personen.⁵³⁷ Interessant ist der Schutzbrief von Mosse von Erfurt. Er wird 1462 zusammen mit seiner Ehefrau, seinen Kindern, seinem Vater Isaak, seinem Bruder Mordechai und zwei Kindern von Samson aufgenommen. Es wird explizit erwähnt, dass letztere vier ledig und unverheiratet seien und *"dehain hantierung weder mit uslyhen, noch mit andern sachen triben noch handeln solln"*. Weiter wird gesagt, dass sie alle nur *"ain schlecht beiwohnung bey"* Mosse haben sollen.⁵³⁸ Auch die Verwandten von Mosse geniessen den Schutz der Stadt, werden aber nicht ins Bürgerrecht aufgenommen und haben daher auch nicht das Recht, Geldleihe zu betreiben oder ein anderes Gewerbe auszuüben.⁵³⁹ Nicht alle Verwandten, die in Nördlingen Aufenthaltsrecht erhielten ohne Geld zu verleihen und im Haushalt eines steuernden jüdischen Bürgers lebten, waren steuerfrei. 1502 wird im Rechnungsbuch vermerkt, dass Josse für seine Mutter für die vergangenen vier Jahre ein Paktgeld von 4 Gulden entrichtet.⁵⁴⁰ Im Gegensatz zur Steuer der jüdischen Bürger, wird die Abgabe der im Schutz der Stadt stehenden Juden ab Mitte des 15. Jahrhunderts mit Paktgeld bezeichnet.⁵⁴¹

Den Schutzbriefen lässt sich entnehmen, dass die jüdischen Bediensteten nicht ins Nördlinger Bürgerrecht, sondern in den "Schutz und Schirm" der Stadt aufgenommen wurden. Ihre Aufenthaltserlaubnis in der Stadt, d.h. ihr Rechtsstatus war gebunden an ihre Tätigkeit im Haushalt des jeweiligen steuerzahlenden Haushaltsvorstandes. Es war ihnen verboten, Geldleihe zu betreiben oder eine gewerbliche Tätigkeit auszuführen. Andererseits mussten sie im Gegensatz zu den christlichen Bediensteten keine Abgaben leisten. Beim Gesinde der in

⁵³⁶ Siehe oben Kapitel 4.4.3

⁵³⁷ *"Es ist zuo heissen, das die ersamen und weysen burgermaister und ratt der stat zu Nordlingen, diese hernach geschriben juden mit namen Mosse juden, der von Tubingen zuo in gezogen ist, und sein sweher Josep juden, der von Gu(e)ntzburg zu(o) in komen ist, mit in uberkommen und sie in iren schirm genommen und dem hailigen reich und irer stat zuo burgern empfangen habent mit iren weyben und kinden und mit aller iren hab ungelich. Ir yeglichen ein solich zeit und umb ein so(e)lich gelt, so das hernachgeschriben ist, und darumb su(e) allen die genante burgermaister und rat zuo Nordlingen die selben juden, ire weib kind und ehalten ir hab und guot getrewlichen hant haben und schirmen..."*. StA Nö, Urkunden Juden, Schutzbrief Mosse und Josep 1459.

⁵³⁸ StA Nö, Urkunde Juden, Schutzbrief für Mosse von Erfurt 1462.

⁵³⁹ Im zweiten Bürgerbuch wird 1459 wird festgehalten, dass Aaron die Erlaubnis hat, seine Schwester in der Funktion einer Bedienstete steuerfrei bei sich in seinem Haushalt wohnen zu lassen: *"... ist vergonnt sein sweschter fur ein ehalten bey im ze halten, doch sol sie nichtz fur sich selbs leyhen und auch kein gewerb noch hantierung treyben."* StA Nö, BB 2, S. 354.

⁵⁴⁰ *"Josse jud pactgelt fur sein mutter von 4 jaren 4 gl"*. StA Nö, RB 1502, fol. 36r.

⁵⁴¹ z.B. StA Nö, RB 1461, fo. 19r.

Nördlingen ansässigen Voll- und Gedingbürger ist dies nicht der Fall. Die Bediensteten mussten ihrerseits Steuern entrichten, die Ehaltensteuer, sie waren demnach als Steuersubjekte nicht unter den Haushaltsvorstand subsumiert.⁵⁴² Eine Sondergruppe bilden in diesem Bereich adelige Ausbürger, die mit ihrem Besitz und den Bediensteten ins Bürgerrecht der Stadt aufgenommen wurden. Rudolf von Hürnheim beispielsweise wurde in seinem Paktbrief von 1471 Rechtshilfe für sich selber und seine Ehalten zugesagt.⁵⁴³ Anders als in Schaffhausen wird in Nördlingen die Zahl der Bediensteten in jüdischen Haushalten nicht festgelegt und begrenzt. Einträge darüber, dass ein jüdischer Steuerzahler Geld für eine tote Magd oder den Bussbetrag für einen Knecht entrichtete⁵⁴⁴, sind die einzigen weiteren Hinweise auf diese Gruppe von Juden, über deren Grösse nur spekuliert werden kann.⁵⁴⁵ Die jüdischen Bürger wurden dazu verpflichtet, für die Dauer ihres Bürgerschaftsverhältnisses in der Stadt ansässig zu sein.⁵⁴⁶ Dasselbe gilt in Nördlingen für alle Rechtsgruppen, auch für einen grossen Teil der adligen Ausbürger, in deren Paktbrief verlangt wird, dass sie *"in der egenanten Stat sitzen und wonen"* sollen.⁵⁴⁷

Im 15. Jahrhundert gingen die jüdischen Bürger mit dem Rat in der Regel ein zeitlich befristetes Vertragsverhältnis für ein, drei oder fünf Jahre ein. Auffallend ist, dass in den Jahren zwischen 1415 und 1429 Angaben zur zeitlichen Befristung fehlen. Die Einträge zur Bürgeraufnahme im Zollbuch und im zweiten Bürgerbuch enthalten neben dem Namen des Aufgenommenen nur Angaben zur Höhe der zu leistenden Steuer. Sowohl in den Einträgen des Bürgerbuchs nach 1433 als auch in jenen der Rechnungsbücher von vor 1415 und in den Einträgen der Gedingbürger in denselben Büchern wird regelmässig die Dauer des Vertrags vermerkt. Es ist unwahrscheinlich, dass bei den Juden die Angabe zur zeitlichen Befristung des

⁵⁴² Siehe auch Isenmann, Stadt. S. 209.

⁵⁴³ StA Nö, U 5336 (1471). In: Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 83.

⁵⁴⁴ *"Item Leo jud hat wegen grabgelt von ainem fremden Juden von Bopffingen 4 gl, mer grabgelt von seiner magt 2 gl."* StA Nö, RB 1489, fol. 26r. *"Item Enslin jud dt. für sich und sin knecht aynungen busz und von eim andern 16 lb und 4 lb."* RB 1446, fol. 17r. 1446 ist ein Urfehdebrief von Mosse Gans dem Juden von Gochsheim, einem Knechte von Josef dem Juden zu Nördlingen überliefert. Ihm wird vorgeworfen *"an dem egnent Joseph unbillich begangen"* zu haben. U 3768. 1452 schwört der Jude *"Jeslin Achselrad der jude an der zeite Joseph judans gesessen zuo Nordlingen knechte"*. Urfehde. U 3795.

⁵⁴⁵ Vergleiche oben Kapitel 2. Für die Zahlung der Hussitensteuer wurde im Augsburger Steuerbuch von 1428 eine Liste aller erwachsenen Juden angelegt, d.h. auch die Bediensteten wurden aufgeführt. StA A, StB 1428, 29v.

⁵⁴⁶ *"... und unser yeder und auch unser yeglichs wib sollen und wollen solich zeit und jahre, als wir bey in sitzen und burger worden sein, in gehorsam sein..."*. StA Nö, BB 2, S. 333. In Verbindung mit der Bestimmung, dass sich die Juden anderswo "beherren" dürfen, würde dies bedeuten, dass das Nördlinger Bürgerrecht, die primäre rechtliche Beziehung wäre und an einem anderen Ort nur eine rechtliche Verbindung ohne Anspruch auf Ansässigkeit möglich wäre.

⁵⁴⁷ StA Nö, U 5284 (1421). Eine Tabelle mit den Gedingbürgerbriefen, in denen der Wohnsitz in der Stadt gefordert wird, wird bei Kiessling aufgeführt. Kiessling, Stadt und ihr Land. S. 76.

eingegangenen Vertrags ohne besonderen Grund nicht mehr aufgeführt wurde, insbesondere vor dem Hintergrund der sich ausdifferenzierenden Verwaltungsschriftlichkeit. Dem Anlegen eines Bürgerbuches sowie des Zollbuches lag auch die Motivation zugrunde in übersichtlicher Form einen Überblick über die mit Einzelpersonen getroffenen Sondervereinbarungen, die von der allgemeinen Ordnung abwichen, zu geben. Wäre eine individuell vereinbarte Aufenthaltsdauer jedoch Bestandteil der Bürgerverträge gewesen, wäre diese Angabe wie in den Rechenbüchern bis 1415⁵⁴⁸ sicherlich ins Bürgerbuch übernommen worden. Also ist zu überlegen, warum die Stadt in dieser Zeit auf eine zeitliche Befristung der Verträge verzichtet haben könnte. 1415 wurde in Nördlingen der Synagogenzins eingeführt. Dabei handelte es sich um eine Pauschale von 20 Gulden, die innerhalb der Gemeinde auf die Mitglieder umgelegt wurde.⁵⁴⁹ Die Erhebung des Synagogenzinses steht auch dafür, dass sich in diesen ersten 15 Jahren in Nördlingen eine jüdische Gemeinde von der Grösse ausgebildet hat, dass sie ein zentrales Gemeindegebäude benötigte und sich leisten konnte. Es ist möglich, dass die jüdische Gemeinde im Zuge dieser Entwicklung erreichte, dass ihr von der Stadtobrigkeit als Korporation eine wichtigere Funktion zukam. Die für die Gültigkeitsdauer des kaiserlichen Privilegs ausgestellte allgemeine Ordnung hätte für den entsprechenden Zeitraum auch für die einzelnen Mitglieder entsprechend Gültigkeit gehabt. Eine solche Regelung hätte das jüdische Bürgerverhältnis vorübergehend näher an das der christlichen Vollbürger gerückt. Aber bereits 1425 nahm die Stadtobrigkeit erneut eine Änderung der Zahlungsmodalitäten für den Synagogenzins vor, die für die jüdische Gemeinde als Korporation auf eine Einbusse an Bedeutung herauslief. Anstelle eines mit der ganzen Gemeinde vereinbarten Pauschalbetrages verpflichtete die Obrigkeit jedes einzelne Mitglied der jüdischen Gemeinde dazu, einen individuell vereinbarten Betrag direkt an die Rechner zu entrichten. Diese Änderung erlaubte es der Stadtobrigkeit, die Einnahmen aus dem Synagogenzins bei jedem Neuzuzug entsprechend den finanziellen Möglichkeiten des Neubürgers zu erhöhen. Ein Interesse an dieser Modifikation konnte allerdings auch auf jüdischer Seite vorhanden sein. Reichere Juden waren nur noch für ihre individuell vereinbarte Zahlung verantwortlich und konnten bei Insolvenz anderer Mitglieder nicht mehr zum Ausgleich herangezogen werden. Die Regelung der individuellen Synagogenzinszahlungen fand auch Eingang in das 1433 für die ganze jüdische Gemeinde ausgestellte Privileg. Mit dieser neuen Ordnung wurde die zeitliche Begrenzung der jüdischen Bürgerverhältnisse wieder eingeführt. Weiter sicherte der Rat den Juden zu die folgenden drei

⁵⁴⁸ In den Rechenbüchern zwischen 1407, 1411 und 1413 werden die jüdischen Bürger für einen Zeitraum von ein bis drei Jahren aufgenommen.

⁵⁴⁹ Zum Synagogenzins siehe unten Kapitel 4.4.4.3.

Jahre „*on alles absagen*“ in der Stadt bleiben zu können.⁵⁵⁰ Danach müsste dann „*ein yeglich jud mit eim rat úberkomen*“, wie lange ihm das Bürgerrecht verlängert oder ob er aus der Stadt gewiesen würde. Die Aufnahmeeinträge im Bürgerbuch enthalten ab 1433 den Namen, die Höhe des Steuerbetrags sowie wiederum die Dauer des Bürgerschaftsverhältnisses. In Nördlingen wurden die Termine der Verlängerung in der Regel nicht dazu genutzt, die einzelnen Steuerbeträge zu erhöhen. Dies mag ein Hinweis darauf sein, dass die Befristung der Verträge nicht ein bewusst gewähltes Mittel der Stadtohrigkeit war, die jüdischen Bürger schlechter zu stellen, um sie leichter finanziell ausbeuten zu können. Allerdings konnte sich der Rat auf diese Weise eine Wegweisung nach Ablauf der Frist erleichtert vornehmen.

Ein wesentlicher Aspekt des Vertrags zwischen jüdischem Neubürger und der Stadtohrigkeit war die Vereinbarung der jährlich zu leistenden Abgaben. Die Steuerverhältnisse im Bereich der direkten wie der indirekten Steuern werden in den folgenden Kapiteln besprochen.⁵⁵¹

Ein weiterer zentraler Punkt der Vereinbarungen war die Regelung des Gerichtsstands. Alle drei überlieferten Ordnungen (1414, 1433, 1447) enthalten die Bestimmung, dass die jüdischen Bürger ihre Konflikte nur vor städtischen und nicht vor anderen weltlichen oder geistlichen Gerichten austragen dürften. In der Urkunde von 1414 werden die Nördlinger Juden dazu verpflichtet, sowohl Konflikte zwischen einer jüdischen und einer christlichen Partei als auch solche zwischen zwei jüdischen Konfliktparteien vor „*dem rate und gerichte zu No(e)rdlingen*“ zu verhandeln. Es ist keine Rede von einer innerjüdischen Gerichtsbarkeit, wie beispielsweise 1433 oder 1447. Da in dieser Urkunde von 1414 der Schwerpunkt inhaltlich auf der Regelung des Gerichtsstands liegt, kann man davon ausgehen, dass danach Wesentliches geändert worden war. Worauf diese Änderungen zurückzuführen waren, ist nicht mehr nachvollziehbar. Die Situation erinnert an die Situation in Zürich. Dort entzog die Stadtohrigkeit der jüdischen Gemeinde 1383 vorübergehend das Recht, Konflikte selber zu regeln. Diese Entscheidung war unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde selber stark zerstritten war und ein reibungsloses Funktionieren der innerjüdischen Konfliktlösung nur noch schwer möglich war.⁵⁵² Wie die Zürcher scheint auch die Nördlinger jüdische Ge-

⁵⁵⁰ Diese Zusicherung könnte ein Hinweis darauf sein, dass es vorher zu einem Unterbruch in der Ansässigkeit von Juden gekommen war und sich die neuzuziehenden jüdischen Geldleiher für eine Mindestaufenthaltsdauer absichern wollten.

⁵⁵¹ Siehe Kapitel 4.4.4.3.

⁵⁵² Siehe unten Kapitel 0.

meinde sich in ihrem ersten Jahrzehnt nach der Wiederansiedlung zerstritten zu haben.⁵⁵³ Vergleichbar war auch die Reaktion des Rates. In beiden Städten wurde die Eigenständigkeit der Gemeinde eingeschränkt und das jüdische Gericht verboten. Spätestens 1433 war es den Nördlinger Juden aber wieder erlaubt, innerjüdische Konflikte selber nach jüdischem Recht zu richten.⁵⁵⁴ Aber auch nach 1433 machten die Juden von der Möglichkeit Gebrauch, mit innerjüdischen Konflikten an den Rat zu gelangen, wie sich beispielsweise dem Urfehdebrief von 1437 entnehmen lässt.⁵⁵⁵ Schmucl klagte Vri vor dem Ratsgericht wegen Verleumdung an und der Prozess endete mit einer Verurteilung Vris. Ende des 15. Jahrhunderts wurde der jüdischen Gemeinde erneut das Recht entzogen, innerjüdische Konflikte selber zu regeln. Aufgrund der sich zunehmend verschärfenden Situation in der Stadt vor dem Hintergrund der bischöflichen Politik wurde innerhalb der jüdischen Gemeinde der Beschluss gefasst, keine innerjüdischen Konflikte mehr vor dem Rat zu verhandeln. Als Reaktion auf diese Vereinbarung entzog der Rat der Gemeinde das bis anhin gewährte Recht, Konflikte selber regeln zu dürfen.⁵⁵⁶

Einen thematischen Schwerpunkt bildeten in den Ordnungen und Schutzbriefen die Geldleihebestimmungen. Sie erinnern an die Zunftordnungen der Handwerker. Die städtischen Privilegien für die Juden stellen sich als eine Mischung aus Bürgerbrief und "Gewerbe-, d.h. Geldleihordnung" dar. Diese Verbindung zwischen Bürgerrechts- und Geldleihbestimmungen in demselben Dokument betont die Abhängigkeit des jüdischen Bürgerrechts von der Ausübung der Geldleihetätigkeit.⁵⁵⁷ Allerdings ist der Unterschied zu einem Teil der christlichen Bürger nicht allzu gross. Dieser Gruppe von christlichen Neubürgern wurde ebenfalls aufgrund ihrer gewerblichen Tätigkeit das Bürgerrecht verliehen.⁵⁵⁸ Wie sehr die Geldleihetätigkeit für die Aufnahme ins Bürgerrecht von Bedeutung war, führte der Rat in einer Missive an Peter Gamp von 1472 aus. Darin argumentiert er, dass 1459 die Juden nur deshalb erneut aufgenommen worden seien, weil die Nördlinger die hohen Zinsen der oettingischen jüdischen

⁵⁵³ Müller weist für Nördlingen auf einen "Aufruhr" in der Synagoge im Jahr 1414 hin. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 164.

⁵⁵⁴ *"Was sich aber sachen die zeit zwischen uns Juden verlieffen, da mochten wir uns selbs mit einander veraynen und richten..."* StA Nö, BB 2, S. 333.

⁵⁵⁵ StA Nö, U 3684.

⁵⁵⁶ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 72.

⁵⁵⁷ Es gibt allerdings auch Bürgerrechtsverhältnisse mit Juden, denen die Geldleihe verboten wurde. Diese Verhältnisse sind aber stark in der Minderzahl und zeitlich befristet.

⁵⁵⁸ Siehe oben Kapitel 4.4.1.3. Allerdings machen diese Neubürger nur eine Minderheit der Gesamtheit der christlichen Bürger aus, während die Mehrheit der jüdischen Bürger in der Geldleihe tätig war.

Geldleiher nicht mehr zahlen wollten.⁵⁵⁹ Über die Entwicklung der Geldleihebestimmungen im 15. Jahrhundert lässt sich zusammenfassend sagen, dass sich in den zunehmend restriktiveren Satzungen und Bestimmungen des Rates die Verschlechterung der Situation der jüdischen Gemeinde in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts widerspiegelt.

4.4.4.2.2 Gründe, die für eine Aufnahme sprechen

Welche Voraussetzungen mussten die jüdischen Neubürger erfüllen, um ins Bürgerrecht aufgenommen zu werden?

Im Zentrum des städtischen Interesses stand die Finanzkraft der jüdischen Neubürger. Ein ausreichend grosses Vermögen war die Voraussetzung dafür, dass Geldleihe betrieben werden konnte. Die Tätigkeit der jüdischen Geldleiher in verschiedenen Kreditsegmenten und insbesondere auch im Pfandleih- und kleinen Kreditgeschäft spiegelt sich in der Abstufung der finanziellen Möglichkeiten innerhalb der Gruppe der steuerzahlenden Juden. Es muss auch berücksichtigt werden, dass die bereits ansässigen jüdischen Geldleiher darauf bedacht gewesen sein müssen, dass ihnen keine allzu grosse Konkurrenz in der Stadt entstand. Anders als bei christlichen Neubürgern, bei denen die berufliche Ausrichtung als Aufnahmekriterium nur bei einigen wenigen den Ausschlag gab, stand bei den jüdischen Neubürgern dieser Aspekt im Vordergrund.

Betrachtet man die jüdischen Steuerzahler über das 15. Jahrhundert hinweg, fallen vergleichbar mit den jüdischen Gemeinden in Konstanz und Schaffhausen die zahlreichen Verwandtschaftsbeziehungen auf. Oft handelt es sich bei den Neubürgern um Söhne, Schwiegersöhne oder Neffen bereits ansässiger Geldleiher. Ähnlich wie bei den christlichen Neubürgern wirkten sich verwandtschaftliche Beziehungen positiv auf eine Aufnahme aus und stellten in vielen Fällen ein Aufnahmekriterium dar. Für Witwen, Söhne und Schwiegersöhne christlicher Bürger wirkte sich die verwandtschaftliche Verbindung auch auf finanzieller Ebene vorteilhaft aus. Da die Juden kein Aufnahmegeld leisteten, hatte dieser Aspekt keine Bedeutung für sie. Bei beiden Gruppen handelte es sich nicht um ein vererbbares Bürgerrecht, d.h. die Stadt war in keiner Weise dazu verpflichtet, die Kinder ansässiger oder verstorbener Juden ins Bürgerrecht aufzunehmen. In der Praxis zeigt sich aber, dass es auch für jüdische Personen vorteilhaft war, wenn sie als Sohn eines Nördlinger Bürgers den Antrag auf Bürgeraufnahme

⁵⁵⁹ StA Nö, Missivbuch 1472, fol. 51r.

stellten; letztlich konnte die enge verwandtschaftliche Beziehung den Ausschlag für den positiven Entscheid der Ratsbehörde geben. Bestand eine solche nicht, so konnte die Stadt beim aktuellen Wohnort des Betreffenden Informationen einholen. Bei der Wiederaufnahme von Juden im Jahr 1459 machte der Nördlinger Rat von dieser Möglichkeit Gebrauch und erkundigte sich beispielsweise beim Ulmer Rat über Mosse von Tübingen, der kurz darauf in Nördlingen aufgenommen wurde.⁵⁶⁰

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Aufnahmegründe für christliche und jüdische Bürger in verschiedenen Punkten übereinstimmen. Für beide Gruppen bildete in der Regel eine verwandtschaftliche Beziehung in die Stadt ebenso wie ein gewisses finanzielles Potenzial eine Voraussetzung für eine Aufnahme. Für den jüdischen Personenkreis ausgeprägter als für den christlichen ist die berufliche Tätigkeit des Kandidaten ein wichtiges Entscheidungskriterium. Ein Faktor, der aufgrund der Kammerknechtschaft der Juden bei jüdischen Neubürgern zum Tragen kam, war der Einfluss des Kaisers in Bezug auf die Aufnahme einzelner oder der ganzen Gemeinde. Als oberster Schutzherr der Juden hatte er das Recht zu bestimmen, ob eine Stadt Juden aufnehmen dürfe oder müsse. In dieser Funktion stellte sich Kaiser Friedrich III. anfangs der 1470er Jahre den Vertreibungsplänen der Nördlinger Obrigkeit entgegen und forderte den Rat 1474 auf, die Schutzbriefe der Juden umgehend zu verlängern.⁵⁶¹ Als Motivation für diese Haltung dürfte allerdings weniger der Schutzgedanke eine Rolle gespielt haben, als vielmehr die Hoffnung auf weitere Einkünfte.⁵⁶² Anders verhielt sich sein Sohn Maximilian, der aufgrund der gegen Ende des 15. Jahrhunderts stark verminderten Finanzkraft der jüdischen Gemeinde der Vertreibung zustimmte und sich diese Erlaubnis mit einem dreistelligen Guldenbetrag vergüten liess.

4.4.4.2.3 *Bürgeraufnahmen der Juden im städtischen Verwaltungsschriftgut*

Im Verlauf des 15. Jahrhunderts schlugen sich die Bürgeraufnahmen der Juden an unterschiedlichen Stellen im Verwaltungsschriftgut nieder. Bis 1413 wurde der Name des aufge-

⁵⁶⁰ StA Nö, Urkunden Juden, Schutzbrief Mosses, 1459. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 63. Im Gegensatz dazu versuchten die Grafen von Oettingen aufgrund eines Konfliktes den Nördlinger Rat dazu zu bewegen, Mosse nicht aufzunehmen. Der Rat antwortet, dass er Mosse zu Bürger aufgenommen hätte und "*auch loblich gefrejt*" sei, dies zu tun. StA Nö, Missivbuch 1460 S. 126.

⁵⁶¹ Ibid. S. 67.

⁵⁶² Das Motiv der Steuerabgaben der Juden wird von Peter Gamp in seiner Korrespondenz mit dem Nördlinger Rat 1471/72 immer wieder zur Sprache gebracht. StA Nö, Missiven 1472.

nommenen Juden gemeinsam mit der jährlichen Steuerzahlung im Rechenbuch eingetragen, zum Teil auf der letzten Seite.⁵⁶³ Ab 1415 werden die Steuerzahlungen weiterhin ins Rechnungsbuch unter der Rubrik *"Von juden stur"* eingetragen und die Aufnahmen von jüdischen Neubürgern werden im 1415 neu angelegten Bürgerbuch verzeichnet. Die Einträge über die jüdischen Bürger werden im letzten dritten Teil des Buches aufgeführt, nach den Vollbürger- und Gedingbürgeraufnahmen. Parallel wurden die Aufnahmen der jüdischen Bürger gemeinsam mit denjenigen der christlichen Gedingbürger im sogenannten Zollbuch verzeichnet. In einem ersten Teil wurden die Bürgeraufnahmen der einzelnen Juden im Zeitraum von 1413 bis 1437 vermerkt. Der zweite Teil enthält eine Liste von Bürgern, die mit *"geding sitzen"*, die *"fry sitzen"* und *"den man etwas zit gonnet hin us ze zihen"*, also alles Bürger, die mit der Stadt einen Sondervertrag eingegangen sind.⁵⁶⁴ Eine weitere Änderung tritt Ende der 1430er Jahre ein. Die Liste der aufgenommenen jüdischen Bürger wird ab 1439 nicht mehr weitergeführt. Im 1439 einsetzenden Ratsprotokoll sind noch zwei Aufnahmen von Juden Mitte der 1440er Jahre verzeichnet.⁵⁶⁵ Vergleicht man die Namen mit der Liste der neuen Steuerzahler nach 1439, dann fehlen drei jüdische Neubürger. Dieses langsame Verschwinden der jüdischen Neubürger aus dem schriftlichen Raum, in dem die christlichen Neubürger zu finden sind, setzt sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts fort. Die Aufnahmen wurden weder in den überlieferten Ratsprotokollen, noch in den Bürgerbüchern regelmässig verzeichnet. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Aufnahmen schriftlich festgehalten wurden. In welcher Form ist allerdings nicht mehr überliefert.

Die zwei Wechsel im schriftlichen Medium von 1415 und 1439 gehen primär auf eine allgemeine Veränderung im Aufbau des städtischen Verwaltungsschriftgutes zurück. 1415 wurden die Rechnungsbücher in ihrem Aufbau einer allgemeinen Restrukturierung und Ausdifferenzierung unterzogen. Dementsprechend erscheint es nur folgerichtig, dass die Bürgeraufnahmen aus dem Rechnungsbuch ausgegliedert wurden. Die Trennung zwischen christlichen und jüdischen Bürgern ist aber auch in den folgenden Jahren im zweiten Bürgerbuch wie auch im Ratsprotokoll gegeben. Anders als beispielsweise in den Bürgerbüchern von Ulm und

⁵⁶³ Vor 1415 enthalten ein Teil der überlieferten Stadtrechnungen Bürgeraufnahmen. Z.B. wird im Rechenbuch von 1407 festgehalten, dass die Juden Mosse (1407) und David (1408) zu Bürger aufgenommen wurden und jährlich 16/20 Gulden an Steuern entrichten sollen. StA Nö, RB 1407, fol. 8v. Im Rechenbuch von 1410 sind die Aufnahmen von Lieberman von Memingen (3), Salman, dem Sohn von Moses, David, Bela, Suesslin von Regenspurg, Falk, Forach sin sun, Mosse und Anshelm vermerkt. StB 1410.

⁵⁶⁴ StA Nö, Zollbuch.

⁵⁶⁵ StA Nö, RP 1439-1454.

Augsburg⁵⁶⁶ werden die Aufnahmeeinträge der Juden nicht in chronologischer Abfolge, vermischt mit denjenigen der christlichen Neubürger, aufgeführt. Für Augsburg korreliert dieser Unterschied im schriftlichen Raum mit einer unterschiedlich gehandhabten Bürgeraufnahmepolitik. So verlangte die Stadtoberkeit um 1400 sowohl von allen christlichen als auch von allen jüdischen Einwohnern, dass sie ins städtische Bürgerrecht eintraten. Die Bürgeraufnahmepolitik betreffend betonte Augsburg stärker den Aspekt der Kontrolle und Nördlingen denjenigen der Privilegierung.

Zusammenfassend kann man für Nördlingen sagen, dass die jüdischen Neubürger als städtische Sonderbürgergruppe im Medium der Dokumentation klar von den anderen Bürgergruppen getrennt wurden. Diese Trennung zeigt sich auch in den Steuerbüchern bis zum Ende des 15. Jahrhunderts. Sie enthalten die regulären Vermögenssteuerzahlungen, Gedingbürgersteuern und Häuserabgaben geistlicher Besitzer. Die jüdischen Steuerzahlungen hingegen wurden konsequent zwischen verschiedenen nichtsteuerartigen Einnahmeposten in den Stadtrechnungen verzeichnet. Die Abgrenzung der jüdischen Minderheit zeigt sich auch in der Tendenz, dass ihre Einträge in allen Verwaltungsquellen gegen Ende wenn nicht gar erst auf dem Einband eingetragen wurden.⁵⁶⁷

4.4.4.2.4 Jüdische Gedingleute

Für die Nördlinger Gemeinde in den 1460er Jahren ist ein urkundlicher Beleg überliefert, der einen vom Bürgerrecht abweichenden Rechtsstatus eines Juden dokumentiert. Es handelt sich um den 1464 ausgestellten Schutzbrief für Süsskind von Heilbronn, der in seiner Funktion als Schulklopfer der jüdischen Gemeinde für drei Jahre in Nördlingen aufgenommen wurde. Obwohl kein Bürger, wurde Süsskind eine Aufnahmeurkunde ausgestellt und ihm erlaubt in einem beschränkten Masse Geldleihe zu betreiben, d.h. nur Darlehen unter 60 Gulden gewähren zu dürfen. Im Weiteren verpflichtete sich der Schulklopfer, alle die rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, welche die jüdischen Bürger mit der Stadt vereinbart hatten.⁵⁶⁸ Wie

⁵⁶⁶ StA Ulm, Bürgerbuch . StA A, Schätze 74, Bürgerbuch I (1288-1497).

⁵⁶⁷ In den Rechenbüchern, den Ratsprotokollen und den Bürgerbüchern.

⁵⁶⁸ *"Also hab ich mit gutem willen und wolbedachtem mu(o)te den obgenanten minen herren von Nordlingen hinwider versprochen und verhaissen, versprich und verhaiss in yetz wissentlich inkrafft ditz briefs also, das ich alles das tu(o)n und ze halten schuldig verpflichtet und verbunden sein sol und will, mit recht nehmen und geben und sust in allen andern sachen, nichtz usgeschlossen als die andern juden, die ir burger und in verpflichtet und zu(o) tu(o)n schuldig sein nach lut der brief die sy gegenainander daru(e)ber begriffen haben, die das kla(e)rliches innhalten der innhalt ich auch berichtet bin..."* StA Nö, Urkunden Juden 1464.

die jüdischen Bürger ist er verpflichtet eine jährliche Abgabe für Steuer, Schulzins und Hauszins zu leisten. In seinem Fall beträgt sie 10 Gulden. Ein weiterer Unterschied zu den Vereinbarungen mit jüdischen Bürgern ist, dass zwei Bürgen mitaufgeführt werden. Zwei jüdische Bürger, Enslin und Coppelmann, übernehmen als Vertreter der jüdischen Gemeinde die Bürgerschaft und somit die Verantwortung für die jährliche Abgabe. In den folgenden Jahren zeigt sich, dass mehrheitlich andere Juden die jährliche Abgabe für den im Gemeindedienst tätigen Süsskind entrichteten. Es stellt sich die Frage, in wessen Interesse es gelegen hatte, Süsskind nicht ins Bürgerrecht aufzunehmen. Einerseits zeigt sich eine Parallele zu städtischen Amtleuten, die oft auch nicht ins Bürgerrecht aufgenommen wurden, sondern den Status von Gedingleuten innehatten. Andererseits hatte vermutlich auch die jüdische Gemeinde kein Interesse daran, einen Gemeindebediensteten mit denselben Rechten ausgestattet zu sehen wie die übrigen steuerzahlenden Gemeindemitglieder. Auch die Begrenzung der Darlehenshöhe deutet darauf hin, dass die bereits ansässigen Geldleiher eine Konkurrenz im höheren Darlehenssegment verhindern wollten.

4.4.4.3 Steuern

4.4.4.3.1 Die städtische Fiskalpolitik

Karl IV. stellte der Stadt Nördlingen im Jahr 1348 bereits einen Monat nach dem Pogrom vom November das Privileg aus, dass sie Juden aufnehmen und den Nutzen, der aus den Übereinkommen mit den Juden entstünde, zu "der Stadt Notdurft" verwenden dürften.⁵⁶⁹ Woraus dieser Nutzen bestand, wurde nicht näher definiert, denn sowohl vor 1348 als auch nach 1350 war die Reichssteuer der Juden an die Grafen von Oettingen verpfändet. 1377 erwies der Kaiser der Stadt einen "Akt der besonderen Gnade".⁵⁷⁰ Sie wurde angewiesen, mit den Juden eine Vereinbarung über die Höhe der jährlich abzuliefernden Steuern zu treffen und die Hälfte des Betrages an die Reichskammer zu überweisen. Das Privileg wurde für einen Zeitraum von drei Jahren ausgestellt und enthielt die Bestimmung, dass die Nördlinger Juden für diesen Zeitraum von weiteren Abgabeforderungen verschont bleiben sollten. Durch diese

⁵⁶⁹ Pucher, ed., UB Nördlingen 1. Nr. 208, S. 72. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 17.

⁵⁷⁰ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 19. (Böhmer-Huber Reg. Karls IV. Nr. 5800, Original HstA München Reichstadt N. 26.).

Vereinbarung wurden die Einnahmen der Grafen von Oettingen aus dem Judenregal zu Gunsten der Stadt um die Hälfte reduziert. Als Entschädigung oder als Ablösung eines Teils der Pfandsomme muss in diesem Zusammenhang vermutlich die Summe von 3600 Pfund gesehen werden, welche die Juden 1372 an die Grafen entrichten mussten.⁵⁷¹ In einem Privileg von König Wenzel von 1392 wird der Stadt erneut das Recht zugestanden, Juden aufnehmen und besteuern zu dürfen. Weiterhin steht ihr die Hälfte der Reichssteuer zu.⁵⁷² Allerdings scheint dieses Recht in den 1390er Jahren nicht zur Anwendung gelangt zu sein, da nach einem Unterbruch erst Anfang des 15. Jahrhunderts wieder Juden in Nördlingen siedelten.

1401 erneuerte König Ruprecht für die folgenden zehn Jahre das Recht, Juden aufnehmen zu dürfen. Wie 1392 ist die Stadt weiterhin berechtigt, mit den jüdischen Neuzuzügern die Höhe der jährlichen Abgabe, eine gedingte Steuer, zu vereinbaren und die Hälfte der Steuer in den Stadtsäckel fließen zu lassen.⁵⁷³ Wie im vorangegangenen Jahrhundert beanspruchen die adligen Nachbarn die andere Hälfte der jüdischen Reichssteuer. Für den Zeitabschnitt bis 1437 sind die entsprechenden Quittungen der Grafen von Oettingen für die halbe Judensteuer und die entsprechenden Einträge in den Stadtrechnungen überliefert.⁵⁷⁴ Auch die Abgabenzahlungen der Juden an die Stadt kann dank einer ausgesprochen guten Quellenüberlieferung für das 15. Jahrhundert detaillierte nachgezeichnet werden.

Die Stadt vereinbarte mit den einzelnen Juden eine jährlich zu entrichtende gedingte Steuer. Zusätzlich hatten einzelne einen hohen Hauszins zu leisten. Als dritter Einnahmeposten verzeichnete die Stadt ab 1415 den jährlichen Mietzins für die Synagoge, der von der jüdischen Gemeinde gemeinsam aufgebracht wurde.⁵⁷⁵ Die Stadt als Besitzerin der entsprechenden Immobilie verlangte in den ersten Jahren die beträchtliche Summe von 20 Gulden. Bis 1425 bestand der Schul- und Synagogenzins aus einem Pauschalbetrag, der sich bis 1424 zwischen 20 und 30 Gulden bewegte und innerhalb der jüdischen Gemeinde auf die Mitglieder

⁵⁷¹ Ibid. S. 19.

⁵⁷² Pucher, ed., UB Nördlingen 1. Nr. 781, S. 184.

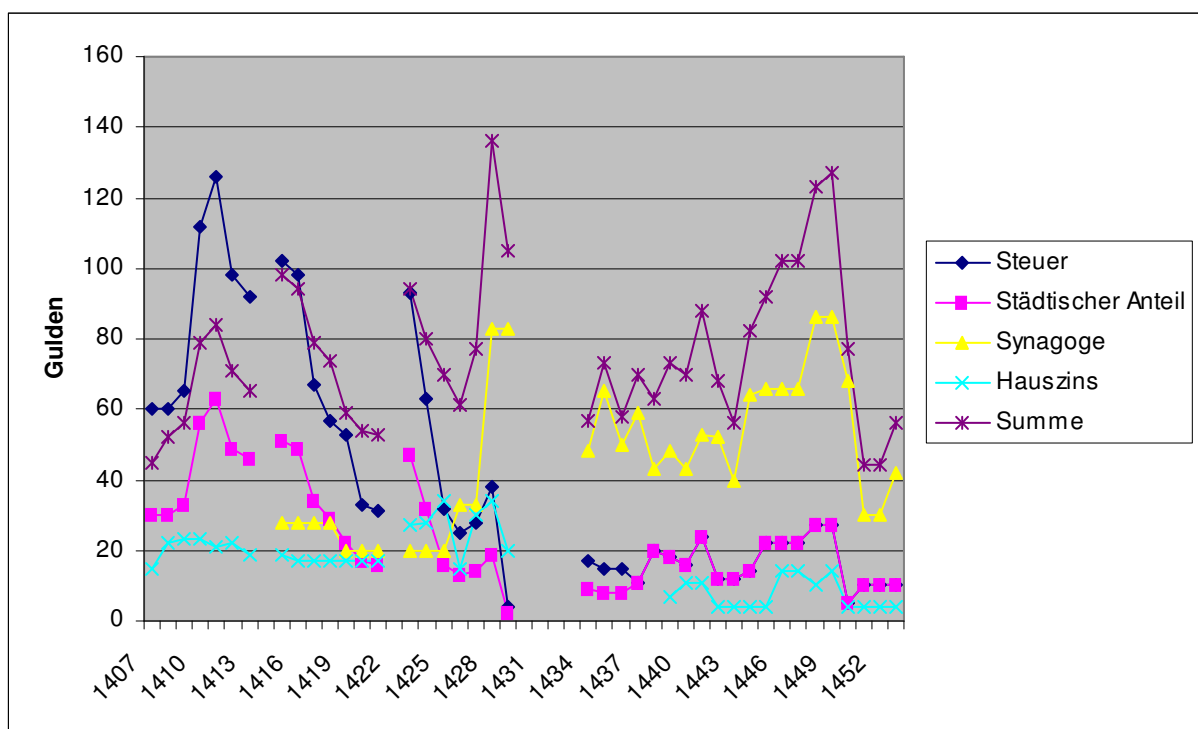
⁵⁷³ Vock, ed., UB Nördlingen 3. Nr. 958, S. 20f. (U 2992, RPR 1471)

⁵⁷⁴ Das Rechnungsbuch von 1401 enthält den Eintrag: *"It den von Oetingen der juden stür xxxviii gulden."* StA Nö, RB 1401, fol. 17v. 1401 stellen Ludwig und Friedrich von Oettingen der Stadt Nördlingen eine Quittung für dieselben 39 Gulden aus, die sie als Judensteuer erhalten haben. Ibid. Nr. 978/79. Für die Jahre 1402-1403, 1407-1429 und 1434-1437 sind die entsprechenden Quittungen der Grafen von Oettingen überliefert. Siehe auch Vock, ed., UB Nördlingen 3. und Vock, ed., UB Nördlingen 4.

⁵⁷⁵ In den Stadtrechnungen von 1401 und von 1406 bis 1409 sind keine Zahlungen für eine Synagoge enthalten, da die Gemeinde in diesem ersten Jahrzehnt vermutlich noch zu klein war, um sich ein repräsentatives Gebäude finanziell leisten zu können.

umgelegt wurde.⁵⁷⁶ 1426 änderte die Stadt die Steuermodalitäten und vereinbarte mit den einzelnen jüdischen Bürgern neben dem jährlichen Steuerbetrag auch eine individuell festgelegte Summe, die für das Synagogengebäude zu entrichten war. Der Steuerbetrag steht zum Synagogenzins im Verhältnis von 1:4 oder 1:2. Vergleicht man die Entwicklung der Einnahmen aus dem Synagogenzins mit derjenigen aus den regulären Steuereinnahmen, erschliesst sich die Absicht der Stadtobrigkeit klar.

Diagramm I: Steuern der Nördlinger Juden, 1407- 1451



Aus Diagramm I geht hervor, dass die Einnahmen aus dem Synagogenzins ab 1426 die regulären Jahresabgaben bei weitem übertrafen. Da Nördlingen die Einnahmen aus den regulären Steuern mit dem Reich, bzw. mit den Grafen von Oettingen teilen musste, lag es natürlich im Interesse der Stadtobrigkeit, in einem ersten Schritt weitere Abgaben von den Juden zu erheben, die sie für sich verbuchen konnte, und in einem zweiten Schritt diese Abgaben auf Kosten von sinkenden Steuerbeträgen zu erhöhen. Ihren konsequenten Abschluss fand diese Poli-

⁵⁷⁶ 1415 wird im zweiten Bürgerbuch festgehalten: *“Die juden schule. Ist den juden erlihen des jars umb zwanzig guldin. ”* StA Nö, BB 2, S. 329.

tik in der zweiten Hälfte der 1430er Jahre, als sich die Stadt weigerte, den auf ein Minimum abgesunkenen halben Steuerbetrag an die Oettinger abzuliefern.⁵⁷⁷

Die Trennung des Synagogenzinses von der regulären Reichssteuer wurde dadurch untermauert, dass die Zahlungstermine für die zwei Abgabebeträge an unterschiedlichen Daten angesetzt wurden; sie lagen fast ein halbes Jahr auseinander. Auf Sankt Martins Tag musste die Steuer und auf Johannis der Schulzins entrichtet werden.⁵⁷⁸ Diese Trennung widerspiegelt sich im schriftlichen Raum. Die Einnahmen aus den zwei Abgabenposten wurden auch in den Rechenbüchern getrennt aufgeführt. Nach dem Unterbruch in den 1450er Jahren wird die räumliche Trennung, trotz beibehaltener zeitlicher Erhebung der Steuern, aufgegeben. Dies entspricht dem Umstand, dass die Stadt ab 1438 nicht mehr bereit war, die halbe Steuer den Grafen von Oettingen zukommen zu lassen. Erst 1465 wandten sich die Grafen Ulrich und Wilhelm von Oettingen an den Rat und forderten die noch ausstehenden Jahressteuern ein. Der Rat weigerte sich diese Forderung zu erfüllen mit der Begründung, die Grafen hätten sich ihr Recht auf die halbe Judensteuer weder von Albrecht noch von Kaiser Friedrich bestätigen lassen. Diese vergleichsweise unübliche Vorgehensweise erklärt sich aus der hohen Verschuldung der Grafen bei der Stadt. Die Verpflichtungen von 13000 Gulden zahlten sie trotz wiederholter Mahnungen nicht zurück. Dieser Konflikt mündete 1469 in einem Schiedsverfahren. Im Urteilsspruch wurde die Stadt von ihren Schulden aus den Judensteuern befreit dafür aber verpflichtet, in Zukunft den Grafen ihren Teil aus dieser Einnahmequelle zukommen zu lassen. In der Praxis behielt der Nördlinger Rat allerdings weiterhin die ganzen Einnahmen aus den Judensteuern zurück. 1473 ermahnte Kaiser Friedrich III. die Nördlinger erneut den Grafen die fälligen Beträge zu bezahlen. 1475 kam es zu einer weiteren Verhandlung, die aber nicht in einen Schiedsspruch mündete. Trotz aller Bemühungen von oettingischer Seite her, sind in den Quellen bis zum Ende der jüdischen Gemeinde keine Zahlungen mehr an die Grafen von Oettingen auszumachen.⁵⁷⁹

⁵⁷⁷ Siehe Tabelle 22 im Anhang.

⁵⁷⁸ „... und wir und unser yeder sollen in und ir stat die zeyt yedes jars uff Sant Martins tag ze sture und ye uff Sant Johannis Baptisten tag ze Sunwenden von der schul geben sumliche gelt, als dann in ir stat rechenbuch geschriben stet...“. StA Nö, BB 2, S. 333 (11. November / 24. Juni 1433).

⁵⁷⁹ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 32ff.

4.4.4.3.2 *Die Entwicklung der Steuern*

Die hundert Jahre detailliert dokumentierter Steuerzahlungen der Nördlinger Juden werden im Folgenden in zwei Teilen besprochen. Die erste Phase umfasst die Jahre bis 1453. Nach einem siebenjährigen Unterbruch nahm die Stadt 1459 wieder jüdische Geldleiher auf. Die zweite Phase dauert bis 1506, dem Jahr der endgültigen Vertreibung der jüdischen Gemeinde aus der Riesmetropole.

Der Zeitraum von 1401 bis 1453

Im Durchschnitt verfügt die Stadt Nördlingen über Steuereinnahmen der jüdischen Gemeinde von 76 Gulden. Allerdings ist die Kurve der städtischen Einnahmen aus den jüdischen Steuern im Verlauf der ersten 50 Jahre von starken Schwankungen geprägt.⁵⁸⁰ Sie sind zum einen auf eine veränderte Steuerpolitik und zum andern auf eine wechselnde Anzahl Steuerzahlende zurückzuführen.⁵⁸¹ Eine erste indirekte Form der Steuererhöhung findet 1415 mit der Einführung des pauschal zu leistenden Synagogenzinses statt. Ein weiterer Anstieg der Einnahmen ab dem Jahr 1426 ist mit einer von der Stadt initiierten Änderung des Besteuerungsmodus zu erklären. Wie bereits erwähnt, war das Ziel der Stadtobrigkeit, einen möglichst grossen Anteil der jüdischen Abgaben als eigene Einnahmen verbuchen zu können, ohne sie mit den Oettingern teilen zu müssen. Die vom Nördlinger Rat angewandte Fiskalstrategie war überaus erfolgreich, denn bereits in den ersten 20 Jahren erreichte er mit hohen Hauszinsen⁵⁸² eine Steigerung der eigenen Einnahmen. Verstärkt wurde diese Steuerpolitik 1425 mit einer zusätzlichen Verlagerung der Abgaben aus den allgemeinen Steuerbeträgen in die Kategorie der Synagogensteuer. Entsprechend tief verläuft die allgemeine Steuerkurve nach 1425 im Gegensatz zur Synagogensteuer, die sich in den folgenden 25 Jahren ständig auf 40 bis 80 Gulden beläuft. Der Ausschlag der Kurve der Steuereinnahmen zwischen 1425 bis 1429 ist darauf zurückzuführen, dass die jüdischen Steuerzahler in diesem Zeitraum verpflichtet waren drei relativ hohe jährliche Abgabeposten zu entrichten: Steuerbetrag, Synagogenzins und Hauszins. Im Hinblick auf den vierjährigen Unterbruch zwischen 1430 bis 1433 stellt sich die Frage, ob die Stadtobrigkeit mit dieser Steuerpolitik die finanziellen Möglichkeiten

⁵⁸⁰ Vergleiche Tabelle 22 im Anhang.

⁵⁸¹ Die Zahl der jüdischen Steuerzahler pendelte zwischen drei und neun.

⁵⁸² Zum Hauszins siehe unten.

der jüdischen Steuerzahler überstrapaziert hatte, da die Änderung der Steuermodalitäten für die meisten Steuerzahler eine beträchtliche Erhöhung der jährlichen Abgaben bedeutet hatte. Inwieweit diese Dreifachbelastung eine Abwanderung förderte, ist nicht mehr eruierbar. Im Zusammenhang mit dieser Frage fällt auf, dass ab 1434 die hohen Hauszinszahlungen wegfielen.⁵⁸³

Im Durchschnitt steuerten jährlich fünf bis sechs Haushaltsvorsteher, die einen Betrag von 2 bis maximal 35 Gulden entrichteten.⁵⁸⁴ Über 50 Prozent der vereinbarten Jahresbeträge liegen zwischen 11 und 20 Gulden, wobei 20 Gulden am häufigsten erhoben wurden.⁵⁸⁵ Interessant ist, dass die Stadt nach der Zäsur von Anfang der 1430er Jahre sehr einheitliche Steuerbeträge festsetzte. Mehrheitlich zahlten die jüdischen Steuerzahler 4 Gulden für die Steuer und 12 Gulden für die Synagoge. Durchschnittlich waren die Steuernden 5,5 Jahre in Nördlingen ansässig, wobei von den insgesamt 36 Juden nur drei eine Aufenthaltsdauer von über zehn Jahren aufwiesen.⁵⁸⁶

Der Zeitraum von 1461 bis 1506

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts belief sich die durchschnittliche jährliche Einnahme der Stadt aus den Abgaben der jüdischen Gemeinde auf 111 Gulden, wobei die Jahresabgabe in Spitzenzeiten über 200 Gulden betrug und im letzten Steuerjahr unter die 50 Gulden-Grenze absank. Wie in den Jahren bis 1453 zeichnet sich die Einnahmekurve auch in diesem Zeitraum durch starke Schwankungen aus. Allerdings verlaufen die Kurven der Anzahl Steuerzahlenden und die der Einnahmen weniger gleichförmig als im ersten Zeitabschnitt. Eklatant ist der Unterschied in den letzten zehn Jahren der jüdischen Gemeinde. Einer stetig ansteigenden Anzahl Steuerzahler steht eine sich zwischen der 75er- und 65er-Gulden-Marke bewegende Einnahmekurve gegenüber. Ein Zeichen dafür, dass die jüdische Gemeinde in den letzten Jahren gerade auch im Verhältnis zur Anzahl Mitglieder kontinuierlich an finanzieller Kraft verlor. Diese Entwicklung setzte bereits Mitte der 1470er Jahre ein. Entrichtete in den

⁵⁸³ Der Unterbruchs fällt zeitlich mit der Ravensburger Ritualmordbeschuldigung zusammen. Vielleicht wurden die Juden in Nördlingen wie die Konstanzer und Zürcher Juden inhaftiert, oder sie verliessen die Stadt aus Angst vor einem Pogrom oder einer Gefangennahme aus eigener Initiative. Bereits 30 Jahre früher scheint es im Zusammenhang mit der Diessenhofer Ritualmordbeschuldigung auch in Nördlingen zu Ausschreitungen gegen die Juden gekommen zu sein. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 30.

⁵⁸⁴ Tabelle 22 im Anhang.

⁵⁸⁵ Tabelle 22 im Anhang.

1460er Jahren noch die Mehrheit der Steuerzahler einen Betrag um über zwanzig Gulden, verschob sich das Verhältnis mit jedem Neuzuzüger stärker in Richtung der tieferen Steuerbeträge. Ausser dem 1483 aufgenommenen Mayer gab es im Verlauf der letzten dreissig Jahre der jüdischen Gemeinde keine Neumitglieder mehr, die einen Steuerbetrag von über 13 Gulden entrichteten. Der Tod zweier langansässiger, finanziell einflussreicher Geldleiher, Aaron und Michel, in den 1490er Jahren hatte zur Folge, dass die städtischen Einnahmen merklich unter die 100 Gulden Grenze absanken. An diesem Negativtrend änderten auch die Steuerzahlungen diverser Verwandter der Verstorbenen nichts. Im Verlauf der Einnahmenkurve widerspiegelt sich die Politik der Stadt gegenüber der jüdischen Gemeinde. Insbesondere die Vertreibungspläne von 1489 zeigten ihre Wirkung. Der städtische Beschluss, den Juden die Schutzbriefe nicht zu verlängern und nur Michel und Mosse mit ihren Söhnen sowie dem Schulklopfer und Aarons Witwe für ein Jahr den Aufenthalt zu erlauben, schlug sich im Abzug von fünf Steuerzahlern im Jahre 1489/90 nieder. Obwohl die Ausweisung nicht in die Praxis umgesetzt wurde, veranlasste die judenfeindliche Haltung ein Jahr später auch die Aaronin sowie den Sohn Mosses einen sichereren Standort zu suchen. Wie unsicher die Lage für die jüdischen Nördlinger war, zeigt auch der Steuereintrag für Manne, Mosses Sohn, der seit dem Abzug seines Vaters als Steuerzahler in Erscheinung trat. Neben den Angaben zur Höhe und Art seiner Steuerzahlung wird vermerkt, dass es der Rat mit ihm in Zukunft auf die gleiche Art und Weise halten werde, *"wie es ain rat furter mit anderen juden halten"* werde.⁵⁸⁷ Vermutlich blieb Manne das folgende Jahr nur in Nördlingen, um die Familiengeschäfte zu einem Abschluss zu bringen, während sein Vater sich bereits an einem neuen Ort etablierte. In den folgenden 15 Jahren setzt sich die jüdische Gemeinde Nördlingens nur noch aus Mitgliedern der Familien von Michels und Aarons Witwen sowie vom Gemeindebediensteten zusammen. Erstaunlich ist, dass die Gemeinde 1503 und 1505 noch Neuzugänge zu verzeichnen hat, obwohl auf Reichsebene bereits Verhandlungen zur Vertreibung der Juden stattfanden. Allerdings wird bei Moll explizit vermerkt, dass ihre Abgabe ein Paktgeld sei. Dieser Formulierung lässt sich entnehmen, dass sie nicht ins Bürgerrecht aufgenommen wurde. Dasselbe dürfte auch für Isak gelten, der weder Schulzins noch Steuer gab, sondern für seinen Aufenthalt von einem Jahr einen Gulden entrichtete.⁵⁸⁸

⁵⁸⁶ Siehe Tabelle 8 im Anhang.

⁵⁸⁷ StA Nö, RB 1490, 25r.

⁵⁸⁸ *"Moll judin gab pactgeld 2 lb"*, StA Nö, RB 1502, 36r. *"Isac jud gab ain guldin, umb das er das jar war hie gewessen 1 gl, Moll jud gab, umb das er das jar hat sein wonnung hie gehabt 1 gl."* RB 1505, 33r.

Die jüdischen Steuerzahler blieben im Durchschnitt für die Dauer von 8,5 Jahre in Nördlingen ansässig, drei Jahre oder ein Drittel länger als in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts.⁵⁸⁹ Interessant ist auch der prozentuale Vergleich. Waren bis 1453 gut 90 Prozent der Haushaltungen maximal 10 Jahre lang in Nördlingen ansässig, waren es ab 1461 nur noch 66 Prozent.⁵⁹⁰

Im Durchschnitt entrichteten 8,5 jüdische Haushaltsvorstände eine jährliche Steuer;⁵⁹¹ maximal waren es 13 und in verschiedenen Jahren nur fünf Steuerzahler. Die Steuerbeträge bewegten sich zwischen einem und 40 Gulden pro Jahr, wobei der Mittelwert bei lediglich sechs Gulden liegt. 30 Prozent der erhobenen Steuerbeträge liegen oberhalb der 20 Gulden-Marke. Vergleicht man die Streuung aus dieser Phase mit derjenigen von vor 1454, dann zeigt sich vor allem eine unterschiedliche Massierung im oberen Segment. Mit 30 Prozent gegenüber 8 Prozent im Bereich der über 20 Gulden liegenden Steuerbeträge zeigt sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts gegenüber der vorangehenden Zeit eine durchschnittlich höhere Steuerbelastung der jüdischen Bürger. Wie in den letzten Jahren der ersten Phase wurden zu Beginn der 1460er Jahre die Höhe der Steuerbeträge sehr einheitlich festgelegt, über die Hälfte der Neubürger entrichteten 26 Gulden für Steuer und Synagogenzins. Parallel zum allgemeinen Absinken der Steuereinnahmen verlor sich diese Vereinheitlichung aber im Laufe der Jahre zunehmend. In Verbindung mit der weiteren schriftlichen Überlieferung zeigt sich, dass sich die Stadt Nördlingen in den ersten Jahrzehnten stetig um eine verstärkte und effizientere Regelung des jüdischen Abgabewesens und des allgemeinen Verhältnisses zur jüdischen Gemeinde einsetzte. Diese Tendenz ist auch noch in der Zeit der erneuten Aufnahme von Juden in den 1460er Jahren feststellbar. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte verschwand diese Haltung und machte einer steigenden Ablehnung Platz. Die zunehmend antijüdisch geprägte Bistumspolitik, die sich in wiederholter Aufforderung zur Vertreibung der Juden und einer ständigen Ermahnung der Stadtobrigkeit durch den städtischen Klerus niederschlug, sowie eine steigende Judenfeindschaft in der eigenen Bevölkerung führten im Rat wiederholt zu Diskussionen über die Ausweisung der Juden. Interventionen von Reichsseite sowie wirtschaftliche Überlegungen verhinderten 1479 wie auch zehn Jahre später die Ausführung der geplan-

⁵⁸⁹ Tabelle 23 im Anhang. Ein Teil der neu in den Steuerlisten auftretenden jüdischen Steuerzahler waren Söhne bereits ansässiger Juden. Diese Söhne waren in der Regel schon vor ihrem Auftreten in den Rechenbüchern längere Zeit in Nördlingen im Haushalt der Eltern integriert. Dementsprechend würde sich die durchschnittliche Aufenthaltszeit erhöhen. Josse, Aarons Sohn, beispielsweise erscheint erst 1463 als Steuerzahler in den Quellen. Dem Schutzbrief seines Vaters von 1459 ist bereits seine Anwesenheit in Nördlingen ab diesem Jahr zu entnehmen.

⁵⁹⁰ Siehe Tabelle 23 im Anhang.

ten Auflösung der jüdischen Gemeinde. Die zunehmende Judenfeindschaft schlägt sich in diesen letzten Jahrzehnten in der städtischen Politik gegenüber der jüdischen Gemeinde in der Form von einschränkenden und diskriminierenden Regelungen nieder.

In einem Fall wurden in Nördlingen wie auch in anderen Städten Juden von den Steuerzahlungen befreit. Wenn ein Kind eines ansässigen jüdischen Bürgers heiratete, hatte dieser das Recht das junge Ehepaar für ein Jahr bei sich wohnen zu lassen, unter der Bedingung, dass es keine Geldleihe betrieb noch sonst einem Gelderwerb nachging. Nach Ablauf des gewährten Jahres, musste er mit dem Rat eine neue Vereinbarung treffen.⁵⁹²

4.4.4.4 Wach-/Grab- und Wehrdienst

Ungewöhnlich ist der Umstand, dass in keinem der überlieferten Dokumente explizit gemacht wird, welche "Bürgerpflichten" mit den Pauschalzahlungen abgegolten wurden. In den Gedingbriefen für Christen wurde häufig ausformuliert, dass der Steuerbetrag für die reguläre Vermögenssteuer und den Wach- und Grabdienst geleistet werden.⁵⁹³ Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die überlieferten Daten zu interpretieren. Da sie die reguläre Steuer mit anderen Mächten teilen musste, ist es naheliegend, dass die Stadt eine Lösung suchte, bei der die Grafen von Oettingen nicht von Wacht- und Grabgeldeinnahmen profitierten. Dies könnte bedeuten, dass sie die Juden dazu verpflichtete, den entsprechenden Amtleuten direkt ihren Wacht- und Grabgeldbeitrag zu übergeben. Am schlüssigsten ist allerdings die Erklärung, dass in den hohen individuell zu leistenden Synagogenzinszahlungen die Wacht- und Grabgeldabgaben integriert waren. Die Rechnungsbücher des 15. Jahrhunderts enthalten drei Einträge (1431/1432/1489), in denen ein Jude, der neben der Steuer für das Haus auch Abgaben fürs

⁵⁹¹ Siehe auch für die folgenden Ausführungen Tabelle 22 im Anhang.

⁵⁹² Aus dem Bürgerbrief von Mosse von Tübingen und seinem Schwager Josef von Güntzburg, 1459: "... ob auch der selben juden einer seini kind, es wa(e)ren sun oder to(e)chtern, verheyraten wurde, und das in demselben heytrat beredt wurd, das der jud dasselb sein kind mit seim gemaheln etliche zeitt zu seiner kost halten mu(e)ste. So sol dasselb kind mit seim gemchet jar und tag zinsfrey bey seim vater und mu(o)ter sein. Doch dasselb kind und sein gemahel in derselben zeit nichts leihen noch eynicherlay gewerb oder hanttierung treiben sulen ongeverde. Doch so ist dem benanten Mosse juden in sunderhait vergo(e)nnt und erlaubt worden, das er sein sun aberham, der dann yetz wrhin verheyrat ist, mit seim gema(e)chet das erst jar bey im halten mag und darumb den von Nordlingen dasselb jar in sunderhait von in nichts schuldig sein sol ze geben noch zu(o)thon. Wann aber das erst Jar fu(e)rkompt, ob er dann denselben sein sun und sein gemahel lenger bey im halten wo(e)lt, so sol er darumb mit ein rat zuo Nördlingen überkomen, wie er mag nach zymlichen dingen ungeverlich." StA Nö, Urkunden der Juden, Bürgerbrief von Mosse 1459.

⁵⁹³ Siehe Kapitel 4.4.3.

Wachen und Graben leistete, aufgeführt wird. Alle drei Steuerzahler entrichteten im betreffenden Jahr keinen Synagogenzins.

Zusätzlich zur Frage nach dem Wacht- und dem Grabgeld interessiert auch, inwieweit die Wehrdienstpflicht durch die Pauschalsteuersumme oder den Synagogenzins kompensiert wurde. Die Rechtsbestimmungen und die Bürgerbriefe sagen nichts über das "Raisen" aus. Einzig den Stadtrechnungen ist zu entnehmen, dass die Juden beispielsweise 1453, 1499 und 1504 zu Sonderkriegssteuern in beträchtlicher Höhe zugezogen wurden⁵⁹⁴, und zwar 1453 anlässlich der Fehde der schwäbischen Reichsstädte gegen Hans von Rechenberg und 1504 als Unterstützung im bayrischen Krieg.⁵⁹⁵ Ob sich die Juden in Krisenzeiten persönlich am Wachtdienst beteiligten, ist nicht zu eruieren.

Weitere Steuereinnahmen verbuchte die Stadt aus den Zahlungen von "frömden Juden", die sich mit der Erlaubnis des Rates für eine begrenzte Zeit in Nördlingen aufhielten. Fremden Juden durften bis zu acht Tage in Nördlingen anwesend sein, ohne dass die Stadtobrigkeit informiert werden musste,⁵⁹⁶ was gemessen an der Situation in anderen Städten eine offene Regelung war. Wollten diese Personen aber länger bleiben oder Geldleihe betreiben, brauchten sie die Erlaubnis des Rates und waren verpflichtet Abgaben zu leisten. Diese im zwischenstädtischen Vergleich grosszügigen Vorgaben wurden aber nicht immer befolgt, war doch bereits ein relativ kurzer Aufenthalt sehr kostspielig. In den 1490er Jahren lag der Wochenansatz bei 42 Pfennigen.⁵⁹⁷ 1488 beispielsweise wurde die gesamte jüdische Gemeinde um sechs Gulden bestraft, weil "*sie fremd juden gehalten hetten*".⁵⁹⁸ Es ist allerdings anzunehmen, dass die Ahndung dieses Vergehens unterschiedlich streng gehandhabt wurde. Gerade in Bezug auf das oben beschriebene Beispiel stellt sich die Frage, ob die Busse nicht in Verbindung mit der Verurteilung der Gemeinde wegen einer unerlaubt durchgeführten Tanzveranstaltung im selben Jahr gesehen werden muss. Das Jahr 1488 war von einer stark antijü-

⁵⁹⁴ StA Nö, RB 1453, fol. 17r; RB 1499, fol. 39r; RB 1504, fol. 31v.

⁵⁹⁵ Dorner, Steuern Nördlingens. S. 43.

⁵⁹⁶ In der Ordnung von 1447 heisst es: "*Sust so(e)llen sie nyemant bey in halten der uf gesu(o)ch leihe, er sey den mit einm Rat überkomen.*" StA Nö, BB 2, S. 346. Ausführlicher ist die Bestimmung im Schutzbrief von Mosse von Tübingen formuliert: "*Und sunst sullen die obgenanten juden nyemant bey in halten, der uff gesu(o)che leihe, er sey denn mit ein Rat überkomen. Sie sullen auch kain frömden juden oder judin bey in beherbergen uber acht tag on eins burgermaisters zuo Nordlingen wissen und erlaubnus ongeverde.*" StA Nö, Urkunden der Juden, Bürgerbrief von Mosse 1459.

⁵⁹⁷ 1461 zahlt Fenderlin von Guntzenhusen 2 Gulden für einen zweimonatigen Aufenthalt, danach 3 Gulden und 2 Ort für sieben Wochen. Für das Kind eines Schwagers von Aaron zahlte letzterer einen Gulden für zwölf Tage. StA Nö, RB 1461. 1493 entrichtete David, ein Sohn Aarons, für einen achtzehnwöchigen Aufenthalt den stattlichen Betrag von 21 Pfund! StA Nö, RB 1493, fol. 25r.

⁵⁹⁸ Sta Nö, RB 1488, fol. 22r.

dischen Haltung des Rates geprägt und gipfelte in den Vertreibungsplänen vom Dezember 1489. Anfangs des 16. Jahrhunderts wurde die Abgabe für die fremden Juden mit dem Begriff „*pactgelt*“ bezeichnet⁵⁹⁹, im Gegensatz zum Begriff „*stewr*“ der jüdischen Bürger.

4.4.4.5 Hauszins

Zusätzlich zu den Einnahmen aus den Steuern und dem Synagogenzins sind in den Stadtrechnungen bis 1429 Hauszinszahlungen in beträchtlicher Höhe verzeichnet.⁶⁰⁰ Die Entwicklung dieser Abgabe im 15. Jahrhundert lässt sich in drei Phasen unterteilen. Während des ersten Drittels des 15. Jahrhunderts leisteten einzelne Mitglieder der jüdischen Gemeinde Hauszinsen oder Haussteuern in beachtlicher Höhe, die in den Stadtrechnungen neben den Steuerzahlungen aufgeführt wurden. Eine weitere Möglichkeit für die Stadt, Einnahmen an der Kasse der Oettinger vorbeizuführen. In den ersten zwei Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts mietete ein Teil der Juden städtische Häuser und entrichtete Beträge von bis zu 15 Gulden jährlich. Im Vergleich mit den wenigen Beträgen, die über Haussteuerzahlungen von Juden überliefert sind⁶⁰¹, übertreffen die Zinsen die Steuerzahlungen bei weitem. Angaben zu jüdischen Haussteuer- und Hauszinszahlungen finden sich in den überlieferten Steuer- und Rechnungsbüchern. Im Rechnungsbuch von 1407 wird beispielsweise vermerkt, dass man David *"daz klein hüslin bis ostern umb vi gulden"* geliehen habe, und dass er den siebten Gulden *"an dem selben hus verbuwen sol"*.⁶⁰² Im Steuerbuch desselben Jahres wird Josef aufgeführt, der von *"sinem hus, daz er in der stur koufft hat, zwen gulden uf den wissen suntag ze stur ... fur wacht und grabgelt"* geben solle.⁶⁰³ Unklar ist, ob nur privilegierte Juden die Erlaubnis hatten, ein Haus zu kaufen⁶⁰⁴, oder ob es generell gar nicht im Interesse der jüdischen Bürger lag, ihr

⁵⁹⁹ 1502 enthält die Stadtrechnung in der Rubrik „*von Juden*“ überdurchschnittlich viele Einträge von Paktgeldzahlungen: „*Schulklopper gab pactgelt fur ain frombden Juden 1 lb, Leo schulklopper gab fur ain frombden Juden pact bis geory 2 ort, Sanwel Michel sun fur ain lermaister 2 ort, und sunst 2 lb, Josse Jud pactgelt fur sein mutter von 4 jaren 4 gl, dy Juden all gaben pact fur 3 schala(n)t juden bis geory 3 gl, Moll Judin gab pactgeld 2 lb, Schulklopper gab gg fur baumels magt 4 gl, Aron Judin fur ain frombde Judin pact 5 lb, mer gab sy pactgeld 18 lb, mer gab si 2 lb.*“ StA Nö, Stadtrechnung 1502, fol. 36r.

⁶⁰⁰ Siehe Tabelle 22 im Anhang.

⁶⁰¹ Veifelman erscheint während der ganzen Steuerzeit nie unter der Rubrik der Hauszinszahler. Zweimal wird er aber in einer anderen Rubrik als Haussteuerzahler vermerkt. Die unterschiedliche Begriffsverwendung dürfte ein Hinweis auf eine Ausnahme sein, nämlich dass er über ein eigenes Haus verfügte. Unterstützt wird diese These durch den Umstand, dass er bei seiner Aufnahme die Summe von 22 Gulden als Steuerbetrag aufbrachte, den weitaus höchsten Steuerbetrag in diesen Jahren.

⁶⁰² StA Nö, RB 1407, letzte Seite. RB 1408, letzte Seite.

⁶⁰³ StA Nö, StB 1407, fol. 40v.

⁶⁰⁴ 1421 erwarb Veyfelman für 222 Gulden ein Haus. Vock, ed., UB Nördlingen 3. Nr. 1509.

Vermögen in liegendem Besitz anzulegen, da dies einen schnellen Abzug aus der Stadt behinderte. Weiter ist nicht klar, warum nicht alle aufgeführten jüdischen Haushaltsvorstände entweder Hauszinsen oder Haussteuern leisteten.

Nach dem "Unterbruch" von 1430-1433 erscheinen in den Stadtrechnungen über mehrere Jahre hinweg keine Einträge mehr unter der Rubrik "*Zins*". Danach gibt es bis 1449 maximal drei Einträge pro Jahr und oft wurde in einem Jahr auch nur das Haus des Schulklopfers aufgeführt. Zusätzlich zu den Hauszinszahlungen wurden in der zweiten Hälfte der 1430er Jahre zwei Juden mit Haussteuerzahlungen in den Steuerbüchern unter der Rubrik "*Stewrn von hüßern und andern*" eingetragen.⁶⁰⁵ Sie entrichteten den relativ geringen Betrag von einem Pfund, bei dem es sich um eine Steuer- und nicht um eine Mietzinszahlung handelte. Abweichend von der Fiskalpolitik in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts verfolgte der Rat nicht mehr die Strategie, über Hauszinszahlungen zusätzliche Einnahmen zu der regulären Steuer zu erheben. Diese Änderung muss im Rahmen der allgemeinen städtischen Steuerpolitik gegenüber den Oettingern gesehen werden. Einerseits verlor die allgemeine Steuer im Vergleich zu den Einnahmen aus dem Synagogenzins in den 1430er Jahren noch stärker an Bedeutung. Andererseits stoppte die Stadt 1438 jegliche Zahlungen aus der Judensteuer an die Grafen von Oettingen. In Zusammenhang mit diesen fiskalpolitischen Massnahmen entfiel der Anreiz über Hauszinsen zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Die von den Juden im Verlauf der folgenden 70 Jahre entrichteten Haussteuern sind in ihrer Höhe vergleichbar mit von Christen entrichteten Haussteuerbeträgen. Nach 1450 verschwinden Steuerzahlungen für Häuser grösstenteils aus den Stadtrechnungen. Weiterhin bleiben allerdings die Zahlungen für den Hauszins des Schulklopfers bestehen. Ab Ende der 1480er Jahre enthalten die Steuerbücher wieder jüdische Haussteuerzahlungen. Sie werden in einer eigenen Rubrik "*von der juden hewßern*" anschliessend an die Liste der geistlichen Haussteuerzahler aufgeführt. Die Höhe der einzelnen Beträge in beiden Rubriken entsprechen sich in etwa und betragen im Durchschnitt um ein Pfund Heller.⁶⁰⁶

Ab 1423 ist er in den Stadtrechnungen verschiedentlich, erstaunlicherweise aber nicht jährlich, mit Steuerzahlungen aufgeführt.

⁶⁰⁵ Erstmals im Steuerbuch von 1434, fol. 45v: "*dt. Vri ju(o)de von seym huse 1 lb*", "*dt. Leo ju(o)de von Raperswile 1 lb*". Die zwei Juden werden am Ende einer Liste von Steuerzahlern aufgeführt, die sich über zwei Seiten erstreckt.

⁶⁰⁶ Z.B. StA Nö, StB 1489, S. 135-137.

4.4.4.6 Gebühren

Neben den grösseren Steuersummen entrichtete die jüdische Gemeinde oder einzelne ihrer Mitglieder noch verschiedene kleinere Beträge, die unter dem Begriff "*Gebühren*" zusammengefasst werden. In den Stadtrechnungen von 1435 bis 1437 wird aufgeführt, dass dem Stadtschreiber jeweils ein Gulden der Judensteuern zukam. Es ist anzunehmen, dass die Gemeindemitglieder bei Ablieferung der Steuerbeträge auch in den übrigen Jahren eine Gebühr an den Schreiber entrichteten oder wenigstens den Stadtschreiber bei der Ausstellung der Privilegien entsprechend entlöhnten.⁶⁰⁷ Weiter leistete die jüdische Gemeinde Anfang des 15. Jahrhunderts jährlich eine Abgabe in Form von Naturalien, dem "*judenfisch*".⁶⁰⁸ Diese Naturalabgabe ist vergleichbar mit dem Mahl, zu dem im Schutze Nördlingens stehende Klöster den Rat einmal jährlich einluden.⁶⁰⁹

Eine weitere Einnahmequelle erwuchs der Stadt aus den Gebühren, die von den Juden für den Friedhof entrichtet werden mussten. 1415 erhielt die jüdische Gemeinde von der Stadt die Erlaubnis, auf einem "*acker an dem Henckelperge*" ihre Toten zu begraben.⁶¹⁰ Starb ein erwachsener Jude musste für sein Begräbnis 2 Gulden entrichtet werden, für ein Kinderbegräbnis einer. Handelte es sich um einen fremden Juden, dann verdoppelte sich die Gebühr.⁶¹¹ 1423 wurde von der jüdischen Gemeinde zusätzlich eine einmalige Zahlung von 59 Gulden gefordert um den Judenacker umzubauen.⁶¹² Den Stadtrechnungen ist allerdings zu entnehmen, dass die Höhe der jährlichen Einnahmen aus den Begräbnissen nie sehr hoch waren. Interessant sind die Rechnungsbucheinträge über die entrichteten Begräbnisgebühren, da sie mehrheitlich Angaben über die Herkunft und die Familienverhältnisse der Toten enthalten.

⁶⁰⁷ Die Paktbriefe der Stadtschreiber enthalten die Höhe der für ihre Schreibtätigkeiten zu entrichtenden Gebühren. StA Nö, U 4421 (1436) und U 4422 (1462).

⁶⁰⁸ StA Nö, RB 1411, fol. 16r. "*Gemains ussgebn*". Auch das Rechenbuch von 1413 enthält einen Eintrag zum "*Judenfisch*": *Item 21 lb 12 S costen die juden visch und an Sant Mary tag zuo den barfu(o)ssen*", RB 1413, fol. 20r. Fisch tritt in vielen Rechnungen als ein repräsentatives, da vergleichsweise kostspieliges Geschenk auf. Auch in den Nördlinger Stadtrechnungen werden beispielsweise regelmässig Fischgeschenke an die Grafen von Oettingen überreicht. Da sich der Eintrag über diesen "Judenfisch" aber auf der Ausgabenseite der Rechnungen befindet, liegt der Schluss nahe, dass die Juden der Stadt das "Geschenk" in der Form von Bargeld und nicht von Naturalien überreichten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Wahl der Naturalie Fisch mit dessen Symbolwert in der christlichen Religion im Zusammenhang steht. Für den Hinweis danke ich Dorothee Rippmann. Zu Fischen als Geschenk siehe Valentin Groebener, *Gefährliche Geschenke. Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit*, Konflikte und Kultur - Historische Perspektiven 3 (Konstanz: 2000). S. 59f.

⁶⁰⁹ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 46, Anm. 1.

⁶¹⁰ StA Nö, BB 2, S. 329.

⁶¹¹ Ebd. "*Ist aber ein alter jude fromd, das ist ein gast, iiii gl, und ein fromdes kint zwen guldin*". Auch in Müller, ed., *Nördlinger Stadtrechte*. Zollbuch, S. 112.

⁶¹² StA Nö, Rechnungsbuch 1423, Gemeins Ynnemen.

1429 starb beispielsweise eine Tochter Yselins im Kindbett. Wenn man davon ausgeht, dass sie verheiratet war, aber kein entsprechender jüdischer Mann als Steuerzahler aufgeführt wird, hat man in diesem Eintrag ein Hinweis darauf, dass in Yselins Haushalt eine erwachsene Tochter mit ihrem Ehemann lebte. Über die Grösse von Arons Haushalt erfährt man 1473, dass seine Schwester lange Zeit bei ihm gelebt habe⁶¹³, und 1476, dass Aron seine Enkelin bei sich aufwachsen liess.⁶¹⁴ Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, dass ein totes Kind eine Frühgeburt gewesen sei.⁶¹⁵ Oder man findet in dem Rechnungsbuch die Erklärung, dass ein Steuerzahler, der nicht mehr in den Listen auftaucht, verstorben und nicht einfach weggezogen sei.⁶¹⁶ Zusätzlich geben einige Einträge auch Einblick in Verbrechen, die an einzelnen Juden begangen worden waren.⁶¹⁷

4.4.4.7 Ungeld

Die Juden wurden in Nördlingen zu Ungeldzahlungen beigezogen. Insbesondere die Zahlungsmodalitäten das Weinungeld betreffend, die wichtigste Steuereinnahmequelle der Stadt, wurden detailliert festgehalten. In der Ordnung von 1447 und den nachfolgenden Bürgerbriefen wurde festgehalten, dass die Nördlinger Juden Weinungeld leisten müssen. Einerseits wurde verlangt, dass sie Wein, den sie lagern, *"verungelten"*, und zwar entsprechend dem Kaufpreis. Wenn sie Wein ausschenken oder ausleihen, müssen sie ihn entsprechend des geforderten Preises auch *"verungelten"*.⁶¹⁸ Wie wichtig der Stadt die Ungeldabgabe war, zeigt sich auch in diversen Gedingleut- und Gedingbürgerbriefen. In beiden Fällen werden einzelne Personen von Steuern, Reisen und Wachen befreit, nicht aber von den Ungeldzahlungen.⁶¹⁹

⁶¹³ *"Aron jud dt. grabgelts von seiner swester, die bi im lange zeit ist gewesen 2 gl."* StA Nö, RB 1473, fol. 20v.

⁶¹⁴ *"Item Aron Jud dt. grabgeltz von seins suns wegen tochter, die er ertzogen hatt, 2 gl."* StA Nö, RB 1476, fol. 21v.

⁶¹⁵ *"Bendits jude wip tod und er auch von eym toten kind, was nit zitig 1 gl, 3 lb."* StA Nö, RB 1425.

⁶¹⁶ *"Item von Myer juden der tot ist in Jennis 2 gl."* Ebd.

⁶¹⁷ So heisst es beispielsweise 1506, dass die Ehefrau eines Juden erstochen wurde. StA Nö, RB 1506, 34v. 1468 starb ein Jude, weil er aus einem Fenster geworfen wurde: *"Item in der wochen Lucie dts Coppelman Jud grabgelt von eins juden, den man zuo dem hohen hawss ze tod geworffen hat, 4 gl"*. RB 1468, fol. 20r.

⁶¹⁸ *"Und was sie wins füro in legen, den sollen sie verungelten, so tür er sie gekostet. Was sie des aber usschenken oder ussleihen, den sollen sie so hoch verungelten, als sie den herus geben alles ongeverde."* StA Nö, BB 2, S. 347. 1491 bezahlte Bunam, Aarons Tochtermann, beispielsweise 29 lb. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 169.

⁶¹⁹ Gedingleute: 1462 wird der Kleriker Hans Würm aus Ulm als Stadtschreiber in Nördlingen aufgenommen. In seinem Gedingbrief wird festgehalten, dass er weder Steuern, Wachtgeld noch Wehrdienst leisten müsse, da er ja kein Bürger sei. Allerdings ist er verpflichtet Ungeld zu zahlen: *"auch bin ich die obgenanten zeitt und weil ich ir burger nit bin, inen nicht pflichtig, weder sturens, wachens, raisens und dergelich sachen, usgenommen von ungelts wegen sol ich in zugeben verbunden sein"*. StA Nö, U 4422 (1462).

Auch in den Bürgerbüchern drei und vier gibt es zahlreiche Einträge, in denen Neubürger von Steuer-, Abzugssteuer- und Wachtgeldzahlungen befreit wurden. In keinem einzigen Fall kam es aber zu einer Ungeldbefreiung.⁶²⁰

4.4.4.8 Sonderabgaben

Aufgrund der Quellenlage können für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts nur einzelne Aussagen über allfällige Sonderabgaben der Juden an die Stadt gemacht werden. Detailliert belegt sind die ausserordentlichen Einnahmen, die die Stadtobrigkeit, sowie die Oettinger und das Reich nach den Pogromen von 1348 und 1384 verzeichneten. Einer Urkunde von 1348 lässt sich entnehmen, dass die Stadt zu dieser Zeit Schuldbriefe im Wert von mindestens 1700 Pfund beschlagnahmt hatte, bereits Besitz der Juden im Wert von 600 Pfund veräussert hatte und eine städtische Schuld von 300 Pfund nicht mehr begleichen musste.⁶²¹ 1384 kam es in Nördlingen erneut zu einer Verfolgung der Juden. Wie 35 Jahre zuvor verzieh der König der Stadt die Tat, sprach ihr die Hinterlassenschaft der ermordeten Juden zu und schützte die Stadt vor allfälligen Forderungen Dritter. Für diese Privilegierung entrichtete der Rat einen Betrag von 3500 Gulden an das Reich.⁶²² Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts lässt sich in den überlieferten Quellen keine jüdische Gemeinde mehr nachweisen.

Während des 15. Jahrhunderts leisteten die Nördlinger Juden erstaunlich selten Sonderabgaben an die Stadtobrigkeit. An dieser Stelle sei auf die Zusatzabgaben hingewiesen, die von der jüdischen Gemeinde im Kriegsfall geleistet wurde. Eine Sonderabgabe, die zum Teil auch von christlichen Bürgern geleistet werden musste.⁶²³ Zusätzlich zu diesen ausserordentlichen finanziellen Beiträgen ist im Rechenbuch von 1410 ein Geschenk von Mosse verzeichnet. Er schenkte der Stadt an Graben und Glocken 8 Gulden.⁶²⁴ Vielleicht stand dieses Geschenk im Zusammenhang mit der im selben Jahr erfolgten Bürgerrechtsverlängerung. Es würde sich somit eher um eine Verlängerungsgebühr gehandelt haben.

Gedingbürger: 1460 wird ein Büchsenmeister lebenslang zu Bürger aufgenommen. Er wird von Steuern, vom Wachen und den Abzugssteuern befreit. Es wird aber ausdrücklich festgehalten, dass er Weinungeld leisten müsse. StA Nö, U 4860 (1460).

⁶²⁰ StA Nö, Bürgerbücher drei und vier.

⁶²¹ Pucher, ed., UB Nördlingen 1. Nr. 201, S. 67.

⁶²² Ibid. Nr. Nr. 638, S. 147. Nr. 644, S. 149.

⁶²³ Siehe oben Kapitel 4.4.1.3.

⁶²⁴ StA Nö, RB 1410, "*Gemains innemen*". Im selben Jahr erwirbt die Stadt Glocken im Wert von 248 gl.

Eine letzte Sondereinnahme verzeichnete die Stadt bei der Ausweisung der Juden 1506. Einem Schreiben Kaiser Maximilians I. ist zu entnehmen, dass die Häuser und alle liegenden Güter der Juden in den Besitz der Stadt übergehen sollten. Dafür habe die Stadt dem Kaiser einen entsprechenden Betrag, vermutlich die 700 Gulden, zukommen lassen.⁶²⁵

Für Nördlingen werden die Abgaben der Juden an das Reich nicht in einem gesonderten Kapitel diskutiert, da Müller diese Thematik schon sehr ausführlich in seinem Artikel bespricht. An dieser Stelle sollen nur stichwortartig die einzelnen Abgaben aufgezählt werden, um einen Einblick in die Belastungen der Nördlinger Juden von Seiten des Reiches her zu geben.⁶²⁶

4.4.4.9 Zwangsdarlehen

In Nördlingen leisteten die ansässigen jüdischen Geldleiher keine zinslosen Zwangsdarlehen an den Rat. Bei den belegten Beträgen handelte es sich um relativ kleine und freiwillig geleistete Beträge. Die Nördlinger Juden zählten die Stadt nicht sehr oft zu ihren Kunden. Einige Einträge in der Stadtrechnung von 1401 lassen darauf schliessen, dass der Jude Josef der Stadt ein Darlehen gewährt hatte, das zurückgezahlt wurde.⁶²⁷ 1413 wird im Rechnungsbuch festgehalten, dass die Rechner Mosse 50 Gulden schuldig seien, die er ihnen geliehen hätte.⁶²⁸ Auch in den 1440er Jahren gibt es einige Einträge, in denen Nördlinger Juden der Stadt Darlehen gewährten, die dann auch kurze Zeit später mit „*gesuoch*“ wieder zurückgezahlt wurden.⁶²⁹ In Nördlingen kam die Finanzstrategie, zinslose Zwangsdarlehen zu erheben, die gar nicht oder zu einem schlechteren Wechselkurs zurückgezahlt wurden, nicht zur Anwendung.

⁶²⁵ Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 77.

⁶²⁶ Regelmässig wurde vom Reich der Goldene Opferpfennig erhoben. 1414: 888 gl. + 466 gl.; 1418: Bullensteuer; 1422: Hussitensteuer: 1 gl pro Kopf (das zwanzigfache der christlichen Steuer); 1433: Kaiserkrönung; 1442 und 1453: Krönungssteuer Friedrichs III.; 1475: 200 gl Kriegssteuer (Böhmen); 1485: 200 gl Kriegssteuer (Ungarn); 1491: 285 gl. Kriegssteuer (Frankreich); 1495: 600 gl. Gemeiner Pfennig gefordert; 1499: Kriegssteuer.

⁶²⁷ Josef werden die Beträge von 8, 170 und 20 Gulden ausbezahlt. StA Nö, RB 1401, fol. 31v, 32r.

⁶²⁸ StA Nö, RB 1413, fol. 49.

⁶²⁹ StA Nö, Rechnungsbuch 1453, fol. 52r,v: "*An alten schulden bezalt. Item Lieberman judan gelihnes altz 325 gl. Und für alten gesuch 8 gl. Und für zins altz 7 lb 5 S 1 hl. Item Josep juden alter entlechner schuldt bezalt post Nicolai 150 gl.*"

4.4.4.10 Bussen

Eine weitere städtische Finanzstrategie, zusätzliche Einnahmen von der jüdischen Gemeinde zu erzielen, bestand in der Erhebung überhöhter Bussgelder.⁶³⁰ Im Folgenden soll abgeklärt werden, inwieweit dies auf Nördlingen zutraf. In den Rechnungsbüchern des 15. Jahrhunderts sind unter der Rubrik *"pessering"* jeweils die von Juden und Christen geleisteten Bussen verzeichnet.⁶³¹ In der Regel entsprachen sich die Bussbeträge beider Gruppen in ihrer Höhe. Dabei handelte es sich mehrheitlich um einstellige Pfundbeträge. In einigen Ausnahmefällen wurden die Juden zu Geldstrafen von zwei- oder dreistelligen Guldenbeträgen verurteilt. Die höchste verzeichnete Busse musste 1436 Leo von Rapoltsweiler entrichten. Wegen einer Fundunterschlagung wurde er zu einer Strafe von 200 Gulden verurteilt.⁶³² Gemäss den Steuerlisten verliess er im Anschluss an diesen Vorfall die Stadt. Auffällig ist, dass sich die höchsten Bussbeträge in den Jahren 1436 und 1437 häufen. Gleichzeitig wie Leo wurde Schmucl zu einer Busse von 50 Gulden verurteilt, weil er auf den Harnisch eines Bürgers geliehen hatte.⁶³³ Im folgenden Jahr werden Vri und der Schulklopfer zu je 50 und 15 Gulden verurteilt, weil sie angeblich gestohlene Hunde und Schafe gekauft und weiterverkauft hatten.⁶³⁴ 1442 wird dann Mosse von Eichstetten zum hohen Betrag von 200 Gulden verurteilt,

⁶³⁰ Für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts ist die Bestimmung überliefert, dass die Juden für dasselbe Vergehen mit dem doppelten Bussbetrag gestraft werden sollen. Müller, ed., Nördlinger Stadtrechte. Nr. C 143 (1380-82).

⁶³¹ Hinzuzufügen ist, dass über das Nördlinger Gerichtssystem verhältnismässig wenig bekannt ist. Es ist nicht klar, ob alle Bussen, die vom Ratsgericht verhängt wurden, tatsächlich in den Rechnungsbüchern aufgelistet werden.

⁶³² *"Item der Leo jud dedit von des geltz wegen daz Michel Gronenwalders weib verloren hett, des er sich an nam fur daz sein und daz sich mit warheit nit fand, zu besserung 200 gl."* StA Nö, RB 1436. Siehe auch U 3678 (1436).

⁶³³ *"Item vom Schmule jude umb daz er uf harnasch, daz der bürger war, gelihen hett 50 gl."* StA Nö, RB 1437. Im Urfehdebrief von 1437 wird das Vergehen folgendermassen beschrieben: *"... von solichs verhandelns und uberfarns wegen, so ich geton han mit dem daz ich uf harnasch han gelichen, daz den burgern zu Nordlingen zu gehort und ir platzen unredlich und unbillich gen mir gesetzt hat und des ich nit geton sollte haben nach den worten und gedingen, die ich mit den ersamen und weysen burgermaystern und rate daselbs geton han..."*. Weiter wird festgehalten, dass sie dem Angeklagten diese Bestimmungen, die er beschworen hat, vorgelesen hätten und er *"trutzlich und streytiglich dawider"* geredet habe. Der Formulierung des Urfehdetextes nach scheint die Höhe des Bussgeldes nicht nur auf das Vergehen an sich zurückzuführen sein, sondern auch auf die Falschaussage Schmuels vor dem Rat. StA Nö, U 3684.

⁶³⁴ *"Item von Vri dem juden zu busgelt 50 gl."*

Item von Vri dim juden, umb daz er die gestolen hunden gekauft hett von dem knaben von Thyningen, 10gl.
Item von dem juden dem Schulklopfer, umb daz er die gestolen Schaff und hunden zu Baldingen kaufft, und sol noch 5 gl." StA Nö, RB 1437.

wegen Unregelmässigkeiten bei seinem Wegzug aus Nördlingen.⁶³⁵ Es dürfte wohl kein Zufall sein, dass diese Rekordbusszahlung in eine Konflikt- und finanzielle Problemperiode der Stadt fällt. Erst über vierzig Jahre später ist im Rechnungsbuch von 1488 erneut ein dreistelliger Bussbetrag verzeichnet. Die jüdische Gemeinde wurde mit einer Busse von 100 Gulden belegt, weil nach einer ihrer Tanzveranstaltungen ein Auflauf entstanden war.⁶³⁶ Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass 1488/89 eine stark antijüdische Stimmung herrschte und die Stadtobergkeit mit allen Mitteln versuchte, die Juden loszuwerden. Finanziellen Druck auszuüben, passt genau in die allgemeine Politik des Rates gegenüber der jüdischen Gemeinde. Hinzu kommt, dass ein „ufflauff“ gegen die Juden schnell in einem Pogrom gipfeln konnte und sich die Wut auch gegen den Rat wenden konnte.

Abschliessend kann man sagen, dass in den dokumentierten 100 Jahren vergleichsweise wenige übermässig hohe Bussbeträge erhoben worden sind. Die Bussen der christlichen Delinquenten übertreffen sie aber bei weitem.

4.4.4.11 Abzugsmodalitäten

Den überlieferten Quellen sind bis 1447 keine konkreten Informationen über die Abzugsregelungen zu entnehmen. Da in den Stadtrechnungen fürs ganze 15. Jahrhundert keine Juden unter den Abzugssteuerzahlern erscheinen, kann davon ausgegangen werden, dass die jüdischen Bürger wie die christlichen intra- und extramuralen Gedingbürger von der Abzugssteuer befreit waren. Ein grosser Vorteil der Vereinbarungen mit gedingten Steuern bestand sowohl für die jüdischen als auch die christlichen Bürger in der erleichterten Mobilität, da beim Abzug der Bürger oder deren Kinder eine grosse finanzielle Belastung vermieden werden konnte.

In der Ordnung von 1447 werden die Abzugsmodalitäten differenziert dargelegt. Wenn einem Juden die Verlängerung des Bürgerrechts verwehrt wird oder der jüdische Bürger von sich aus vor Ablauf der Frist oder auf Ende der festgelegten Zeit sein Bürgerrecht aufgibt, wird dem Betreffenden zugestanden, noch ein ganzes Jahr bei gleichem Recht in der Stadt bleiben zu dürfen. Die Dauer von einem Jahr Kündigungs- und Abzugsfrist entspricht der Si-

⁶³⁵ *"Item vom Mosse juden buszgelts, umb sein ustreten und uberfarn, bezalt feria quinta ante oculi 100 gl."* StA Nö, RB 1442, fol. 18v. *"Item vom Mosse juden altz busgeltz 100 gl."* RB 1443, 19v. Im Rechenbuch von 1442 ist der letzte Steuereintrag von Mosse von Eichstetten eingetragen.

tuation in anderen Städten im Südwesten des Reiches und ist den Gewerberegelungen der jüdischen Geldleiher angepasst.⁶³⁷ Gedingleuten im Dienste der Stadt wurde beispielsweise eine vierteljährliche Kündigungsfrist zugestanden.⁶³⁸ Für die verbleibende Zeit zwischen Kündigung und Abzug muss der jüdische Bürger anteilmässig seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen. Die Stadtrechnungen enthalten verschiedene Einträge, die die Praxis belegen, dass die Abziehenden nur noch einen Teil der Jahressteuern im Rechenamt ablieferten.⁶³⁹ Die individuellen Schutzbriefe aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts enthalten dieselbe Regelung wie die Ordnung von 1447.⁶⁴⁰ Wie von den christlichen Gedingleuten und Gedingbürger wurde auch von den jüdischen Bürgern keine Abzugssteuern verlangt, da die jährliche Steuer bereits eine Entschädigung dafür enthielt.

Wie die christlichen Gedingbürger mussten die Juden persönlich vor den Ratsherren erscheinen und die Erlaubnis zum Wegzug einholen.⁶⁴¹ Den Ordnungen von 1433 und 1447 und den Schutzbriefen kann entnommen werden, dass dem jüdischen Bürger das Recht zustand, das Bürgerverhältnis vorzeitig zu kündigen. Nur ausnahmsweise wurde die Abzugserlaubnis nicht sofort gewährt. Ein Beispiel enthält das Bürgerbuch von 1491. Salman und Mann gelangten mit einem Abzugsbegehren an den Rat.⁶⁴² Gemäss dem Bürgerbucheintrag war der Rat anfangs nicht Willens, sie *"zu(o) la(u)ssen"*. Grund war eine Sondersteuerforderung des

⁶³⁶ *"Item in der wochen nach Valentini eingenommen von juden, als sie von ains ufflauffs wegen gestrafft 100 gl."* StA Nö, RB 1488, 22v. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 52.

⁶³⁷ Beispielsweise in Schaffhausen. Kapitel 6.4.4. Burmeister, *Medinat bodase* 3. S. 127f.

⁶³⁸ Z.B. dem Stadtschreiber Conradus Vischer von Rentz 1436. StA Nö, U 4421.

⁶³⁹ Z.B. im Rechenbuch von 1469, fol. 20r: *"Item feria sexta ante Affre eingenomen von Mosse jud nach antzall seins schu(o)lzins und steur von 36 wochen 20 gl."* 1468 zahlte er 26 Gulden. RB 1468, fol. 13r. Entsprechend des vorgeschriebenen Abzugstermins 1506 entrichteten die einzelnen Steuerzahler nur noch Teilzahlungen. RB 1506, fol. 34v. Vergleiche Kapitel 2.

⁶⁴⁰ Schutzbrief des Mosse 1462: *"...und so(e)lich geding und tading, wie hievor underscheidenlich begriffen ist, sol also uff beden tailen besteen beliben und gehalten werden von dato dieser schrift funff gantze jahre die nechsten nachainander ku(e)nfftig on der von No(e)rdling absagen, sovil das an in ist. Und nach den funff jaren, so lang als beden teilen eben ist und nit lenger, und wenn ain tail, welher der ist, dem andern so(e)lich geding und ta(e)ding zuo usgang der fu(e)nff jar oder darnach uber kurz oder lang absagt, so sol und mag doch Mosse juden obgenannten das nehst jar nach solichem absagen und nit lenger pliben sitzen in allen rechten geding underschaid der stewr, schulzins und aller ander sachhalb, wie hievor berurt ist on geverde. Und dabei ist beredt worden, ob Mosse jud in den fu(e)nff Jaren von No(e)rdlingen ziehen wo(e)lt welches Jars das were u(e)ber kurzt oder lang, wann dann der selv jud von dem selben jar, darinn er von dannen und hinweg ziehen will, der statt rechnern stewr und schuolzins richt und bezalt, sovil als vorberu(e)rt ist, und urlub von aim versamneten rate daselbs begert und nimpt, als er dann schuldig zetuon ist. So sollen burgermaister und rat zuo Nordlingen demselben juden seins hinzugs von inen gu(e)rtlich gestatten und go(e)nnen nach ir stat recht und gewonhait. Und daru(e)ber wider sein willen lenger nit uffhalten ongeverde."* StA Nö, Urkunden der Juden.

⁶⁴¹ Z.B. in einer Urkunde von 1414 wird folgende Vereinbarung festgehalten: *"Es sol sich auch unser keiner von der stat No(e)rdlingen wesentlich niht ziehen, noch anderswa beherrschen, er habe dann vor urla(u)b genomen vor dem rat zu No(e)rdlingen angeverde..."*. StA Nö, Urkunden der Juden, Ordnung von 1414. Interessant ist, dass beispielsweise dem Rechenschreiber kein Kündigungsrecht zugestanden wurde, und zwar weder als Bürger noch nachdem er sein Bürgerrecht aufgegeben hätte. U 4641 (1468).

⁶⁴² StA BB 4, S. 124. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 41.

Reichs zur Unterstützung im Krieg gegen Ungarn und Frankreich. Die zwei Juden hatten es "versäumt", rechtzeitig ihren Beitrag zu entrichten, und hatten eine Busse in der Höhe von 200 Gulden zu befürchten.

4.4.4.12 Abgaben der Juden im Vergleich mit denjenigen der christlichen Bürger und dem städtischen Finanzhaushalt

In welchem Verhältnis stehen die Abgaben jüdischer Bürger im Vergleich zu den Verpflichtungen christlicher Bürger, und welche Bedeutung kommt den Abgaben der jüdischen Gemeinde im Rahmen des städtischen Finanzhaushaltes zu? Diesen Fragen soll in diesem Kapitel vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ausführung nachgegangen werden.

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts betragen die jährlichen Abgaben der jüdischen Steuerzahler zwischen 1,7 und 8,9 Prozent der jährlichen Einnahmen aus den städtischen Vermögenssteuern. Der Mittelwert beträgt 3,7 Prozent.⁶⁴³ In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bewegt sich der prozentuale Anteil der jüdischen Steuern an den Vermögenssteuern zwischen 2,1 und 6,9 Prozent.

Bei einem Vergleich der städtischen Vermögenssteuern mit den jüdischen Pauschalabgaben muss berücksichtigt werden, welche Verpflichtungen mit den einzelnen Beträgen abgegolten wurden. So entsprechen die jüdische Pauschal- und Synagogensteuer nicht der christlichen Vermögenssteuer. Vergleichbar sind sie eher mit den gedingten Steuern der christlichen Gedingbürger. Wie letztere bezahlen die Juden kein Aufnahmegeld und, was finanziell viel stärker ins Gewicht fällt, keine Abzugs- oder Erbsteuer, die für christliche Bürger bis zu 25 Prozent ihres Besitzes betragen konnte. Zusätzlich scheint die Pauschalsteuer der Juden auch eine Kompensationszahlung für den persönlichen Wehrdienst zu enthalten. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass jüdische Steuerzahler im Kriegsfall einen Stellvertreter entlohnten und diese Zahlungen nicht in den Rechnungsbüchern enthalten sind. Berücksichtigt man all diese Aspekte relativiert sich der prozentuale Anteil der jüdischen Abgaben an den Vermögenssteuereinnahmen.⁶⁴⁴

⁶⁴³ Siehe Tabelle 22 im Anhang.

Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass in einzelnen Jahren nicht die gesamten Steuereinnahmen verzeichnet sind, da ein Teil verspätet geleistet und unter den Ausständen aufgeführt wurde.

⁶⁴⁴ Insbesondere die Wachtgeld- und Abzugssteuereinnahmen sind in einigen Jahren zu grossen Teilen verspätet bei der zentralen Rechnungsstelle eingegangen und deshalb in den Ausständeverzeichnissen eingetragen worden. Im Rahmen dieser Arbeit war es allerdings nicht möglich, die Ausständeabrechnung für jedes Jahr durchzuarbei-

Hinzu kommt, dass wir bei den jüdischen wie christlichen Gedingbürgern nicht wissen, in welchem Verhältnis die Steuersumme zum Vermögen der Steuernden steht. Aufgrund der allgemeinen Situation ist davon auszugehen, dass bei christlichen Gedingbürgern im Gegensatz zu den jüdischen der Steuersatz tiefer als bei der regulären Vermögenssteuern lag. Die Einträge aus den Bürgerbüchern und den Ratsprotokollen zeigen, dass eine beträchtliche Anzahl Gedingbürger und -leute im spätmittelalterlichen Nördlingen lebte. Nicht alle sind in den überlieferten Finanzverwaltungsquellen sichtbar, da ein Teil in den regulären Steuerlisten vermischt mit den Vermögenssteuerzahlern aufgeführt wurde. Andere leisteten die reguläre Vermögenssteuer sind aber aufgrund ihrer Sondervereinbarungen in Bezug auf das Wachen und Graben und/oder den Wehrdienst der Gruppe der Gedingbürger und -leute zuzurechnen. Alle diese Beispiele zeigen, dass die jüdischen Bürger mit ihren Gedingen im Rahmen der städtischen Einwohnerschaft bei weitem keine Ausnahme bildeten. Insbesondere Sondervereinbarungen in Bezug auf die Abgaben sind in den Quellen häufig anzutreffen. Obwohl diese Gruppe der christlichen Gedingbürger und -leute sehr heterogen war, bildeten die Juden nicht eine Gruppe Gedingbürger unter vielen. Bereits ihre räumliche Verortung im Verwaltungsschriftgut zeigt, dass sie als gesonderte Gruppe wahrgenommen wurden und dementsprechend immer klar von den übrigen christlichen Gedingbürgern und -leuten wie auch von den Vollbürgern getrennt wurden. Dass die jährliche Abgabe der Juden einer anderen Kategorie zugeordnet wurde als diejenige der christlichen Steuerzahler aller rechtlichen Status, legt der Ort des schriftlichen Eintrags nahe. Die jüdischen Pauschalabgaben wurden nicht wie alle anderen jährlichen Abgaben ins Steuerbuch, sondern ins Rechnungsbuch eingetragen. Die Einträge sind an nicht sehr prominenter Stelle gegen Ende der Einnahmen zu finden, zwischen Ungelteinnahmen, Bürgergeldern und Ladenzinsen. Warum wurden diese jährlichen Abgaben nicht auch ins Steuerbuch eingetragen? Insbesondere da die Rechner auch für die Steuererhebung zuständig waren? Ein möglicher Grund wäre, dass wenigstens bis 1438 die Hälfte der jüdischen Steuereinnahmen an die Oettinger abgeliefert werden musste, ein wesentlicher Unterschied zu allen anderen Steuerabgaben. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die Abgaben der Juden viel stärker im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit, dem Handel mit Geld, gesehen wurde, so wie ihre Privilegien in der Regel eine Mischung aus Bürgerbrief und Gewerbeordnung waren. Dementsprechend war es naheliegend diese Einnahmen zwischen den Einnahmen aus indirekten Steuern und Zöllen aufzuführen.

ten. Die Zahlen der einzelnen Posten werden trotzdem aufgeführt, damit ein Eindruck von den Verhältnissen gegeben werden kann.

Wie sieht die allgemeine städtische Fiskalpolitik den Juden gegenüber aus? Zusammenfassend kann man sagen, dass Nördlingen im 15. Jahrhundert in Bezug auf die Judensteuer eine sehr effiziente Politik betrieb und die zweite berechnete Partei, die Grafen von Oettingen, innert kürzester Zeit mit einem sehr kleinen Anteil von den Einnahmen abspeiste. Andererseits bediente sich die Stadt in den 100 dokumentierten Jahren erstaunlich selten der verschiedenen Möglichkeiten zusätzliche Einnahmen durch überhöhte Bussgelder, zinslose Zwangsdarlehen oder Sonderabgaben zu erzielen. Ein eindeutiger Hinweis darauf, dass nicht die Abgaben sondern die Geschäftstätigkeit der Juden im Fokus der Stadtoberkeit stand.

Welche Bedeutung kam den jährlichen Abgaben der Juden im Finanzhaushalt der Stadt zu? Vergleicht man die Summe der jüdischen Abgaben mit den jährlichen Gesamteinnahmen zeigt sich, dass der prozentuale Anteil bei maximal einem und minimal bei 0.2 Prozent liegt, wobei der Durchschnitt bei 0.5 Prozent liegt.⁶⁴⁵ Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der Finanzverwaltungsstruktur Nördlingens zu betrachten. Im Vergleich zu Städten wie Konstanz beziehen sich die Abgabebeträge auf einen relativ grossen Anteil der städtischen Einnahmen. Denn trotz fehlender Kasseneinheit enthalten die Nördlinger Stadtrechnungen vergleichsweise viele Einnahme- und Ausgabeposten. Im Vergleich zu den zwei Haupteinnahmeposten, dem Ungeld und der Vermögenssteuer, sind die Jahressteuern der Juden ein verhältnismässig kleiner Einnahmeposten. So betrugen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts die jüdischen Pauschalabgaben zwischen 0.9 und 10,4 Prozent der jährlichen Ungelteinnahmen. Der Mittelwert liegt bei 3.3 %.⁶⁴⁶ Weitaus die höchsten Einnahmen erzielte die Stadt mit den zahlreichen indirekten Steuern und Zöllen. Bereits die Einnahmen aus dem Torzoll waren drei- bis fünfmal so hoch wie diejenigen von der jüdischen Gemeinde. Zusätzlich zum Torzoll verbuchte die Stadt Einnahmen aus dem "*Stettgelt in der messe*", dem "*kaufzoll, winzoll, ysenzoll, saltz zoll, kornzoll, vich zoll*" sowie aus der "*parchantschaw und der geslachtgewanderschaw*", um nur die wichtigsten Posten zu nennen.⁶⁴⁷ Im Vergleich mit den einzelnen bedeutenderen Einnahmeposten sowie den Gesamteinnahmen der Stadt erscheinen die jährlichen Abgaben der jüdischen Gemeinde als eher unwichtiger Einnahmeposten der Stadt. Auch die zuständigen Ratsmitglieder dürften nicht immer den rechnerischen Überblick gehabt haben und die Einnahmen nicht in ihrem prozentualen Anteil an den Gesamteinnahmen wahrge-

⁶⁴⁵ Siehe Tabelle 23 im Anhang.

⁶⁴⁶ Auch bei den Ungeldeinnahmen muss berücksichtigt werden, dass in einzelnen Jahren nicht die gesamten Einnahmen verzeichnet sind und ein Teil unter den Schulden aufgeführt wurde. Dies bedeutet ein Verschieben der Prozentzahlen nach unten.

⁶⁴⁷ StA Nö, RB 1450.

nommen haben. Daher bestand sicher die Tendenz einzelne Einnahmesummen höher zu bewerten als sie tatsächlich im Rahmen des ganzen Finanzhaushalts waren. Andererseits belegen die Ausführungen des Rates in Bezug auf das Ausweisungsbegehren Anfang der 1470er Jahre, dass bei der Wiederaufnahme von Juden 1459 deren Tätigkeit als Geldleiher das zentrale Motiv war. In einem zweiten Schritt war dem Rat sicherlich daran gelegen, bis zu einem gewissen Grad die Möglichkeiten zu nützen und Einnahmen in beträchtlicher Höhe zu erzielen. Diese Vorgehensweise war aufgrund der ständigen finanziellen Probleme allerdings gegenüber allen Einwohnergruppen verbreitet und stellt keine Sonderbehandlung der jüdischen Bürger dar. Insofern verweisen die z.T. leicht höheren Abgaben im Vergleich mit den christlichen Steuerzahlern nicht auf eine städtische Politik hin, in deren Fokus die möglichst effiziente Ausbeutung der jüdischen Gemeinde stand, sondern eher auf den Sonderstatus, den jüdische Einwohner in einer christlichen Stadtgemeinde a priori einnehmen.

5 Konstanz

5.1 Konstanz im Spätmittelalter

Der Steuerstreit von 1192 zwischen den Konstanzer Bürgern und ihrem Stadtherrn wirft ein Schlaglicht auf die Beziehungen zwischen den drei Parteien, die für die Entwicklung der Stadt zur Unabhängigkeit vom Stadtherrn ausschlaggebend waren. Der Streit wird von Kaiser Heinrich VI. beendet, indem er den Bürgern die Steuerfreiheit gegenüber dem Bischof bestätigt.⁶⁴⁸ "Reichsstädtische Freiheit, bischöflicher Machtverlust oder königlicher Einfluss setzten sich in den folgenden Jahrzehnten nicht linear fort, sondern die drei beteiligten Parteien bildeten seit der Mitte des 13. Jahrhunderts die erzeugenden Vektoren eines Kraftfeldes, das sich jederzeit verlagern konnte und zunächst keine eindeutige Ausrichtung hatte."⁶⁴⁹ Nach mehreren Konflikten mit dem bischöflichen Stadtherrn und vorübergehender Aufhebung ist ab 1260 ein städtischer Rat, dem bis zur Einführung des Bürgermeisteramtes der bischöfliche Ammann vorstand, als repräsentative Vertretung der Bürgerschaft belegt.⁶⁵⁰

Für das 14. und 15. Jahrhundert kann die Bischofsstadt mit ca. 6000 Einwohnern als grössere Mittelstadt bezeichnet werden.⁶⁵¹ Konstanz zeichnete sich in diesem Zeitraum durch einen stetigen Ausbau der städtischen Freiheiten aus. Eine Ausnahme stellen die 25 Jahre zwischen 1357 bis 1372 dar. In dieser Zeit gelang es dem Konstanzer Bischof Heinrich III. von Brandis vorübergehend seine Machtposition zu stärken und in etwa den Status des 12. Jahrhunderts zu restituieren.⁶⁵² Karl IV. sprach ihm 1357 das Münzrecht, die Gerichtsbarkeit, die

⁶⁴⁸ Gisela Möncke, *Bischofsstadt und Reichsstadt, ein Beitrag zur mittelalterlichen Stadtverfassung von Augsburg, Konstanz und Basel*. Diss. (Berlin: 1970). S. 41-44.

⁶⁴⁹ Sinnbildlich für den Einfluss von stadtherrschaftlicher Seite als auch von Reichsseite her steht die Bestimmung, dass 1241 die Reichssteuer von 60 Mark Silber je zur Hälfte dem Kaiser und dem Bischof zukam. Feger, "Konstanzer Finanzgeschichte." Bernhard Kirchgässner, "Zur Frühgeschichte des modernen Haushalts. Vor allem nach den Quellen der Reichsstädte Esslingen und Konstanz," in *Städtisches Haushalts- und Rechnungswesen*, ed. E. Maschke, J. Sydow, Stadt in der Geschichte 2 (Sigmaringen: 1977), 9-42. S. 12. Peter Schuster, *Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz* (Paderborn: 2000). S. 29.

⁶⁵⁰ Schuster, *Gericht*. S. 29.

⁶⁵¹ Zur Konstanzer Wirtschaft Hektor Ammann, "Konstanzer Wirtschaft nach dem Konzil," *Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung*. Heft 68 (1941/42): 63-96.

⁶⁵² Im 12. Jahrhundert existiert in Konstanz noch kein im Namen der Bürgerschaft handelndes ständiges Gremium, allerdings lässt sich seit 1150 eine privilegierte Gruppe von "*cives*" nachweisen, die an dieser Stelle als erste repräsentative Vertretung der Bürgerschaft gelten kann. Anfang des 13. Jahrhunderts ändert sich für die Stadtgemeinde die Lage. Ein wesentlicher Schritt in Richtung einer eigenständigen Verwaltung bedeutet, dass Friedrich II. den Konstanzer Bürgern einen Rat gewährte. Vierzig Jahre später geht von bischöflicher Seite der Vorstoss aus, die bürgerliche Selbstverwaltung aufzuheben und seine eigene Machtposition auszubauen. 1255

Besetzung der Ämter und die Erhebung der Steuer zu.⁶⁵³ Die folgende Zeit bis 1372 war geprägt von einem sich zuspitzenden Konflikt zwischen der Stadtgemeinde und ihrem Stadtherrn. 1372 setzte Karl IV. der Auseinandersetzung mit der Wiederherstellung des Rechtsstatus von vor 1357 ein Ende. Heinrich von Brandis, in einer äusserst schwachen Situation, anerkannte mit diesem Friedensschluss im Prinzip die Stadt als Reichsstadt.⁶⁵⁴ Drei Jahre später gelang es der Stadt ihre Machtposition auszubauen und die Reichsvogtei in ihren Pfandbesitz zu bringen. Damit war die Emanzipation der Stadt Konstanz von ihrem Stadtherrn weitgehend vollzogen.⁶⁵⁵ Die Beziehung zwischen den zwei ehemaligen Konfliktparteien ändert sich im folgenden Jahrzehnt grundsätzlich. Das Grosse Schisma wirkte sich auch auf die Beziehung der Konstanzer Bischöfe zur Stadtgemeinde aus. Nach dem Tod von Bischof Heinrich von Brandis 1383 wurde neben dem päpstlichen Kandidaten Niklaus von Riesenburg vom Domkapitel ein Gegenkandidat, Mangold von Brandis, portiert. Ersterer verbesserte seine Stellung schlagartig, als er 1384 in die Stadt einzog, deren Privilegien bestätigte und ins städtische Bürgerrecht trat. Gleich tat es ihm 1388 sein Nachfolger Burkhard von Hewen. Aus dem politischen Gegenspieler wurde ein Verbündeter, der der Stadtgemeinde militärische Unterstützung zusicherte.⁶⁵⁶ Auch innenpolitisch bilden die 1370er Jahre eine Zäsur. Es kommt zu Unruhen, initiiert von einer Gruppe Patrizier und Handwerker, die sich gegen den patrizischen Rat stellen.⁶⁵⁷ Verfassungsrechtlich hatte dieser innerstädtische Konflikt die Machtteilung der Zünfte zur Folge. Diese Machtverschiebung ging mit einem bedeutenden Ausbau der Verwaltungsstrukturen einher. Vor diesem Hintergrund ist auch der Unterschied in

wurde der Konflikt durch einen Sühnebrief vom St. Galler Abt Berthold beendet. Darin wurde der Stadtgemeinde unter anderem die Aufhebung des Rates vorgeschrieben. Möncke, Bischofsstadt. S. 87-89, 111.

⁶⁵³ Ibid. S. 29.

⁶⁵⁴ Brigitte Degler-Spengler, ed., Das Bistum Konstanz, das Bistum Mainz, das Bistum S. Gallen, Helvetia Sacra, Ab (1993). S. 105f.

⁶⁵⁵ Helmut Maurer, Konstanz im Mittelalter, Band I (Konstanz: 1989). S. 208-240.

⁶⁵⁶ Philipp Ruppert, ed., Die Chroniken der Stadt Konstanz (Konstanz: 1891). S. 325-27. Maurer, Konstanz I. 224f.

Auszüge aus dem Bürgerbuch: *"mit zehen spiessen"... "So sol er von dez vorbenempton sines burgkrechtz wegen inen furbas hin zusond zu(o) allen wen no(e)ten mit sins wolgerusten Spiessen die vorgeschriben zehen jar ze ende und da zwischen als dik, daz ze schulden kompt, daz si in darumb anru(o)ffend und die von im begerend ze habend, dienen und gewertig sin, ouch in sinem costen, an allen furzog und widerred. Er sol inen och mit allen vestinen, stetten und slossen, die er von dez vorbenempton sines gotzhus ze costentz oder von sines va(e)tterlichen erbes wegen ietzo inne hat, ald die im inkunftigen ziten inwerden...."* StA Ko, A IV:1, S. 16.

Verschiedene Konstanzer Bischöfe schlossen mit Zürich in einen Bürgerrechtsvertrag ab. Allgemein zu den geistlichen Gedingbürgern siehe oben Teil A.

⁶⁵⁷ Klaus D. Bechtold, Zunftbürgerschaft und Patriziat. Studien zur Sozialgeschichte der Stadt Konstanz im 14. und 15. Jahrhundert, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen 26 (Sigmaringen: 1981). Friedrich Horsch, Die Konstanzer Zünfte in der Zeit der Zunftbewegung bis 1430 unter besonderer Berücksichtigung des Zunftbuches und der Zunftbriefe, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen 23 (Sigmaringen: 1979). Edi Joos, "Die Unruhen der Stadt Konstanz 1300-1450," Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 116, NF 77 (1968): 31-58. S. 41-44.

Bezug auf die schriftliche Überlieferung für die Zeit von vor und nach 1370 zu sehen. Ist für die Zeit von vor 1370 die Überlieferung sowohl im Bereich der Gesetzgebung als auch im Bereich der städtischen Verwaltung beinahe bei Null, ändert sich dies nach 1370 vollständig.⁶⁵⁸ Im Rahmen der Unruhen von 1370 und 1393 gelang es den Zünften die Vertretung der Geschlechter im Rat in eine Minderheitsposition zu drängen. Der Konflikt schwelte in den folgenden 40 Jahren weiter und mündete 1430 in einem weiteren innerstädtischen Konflikt, der eine Machtumverteilung zu Gunsten der Patrizier zur Folge hatte.⁶⁵⁹ Veranlasst wurde diese von König Sigismund, dessen Konfliktbeilegung einhergeht mit einer weiteren Verfassungsrevision, die bis Ende des 15. Jahrhunderts Bestand haben sollte.⁶⁶⁰

5.2 Die jüdische Gemeinde in Konstanz

Nach der Konstanzer Chronik von Zündelin siedelten in Konstanz erstmals in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts Juden. Schutzherr war das Reich, aber auch die Stadt und der Bischof erhoben Abgaben von der jüdischen Gemeinde.⁶⁶¹ Nach Verfolgungen in den Jahren 1312, 1326 und 1337 wurden die Konstanzer Juden anfangs 1349 Opfer der Pest-Pogromwelle, die seit 1348 das römische Reich überrollte. Mehr als 330 Mitglieder der grossen jüdischen Gemeinde von Konstanz erlitten den Feuertod.⁶⁶² Erst 26 Jahre später sind nachweislich wieder Juden in Konstanz ansässig.⁶⁶³ Wie vor der Zäsur von 1349 tritt das Reich als Schutzherrin auf. Verschiedentlich werden der Schutz und/oder die Judenabgaben an die Stadt veräussert⁶⁶⁴, die ihrerseits die Juden in ihren Schutz aufnimmt und besteuert. Wie in anderen Städten wurde in Konstanz 1385 die erste und 1393 trotz anfänglichem Widerstand der Stadt die zweite Judenschuldentilgung durchgeführt.⁶⁶⁵ Die in den 1420er Jahren

⁶⁵⁸ Feger, Vom Richtebrief. Feger formuliert die These, dass die fehlende schriftliche Überlieferung vor 1370 kein Zufall war, sondern dass es im Interesse des Rates lag, "nur in möglichst geringem Umfange Gesetze und Satzungen mit allgemeiner Verbindlichkeit zu erlassen", um sich vorzubehalten, von Fall zu Fall Entscheidungen zu treffen. S. 31-32.

⁶⁵⁹ Joos, "Unruhen." S. 31-58. Schuster, Gericht. S. 34-42. Helmut Maurer, Konstanz im Mittelalter. Band II. Vom Konzil bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts (Konstanz: 1996(2)). S. 63ff.

⁶⁶⁰ Ruppert, ed., Chroniken. S. 361-368: 364.

⁶⁶¹ Löwenstein, Juden am Bodensee. S. 19ff. GJ II, S. 445ff.

⁶⁶² Hörburger, Judenvertreibung. S. 68.

⁶⁶³ Es handelt sich um einen Nachbarschaftskonflikt, in den Mayer von Winterthur involviert ist. StA Ko, U. 8546.

⁶⁶⁴ Beispielsweise 1385, 1393, 1413, 1418, 1425.

⁶⁶⁵ Hörburger, Judenvertreibung. S. 108.

wieder zunehmenden innerstädtischen Spannungen wirkten sich auch auf die Situation der jüdischen Gemeinde aus und waren mitverantwortlich dafür, dass 1429 die Juden, 83 an der Zahl, erstmals in Haft gesetzt wurden.⁶⁶⁶ Ausgelöst wurde die Inhaftierung durch den Verdacht, dass die Konstanzer Juden am Ravensburger Ritualmord beteiligt gewesen waren. Andererseits wurden sie Opfer der innerstädtischen Auseinandersetzungen von 1430. Der Vorwurf der Opposition an die Stadtobrigkeit, von den Juden bestochen worden zu sein,⁶⁶⁷ führte zur Wiederverhaftung und der Beschlagnahmung des Gutes der Juden. Die Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Kaiser über die Behandlung der Juden zogen sich relativ lange hin, da über die rechtlichen Kompetenzen keine Einigkeit vorherrschte. Sigismund hatte die Juden 1425 an die Stadt verpfändet, beanspruchte die Ausübung der Rechtsprechung aber trotzdem für sich.⁶⁶⁸ Beendet wurden die Verhandlungen mit einem Schiedspruch des Königs. Die jüdische Gemeinde musste für ihre Freilassung der Stadt und dem König die exorbitante Summe von 20'000 Gulden bezahlen.⁶⁶⁹ Bereits 1432 beschloss der Rat ein erstes Mal die Ausweisung der Juden.⁶⁷⁰ Obwohl auch aus dem Jahr 1433 Ausweisungsbestrebungen überliefert sind, waren weiterhin Juden in Konstanz als Geldleiher tätig. Auch die 1440 vom Rat beschlossene Verbannung der Juden wurde vermutlich auf Betreiben des Königs nicht in die Tat umgesetzt. Bereits 1443 kam es im Zusammenhang mit einer erneuten Ritualmordbeschuldigung zur Verhaftung der Juden. Nach dem Rechnerausgabenbuch von 1443 scheinen die Konstanzer Juden eine Verfolgung oder zumindest eine Verhaftung befürchtet zu haben, denn sie verliessen heimlich die Stadt und versuchten zu fliehen, wurden aber von städtischen Knechten eingeholt und nach Konstanz zurückgebracht.⁶⁷¹ Kaiser Friedrich III. setzte sich wiederholt für die Freilassung der Inhaftierten ein und 1447 wurde Herzog Albrecht zur Schlichtung des Konflikts eingesetzt. Er erreichte 1448 die Entlassung der gefangengesetzten Juden, die ihm übergeben und vermutlich in seinem Herrschaftsgebiet angesiedelt wurden.⁶⁷²

⁶⁶⁶ Ruppert, ed., Chroniken. S. 162.

⁶⁶⁷ *"... das die gewaltigosten, der obraburgermaister Hainrich Ehinger, sin sun, ain man dozumal, Cunrad Witterberg, der Wanner, ain kürsener, hug Kuchlin, ain Schuchmacher, und ander ain gross gut und schenkungen genomen hetten von den Juden, sy zu schirmend lib und gut, die och lang zit geschirmt wurdent."* Ibid.S. 166.

⁶⁶⁸ Joos, "Unruhen." S. 50.

⁶⁶⁹ Ruppert, ed., Chroniken. S. 153. GJ III, S. 669.

⁶⁷⁰ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 361, S. 108.

⁶⁷¹ *„Item Josen Kettenacker 9 S 4, den hand verzertt 18 knecht, so man den juden zuo schiff nach sant, als die enweg gewichen warent, hies ain raut tuott".* StA Ko, L 1358, fol. 11v.

⁶⁷² Hörburger, Judenvertreibung. S. 85-88.

5.3 Der Finanzhaushalt der Stadt Konstanz

5.3.1 Entwicklung

Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts liegt ein grosser Bereich der städtischen Finanzverwaltung weitgehend im Dunkeln.⁶⁷³ Einzelne Dokumente wie die Urkunde Heinrichs IV. von 1192, der Schiedsspruch von 1255, der Richtebrief, der Codex Sachs sowie königliche Privilegien zur Ungeld- und Zollverleihung geben Einblick in einzelne Aspekte der Konstanzer Verwaltungsstruktur, erlauben aber keinen Überblick, insbesondere da es sich mehrheitlich um normative Quellen handelt und serielle Verwaltungsquellen weitgehend fehlen.⁶⁷⁴ Für die Zeit vor 1370 vergleicht Feger die Verwaltung der Stadt mit der einer privaten Firma, wie sie mehrere der Mitglieder der patrizischen Obrigkeit kannten. Aus dieser Zeit sind ausser einer Steuerordnung keine Dokumente zur Verwaltungsstruktur überliefert.⁶⁷⁵

Eine Änderung tritt im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts ein. Die Ausdifferenzierung der Verwaltungsstrukturen schlägt sich beispielsweise im Bereich des Verwaltungsrechts in einigen Satzungen der Gesetzessammlung Codex Sachs nieder, aber erst in den Eidbüchern des 15. Jahrhunderts werden die Tätigkeitsbereiche der einzelnen Amtleute deutlicher fassbar. Mit der Verschiebung im Machtgefüge der Stadt von 1370 ging eine gründliche Verwaltungsreform einher, die sich auch in einer gesteigerten Schriftlichkeit zeigt. Das neue Verwaltungsschriftgut ermöglichte eine Kontrolle der Verwaltung, wie sie von den Zünften schon lange gefordert worden war.⁶⁷⁶ Ab dieser Zeit sind verschiedene serielle Verwaltungsquellen überliefert, teilweise fast lückenlos wie die Ratsprotokolle oder die Bürgerbücher. Entsprechende Quellen aus der Finanzverwaltung sind ab den 1420er Jahren erhalten geblieben. Für den hier interessierenden Zeitraum bis 1444 sind das neben Steuerlisten verschiedene Arten von Stadt-

⁶⁷³ Obwohl Otto Feger in einem Artikel von 1963 auf die Konstanzer Finanzgeschichte eingeht, soll in dieser Untersuchung dieses Thema ausführlicher behandelt werden, da Finanzquellen zur Verfügung stehen, die in Fegers Untersuchung nicht berücksichtigt wurden. Dabei handelt es sich um die wichtigen Jahresrechnungen, die unter der Signatur L 1060b geführt werden. Feger, "Konstanzer Finanzgeschichte."

⁶⁷⁴ Eine Ausnahme bilden die zwei bei Feger aufgeführten Quellen aus den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts. Es handelt sich um Bruchstücke einer Abrechnung, die hauptsächlich Ausgaben für Reisen und Ritte enthält. "Es werden bescheidene Reste einer städtischen Ausgabenbuchhaltung sein., Ab 1376 enthält das erste Ratsprotokoll einige Informationen zur Finanzverwaltungsstruktur. Ibid. S. 178-84. Möncke, Bischofsstadt. S. 158ff.

⁶⁷⁵ Siehe zur Schriftlichkeitsentwicklung Kapitel 3.

⁶⁷⁶ Kirchgässner, "Haushalt." S. 11.

rechnungen. Mit der Verfassungsrevision Anfang der 1430er Jahre erhielt die Finanzverwaltung in etwa die Form, die sie in den folgenden 100 Jahren beibehalten hat.⁶⁷⁷

Die Verwaltungsstruktur der Finanzen, wie sie sich uns aus den überlieferten Quellen präsentiert, entspricht in weiten Teilen derjenigen in anderen südwestdeutschen Städten vergleichbarer Grösse. Auch in Konstanz widerspiegelt sich die steigende Komplexität der Einnahmenstruktur in der Ausbildung von Nebenämtern, wie dem Steuer-, dem Ungeld- oder dem Bauamt.⁶⁷⁸ Abweichend von der Norm ist allerdings der Umstand, dass es in Konstanz kein zentrales Rechenamt gab, das sowohl für die Verwaltung der Einnahmen als auch der Ausgaben verantwortlich war. Es gab ein Rechen- und ein Säckelamt, wobei der Rechner für das Einziehen der Einnahmen und der Säckler primär für die Ausgabenverwaltung zuständig war. Zusätzlich fungierte das Säckelamt als Sammelstelle für die Nettoeinnahmen der verschiedenen Kommissionen und der Nebenämter. Weiter lässt sich den Rechnungen entnehmen, dass der Säckler gewisse Einnahmeposten, die er selber einzog oder die von Amtleuten⁶⁷⁹ ohne eigene Rechnungsführung beim Säckelamt abgegeben wurden, verwaltete und ihm auch das Rentenwesen unterstand. Dieser Umstand zeigt, dass die Trennung der Einnahmen- und Ausgabenverwaltung nicht konsequent durchgeführt worden ist.⁶⁸⁰

Im Folgenden soll anhand einer detaillierteren Profilbeschreibung der einzelnen Ämter, insbesondere des Säckel- und des Rechenamtes, die Verwaltungsstruktur des Konstanzer Finanzwesens transparent gemacht werden, um im folgenden Kapitel einen Vergleich der verschiedenen Einnahmeposten sowie den Vergleich der jüdischen Abgaben mit den Gesamteinnahmen situieren zu können.⁶⁸¹

⁶⁷⁷ Feger, "Konstanzer Finanzgeschichte." S. 185. Otto Feger, "Vergleichende Betrachtungen zur Finanzgeschichte von Konstanz und Basel," in *Finances et comptabilités urbaines du XIIIe au XVIe siècle*, Pro Civitate: Collection Histoire n.7 (Handelingen, Brüssel: 1964), 222-235. Schuster, Gericht. S. 40ff. Maurer, Konstanz II. S. 65.

⁶⁷⁸ Siehe Kapitel 3.2.

⁶⁷⁹ Z.B. "wachtgeld", "vom stadtschreiber" etc.

⁶⁸⁰ Feger betont, dass es eine klare Trennung gegeben hätte. Feger, "Konstanzer Finanzgeschichte."

⁶⁸¹ Zu den Währungsverhältnissen in Konstanz: Julius Cahn, Münz- und Geldgeschichte von Konstanz und des Bodenseegebiets (1911). Dirlmeier, Einkommensverhältnisse. S. 579.

5.3.2 Das Rechenamt

Den normativen Quellen lässt sich wenig über die Organisation des Rechenamtes entnehmen.⁶⁸² Auffällig ist, dass die Rechner weder in der Ämterliste von 1389⁶⁸³, noch mit einem eigenen Eid im Eidbuch⁶⁸⁴ oder im Roten Buch⁶⁸⁵ vertreten sind. Einzig im Eid des Wasserschreibers werden die Rechner erwähnt.⁶⁸⁶ Aus diesem Eid geht auch hervor, dass spätestens seit der Abfassung des Roten Buches der Wasserschreiber die Rechnungsbücher geschrieben hat.⁶⁸⁷ Der Aufgabenbereich der Rechner wird im dritten Ratsprotokoll von 1424 wie folgt beschrieben: Die Rechner seien für die Verwaltung der Ausbürgersteuern, der Zinsen und der Bussen zuständig.⁶⁸⁸ Entsprechend heisst es auch in der Rechenamtsrechnung, dass der Rechner *"umb ussburgerstura, zinsen, bu(o)ssen und fra(e)flinen"* gerechnet habe.⁶⁸⁹ Den Rechnungen lässt sich entnehmen, dass die städtische Schuldenverwaltung (Stadt als Gläubigerin) ein weiterer Aufgabenbereich war.

Für die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts sind drei unterschiedliche Arten von Rechenamts-Rechnungen überliefert. 1426 setzen die Einnahmebücher A ein, die einen Überblick über die eingenommenen Posten unter den Rubriken Schulden, Bussen, Ausbürger und Zinsen geben. Überliefert sind bis 1444 die Bände 1426/27 (L 426), 1428 (L 427)⁶⁹⁰, 1431 (L 428), 1432 (L 429), 1433 (L 430)⁶⁹¹, 1434/35 (L 432), 1436 (L 433), 1437-42 (L 434). Im Verlauf der 1430er und Anfang der 1440er Jahre zeichnet sich eine administrative Änderung ab. Ab 1442 sind drei Einnahmen-Rubriken als eigene jährliche Rechnungsbücherreihen überliefert: Zinsbücher⁶⁹², Schuldbücher und Strafbücher.⁶⁹³ Parallel zu dieser Neuerung in der Verwal-

⁶⁸² In den Ratsprotokollen werden die Namen der Rechner aufgeführt. Z.B. StA Ko, B I:1, fol. 11r (1377).

⁶⁸³ Feger, Vom Richtebrief. S. 61-62. Allerdings werden auch die Steuerherren nicht aufgeführt.

⁶⁸⁴ Ibid. S. 149-162.

⁶⁸⁵ Otto Feger, Das Rote Buch (Konstanz: 1949).

⁶⁸⁶ § 1) *"Wasserschriber, du wirst schwerenn den ungeltern und den rechnern gehorsam und gewa(e)rtig ze sint, als offft und sy des bedurffent und notturfftig sint."* Ibid. S. 109.

⁶⁸⁷ Über die Zeit davor lassen sich in den überlieferten Quellen keine Hinweise finden. Da im früher abgefassten Eid des Wasserschreibers nur von den Ungeltern die Rede ist, muss angenommen werden, dass dieser nicht für das Rechenamt zuständig gewesen ist. Den Rechner-Rechnungen lässt sich entnehmen, dass der Stadtschreiber bei der Rechnungslegung anwesend war.

⁶⁸⁸ Bernhard Kirchgässner, Das Steuerwesen der Reichsstadt Konstanz 1418-1460, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen 10 (Konstanz: 1960). S. 43.

⁶⁸⁹ *"innemen von busen, zinsen, usburgern, sturen und aderm"*. StA Ko, L 1060a, fol. 1v (1428), fol. 7r (1431). Ab 1436 *"Ingenomen von der statbu(o)ssen, zinsen, usburger sturen, schulden, burgrecht gelt und anderm"*, fol. 10R (1436).

⁶⁹⁰ Bei L 427 handelt es sich um ein Verzeichnis von extramuralen Gedingbürgeraufnahmen.

⁶⁹¹ L 430 enthält Einträge von 1427 bis 1433.

⁶⁹² Für die Jahre 1433-1442 ist bereits ein Zinsbuch überliefert: StA Ko, L 431.

tungsadministration wurde ein zweites Rechneramt eingeführt.⁶⁹⁴ 1445 wird in einem Ratsprotokolleintrag die Aufgabe der Rechner wie folgt beschrieben: *"Rechner inbring der statt ungelt, sturen, zins, bussen, schulden. anzalen und burgrecht gelt"*.⁶⁹⁵ Unter die dritte Kategorie Rechenamtsbücher "Einnahmebücher B" fällt das Rechenbuch mit der Signatur L 1060a. Es enthält auf einer bis zwei Seiten die Angaben zur jährlichen Rechnungslegung der Rechner.⁶⁹⁶ Zuerst wird die Summe, die der Rechner aus *"bussen, zinsen, usburgern sturen und aderm"*⁶⁹⁷ eingenommen hat, aufgeführt. Danach können noch einzelne Einnahmebeträge vermerkt sein, und dann wird die *"Summa als sins innemens uberhopt"* aufgeführt. Anschließend werden noch einzelne wenige Ausgabenposten, wie beispielsweise der Sold der Rechner vermerkt.⁶⁹⁸ Zum Schluss werden die Namen (6-8) der bei der Rechnungslegung anwesenden Ratsmitglieder aufgeführt, u.a. der Bürgermeister, der Baumeister, der Vogt und der Stadtschreiber. In den ersten Jahren sind die Einträge zu einzelnen in den übrigen Jahren nicht mehr auftauchenden Einnahmen- oder Ausgabenbeträgen relativ zahlreich. Aber bereits nach wenigen Jahren etablierte sich eine gewisse Anzahl Posten, die in sich wiederholender Reihenfolge ins Rechenbuch aufgenommen wurden.⁶⁹⁹ Erstaunlich ist, dass der Rechner den Schreiber nicht selbst entschädigt, wie es beispielsweise die Ungelter mit dem Wasserschreiber⁷⁰⁰ und die Steuerer mit den Steuerschreibern⁷⁰¹ tun. So heisst es z.B. in der Ausgabenrechnung des Säcklers von 1443: *"Item unserm stattschriber 4 lb den. Item sim undern schriber 30 dn. Item den vier rautzknechten ir jettlichen 10 S dn. Item den lo(e)ssern ir jettlichen 5 S dn."*

⁶⁹³ Zu den jährlichen Zinsbücher-, Schuldbücher- und Strafbücherserien ab 1442 siehe auch Feger, "Konstanzer Finanzgeschichte." S. 190ff., Kirchgässner, "Haushalt." S. 28f

⁶⁹⁴ Einer dieser zwei Rechner ist Ulrich Keller, ein "versierter Kaufmann mit einem Geschäftsbereich bis Basel, Zürich und Feldkirch", der für die Erneuerungen in der Rechnungsführung verantwortlich gewesen zu sein scheint. Ibid. S. 19.

⁶⁹⁵ Ibid. S. 34.

⁶⁹⁶ Im einleitenden Abschnitt der Abrechnung zum Jahr 1428 wird auf das *"Rechenbuoch"* des Rechners hingewiesen, dabei dürfte es sich um die L 420er und L 430er-Rechenbücher des Rechners handeln. *"Anno 1428 an donerstag vor dem suntag Oculi / Item Jos Kettenacker hat gerechnet mit minen herren von innemens und usgebens wegen von dem 27 jar und von andren vergangen jaren, umb usburger stura, zinsen, bussen und frafflinen und belaub uff den selben tag minen herren schuldig 105 lb 6 S und 8 d. Als sin rechenbuoch luter uswiset."* StA Ko, L 1060a, 1v.

⁶⁹⁷ StA Ko, L 1060a, 1v, 7r.

⁶⁹⁸ *"sein sold von zwei jaren 7 lb 11 s 4 dn, 1 lb seinem Sohn für die hilfe, den zins in zuo sammen"*. StA Ko, L 1060a, 7v, (1432). *"Item mer usgen im selbz sinen sold 14 lb 10 s dn und 1 lb den sim wip z(o) erung"*. Ebd., fol. 12v (1439).

⁶⁹⁹ Das selbe Rechenbuch enthält noch weitere zwei Teile, die Thurgauer Vogtei- und die Salzrechnung.

⁷⁰⁰ *"und dem wasserschriber 8 lb dn."* StA Ko, L 1060b, 1r (1425).

⁷⁰¹ *"Item und 12 lb dn inen und dem schriber iren lon und von der stuben zins und opferpfennig."* StA Ko, L 1060b, 1v (1425). Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 123.

Item des seklers gesind 10 S dn hiessent die die rechner in allen zuo erung geben zuo der statt grossen rechnung als vom 42 jar tuott 8 lb 10 S dn."⁷⁰²

5.3.3 Das Steuer-, Ungelt- und Bauamt

Neben dem Rechenamt gab es in Konstanz drei weitere Finanzkommissionen, die über eine unabhängige Rechnungsführung verfügten, das Steuer-, das Ungelt- und das Bauamt⁷⁰³. Die Steuerer und Ungelter waren für die Verwaltung der zwei grössten Einnahmeposten in den Konstanzer Stadtrechnungen verantwortlich, der jährlich erhobenen Vermögenssteuer und der Weinverbrauchssteuer. Die Einnahmen wurden von den Amtsinhabern einmal pro Jahr im Rahmen einer Rechnungsprüfung dem Säckler übergeben.

Erstaunlicherweise fehlen in der Ämterliste von 1389⁷⁰⁴ neben den Rechnern auch die Steuerer und das obwohl 1388 im ersten Ratsbuch verfügt wird, dass *"10 rechner zu(o) der stür"*⁷⁰⁵ eingesetzt werden sollen. Zusätzlich findet man fast alljährlich im Ratsbuch einen Eintrag über eine zu erhebende Steuer und die Namen der gewählten Steuerherren.⁷⁰⁶ Mehrere seit 1376 in unregelmässigen Zeitabständen überlieferte Steuerordnungen geben Auskunft über den Steuersatz der zu zahlenden Steuer, die von den Steuerern *"umbschriben"* und eingenommen wurde.⁷⁰⁷ Nach Abschluss der Steueraufnahme fand eine Rechnungslegung der drei Steuerer mit dem Säckler statt, der den Erhalt der Summe z.T. im Steuerbuch selber bestätigte und sie in die Grosse Rechnung eintrug.⁷⁰⁸ Auch die zwei Ungelter rechneten einmal jährlich mit dem Säckler ab. Die Ungelteinnahmen sind in der Regel der grösste Einnahmeposten in den Säcklerrechnungen. Der finanziellen Bedeutung entsprechend erscheint die Abrechnung

⁷⁰² StAKo, L 1358, 11r.

⁷⁰³ 1435 enthält die Säcklerrechnung auf der Einnahmenseite den folgenden Eintrag: *"Item von dem buwmaister 1000 gulden, darumb im die statt ain ja(e)rlichen zins git . . die selben 1000 gulden Hans U(o)lrichen von Sto(e)ffeln worden sint, dem man damit 50 gulden geltz von im abgelo(e)st hat."* StA Ko L 1357, fol. 26v. Auf der Ausgabenseite findet sich der folgende Eintrag: *"Item des ersten, das uber den Buw von wochen ze wochen und uber alle ding so der buwmeister usgeben hat, gangen ist 340 lb 7S 8 dn."* StA Ko L 1060b, fol. 20v (1429).

⁷⁰⁴ Feger, Vom Richtebrief. S. 61f.

⁷⁰⁵ Ibid. Nr. 120, S. 39.

⁷⁰⁶ *"So sont dis stür inemen von umb schreiben / C Egeli, R Hu(o)ber, Ramung"* StA Ko, B I:1, fol. 20 (1377). Siehe auch Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 28f. Bis 1428 werden drei Namen, danach nur noch zwei Namen aufgeführt.

⁷⁰⁷ Siehe unten.

⁷⁰⁸ *"Sturrerr/ Anno dm 1428 feria quarta post v... / So hand die stürren ingenomen / 1288 lb 8 S 6 dn / Item dez hand si ussgen Hansen Appentegger dem sekler / 1272 lb 10 S dn / Item so hand si ouch uss gen stürren schriber / 12 lb dn / Item so hand si verzert und abgangen / 3 lb 19 S 6 dn / Summe irs ussgens / 1288 lb 8 S 6 dn."* StA Ko L 1060b, fol. 9v. Bei dieser Quelle handelt es sich um ein Einnahmenbuch des Säcklers.

der Ungelter an erster Stelle noch vor der Steuerabrechnung in der Grossen Rechnung des Säcklers.

5.3.4 Das Säckelamt

Das Amt des Säcklers wird unter anderem in der Ämterliste von 1389⁷⁰⁹ und in den Ratsprotokollen erwähnt. In Bezug auf das Säckelamt kann man am ehesten von einer zentralen Finanzbehörde sprechen.⁷¹⁰ Einerseits lag die Ausgabenverwaltung der Stadt in den Händen des Säcklers,⁷¹¹ andererseits war er für die Kontrolle der Rechnungen der Kommissionen sowie der Gesamteinnahmen der Stadt verantwortlich. Neben den Beträgen, die von den Rechnern⁷¹², den Ungeltern und den Steuern abgeliefert wurden, war der Säckler auch für die Verwaltung einer nicht geringen Anzahl von Einnahmeposten zuständig.⁷¹³ An erster Stelle muss hier die Zuständigkeit für die Vermögensrechnung genannt werden. Das erklärt sich aus der Sache selber. Es wäre wenig sinnvoll die investitiven Einnahmen getrennt von den entsprechenden Ausgaben zu verwalten.⁷¹⁴ Zusätzlich war der Säckler auch zuständig für die Verwaltung von Posten aus der Verbrauchssteuer, von steuerartigen Einkünften, wie das Wachtgeld und die Abzugssteuer, Zölle, wie den Kornzoll, oder städtische Erwerbseinkünfte, wie Einnahmen aus dem Wechsel oder dem Salzhandel.

Drei Arten von Säckelamtsrechnungen sind ab dem Jahre 1426 überliefert. An prominenter Stelle soll die Rechnung mit der Signatur L 1060b genannt werden. Sie trägt den Titel: "Gemeiner Stadt Rechenbuch Einnahmen und Ausgaben beim Steuerhaus und Säckelmeister 1426-1446" und enthält eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben des Säckelamtes und

⁷⁰⁹ Feger, Vom Richtebrief. S. 61. Eid des Secklers. Feger, Das Rote Buch. Nr. 15, S. 110.

⁷¹⁰ Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 56

⁷¹¹ Allerdings wurden die Ausgaben in eigener Sache von den Kommissionen schon vorher abgezogen.

⁷¹² Der Ratsbucheintrag von 1383 weist auf eine vierteljährliche Abrechnung der Rechner mit dem Säckler unter anderem im Beisein eines Abgeordneten des Kleinen Rates hin. *"Also het och der rat gesetzt, daz ain jegelich rat der klain der sol ainen nehmen, der mit dem sekler rechne ze der fronfasten umb bu(o)ssan und ander dinge."* Feger, Vom Richtebrief. Nr. 68, S. 22.

⁷¹³ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Zeit ab den 1420er Jahren. Ende des 14. Jahrhunderts beispielsweise war der Säckler für das Einziehen der Bürgerrechtsgebühren zuständig. StA Ko, A IV: 1.

⁷¹⁴ Der Eintrag im Ratsbuch 6 vom 29. März 1432 enthält den Auftrag an zwei Finanzamtleute: *"daz sy hinfür ain bu(o)ch in haben und darin schreiben lassen sond allez das, so dann der statt ingand ist und wirt, und danne daz dem seckler in sin bu(o) och inscriben und denn je an ain raut bringen, wenn sy bedunkt, der statt notdurftig sin, ain rechnung darumb fürzu(o)nemen."* Feger, Vom Richtebrief. Nr. 356, S. 107. Dabei dürfte es sich um ein Buch mit den Rentengeschäften handeln. Hans Friburger wird als Rentenverkäufer in Basel mehrfach aufgeführt (L 1060b, 1433). In dieselbe Zeit fällt das Auftreten eigener Bücher für die Bussen- und die Zinsenverwaltung. All diese Veränderungen im Verwaltungsschriftgut weisen auf eine Zeit der administrativen Reformen hin.

wird zur Rechnungsprüfung vorgelegt worden sein. Dieses umfangreiche Rechnungsbuch, das einen zwanzigjährigen Zeitraum abdeckt, wird von Feger in seinen Ausführungen zum Konstanzer Finanzhaushalt nicht aufgeführt. Es ist anzunehmen, dass die Rechnung verstellt war und erst bei der Neuordnung des Archivs wieder zum Vorschein kam. Das Rechnungsbuch L 1060b kann als Vorläuferin der ab 1447 überlieferten und von Feger als „Grosse Rechnung“, bezeichneten Stadtrechnung gelten.⁷¹⁵ Das Rechnungsbuch L 1357 enthält im Prinzip einen Teil der Einnahmeposten von L 1060b⁷¹⁶, allerdings weniger geordnet. Diese Art Rechnung scheint die Vorlage für die unter dem allgemeinen Einnahmenteil der Rechnungen L 1060 a + b eingetragenen Posten zu sein. Das Pendant dazu auf der Ausgabenseite ist leider in nur einem Jahresband von 1443 überliefert.⁷¹⁷

Am Ende eines Rechnungsjahres legte der Säckler eine Schlussabrechnung zur Rechnungsprüfung vor. Ein Eintrag von 1391 in den Ratsprotokollen schreibt vor, dass der Säckler die Rechnung vor dem Grossen Rat Wort für Wort verlesen müsse.⁷¹⁸ Ein Eintrag in der Stadtrechnung von 1428 führt allerdings eine Liste von elf Namen und den Zusatz „und ander“ auf.⁷¹⁹ Unter den elf Namen sind u.a. der Bürgermeister, der Vogt, der Ammann und vermutlich ein oder zwei Steuerer vertreten.⁷²⁰ Es ist anzunehmen, dass sich in der Zwischenzeit eine Kommission zur Rechnungsprüfung ausgebildet hat, was allerdings nicht heisst, dass nicht ein Teil oder vielleicht auch die ganze Rechnung im Rat verlesen wurde.

An dieser Stelle soll noch kurz der Frage nach der Stellung des Säcklers in der Konstanzer Finanzverwaltung nachgegangen werden. Feger bezeichnet den Säckelmeister als einen gewichtigen Mann im städtischen Finanzwesen, der aber kaum die Spitze der städtischen Finanzverwaltung dargestellt habe.⁷²¹ Trotz der im Vergleich zu anderen Städten relativ starken

⁷¹⁵ Feger, "Konstanzer Finanzgeschichte." S. 202.

⁷¹⁶ In den ersten Jahren enthält die "Grosse Rechnung" noch keine Angaben zum städtischen Rentengeschäft.

⁷¹⁷ „Item usgenbu(o)ch Conratz Gru(e)nenbergs anno 43,“. StA Ko, L 1358 (1443).

⁷¹⁸ "Do ward der statt rechnung, als Ru(o)dolf Hu(o)ber in dem 89. Jar, do er der statt seckler was, gantz rechnung vormals getan hat, verlesen vor grossem Rat von wort ze wort. Und benu(e)gt ouch den rat der rechnung..." Feger, Vom Richtebrief. Nr. 214, S. 68 (2. Januar 1391).

⁷¹⁹ "Item und also vindet es sich luter, das man die nechsten dru(e) vergangnu jar untz uff disen tag, als diese Rechnung beslossen ist, an der mittwoch vor Vallentini, anno domini 1428 mit Hannsen Appentegger dem Seckler gerechnet hat und vorgehept hat 2741 lib 14 S 9 dn / By dieser rechnung sind och gewesen die ersamen fursichtigen und wissen Hainrich Ehinger, Burgermaister, U(o)lrich Schiltar und der Burgermaister Cu(o)nrat Mangolt, Lutfrid Mu(o)ntprat, Ulrich Ehinger, Amman, Hans Ortolff, vogt, Hans Andras Cu(on)rat Winterberg Boltzuser, Herman Ellser, Hainrich Stuki und ander." StA Ko, L 1060b, fol. 16v.

Im Ratsbuch von 1388 findet sich die Satzung, dass eine Kommission von 11 Ratsherren bei der Rechnungslegung dabei sein soll. Ibid. Nr. 163, S. 52.

⁷²⁰ Die Rechnung L 1060b enthält für die meisten Jahre eine Liste der zur Rechnungsprüfungskommission gehörenden Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder schwankt zwischen 10 und 13.

⁷²¹ Feger, "Konstanzer Finanzgeschichte." S. 199.

Trennung von Einnahmen- und Ausgabenverwaltung, ist die Aussage Fegers, dass der Säckelmeister auf die Einnahmewirtschaft keinen Einfluss gehabt habe, für den in dieser Arbeit berücksichtigten Zeitabschnitt zu pointiert. Einerseits war der Säckelmeister für das Einziehen von einigen Einnahmeposten selber zuständig und andererseits, noch ausschlaggebender, war er der Obrigkeit gegenüber verantwortlich für die Einnahmeverwaltung. Er war die erste Kontrollinstanz für die Steuerherren, die Ungelter, den Baumeister sowie anderer Amtsleute. Die Bedeutung des Säcklers als führender Finanzbeamter in Konstanz zeigt sich auch in einem Ratsbucheintrag von 1429. Im Laufe der innerstädtischen Auseinandersetzung musste der Säckler seine Rechnung zur Prüfung vorlegen. Im Ratsbuch wird festgehalten, dass die Rechnungsführung zur Zufriedenheit der Prüfenden ausgeführt worden sei. Es wird nur die Rechnungsführung des Säcklers und nicht die der Rechner oder der Steuerer geprüft. Nicht ers-
taunlich ist, dass in Konstanz eine solche offizielle Rechnungsprüfung durchgeführt worden war. Häufig tauchte während städtischer Unruhen von der Opposition der Vorwurf auf, dass öffentliche Gelder veruntreut oder verschleudert worden seien oder die Obrigkeit bestochen worden sei.⁷²² Das Vorgehen von 1429 widerspricht der Annahme Fegers, dass der Säckler in der Finanzverwaltungshierarchie unter dem Rechner und Steuerer einzuordnen sei. Dafür führt er unter anderem den tiefen Sold und das Nicht-zur-Verfügungstehen eines Schreibers an. Die Rechnung von 1427 enthält aber den folgenden Eintrag: *"Item und hand die rechner haissen gen dem stattschriber 3 lib dn fur sin erung."*⁷²³ Zusätzlich stellt sich auch noch die Frage nach der Funktion des Stadtschreibers, der 1441 in der Grossen Rechnung erscheint: *"Item mer ingenomen so im der stattschriber in sin und der statbu(o)ch als fur sin innemen ingeschriben hat 210 lb 14 S 9 den."*⁷²⁴ Vergleicht man den Sold der verschiedenen Finanzamtleute, dann erhält der Säckler mit 10 lb bei Weitem den grössten Betrag⁷²⁵ und nur 2 lb weniger als der Bürgermeister⁷²⁶. Diese Hinweise in Verbindung mit dem Aufgabenfeld und der Verantwortung des Säcklers sprechen dafür, dass dieser Amtmann in führender Position der Finanzverwaltung vorstand.

⁷²² Frantisek Graus, Pest - Geissler - Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 86 (Göttingen: 1994).

⁷²³ StA Ko, L 1060b, fol. 9r.

⁷²⁴ StA Ko, L 1060b, fol. 90v.

⁷²⁵ Ungelter: *"Item mer (usgen) den ain ungeltern zu(o) sold 4 lb dn / Item mer usgen dem wasserschriber 8 lb den sinen sold."* StA Ko, L 1060b, fol. 43v (1434). Steuerer: *"Item mer hand sy usgen inen selbs und dem stürschriber iren sold und zu stuben zins 12 lb den."* StA Ko, L 1060b, fol. 24v.

⁷²⁶ *"Item dem burgermaister sinen jarsold 14 lib 6 S 8 dn / Item dem sekler sinen sold 10 lb dn."* StA Ko, L 1060b, 20v (1429).

5.4 Rechtliche Gruppen in Konstanz

5.4.1 Christliche Bürger

5.4.1.1 Quellen

Informationen zu den Bürgerrechtsbedingungen finden sich in einer breiten Auswahl von überlieferten Quellen. Normative Angaben und Hinweise auf den pragmatischen Umgang mit den Bürgern sind im Richtebrief, dem Codex Sachs, einer Satzungssammlung von 1389, den Ratsbüchern, den Bürgerbüchern sowie den Stadtrechnungen enthalten. Der Richtebrief von Anfang des 13. Jahrhunderts ist die erste überlieferte Sammlung von schriftlichen Erlassen, die die normative Tätigkeit des Rates belegen.⁷²⁷ Nach einem vorübergehenden Verbot wurde eine Auswahl von Bestimmungen aus dem Richtebrief nach 1255 wieder in Kraft gesetzt. Sie bildeten den Grundstock der neuen städtischen Gesetze, der Geschworenen Satzungen, die ein ständig wachsendes Gebilde von Vorschriften verschiedensten Inhalts waren. Schriftlich überliefert sind sie in der Aufzeichnung von 1389, dem Codex Sachs.⁷²⁸ Die Beteiligung der Zünfte an der Macht hatte direkte Auswirkungen im Bereich der Verwaltungsstruktur und des Verwaltungsschriftgutes. Es werden verschiedene Stadtbücher angelegt, 1376 das erste Ratsbuch und zwei Jahre später das erste Bürgerbuch. Die Ratsbücher enthalten eine grosse Anzahl Bestimmungen, die die Gesetzgebungstätigkeit des Rates dokumentieren, so auch einige Satzungen, die sich auf die Bürgerrechtsmodalitäten beziehen.⁷²⁹ Im Verlaufe der Zeit werden die Statuten immer detaillierter und die behandelten Rechtsbereiche zahlreicher und allgemeiner. Im Bereich des Verfassungsrechts liegt der Schwerpunkt auf den Verordnungen, die den Rat betreffen, gefolgt von Bestimmungen zum Bürgerrecht, dem Recht von Ausbürgern und der Rechtsstellung der Juden. 1430 kam es im Zuge einer Machtumverteilung zu einer ausgepräg-

⁷²⁷ Feger, Vom Richtebrief. S. 25ff. Kern dieses städtischen Rechtsbuches bilden Friedensschutzbestimmungen, die sukzessive mit Bestimmungen anderen Inhalts ergänzt worden sind. Bereits vierzig Jahre später wird im Schiedspruch von 1255 die Ratsgesetzgebung zusammen mit der Institution des Rates verboten.

⁷²⁸ Ibid. S. 29. Aus der Zeit des patrizischen Rates sind sehr wenige Erlasse schriftlich überliefert. Feger argumentiert, dass es nicht im Interesse des patrizischen Rates lag, sich festzulegen. Siehe zur Entwicklung von kommunaler Schriftlichkeit Becker, "kommunale Buchführung." Der Schreiber leitet den Codex Sachs folgendermassen ein: *"Dis sind die geschworenen satzungen des rats und der statt ze Costenz, und dez ersten die satzungen, als si ja(e)rlichs nach der selben statt gewonhait uff dem Obern hoff súllend verlesen werden; ... usser und ab allen ratzbu(e)chern, concepten und registern genommen, zusammengebracht und in dis buch nach einander verschriben und gesetzt."* Ibid. S. 33/41.

⁷²⁹ Für den hier relevanten Zeitraum bis in die 1440er Jahre sind die Ratsprotokolle ab 1376 bis 1391 und ab 1418 überliefert.

ten Über- und Umarbeitung des Codex Sachs, die zwischen 1434 und 1437 eine neue Niederschrift zur Folge hatte, das Rote Buch.⁷³⁰ Neben den normativen Quellen enthalten die überlieferten seriellen Verwaltungsquellen eine Fülle von Informationen zur Bürgeraufnahmepolitik in Konstanz.⁷³¹ Primär ist das erste 1378 einsetzende Bürgerbuch zu nennen. Auf den ersten 17 Seiten sind die Aufnahmen von geistlichen und weltlichen Gedingbürgern aufgeführt. Anschliessend folgen zehn leere Seiten. Die Seiten 29 bis 73 enthalten die Neubürgeraufnahmen bis 1445 sowie einzelne normative Bestimmungen zum Bürgerrecht. Die Bürgeraufnahmen ab Seite 29 lassen sich chronologisch in zwei grosse Gruppen unterteilen. Bis 1399 enthalten die Einträge im Minimum Angaben zum Namen, dem Aufnahmedatum und der Abgabesumme. Verschiedentlich sind auch die Höhe des Vermögens oder die Berufsbezeichnung enthalten. Ab 1400 fehlen Angaben zur Höhe des Bürgergelds und nach wenigen Jahren enthält das Bürgerbuch nur noch nach Jahren gegliederte Namenslisten der Aufgenommenen. Ergänzende Informationen lassen sich den ab 1418 überlieferten Ratsprotokollen entnehmen, die jährliche Neubürgerlisten mit Bürgergeldbeträgen enthalten.⁷³² Für einige Jahre ergibt sich aufgrund der überlieferten Quellen die Situation, dass in drei verschiedenen Quellen Neubürgerlisten enthalten sind, die sich vergleichen lassen. 1428 lassen sich beispielsweise im Ratsprotokoll, im Bürgerbuch und in der entsprechenden Rechner-Jahresrechnung⁷³³ Listen finden. In der Jahresrechnung von 1428 wurden die Neubürger mit geschätztem Vermögen eingetragen.⁷³⁴

5.4.1.2 Aufnahmemodalitäten

Der innerstädtische Konflikt von 1372 und die daraus erfolgende Machtverschiebung hatten auch Änderungen in Bezug auf das Bürgerrecht zur Folge. Bis Anfang der 1370er Jahre galt in Konstanz das Salmannenrecht, das als Grundlage des Bürgerrechts freien Grundbesitz

⁷³⁰ Feger, Das Rote Buch.

⁷³¹ Im Bürgerbuch, in den Ratsprotokollen und den Rechnungen.

⁷³² Einige Namen aus dem Bürgerbuch fehlen allerdings; dabei dürfte es sich um Personen handeln, die keine Aufnahmegebühr leisten mussten. Eine andere Möglichkeit ist, dass es sich dabei um die Neubürger handelt, die verteilt übers ganze Jahr in den Ratsprotokollen eingetragen wurden. Näher zu untersuchen wäre die Vollständigkeit der Eintragungen. Inwieweit wurden beispielsweise Bürgersöhne und Angeheiratete ins Bürgerbuch eingetragen? Allgemein zur Frage der Vollständigkeit von Bürgerbüchern siehe Schwinges, "Neubürger."

⁷³³ StA Ko, A IV:1. S. 67. StA Ko, B I:5, S. 5. StA Ko, L 426, fol. 28r.

⁷³⁴ In der Rechnung ist die Liste der Namen am kürzesten, sie liefert aber mit den Vermögensangaben am meisten Informationen zu den einzelnen Neubürgern. Die Liste in den Ratsprotokollen ist umfangreicher. Am meisten Namen enthält das Bürgerbuch.

vorsah.⁷³⁵ Dies änderte sich mit der Machtbeteiligung der Handwerker, die erreichten, dass das Salmannenrecht abgeschafft und der Zunft in bezug auf Bürgeraufnahmen eine zentrale Bedeutung gegeben wurde.

Aufnahmeverantwortliche

Die ältesten Bestimmungen zur Bürgeraufnahme enthält das Bürgerbuch in einem Eintrag, der auf den 12. Januar 1379 datiert ist. Im ersten Abschnitt wird die zentrale Rolle der Zunft bei der Auswahl der Neubürger dargelegt. Handelt es sich bei dem Anwärter um einen Handwerker, so sollen der Zunftmeister und der Sechserausschuss bestimmen, ob der Bewerber *"ze ainem burger wirdig sie"*.⁷³⁶ Die Aufnahme eines Handwerkers ins Bürgerrecht wird in eine direkte Abhängigkeit zur Aufnahme in die Zunft gestellt.⁷³⁷ Die Aufnahme der Kandidaten ins Bürgerrecht und das entsprechende Aufnahme ritual fand durch und vor dem Grossen Rat statt.⁷³⁸ Im Ratsprotokoll von 1376 wird der Fall beschrieben, dass ein Kandidat und seine Frau vor dem Rat erscheinen sollten, damit sie von diesem befragt werden könnten. Falls sie das innerhalb der gesetzten Frist von acht Tagen nicht täten, so *"will man si nit für burger halten und will ain frag han wie man fúro mit in lebe"*.⁷³⁹ Interessant ist, dass in diesem Falle die Kandidaten vom Grossen Rat befragt werden sollten und nicht nur von einer entsprechenden Kommission. Im gleichen Protokolleintrag wird ein Striklin Goldast aufgefordert, innerhalb derselben Frist vor dem Rat zu erscheinen, um als Bürger aufgenommen zu werden, ohne dass eine Extrabefragung erwähnt würde. Eine Befragung durch den Grossen Rat scheint also nicht der Norm entsprochen zu haben. In der Regel wird vorgängig abgeklärt worden sein, ob die entsprechenden Anwärter valable Kandidaten waren oder nicht. Wenigstens mitverantwortlich für diese Abklärung waren sicherlich die zwei Amtsleute, die in den Ämterlisten der Ratsprotokolle mit dem Zusatz *"sont Burger enfahen"* geführt wurden. Allerdings war die Aufnahme in eine Zunft und die Empfehlung durch die Zunftmeister die wich-

⁷³⁵ Konrad Beyerle, Grundeigentumsverhältnisse und Bürgerrecht im mittelalterlichen Konstanz. (Heidelberg: 1900).

⁷³⁶ StA Ko, A IV:1, S. 29, Spalte 1, Artikel 1.

⁷³⁷ In einer Satzung von 1379 wird lediglich festgehalten, dass zusätzlich zu den Abgaben an die Stadt der Anwärter auch der Zunft *"ir reht geben"* soll *"nach der zunft gewonhait und reht und als gesetzt ist"*. Weiter wird festgehalten, dass die Stadt nicht verpflichtet sei, alte Konflikte mit auszutragen und dass der Neubürger schwören solle, dem Rat und seinem Zunftmeister gehorsam zu sein. StA Ko, A IV:1, S. 7, Spalte 1.

⁷³⁸ Vermutlich fanden die Neuaufnahmen am jährlichen Schwörtag der Gemeinde statt. Jährlich schwören die Bürger einen Eid auf die Geschworenen Satzungen, der damit auch für das Amtsjahr des Rates gültig ist. Feger, Vom Richtebrief. S. 36.

tigste Voraussetzung für eine Aufnahme ins Bürgerrecht.⁷⁴⁰ 1395 wurde die Bestimmung erlassen, dass *"man dehain zunft nu hinanthin nit twingen noch trengen sol mit dehainem in ir zunft ze nement"*.⁷⁴¹ Vor dem Hintergrund des Zunftzwanges bestätigt diese Bestimmung den Zünften ihre Position in Bezug auf die Bürgeraufnahme. Diese einflussreiche Stellung der Zünfte im Bürgerrechtsverfahren dauerte auch im 15. Jahrhundert an.⁷⁴²

Aufnahmegeld

1378 setzen die Informationen zur Höhe des Bürgergeldes ein. Mindestens bis Mitte des 15. Jahrhunderts wurde in Konstanz ein nach Vermögen gestaffeltes Aufnahmegeld erhoben.⁷⁴³ Wurde 1378 zusätzlich noch der Erwerb einer Rente von 20 Pfund gefordert⁷⁴⁴, werden die Aufnahmebestimmungen bereits ein Jahr später dahingehend geändert, dass alle Neubürger nur noch ein Aufnahmegeld anstelle einer Rente zu leisten hätten.⁷⁴⁵ Berücksichtigt

⁷³⁹ StA Ko, B I:1, S. 15.

⁷⁴⁰ *"der selb Hamman Frye ist für die zunftmaister kommen an dunstag vor Sant Luryen tag, anno domini 1383 und het den zunftmaistern erzellet, won er von Costentz búrtig ist und och alle sin vorden hie gewesen sint und och gedient het, als er billich tu(o)n sol, daz er das billich geniessen sol und daz Burgreht haben s(e)lle. Do erkand sich die zunftmaister sid er als lang hie erschinen war und och alle sin vordren, und er von der stat búrtig war, und daz man sin och von sines antwerkes wegen notdu(e)rftig war, daz man in och damit billich für ainen burger haben solt."* StA Ko, A IV:1, S. 35.

⁷⁴¹ Zunftbuch, fol. 15a in: Horsch, Zünfte. Anhang, S. 83.

⁷⁴² Nach 1430 lautete eine Satzung zum Bürgerrecht: *"Item wenn ainer ain zunft haut und für rat kompt, ist er dann nit aigen, so nimpt man in zu(o) burger umb ain beschaiden gelt uff."* Feger, Vom Richtebrief. S. 130, Nr. 404.

⁷⁴³ Ein Bürgerrechtsgeld, das an die Vermögensverhältnisse der Neubürger angepasst war, wurde auch in Zürich und Schaffhausen erhoben. Für Zürich: Koch, Neubürger. S. 70f. Für Schaffhausen siehe unten. Für Frankfurt lässt sich eine Art Zwischenform beobachten. Andernacht, ed., Bürgerbücher I.

⁷⁴⁴ Im Bürgerbuch von 1378 werden die folgenden Bestimmungen festgehalten. Der Neubürger ist verpflichtet eine Rente von 20 lb h an einem Haus in Konstanz zu erwerben oder *"ainem sekler 20 lb in zu geben"*. Verfügt der Sich-Bewerbende nicht über die nötigen finanziellen Mitteln, so kann ihm der Rat *"gnad tu(o)n"* und den Betrag auf 10 lb h senken. Handelt es sich aber um einen *"stathaft richen man"*, dann ist es dem Rat überlassen die Höhe des Betrages frei festzusetzen. (Beispiel aus dem Bürgerbuch: *"H. Blaicher von Bischoffzelle / Item der ward burger nach der nuwen satzung an Mäntag nach Agnesen, anno domini 1378 und het dem sekler 20 guldin ingeben."*)

Zusätzlich zum Bürgergeld müssen Neubürger mit einem Vermögen ab 80 lb h der Zunft 2 lb h an eine Armbrust geben und sind verpflichtet einen Harnisch zu besitzen. Weniger Vermögende sollen *"5 S den. umb ain geza(e)rf"* der Zunft geben. Anfang der 1390er Jahre enthält das Bürgerbuch verschiedene Einträge, in denen zusätzlich zur Höhe der Abgabe an den Säckler festgehalten wird, dass die Neubürger ihrer Zunft eine Armbrust und *"ain schiesszug, das ein pfund den wert hat"*, übergeben sowie einen Harnisch.

Weiter müssen sich die Neubürger verpflichten, *"fünf jar mit husrochi ze Costenz"* zu bleiben. Ziehen sie vorher weg, verfällt das Aufnahmegeld. Ein weiterer Umstand, der zum Verlust von Bürgerrecht und Aufnahmegeld führen konnte, war, wenn der Anwärter nicht innert eines Monats in die Stadt zog und ansässig wurde. StA Ko, A IV:1, S. 29, Spalte 1, Artikel 1-5; S. 44.

1393 wird die Mindestaufenthaltsdauer von fünf auf zehn Jahre erhöht. Feger, Vom Richtebrief. Nr. 37, S. 141.

⁷⁴⁵ In einer Satzung vom 29. Juni 1379 wird festgehalten, dass alle Neubürger ein Aufnahmegeld anstelle einer Rente leisten müssen, und zwar in der Höhe des zehnten Pfennigs. Ab 100 lb steht es dem Rat frei, die Höhe des

man die Bestimmungen aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts,⁷⁴⁶ so zeigt sich auch in Konstanz die verbreitete Tendenz, dass die finanziellen Anforderungen an die Neubürger eher zurückgingen.

In den überlieferten normativen Quellen findet sich kein Hinweis darauf, dass auswärtigen Männern, die eine Bürgerstochter heirateten, eine Reduktion des Bürgergeldes gewährt worden wäre. Dasselbe Bild vermitteln die Bürgerrechtseinträge bis 1400.⁷⁴⁷ Verschiedentlich finden sich im Bürgerbuch vor 1400 und in den Ratsprotokollen auch Einträge, in denen vermerkt wird, dass dem Neuaufgenommenen das Bürgerrecht geschenkt wurde, unter anderem verschiedenen Handwerkern und städtischen Amtsleuten.⁷⁴⁸ Oft ging der Erlass der "anzal" einher mit einer befristeten Steuerbefreiung. In dem Sinne handelt es sich bei diesen Neubürgern um eine Form intramuraler Gedingbürger. Eine grosse Untergruppe der intramuralen Gedingbürger, die alle vom Aufnahmegeld befreit waren, setzte sich aus einflussreichen Geistlichen, Ärzten und Juristen zusammen.⁷⁴⁹

Betrags von Fall zu Fall festzusetzen. Ibid. Nr. 37, S. 11. Ein Bürgerbucheintrag aus demselben Jahr belegt die praktische Umsetzung. Ein Neubürger, dessen Vermögen auf 100 lb geschätzt wurde, wird zuerst zu einer Zahlung von 20 lb den verpflichtet, schliesslich bezahlt er 12 lb den, immer noch zwei Pfund über dem Zehnten-Pfennig-Anteil. *"Item der ward burger in grossen rat an Samstag vor Sant Thomans tag, anno domini 1379, und win den im allr dinge erzellet und hat 100 lb und 20 lb dn, da von sol er dem Ma(e)nlin geben 12 lb dn"*. StA Ko, A IV:1, S. 31.

⁷⁴⁶ Eine weitere Bestimmung zur Bürgeraufnahme ist in der Mitteilung der Konstanzer Verfassung an den Rat von Freiburg enthalten. Das Schriftstück ist undatiert und in die Zeit nach 1430 einzuordnen. Darin wird festgehalten, dass ein Bewerber, der Mitglied einer Zunft ist und vor den Rat kommt, *"umb ain beschaiden gelt"* aufgenommen wird, sofern er ein freier Mann ist. Ein Reicher bezahlt nichts oder zwei Gulden, ein *"metten"* einen Gulden und ein *"schlechter"* Mann einen halben Gulden. Ibid. Nr. 404, S. 126ff. Ausnahmefälle waren Neubürger, die bereits einmal Bürger der Stadt gewesen waren. Ein Eintrag im Schuldbuch von 1442 legt den Schluss nahe, dass auch von ihnen das ganze Aufnahmegeld geleistet werden musste. StA Ko, L 862, 47r.

⁷⁴⁷ *"Hans Arnser von Sant Gallen. Item der selb Hans Arnser von Sant Gallen, Ma(e)rklins tohterman, ward burger an fritag nach Sant Nyclus tag und het jetz zemale nit mer gu(o)tes danne xl lb haller, da von git er dem Ma(e)nlin vier lb haller."* StA Ko, A IV:1, S. 33 (1382).

⁷⁴⁸ *"Dez krugs wip. Die het mit ir truwe an ains stat gelobt, daz si zu arme und richen frauen gan sol und den helfen in kinds not, und darumb will si der rat ane stur lassen sitzen und ir man och..."*. StA Ko, A IV:1, S. 30 (1379). *"Item won du stat gebresten hat an hu(o)bsmiden ze Costentz, do ward vil von dem selben maister H. dem smit gesait, wie ain gu(o)ter smit er war. Darumb so het in der Rat ane alle anzal ze burger inpfangen, und het im och fúro die genad getan, daz er diese nachganten zwai kunftigen jar mag ze Costentz ane stúr, ane wagt und ane allen dienst beliben sol..."*. Ebd. S. 56 (1385). *"Illa die ist Frick Spoll der rautzknecht ze burger emphangen und ist im sin burgrecht geschenkt worden in ainem grossen raut."* StA Ko, B I:3, S. 19 (1418). *"Illa die hat maister Hans von Pregentz der messerschmid dz burgrecht zu halten gesworn, und ist im erzelt alles, dz so den ain burger zu erzellent ist, und hat im ain raut geschenkt daz burgrecht zu sin zunfft und im vergunst, alle die will und er hie ist, dz er den stur fry und wacht fry sitzen sol, sust sol er der zunfft tuon und der statt mit raisen und andern, wz dn ain ander burger tuon sol."* StA Ko, B I:6, S. 33 (1432).

⁷⁴⁹ Z.B. 1379 der Leutpriester von Sankt Stefan, 1378 Burkart von Hewen den Domprobst, der spätere Bischof von Konstanz, der auch in diesem Amt ins städtische Bürgerrecht eintrat. StA Ko, A IV:1, S. 4 und 7.

"Maister Nyclus Vener der jurist", "Maister Peter von Fluhtenstein der artzat", Ebd., S. 4 und 48. Ordnung der Ärzte und Apotheker von 1387: *"daz alle artzat und appateger ze hinanhin stúr geben sont und wachen, und sont dz sweren."* Feger, Vom Richtebrief. Nr. 102, S. 34. Steuerpflicht der Prokuratoren des geistlichen Gerichts, 1432. Zu Nikolaus Venner siehe auch Hermann Heimpel, "Der Benediktiner und Kanonist Niklaus Vener aus

Für den Einzug des Aufnahmegeldes werden vom Rat jährlich zwei Personen bestimmt, die in den Amtslisten der Ratsprotokolle unter der Bezeichnung *"sond Burger enpfahen"*⁷⁵⁰ aufgeführt werden. Den verschiedenen Rechnungen lässt sich entnehmen, dass die Einnahmen dem Säckler abgeliefert worden sind.⁷⁵¹ Verspätet bezahlte Aufnahmegebühren erscheinen im „Schuldbuch“ der Rechner.⁷⁵²

Aufnahmegründe

Welche Voraussetzungen musste ein Kandidat erfüllen, um ins Konstanzer Bürgerrecht aufgenommen zu werden und welche Umstände wirkten sich günstig auf ein Bürgerrechtsbegehren aus? Für Handwerker war die zwingende Voraussetzung die Mitgliedschaft in einer Zunft und somit mussten sie den Anforderungen genügen, die für eine Aufnahme in die jeweilige Zunft galten. Zunftmitglieder mussten ehelicher und freier Abstammung sein. Auch in den Bürgeraufnahmebestimmungen wird festgehalten, dass *"man enkainen gebüren, der ains herren aigen ist, und och enkain antwerk nit kann zu burger nit enpfahen sol"*.⁷⁵³

Verschiedene Ratserlasse belegen, dass insbesondere im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts ein gewisses Vermögen und/oder die Ausübung eines bestimmten Gewerbes wichtige Voraussetzungen waren, um ins Bürgerrecht aufgenommen zu werden. 1379 waren ein Mindestvermögen von 10 Pfund, die Mitgliedschaft in einer Zunft, und bei schlechteren Vermögensverhältnissen die Ausübung eines Handwerks, das in der Stadt untervertreten war, eine Voraussetzung für die Berücksichtigung eines Bürgerrechtsbegehrens.⁷⁵⁴ In den 1380er und 1390er Jahren setzte die Ratsobrigkeit ihre restriktive Bürgeraufnahmepolitik fort. Weiterhin

Gmünd," Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonische Abteilung 53 (1967): 46-67. Bürgerrechtseintrag auf S. 51, Anm. 21a.

Auch aus Frankfurt sind zeitlich befristete Gedingbürgerverträge mit Ärzten und Juristen überliefert, die eine Pauschalsteuer entrichteten und vom Aufnahmegeld befreit waren. Dilcher, "Bürgerbegriff." S. 169.

Für Nördlingen siehe oben.

⁷⁵⁰ *"Albrecht Blarer, Haintz Waster sond burger enpfahen"*. Sta Ko, B I:6, S. 473 (1438). Bereits 1378 wird in den Bürgeraufnahmebestimmungen festgehalten, dass der Rat *"zwen darzu(o) geben, die daz besorgent, umb die burger, die ir gu(o)t an gelegen gu(o)t legent und nit bar dar gend."* Feger, Vom Richtebrief. Nr. 26:8, S. 7.

⁷⁵¹ *"Anno 1425 geviel von nuwen burgern 19 lb 2 S dn, des hat der seckler ingenomen 7 lb 12 S dn."* StA Ko, L 1060b, fol. 2v. Eine Ausnahme bildet der Eintrag von 1428 im Rechenamtsbuch L 426, fol. 28r.

⁷⁵² In StA Ko, L 1060a, z.B. fol. 10r (1436) ab 1436 und L 862ff, z.B. L 862, fol.46r.

⁷⁵³ StA Ko, A IV: 1, S. 7 (1479). Siehe auch Feger, Vom Richtebrief. Nr. 404, S. 126ff.

⁷⁵⁴ *"... der ain maister wa(e)re ains antwerkes, und man gebresten an maisterscheft des selben antwerkes, und hette minder danne 10 lb. D. wert, oder wie vil er hette, daz stat aber an des rates erkanntnüsse, wie man den enpfahen welle..."*. Ibid. Nr. 37, S. 11f. 1380 wurden zwei Zimmerleute aufgenommen, die beide je ein Pfund den geben *"won ir jeweder het 10 lb dn wert."* StA Ko, A IV: 1, S. 31.

sollten keine Neubürger aufgenommen werden, ausser qualifizierte Handwerker, die ein Gewerbe ausüben, das in der Stadt untervertreten war, oder *"ain so(e)lich habent rich man, das den rat dunkti, das es im nützlich wa(e)r"*⁷⁵⁵. 1387 wird zusätzlich aufgeführt, dass auch *"uss-gesetzt herren, ritter und kneht, un die burg und stett hant"* oder einer, der *"in ainer ander stat burger gewesen wa(e)r und dem rat gevellig wa(e)r"*, erwünscht seien.⁷⁵⁶ Eine weitere Voraussetzung für das Bürgerrecht war, dass der Bewerber *"kains herren aigen"* sei.⁷⁵⁷ Eine ausführlichere Satzung (1393) zum Thema Bürgeraufnahme enthält der Codex Sachs. Der Trend zur Verschärfung der Bestimmungen setzte sich auch 1393 fort. Einerseits wurde die Mindestaufenthaltsdauer von fünf auf zehn Jahre, andererseits das Mindestvermögen auf 30 lb den erhöht.⁷⁵⁸ Weiter wird von allen gefordert, einen Harnisch zu besitzen, der weder versetzt noch verkauft werden darf.⁷⁵⁹

Dieser stetige Trend zu einer restriktiven Bürgeraufnahmepolitik dürfte weitgehend auf den Einfluss der Zünfte zurückgehen. Seit 1370 wächst ihre Vertretung im Rat sowie ihr Einfluss auf die Bürgeraufnahmepolitik stetig.⁷⁶⁰ Die immer engere Verknüpfung der Bürgeraufnahme mit der Aufnahme in eine Zunft sowie der Zunftzwang ermöglichten den Zünften im Bereich der Handwerker die eigentliche Kontrolle über die städtische Aufnahmepolitik, die sie um Konkurrenz zu minimieren sehr restriktiv ausgestalteten.

Für das 15. Jahrhundert sind wenige normative Bestimmungen überliefert. Das Konstanzer Konzil dürfte aber vorübergehend wegen zunehmender Nachfrage eine Lockerung der Einbürgerungsbestimmungen bewirkt haben, was sich auch in den steigenden Neubürgerzahlen widerspiegelt.⁷⁶¹ Zusätzlich lockerte der Rat in der Konzilszeit den Zunftzwang und er-

⁷⁵⁵ Ibid. Nr. 55, S. 19 (Juni 1381).

⁷⁵⁶ Ibid. Nr. 103, S. 35. Im Bürgerbuch wird in den Einträgen auf die Anwendung der *"Núwen satzung und ordnung"* verwiesen. Z.B. StA Ko, A IV: 1, S. 47.

⁷⁵⁷ Der folgende Eintrag aus dem Bürgerbuch von 1383 zeigt, dass der Status der Bewerber mindestens z.T. genauer abgeklärt wurde, wenn Zweifel über die Freiheit bestand. *"Item der selbe Keller ain ledergarwer kam für den grossen rat und bat umb burgreht. Er was aber unsers herren dez abtes von Krützingen, do kam aber der lutprister vor unsers herren von Krützingen und bat, daz man in ze burger enpfieng, won er sich von im koft het, und darumb enpfieng in der gross rat ze burger und het 30 lb dn wert, da von git er sechs pfunt haller dem sekler und sint im alle ding erzellet ..."*. StA Ko, A IV: 1, S. 34.

⁷⁵⁸ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 37, S. 141.

⁷⁵⁹ Ibid. Nr. 37, S. 141 (1393). Beispiele im Bürgerbuch: StA Ko, A IV: 1, S. 44 und 47.

⁷⁶⁰ Nach der Bürgerunruhe von 1370 wurde den 1342 eingeführten Zünften die Hälfte der Ratssitze zugestanden. Anfang des 15. Jahrhunderts besetzten die Zünfte sogar zwei Drittel der Ratssitze. Horsch weist darauf hin, dass es in Konstanz einen Zunftzwang gab, der auch für die in den Vorstädten ansässigen Handwerker galt. Horsch, Zünfte. S. 52ff. Joos, "Unruhen." Bechtold, Zunftbürgerschaft.

⁷⁶¹ Gerber, "Die Einbürgerungsfrequenzen der Städte Freiburg im Uechtland, Konstanz und Luzern im späten Mittelalter." S. 101. Das Ende des Konzils in Verbindung mit den steigenden innerstädtischen Spannungen bewirken in den 1420er Jahren einen massiven Rückgang der Neubürgeraufnahmen.

liess auf Veranlassung des Papstes, des Königs und einiger Kardinäle 1414 eine Ordnung, in der den fremden Handwerkern, die sich während des Konzils in Konstanz aufhielten, folgende Rechte zugesichert wurden: *"die sollten und mo(e)chten och ze Costentz ir handtwerch triben mit koufmanschaft und mit allen sachen, als och ire burger, und soltind och fryhait und gelait haben, an alle zo(e)ll und mut, als ander ir burger. Und soltind och burgrecht halten und haben als der statt burger. Und ward och solichs gehalten das concilium us."*⁷⁶² 1405 wird im Codex Sachs⁷⁶³ und 1432 im Ratsbuch festgehalten, dass *"burger hie und in der statt rinkmur und graben sesshaft sint"* weder von Herren noch anderen Städten ins Bürgerrecht aufgenommen werden dürfen.⁷⁶⁴

Wie in anderen Städten zeigt sich auch für Konstanz, dass viele der Neubürger über verwandtschaftliche Beziehungen in der Stadt verfügten oder gar selbst in der Stadt geboren worden waren.⁷⁶⁵ Beides dürfte sich in der Regel günstig auf eine Aufnahme ins Bürgerrecht ausgewirkt haben. Ein weiteres Argument, das von Bewerberseite vorgebracht wurde und einer Aufnahme förderlich war, ist der für die Stadt geleistete Dienst.⁷⁶⁶ Für Frauen ist die verwandtschaftliche Beziehung zu einem Bürger von Konstanz ein ausschlaggebendes Kriterium um ins städtische Bürgerrecht aufgenommen zu werden. Die normativen Quellen und die seriellen Verwaltungsquellen enthalten wenige Informationen zur Aufnahme von Frauen ins städtische Bürgerrecht. Einzig in der Satzung zur Aufgabe des Bürgerrechts im Codex Sachs von 1393 wird von *"burger noch burgerin"* gesprochen, wobei *"burgerin"* nachträglich am

Für eine Lockerung spricht auch der folgende Eintrag im Ratsprotokoll von 1418: *"Illa die ward Hans Knu(e)ttel, Wilhelm Stetters knecht ze burger empfangen."* Sta Ko, B I:2, S. 169.

⁷⁶² Feger, Vom Richtebrief. Nr. 250, S. 77.

⁷⁶³ Ibid. Nr. 44, S. 144.

⁷⁶⁴ Ibid. Nr. 363, S. 109. Allerdings gab es auch Ausnahmen: So konnten Leute, die einen Mangelberuf ausübten, wegziehen und trotzdem ihr Bürgerrecht behalten. Weiter sind Bürger mit doppeltem Wohnsitz bekannt. Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 104.

⁷⁶⁵ *"Item an Samstag an der jungen vasnacht abende, da kam Hainrich oder Hans Haim für den grossen rat und bekert, daz man für ainan burger haben wolt. Do erkand sich der gross rat, sid sin vatter burger gewesen wâr und och noch vil biderb fründ het, die burger wârint, daz ... in billich für ainen burger haben sol..."* StA Ko, A IV:1, S. 39 (1386). *"der selb Hamman Frye ist für die Zunftmaister kommen an Dunstag vor Sant Luryen tag anno domini 1383 und het den zunftmaistern erzellet, won er von Costentz bürtig ist und och alle sin vorden hie gewesen sint und och gedient het, als er billich tu(o)n sol, daz er das billich geniessen sol und daz Burgreht haben s(e)lle. Do erkand sich die zunftmaister, sid er als lang hie erschinen war und och alle sin vorden, und er von der stat bürtig war, und daz man sin och von sines antwerkes wegen notdürftig war, daz man in och damit billich für ainen burger haben solt."* Ebd., S. 35.

Da in Konstanz die Neubürger keine Bürgen stellen mussten, sind die verwandtschaftlichen Beziehungen weniger gut nachweisbar als beispielsweise in Nördlingen des 14. Jahrhunderts oder in Augsburg.

⁷⁶⁶ *"Jacob Wetzel kam fu(e)r grossen rat und sprach, daz si alle hettint, daz het der stat da her etwifel zites gedienet, darumb bat er den grossen rat, daz er si alle ze burger empfangen wolt..."*. Jacob Wetzel bezahlt für sich, seine Frau und den Sohn eines Verstorbenen 60 Pfund hl Aufnahmegeld und wird als Bürger aufgenommen. StA Ko, A IV: 1, S. 37 (1384).

Rande eingetragen wurde.⁷⁶⁷ Im Bürgerbuch selber lassen sich einige wenige Aufnahmen von Frauen ins Bürgerrecht finden. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Witwen oder Töchter verstorbener Bürger⁷⁶⁸ und um eine Hebamme⁷⁶⁹. Es wurden auch einige Ehefrauen ins Bürgerrecht aufgenommen. Zusätzlich gibt es mehrere Einträge, denen man nicht mehr entnehmen kann, welchen Status und welche familiären Beziehungen in der Stadt die Neubürgerin gehabt hatte.

5.4.1.3 Vermögenssteuern⁷⁷⁰

In Konstanz wurde im 14. und 15. Jahrhundert eine direkte Vermögenssteuer erhoben. Verschiedene Ratsbeschlüsse zu Steuererhebungen legen den Schluss nahe, dass der Rat bereits in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts alljährlich eine Vermögenssteuer erhob.⁷⁷¹ Die Steuerbücher sind ab 1418 überliefert. Die Einnahmen eines Jahres wurden jährlich dem Säckler übergeben. In der Regel setzt sich der Betrag aus den "regulären" Steuern, den Restanzzahlungen vergangener Jahre und dem dritten Pfennig zusammen.⁷⁷² Es handelt sich um eine direkte städtische Vermögenssteuer, zu der die ansässigen Bürger und Beisassen beizugezogen wurden.⁷⁷³ Die Steuerpflichtigen meldeten ihren Besitz an und die Steuererheber teilten die Habe in liegende und fahrende ein, die dann unterschiedlich hoch besteuert wurde. Der Steuersatz wurde für jede Erhebung neu angesetzt und konnte von Jahr zu Jahr erheblich schwanken, wie beispielsweise in den 1430er Jahren. Als Grundwert kann man einen linearen Einheitstarif von einem Pfennig je Mark liegender Habe und zwei Pfennig je Mark fahrender an-

⁷⁶⁷ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 44, S. 144.

⁷⁶⁸ 1383 wird beispielsweise Adelhait Albrechts des Kerlers seligen Tochter "*an ir und an ir bru(e)der stat*" ins Bürgerrecht aufgenommen. Adelhait gelobt für sich und für ihren Bruder, das Burgrecht zu halten. Es wird explizit erwähnt, dass er steuern und Dienst tun müsse, wie andere eingesessene Bürger. StA Ko, A IV:1, S. 35.

⁷⁶⁹ StA Ko, A IV:1, S. 30 (1379).

⁷⁷⁰ Das Thema Ungeld und Zoll wird in diesem Kapitel nicht extra behandelt, es erscheint kurz im Kapitel über die Juden in Konstanz.

⁷⁷¹ Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 85. Von 1351 ist der erste Hinweis auf ein Steuerverzeichnis überliefert. S. 20. Feger, Vom Richtebrief. S. 1, 1351; S. 4, 1376; S. 10, 1378; 1379, S. 13; 1380, S. 15; 1381, S. 19; 1387, S. 37; 1388, S. 48; 1389, S. 59; 1390, S. 66.

⁷⁷² Sehr schön zeigt das der Eintrag von 1425 in der Grossen Rechnung: "*Und ist dz ir innemen. Item 2397 lb 15 S hl die Stúr. Item von der vorndrigen restantz 31 lb 2 S hl. Item von dem driten pfennig 27 lb 13 S 8 hl. Summa total 2462 lb 11 S hl.*" StA Ko, L 1060b, fol 1v.

⁷⁷³ Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. Der folgende Abschnitt stützt sich im Wesentlichen auf die Ausführungen von Kirchgässner. S. 82-146. Ausschlaggebend war demnach die Errichtung eines "Sitzes". Wer in der Stadt "*hushablich sitzt und hus hat*" und über ein selbständiges Vermögen verfügt, soll steuern. Bei Ledigen gab die Trennung des Vermögens von dem der Eltern oder die Bildung eines eigenen Haushaltes den Ausschlag. Aller-

nehmen, angewendet auf Vermögen von mindestens 300 Pfund Pfennig.⁷⁷⁴ In Bezug auf kleinere Vermögen wurde eine Art Gewerbesteuer erhoben, die nach einem anderen Steuerfuss berechnet wurde. Und wer *"nut hat, git 3 oder 4 β d"*.⁷⁷⁵ Hinzu kommt, dass der Rat den Steuern zugestand, dass sie eigenständig verhandeln können, wenn sie den Eindruck hätten, dass *"er me het, denne die 3 β d bringen mo(e)htint"*.⁷⁷⁶ Interessant ist, dass in Konstanz die Renten gesondert besteuert wurden. In der Regel verlangte die Stadt einen Achtel des jährlich zu entrichtenden Rentenbetrags.⁷⁷⁷ Die errechneten Steuerbeträge wurden dann in die Steuerbücher eingetragen, hinter Namen und Vermögensangaben des jeweiligen Steuerzahlers. Ausnahmsweise lassen sich im Bürgerbuch Einträge finden mit einer gedingten Steuer. 1382 wird beispielsweise festgehalten, dass Schwester Margrete, Kellerin von Niclaus Bättelin, nicht weiss, wie hoch ihr Vermögen ist. *"Do tet ir der Rat so(e)lich gnade, daz si jetz ain lb den sol geben dem Ma(e)nlin"* und in den folgenden Jahren, jedes Jahr ein Pfund. *"Wa(e)r aber, daz si herrn Nyclausen Ba(e)ttelin überlepti, so sol si dann anhin ir gu(o)t verstüren, als ander burger..."*.⁷⁷⁸ Zahlreiche Steuerzahlungen gingen verspätet ein und wurden ins Steuerrestanzbuch eingetragen. Ihre Summe wird jährlich in der Grossen Rechnung verzeichnet⁷⁷⁹. Die Stadt beschäftigte bestimmte Amtleute, die an den dafür bestimmten Tagen im Jahr die ausstehenden Steuerbeträge eintraben.⁷⁸⁰

dings wurden auch Unselbständige zur Steuer zugezogen, sofern sie zahlungskräftig erscheinen. Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 95/131.

⁷⁷⁴ Bis 1460 sind für fünf Jahre eine halbe Steuer und für zwei eine anderthalbfache Steuer belegt. Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 89. A. Nuglisch, "Die Entwicklung des Reichtums in Konstanz von 1388-1550," Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (1906): 363-371.

⁷⁷⁵ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 404.

⁷⁷⁶ Steuersatz, Zur Berechnung des Steuerbetrags siehe Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz., S. 87-94.

⁷⁷⁷ In zahlreichen Fällen wurde im Steuerbuch neben der Vermögenssteuer noch ein Betrag unter der Bezeichnung *"vom hus..."* aufgeführt. Dabei handelt es sich um die Versteuerung von Renten und zwar durch diejenigen, der die Rente bezahlen muss. Ibid. S. 134-146.

⁷⁷⁸ Sta Ko, A IV:1, S. 32 (1382).

⁷⁷⁹ *"Item so ist dess der Stur innemen des ersten 1334 lib 14 S 2,5 dn by der vorgeschriben stur by der alten restantz und by allen dingen."* StA Ko, L 1060b, fol. 18v (1428).

⁷⁸⁰ *"Item U(o)lrichen von Rogwil und U(o)lrichen Schu(o)tzer, in baiden iren sold in iettlichem zwen tag, als si von der restantz der stúr umgegangen sind und gepfent hand ir iettlichem des tags 18 dn."* StA Ko, L 1358, fol. 10r (1443).

Für Steuerversäumnisse gab es je nach verstrichener Zeit unterschiedlich hohe Strafen. Eine Gebühr, der *"dritte pfennig"*, taucht immer wieder in den Rechnungen auf. Es handelt sich dabei aber in der Regel nur um kleinere Pfundbeträge. *"Item mer hand sy ingenomen, als von des dritten pfennigs wegen 7 lib 18 S 6 dn."* StA Ko, L 1060, fol. 38r (1433). Bei einem längeren Versäumnis wurde dem Steuerzahler angedroht, dass an Neujahr sein Name vor versammelter Gemeinde verlesen würde. Stand die Steuer bis zum Drei-Königs-Tag noch aus, würde der Wasserschreiber und Steuerknecht pfänden. Eine weitere Steigerung der Strafe wird im Ratsprotokoll von 1376 erwähnt. *"Cunrat dem Camer swager"* und *"Mu(o)ler Swartz"* wird vorgeworfen, die Steuern nicht bezahlt und andere Dienste nicht geleistet zu haben. Deshalb wolle *"man si nit mer für burger haben"*. StA Ko, B I:5, S. 15. Hoch bestraft wurde auch Steuerhinterziehung und zwar mit der Hälfte des "verschwiegenen" Vermögens. 1427 muss ein Josen *"geben an der statt buw 300 lb haller"*, weil er 600 lb hl verschwiegen hat. StA Ko, BI:4, S. 181. Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 122-125.

5.4.1.4 Wachtgeld und Wehrdienst

Neben der Vermögenssteuer wurde z.T. auch ein Wachtgeld erhoben, über dessen Höhe man allerdings wenig weiss. 1432 wird im Ratsbuch festgehalten, dass man zwar eine Steuer aber nicht das Wachtgeld erheben wolle.⁷⁸¹ Das deutet darauf hin, dass in der Zeit davor entweder zusätzlich zu einem selbst zu leistenden Wachtdienst oder anstelle des Wachtdienstes regelmässig ein Geldbetrag eingezogen wurde. Die Einnahmen aus dem Wachtgeld bewegen sich von 1426 bis 1435 zwischen 129 lb und 152 lb.⁷⁸² Nach 1432 scheint gemäss den Stadtrechnungen nur noch einmal ein Wachtgeld erhoben worden zu sein, und zwar 1435.

Alle städtischen Bürger hatten die Pflicht Wehrdienst zu leisten. Deshalb wurde von ihnen bei der Aufnahme ab 1393 verlangt, einen Harnisch zu besitzen. Neben der allgemeinen Wehrpflicht konnten die Bürger auch zu Sonderkriegssteuern beigezogen werden. So setzte der Rat 1388 fest, dass die Stadt 200 Pferde benötige. Pro 1000 Pfund Vermögen muss ein Pferd gestellt werden. Ältere Steuerzahler können den entsprechenden Geldbetrag leisten, und zwar 10 β hl pro 100 lb hl.⁷⁸³ Zum Einzug dieser Steuer wurde vom Grossen Rat eine Siebnerkommission eingesetzt.⁷⁸⁴

5.4.1.5 Abzug

Wollte ein Bürger aus der Stadt wegziehen, musste er das Bürgerrecht formell kündigen. Dies wurde in Konstanz unterschiedlich gehandhabt. 1405 wird ausdrücklich festgehalten, dass weder "*burger noch burgerin*" das Bürgerrecht schriftlich, weder mit Brief noch durch einen Boten, aufkündigen dürften. Jeder, der das tun wolle, müsse persönlich "*für einen gesamnoten grossen raut*" kommen und offenlegen, warum er das Bürgerrecht aufgeben wolle.⁷⁸⁵ Wie lange diese Regelung in der Praxis angewandt wurde, ist schwer zu sagen. Spätestens 1421 ist eine Änderung eingetreten. Dem Ratsprotokoll lässt sich entnehmen, dass die

⁷⁸¹ Ibid. S. 237, Anm. 156.

⁷⁸² 1426: 136 lb 4 S dn. 1427: Altes Wachtgeld: 10 lb 12 S den, Neues Wachtgeld: 129 lb 17 S 10 den. 1428: 163 lb 2 S den. 1429: 135 lb. 1432: 152 lb 18 S 3 den. 1435: 121 lib den. Aus StA Ko, L 1060b.

⁷⁸³ Feger, Vom Richtebrief. S. 47, Nr. 143.

⁷⁸⁴ StA Ko, B I:1, S. 172-176 (1388). Die einzelnen Steuerzahler werden mit ihrem Betrag namentlich aufgeführt. Am Schluss der Liste heisst es, dass man sich überlegen wolle, wie man es mit den Klöstern, den Juden und denjenigen, die unter 1400 lb Vermögen haben, halten werde.

⁷⁸⁵ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 44, S. 144.

Aufkündigung per Brief wieder zur akzeptierten Vorgehensweise gehörte.⁷⁸⁶ Diese Bestimmung ist auch in der Mitteilung der Verfassung an den Rat von Freiburg enthalten. Zu diesem Zeitpunkt konnte das Bürgerrecht sowohl per Brief als auch mündlich vor dem Rat aufgekündigt werden.⁷⁸⁷ In den 1430er Jahren sind in den Ratsprotokollen einige ausführlichere Beschreibungen von Bürgerrechtsaufgaben enthalten. Als Grund für die Aufgabe werden rechtliche und finanzielle Schwierigkeiten in Bezug auf Konflikte mit Mitbewohnern genannt.⁷⁸⁸ Verbunden mit dem Abzug aus der Stadt war die Zahlung einer Abzugssteuer, der *anzal*, die den dritten Pfennig betragen haben dürfte.⁷⁸⁹ Im Jahr 1429 enthält der Eintrag zur Bürgerrechtsaufgabe des Altbürgermeisters Hainrich Ehinger eine Angabe zur Höhe der von ihm zu leistenden Abzugssteuer, und zwar beträgt sie eine Jahressteuer sowie den noch ausstehenden Sold.⁷⁹⁰ In den übrigen Einträgen zur Bürgerrechtsaufgabe wird in einzelnen Fällen erwähnt, dass der Betreffende die Abzugssteuer bezahlen werde. Der Betrag wird allerdings nicht erwähnt.⁷⁹¹ Die Säckelamtsrechnungen enthalten immer wieder einzelne Einträge zu Abzugssteuerzahlungen. Erstaunlicherweise werden diese Einnahmen aber nicht gesammelt in eine gesonderte Rubrik eingetragen.⁷⁹² Im Steuerbuch von 1428 beispielsweise werden im Zusammenhang mit den Bürgerunruhen die Abzugszahlungen mehrerer reicherer Bürger aufgeführt. Alle entrichten als Abzugssteuer eineinhalbmal den Betrag der jährlichen Steuer.⁷⁹³ Die Steuerer zogen diese Abzugssteuerzahlungen ein und lieferten sie dem Säckler ab.⁷⁹⁴

Eine Abgabe in derselben Höhe, auch *anzal* genannt, wurde von Erben verlangt, die nicht Bürger der Stadt waren. Um diese hohe Abgabe nicht leisten zu müssen, zogen es einige Be-

⁷⁸⁶ „Illa die gab Ludwig Ha(e)rler sin bu(e)rgrecht uff in grossem ra(u)t mit sin selb mund. Des tags sont Hans Cunrat Egly sin burgrecht och uff mit ainem brief.“. StA Ko, B I:3, S. 149.

⁷⁸⁷ Ein ausführliches Beispiel im Ratsprotokoll von 1432: „*tertia post Letare do sant der Barer der Schmid sin burgrecht mit ain unbesigelten briefli in ain raut uff und wüst das briefli von wort zu wort also. Wissent lieben herren burgermaister und raut zuo Costentz, das ich Hans Barrer min burgrecht uf gib mit disem offen brief von sach wegen, daz ir mir nit gehalten hand, das ir mir geben und verhaisen hand, wan ich den brief geschribn han, da ich kain ingesigel mag gehan geben am dinstag vor Mittervasten anno im 32 Jar.*“ StA Ko, BI:6, S. 30.

⁷⁸⁸ Zum Beispiel StA Ko, B I:6, S. 30 (1432) und S. 93 (1433). BI:6, S. 40, 93, 129. 1436 „gibt U(o)lrich Pflu(e)ger sein bu(e)rgerrecht mit disem botten und brief“ auf. Ebd., S. 333.

⁷⁸⁹ Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 110.

⁷⁹⁰ „Illa die hat Hainrich C. alt bu(e)rgermaister sin burgrecht vor grosen raut von in gegenwurkait der stett botten unser veraynung uffgeben und damit gesworen, der statt satzung ze halten, als das buoch von dz burgrechtz uffgebnes wegen uszwist, und sol fur sin anzal geben ain gewonlich jar stur, und sol sin sold och obsin.“ StA Ko, B I:5, S. 197.

⁷⁹¹ „Item uff das ha(e)t er sin burgrecht uffgeben und gesworn, nach der satzung und uns sin anzal geben...“ StA Ko, B I:4, S. 101 (1426)

⁷⁹² „Item von der pfannenscribers sa(e)ligen erben zu(o) anzal 55 gulden“. StA Ko, L 1357, fol. 26v.

⁷⁹³ StA Ko, StB 1428, fol. 63ff.

⁷⁹⁴ „Item mer hand sy (die Steuerer) ingenomen von bu(o)sen und anzal 1456 lib 12 S 2 den.“ StA Ko L 1060b, fol 24r (1429).

troffene vor, sich um das Bürgerrecht in Konstanz zu bewerben. 1381 bewirbt sich beispielsweise der Bruder einer verstorbenen Bürgerin um das Bürgerrecht. Der Rat gesteht es ihm zu, verlangt aber den zehnten Pfennig, 40 lb, als Aufnahmegeld. Die Aufnahme ins Bürgerrecht ist mit der Bestimmung verknüpft, dass der Hanteler bei einem Abzug aus der Stadt vor oder nach den geschworenen fünf Jahren, den dritten Pfennig an den Stadtbau bezahlen müsse, wobei ihm allerdings die schon entrichteten Steuern angerechnet würden.⁷⁹⁵ Das Rote Buch enthält eine Bestimmung *"von des burgrechts wegen, wenn ainer zu(o) ainem erb"* ziehen wolle. Der Neubürger muss schwören, das Bürgerrecht zehn Jahre zu halten. Zieht der oder die Betreffende vor den zehn Jahren wieder weg, dann soll das Gut *"verantzalt"* werden, wobei die bereits geleisteten Steuern von dem Betrag abgezogen würden.⁷⁹⁶

5.4.2 Beisassen

Auch im Konstanz der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zeigt sich das Interesse der Stadtobrigkeit, die Gruppe der Beisassen stärker zu kontrollieren. Die ersten normativen Bestimmungen sind von 1389/1390 überliefert. Die Obrigkeit bestimmt, dass nur die Handwerksknechte, für die ihr Meister geschworen hat, in der Stadt bleiben dürfen und dass alle fremden *"mu(e)sig genger"* und Bettler die Stadt verlassen müssen. Ein Jahr später werden die Pfarr- und Prokuratorenknechte dazu verpflichtet, vor dem Rat zu schwören.⁷⁹⁷ Dabei handelt es sich um eine erste Form eines Beisasseneides, der die Funktion hatte, den geistlichen Einflussbereich zu begrenzen. Diese Satzungen zusammen mit dem Erlass, dass die Trinkstuben aller Knechte geschlossen wurden, müssen vor dem Hintergrund der Unruhen von 1389 innerhalb der Zünfte gesehen werden. Den Gesellen und Knechten scheint die Obrigkeit ein grosses Unruhepotenzial zugetraut zu haben, das durch stärkere Kontrolle neutralisiert werden sollte. 1392 wird festgehalten, dass Knechte von Bürgern dasselbe Recht wie die Bürger ha-

⁷⁹⁵ *"Item der selb Hanteler was der Ratelsinen der Weberman bruder, und do du frow abgienge, do kam er fur den rat und sprach, er sollte si billich erben, wen si war sin swester gewesen. Do gab im der gross rat ze antwirt wa(e)r, das er daz erb vor der stat ziehen wo(e)lt, so muse er den dritten d an der stat buw geben. Do sprach er, er wolt burgrecht empfangen, und do verley im der gross rat burgrecht und gab er 40 lb haller von des zehenden wegen, und gab man im och, daz ir den aid, ob er sich selb uber sach und das er in der funf jar oder darnach von der stat sich zug, so must er den dritten pfennig an der stat buw geben. Datum an dunstag vor Sant Gerdrut tag anno 81".* StA Ko, A IV:1, S. 31.

⁷⁹⁶ Feger, Das Rote Buch. Nr. 62, S. 96.

⁷⁹⁷ In Nürnberg werden 1428 alle in Nürnberg lebenden Knechte und Gesellen dazu verpflichtet, einen Eid zu schwören oder die Stadt zu verlassen. Schultheiss, "Bürgerrecht Nürnberg." S. 192.

ben sollen, ausgenommen im Falle von Totschlag.⁷⁹⁸ 1428 ergreift die Stadtobrigkeit erneut die Initiative, Nichtbürger vor dem Rat schwören zu lassen. In diesem Fall betrifft es allerdings ein reicheres Segment der Stadtbevölkerung, nämlich diejenigen, die *"in unser statt hushablich"* sitzen *"und hus"* haben. Von ihnen wird gefordert, wie von Bürgern, Ausbürgern und Juden, dass sie dem Rat schwören, der Stadt Nutzen zu fördern, vor Gefahr zu warnen und Steuern und Wachtdienst zu leisten *"als ander burger"*.⁷⁹⁹ Der Wortlaut des Eides ist allerdings nicht überliefert. Im gleichen Jahr enthält das Ratsprotokoll auch einen Eintrag zur Steuerpflicht gewerbstätiger Dienstleute.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Stadtobrigkeit seit dem Ende des 14. Jahrhunderts kontinuierlich versuchte, einen immer grösseren Teil der städtischen Einwohner stärker unter ihre Kontrolle zu bringen.

5.4.3 Christliche Gedingbürger

Mit dem Einsetzen der seriellen Verwaltungsquellen in den 1370er Jahren beginnen die Informationen zur Rechtsgruppe der intra- und extramuralen Gedingbürger vermehrt zu fließen. Insbesondere anhand der Einträge im Bürgerbuch lässt sich fürs 14. Jahrhundert die Ausbürgerpolitik der Stadt wenigstens teilweise nachzeichnen. Das Bürgerbuch enthält auf den ersten 17 Seiten Einträge über die Aufnahme von Adligen, Klerikern, geistlichen Institutionen und ganzer Dörfer ins Konstanzer Bürgerrecht.⁸⁰⁰ Neben Neuaufnahmen sind auch Verlängerungen des Bürgerrechts verzeichnet. Für das folgende Jahrhundert ändert sich die Quellsituation grundlegend. Die Anfang des 15. Jahrhunderts stattfindende Ausdifferenzierung des Verwaltungsschriftguts führte unter anderem dazu, dass die Gruppe der intra- und extramuralen Gedingbürger aus dem Bürgerbuch ausgegliedert wurden. Die Gedingbürger werden erst mit dem Einsetzen der entsprechenden Rechnungsbücher wieder in den städtischen Quellen fassbar.

⁷⁹⁸ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 232, S. 72/3.

⁷⁹⁹ Ibid. Nr. 308, S. 94. 1434 werden die *"geschla(e)cht und all zunftmaister"* aufgefordert, *alle die Mitglieder zu melden, die nicht Bürger sind "also daz der hinfür kainr mer hie husheblich sin sol denn mit ains rautz willen."* Nr. 384, S. 117/8.

⁸⁰⁰ StA Ko, A IV:1 bis Seite 17 (1396).

5.4.3.1 Intramurale Gedingbürger

Der weitaus grösste Anteil der im Bürgerbuch belegten intramuralen Gedingbürger sind Kleriker oder geistliche Korporationen. Als Bischofsstadt und Zentrum des grössten deutschen Bistums verfügte Konstanz über eine Bevölkerung mit einem verhältnismässig hohen Anteil von Klerikern, Dom- und Stiftsherren, Priester und Mönche, die auf Grund ihres Standes keine Abgaben leisteten. Die Zeit vom 13. bis 15. Jahrhundert ist entsprechend geprägt von den Bemühungen der Stadtobrigkeit, die Geistlichkeit der Stadtsteuer zu unterwerfen oder wenigstens an den städtischen Ausgaben zu beteiligen. Den Anfang dieser Entwicklung bildet das Jahr 1192, als die Stadtgemeinde von der bischöflichen Stadtsteuer befreit wurde. Bereits im 13. Jahrhundert forderte die Stadt für den Handel mit Leinwand, Wachs und Pfeffer vom Klerus Steuerabgaben sowie vom Eigengut der *"ambetliute"*, der Dienstleute von St. Stephan und dem Hochstift. Weiter waren der Kelhof und seine Leute steuerfrei. Diese Tendenz setzt sich im 14. und 15. Jahrhundert fort. Die Stadt versuchte wiederholt mit unterschiedlichem Erfolg die wirtschaftliche und handwerkliche Tätigkeit von Geistlichen zu besteuern.⁸⁰¹ Wie andere Städte setzte sich auch die Konstanzer Obrigkeit das Ziel, den Grundbesitzerwerb des Klerus stärker zu kontrollieren.⁸⁰² 1255 versuchte die Stadt, auch von den Häusern in geistlichem Besitz Steuer und Wachtdienst einzuziehen. Es blieb allerdings bei diesem Versuch, da im Sühnebrief die Lastenfreiheit der geistlichen Liegenschaften bestätigt wurde, allerdings mit der Einschränkung, dass geistliche Häuser nur solange steuerfrei sein sollten, als sie Geistlichen gehörten und auch von ihnen bewohnt wurden.⁸⁰³ Wurde aber wirtschaftlicher Nutzen aus den Häusern gezogen, beispielsweise durch "Vermietung, durch Warenstapel oder Handelsaktivitäten, sollte das Marktrecht wirksam und städtische Abgaben erhoben werden".⁸⁰⁴ Ein weiteres städtisches Anliegen war, die Ausdehnung des geistlichen Grundbesitzes einzuschränken. Dieses Interesse spiegelt sich beispielsweise im Salmannenrecht wieder. Mit dem Ende des Salmannenrechts im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts war die Stadtobrigkeit gezwungen, sich neue Wege zu überlegen, um gegen die Expansion des geistlichen Grundbe-

⁸⁰¹ Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 98-99.

⁸⁰² Bauer, Münsterbezirk. S. 281.

⁸⁰³ Ibid. S. 286.

⁸⁰⁴ Ibid. S. 287. "Im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts wurde der Streit um den Status geistlicher Liegenschaften entschieden und eine Regelung gefunden, die im Grundsatz bis zur Reformation in Geltung blieb. Der unmittelbar im Eigentum des Bischofs und des Domkapitels stehende Grundbesitz blieb auch weiter von städtischen Belastungen verschont. Dagegen müssen spätestens zu diesem Zeitpunkt die mittelbaren Besitzungen des Hochstifts, die Lehen des Bischofs, die Klosterlehen und die Häuser, die aufgrund von Wachszinsbestellungen und Seelgerätsstiftungen unter einem lediglich nominellen kirchlichen Obereigentum standen, unter die Steuer ge-

sitzes vorzugehen. Die Erlasse aus dem 15. Jahrhundert offenbaren allerdings, wie begrenzt die Möglichkeiten des Rates tatsächlich waren. 1426 hält der Rat fest, dass kein Bürger von Konstanz Immobilien an die Kirche vermachen oder verkaufen dürfe. Wenn es allerdings doch geschähe, müsse der Besitz innert Jahresfrist wieder veräussert werden, *"in solicher mass, das die selben guot wieder in únser stúr kommen"*.⁸⁰⁵ Allerdings wurde nicht einmal eine Busse im Falle des Zuwiderhandelns festgesetzt und bereits wenige Jahre später wurde die Verordnung wieder aufgehoben. Effektiver war die vom Hochstift anerkannte Verordnung des Rates von Ende des 14. Jahrhunderts, in der festgelegt wurde, dass das Hochstift die Häuser, die es nach den 1380er Jahren erwerben würde, versteuern müsse.⁸⁰⁶ Allerdings zeigt sich in der Höhe der vereinbarten jährlich zu zahlenden Pauschalbeträge deutlich ein Entgegenkommen der Stadt, lag doch die Grundsteuer in der Regel nur geringfügig über dem Steuermindestsatz besitzloser Bürger. Regulär hoch wurden Kleriker veranschlagt, die nicht in ihren Pfründhäusern wohnten, und deren Namen dann auch in den regulären Steuerlisten auftauchen.⁸⁰⁷

Auch Konstanz gehörte zu der Gruppe von Städten, die versuchte Kleriker mit Hilfe des Bürgerrechts stärker in die städtischen Rechts- und Wirtschaftsstrukturen zu integrieren. Der Erfolg dieser Bemühungen zeigt, dass es auch im Interesse gewisser Kleriker gelegen zu haben scheint, sowohl unter dem Schutz der Stadt zu stehen als auch freieren Zugang zum städtischen Markt zu haben. Dokumentiert wird diese Entwicklung durch Einträge im ersten Bürgerbuch und in den verschiedenen Ratsprotokollbänden. Die äusseren Umstände veranlassten in den 1380er Jahren sogar die beiden konkurrierenden Bischöfe ins städtische Bürgerrecht einzutreten.⁸⁰⁸

Neben relativ kurzen und weitgehend gleichlautenden Einträgen, geben einige ausführlicher gehaltene Bürgeraufnahmeeinträge Einblick in die gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen und Rechte der beiden Parteien. Zu Beginn der Einträge wird neben Name und Aufnahme datum festgehalten, dass der Betreffende *"dem Rate gehorsam ze sinde"* oder *"das burgerrecht ze haltend"* schwört. Wo eine Zeitbegrenzung angegeben ist, handelt es sich um die

kommen sein. Mit dem Einsetzen der Steuerbücher 1418 finden sich diese Häuser sämtlich eingereiht in die Listen der steuerbaren Liegenschaften."

⁸⁰⁵ Ibid. S. 282.

⁸⁰⁶ Ibid. S. 287.

⁸⁰⁷ Ibid. S. 288.

⁸⁰⁸ Maurer, Konstanz I. Siehe 1385 wird Nikolaus von Konstanz in Zürich lebenslang ins Bürgerrecht aufgenommen. Ernst Leisi, ed., Thurgauisches Urkundenbuch, Band 7, 1376-1390 (Frauenfeld: 1958). Nr. 3839.

Dauer von fünf Jahren.⁸⁰⁹ In einzelnen Einträgen wird zusätzlich festgehalten, dass der Neubürger verpflichtet ist, die Stadtobrigkeit bei drohender Gefahr zu warnen.

Unterschiedlich sind die Steuerverpflichtungen. In der Regel leisten die geistlichen Neubürger eine gedingte Steuer, deren Höhe in der Bürgerrechtsvereinbarung festgelegt wurde. Wird in der Mehrheit der Fälle ein jährlich zu zahlender Betrag festgelegt, gibt es auch Beispiele, in denen der geistliche Neubürger *"versturen sol als ain ander burger bi dem aide"*⁸¹⁰ oder *"jerlichs als ain ander burger ligendes und varendes, und sol och sin pfründ in lipdinges wise versturen"*.⁸¹¹ In verschiedenen Fällen ist auch ein Teil des Besitzes von der Steuer ausgenommen, die *"Kylchen-"* und *"Gotzgab"*. Und im Falle eines Leutpriesters von Sankt Stefan wird festgehalten, dass allfällige geleistete Dienste von der jährlichen Steuer abgezogen werden sollen.⁸¹² Im Ratsprotokoll von 1432 wird festgehalten, dass ein Prokurator des geistlichen Gerichts, der Bürger sei, *"versturen sol, was er hat als ain ander Burger"*. Wenn er aber nicht Bürger sei, müsse er sein Gut auch versteuern, dürfe aber *"sust kainrhand gewerb, weder mit gastung, noch andern, in der Statt triben noch haben."*⁸¹³ Ein Hinweis auf einige Gründe, die für Kleriker das städtische Bürgerrecht attraktiv machen konnten.

In welcher Form leisteten geistliche Gedingbürger ihre Wehrdienstpflicht? Die Bürgerbucheintragungen enthalten wenige konkrete Angaben zu dieser Thematik. Bedeuten die fehlenden Angaben, dass sie keinen Wehrdienst leisten mussten, oder im Gegenteil, dass sie, wie alle anderen Bürger, dazu oder zur Stellung eines Ersatzmannes verpflichtet waren? Die Wehrdienstpflicht war eine Kernpflicht des städtischen Bürgerrechts. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass eine Befreiung von diesem Dienst explizit im Bürgerbuch vermerkt worden wäre, da der Zweck der längeren Einträge u.a. darin bestand, von der Norm abweichende Vereinbarungen schriftlich festzuhalten. Dies zeigt beispielsweise auch der Eintrag von 1370, in dem schriftlich festgehalten wurde, dass Geistliche vom Wehrdienst befreit wurden.⁸¹⁴ Verschiedene Einträge in den Ratsprotokollen und den Stadtrechnungen legen den

⁸⁰⁹ In einem Ratsprotokolleintrag von 1456 wird vermerkt, dass *"Hans Spänli doctor sin leptag burger worden in massen und ander gaistlich lut burger werdent."* StA Ko, B I:6, S. 134. Zitiert in Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz, S. 235, Anm. 138.

⁸¹⁰ *"Heinrich der Kostenzer Capplan Sant Martins altar in unser frowen Munster ze Costenz."* StA Ko, A IV: 1, S. 5 (1376).

⁸¹¹ *"Herr H... korherr ze Sant steffan."* Ebd., S. 9 (1383).

⁸¹² Ebd., S. 4 (1379).

⁸¹³ StA Ko, B I:6, S. 50 (1432).

⁸¹⁴ 1370 wird der Domdekan und das Domkapitel zu Konstanz ins Bürgerrecht von Diessenhofen aufgenommen. In der Bürgerrechtsvereinbarung wird festgehalten, dass mit dem Betrag von 10 lb hl *"raisen, hervert, stüren, wagt"* abgegolten sind. Leisi, ed., UB Thurgau 6. Nr. 3046, S. 543. Von diesem Vertrag ist der Domprobst Bur-

Schluss nahe, dass sich die Geistlichen im Kriegsfall an Sondersteuern beteiligen mussten und eine vereinbarte Anzahl Söldner oder Kriegsmaterial finanzieren mussten. Im Ratsprotokoll von 1380 wird beispielsweise festgehalten, dass geistliche intramurale Gedingbürger sowie auswärtige Klöster Kriegssteuern leisten mussten.⁸¹⁵

In zahlreichen Bürgerrechtsvereinbarungen mit Klerikern behält sich die Stadt vor, den Neubürgern in Bezug auf alte Konflikte oder spezifische *"stoesse und kriege, die an möhtint gan von der Gotzgaben oder pfruenden wegen"* nicht helfen zu müssen.⁸¹⁶

5.4.3.2 Extramurale Gedingbürger

Aufgrund der unterschiedlichen Quellensituation für das 14. und 15. Jahrhundert wird die Situation der Aus- und Pfahlbürger in zwei Teilen gegliedert besprochen. Für die letzten drei Jahrzehnte des 14. Jahrhunderts stehen hauptsächlich die Einträge im ersten Bürgerbuch zur Verfügung. Breiter ist die Quellenbasis in den 1420er bis 1440er Jahren. Wie im 14. Jahrhundert versuchte Konstanz weiterhin, Adlige, geistliche Institutionen sowie ganze Dörfer mittels Bürgerrecht an die Stadt zu binden. Ein Grossteil dieser Aus- und Pfahlbürger befanden sich innerhalb eines zwanzig Kilometer betragenden Radius, der in etwa dem näheren Marktbe- reich der Stadt entsprach.⁸¹⁷

kart von Hewen ausgenommen. Letzterer ging spätestens 1380 eine Bürgerrechtsverbindung mit der Stadt Konstanz ein. StA Ko, A IV:1, S. 7 (1380).

⁸¹⁵ *"Es wart dz merre in grossem ra(u)t, das die weltlichen phaffen ze Costentz für die 8 Spyess, die an sy gevordert wurden zu(o) der rays gen Paygern, geben sond 400 lb heller an all minrung."* Weiter wird eine Reihe von Ausbürgern, Klöster und Dörfer, aufgeführt. In einem weiteren Eintrag wird festgehalten, welche Bürger ein Pferd zu stellen hätten. Anschliessend steht die Bemerkung *"Item gedenkent, wie man klo(e)ster halten welle"* und in der übernächsten Zeile *"Item und wie man Juden halten welle."* Feger, Vom Richtebrief. Nr. 131/133, S. 42/43.

⁸¹⁶ StA Ko, A IV:1, S. 7 (1380).

⁸¹⁷ Maurer, Konstanz II. S. 75.

5.4.3.3 Ausbürger und Pfahlbürger in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts

Weltliche Ausbürger

In einem ersten Schritt soll die Gruppe der weltlichen Ausbürger näher beleuchtet werden. Auch auf normativer Ebene schlägt sich das Interesse der Stadt, adelige Ausbürger aufzunehmen, nieder. 1387 enthält eine Satzung zur Regelung der Bürgeraufnahme den Zusatz, dass auch ausserhalb ansässige Herren, Ritter und Knecht, die über Burgen und Siedlungen verfügen, trotz einem allgemeinen Einbürgerungsstop als Neubürger willkommen seien.⁸¹⁸ Die Stadtoberkeit liess sich nicht von dem kaiserlichen Aufruf von 1384, keine extramuralen Gedingbürger aufzunehmen, in ihrer Politik beeinflussen.⁸¹⁹ Die praktische Umsetzung ist in der Form der Aufnahmeeinträge im Bürgerbuch dokumentiert. In den Bürgerbucheinträgen zu den adligen Ausbürgern steht das militärische Interesse der Stadt im Zentrum und kommt immer wieder explizit zur Sprache, sei es in Bezug auf die dem Neubürger gehörende Burg oder den zu erwartenden Kriegsdienst.⁸²⁰ Das Interesse der Stadt an einer längerfristigen Bündnispolitik zeigt sich in den zahlreichen Verlängerungen.⁸²¹

Als Vorlage für die Aufnahme von Ausbürgern im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts galt der Eintrag von Sulzberger dem Jüngeren von 1378. Die Vereinbarung endet mit dem Satz: *"also sol man och alle usburger hinanhin enpfahen."*⁸²² Dem ersten Teil des Eintrags kann man entnehmen, dass auch die Ausbürger vom Grossen Rat ins Bürgerrecht aufgenommen wurden. Zusätzlich werden das Aufnahmedatum sowie der jährlich zu leistende Pauschalsteuerbetrag aufgeführt. Sulzberger muss 10 Gulden Jahressteuer entrichten. Der Betrag

⁸¹⁸ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 103, S. 35.

⁸¹⁹ StA Ko, B I:1, S. 113 (1384). *"Gross Bund. Wie der Gross Bund gesetzet hat, daz man herren, ritter und knecht, pfaffen und layen ze burger in nehmen und enpfahen mag."*

⁸²⁰ *"Eberhart von Ramswag. Item den enpfing der rat ze burger vor Wihenahten anno 77 und gab 12 Guldin ze stur und sol och me hinanhin allu jar ze Sant Martins tag 12 Guldin zu stur geben und het gesworn, mit sin vesti Blatten ze wartent und daz burgreht ze haltend, als ander ussburger (bezieht sich auf den Eintrag zu Sulzberger)." StA Ko, A IV:1, S. 5. "Herr Hainrich von Hermenstorf. Item anno domini 1383 an zinstag nach Sant Cawrentien tag do empfieng der Gross Rat herrn Hainrich von Hermenstorf ze burger und swu(o)r och er an sin an sin husfrow und sin kinde stat, funf jar burger ze sinde, und sol nu ze Sant Martins tag geben zehen Guldin und darnanhin jergelichs zehen Guldin und wenne die stat ain gemainen zog tu(o)t ald mit dem halbtail, so sol er och da mit ziehen und ander ding."* Ebd., S. 9.

⁸²¹ In einigen Fällen werden nach dem Tod des Bürgerrechtinhabers die Witwen zu gleichen Konditionen ins Ausbürgerrecht aufgenommen. Ein Beispiel ist die Witwe Eberharts von Ramswags: *"Eberhartes von Ramswags sa(e)ligen wirtinne und sino kint"* wurden zu den gleichen Konditionen wie der Verstorbene ins Bürgerrecht aufgenommen und sagten, *"daz si billich und gern tu(o)n woltint, was si von dez Burgrechtes wegen tu(o)n soltint."* StA Ko, A IV:1, S. 10.

⁸²² Ebd., S. 4.

entspricht demjenigen in seiner Vereinbarung von 1377. Sulzberger tritt 1378 also nicht neu ins städtische Bürgerrecht ein. In einem zweiten Teil des Eintrags sind die weiteren Konditionen aufgezeichnet. Er muss schwören, mit "*siner vesti ze wartent*", die Stadt zu warnen, wenn er höre, dass ein Schaden auf die Bürger oder den Rat kommen könnte, und das Bürgerrecht fünf Jahre zu halten. Weiter verpflichtet er sich, die Stadt im Kriegsfall zu unterstützen. Abschliessend wird festgehalten, dass die Stadt ihm in alten Konflikten keine Unterstützung gewähren müsse.⁸²³ Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass beispielsweise der Bürgeraufnahmebrief von Walter und Konrad von Bussnang von 1399 einen zusätzlichen Abschnitt enthält, in dem geregelt wird, dass die Stadt ihnen Boten zur Verfügung stellt, die sie allerdings selber bezahlen müssen.⁸²⁴

Welche Informationen lassen sich diesem Eintrag zu den einzelnen Bürgerabgabepflichten entnehmen? An prominenter Stelle wird die Steuerpflicht geregelt. Wie in anderen Städten wird in Konstanz mit den Ausbürgern die Höhe der jährlich zu zahlenden gedingten Steuer ausgehandelt. In Konstanz wurde von den adligen Ausbürgern keine Residenzpflicht gefordert. Inwieweit sie trotzdem ein Wachtgeld leisteten, ist den Bürgerbucheinträgen nicht zu entnehmen, da nirgends ein Wachtgeld erwähnt wird. Die Bestimmungen über die militärische Unterstützung Sulzbergers für die Stadt, stellt für die städtische Seite sicherlich das Kernstück der Vereinbarung dar. Es wird ausgeführt, dass Sulzberger zusätzlich dazu, dass er seine "*vesti*" im Kriegsfall als verbündeten Stützpunkt zur Verfügung stellt, selber Wehrdienst leistet. Interessant wäre zu wissen, welcher Aufwand von den einzelnen Ausbürgern im Kriegsfall verlangt wurde.⁸²⁵

⁸²³ In einem Eintrag zum Jahre 1370 wird von städtischer Seite her noch die Forderung gestellt, dass der Aufgenommene, Hainrich von Hewen, bei einem Konflikt mit einem Stadtbürger vor dem Rat Recht suchen müsse. Ebd., S. 5. Erstaunlich ist, dass in späteren Vereinbarungen mit Ausbürgern die Gerichtssituation nicht mehr angesprochen wird.

⁸²⁴ Leisi, ed., UB Thurgau 8. Nr. 4601, S. 419f.

⁸²⁵ Der Eintrag von 1388 im ersten Ratsprotokoll in Bezug auf die Verpflichtungen des Albrecht von Blumenberg anlässlich des Krieges lässt die Vermutung zu, dass die Dienste der Ausbürger im Kriegsfall detaillierter abgesprochen wurden. Albrecht von Blumenberg beispielsweise wurde dazu verpflichtet, 46 lb hl, die er der Stadt von seinem Dienste her schuldig geblieben sei, nachzuzahlen. Einerseits könnte sich die Zahlung auf eine ausserordentliche Kriegssteuer beziehen, andererseits könnte die Formulierung "*von sins diensts wegen*" auch auf eine nicht eingelöste militärische Unterstützung hindeuten, die mit Geld abgelöst werden musste. Vgl. Domsta, Kölner Ausbürger. S. 40 und 72 und Feger, Vom Richtebrief. Nr. 150, S. 49.

Geistliche Ausbürger

Zahlreich sind die bürgerrechtlichen Verbindungen mit geistlichen Korporationen ausserhalb des städtischen Raumes. Von städtischer Seite her bestand ein Interesse an der Einflussnahme auf dem Land, militärischer Unterstützung, Steuerzahlungen für in der Stadt gelegenen Besitz und nicht zuletzt auch an der jährlich zu leistenden Abgabe. Im Gegenzug dazu gewährte sie dem Kloster und z.T. auch dessen Streubesitz Schutz. Nach der befristeten Aufnahme ins Bürgerrecht der Klöster Reichenau und Kreuzlingen sowie des Abtes von Salmenswiler wurde deren Rechtsstatus mehrmals verlängert.⁸²⁶ Mit den geistlichen Institutionen wurde die Zahlung einer jährlichen gedingten Steuer vereinbart. Mit dieser Pauschale war die Wehrdienstverpflichtung nicht abgegolten. Den Bürgerbucheinträgen ist zu entnehmen, dass die Klöster im Kriegsfall analog zu den geistlichen intramuralen Gedingbürgern mehrheitlich zu Sondersteuern und Kompensationszahlungen zugezogen worden waren. Im Falle von Kreuzlingen wird beispielsweise festgehalten, dass der Abt und sein Konvent neben den 25 lb h pro Jahr *"gewartig sin und dienen"* sollen *"als ander burger"*.⁸²⁷ Auf einen solchen Passus dürfte sich die Bemerkung beziehen *"Item gedenkent, wie man klo(e)ster halten welle"* in Bezug auf die zu leistende "Ross-Kriegssteuer" von 1388.⁸²⁸ Die Formulierung, dass der Rat sich überlegen müsse, wie hoch die Rossteuer für die Klöster zu veranschlagen sei, weist auf die Schwierigkeit hin, aufgrund von Pauschalzahlungen eine adäquate Beteiligung an den Kriegsausgaben zu bestimmen. Ein weiterer Ratsprotokolleintrag von 1388 weist auf allgemeine Beiträge geistlicher Korporationen im Kriegsfall hin. Es wird festgehalten, dass der Abt von Salmenswiler *"der statt ze Costentz 100 lb hl geben"* solle *"für den dienst, den si der statt zu(o) der rays gen Paygern mit spiessen getan sollten haben"*.⁸²⁹ Im selben Eintrag werden nur noch die *"weltlichen phaffen ze Costentz"* sowie einige verbürgerrechtete Dörfer aufgeführt. Da in diesem Eintrag nur das Kloster von Salmenswiler aufgeführt wird, ist anzunehmen, dass die Stadt mit den einzelnen Klöstern Sondervereinbarungen in Bezug auf den Wehrdienst getroffen hat. Dass andere Klöster nicht aufgeführt worden sind, könnte darin be-

⁸²⁶ StA Ko, A IV:1, S. 5,7,9 (Verlängerung Abt von Kreuzlingen).

Der Abt Jos von Salmenswiler erscheint 1396 im Bürgerbuch, weil er mit seinem Convent nach dem Ableben des Abtes Wilhelm für weitere zehn Jahre ins Bürgerrecht aufgenommen wurde. Es heisst, dass der neue Abt es halten soll wie der alte, d.h. so wie es *"in der statt buch ze Costentz, da man burger in schribt, aigenlich geschriben staut"*. Ebd., S. 17, 1396.

⁸²⁷ StA Ko, A IV:1, S. 5, 1377.

⁸²⁸ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 133, S. 42.

⁸²⁹ Ibid. Nr. 131, S. 42.

gründet sein, dass diese Klöster bewaffnete Männer zur Verfügung stellten, die nicht in den schriftlichen Quellen aufgeführt wurden.

Pfahlbürger

Dass die Stadt Konstanz in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts auch die Institution des Pfahlbürgertums pflegte, zeigt die Aufnahme ganzer Dorfgemeinschaften ins städtische Bürgerrecht. Diese städtische Bürgerrechtspolitik wurde von herrschaftlicher Seite her oft bekämpft. Dieser Konflikt zeigt sich für die Region der Stadt zum Beispiel in einer Urkunde von 1426, in der König Sigmund nach Klagen des Bischofs von Konstanz allen Fürsten, Grafen, Herren und Städten u.a. die Aufnahme von Dörfern, Vogt-, Zins- oder Eigenleuten ins Burgrecht untersagte.⁸³⁰

Bereits von 1386 ist die Aufnahme der vier reichenauischen Dörfer Allensbach, Reichenau, Steckborn und Berlingen ins Konstanzer Bürgerrecht überliefert. Ihren Einwohnern wurde Schutz und Zugang zum Konstanzer Markt zugesagt und der Stadt, die auf diese Weise zusätzliche Steuerzahler und Wehrdienstleistende gewann, schwuren sie im Gegenzug dazu Gehorsam und verpflichteten sich 130 lb hl zu entrichten.⁸³¹ Interessant ist auch der Eintrag von 1389 zur Bürgerrechtsverlängerung für Steckborn.⁸³² Es wird festgehalten, dass *"alle manhafft lut, die uber vierzehen jar alt sind, daselbs ze Stekkboren"* geschworen hätten, das Burgrecht zu halten, ein Burgrecht, das *"dem gotzhus in der Richenow und den herren daselbs an iren rechten unschadlich"* sei. Weiter schworen sie, dass sie die Rechte der Stadt einhalten und *"von ir stur ald von andren dingen gehorsam"* sein wollten. Im Ratsprotokolleintrag zur Kriegssteuer von 1388 wird beispielsweise Steckborn mit einer Sondersteuer von *"17 lb 6 β für 6 kneht"* aufgeführt.⁸³³ Eine Urkunde von 1395 zeigt, dass dieses Burgrechtsverhältnis zwischen der Stadt Konstanz und den vier Dörfern beim Kloster selber auf Widerstand traf. Der österreichische Landvogt entschied schiedsrichterlich, dass die vier Dörfer ihr Bürgerrecht mit Konstanz behalten, aber nicht erneuern dürften und dass das Kloster die vier Orte

⁸³⁰ Reg Karlsruhe 1, S. 50, Nr. 326

⁸³¹ StA Ko, B I:1, S. 140.

⁸³² StA Ko, A IV:1, S. 16, 1389.

⁸³³ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 131, S. 43.

bei ihren Freiheiten zu erhalten habe.⁸³⁴ Allerdings blieb die bürgerrechtliche Beziehung zwischen den vier Dörfern und der Stadt auch im 15. Jahrhundert weiter bestehen.⁸³⁵

In einem Bürgerbucheintrag von 1382 findet sich ein Hinweis auf eine weitere Gruppe von Pfahlbürgern.⁸³⁶ Es bewarb sich ein Fischer von Petershausen um das Bürgerrecht, als er ein beträchtliches Vermögen in der Stadt erbte. Die Stadt gewährte ihm das Bürgerrecht, er zahlte den zehnten Pfennig als Aufnahmegeld (20 lb h) und erhielt von der Stadt die Erlaubnis, wie andere Bürger, die in Petershausen sitzen, da wohnen zu bleiben. Vermutlich handelt es sich bei diesem Fischer um eine analoge Art Pfahlbürger, wie sie im 15. Jahrhundert in den Steuerbüchern unter "*usbürger*" aufgeführt wurden. Sie unterstanden der Kontrolle der Zünfte und wurden zur regulären Vermögenssteuer beigezogen.

5.4.3.4 Ausbürger und Pfahlbürger im 15. Jahrhundert

Ausbürger

Die Gruppe der weltlichen und geistlichen Ausbürger wird in den Schuldbüchern unter dem Titel "*Ussburger Stüren*" mit den geleisteten jährlichen Steuerbeträgen aufgeführt.⁸³⁷ Die unter dieser Rubrik aufgeführte Gruppe Steuerzahler setzt sich aus Aus- und Pfahlbürgern zusammen. Es ist eine Mischung aus Dörfern, geistlichen Korporationen, Adligen sowie anderen weltlichen Haushaltsvorständen.⁸³⁸ Inwieweit es sich bei letzteren um auswärtige Kaufleute oder um ehemalige Bürger, die ihren Wohnsitz auf dem Land genommen haben, handelte, ist nicht bei allen klar nachvollziehbar. Bei einzelnen ist jedoch ersichtlich, dass es sich um Kaufleute handelte, die ausserhalb der Stadt ansässig waren.⁸³⁹ Anders als die nach Zünften gegliederten Pfahlbürger, entrichten sie eine mit der Stadt ausgehandelte jährliche Pauschal-

⁸³⁴ Reg Karlsruhe, S. 187, Nr. 1381.

⁸³⁵ Reg Karlsruhe, S. 211, Nr. 1562 (Von Abt und Städten) und 1563 (Von der Stadt), S. 222, Nr. 1652 (1420), S. 239, Nr. 1770 (1429). 1431 werden die Dörfer Stekboren und Bernang in der "Grossen Rechnung" aufgeführt mit dem Eintrag, dass sie sich finanziell am Zug gegen Böhmen beteiligt hätten. StA Ko, L 1060b, fol. 16r.

⁸³⁶ StA Ko, A IV:1, S. 32.

⁸³⁷ StA Ko, L 426 (1426f), ab fol. 24r und 39r; L 428 (1431), ab 26r; L 429 (1432), ab 17r; L 430, ab 22r; L 432 (1434-35); L 433 (1436), ab 32r; L 434 (ab 1436), ab S. 26;

⁸³⁸ Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 104-109.

⁸³⁹ Von der Verbindung mit ihnen versprach sich die Stadt genug grossen Nutzen für die städtische Wirtschaft, um eine Bürgerbeziehung mit ihnen einzugehen.

steuer. Die Stadt dürfte die Aufnahme ins Ausbürgerrecht zum Teil als eine Vorstufe für die Aufnahme ins Bürgerrecht gesehen haben.⁸⁴⁰

Die jährlichen Steuerbeträge bewegen sich zwischen tiefen einstelligen Pfund- oder Guldenbeträgen und maximal 20 lb h oder 17 Gulden. Die Listen enthalten zusätzlich zu den fällig werdenden Steuern auch die noch ausstehenden Steuerbeträge: ein Hinweis darauf, dass auch in dieser Gruppe von Steuerzahlern die Zahlungsmoral offenbar nicht sehr hoch war und die Eintreibung der Steuerschulden sich nicht einfach gestaltet haben dürfte.⁸⁴¹ Mit anderer Tinte wurden nachträglich bezahlte oder schuldig gebliebene Steuerbeträge eingefügt. Vergleicht man die Einträge zu den Ausbürgern über die Jahre hinweg, so zeigen sich wenige Änderungen. Zwischendurch erhält man auch den Eindruck, dass Namen in den Listen aufgeführt werden, obwohl die Betreffenden entweder gestorben sind oder aus einem anderen Grund nicht mehr zahlen. Da die Ausbürgerlisten anfangs Rechnungsjahr vermutlich vorgeschrieben wurden und das Eingehen der Ausbürgersteuern sich über sehr lange Zeit verzögern konnte, dürfte es für die Rechner nicht ganz einfach gewesen sein, die Listen auf dem aktuellen Stand zu halten.

Pfahlbürger

Wie in den letzten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts gibt es im 15. Jahrhundert zwei Arten von Pfahlbürger. Eine Gruppe bilden die Dorfgemeinschaften von Allensbach, Reichenau, Steckborn und Berlingen, die unter der Rubrik "*usburger sturen*" mit einer jährlichen gedingten Steuer in den Rechenbüchern neben den Ausbürgern geführt werden. Eine weitere Gruppe von Pfahlbürgern tritt vornehmlich in den Steuerbüchern in Erscheinung. Es handelt sich dabei um eine relativ grosse Anzahl Personen, die namentlich am Schluss der Steuerlisten, nach Zunftmitgliedschaft geordnet, aufgeführt werden; in den wenigsten Fällen ist eine Ortsangabe vorhanden, vermutlich weil es sich um Personen handelt, die in der nächsten Umgebung der Stadt ansässig waren. Die Gliederung nach Zunftmitgliedschaft in dieser Verwaltungsquelle

⁸⁴⁰ StA Ko, L 863, Schuldbuch 1443. "*Item Galiaz Sattler von Stain git 10 gulden umb dz Burgrecht uff Sant Johans tag im Summer, und die wil er zuo stain sitzt, so git er jarlich zu stur 15 gulden uf Martini und vaht an uff Martini im 43 jar die ersten stur zu gend. Wen er aber gantz her in zicht, so sol er sturen zu.. tuon als ain ander burger.*" Galiaz von Stein erscheint bereits in den 1420er Jahren in den Finanzverwaltungsquellen. Er wird in den Steuerlisten als Pfahlbürger unter dem Titel "*kofflut*" aufgeführt, z.B. in StA Ko, StB 1426, fol. 110v.

⁸⁴¹ Der Einzug der Ausbürgersteuern durch die Städte stellte ein allgemeines Problem dar. Marchal, "Pfahlbürger." S. 337f.

macht transparent, dass auch in Bezug auf die Pfahlbürger den Zünften eine zentrale Rolle bei der Entscheidung über eine Aufnahme ins städtische Bürgerrecht zukam und somit auch die auswärtigen Handwerker unter der Kontrolle der Zünfte standen.⁸⁴² Für die Pfahlbürger war in der Regel der Zugang zum städtischen Gewerbeleben und Markt das zentrale Motiv, ein Pfahlbürgerverhältnis mit der Stadt einzugehen.⁸⁴³

Im Gegensatz zu den Ausbürgern entrichteten die Pfahlbürger die reguläre Vermögenssteuer, wie die ansässigen Bürger und Beisassen der Stadt. Kirchgässner weist darauf hin, dass unter den Pfahlbürgern kaum vermögende Leute zu finden seien. Hinzu kommt, dass in dieser Gruppe die Zahl der Nichtzahlenden besonders hoch ist.⁸⁴⁴ Weder Wacht- noch Wehrdienst werden erwähnt. Letzteren dürften die Pfahlbürger aber wie die Bürger geleistet haben.

Eine Ausnahmequelle ist ein schmales Heft von acht Folia aus dem Jahre 1428. Es enthält eine Liste von 140 Pfahlbürgern und trägt die Überschrift "*Registrum nuwen ussburger stura Anno 1428*".⁸⁴⁵ Zusätzlich zum Namen wird die gedingte Steuer, die die eingetragenen Personen jährlich entrichten müssen, aufgeführt. Interessant ist, dass in zahlreichen Einträgen mehrere Familienmitglieder gemeinsam ins Bürgerrecht aufgenommen wurden. Regelmässig wird aufgeführt, was die übrigen zahlen müssten, wenn einer das Bürgerrecht aufgeben würde⁸⁴⁶ oder was ein Kind alleine zahlen müsste⁸⁴⁷. All diese Beispiele illustrieren, dass sich im Unterschied zum Bürgerrecht das Pfahlbürgerrecht nur auf die Personen bezieht, die in der Vereinbarung aufgeführt wurden, und die Familie nicht automatisch mit ins Bürgerrecht aufgenommen wurde.⁸⁴⁸ Abweichend von den Ausbürgern wurde neben Name und jährlichem Steuerbetrag ein Aufnahme- und Abzugsgeld aufgeführt, was mit dem Umstand korreliert, dass das Pfahlbürgerrecht nicht befristet war. Kirchgässner weist darauf hin, dass im Steuer-

⁸⁴² In Konstanz galt der Zunftzwang nicht nur für in der Stadt ansässige Bürger. Er gab den Zünften die Möglichkeit auch auswärtige Handwerker zu kontrollieren. Horsch, Zünfte. S. 52ff.

⁸⁴³ Inwieweit in Konstanz wie in anderen Städten ein Grossteil der Pfahlbürger nach einiger Zeit ins Bürgerrecht eintraten, kann an dieser Stelle nicht genauer thematisiert werden. Für Augsburg: Kalesse, Bürger in Augsburg.

⁸⁴⁴ S. 102f. Zur allgemeinen Schwierigkeit von Städten Pfahlbürgersteuern einzuziehen. Marchal, "Pfahlbürger." S. 337f.

⁸⁴⁵ StA Ko, L 427.

⁸⁴⁶ "*Item des ersten Ru(e)di Hu(o)ber von Amishusen git 4 lib dn und ja(e)rlichen 1 lib dn uff Sant Martis tag von yetz über ain jar. Item gen 4 lib dn für sin burgrecht und 1 lib dn ze stúr ist verrait.*

Item desglich sond och sin vier sún geben und t(o)n. Wir aber, das der vatter nit me wo(e)lte Burger sin, so sol er geben 4 lib dn, ob och der sún ainer davon wollte, so sol ainer 2 lib dn geben." StA Ko, L 427 (1428), fol. 1r.

⁸⁴⁷ "*Item Adelhait Fridrichin, die man nempt weberin, sesshaft ze sulgen und ire kint gend 4 lib dn umb Burgrecht, item 1 lb d ze stúr. Wurde aber ain kind gesúndert, so git es allain 10 S dn ze stúr. Dedit 5 lb dn stúr verrait.*"

StA Ko, L 427 (1428), fol. 3r.

⁸⁴⁸ Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 137.

buch von 1428 140 neue Pfahlbürger 1900 Haushaltsvorständen gegenüber standen. Ein enorm hoher Zuwachs innerhalb eines Jahres.⁸⁴⁹ Es stellt sich die Frage, was nach 1428 mit diesen Pfahlbürgern geschah. Blieben die Beziehungen bestehen oder entsprach diese Bürgerrechtspolitik nur einem rein auf diesen Zeitpunkt des Konflikts konzentrierten Interesse der Stadt an Rückhalt im Umland? Dies würde der von Marchal aufgezeigten Politik Luzerns Ende des 14. Jahrhunderts entsprechen und seine These stützen, dass die städtische Pfahlbürgerpolitik in der Regel eher ineffizient war.⁸⁵⁰ Vermutlich handelte es sich bei den Neuaufgenommenen um Hintersassen von Mitgliedern der Gegenpartei. Kurz nach der Aufnahme der 140 Pfahlbürger von 1428 wird in einem Ratsbucheintrag von 1432 die Anfrage einiger Personen festgehalten, ob die Stadt die *"ussburger"* im Bürgerrecht behalten wolle oder nicht.⁸⁵¹ Offiziell hat Sigismund 1430 die Pfahlbürgeraufnahme verboten und vorgeschrieben, die von den Geschlechtern geforderten Personen aus dem Pfahlbürgerrecht zu entlassen. Allerdings erreichte Marquart Brisacher für die Stadt eine Dispensation von diesem Verbot, das aber offiziell nicht aufgehoben wurde. Vor diesem Hintergrund erstaunt die Antwort des Rates auf die Anfrage der *"ussburger"* wenig: *"Und welher ir burgrecht abgeseit si, da bi lauss es ain raut beliben. Was in aber sust ain raut zu lieb und zu frúntschafft getu(o)n kunn, darinne so(e)llen si ain raut willig vinden."*⁸⁵²

Ob die Aus- und Pfahlbürger das Ungeld entrichten mussten oder nicht, darüber schweigen sich die Quellen weitgehend aus. Es ist jedoch anzunehmen, dass sie, wie in anderen Städten, das Ungeld zu leisten hatten.

Anfang der 1430er Jahre lassen sich in Konstanz mindestens sechs verschiedene Gruppen extramuraler Gedingbürger unterscheiden. In diesen verschiedenen Gruppen widerspiegeln sich unterschiedliche Aspekte der städtischen Umlandpolitik der Stadt. Und in einem abstrakteren Sinn sind sie ein Abbild des stufenweisen Übergangs Stadt-Land. Kiessling beschreibt Umlandpolitik als Versuch, den stadtnahen Interaktionsraum zu sichern und die Beziehungen zu intensivieren. Ein Mittel zur Umsetzung war die Steuerung des Zuzugs aus dem Umland. In einem gewissen Masse kann dieses Ziel mit einer den städtischen Bedürfnissen angepassten Aufnahmepolitik von Pfahlbürgern erreicht werden, die ihren Pfahlbürgerstatus nur als

⁸⁴⁹ Interpretation siehe Kirchgässner, Steuerwesen Konstanz. S. 155-162.

⁸⁵⁰ Marchal, "Pfahlburger." S. 338f.

⁸⁵¹ StA Ko, B I: 6, S. 21. Diese Anfrage war nicht die erste, denn der Rat meint, dass ihnen dieselbe Antwort wie *"vormals"* mitgeteilt würde.

⁸⁵² Feger, Vom Richtebrief. Nr. 354, S. 106.

Übergangsform zum Bürgerrecht verstanden.⁸⁵³ Sicherlich ist diese Gruppe von Inhabern eines extramuralen Bürgerrechts, die der städtischen Gesellschaft am nächsten stehende, was sich auch in der Besteuerungsart widerspiegelt. Diese Pfahlbürgergruppe deckt auch einen wirtschaftlichen Aspekt der städtischen Politik ab. Die Versorgung der Stadt ist gewährleistet, die auswärtigen Handwerker trotzdem unter zünftiger und damit städtischer Kontrolle. Auch die Aufnahme auswärtiger Kaufleute diene der Stadt als Förderungsmassnahme der eigenen Wirtschaft. Der militärische Sicherheitsaspekt wird durch die Ausbürgerverhältnisse, die wehrpflichtigen Dorfgemeinschaften und die übrigen wehrdienstleistenden Pfahlbürger abgedeckt. Auch in Konstanz dürfte die extramurale Gedingbürgerpolitik als ein Mittel zum Aufbau eines städtischen Territoriums gesehen worden sein. Wie sekundär dieses Mittel gegenüber der herrschaftspolitischen Konstellation in einer Region war, zeigt sich an der Erfolglosigkeit des Unterfangens.

5.4.4 Jüdische Gedingbürger

5.4.4.1 Quellen

Angaben zu Aufnahmemodalitäten, dem rechtlichen Status sowie den zu leistenden Steuern der Juden lassen sich für das 14. Jahrhundert dem Bürgerbuch und den Ratsprotokollen entnehmen. Für das 15. Jahrhundert ist die Quellenüberlieferung vielfältiger. Zusätzlich zu den Ratsprotokollen liefern insbesondere die Finanzverwaltungsquellen, zahlreiche Urkunden sowie chronikale Quellen interessante Informationen zur Politik, die die Stadt gegenüber den Juden vertrat.

5.4.4.2 Aufnahme

In den Konstanzer Quellen sind sechs Aufnahmen von Juden ins städtische Bürgerrecht verzeichnet.⁸⁵⁴ Dieser schriftlichen Überlieferung lässt sich entnehmen, dass die Aufnahmeze-

⁸⁵³ Inwieweit dieser Mechanismus für Konstanz ähnlich wie für Augsburg zutraf, könnte anhand der überlieferten Steuerbücher genauer eruiert werden.

⁸⁵⁴ Das Bürgerbuch enthält 1377/8, 1386 sowie 1418 vier Aufnahmen. StA Ko, A IV:1, S. 1, 31, 35, 60. Im Ratsprotokoll von 1376 sind weitere drei Bürgeraufnahmen von Juden verzeichnet. StA Ko, B I: 1, S. 19, 68 (Verlän-

remonie wie bei den christlichen Bürgern und Ausbürgern vor dem Grossen Rat stattfand.⁸⁵⁵ Genauer erfahren wir aus dem Ratsprotokolleintrag von 1377, in dem die Aufnahmemodalitäten für Jütlin und ihre zwei Söhne Symon und Isak aufgeführt werden. Neben dem Grossen Rat waren auch der Bürgermeister und "*die andern, die er von dez rates wêgen zu(o) in nam*", anwesend.⁸⁵⁶ Bei letzteren dürfte es sich um eine Kommission, die sich vermutlich aus Mitgliedern des Kleinen Rates zusammensetzte, gehandelt haben, die mit den Juden die Aufnahmebedingungen aushandelte. Ein weiterer Hinweis auf eine solche Kommission gibt der Bürgerbucheintrag von 1386.⁸⁵⁷ Darin wird einleitend erwähnt, dass drei Abgeordnete, unter ihnen der Säckler, vom Grossen Rat den Auftrag bekommen hätten, mit Josef und dessen Sohn Sakli zu verhandeln. Nicht klar ist, ob die anderen zwei Mitglieder dieselben Amtleute waren, die auch für die Aufnahme der christlichen Bürger zuständig waren.⁸⁵⁸ Im 15. Jahrhundert werden in den städtischen Amtslisten zwei Namen unter der Bezeichnung "*verseher die ordnungen der Juden*" geführt.⁸⁵⁹ Es ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt diese zwei Amtleute an den Aufnahmeverhandlungen mit neuzuziehenden Juden beteiligt waren.

Es stellt sich die Frage, wie gross der Einfluss der jüdischen Gemeinde oder einzelner ihrer Mitglieder auf die Entscheidung zur Neuaufnahme von jüdischen Neubürgern war. Den Quellen ist zu entnehmen, dass die Verhandlungen von einer Kommission geführt und die Entscheidung in letzter Instanz vom Grossen Rat bestätigt wurde. Es gibt jedoch verschiedene Hinweise darauf, dass den Verhandlungen der Kommission vorausgehend, die Empfehlung der jüdischen Gemeinde einen beträchtlichen Einfluss hatte.⁸⁶⁰ Einerseits handelt es sich bei den neu aufgenommenen jüdischen Bürgern häufig um Verwandte oder Angeheiratete der an-

gerung), S. 389. Von 1418 ist das Fragment einer Urkunde überliefert, in der die Aufnahmevereinbarung mit Salomon von Rheinfelden und seinem Sohn Löw festgehalten wird. StA Ko, U 8308.

⁸⁵⁵ Das Ratsprotokoll von 1376 enthält den Eintrag, dass Simon der Cantor vom Grossen Rat als Bürger empfangen worden sei. Im selben Jahr wurde auch Eberli von Egeltzheine "*als ander burger*" Bürger von Konstanz. Der kurze Eintrag enthält noch den Zusatz, dass "*im alt stoess*" ausgelassen wurden. StA Ko, B I:1, S. 389.

⁸⁵⁶ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 20, S. 5.

⁸⁵⁷ StA Ko, A IV:1, S. 35.

⁸⁵⁸ Siehe Kapitel 5.4.4.2

⁸⁵⁹ Z.B. in StA Ko, B I:6, S. 477 (1438). Auch in Frankfurt gab es eine Kommission des Rats, die für die Stättigkeitsordnung und die Verhandlungen mit den Juden zuständig waren. 1438 werden im Bürgermeisterbuch fünf Namen von Ratsmitgliedern aufgeführt, die "den Juden Stättigkeit in Aussicht stellen sollen". Es ist anzunehmen, dass dieser Kommission auch der Rechenmeister angehörte, der immer wieder als Ansprechperson für die Juden in Fragen ihrer Stättigkeit auftritt. Den Quellen lässt sich entnehmen, dass er mit den einzelnen Steuerzahlern die Höhe ihrer Steuern verhandelte und 1462 wird er vom Rat beauftragt, die Verwaltung der Schlüssel zur Judengasse zu regeln. Dietrich Andernacht, ed., Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401-1519, Forschungen zur Geschichte der Juden 1/2 (Hannover: 1996). Bd. 1, Nr. 496 (1438), Nr. 623 (1441), Nr. 1269 (1462).

⁸⁶⁰ Zur allgemeinen Situation der Juden bei der Wiederaufnahme durch die Städte nach den Pestpogromen, siehe Kapitel 2.1.

sässigen Juden, andererseits weist der Eintrag von 1378 über die Aufnahme von Videlin darauf hin, dass eine Empfehlung der jüdischen Gemeinde oder mindestens eines ihrer Mitglieder einen positiven Einfluss auf ein Aufnahmebegehren gehabt hat. Videlin war der Schwager von Jacob von Ulm, der den Rat bat, ersteren *"ze burger"* zu empfangen.⁸⁶¹ Guggenheim weist darauf hin, dass die jüdische Gemeinde von Zeitgenossen häufig als eine den Zünften ähnliche Korporation wahrgenommen worden sei.⁸⁶² Wenn diese Wahrnehmung auch in Konstanz verbreitet war, wäre es denkbar, dass der jüdischen Gemeinschaft wenigstens auf informeller Ebene eine Mitsprache bei der Aufnahme von jüdischen Neubürgern zugestand.⁸⁶³ Ein weiterer Hinweis auf die Beziehung von der Stadt zur jüdischen Gemeinde ist in einem Ratsprotokolleintrag von 1421 enthalten. Die jüdische Gemeinde tritt uns dort als Korporation, die in Verhandlung mit dem Rat steht, entgegen. Es wird festgehalten, dass man mit den Juden verhandelt habe, in einer Sache, die den Ehinger betreffe. Die Juden hätten sich mit *"all der ta(e)ding"* einverstanden erklärt, auch im Namen von Löw, der allerdings dabei war und *"als sy spra(e)chind, da wo(e)lt Lo(e)w daby nit belibin und gieng da von"*.⁸⁶⁴

Es ist davon auszugehen, dass auch die jüdischen Bürger bei ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht einen Eid ablegten. In den Einträgen im Bürgerbuch wird ihr Schwören allerdings nicht erwähnt, was damit zusammenhängen dürfte, dass es selbstverständlich war und daher nicht zusätzlich zu den Sonderbestimmungen schriftlich festgehalten werden musste. Einzig in einem Ratsprotokolleintrag von 1376 wird ausgeführt, dass Vischeli bei der Bürgerrechtsaufgabe *"nach siner gewonhait"* schwur.⁸⁶⁵ Überliefert ist für Konstanz ein kurzer Judeneid, eingetragen ins Ratsprotokoll von 1376, der keine Selbstverwünschungen enthält.⁸⁶⁶

⁸⁶¹ StA Ko, A IV:1, S. 31 (1378).

⁸⁶² Yacov Guggenheim, "Die jüdische Gemeinde, Gesellschaft und Kultur," in *Germania Judaica* 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, ed. Arye Maimon, Yacov Guggenheim (Tübingen: 2002), 2079-2138. S. 2080.

⁸⁶³ In Konstanz kam den Zünften ab den 1370er Jahren eine herausragende Rolle in Bezug auf die Bürgeraufnahme zu.

⁸⁶⁴ Es wird auch angemerkt, dass Hans von Hof aussagte, Löw habe gesagt, dass er nichts mit dem Ehinger zu schaffen habe. StA Ko, B I:3, S. 183.

⁸⁶⁵ StA Ko, B I:1, S. 225.

⁸⁶⁶ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 9, S. 2. Dieser Judeneid wurde 1432 von Wil übernommen. Karl Heinz Burmeister, "medinat bodase". Zur Geschichte der Juden am Bodensee. Band 3, 1450-1618 (Konstanz: 2001). S. 56f. Zum Unterschied des jüdischen und christlichen Aufnahmeeides siehe Teil 2.2.

5.4.4.2.1 Inhalt der Schutzbriefe

Wie die christlichen Vollbürger werden auch die jüdischen mit ihrer Familie, d.h. mit Frau und Kindern, ins Bürgerrecht aufgenommen.⁸⁶⁷ Abweichend vom Vollbürgerrecht haben auch die jüdischen Bediensteten teil am Bürgerrecht der Schutzbriefinhaber.⁸⁶⁸ In diesem Punkt erinnert das jüdische Bürgerrecht eher an die Gedingbürgerverträge mit adligen Ausbürgern, die mit ihren Untergebenen ins städtische Bürgerrecht aufgenommen wurden. Nach den überlieferten Quellen stand es den jüdischen Bürgern mindestens bis Anfang der 1420er Jahre frei, die Anzahl Bediensteter selber zu wählen.

Der Schutzbrief von 1418 sowie einzelne Bürgerbucheinträge zeigen, dass häufig mehrere jüdische Haushaltungen gemeinsam ins städtische Bürgerrecht aufgenommen wurden. In der Regel handelt es sich dabei um Verwandte, wie die Söhne der Jütlin oder der Schwiegersohn des Samuel von Lindau. Diese Aufnahmepraxis unterscheidet sich klar von der Verleihung des Vollbürgerrechts, enthält aber Parallelen zu den Pfahlbürgeraufnahmen von 1428, die sich dadurch auszeichnen, dass häufig mehrere Verwandte als gemeinsam steuernde Neubürger aufgeführt wurden.⁸⁶⁹

Im Schutzbrief von 1418 werden Salomon und Löw dazu verpflichtet in der Stadt ansässig zu sein, wie christliche Bürger zwei Häuser zu erwerben und darin zu wohnen.⁸⁷⁰ In diesem Bereich ist das jüdische Bürgerrecht verwandt mit dem christlichen, wobei christliche Vollbürger "nur" zum Erwerb einer Rente verpflichtet wurden. Für jüdische Bürger dürfte die Aufforderung zum Erwerb eines Hauses zwei Aspekte gehabt haben. Einerseits war es eine Verpflichtung und die Juden verfügten über immobilien Besitz in der Stadt, auf den die Obrigkeit zugreifen konnte. Andererseits war es im 15. Jahrhundert für jüdische Bürger nicht selbstverständlich in einer Stadt die Erlaubnis zum Immobilienbesitz und der freien Wahl des Wohnhauses zu erhalten.⁸⁷¹ Für die zweite jüdische Gemeinde in Konstanz lässt sich Immo-

⁸⁶⁷ "...Salomon den juden von Rinvelden und Löwen juden sinen sun und dero wib und kinde" wurden 1400 in Konstanz zu Bürgern aufgenommen. StA Ko, U 8308 (1400).

⁸⁶⁸ "...Salomon den juden von Rinvelden und Löwen juden sinen sun und dero wib und kinde mit allem ierem huss gesind, so si yetzo haben oder kunftenklichen haben werden, dz innen baider danne zuo gehörtt und dar zuo noch ainen juden, den sy danne als zuo ainem diennern oder schaffner zuo inne nemend, och mit wib mit kind und ierem gesind in unsern guotten schirm und fride und in unser burgrecht genommen habend und enpfangen...". StA Ko, U 8308 (1400).

⁸⁶⁹ "Hans und Hans und aber Hans die Vorster von Harperswil gebu(e)der, gend v lib dn umb burgerrecht, ..." StA Ko, L 427, 2r.

⁸⁷⁰ "...die zitt uff hie hin unsz in unser statt Costentz in zwain hussern hushablichen ze sin zu sitzen und zu wohnende, als ander unser ingessen burger ungefärlichen...". StA Ko, U 8308 (ca. 1418).

⁸⁷¹ Zum Hausbesitz von Juden allgemein siehe Kapitel 2.2

lienbesitz bis zu ihrer Vertreibung in den 1440er Jahren nachweisen. Das geht zum einen aus den oben erwähnten Bürgerbriefen hervor, zum andern aus verschiedenen Urkunden und Ratsprotokolleinträge, in denen der Hausbesitz von Juden thematisiert wird.⁸⁷² Nach dem Ende der jüdischen Gemeinde in Konstanz wird im Steuerbuch von 1448 vermerkt, dass auswärtige Juden Häuser, die sie in der Stadt Konstanz besitzen, zum gleichen Steuersatz wie Gäste, d.h. doppelt so hoch wie die Bürger, versteuern sollen.⁸⁷³

Interessant ist, dass in den Bürgerbucheinträgen zu den Juden keine Befristung der Aufnahme ins Bürgerrecht angegeben ist. Das kann zwei Gründe haben. Einerseits kann dieser Umstand ein Hinweis darauf sein, dass die Aufnahmen in den 1370er und 1380er Jahren unbefristet geschahen. Dafür spricht, dass in den Bürgeraufnahmeeinträgen der Ausbürger und Kleriker häufig die Befristung in Verbindung mit dem Umstand, dass sie schworen, vermerkt wurde.⁸⁷⁴ Im Gegensatz zu den Juden, bei denen in keinem Bürgerbucheintrag erwähnt wird, dass sie geschworen hätten. Dies entspricht den Einträgen zu den Bürgern. Bis Anfang der 1380er Jahre wird in der Regel nicht erwähnt, dass die Neubürger schworen. Erst später, als in den Einträgen vermerkt wurde, wie lange die Bürger das Bürgerrecht im Minimum halten mussten, wurde vermerkt, dass die Betreffenden einen Eid ablegten.⁸⁷⁵ Die Tatsache, dass in den Bürgerbucheinträgen der jüdischen Neubürger weder eine zeitliche Befristung noch ihr Schwören vermerkt wird und ihre Aufnahme, ausser derjenigen Jütlin, bei den Bürgern und nicht bei den Ausbürgern eingetragen wurde, ist ein Hinweis darauf, dass ihre Aufnahme im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts zeitlich unbefristet war.⁸⁷⁶ Es ist auch möglich, dass die Aufnahme der Juden für die Gültigkeitsdauer des königlichen Privilegs geschah. Das würde bedeuten, dass von städtischer Seite her zum Zeitpunkt einer kaiserlichen Privilegsverlängerung auch die Aufenthaltsmodalitäten mit den Juden neu verhandelt oder wenigstens die bestehenden Bürgerrechtsverhältnisse verlängert wurden. Spätestens ab 1425 wurden die Konstanzer Juden nur noch befristet ins städtische Bürgerrecht aufgenommen.

⁸⁷² 1375 kommt es zu einem Konflikt zwischen *"Cu(o)nrat Sunnentag, burger ze Costentz, gen Mayer den juden von Wintertur, burger ze Costentz, wegen einer wand, die hinder ir baiden huser zwuschen ir baiden garten stan"*. StAKo, U 8546 (7. Mai 1375). In einer Urkunde von 1427 wird festgehalten, dass Abraham von St. Gallen das Haus zur Katz gekauft hat. U 8269. 1434 wird im Ratsprotokoll ein Konflikt aufgeführt, in dem ein Hausverkauf, an dem Frik Mesner und der Jude Nassin beteiligt waren, im Zentrum stand. StA Ko, B I:6, S. 202 (1434). Siehe auch Hundsnerscher, "Konstanz," in *Germania Judaica* III:1, S. 665-673. S. 667.

⁸⁷³ Chone, "Juden in Konstanz." S. 7, Anm. 14.

⁸⁷⁴ Z.B. *"Herr Eberhart der Insigeler ist och burger worden. Item der selb herr Eberhart der Insigeler, korherr ze dem Thom ze Costentz, het gesworn, funf jar Burgrecht ze haltend, und sol versturen, als ander burger..."* StA Ko, A IV:1, S. 5, 1377.

⁸⁷⁵ Z.B. *"Hans ... wird zu burger empfangen, gibt 20 lb h und het gesworn, funff jar burger hie ze sinde und alle andern ding, die im erzellet sint."* StA Ko, A IV:1, S. 35 (1383).

Ein weiterer Aspekt, den es bei der Bürgeraufnahme zu regeln gab, war die Gerichtssituation. An erster Stelle steht die Aufnahme des Neubürgers in den Schutz und Schirm, den Frieden der Stadt und dessen Rechtsgleichheit vor den städtischen Gerichten.⁸⁷⁷ Interessant ist auch der Hinweis auf die innerjüdische Gerichtsbarkeit im Schutzbrief der Jütlin: *"Was aber die juden ze Costentz mit der selben Jütlinen und mit ir sún ze schlichten hant von ir jutschait wegen, da mit het der rat nit ze tu(e)nde."*⁸⁷⁸ Die übrigen Bürgerbucheinträge zu den Juden enthalten keine Angaben zur rechtlichen Situation. Eine weitere Information können wir der Aufnahmeurkunde des Salomon von Rinvelden entnehmen. Sie enthält die Formulierung, dass die Stadt Salomon und seinen Sohn Löw schützen und schirmen werde und zwar *"inwendig und usswendig unser statt Costentz... als ander unser ingesessen geschworen burger."*⁸⁷⁹ 1413 legt Sigmund in einem Schutzbrief für die Konstanzer Juden fest, dass sie nur vor das Rats- oder Ammanngericht in Konstanz oder ein Landgericht geladen werden dürfen und dass sie von keinem *"Judenmaister in den judischen ban"* gelegt werden dürfen.⁸⁸⁰

In der Regel nimmt die Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit neben den Steuermodalitäten und der Beschreibung der Rechtssituation einen beträchtlichen Raum in den jüdischen Schutzbriefen ein. Aufgrund der Quellenüberlieferung in Konstanz erhalten wir zu dieser Thematik aber verhältnismässig wenige Informationen. In keinem der oben besprochenen Einträge im Bürgerbuch und den Ratsprotokollen sind Vorgaben zur Geldleihetätigkeit enthalten.⁸⁸¹ Vermutlich werden die ganzen Bestimmungen zur Geldleihe in den einzelnen Schutzbriefen sowie in einer der allgemeinen "Judenordnungen" enthalten gewesen sein. Einzelne Hinweise enthalten das Wuchergesetz von 1383, die Ratserlasse zu den Juden von 1401 sowie der Ratsprotokolleintrag von 1431.⁸⁸² Äusserst interessant sind die Wucherbestimmungen von 1383. Es handelt sich um einen Erlass, in dem sich zwei von 13 Abschnitten auf den jüdischen Geldhandel beziehen. Eröffnet wird die Satzung mit der Regelung, dass kein Bürger und keine Bürgerin, weder arm noch reich, weder Pfaffe noch Laie, *"die so(e)lichs gewerbs pflegend,*

⁸⁷⁶ Siehe unten.

⁸⁷⁷ Im Schutzbrief der Jütlin wird explizit erwähnt, dass sie und ihre zwei Söhne dieselben Rechte vor dem Amman- und dem Stadtgericht haben sollen, wie andere Bürger und Juden. Feger, Vom Richtebrief. Nr. 20, S. 5. In der Aufnahmeurkunde von Salomon und Löw wird festgehalten, dass *"sy nit anderss noch hoecher straffen, denn als ander unser ingesessen burger, nach gelegen haitt ainer jettlichen sache nach der geschwornnen satzung lutt und sag, denne sy alle die rehtung by uns habend soellen, die ander unser burger hand on all gefard."* StAKo, U 8308 (ca. 1418).

⁸⁷⁸ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 20, S. 5

⁸⁷⁹ StA Ko, U 8308 (ca. 1418)

⁸⁸⁰ Chone, "Juden in Konstanz." Anhang, S. 13.

⁸⁸¹ Die Urkunde von Salomon und Löw ist ein Fragment. Die Regelung der Geldleihetätigkeit sowie die Festsetzung eines Steuerbetrages fehlen. StA Ko, U 8308 (ca. 1418).

die pfennige umb pfenning uff merung usslihend", nicht mehr als einen Pfennig von neun als Zins verlangen dürfen. In Bezug auf die Juden wird der Höchstzinssatz festgehalten, sowie den christlichen Bürgern verboten, den Juden Geld für einen höheren Zinssatz, als den oben festgelegten, zur Verfügung zu stellen.⁸⁸³ Juden und Christen, sowohl Laien, als auch Kleriker, waren in Konstanz im 14. Jahrhundert Konkurrenten im Geldleihgeschäft. Aufgrund der normativen Bestimmungen „brauchte“ es also gar keine jüdischen Geldleiher in der Stadt. Es stellt sich also die Frage, inwieweit christliche Bürger aufgrund religiöser Vorbehalte nicht bereit waren und/oder nicht über die nötigen finanziellen Möglichkeiten verfügten, um den vorhandenen Markt zu bedienen.

5.4.4.2.2 Gründe die für eine Aufnahme sprechen

Die Voraussetzungen, die jüdische Neubürger in Konstanz erfüllen mussten, entsprechen denjenigen, die in Nördlingen verlangt wurden.⁸⁸⁴ Eine zentrale Aufnahmebedingung war auch in Konstanz die Vermögenssituation, die wenigstens eine Geldleihetätigkeit im bescheidenen Rahmen ermöglichen musste. Der für christliche Bürger bestehende Zunftzwang macht die Situation von jüdischen und christlichen Neubürgern noch besser vergleichbar als beispielsweise in Nördlingen. Für beide Bürgergruppen stellte die gewerbliche Tätigkeit ein wichtiges Aufnahmekriterium dar, denn sowohl Christen als auch Juden mussten mit ihrer Tätigkeit für die städtische Wirtschaft von Nutzen sein. In beiden Fällen war auch ein grösseres Vermögen und die entsprechend hohen Steuerzahlungen willkommen, genauso wie ein bereits bestehendes verwandtschaftliches, freundschaftliches bzw. geschäftliches Netz in der Stadt eine Aufnahme begünstigte.⁸⁸⁵ In Teilen vergleichbar zeigt sich auch die Situation der jüdischen und der christlichen Gedingbürger. In beiden Fällen war die Stadt darum bemüht ihren rechtlichen Zuständigkeitsbereich auszudehnen, insbesondere in Bezug auf die Kleriker und Pfahlbürger. Auch für die Konstanzer Gemeinde gilt, dass ein beträchtlicher Teil der jüdischen Neubürger mit den bereits ansässigen Juden verwandt war. Ähnlich wie bei christlichen Neubürgern wirkten sich somit verwandtschaftliche Beziehungen begünstigend auf eine Aufnah-

⁸⁸² Feger, Vom Richtebrief. Nr. 345, S. 103.

⁸⁸³ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 75, S. 24f.

⁸⁸⁴ Vergleiche Kapitel 4.4.4.2.

⁸⁸⁵ Es soll aber auch an dieser Stelle erwähnt werden, dass der grosse Unterschied zwischen diesen zwei rechtlichen Gruppen der Umstand war, dass eine judenfeindliche Stimmung, die Aufnahme verhindern oder die Ausweisung bewirken konnte.

me ins städtische Bürgerrecht aus. Wie für die jüdischen Gemeinden anderer Reichsstädte, gilt auch für die Konstanzer Gemeinschaft, dass dem Kaiser als oberstem Schutzherr der Juden eine zentrale Bedeutung für die jüdische Siedlung zukam. Insbesondere Anfang der 1430er und der 1440er Jahre verhinderten oder verzögerten die königlichen Interventionen die Vertreibung der ansässigen Juden.

5.4.4.3 Steuern / Wehr- und Wachtdienst

Die Quellenüberlieferung in Bezug auf die Thematik dieses Kapitels ist für die Zeitspanne von 1375 bis 1448 sehr heterogen. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, eine Gliederung in zwei Zeitabschnitte vorzunehmen. Der erste umfasst die Jahre 1375 bis 1414. Für diese 40 Jahre kann man Informationen zu den Pflichten der Juden insbesondere dem Bürgerbuch sowie einer Urkunde und einzelnen Ratsprotokolleinträgen entnehmen.⁸⁸⁶ Der zweite Zeitabschnitt umfasst die Jahre 1422 bis 1448. Für einen Grossteil dieser Jahre sind Rechnungsbücher sowie die Ratsprotokolle überliefert, welche Steuerlisten und Aufnahmeeinträge jüdischer Bürger enthalten.

Abgaben von 1375-1414

Als oberstem Schutzherr der Juden standen dem Reich auch die Judensteuern der Konstanzer Gemeinde zu. Im Verlaufe der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts und während dem 15. Jahrhundert veräusserte der König verschiedentlich die halbe oder die ganze Steuer an die Stadt Konstanz.⁸⁸⁷ Den überlieferten Bürgeraufnahmen lässt sich entnehmen, dass Ende des 14. Jahrhunderts die Juden in Konstanz zwei verschiedene Arten der Steuerzahlungen geleistet haben. Explizit gemacht wird das im Eintrag von Videlin im Bürgerbuch. Jacob sein Schwager bittet darum, den Videlin mit Geding als Bürger aufzunehmen; *"daz er ain genant*

⁸⁸⁶ Siehe Kapitel 5.4.1.1.

⁸⁸⁷ Reich: Beispielsweise 1385, RTA 1, S. 502, Nr. 274. Überlieferte Zahlungen der halben Judensteuer ans Reich von 1402 und 1403 je 25 fl, 1413. Chone, "Juden in Konstanz." S. 13.

"Wir Sigmund von gottes gnaden Ro(e)misch ku(e)nig... das sy zwo(e)lff jar nehst nachenander volgend Juden und Judin in die statt zu(o) Costenz zu(o) unsern und des Riche und irnen handen inne(a)men mo(e)gen. Und was die selben von Costentz von den egenenten ju(e)discheit uberkomen in zu(o) stu(e)re zu(o) geben, das sol in beliben werden und gevallen. Doch so so(e)llen die egenenten Juden uns und dem Riche alle Jar den guldin offerpfennig geben und bezalen...". Es wird auch festgehalten, dass weitere Sondersteuern vom Reich her erhoben werden dürfen, die die Juden nach ihrer *"marhzal"* zahlen müssen. StA Ko, B I:4, S. 23 (1425).

gelt jarlichs geben solt". Der Rat erklärt sich zwar einverstanden *"den selben Videlin also zue burger"* aufzunehmen, allerdings nicht zu den geforderten Steuerkonditionen, sondern verlangt von Videlin, *"daz er nu ze der nehsten stur geben sol 20 guldin und dan nanhin und nach derselben stur sol er mit stur und mit andern dingen tun, als ander unser burger die juden ze Costenz."*⁸⁸⁸ Diese kurze Beschreibung einer Verhandlung um Steuermodalitäten zeigt, dass der Rat zu diesem Zeitpunkt eine Bürgeraufnahme mit Geding als exklusivere Vereinbarung einschätzte. Welche Verpflichtungen wurden mit der Gedingzahlung abgegolten? Für das letzte Viertel des 14. Jahrhunderts sind drei Aufnahmen von Juden, die eine gedingte Steuer leisteten, überliefert; Jütlin von Landshut (1377) und ihre zwei Söhne, Jacob von Ulm (1377) und Josef gemeinsam mit seinem Sohn Sakli (1386). In allen drei Fällen sind mit der Steuerzahlung auch die übrigen Pflichten wie Wehr- und Wachtdienst und mindestens im Falle der Jütlinen auch die Ungeldzahlungen abgegolten.⁸⁸⁹ Interessant ist die Formulierung in Bezug auf Jacob von Ulm. Es wird festgehalten, dass er sowohl gegen die Stadt als auch gegen die Juden alles versteuert habe. Ähnlich lautet die Vereinbarung im Eintrag der Jütlin. Der Rat sichert ihr zu, dass sie sich nicht an weiteren Abgaben, die von Juden oder Christen erhoben würden, beteiligen müsse. Aus den zwei Vereinbarungen lässt sich entnehmen, dass sich Jacob und die Jütlin weder an den regulären Steuer-, Wacht- und Wehrdienstzahlungen, noch an allfälligen Sonderabgaben beteiligen müssen.

Jütlin und Jacob werden einer Mehrheit von Konstanzer Juden, die anders steuern, gegenübergestellt. Die zwei Steuerarten von *"geding"* und *"stur und anderen dingen"* im Eintrag von Videlin legt die folgende Interpretation nahe. In Konstanz wurde von der Mehrheit der jüdischen und der christlichen Bürger eine jährliche Vermögenssteuer sowie Wacht-/Wehrdienst und Sonderabgaben verlangt. Eine solche Steuersituation ist auch für die jüdischen Gemeinden in Esslingen und Augsburg überliefert, wobei in Augsburg der Steuersatz

Zusätzlich behielt sich der König in der Regel den jährlich zu leistenden Opferpfennig vor.

⁸⁸⁸ St A Ko, A IV:1, S. 31 (1378). Zur Formulierung *„als ander unser burger die juden ze Costenz“* siehe unten 5.4.4.8

⁸⁸⁹ *"Jütlinen die juden und ir sún Symon und Jsak in iren schirme, also, daz si der rat schirmen sol als ander burger und juden, es sie vor dem rate ald vor des ammans geriht und umb fra(e)velinen, die selben reht sont och si haben ungevârlích. Was aber stúr, dienst oder waht oder ander sach uff ander juden oder kristan gelait wirt, darumb sol doch dú selben Jütlin die juden und ir sún nit bekúmbert werden von dem rat und von der stat,..."*. Die Sonderstellung der Jütlin innerhalb der Konstanzer Gemeinde in Bezug auf die Abgaben ist wenigstens teilweise vergleichbar mit derjenigen der Slemme in der Basler Gemeinde 1386. Feger, Vom Richtebrief. Nr. 20, S. 5 (1378).

Jacob von Ulm: *"Und wenne er uns die hundert guldin also ja(e)rlichs git, damit sol er danne daz jar verdienet und versturet haben, gen uns und gen den juden ze Costenz"*. StA Ko, B I:1, S. 226.

Josef und Sakli: *"... daz si baide von Sant Martins tag dem nechsten geben sont fur sin dienst und fur alle andern sachen 50 lb hl, und sont da mit daz nehst nachgant jar ledig sin aller stur und dienst..."* StA Ko, A IV:1, S. 35 (1383).

für Juden doppelt so hoch angesetzt wurde.⁸⁹⁰ Für Esslingen lässt sich für die 1370er und 1380er Jahre zeigen, dass es üblich sein konnte Juden einer Gemeinde zu unterschiedlichen Steuerarten beizuziehen, d.h. zu gedingten Steuern und zur regulären jährlichen Vermögenssteuer. Der Umstand, dass sowohl in Esslingen als auch in Konstanz insbesondere reichere Geldleiher Pauschalabgaben leisteten, lässt vermuten, dass diese Steuervariante nicht nur im Interesse der Stadtobrigkeit lag.⁸⁹¹ Wie hoch die Steuerzahlungen der übrigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde waren, ist bis 1425 nicht mehr nachvollziehbar, da die überlieferten Quellen weder Steuerlisten noch weitere Aufnahmen von jüdischen Neubürgern enthalten. Der Eintrag zu Videlin von 1378 zeigt, dass diese Sonderstellung zu diesem Zeitpunkt eher im Interesse der jüdischen, als in dem der städtischen Seite lag. Vergleichbar mit christlichen intramuralen Gedingbürgern scheint das Aushandeln eines Pauschalbetrags ein Vorteil für den jüdischen Neubürger gewesen zu sein. Die Quellenbelege lassen vermuten, dass diese exklusive Variante der Sonderprivilegien nur zu Beginn der zweiten jüdischen Gemeinde praktiziert wurde. Dies vermittelt spätestens der Eintrag von 1417, der die Bestimmung enthält, dass Samuel von Lindow *"sturbar und dienstbar sin sol, als ander juden unser Burger und nit furo"*.⁸⁹² Der Grund für die Eintragung ins Bürgerbuch dürfte wohl in der vom König verordneten Aufnahme zu finden sein. Aufgrund der Quellenlage ist nicht klar, wie lange die Stadt eine "Zwei-Gruppen-Steuerpolitik" betrieb.⁸⁹³

In Verbindung mit der Steuerthematik stellt sich auch die Frage, wo die Aufnahmen der übrigen Juden sowie die Steuerlisten verzeichnet waren. Warum enthält das Bürgerbuch zwischen 1378 und 1417 nur vier Bürgeraufnahmeeinträge und danach keinen mehr? Was haben die vier Einträge gemeinsam und was unterscheidet diese jüdischen Bürger von den übrigen jüdischen Bürgern? Jütlin (1378), Videlin (1378) und Josef und Sakli (1384) ist gemeinsam, dass sie mit der Stadt eine Sondervereinbarung betreffs der Steuerleistung ausgehandelt haben. Das trifft allerdings auch auf den 1377 aufgenommenen Jacob von Ulm zu, dessen Aufnahme aber nicht im Bürgerbuch verzeichnet wurde. Zwei Unterschiede zu den Bürgerbuch-Aufnahmen bestehen darin, dass Jacob befristet aufgenommen wurde und explizit die Erlaubnis erhielt, dass er in den vereinbarten fünf Jahren auch in einer anderen Stadt wohnen dür-

⁸⁹⁰ Für Augsburg und Esslingen siehe unten Kapitel 9.1.2.

⁸⁹¹ Allgemein zur Verhandlungssituation der Juden bei der Wiederaufnahme in den Städten siehe Kapitel 2.2.

⁸⁹² StA Ko, A IV:1, S. 60 (1417).

⁸⁹³ In Esslingen verursachte der Einschnitt der Schuldentilgungen einen Wechsel in der städtischen Fiskalpolitik, siehe Kapitel 9.1.

fe.⁸⁹⁴ Im Vergleich zu den anderen Juden leistet er eine äusserst hohe Jahressteuer von 100 Gulden und gewährt der Stadt zusätzlich noch ein 1000-Gulden-Darlehen.⁸⁹⁵ Die verschiedenen Aspekte der "ausserordentlichen" Aufnahmen lassen Rückschlüsse auf die "normale" Aufnahme von Juden zu. Vermutlich erliess die Stadt bei der Wiederaufnahme von Juden eine allgemeine Judenordnung, in der die verschiedenen rechtlichen Aspekte geregelt wurden.⁸⁹⁶ Die allgemeine Ordnung konnte unbefristet oder für die Dauer des königlichen Privilegs ausgestellt worden sein. Den jüdischen Neubürgern wäre dann jeweils ein Schutzbrief mit diesen Bestimmungen ausgestellt worden. Da weder individuelle gedingte Steuern noch Befristungen vereinbart wurden, war ein Eintrag in den Bürgerbüchern oder den Ratsprotokollen nicht nötig. Wurde hingegen mit einzelnen Juden Sondervereinbarungen ausgehandelt, dann musste die Stadt in ihren Verwaltungsquellen die von der Norm abweichenden Bestimmungen zur Erinnerung festhalten.

Inwieweit die Juden zu Ungeldzahlungen verpflichtet waren, ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Die Formulierungen im Aufnahmeschreiben der Jütlin legt aber den Schluss nahe, dass die Juden wie ihre christlichen Mitbürger Ungeld bezahlten und nur durch eine Sondervereinbarung mit der Stadtobrigkeit davon befreit werden konnten.⁸⁹⁷ Weiter geht aus der Formulierung im Schutzbrief der Jütlin hervor, dass die Juden in Konstanz zu extra Wacht- und Wehrdienstzahlungen zugezogen wurden, inwieweit auch persönliche Leistungen erbracht werden mussten, ist nicht überliefert. Es ist aber zu vermuten, dass sie analog zu den christlichen Bürgern das Wachtgeld bezahlten.⁸⁹⁸ Dass die Juden in Kriegszeiten auch Kriegsteuern leisteten, zeigt der Ratsbucheintrag von 1388.⁸⁹⁹ Dabei handelt es sich allerdings um eine Sonderkriegssteuer und nicht um einen bereits bei der Aufnahme ausgehandelten Wehrdienstbeitrag, sei es in persönlicher oder finanzieller Form. Die Formulierung bei Jacob, dass er auch gegenüber den Juden alles versteuert habe, ist ein Hinweis darauf, dass Sonderabgaben als Pauschalsumme von der jüdischen Gemeinde verlangt wurden, die ihrerseits für die Umlegung auf die einzelnen Mitglieder zuständig war. Abschliessend soll auch für Konstanz auf die Folgen der zwei Schuldentilgungen hingewiesen werden. Die durch sie verursachte

⁸⁹⁴ Erst im Schutzbrief von ca. 1418 von Salomon von Rinvelden ist wieder eine zeitliche Befristung enthalten. StA Ko, U 8303.

⁸⁹⁵ Dicker, Juden in Ulm. S. 25ff.

⁸⁹⁶ Vergleiche die Aufnahmeurkunde von 1354 in Zürich. Werner Schnyder, ed., Quellen zur Zürcher Wirtschaftsgeschichte, Band 1 (Zürich: 1937). Nr. 229, S. 118.

⁸⁹⁷ *"Was aber stür, dienst oder waht oder ander sach uff ander juden oder kristan gelait wirt,..."*. Feger, Vom Richtebrief. Nr. 20, S. 5.

⁸⁹⁸ Siehe Kapitel 5.4.4.3.

⁸⁹⁹ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 133, S. 42/43. Siehe auch Kapitel 12.1.1.

Schädigung der Finanzkraft, die zunehmende Judenfeindschaft um die Jahrhundertwende sowie die Verschärfung des Wuchergesetzes von 1401 weisen auf eine Verschlechterung des Status der jüdischen Gemeinde in Konstanz hin.

Abgaben von 1425-1448

1425 stellte Sigmund der Stadt ein Privileg aus, worin er ihr das Recht zusprach, zwölf Jahre die ganze Judensteuer für sich einzuziehen. Aus demselben Jahr ist die erste Steuerliste der Juden im Ratsprotokoll überliefert.⁹⁰⁰ Diese Liste ist kein Verzeichnis eingegangener Zahlungen, sondern hält fest, wie hoch die zu erwartenden Einkünfte sein werden. Bis 1432 ist dieser Eintrag die einzige Information zu den Steuerzahlungen der jüdischen Bürger. Es stellt sich die Frage, wo die Steuerzahlungen der Juden in den vorausgehenden und den folgenden Jahren bis 1432 verzeichnet worden waren. Betrachtet man die Finanzverwaltungsstruktur von Konstanz müssten die jüdischen Steuerzahlungen entweder auf der Einnahmenseite der Säcklerrechnung oder in der Rechnerrechnung erscheinen. Für die erste Variante spricht, dass die Hälfte der Judensteuer vor 1425 an den König weitergeleitet werden musste. Also wäre es sinnvoll gewesen, dass der für die Ausgabenverwaltung zuständige Säckler auch gleich die Einnahme von den entsprechenden Amtleuten ausgehändigt bekommen hätte. Unterstützt wird diese Variante durch den Aufnahmeeintrag von Josef und Säckli, in dem erwähnt wird, dass der Säckler bei den Aufnahmeverhandlungen dabei war.⁹⁰¹ Für die zweite Variante spräche die Tatsache, dass die Steuerzahlungen der Juden ab 1434 in den Rechnerrechnungen aufgeführt werden, nach den gedingten Ausbürgersteuern. Allerdings sind die entsprechenden Rechnungen für die Jahre 1426 /1427 sowie 1431 - 1433 überliefert und enthalten keine entsprechenden Eintragungen.

1431 ist erneut eine Steuerliste der Juden im Ratsprotokoll eingetragen. Einleitend wird festgehalten, dass man mit den Juden verhandelt habe. Man vereinbarte mit jedem jüdischen Bürger die Höhe einer jährlich zu entrichtenden Steuer, die für die Erlaubnis, Geldleihe betreiben zu dürfen, geleistet werden musste. Die Geldleihetätigkeit wurde allerdings eingeschränkt durch die Bestimmung, dass die Juden *"mit geding uff kain gelegen gut nit lihen*

⁹⁰⁰ StAKo, BI: 4, S. 63 (1425).

⁹⁰¹ StA Ko, A IV:1, S. 35 (1386).

sond...".⁹⁰² Bereits im Oktober des folgenden Jahres wies der Rat die Juden zum ersten Mal aus.⁹⁰³ Die jüdische Gemeinde ersuchte um eine Fristerstreckung, um die noch ausstehenden Schulden eintreiben zu können. Diese wurde ihnen gewährt, bis zur Alten Fasnacht im Jahre 1433.⁹⁰⁴ Obwohl im Mai 1433 erneut von Judenausweisung gesprochen wurde,⁹⁰⁵ folgten keine Taten und bereits im folgenden Jahr sind erneut die Aufnahmen und Steuerzahlungen zahlreicher Juden in den Rechnungsbüchern vermerkt.⁹⁰⁶ Die Einträge im Rechnerbuch (1433-1442) setzen sich aus dem Namen des Steuerzahlenden, der Angabe, dass der oder die Betreffende Bürger oder Bürgerin wurde, der Information über die Befristung der Aufnahme sowie der Höhe der gedingten Steuer zusammen. Auf weitere rechtliche Bestimmungen wird in den Rechnungsbüchern nicht eingegangen. Da die Ratsprotokolle keine rechtlichen Bestimmungen in Bezug auf die Juden enthalten, liegt der Schluss nahe, dass die Rechte von vor 1434 bestehen blieben und auf der normativen Ebene keine Verschlechterung der Situation zu verzeichnen war. Die Intervention Sigmunds und nicht primär das städtische Interesse dürfte für den Weiterbestand der jüdischen Gemeinde in Konstanz verantwortlich gewesen sein. Die Zeit bis zur zweiten Gefangennahme 1443 dürfte von einer zunehmend judenfeindlichen Stimmung geprägt gewesen sein, worauf auch die Verurteilung wegen Hostienschändung hindeutet.

Für die zehn Jahre 1433 bis 1442 sind die Steuerlisten für die jüdische Gemeinde überliefert. Für die Zeit davor geben nur zwei Listen im Ratsprotokoll von 1425 und 1431 einen schlaglichtartigen Einblick in die Abgabensituation. 1425 steuern elf Haushalte gemeinsam eine Summe von 201 Gulden. Mehr als die Hälfte der Steuerbeträge (6) liegen zwischen 5 und 10 Gulden, einer bei 15 und vier zwischen 20 und 60 Gulden. Sechs Jahre später beträgt die Summe aus den Steuereinnahmen gerade noch einen Drittel, 70 Gulden, und die Zahl der Steuernden ist von 11 auf 8 gesunken. Auffallend ist, wie tief die eingegangenen Beträge sind. Die höchsten zwei betragen 18 und 14 Gulden und die restlichen sechs bewegen sich zwischen 2 und 6 Gulden. Dieses Absinken der Steuerbeträge dürfte primär darauf zurückzuführen sein, dass 1430 die Konstanzer jüdische Gemeinde zu einer Zahlung von 20'000 Gulden verurteilt worden ist. Für eine Gemeinde mit ca. 10 Haushalten bedeutete dies pro Steuerzahlendem eine durchschnittliche Zahlung von 2000 Gulden, das Zehnfache der regulären Steuer

⁹⁰² StA Ko, B I:5, S. 258, (1431).

⁹⁰³ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 361, S. 108.

⁹⁰⁴ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 362, S. 109.

⁹⁰⁵ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 374, S. 114.

⁹⁰⁶ StAKo, L 430ff.

der ganzen Gemeinde von 1425. Eine solche enorme finanzielle Belastung muss sich de-
saströs auf die Vermögenssituation einzelner Haushalte ausgewirkt haben und würde die ver-
hältnismässig tiefen Beträge erklären.⁹⁰⁷

Ab 1433 sind für einen Zeitraum von zehn Jahren Steuerlisten der jüdischen Gemeinde
überliefert. Die Mehrheit der aufgeführten Steuerzahlenden treten bereits vor 1430 in der
schriftlichen Überlieferung als Bürger von Konstanz auf.⁹⁰⁸ Verfolgt man die Entwicklung der
Summe der jährlichen Steuerzahlungen, so lässt sich im Verlauf der dokumentierten Jahre ein
Anstieg feststellen.⁹⁰⁹ Der Anstieg einzelner Steuerbeträge ist zum Teil auf den Zusammen-
schluss einzelner Geldleiher zu einem gemeinsam steuernden Haushalt zurückzuführen. So
steuerten beispielsweise Josef und vielleicht Nasse, Söhne der Jentli, ab 1440 gemeinsam mit
ihrem Onkel Jacob, was den Anstieg von 31 auf 60 Gulden erklären würde. Aufgrund ver-
schiedener Einflussfaktoren ist also trotz steigender Steuerbeträge nicht zwingend von einer
vom Rat aktiv betriebenen Kommerzialisierung auszugehen, wie sie beispielsweise in Schaff-
hausen in den 1460er Jahren betrieben wurde.

Zum Schluss soll noch der Frage nachgegangen werden, wo die jüdischen Bürger ab den
1420er Jahren im schriftlichen Raum auftreten und warum 1434 ein "Ortswechsel" vorge-
nommen worden ist. Ab diesem Jahr enthalten die Rechnerrechnungen die jährlichen Steuer-
zahlungen der jüdischen Bürger. Wo die Zahlungen in den 1420er Jahren eingetragen worden
sind, ist nicht bekannt. Angenommen die Aufnahme-/Steuerlisten hätten sich vorher in den
Säckelamtsrechnungen befunden, warum sind sie nicht dort weitergeführt worden? Wider-
spiegelt sich in dieser Veränderung eine Verschlechterung des Status der jüdischen Gemeinde
oder sind andere Faktoren dafür verantwortlich? Ab 1434 werden die jüdischen Bürgerauf-
nahmen und Steuerzahlungen nach den Eintragungen zu den geistlichen und weltlichen
extramuralen Gedingbürgern in den Rechnerrechnungen eingetragen. Eine Erklärung dafür
ist, dass in der Zeit nach den Bürgerunruhen eine Verwaltungsrestrukturierung stattgefunden
hat, in deren Verlauf auch die Verwaltung der Steuereinnahmen der Juden der aktuellen Situa-
tion angepasst wurde. Da die Steuerbeträge der Juden seit 1425 nicht mehr zur Hälfte ans

⁹⁰⁷ Vor dem Hintergrund der ein Jahr später erfolgenden Ausweisungsinitiative erstaunt es auch nicht, dass im
Vergleich zu den in den Urkunden aufgezählten Mitgliedern der jüdischen Gemeinde nur noch ein Teil eine
Geldleiherlaubnis erhalten hat und somit die restlichen Familien zum Abzug veranlasst wurden. Andererseits
kann die Initiative auch von den betreffenden jüdischen Familien ausgegangen sein, die Konstanz nicht mehr als
sicheren Ort sahen und abziehen wollten.

⁹⁰⁸ Bei einigen Namen ist nicht sicher, ob es sich um Juden mit demselben Namen von vor 1430 handelt.

Reich abgegeben werden mussten, fiel die Verbindung zur Ausgabenverwaltung weg und es erscheint angebracht, diesen Einnahmeposten gemeinsam mit den anderen gedingten Steuern aufzuführen. Interessant ist, dass in Konstanz im Unterschied zu anderen Städten, die Zahlungen christlicher Ausbürger nicht in den Steuerlisten vermerkt wurden, sondern wie die jüdischen Steuern in die Rechnungsbücher eingetragen wurden. Dementsprechend weit liegen die Steuerzahlungen der christlichen Bürger einerseits und der jüdischen und christlichen Gedingbürger andererseits im schriftlichen Raum auseinander. Wie im Nördlinger Zollbuch erscheinen die jüdischen und christlichen Gedingbürger gemeinsam in den Verwaltungsquellen und getrennt von den christlichen Vollbürgern. Es zeigt sich, dass stärker ausdifferenzierte Verwaltungsstrukturen und das dazugehörige Verwaltungsschriftgut die Differenzierung im rechtlichen Raum im Schriftlichen präziser widerspiegeln.

5.4.4.4 Sonderabgaben / Gebühren / Zwangsdarlehen

In den überlieferten Quellen lassen sich nur vereinzelt Sonderabgaben der jüdischen Gemeinde oder von einzelnen ihrer Mitglieder finden. 1379 bittet Jakob von Ulm den Rat um Unterstützung, damit er ausstehende Forderungen insbesondere in Ulm eintreiben könne. Er verspricht, dass er der Stadt bei Erfolg 200 Gulden *"uber die stur ze schenki geben"* würde.⁹¹⁰ In diesem Fall handelt es sich eher um eine Geschäftsvereinbarung und Beteiligung an Verhandlungskosten, als um eine Sonderabgabe. Ein weiterer Eintrag im Ratsprotokoll von 1385 lautet: *"Si sont 200 guldin jetzt geben darnach ze der nehsten Fronfasten."*⁹¹¹ Weitere Informationen über den Zahlungsgrund sind nicht zu eruieren. 1388 wurden die Juden wie die Christen zu einer Sonderkriegssteuer beigezogen, über deren Höhe aber nichts vermerkt ist. Anschliessend an eine Liste der einzelnen Bürger, die nach ihrem Vermögen Pferde zu stellen hatten, wird vermerkt, dass man es sich überlegen solle, wie man es mit den Klöstern und den Juden *"halten welle"*.⁹¹² Es handelt sich an dieser Stelle nicht um eine Sonderabgabe, die nur die jüdische Gemeinde betraf, sondern um eine Steuer, die geistlichen und jüdischen Gedingbürgern auferlegt wurde. Einen grossen Einfluss auf die finanzielle und somit auch wirtschaft-

⁹⁰⁹ Vergleicht man die Namen der Steuerzahler, die in den letzten zwei Jahren (1441/42) steuern mit denjenigen, die während der Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Reich nach der Gefangennahme genannt werden, so darf angenommen werden, dass auch die Summen von 1441 und 1442 höher wären.

⁹¹⁰ StA Ko, B I:1, S. 228.

⁹¹¹ Ebd., S. 235.

⁹¹² Feger, Vom Richtebrief. Nr. 133, S. 43.

liche Situation der jüdischen Gemeinde hatten die zwei Judenschuldentilgungen von 1385 und 1393. Die Stadt stellt sich dem Ansinnen Wenzels entgegen und erreichte, dass neben dem Nachlass der Zinsen die Schulden nur auf die Hälfte reduziert wurden.⁹¹³ Es ist davon auszugehen, dass sich die 200 geschuldeten Gulden von 1385 auf die Verhandlung der Stadt mit dem König beziehen und die Juden sich an den Kosten beteiligen oder sie ganz übernehmen mussten.

Die nächste dokumentierte Sonderabgabe wurde 1430 erhoben. Es handelt sich um die exorbitant hohe Summe von 20'000 Gulden, die von den Konstanzer Juden 1430 aufgrund eines Schiedspruchs Sigismunds verlangt wurde. Wie kam es dazu? Die Jahre nach den Unruhen von 1420 waren in Konstanz weiterhin von stetig zunehmenden Spannungen geprägt, die sich 1430 in einem weiteren innerstädtischen Konflikt entluden und für die Juden in der Gefangennahme endeten.⁹¹⁴ Diese Gefangennahme muss auch vor dem Hintergrund der Ravensburger Ritualmordbeschuldigung von 1429 gesehen werden. Auch die Konstanzer Juden gerieten in den Verdacht der Mittäterschaft und wurden 1429 ein erstes Mal gefangen gesetzt, aber bereits Anfang 1430 aufgrund einer Intervention Sigismunds wieder auf freien Fuss gesetzt, unter der Bedingung ihr Vermögen in der Stadt zu lassen und dieselbe nicht zu verlassen.⁹¹⁵ Bereits wenige Monate später setzte die aufständische Opposition die Juden erneut gefangen und konfiszierte deren Besitz.⁹¹⁶ Der Schiedspruch von König Sigismund sieht eine Summe von 20'000 Gulden vor, mit der die Juden sich und ihr Vermögen freikaufen können. Über die Zusammensetzung dieser Summe widersprechen sich die Quellen. In drei Urkunden von 1430, in denen die Zahlungsverpflichtungen sowie geleistete Teilzahlungen der jüdischen Gemeinde beschrieben werden, ist die Rede von *"zwaintzig Thusent guldin"* um die die Konstanzer Juden geschätzt worden seien. Bei diesem Betrag handle es sich um Schulden des Königs, für die er seit dem Konzil Pfänder in der Stadt zurückgelassen habe.⁹¹⁷ Abweichend ist die Darstellung in den Chroniken. Dort heisst es, dass die Juden 10'000 Gulden an die Stadt Konstanz leisten müssten, als Beitrag an die Summe, die die Stadt dem König für die Juden gezahlt habe. Weitere 1000 Gulden gingen an die Stadt, um sie für die durch die Gefangen-

⁹¹³ Hörburger, Judenvertreibung. S. 108, Anm. 13, Nr. 6.

⁹¹⁴ Hörburger, Judenvertreibung. S. 81ff. Joos, "Unruhen."

⁹¹⁵ Das Ratsprotokoll von 1429 enthält den Eintrag, dass vier Männer die Juden und Jüdinnen *"gichtigen und fragen"* sollten. Weiter wird festgehalten, in wessen Obhut die Truhe der Juden und die dazugehörenden Schlüssel kommen würden und weiter unten werden noch fünf Männer aufgeführt, die *"der Juden guot"* anschreiben sollen. StA Ko, B I:5, 153, 191 (1429).

⁹¹⁶ Diese Gefangennahme muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Opposition den Rat beschuldigt hatte von den Juden bestochen worden zu sein.

⁹¹⁷ Generallandesarchiv Karlsruhe, 5/ 314 (7694/5/6), 27.11.1430.

nahme entstandenen Kosten zu entschädigen. Die restlichen 9000 Gulden mussten die Juden an Sigismunds Gläubiger bezahlen.⁹¹⁸ Letzteres widerspricht klar der Aussage der drei Urkunden, in denen von 20'000 Gulden Schulden des Königs die Rede ist. Dass die Konstanzer Juden der Stadt aber eine gewisse Summe als Entschädigung für aufgelaufene Kosten bezüglich der Gefangennahme leisten mussten, ist sehr wahrscheinlich.⁹¹⁹ Die Grosse Rechnung von 1430 enthält auf der Einnahmenseite mehrere Beträge, die von den Juden an ihre "Schuld" bezahlt wurden.⁹²⁰ Nicht klar ist, ob es sich bei dieser Summe von 2655 Gulden um einen Teilbetrag der 20'000 Gulden, den die Stadt vorgestreckt hatte, oder ob es sich um einen zusätzlichen Betrag an Konstanz handelte. Vermutlich handelte es sich um Zahlungen der inhaftierten Konstanzer Juden an das Reich, wobei die Stadt als Kontroll- und Mittlerstation fungierte. Die Summe von 20'000 Gulden ist für eine verhältnismässig kleine Gemeinde, wie die von Konstanz, ein enorm hoher Betrag, der fast nicht zu leisten war und einen potenten Geldleiher wie den „Grossen Löwen“ an seine finanziellen Grenzen brachte. Den drei Urkunden ist zu entnehmen, dass sich sowohl Schaffhauser, als auch Zürcher Juden, die mit den Gefangenen verwandtschaftlich verbunden waren, an der Finanzierung beteiligten.⁹²¹

Im Zusammenhang mit einer Ritualmordbeschuldigung in Mersburg kam es 1443 erneut zur Gefangennahme der Konstanzer Juden. Über fünf Jahre hinweg verhandelten König und Rat über das Schicksal der Gefangenen, bis sie 1448 an Herzog Albrecht von Österreich übergeben wurden und damit das Ende der zweiten Gemeinde in Konstanz feststand. Die überlieferten Rechnungsbücher zeigen, dass die Stadt den Juden die anfallenden Kosten in Bezug auf ihre Verfolgung, die Gefangennahme, ihren Gefängnisaufenthalt sowie die Verhandlungen um ihr Schicksal in Rechnung gestellt hat.⁹²² So ist im *"usgenbuoch"* des Säcklers von 1443 minutiös vermerkt, was die Gefangennahme gekostet hat und dass diese Beträge von der jüdischen Gemeinde übernommen werden mussten.⁹²³ Auch in der Grossen Rechnung von 1445

⁹¹⁸ Ruppert, ed., Chroniken. S. 153.

⁹¹⁹ Vergleiche das Verhalten Zürichs 1401, Kapitel 12.1.1.2.

⁹²⁰ Auszüge aus der Rechnung des Säcklers von 1430: *"Item an Sant Angnesen tag hand die juden gen Hansen Stoffach an der schuld, so si der statt schuldig sint, 720 gl rh. Item uff Mittwoch nach Sant T. tag hand die juden aber gen Hansen Stoffach an der schuld, so sy der Statt schuldig sint, 860 gl rh. Item mornendes hand sy im aber gen 154 gl r. Item aber hand die juden gen Hansen Stoffacher 600 gl rh uff Donrstag nach Sant martha tag. Item hat aber ingenommen von Josen l. 320 gl rh, die Abraham der jud der statt schuldig gewesen ist, und darumb er die statt ettwieviel clainet in ainr lad, die Hans Appenteger inngehebt, versetzt hat und die och der jud ettwieviel zitz verzinset hat."* StA Ko, L 1357, fol. 6v + 7v.

⁹²¹ Einerseits der Löw von Zürich, der Gütlinen Sohn, andererseits Abraham von Kyburg und sein Sohn Jacob von Schaffhausen, Vater und Bruder des Seligmann.

⁹²² StA Ko, U 8661 (1448). Die Prozesskosten sollen auf die gefangenen Konstanzer Juden umgelegt werden.

⁹²³ *"Juden: Item Josen Kettenacker 9 S 4 dn hand verzertt 18 knecht, so man den juden zuo schiff nach sant, als die enweg gewichen warent, hies ain raut tuott."*

wird auf Kosten hingewiesen, die der Stadt aus der Gefangennahme der Juden erwachsen seien.⁹²⁴ Dass die Stadt von der Gefangennahme finanziell in beträchtlichem Masse profitiert hat, zeigen Rechnungsbucheinträge zur Beschlagnahme jüdischen Gutes und dem Einziehen von ausstehenden Schulden.⁹²⁵ 300 Gulden von diesen eingezogenen Judenschulden mussten von der Stadt an den römischen König abgeliefert werden. In einer Urkunde von 1443 ist festgehalten, dass er von den Konstanzer Juden von *"der stewr und erung wegen sein konigklichen gnaden im reich itzo von der judischait gevallen drewhundert gulden gu(o)t rinisch und gaber"* erhalten habe. Es heisst weiter, dass Gabriel dem Rat *"etlich judisch schuldbrief in ainer laden und tru(e)chlin verschlossen"* übergeben habe.⁹²⁶ Der Rat solle das Geld für die Schuldbriefe einziehen und an den König weiterleiten. In einer Urkunde von 1447 ist festgehalten, dass die Stadt mit den Juden über die Ausgaben und über die eingenommenen Schuldenzahlungen abrechnen werde.⁹²⁷ Eine weitere Urkunde vom Oktober 1447 weist darauf hin, dass die Abrechnung nicht ohne Auseinandersetzungen vor sich gegangen sei. Die Konfliktparteien werden in der Urkunde angewiesen, ihren Streit vor dem Herzog Albrecht beizulegen.⁹²⁸ 1448 teilt Herzog Albrecht mit, dass der König Seligmann von Ulm und Men-

Gant uf die juden: Item Hansen Seger 16 S d, als er Jacoben juden und ander enweg fu(o)rtt, als si von der statt gewichen warent, gant uf die juden, hies ain raut tuott.

Gatt uf die Juden: Item drin knechten iren lon ir iettlichem 5 tag, ir ain des tages 2 S dn zuo lon, als si der juden plunder usser ainem hus in dz ander und us ainer kamer in die ander getragen hand, als die juden gefangen wurdent und man ir guott versach, gant uf die juden, tuott 1 lb 10 S." StA Ko, L 1358, fol. 11v.

"Gant uff die Juden: Item Micheln Beler von Bernnang 8 S dn hand verzert die knecht an im, so man den juden nach sant, als si von der statt gewichen warent, gatt uf die Juden tuott.

Gang uff die Juden: Item funff knechten und dem schiff, so des lantvogtz botten und unser rautz botten gen Merspurg gefurt hand, in der sach von der Juden wegen, als zuo Überlingen verlaussen ward, ir iettlichem 2 S dn und dem schiff och 2 S dn, gaut uf die juden tuot.

Stattschriber, unterschriber etc. erung an irem jargewanden, so inen ain raut jarlichs gitt, hiess ain rautt tuott

Gaut uff die Juden: Item dem Spon 2 S dn von aim kemin in Albrahams juden hus in der Katzen zuo als dz an gangen wz, in dem als die judennen darin gefangen lagent, gaut uff die Juden tuot.

Gant uff die Juden: Item Hansen Bruttell salb sechst sine lon, als er hernn Jacoben Truchsassen Lantvogt und ander der statt ratt fuort gen Überlingen in der sach von der juden wegen, als ain rautt wol wissenlich ist, ir jettlichem 3 S dn und dem Scheff och 3 S dn gant uff die juden tuot." Ebd., S. 12r.

⁹²⁴ *"Item hat aber usgeben als von der juden und judinen wegen, als sy gevangen gelegen sint und in der statt usgebung buoch aigenlich verschriben stat, tut 830 lb 17 S 0,5 dn."* StA Ko, L 1060b, fol. 123v.

⁹²⁵ Z.B. *"Item aber ingenomen von Cu(o)nraten Muntprat 104 gulden rinisch, sint ain tail swa(e)bsch werung ain nobel und 234 tugaten, gulden under ain ander, so och Jacobs juden gewesen sint, so man by im vand, als er gevangen ward."* StA Ko, L 1060b, fol. 111r (1443).

Weitere (ca.) 60 Gulden fanden die Ratsboten in den Häusern der Juden nach Geld suchten. Ebd.

Weiter liefern Cu(o)nrat Schatz und Diethalm Schiltar dem Säckler Geld ab, das sie von den Schuldner der Juden eingezogen haben. Ebd. Weitere solche Einträge finden sich auch noch in den folgenden Jahren, bis zur Ausweisung der Konstanzer Juden.

⁹²⁶ StA Ko, U 8658 (1443).

⁹²⁷ StA Ko, U 8914 (1447).

⁹²⁸ *"... das ir, es wer von zerung cost oder ander sachen wegen, mit den Juden zwytrechtig wurden. So haben wir unserm bru(o)der an unser statt auch bevolhen, das er euch darzu fru(e)ntlich oder mit recht entscheiden soll, darumb so gebieten wir euch, das ir solich zwytrecht vor unserm bru(o)der und nyndert anderswa zu austrag komen sollen..."* StA Ko, U 8912 (1447).

lin von Diessenhofen den Auftrag erteilt habe, von den Juden im Bistum Konstanz die Kosten, die die "sach" bis jetzt verursacht habe und noch verursachen würde, zu erheben.⁹²⁹

Zusammenfassend kann man für die Situation in Konstanz festhalten, dass die jüdische Gemeinde ausser in Bezug auf die Schuldentilgungen und die Ereignisse um 1430 und in den 1440er Jahren wenige Sonderabgaben zu leisten hatten. In allen drei Fällen war das Reich involviert und am Gewinn mitbeteiligt. Aufgrund der überlieferten Sonderabgaben der jüdischen Gemeinde kann man sagen, dass von städtischer Seite her eine unabhängige Sonderabgabepolitik inexistent war. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit dieses Ergebnis mit der Quellenüberlieferung zu tun hat und ob die detaillierten Einnahmenrechnungen des Säcklers noch weitere Beträge enthalten hätten. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass gerade grössere Beträge auch in die überlieferten Ratsprotokolle eingetragen worden wären. In welchem Masse regelmässig entrichtete kleinere Geschenke oder Gebühren geleistet wurden, ist, wie in den meisten Städten, nicht mehr nachvollziehbar. Ein Hinweis darauf enthält die Säcklerrechnung von 1443, in der aufgeführt wird, dass sich die Juden an den Kosten für die Rechnungslegung der Grossen Rechnung mit einem Gulden (50%) beteiligt hätten.⁹³⁰

Weitere beträchtliche Summen musste die Konstanzer jüdische Gemeinde an das Reich leisten. Neben dem jährlichen Opferpfennig und der halben Steuer wurden 1414, 1434 und 1438/9⁹³¹ der Dritte Pfennig erhoben. 1418 entrichteten die Konstanzer Juden 600 Gulden für die Bullensteuer.⁹³² Andererseits befreite Sigismund die Konstanzer Juden 1413 für 12 Jahre von der halben Judensteuer, dem Goldenen Opferpfennig sowie weiteren Sonderabgaben, die er von anderen Juden im Reich gegebenenfalls erheben würde. Wieviel die Ausstellung des königlichen Schutzbriefes die jüdische Gemeinde aber gekostet hat, ist nicht überliefert.⁹³³

In den Konstanzer Quellen sind nur wenige Hinweise dazu überliefert, dass die Stadt die Juden verpflichtete, ihr Darlehen zu gewähren. Überliefert ist ein Darlehen von 1000 Gulden, das Jacob von Ulm der Stadt 1378 gewährte.⁹³⁴

⁹²⁹ "... uff die juden die zu(o) Costenz gesessen gevangen sind gelegen und noch ligen und all ander juden in dem Bistum zu(o) Costenz gesessen nach ains ieclichen vermugen alle cost zerung und ander darlegen, so von anvank uff die selben sach gangen ist und noch geen wirdet an zu legen und die von in uff zu(o) heben und in zu(o) bringen..." StA Ko, U 8865 (1448).

⁹³⁰ "Item dz mal, als man der statt gros rechnung tett, cost zu(o) imbis und zu(o) nacht uber die zwen guldin, so der sekler ainen so er an gold gewonnen daran geben hatt und die juden och ainen geben hand." StA Ko, L 1358: S. 11r.

⁹³¹ 3. Pfennig: 1434 und 1438/9 erneut gefordert. RTA 11, 305, Nr. 165, 299, Nr. 164, RegImp 11 Nr. 100075.

⁹³² 1418: 600 fl Bullensteuer. RegImp 11 Nr. 3006.

⁹³³ Chone, "Juden in Konstanz." Transkription der Urkunde im Anhang, S. 13.

⁹³⁴ Siehe oben, Kapitel 5.4.4.3.

5.4.4.5 Bussen

Juden, die Bussen entrichten müssen, tauchen nur vereinzelt in den Ratsprotokollen oder Strafbüchern auf. Vergleicht man das Strafmass mit der Höhe der Bussen bei christlichen Angeklagten, dann wurden die jüdischen Delinquenten in der Regel im gleichen Rahmen gebüsst. Es gibt allerdings ein paar Ausnahmefälle, in denen Juden zwischen 50 und 300 Gulden bezahlen mussten. Bei den Bussen ab 100 Gulden handelt es sich in allen drei Fällen um Juden, die des sexuellen Kontakts mit Christinnen beschuldigt worden waren.⁹³⁵ Eine Busse von 20 lb hl wurde über einen Juden verhängt, der sich am Karfreitag ausserhalb seines Hauses aufhielt. Diese Verurteilung zeigt, dass die Verordnung von 1401, nämlich dass Juden in der Karwoche in ihren Häusern bleiben sollten, eine Wiederholung ist und dementsprechend keine Verschärfung der Situation von Stadtobrigkeitsseite dokumentiert. Allerdings kann die Tatsache, dass die Verordnung genau zu diesem Zeitpunkt wiederholt wird, auf allgemein steigende Spannungen hinweisen, beispielsweise vor dem Hintergrund der Diessenhofener Ritualmordbeschuldigung.⁹³⁶ Interessant ist der Eintrag über einen Juden, der ohne Erlaubnis wechseln wollte. Es wird festgehalten, dass die Juden 10 lb hl wegen diesem Juden geben sollen und das letzterer die Stadt nicht mehr betreten dürfe. Dem Eintrag kann man entnehmen, dass die jüdische Gemeinde als Ganzes zur Verantwortung gezogen werden konnte, wenn der Straftäter nicht mehr greifbar oder zahlungsunfähig war. Ob es sich beim Delinquenten um ein Mitglied der Konstanzer Gemeinde oder um einen Gast gehandelt hat, ist leider nicht mehr nachvollziehbar.

5.4.4.6 Abzugsmodalitäten

Wie war die Situation der Konstanzer Juden in Bezug auf den Abzug aus der Stadt? Zwei Ratsprotokolleinträgen von 1376 lässt sich entnehmen, dass die Juden zu diesem Zeitpunkt eine Abzugssteuer entrichtet haben. Sowohl Gismahel als auch Vischeli zahlten eine "*anzal*",

⁹³⁵ 1378, Gutman wegen seinem Sohn 100 lb und 1427 wird Abraham um 300 Gulden bestraft, weil er mit drei christlichen Frauen "*besunder mit zwain swostren liplich ze schaffen gehebt hatt*". StA Ko, B I:4, S. 175.

1388 wird Salmen der Sohn Maigers von Lindow mit 50 lb hl. gebüsst, weil er zu "*Cristnen frowen*" ging, und zwar "*dik und vil*". Mit demselben Betrag für dasselbe Vergehen wurde Guotkint gebüsst, wobei Salman und sein Vater dafür bürgen. StA Ko, B I:1, S. 160.

⁹³⁶ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 239, S. 74.

bevor sie ihr Bürgerrecht aufgaben. Gismahel wollte die Stadt verlassen und hatte auch bereits seine Abzugssteuer entrichtet. Da es ihm aber nicht gelang, alle ausstehenden Schulden einzutreiben, bat er den Kleinen Rat, ihm zu gönnen *"uff etwifil zites hie ze belibent"*. Das wurde ihm mit der Bemerkung gewährt, dass er den Abzug aufschieben könnte, da er ja sein Bürgerrecht noch nicht vor dem Grossen Rat aufgegeben hätte.⁹³⁷ Vischli hingegen gab sein Bürgerrecht auf, d.h. sein *"gevatter der Mayer"* tat es an seiner Stelle. Es wird festgehalten, dass er bereits seine *"anzal"* entrichtet und geschworen habe. Trotzdem werde er sich an *"kosten und schad"*, die der Stadt in dem kommenden Jahr erwachsen, beteiligen.⁹³⁸ Auch die Tatsache, dass Josep und Sakli sowie Jacob von Ulm in ihren Sonderprivilegien explizit von der Abzugssteuer befreit wurden, spricht dafür, dass das Erheben einer Abzugssteuer von Juden in den 1370er und 1380er der Norm entsprach. Anders sieht die Situation ab den 1430er Jahren aus. In den entsprechenden Aufnahme-/Steuerlisten sind keine Abzugszahlungen enthalten. Einzig von Bomann wurde anfänglich die enorme Summe von 100 Gulden, zahlbar im letzten Aufenthaltsjahr, gefordert. Bei seinem Abzug, zwei Jahre früher als abgesprochen, wurde aber nur ein Fünftel des geforderten Betrags eingezogen.⁹³⁹ Allerdings wird seine Bürgerrechtsaufgabe erst 1438 im Ratsprotokoll verzeichnet. Es wird festgehalten, dass ihm erlaubt werde, zwischen *Tertia post Georij* bis *Jacobi* weiterhin in der Stadt zu bleiben. In dieser Zeit hatte er denselben Bürgerstatus wie zuvor inne, d.h. er wurde nicht nur *"In gelaitz wise"* geduldet. Er durfte allerdings weder Gästen noch Bürgern Darlehen gewähren und war verpflichtet auch für die verbleibende Zeit Steuern zu zahlen.⁹⁴⁰

5.4.4.7 Die jüdischen Abgaben im Rahmen des städtischen Finanzhaushaltes

In welchem Verhältnis stehen die Abgaben jüdischer Bürger im Vergleich zu den Verpflichtungen christlicher Bürger und welche Bedeutung kommt den Abgaben der jüdischen Gemeinde im Rahmen des städtischen Finanzhaushaltes zu?

⁹³⁷ StA Ko, B I: 1, S. 225.

⁹³⁸ StA Ko, B I: 1, S. 225.

⁹³⁹ *"Item Boman Jud ist v jar Bürger worden und sint die jar am mayentag angangen anno 1433 und git jeclichs jars insunder ze stúr v guldin uff den maytag. Und am lettsten jar git er 100 guldin darzu(o) und vaht an uff den maytag im 34 Jar. Dt. v gulden vom 34 jar. Dt. v gulden vom 35 jar. Item er git aber 21 gulden, von dez wegen, als er sin burgrecht uffgeben und in ain raut die obgenanten jar us sin burgrecht zu(o) halten widerumb begnadet hat.,* StA Ko, L 432.

⁹⁴⁰ StA Ko, B I:6, S. 333.

Die Quellenüberlieferung lässt diesen Vergleich für die Zeitspanne von 1427 bis 1442 zu, wobei für die Jahre zwischen 1428 und 1433 nur eine Angabe für das Jahr 1431 vorliegt.⁹⁴¹

Die Abgaben der Juden betragen im obengenannten Zeitraum zwischen 1,7 und 5 Prozent der städtischen Einnahmen.⁹⁴² Im Vergleich mit anderen Städten ein verhältnismässig hoher Anteil. Dies liegt weniger an der Höhe der Abgaben sondern vorwiegend an der stark dezentralisierten Struktur des Finanzhaushaltes. Die Schuldenverwaltung fand ausgelagert statt und die Einkünfte aus allfälligen Rentenverkäufen oder Darlehen sind nicht in den jährlichen Einnahmesummen enthalten, ausser in den Jahren 1435 und 1436. In diese Jahre fallen auch die Prozentzahlen unter 2 %. Berücksichtigt man zusätzlich die Sonderabgaben und Bussen der jüdischen Gemeinde für den Zeitraum von 1433 bis 1442 dann ergibt sich eine Erhöhung des Anteils um mindestens einen Drittel. Diese Erhöhung ist allerdings nicht auf eine regelmässige Zusatzeinnahmenpolitik zurückzuführen, sondern auf die einmalige Zahlung von mindestens 1000 Gulden im Zusammenhang mit der Gefangennahme von 1429. Im Vergleich mit anderen Städten noch höher fällt der Anteil der jüdischen Abgaben an den christlichen Vermögenssteuern aus. Er beträgt zwischen 8 und 37 Prozent. In Nördlingen beispielsweise betrug der Maximalanteil gleichviel wie in Konstanz der Minimalanteil von 8 Prozent.⁹⁴³ Allerdings sind die Einnahmen aus den jährlichen Vermögenssteuern in einigen Jahren sehr tief, was auf einen tiefen Steuersatz zurückzuführen sein dürfte. Im Zusammenhang mit diesen hohen Prozentzahlen muss wie für Nördlingen berücksichtigt werden, dass mit den jüdischen Pauschalabgaben weitere Pflichten abgegolten wurden, welche die christlichen Bürgern zusätzlich zur Vermögenssteuer leisteten.⁹⁴⁴ Auch im Vergleich mit dem zweiten regelmässigen grossen Einnahmeposten, dem Ungeld, fallen die Einnahmen aus den jüdischen Abgaben hoch aus. Wie in Nördlingen lässt sich auch für Konstanz nicht nachweisen, dass die Stadtbürgerschaft versucht hätte über weitere Kanäle wie Sonderabgaben, Bussen oder Zwangsdarlehen ihre Einnahmen zu steigern. Nur einzelne Beträge in Zeiten der Krise bewirkten eine vorübergehende Erhöhung des städtischen Profits.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Konstanzer jüdische Gemeinde im Vergleich mit weiteren Posten in der Stadtrechnung sowie mit den Jahreseinnahmen verhältnismässig hohe Abgaben leisten mussten.

⁹⁴¹ In der Zeit von 1429 bis 1432 waren die Konstanzer Juden inhaftiert.

⁹⁴² Siehe Tabelle 21 im Anhang.

⁹⁴³ Siehe Tabelle 23 im Anhang.

⁹⁴⁴ Für Nördlingen siehe Kapitel 4.4.4.12.

5.4.4.8 Vergleich des jüdischen und christlichen Bürgerbegriffs

Insbesondere für Konstanz wurde in der Literatur schon verschiedentlich die Frage gestellt, ob es für ansässige Juden neben dem Bürgerstatus noch einen weiteren rechtlichen Status gab. In der schriftlichen Überlieferung bis 1447 werden allerdings nirgends explizit ansässige Juden, die nicht Bürger waren, erwähnt. So wird auch in allen Einträgen zur Aufnahme eines Juden von einer Aufnahme ins Bürgerrecht gesprochen.⁹⁴⁵ Irritierend ist in diesem Zusammenhang allerdings die Verwendung des Begriffs *"sesshaft"* in den städtischen Quellen.⁹⁴⁶

In mehreren Urkunden zu Darlehensgeschäften aus den 1370er Jahren werden die jüdischen Geldleiher entweder als sesshaft in einem Ort oder als Bürger einer Stadt bezeichnet.⁹⁴⁷ Was bedeutet an dieser Stelle sesshaft? Handelt es sich dabei um Juden, die zwar ansässig aber nicht Bürger von Konstanz waren? Oder steht der Begriff „sesshaft“, als Synonym für Bürgersein, da es nur jüdischen Bürgern erlaubt war, in der Stadt ansässig zu sein? In einem ersten Schritt soll der Inhalt der Begriffe *"sesshaft"* und *"Bürger"* im Zusammenhang mit ihrer Verwendung in Bezug auf Jacob von Ulm geklärt werden. Dieses Beispiel bietet sich an, da die Situation Jacobs von Ulm, eines prominenten Ulmer Geldleihers, verhältnismässig gut dokumentiert ist. Er lebte seit 1375 in Ulm, beschloss aber bereits 1377 aufgrund einer zunehmend negativ geprägten Haltung der Stadtobrigkeit, in Konstanz um die Aufnahme ins Bürgerrecht nachzufragen.⁹⁴⁸ Seine Anfrage wurde positiv beantwortet, allerdings mit der Be-

⁹⁴⁵ *"Ju(e)tlinen.... halt daz burgerrech, ald ander Juden die hie sint."* StA Ko, A IV:1, S. 1 (1377).

"... da empfang der gross rat den selben Videlin also zuo burger..." Ebd., S. 31 (1378).

"... do ward der selb Eberli jud von Egeltzhoven burger..." StA Ko, B I:1, S. 242.

"... Jacob den juden von Ulme ze burger empfangen haben..." Ebd.

"... als ander unser juden, die unser burger sint." StA Ko, A IV:1, S. 35, (1386)

"Item so hat och ain grosser rat Samuel den juden von Lindow ze burger ingenomen" Ebd., S. 60 (1417).

"... Salomon den juden von Rinvelden und Löwen juden sinen sun und dero wib und kinde mit allem ierem huss gesind...in unser burgrecht genomen habend..." StA Ko U 8308 (ca. 1418).

Bürgerrechtsaufgabe: *"Vischeli, der jud, der het burgerrecht uff geben..."* StA Ko, B I:1, Oder *"Gismahel der jud... alle die wile er nit burgrecht vor grossen rat uffgeben het..."* Ebd.

⁹⁴⁶ In Bezug auf Christen wird der Begriff sesshaft in der Regel Personen zugeordnet, die beispielsweise in Konstanz ansässig sind, aber nicht das städtische Bürgerrecht innehaben.

⁹⁴⁷ 30. Juli 1375: *"Sanwel dem juden von Aengen ze disen ziten sesshaft ze Costentz..."* StA Ko, U 8581.

2. Juli 1377: *"Jacob Moyses tohterman von Ehingen sesshaft ze Ulme und Manlin sinem sun burger ze Strassburg und des obgenanten Jacobs des juden erben..."* StA Ko, U 8536.

1. Juli 1377: *"fur mich Gu(o)tman der jude sesshaft ze Lindow..."* StA Ko, U 8532.

1. Juni 1379: *"Ja(e)klin juden Mosses tohterman von Ehingen gesessen ze Ulme burger in der selben unserer stat ze Costentz und Ma(e)nlin sinem sun burger ze Strassburg und iren erben..."* StA Ko, U 8550.

⁹⁴⁸ Dicker, Juden in Ulm. S. 27ff.

dingung, dass er dem Rat ein Darlehen von 1000 Gulden gewähren müsse. Diese Bedingung erfüllte Jacob umgehend, wie aus einer Urkunde vom 2. Juli 1377 hervorgeht.⁹⁴⁹ Er und sein Sohn liehen der Stadt die 1000 Gulden vor seiner Aufnahme ins Bürgerrecht (31. August 1377). Zur Zeit des Ausstellungsdatums der Urkunde war Jacob vermutlich noch nicht Bürger von Konstanz aber sicher Bürger von Ulm, wie in den folgenden Jahren. Sesshaft in Ulm bedeutet in diesem Fall also gleich Bürger von Ulm. Einer Urkunde von 1379 lässt sich entnehmen, dass der Konstanzer Bürger Jacob gleichzeitig Bürger von Ulm war.⁹⁵⁰ Dieses Beispiel legt also die Interpretation nahe, dass zu dieser Zeit der Begriff sesshaft gleichbedeutend mit Bürgersein verwendet wurde und nicht auf einen weiteren Rechtsstatus hindeutet.

Renate Overdick stellt für das 15. Jahrhundert die These auf, dass es in Konstanz Juden gab, die ansässig waren, ohne das Bürgerrecht zu besitzen, und solche, die Bürger waren. Als Belegstellen dafür führt sie an erster Stelle den Ratsprotokolleintrag zur Ausweisung der Juden von 1433 auf. Darin wird festgehalten, dass den Juden, *"so denn vor burger hie gewesen sint"*, gestattet wird, bis Jacobi in der Stadt zu bleiben, um ihre Forderungen einzutreiben.⁹⁵¹ Die Abgrenzung geschieht an dieser Stelle aber nicht gegenüber Juden, die in der Stadt nur ansässig waren, sondern gegenüber auswärtigen Juden, die auch noch Forderungen in der Stadt ausstehen hatten. Letzteren soll der Aufenthalt nicht gestattet werden, sondern explizit nur denjenigen, die schon vorher ansässig waren, und das waren die jüdischen Bürger. Als weitere Hinweise auf die Existenz jüdischer Beisassen führt Renate Overdick die Benennung der Juden im Ammangerichtsbuch auf. In einzelnen Einträgen werden die geldleihenden Juden entweder als Bürger einer Stadt, oder als in der betreffenden Stadt ansässig bezeichnet. Das auffälligste Beispiel ist Kirssmann. Im Ammangerichtsbuch wird er in zwei Einträgen mit *Kirssmann jud, sesshaft/gesessen zu(o) Merspurg* bezeichnet (1426/1427).⁹⁵² In einem dritten Eintrag von 1428, dem letzten Eintrag, wird er als *Kirssman jud burger* aufgeführt, der Haus und Hofstatt verkauft. Es ist nicht davon auszugehen, dass Kirssmann erst in dem Jahr, als er sein Haus verkauft und wegzieht, Bürger geworden ist. Wahrscheinlicher ist, dass er bereits in den vorangegangenen Jahren diesen rechtlichen Status innehatte.⁹⁵³ Wie bereits im Falle des Jakob von Ulm wären diese Einträge ein Hinweis darauf, dass es mindestens für eine ausgewählte Gruppe jüdischer Geldleiher möglich war, das Bürgerrecht in zwei Städten gleichzeitig

⁹⁴⁹ StA Ko, U 8536 (1377).

⁹⁵⁰ StA Ko, U 8550 (1379).

⁹⁵¹ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 374, S. 114.

⁹⁵² Ibid. S. 57.

⁹⁵³ 1425 wird Kirssmann auch in der Steuerliste aufgeführt.

innezuhaben.⁹⁵⁴ Auch die Formulierung in einer Urkunde von 1430, in der die Juden von Konstanz namentlich aufgeführt werden, unterstützt die These, dass der Begriff "sesshaft" für "Bürgersein" steht. Es wird von *"gemainer judschhait frowen und mannen jungen und alten so den by in und in der selben statt Costentz sessshafft und wonende gewesen sint"* gesprochen.⁹⁵⁵

Obwohl die Juden in Konstanz alle als Bürger aufgenommen wurden, unterschied die Obrigkeit sehr wohl zwischen jüdischem und christlichem Bürgerrecht. Dies zeigt sich auf der sprachlichen Ebene sehr deutlich in der Verwendung der Begriffe "Bürger" und "Juden". Im Ratsprotokolleintrag zur Aufnahme von Jütlin heisst es beispielsweise: *"...in iren schirme, also daz si der rat schirmen sol, als ander burger und jüden, es sie vor dem rate ald vor des ammans geriht und umb fra(e)velinen, die selben reht sont och sie haben ungevârllich."*⁹⁵⁶ Wie im Aufnahmeeintrag von Videlin⁹⁵⁷ im Bürgerbuch wird mit der Formulierung *"als ander burger und juden"* implizit auf den Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Bürgern hingewiesen. Interessant ist auch die Verwendung des Bürgerbegriffs in Bezug auf einen Konflikt zwischen einem Konstanzer Bürger und einem Gast. Im Ratsprotokolleintrag wird über den involvierten Juden Bomann geschrieben: *"wie das er hie burger und aber sie gast wer"*. Der Rat stellt weiter fest, dass es der Stadt Recht sei, *"welher gast ain burger mane anzelangend..."*.⁹⁵⁸ In diesem bestimmten Fall hat der jüdische Bürger Bomann dieselben Rechte wie ein christlicher Bürger. Der rechtliche Inhalt des jüdischen und christlichen Bürgers überschneiden sich in diesem Bereich, deshalb wird die allgemeine Formulierung *"welher gast ain burger mane"* verwendet, ohne die erneute Präzisierung, dass der Bürger ein Jude ist, anzufügen. Interessant ist auch eine Formulierung im Wuchergesetz von 1383.⁹⁵⁹ Darin wird festgehalten, dass Bürger, *"die kristan sind"*, jüdischen Geldleihern kein Geld zu einem erhöhten Zins verleihen dürften. Im Gegensatz dazu dürfen jüdische Bürger selbstverständlich anderen jüdischen Geldleihern Geld zu einem höheren Zins ausleihen. In anderen Einträgen,

⁹⁵⁴ Ein zweites Beispiel ist Seligman. 1428 wird er als *"Sa(e)ligman juden, burger ze Costentz"* bezeichnet. Im letzten Ammangerichtsbuch-Eintrag von 1431 wird er als *"Sa(e)ligman juden, burger zu Ulm"* bezeichnet. Wie es scheint, ist Seligmann nach Ulm gezogen und hat sein letztes Darlehen bereits im Status eines Bürgers von Ulm getätigt. Ibid. S. 63-64.

⁹⁵⁵ Generallandesarchiv Karlsruhe 5/ 314 (7694), 27. 11. 1430.

⁹⁵⁶ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 20, S. 5 (1377). Der Eintrag zur Aufnahme der Jütlin im Bürgerbuch enthält den Zusatz, dass die das *"burgerrecht ald ander juden"* halten solle. Sie und die andern Juden wurden also durchaus auch mit dem Begriff "Bürger" bezeichnet, wenn auch einem Bürgerbegriff mit einem andern Inhalt als der der christlichen Bürger. StA Ko, A IV:1, S.1

⁹⁵⁷ StA Ko, A IV:1, S. 31 (1378).

⁹⁵⁸ StA Ko B I:5, S. 260, zitiert in Overdick, Juden in Konstanz/Esslingen. S. 138.

⁹⁵⁹ Feger, Vom Richtebrief. Nr. 75.

in denen jüdische Bürger erwähnt werden, wird in der Regel der Begriff „Jude“ zur Unterscheidung auch aufgeführt. In dieser Satzung geschieht nun ausnahmsweise das Gegenteil.

6 Schaffhausen

6.1 Schaffhausen im Spätmittelalter

1218 hatte Schaffhausen den Status einer reichsfreien Stadt erlangt, den es gute 100 Jahre lang behalten konnte, bis der Ort von König Ludwig dem Bayern 1330 an die Herzöge von Österreich verpfändet wurde.⁹⁶⁰ Trotz Verpfändung wurde die Stadt in den Quellen weiterhin als Reichsstadt bezeichnet. Die Herzöge waren zwar verpflichtet die Rechte und Privilegien der Stadt zu respektieren, durch ihrer stärkere Präsenz und Nähe zur Stadt nützten sie die Herrschaftsrechte aber intensiver, als es der König zuvor im Stande gewesen war. Diese Tendenz verstärkte sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts und führte zum Verlust von städtischen Rechten.

Im 14. Jahrhundert war die innere Entwicklung der Stadt Schaffhausen geprägt von Konflikten auf zwei verschiedenen Ebenen; einerseits kam es innerhalb der regierenden adligen Oberschicht zu Machtstreitigkeiten, andererseits verweisen mehrere Verfassungsänderungen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts auf die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen dem Adel und den Handwerkern, die um die politische Gleichberechtigung, das heisst um die Beteiligung an der Stadtregierung kämpften.⁹⁶¹

Anfang des 15. Jahrhunderts gelang es aber der Stadt der Entwicklung des Machtverlusts Einhalt zu gebieten und bedeutende städtische Nutzungsrechte und Freiheiten zurückzugewinnen.⁹⁶² 1404 brachte die Stadt die städtische Reichssteuer von 40 Mark als Pfand in ihren Besitz und löste den halben Pfundzoll ein. Zwei Jahre später kaufte sie den Salzzoll zurück

⁹⁶⁰ Karl Schib, ed., Rechtsquellen des Kantons Schaffhausen, die. Erster Teil: Stadtrechte, Bd. 2. Das Stadtrecht von Schaffhausen II, das Stadtbuch von 1385., Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, XII. Abteilung (Aarau: 1967). Nr. 54, S. 81f. Zur Geschichte der Stadt Schaffhausen im Spätmittelalter: Karl Schib, Geschichte der Stadt und Landschaft Schaffhausen (Schaffhausen: 1972). Karl Mommsen, "Schaffhausen unter Oesterreichischer Pfandschaft," in Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert. Entwicklungen und Funktionen, ed. Wilhelm Rausch, Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 2 (Linz: 1972), 361-378. Peter Scheck, Die politischen Bündnisse der Stadt Schaffhausen von 1312 bis 1454 (Schaffhausen: 1994). Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens.

⁹⁶¹ 1350 erreichten die Handwerker, dass ein Drittel der Mitglieder des Kleinen Rats aus ihren Reihen gewählt werden musste. 1367 kam es zur Schaffung des Grossen Rates, der sich je zur Hälfte aus Handwerkern und Patriziern zusammensetzte. In den folgenden Jahren gewannen die Nichtadligen zunehmend an Einfluss, bis 1411 die Zünfte im Rahmen der neuen Zunftverfassung zu wichtigen politischen Körperschaften wurden. Allerdings kam es in den folgenden Jahren zu einer leichten Rückentwicklung und die Adligen konnten ihre Position in der Stadtregierung erneut festigen. Schib, Geschichte Schaffhausen. S. 112–120.

⁹⁶² Scheck, Bündnisse Schaffhausen. S. 33, S. 68ff.

und 1411 konnte die Stadt die Vogtei als unwiderrufbares Pfand einlösen.⁹⁶³ Im gleichen Jahr führte die Stadtobrigkeit mit Erlaubnis des österreichischen Stadtherrn die Zunftverfassung ein, was einen weiteren Machtverlust des Adels und eine Einbusse an Einflussmöglichkeiten des Stadtherrn zur Folge hatte. 1415 gelang es Schaffhausen erneut reichsfrei zu werden. Im Bestreben, unabhängig zu bleiben, wurde die Stadt Mitglied verschiedener Städtebünde, bis sie sich 1454 der Eidgenossenschaft anschloss.

Schaffhausen erlebte im 12./13. Jahrhundert einen bemerkenswerten Aufstieg, den die Stadt hauptsächlich ihrer verkehrstechnisch günstigen Lage am Rhein und der Tatsache, dass es in der näheren Umgebung keine grösseren Städte gab, verdankte. Die Stadt gehörte auf dem Höhepunkt ihrer ökonomischen Entwicklung zu den bedeutenderen Städten im Gebiet der heutigen Schweiz und Süddeutschlands. Bereits im folgenden Jahrhundert verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation. Ab den 1350er Jahren war die Schaffhauser Wirtschaft von einer Agrardepression und im 15. Jahrhundert von einer permanenten Wirtschaftskrise geprägt.⁹⁶⁴ In dem für diese Arbeit relevanten Zeitraum kann Schaffhausen als eine Mittelstadt von geringer wirtschaftlicher Reichweite bezeichnet werden, deren Handel und Gewerbe sich auf die Deckung der Bedürfnisse des eigenen, engen städtischen Wirtschaftsgebietes beschränkten.⁹⁶⁵ Auch unter dem Aspekt der Bevölkerungsgrösse betrachtet, gehörte Schaffhausen mit seinen 3000 bis 4000 Einwohnern zur Gruppe der kleineren Mittelstädte.⁹⁶⁶

⁹⁶³ 1421 verlangt Sigmund für die Bestätigung eine Summe von 3000 rh gl! "... das er in die stur der viertzig march silbers den Saltzhof den ctzoll und die vogty, alles daselbs zu Schafhusen, gnediklich bestetiget und in daruff ainen uffschlag dryertusent rinscher guldin von kunglicher macht getan hat." StA SH, UR 1679 (1421)

⁹⁶⁴ Schib, Geschichte, S. 125–130.

⁹⁶⁵ Hektor Ammann, Schaffhauser Wirtschaft (Thayngen: 1948). Landolt, Finanzhaushalt im 15. Jahrhundert, S. 7.

⁹⁶⁶ Amman berechnet anhand der Steuerbücher die Einwohnerzahl um 1400 auf 3500 bis 4000. Er rechnet drei Personen pro Haushalt (d.h. pro Steuereintrag, nach Abzug der Dienstboten). Berücksichtigt man die verschiedenen Vorstädte Schaffhausens, so umfasst der bebaute Raum der Stadt um 1400 eine Fläche von mehr als 30 ha. Nach den Berechnungen von Amman (mindestens 100 Einwohner pro Hektare) ergibt sich Ende des 14. Jahrhunderts eine Einwohnerzahl von über 3500.

Amman, Hektor. Schaffhauser Wirtschaft im Mittelalter. Thayngen 1948, S. 222ff.

6.2 Die jüdische Gemeinde Schaffhausens

Für Schaffhausen ist die Existenz einer jüdischen Gemeinde erstmals 1299 belegt.⁹⁶⁷ Über die Rechtsstellung, die wirtschaftliche Tätigkeit und die Abgaben sowie über die Grösse und innere Organisation der jüdischen Gemeinde ist aus der Zeit vor 1349 jedoch wenig bekannt. In Schaffhausen bildete in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Kombination von wirtschaftlicher Krise und innenpolitischer Unruhe den idealen Nährboden für die erfolgreiche Verbreitung antijüdischer Legenden. Und bereits 1342 ist für Schaffhausen ein Vorläufer der Verfolgungswelle von 1349 belegt. Nach Johannes von Winterthur kam es in diesem Jahr zu einer Judenverbrennung.⁹⁶⁸ Dieser kurze und unspektakulär formulierte Abschnitt ist allerdings die einzige überlieferte Nachricht, die dieses Geschehen dokumentiert. Bereits sieben Jahre später kam es in Schaffhausen erneut zu einer Judenverfolgung. Am 21. Februar 1349 wurden die Schaffhauser Juden aufgrund einer Brunnenvergiftungsklage gefangengesetzt, verurteilt und verbrannt, obwohl ihr Schutzherr, der österreichische Herzog Albrecht, in seinem Gebiet versucht hatte, die Juden vor derartigen Übergriffen zu schützen.⁹⁶⁹

Erst zwanzig Jahre nach dem Untergang der ersten jüdischen Gemeinde ist in Schaffhausen erneut die Anwesenheit von Juden belegt.⁹⁷⁰ Aufgrund der schlechten Quellenlage sind die Informationen über die zweite jüdische Gemeinde für den Zeitraum bis 1400 relativ spärlich. Aus den Frevel- und Bussenbüchern geht hervor, dass die jüdische Gemeinde bereits 1394 erneut von Schaffhauser Bürgern bedroht wurde. So stand beispielsweise der Schaffhauser Heini Nägeli wegen versuchtem Aufruhr vor Gericht. Er hatte verkündet, dass keiner der Ratsherren, welche die Juden schützten, stark genug sein würde, den Auflauf gegen die Juden zu verhindern.⁹⁷¹ In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts lassen sich in zahlreichen Städten innerstädtische Konflikte nachweisen, die für die jüdischen Gemeinden fatale Folgen haben

⁹⁶⁷ In einem Grundzinsrodel des Klosters Allerheiligen wird ein Jude als Besitzer dreier Häuser aufgeführt. Jacob Johann Rüeger, ed., Chronik der Stadt und Landschaft Schaffhausen I (Schaffhausen: 1884). S. 341. Zur Diskussion, ob bereits früher Juden in Schaffhausen ansässig waren, siehe Oliver Landolt, "Wie die Juden zu Diessenhofen ein armen Knaben ermordeten, und wie es ihnen gieng." Ritualmordvorwürfe und die Judenverfolgungen von 1401," Beiträge zur vaterländischen Geschichte 73 (1996): 161-194. S. 161-194. S. 164, Anm. 18. Weitere Literatur zur Geschichte der Juden Schaffhausens im Spätmittelalter: Burmeister, "medinat bodase" 1. Burmeister, medinat bodase 2. Gilomen, "Sondergruppen." Harder, "Juden in Schaffhausen." Löwenstein, Juden am Bodensee. Schib, Geschichte Schaffhausen. S. 148ff.

⁹⁶⁸ „Anno dominice incarnationis MCCCXLII apud oppidum Harenberg vocitatum XIII Judei deprehensi in sacrilegiis et aliis furtis gravibus combusti sunt. Complices quoque sui aliqui, ab eis proditi vel alias notati, Schafuse et in Friburgo inferiori et in Philinen morte condigna mulcati sunt.“ Johannis Vitodurani Chronicon. In: Archiv für Schweizerische Geschichte. Band 11. Zürich 1856. S. 169.

⁹⁶⁹ Zum Nachlassstreit um das "Judenerbe" siehe Kapitel 6.4.4.3.

⁹⁷⁰ Harder, "Juden in Schaffhausen." S. 43f.

konnten. Inwieweit die innenpolitischen Spannungen in Schaffhausen jedoch negative Auswirkungen für die jüdische Gemeinde gehabt haben, ist nicht genau nachzuvollziehen. 1401 kam es aufgrund einer Ritualmordbeschuldigung erneut zu einer Verurteilung von Juden. Dreissig Personen wurden am 25. Juni 1401 verbrannt.⁹⁷² In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die Ermordung der Juden 1401 im Zuge einer Ritualmordbeschuldigung auch vor dem Hintergrund innerstädtischer Spannungen zu sehen ist. Städtische Oppositionsgruppen bedienten sich oft des Vorwurfs, dass die Stadtoberkeit von den Juden bestochen worden sei. Die Kombination vom Vorwurf der Korruption und der Anschuldigung mit der religiösen Randgruppe der Juden, bei denen zahlreiche Städter verschuldet waren, unter einer Decke zu stecken bildete ein hochexplosives Gemisch. In diesem Kontext konnte eine Parteinahme für beschuldigte Juden leicht in einem Aufstand gegen die Obrigkeit enden. In der Regel ging der Rat dieses Risiko nicht ein und opferte die Juden dem inneren Frieden.⁹⁷³

Nach einem Unterbruch von 19 Jahren siedelten 1420 erstmals wieder Juden in Schaffhausen. Diese zweite Phase jüdischer Ansässigkeit dauerte bis 1444. Anfang der 1440er Jahre wurden die Schaffhauser Juden erneut im Zusammenhang mit einer Ritualmordbeschuldigung in der Region gefangengesetzt und danach vermutlich vertrieben. Nach einem weiteren Unterbruch von 15 Jahren ist für das Jahr 1458 belegt, dass Juden in Schaffhausen siedelten. 1472 fasste die Ratsobrigkeit den Beschluss, den Juden das Aufenthaltsrecht zu kündigen⁹⁷⁴ und spätestens 1475 wurden die Juden endgültig aus Schaffhausen vertrieben.⁹⁷⁵

6.3 Der Finanzhaushalt Schaffhausens

In Schaffhausen lag die oberste Finanzkontrolle beim Kleinen Rat. Obwohl es in den Kompetenzbereich des Grossen Rats fiel, zu bestimmen, ob Kredite aufgenommen oder Vermögenssteuern erhoben werden sollten, hatte doch der Kleine Rat die letzte Entscheidungsgewalt.⁹⁷⁶ Dem städtischen Finanzwesen standen bis 1375 drei und danach zwei Stadtrechner

⁹⁷¹ Löwenstein, Juden am Bodensee. S. 63.

⁹⁷² Landolt, "Ritualmord." S. 172–191.

⁹⁷³ Graus, Pest. S. 225, 374f.

⁹⁷⁴ StA SH, RP, S. 286 in: Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 185.

⁹⁷⁵ Harder, "Juden in Schaffhausen." S. 58. GJ III:2, S. 1311. Burmeister, medinat bodase 2. S. 179.

⁹⁷⁶ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 19.

vor, die unter anderem für das Führen der städtischen Rechnung zuständig waren.⁹⁷⁷ Das Haushaltsvolumen der Stadt Schaffhausen bewegte sich im 15. Jahrhundert zwischen 3500 fl und 13'500 fl, wobei die Einnahmen in den meisten Jahren zwischen 4000 und 6000 fl lagen.⁹⁷⁸ Die Einnahmenstruktur des Schaffhauser Finanzhaushalts wurde im 15. Jahrhundert eindeutig von den direkten und indirekten Steuern, die 40 bis 45% der jährlichen Einnahmen ausmachten, dominiert.⁹⁷⁹ An zweiter Stelle stehen mit 26% die Anleihen.⁹⁸⁰ Die Stadt nahm im 15. Jahrhundert häufig kurzfristige Kredite auf, entweder bei wohlhabenden Stadtbürgern oder bei Juden und Kawertschen. Weit wichtiger war aber die Kreditfinanzierung durch Wiederkaufsrenten- und Leibrentenverkauf.

Schaffhausen hatte während des ganzen 15. Jahrhunderts mit einer grossen Schuldenlast zu kämpfen. Verursacht wurde sie durch eine Kumulierung von Ausgaben für den Erwerb von zahlreichen Herrschaftsrechten und der Wiedererlangung der Reichsfreiheit sowie von Investitionen, um sich den Status einer Reichsstadt zu erhalten.

Schaffhausen verfügt für das 15. Jahrhundert über umfangreiches Quellenmaterial bezüglich des Finanzhaushalts.⁹⁸¹ Für die Jahre von 1400 bis 1412 erweist sich die Quellenlage als gut. Mit dem Übergang zur halbjährlichen Rechnungsführung im Jahr 1413 verschlechtert sich die Quellensituation abrupt. Im Gegensatz zur vorangehenden Zeitperiode sind prozentual bedeutend weniger Rechnungsbücher überliefert, denn die halbjährliche Rechnungsführung setzt voraus, dass sich pro Jahr vier Bände, zwei Einnahmen- und zwei Ausgabenbücher, erhalten haben, damit eine umfassende Aussage über die finanzielle Situation der betreffenden Finanzperiode gemacht werden kann.⁹⁸² 1455 kehrte die Schaffhauser Finanzverwaltung zur jährlichen Rechnungsführung zurück.⁹⁸³

⁹⁷⁷ Bis 1375 waren zwei Patrizier und ein Nichtpatrizier, danach je ein Patrizier und ein Nichtpatrizier als Stadtrechner tätig. Ibid. S. 20.

⁹⁷⁸ Ibid. S. 39f, S. 58.

⁹⁷⁹ Oliver Landolt, "Der Finanzhaushalt der Stadt Schaffhausen im Spätmittelalter," in Staatsfinanzierung und Sozialkonflikte (14.-20. Jh.), ed. Sébastien Guex, Martin Körner, Jakob Tanner, Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 12 (Zürich: 1994), 41-53. S. 44f. Die jährlich erhobene direkte Vermögenssteuer stellte eine der wichtigsten städtischen Einkünfte dar. Zur Stellung der Vermögenssteuern im Finanzhaushalt Schaffhausens siehe ebd., S. 75-80.

⁹⁸⁰ Der hohe finanzielle Aufwand, den die Stadt für Zinszahlungen und Schuldentilgung hatte, steht für die grosse Bedeutung, welche die Finanzierung mittels Kreditaufnahmen für den Schaffhauser Stadthaushalt hatte. Die Zinszahlungen betrugen durchschnittlich 50% der Gesamtausgaben, wozu noch 15% für die Schuldentilgung gezahlt werden müssen. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 51.

⁹⁸¹ Zentral ist die Überlieferung eines Grossteils der Stadtrechnungen und der Steuerlisten. StA SH, A II 05.01; A II 06.

⁹⁸² Landolt weist darauf hin, dass ein Vergleich der Halbjahresbände deshalb schwierig sei, weil die Struktur der Einnahmen- wie auch der Ausgabenseite innerhalb eines ganzen Jahres unterschiedlich ausfalle. So wurde z.B.

6.4 Rechtliche Gruppen in Schaffhausen

6.4.1 Christliche Bürger

6.4.1.1 Aufnahmemodalitäten

Die Aufnahme ins städtische Bürgerrecht erfolgte in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts durch den Schultheissen und den Rat, im folgenden Jahrhundert durch den Bürgermeister und den Grossen Rat.⁹⁸⁴ Es wurde zwischen einem Bürgerrecht für Adlige und einem für Nichtadlige unterschieden.⁹⁸⁵ In dieser Differenzierung spiegeln sich die inneren Machtverhältnisse im Schaffhausen des 14. Jahrhunderts wider. Bereits in Bezug auf die Aufnahme wurden unterschiedliche Bestimmungen erlassen. 1378 wurde beispielsweise im Stadtbuch festgehalten, dass für eine rechtmässig vollzogene Aufnahme eine Mindestzahl von Ratsmitgliedern anwesend sein müsse. Für einen "*edlenman*" lag die Grenze bei 21, für einen "*unedelman*" bei 16.⁹⁸⁶ Ein weiterer Unterschied bestand darin, dass ein "*edelman*" nicht in der Stadt haushäblich und ansässig sein musste, um in den Genuss des vollen Bürgerrechts zu kommen.⁹⁸⁷ Diese Unterscheidung von adlig und nichtadlig ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass der städtische Adel im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts einen überaus wichtigen Machtfaktor darstellte. Nicht nur seine Stellung im Rat trug dazu bei, sondern auch die Tatsache, dass über 90% der grossen Vermögen in Schaffhausen in adliger Hand waren.⁹⁸⁸ Grundlage des Reichtums war unter anderem der Besitz ländlicher Herrschaften. Oft lag es im Interesse der städtischen Adligen, ihre Herrschaftsrechte direkt auf dem Land auszuüben. Diesem

die jährlich erhobene Vermögenssteuer immer im ersten Halbjahr verbucht. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 35.

⁹⁸³ Eine Übersicht der überlieferten Stadtrechnungen und Steuerbücher von 1392–1500. Ibid. S. 40–43.

⁹⁸⁴ 1459 enthält eine Bestimmung zur Bürgeraufnahme jedoch den Eintrag, dass der Kleine Rat darüber entscheiden solle, wer ins Bürgerrecht aufgenommen werden solle. Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 131, Nr. 234. In den überlieferten Bürgerbriefen steht in der Regel, dass die Betreffenden vom Bürgermeister und dem Rat ins Bürgerrecht aufgenommen worden seien.

⁹⁸⁵ Peter Scheck, "Datierung der Schaffhauser Stadtrechnungen von 1396–1437," (Schaffhausen: 1987). S. 68ff.

⁹⁸⁶ Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 37, Nr. 57.

⁹⁸⁷ Ibid. "... und den ra(e)ten ze Schaffhusen gehorsam ze sinne umb stúran, umb dienst und umb allú ding in aller der wise, als ob er únser ingesessen burger wa(e)re ...". Hans Lieb und Elisabeth Schudel, ed., Rechtsquellen des Kantons Schaffhausen, die. Erster Teil: Stadtrechte, Bd. 1. Rechtsquellen 1045–1415, bearb. von Karl Mommsen., Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen XII. Abteilung. (Aarau: 1989).S. 140, Nr. 86b.

⁹⁸⁸ Ammann, Schaffhauser Wirtschaft. S. 266.

Umstand scheint die Bürgeraufnahmeverordnung von 1378 Rechnung getragen zu haben. Im Gegensatz zum Adel ging ein *"unedel man"* seiner Privilegien als Bürger verlustig, wenn er sich ausserhalb der Stadt niederliess, obwohl er weiterhin all seinen Bürgerpflichten, wie steuern, wachen etc., nachkommen musste.⁹⁸⁹ Ende des 14. Jahrhunderts und während des 15. Jahrhunderts wurde diese Bestimmung offener gehandhabt. Dem Neubürger war es belassen, in der Stadt oder im *"geriht"* der Stadt seinen Wohnsitz zu nehmen.⁹⁹⁰ Sowohl adlige wie nichtadlige Neubürger wurden dazu verpflichtet, ihr Bürgerrecht mindestens zehn Jahre zu halten.⁹⁹¹ Im Laufe des 15. Jahrhunderts verschwand die Unterscheidung zwischen adligen und nichtadligen Bürgern aus den rechtlichen Bestimmungen. Bereits in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bürgerte sich eine neue Aufteilung der Neubürger in Handwerksleute und Nichtgewerbetreibende ein.⁹⁹²

Für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts ist 1378 erstmals belegt, dass die Neubürger bei ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht eine Abgabe zu leisten hatten. Adlige mussten einen Harnisch zur Verfügung stellen, und für nichtadlige Neubürger lautete die Bestimmung wie folgt. Er solle *"in des rats gewalt hernisch henken so vil als den ra(u)t ald den mertail under in denne dunket"*.⁹⁹³ In beiden Fällen blieb der Harnisch auch nach Abzug der Betreffenden im Besitz der Stadt. Zehn Jahre später wurde diese Bestimmung modifiziert. Ein Harnisch wurde nur noch von denjenigen Neubürgern verlangt, die über ein Vermögen von mindestens 50 Pfund verfügten. Alle andern wurden dazu verpflichtet, eine *"begglehuben mit schlappen und ain gollir und zwen hentschuoeh in dez ratz gewalt"* zu übergeben. Zusätzlich wurde verlangt, dass *"ir jeglicher och in unser statt so vil gu(o)tez an legen"* solle, *"daz ez der statt warte, alz der rat ald der merer tail des ra(u)ts"* dem Vermögen entsprechend bestimme.⁹⁹⁴

Seit wann in Schaffhausen auch eine Bürgerrechtsgebühr zu leisten war, ist aus den überlieferten Quellen nicht mehr ersichtlich. Erstmals ist sie in der ersten Stadtrechnung von 1396, die eine Rubrik *"burgrecht"* enthält, belegt.⁹⁹⁵ Auch in den Stadtrechnungen des 15. Jahrhun-

⁹⁸⁹ Schib, ed., SSRQ SH 2. S.37, Nr. 57.

⁹⁹⁰ *"Won sol im oh von des burgrehtes wegen nihtes beholfen sin, er sitzi denne mit hus in únser stat ald in únserm geriht."* Schudel, ed., SSRQ SH 1. S. 140, Nr. 86b. Da das Original fehlt, ist die Datierung nicht genau vorzunehmen. Die Bestimmung dürfte aber im Zeitraum zwischen 1370 und 1380 erlassen worden sein.

⁹⁹¹ Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 118, Nr. 205.

⁹⁹² Ibid. S. 131, Nr. 234.

⁹⁹³ Ibid. S. 38, Nr. 58.

⁹⁹⁴ Ibid. S. 37f, Nr. 57.

⁹⁹⁵ StA SH, A II 05.01, Bd. 1.

derts sind die Bürgergeldzahlungen ein halbjährlich auftretender Einnahmeposten.⁹⁹⁶ In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts betrug die Gebühr in der Regel 2 Gulden, die innerhalb von acht Tagen nach der Aufnahme ins Bürgerrecht direkt an die Rechner geleistet werden musste.⁹⁹⁷ In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts betrieb der Rat von Schaffhausen eine Politik der erleichterten Einbürgerung, um die stagnierende Wirtschaft zu beleben, die desolate allgemeine Finanzlage zu verbessern und die Wehrmacht zu vergrössern. Diese Tendenz zeigt sich unter anderem darin, dass häufig die Aufnahmegebühr erlassen wurde. Laut der Schneiderordnung von 1409 war die Aufnahme ins Bürgerrecht sowie die Stellung eines Harnischs eine Voraussetzung um in Schaffhausen das Handwerk eines Schneiders ausüben zu können.⁹⁹⁸ Zusätzlich mussten die Mitglieder einer Zunft auch eine Eintrittsgebühr an die jeweilige Zunft entrichten, die beispielsweise im Fischerzunftbrief von 1411 mit 2 lb hl und einer Armbrust im Wert von 3 lb hl veranschlagt wurde. Dazu kommen kleinere Gebühren an den Zunftmeister, die Sechser und den Zunftknecht.⁹⁹⁹ In den sechs aus dem Jahre 1449 überlieferten Zunftbriefen sind die Gebühren gleich hoch geblieben.¹⁰⁰⁰ Im Zunftbrief der Schneider wird festgehalten, dass eine Frau, die die Zunft "*kouffen will*", ein Pfund und vier Schilling haller geben solle.¹⁰⁰¹ Wie bei den Männern kommen dazu noch kleinere Abgaben an den Zunftmeister, die Sechser und den Zunftknecht.¹⁰⁰² Auch die Söhne, die die Zunft erbten,

⁹⁹⁶ Die Einnahmen aus der Bürgeraufnahmegebühr sind jedoch relativ gering. In der Regel lagen sie zwischen 10 und 30 fl jährlich. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 247f.

⁹⁹⁷ Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 118, Nr. 205. Inwieweit auch die Söhne und/oder Töchter von Bürgern eine Aufnahmegebühr zu entrichten hatten, ist nicht bekannt. Rüedi weist darauf hin, dass anfang des 15. Jahrhunderts zum Teil sogar Gebühren in der Höhe von 4 Gulden entrichtet wurden. Ernst Rüedi, "Das Schaffhauser Bürgerrecht im Wandel der Zeiten," Schaffhauser Beiträge zur vaterländischen Geschichte 40 (1963): 7-53. S. 15.

⁹⁹⁸ Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 94, Nr. 168. Diese Schneiderordnung von 1409 enthielt im wesentlichen einen Lohntarif. Der Rat verpflichtete die Schneidermeister dazu, sich daran zu halten, stellte es Neubürgern allerdings frei, ob sie das Stubenrecht und die Gesellschaft kaufen wollten. Karl Schib, "Die Entstehung und der politische Sieg der Zünfte im Jahre 1411," Beiträge zur vaterländischen Geschichte 38 (1961): S. 7-17.

⁹⁹⁹ Schudel, ed., SSRQ SH 1. S. 301, Nr. 173. Bedeutend geringer war der finanzielle Aufwand für den Sohn eines Meisters. Er musste der Zunft 8 hl leisten sowie dem Zunftmeister und den Sechsern ein Viertel Wein zukommen lassen. Die Zunftordnung der Fischer ist der einzige überlieferte Zunftbrief von 1411. Von 1449 sind mehrere Zunftbriefe in einer Abschrift in einem Ordnungsbuch enthalten: die Zunftbriefe der Fischer, Gerber, Schneider, Schmiede, Kaufleute, Pfister und Rebleute. Die Bestimmungen zu den Abgaben von 1449 sind für die Fischerzunft identisch mit denjenigen von 1411. Allerley Ordnungen, S. 46.

¹⁰⁰⁰ Allerley Ordnungen: Vischerzunft, S. 46. Gerwerzunft, S. 49, Schniderzunft, S. 57, Schmidtzunft, S. 61, Kouffluten zunft, S. 65, Pfisterzunft, S. 68. Zu den Zunftbriefen auch Ernst Rüedi, "Die Zunftverfassung von 1411/1535," Beiträge zur vaterländischen Geschichte 38 (1961): S. 18-45.

¹⁰⁰¹ Die Gebühr ist vergleichsweise tief. In Basel betrug das Zunftgeld für die Weberzunft für Frauen vier Gulden und für Männer 6 Gulden. Der Grossteil der Weber und Weberinnen konnten diese Summe nicht bei Eintritt aufbringen und zahlten die Summe über einen längeren Zeitraum in kleinen Raten ab. Katharina Simon-Muscheid, "Frauenarbeit und Delinquenz im spätmittelalterlichen Textilgewerbe," in Eine Stadt der Frauen: Studien und Quellen zur Geschichte der Baslerinnen im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit (13. -17. Jahrhundert), ed. Heide Wunder (Basel; Frankfurt am Main: 1995), 82-91. S. 83.

¹⁰⁰² Allerley Ordnungen, S. 57.

mussten einen geringen Beitrag leisten.¹⁰⁰³ Auch Schaffhausen dürfte am Zuzug von qualifizierten Handwerkern, deren Gewerbe untervertreten war, besonders interessiert gewesen sein. Es lassen sich aber im Gegensatz zu Konstanz keine einschränkenden Aufnahmebestimmungen finden, in denen solche bevorzugt worden wären und gegen andere ein Aufnahmestopp verhängt worden wäre. Von 1459 ist ein Erlass überliefert, laut welchem Handwerksleuten, die nach Schaffhausen ziehen wollten, das Bürgerrecht geschenkt werden solle.¹⁰⁰⁴ In Bezug auf Nicht-Handwerker heisst es, dass diese aufgenommen werden sollten, falls sie aufgrund der Einschätzung des Kleinen Rates "*der gemainer stat nutzlich und erlichen*" seien. Als Entgegenkommen von städtischer Seite her, sollte der Neubürger "*der stúr halb mit ainem geding*" aufgenommen werden. In dieser Bestimmung manifestierte sich eine städtische Haltung, die nicht neu gewesen sein dürfte. Ein ansehnliches Vermögen oder entsprechender Land- und Burgbesitz sprachen für eine Aufnahme und den reichen Neubürgern wurden zusätzlich Sonderkonditionen gewährt. Auch der Hinweis auf Vorfahren, die schon in Schaffhausen ansässig gewesen waren oder auf bereits für die Stadt geleistete Verdienste unterstützte ein Aufnahmebegehren.¹⁰⁰⁵

In Schaffhausen konnte das Bürgerrecht vererbt werden. Der Stadtbucheintrag von 1425 könnte ein Hinweis dafür sein, dass das Bürgerrecht zeitweilig sogar an uneheliche Kinder weitergegeben worden war.¹⁰⁰⁶ Vermutlich mussten Söhne und Töchter von Bürgern keine Aufnahmegebühr oder höchstens eine in symbolischer Höhe leisten.¹⁰⁰⁷

Abschliessend soll auch für Schaffhausen darauf hingewiesen werden, dass die Bürgeraufnahmepolitik der Stadtobrigkeit wellenartig verlief. "Brauchte" die Stadt neue Bürger, wie beispielsweise in den 1450er Jahren aufgrund der steigenden Schuldenlast, wurden die Anforderungen an die Neubürger gesenkt. Andererseits kam es auch zu Abschliessungstendenzen der bestehenden Bürgerschaft, was sich in einem Aufnahmestopp manifestieren konnte.

¹⁰⁰³ Rüedi, "Zunftverfassung," S. 36.

¹⁰⁰⁴ Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 131. Nr. 234.

¹⁰⁰⁵ Hans Wingkel verweist auf seine Vorfahren, die bereits in Schaffhausen ansässig gewesen seien. StA SH UR 2382 (1457).

¹⁰⁰⁶ "*daz kain bantkart daz burrecht nit erben sol*". Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 25, Nr. 38a.

¹⁰⁰⁷ Diese Frage wäre allerdings noch genauer abzuklären. Für Schaffhausen ist kein Bürgerbuch überliefert. Die Neubürger, die eine Gebühr leisteten, sind allerdings in den Rechnungsbüchern verzeichnet.

6.4.1.2 Vermögens- und Verbrauchssteuern

In Schaffhausen wurde im 14. Jahrhundert eine Vermögenssteuer erhoben, die von Bürgern und Nichtbürgern geleistet werden musste.¹⁰⁰⁸ Bereits in einer Urkunde von 1316 wurde bestimmt, dass jeder, der den Schutz der Stadt genösse, auch verpflichtet sei zu steuern und wachen und *"übel und guot han und liden, alle die will er da seshaft ist"*.¹⁰⁰⁹ Der Anlassbrief von 1367 enthält die ersten ausführlicheren normativen Bestimmungen zum Schaffhauser Steuerwesen. Als Grund für die Erhebung einer Vermögenssteuer wurden hohe Kosten infolge aussergewöhnlicher Bautätigkeit oder kriegerischer Handlungen genannt. Weiter wurde argumentiert, dass die Steuer somit der Schuldentilgung diene. Bereits zu dieser Zeit dürfte die Steuer alljährlich erhoben worden sein und einen wichtigen Bestandteil des städtischen Finanzhaushalts gebildet haben. Bis in die 1420er Jahre wurde das Vermögen in liegende und fahrende Habe unterteilt und unterschiedlich hoch besteuert; 1416 im Verhältnis von 2:3. Spätestens ab 1427 wurden dann beide Vermögensteile äquivalent besteuert. Analog zu anderen Städten wurde auch in Schaffhausen degressiv besteuert.¹⁰¹⁰ Es wurde aber nicht nur eine Vermögens- sondern teilweise auch eine Einkommenssteuer erhoben. Bereits 1367 wurde in einem Schiedsspruch festgehalten, dass arme Leute, *"hantwerker und arbeiter"*, *"nah gelegenheit ihres hantwerks und ir arbeit"* steuern sollten.¹⁰¹¹ Männliche Dienstboten ohne eigenes Vermögen mussten eine Kopfsteuer von 2 Schilling entrichten, die vermutlich von ihrem Dienstherrn gezahlt wurde.¹⁰¹² Dass die Zahlungsmoral auch im Schaffhausen des 15. Jahrhunderts nicht sehr hoch war, zeigen die zahlreichen Einträge von zu spät eingegangenen Steuerzahlungen in der Restanzenrubrik der Stadtrechnungen.¹⁰¹³ Auch *"lantlút"*, die *"ligen des gu(o)tes in unsern gerihten hant ligent, es siien húser, wingarten, hofstette, garten"*, mussten einen Harnisch stellen und jährlich eine vereinbarte Steuersumme zahlen, auch wenn von den Bürgern keine *"gemain stúr"* erhoben wurde.¹⁰¹⁴

¹⁰⁰⁸ Ausgenommen der Geistlichen, der Juden und der intra- und extramuralen Gedingbürger, die eine gedingte Steuer leisteten.

¹⁰⁰⁹ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 123/4. Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 46, S. 68.

¹⁰¹⁰ Siehe beispielsweise die Steuertarifordnung der Steuerordnung von 1464 und die Tabelle der rekonstruierbaren Steuersätze im 15. Jahrhundert. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 128 und Anhang S. 748f. Allgemein zur Vermögenssteuer in Schaffhausen: Ammann, Schaffhauser Wirtschaft. S. 248-261.

¹⁰¹¹ 1367 betraf dies alle Vermögen unter 100 Mark, 1375 alle Vermögen unter 40 Mark. Dieser Betrag wurde 1405 bestätigt und 1439 um eine Mark erhöht. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 126f. Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 94a, S. 173. Interessant ist, dass die ärmeren Stadtbewohner in finanziell besseren Zeiten häufig nicht in die Steuerpflicht einbezogen wurden. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 130.

¹⁰¹² Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 130.

¹⁰¹³ Ibid. S. 147. Zu Steuerstrafen und Bussen siehe S. 148, Scott, Freiburger Enquete und Schmuki, S. 145-153.

¹⁰¹⁴ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 58, S. 38.

Neben der jährlichen Vermögenssteuer wurden die Schaffhauser Steuerzahler in unregelmässigen Abständen mit zusätzlichen, ausserordentlichen Steuern belastet. Begründet wurde die Erhebung mit der Amortisation ausserordentlich auftretender Ausgaben, für öffentlichen Bauten oder Kriegszüge. Bereits aus der Bezeichnung dieser Steuern geht teilweise hervor, zu welchem Zweck sie erhoben worden waren; *"soldnerstúr, "anlegung des buws"*.¹⁰¹⁵ In der Zeit der grössten Verschuldung der Stadt erhob die Obrigkeit zwischen 1453 und 1458 einen *"wuchenpfennig"*.¹⁰¹⁶ Dabei handelte es sich um eine Sondersteuer, die von allen Erwachsenen wöchentlich zu entrichten war. In der Regel wurde pro Person 1 d bezahlt, wobei reichere Steuerzahler oft einen um ein Mehrfaches höheren Betrag leisteten.¹⁰¹⁷ Eine weitere Möglichkeit, die Steuereinnahmen zu vergrössern, sah die Stadt in der Erhöhung der Zahl finanzkräftiger Bürger. Eine Strategie der Stadt, um dieses Ziel zu erreichen, bestand darin, vermögenden Stadtbürgern mit Steuerabkommen entgegenzukommen und somit die Attraktivität des Standortes zu verbessern. 1459 wird im Stadtbuch festgehalten, dass Neubürger, die der Stadt von Nutzen sein könnten, mit einer gedingten Steuer aufgenommen werden könnten.¹⁰¹⁸ 1450 wurden beispielsweise Wilhelm im Turn und sein Bruder Ruegger ins Schaffhauser Bürgerrecht aufgenommen und verpflichtet 10 Pfund Schirmgeld zu leisten.¹⁰¹⁹ Interesse an einem Sondersteuerabkommen hatten nicht nur Neubürger, sondern auch bereits ansässige Bürger, die darin die Möglichkeit sahen ihre Abgaben zu verringern.¹⁰²⁰ Um diesen Missbrauch ein-

¹⁰¹⁵ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 161ff.

¹⁰¹⁶ In Bürgerbriefen und Urkunden über eine Bürgerrechtsaufgabe aus den 1450er Jahren wird die Zahlung des Wochenpfennigs neben den übrigen Bürgerpflichten aufgeführt: *"Hartman von Lunenberg zu Rapperswilr ... bishar von ettlicher verfallner usstelliger sturen anlegung von wachens, hutens, raisens, diensens und des wuchpfennings..."*. StA SH, UR 2353 (1456). *"Ich Hans Wingkel.... Als die im Wingkel min vordern seligen und ich von alter her in Schaffhusen wonhafft gewesen sind ... So sol ich, die will ich also bi inen wonhafft bin, verpunden sin, zu wachen, zu hutten, tringwin und mülizol och den wuchpfennig von miner und andern minen diensten und personen, so ich bi mir hab, zugeben."* StA SH, UR 2382 (1457).

¹⁰¹⁷ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 163ff.

¹⁰¹⁸ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 234, S. 131. In Bezug auf Nichtgewerbetreibende erlässt der Rat die folgende Satzung: *"...will da ain clainen raut bedungen, daz der gemainer stat nutzlich und erlichen sye, so mogend si den der stúr halb mit ainem geding uffnemen und harin ziehen lasse. Sust sol er tringkwin und mülizol geben und dartzu(o) hu(o)ten und wachen, als annder burger. Und wenn der nit me by úns sin will, wo mag der on allen abzug widerumb von úns ziehen."*

¹⁰¹⁹ *"Darumb söllend wir bede mit unserm husgesind und das zuo uns gehoe)rtt die wyle wir also bi inen sigent ja(e)rlich verbunden sin, zu(o) schyrmgelt zuo geben uff die zitt, als sy ir stúren anlegont, zehen pfund haller ir Statt werung"*. StA SH, UR 2240 (1450). Die Brüder waren auch verpflichtet Wachtdienst, Wehrdienst, *"múli-"* und *"winzol"* zu leisten.

¹⁰²⁰ Auch der Augsburger Rat wurde im 15. Jahrhundert mit diesem Problem konfrontiert. Die Oberschicht versuchte sich vermehrt entweder auf dem Land niederzulassen oder Sondersteuerverträge abzuschliessen. Gerade seit der wirtschaftlichen Krise in den 1460er Jahren sind vermehrt solche Vereinbarungen festzustellen. Diese Praxis stiess aber innerhalb der Bürgerschaft auf Widerstand und sorgte für *"grosz zwitrecht und unaynikait under unsern mitbu(o)rger"*, weil *"etlich unser bu(o)rger iren aigin nu(o)tze fürgenomen haben und vermainten sich ausz dem gemainen mitleiden und bu(o)rgerrecht dieser stat zu(o) zihen und mit gedinge und sündern vortail in*

zudämmen, wurde 1454 verboten sein Bürgerrecht aufzugeben und danach mit einem "*geding*" oder einem "*genampt gelt zu Schaffhusen ze sitzen*".¹⁰²¹ Inwieweit diese normative Bestimmung in der Praxis griff, müsste anhand der Steuer- und Rechnungsbücher überprüft werden.

An dieser Stelle soll noch ein kurzer Überblick über die von Hintersassen und Bürgern zu leistenden Verbrauchssteuern und Zollabgaben gegeben werden.¹⁰²² Einerseits wurden in Schaffhausen Verbrauchssteuern auf Wein und Mehl erhoben, andererseits mussten diverse Markt- und Transitzölle geleistet werden. In die erste Kategorie gehört der "*winzol*", den jeder entrichten musste, der Wein verkaufte oder ausschenkte. Auch auf den importierten Wein wurde eine Steuer gelegt, deren Einnahmen unter der Rubrik "*niderlegung*" eingetragen sind. Ab 1411 wurde in Schaffhausen auch der persönlich konsumierte Wein "*tringwin*" besteuert. Eine weitere Verbrauchssteuer, der "*múlizol*", wurde von der Stadt Schaffhausen seit 1414 erhoben. Es handelt sich dabei um eine Abgabe für das Getreidemahlen.¹⁰²³ Nicht alle Bürger hatten diese Abgaben zu leisten. Die aus den 1450er und 1460er überlieferten Gedingbürgerverträge enthalten eine Variation von Bestimmungen über die Höhe der zu leistenden Zölle. Cunrot Spideli, ein Pfahlbürger aus Stain, hatte beispielsweise die Option, in die Stadt zu ziehen und weiterhin eine gedingte Steuer von 4 Gulden zu zahlen. Zusätzlich müsste er aber den selbst konsumierten Wein versteuern und "*múlizol*" sowie Wacht- und Wehrdienst leisten, wie die anderen Bürger. Vergleicht man diese Regelung mit dem Brief des Arztes Cuonrat Mennis von Engen, dann erweist sich Spideli ihm gegenüber als privilegiert, da er von einem Teil der Zölle befreit war.¹⁰²⁴ Mennis musste nämlich neben den jährlichen zwei Gulden auch "*tringwin*", "*múlizol*" und andere Zölle leisten.¹⁰²⁵

der stat zu(o) sitzen." Daher erliess der Rat eine Bestimmung, die diese Entwicklung stoppen sollte. Meyer, ed., Stadtbuch Augsburg. Nr. 21, S. 289. Kalesse, Bürger in Augsburg. S. 129.

¹⁰²¹ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 187, S. 108.

¹⁰²² Detaillierte Angaben dazu bei Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens., S. 189-244.

¹⁰²³ Ibid. S. 189-213.

¹⁰²⁴ In Zürich musste ein Fryburger Bürger, der auch in Zürich ein Bürgerrecht erwarb, sowohl Zoll als auch Ungelt entrichten. StAZH, C I, Nr. 268 (16. Dezember 1472).

¹⁰²⁵ "... jerlichs uff Sant Martins tag zwen gl ze stur und darzuo mulizol, tringwin und ander zol, als ander ir burger geben." StA SH UR 2468 (1459).

6.4.1.3 Wacht- und Wehrdienst

Eine weitere Bürgerpflicht bestand darin, Wachtdienst zu leisten. Neben dem persönlichen Wachtdienst mussten die Bürger zusätzlich noch ein Wachtgeld entrichten. Letzteres diente der Finanzierung der hauptberuflichen städtischen Wachtmannschaft. Vermögenden Bürgern war es möglich, sich vom persönlichen Wachtdienst loszukaufen, indem sie einen Ersatzmann stellten. Der Bürgerbriefrevers von Hains von Gräuberg enthält den Passus, dass er einen Knecht stellen müsse, der seine Wacht- und Wehrpflicht ableisten würde.¹⁰²⁶ Auch intramurale Gedingbürger wurden zum persönlichen Wachtdienst verpflichtet. Im Bürgerbrief von Wilhelm und Ruegger von Turn steht, dass sie *"als ander biwoner und burger ... tagwacht an den toren und die nachtwachtt, wenn es an uns kumt"* versehen würden.¹⁰²⁷ Auch der generationenübergreifende Bürgerbrief der Familie Trülleray enthält die Regelung, dass sie die gleichen Dienste und Pflichten wie andere Bürger leisten müssten.¹⁰²⁸ Das Wachtgeld für Beisassen und Bürger, die nur eine Kopfsteuer entrichteten, betrug 2 Schilling pro Jahr, während die übrigen Steuerpflichtigen 4 Schilling zu zahlen hatten.¹⁰²⁹ Wachtgeldeinnahmen sind erstmals in den Stadtrechnungen von 1428/1429 belegt. Das Wachtgeld wurde zweimal pro Jahr eingezogen, wobei die Jahreseinnahme in der Regel um die 100 lb hl betrug. Ab 1439 wechselten die Modalitäten und das Wachtgeld wurde einmal pro Jahr zusammen mit der Vermögenssteuer erhoben und naheliegenderweise auch in den Steuerbüchern notiert.¹⁰³⁰

Eine weitere zentrale Bürgerpflicht war das "Raisen". In einer Satzung zur Wehrpflicht von 1378 wird festgehalten, dass der Beitrag an die Kriegsausrüstung den Vermögensverhältnissen entsprechend festgelegt wurde. Betont wird auch, dass diejenigen, Mann oder Witwe, die *"selber nit zúhen"* mögen, einen Ersatz stellen müssten.¹⁰³¹ Aus einem Dokument über die Wehrorganisation Schaffhausens von 1454 geht hervor, dass die Wehrpflichtigen nach Zünf-

¹⁰²⁶ *"Ich sol ouch wachen, huten und raisen durch ain erbn knecht"*. StA SH, UR 2471 (1459).

¹⁰²⁷ StA SH, UR 2240 (1450).

¹⁰²⁸ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 280, S. 169. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 144f.

¹⁰²⁹ Verschiedene städtische Gruppen waren von der Wachtgeldzahlung befreit; die Mitglieder des Kleinen Rates, Personen im Dienste der Stadt, Kleriker und die im Dienste der Klöster tätigen Leute, die Personen, die eine gedingte Steuer zahlten und Leute, welche in den Vorstädten wohnten. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 160. Auch bestimmte Berufsgruppen, wie beispielsweise die Ärzte, wurden bei ihrer Aufnahme von der Pflicht des Wachens ausgenommen. Im Bürgeraufnahmebrief von Cuonrat Mennis von Engen dem Arzt wurde festgehalten, dass er vom Wachtdienst befreit sei: *"sust ainer zunfft wachens und hutens gefrygt"*, StA SH, UR 2468 (1459).

¹⁰³⁰ Ibid. Siehe auch in Nördlingen.

¹⁰³¹ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 79, S. 48f.

ten geordnet waren und letztere somit als administrative Einheiten dienten, die den Einzug der Abgaben organisierten und auch die Ausrüstung ihrer Mitglieder überprüften.¹⁰³²

6.4.1.4 Abzug

Den normativen Rechtsquellen sowie den einzelnen Bürgerbriefen des 14. und 15. Jahrhunderts lässt sich entnehmen, dass diejenigen, die *"gewalt hant, edel ald unedel, ze empfa(u)henne ze burger; daz och die selben gewalt hant, burgrecht von in uff ze nemenne a(u)ne geva(e)rde"*.¹⁰³³ Die Bürger selber verpflichteten sich mindestens 10 Jahre in der Stadt zu bleiben. Dannach stand es ihnen frei, ihren Abzug beim Rat zu beantragen. Allerdings unter dem Vorbehalt, die Stadt bei der Zahlung aufgelaufener Schulden zu unterstützen. Die Höhe des Abzugsgeldes wurde vom Rat den Vermögensverhältnissen entsprechend festgesetzt.¹⁰³⁴ 1431 wurden die Abzugsmodalitäten detailliert im Stadtbuch niedergeschrieben. In einem separaten Abschnitt wurde erläutert, dass Kinder von Bürgern, die auswärts heiraten oder in den geistlichen Stand eintreten würden, kein Abzugsgeld leisten müssten. Mit diesem Erlass wurde ein Ratsbeschluss aus dem Jahre 1427 rückgängig gemacht, der vorsah, eben dieselben Kinder von Bürgern zu besteuern. Konsequenzen hatte diese Bestimmung vor allem für die in der Stadt ansässigen Adelsfamilien, die ihre Söhne und Töchter in Klöstern und geistlichen Stiften versorgten.¹⁰³⁵ Der Versuch diese Familien, deren Beziehung zur Stadt nur begrenzt, deren Steuervermögen aber gross war, mit dieser Verordnung stärker an die Stadt zu binden, schlug fehl und die entsprechende Regelung wurde nach nicht einmal fünf Jahren wieder rückgängig gemacht.¹⁰³⁶ Allerdings gelang es der Stadtoberkeit, die Höhe der Ab-

¹⁰³² Jürg Zimmermann, "Wehrwesen und Zünfte," Beiträge zur vaterländischen Geschichte 38 (1961): S. 82-90. S. 83.

¹⁰³³ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 57, S. 37 (1378). Bürgerbriefe: Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 86a (1361), S. 139. StA SH, UR 789 (1353), aus dem Bürgerrechtsbrief von Johan Truchsess von Diessenhofen und seines Bruders Götz: *"...das burgrecht in der selben stat ze haltenne zehen jar die nehsten, du inn koment, die Raet ze Schaffhusen ald der mertail under in, die darumb gewalt hant, erlassen denne mich und minen bruoder des burgrechtz..."* UR 938 (1367).

¹⁰³⁴ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 60 und 61(1356), S. 39.

¹⁰³⁵ Kurt Bächtold, "Wandlungen der Zunftverfassung," Beiträge zur vaterländischen Geschichte 38 (1961): S. 46-81. S. 55.

¹⁰³⁶ In dieser Bestimmung spiegelt sich ein Problem, mit dem viele Städte konfrontiert wurden und dem auf unterschiedlicher Weise begegnet werden konnte. In Rothenburg wurde 1382 festgehalten, dass alle Bürgerskinder mit 13 Jahren, *"kneblin oder meydlin"*, vor dem Rat schwören müssen, die Gesetze der Stadt einzuhalten. Falls ein Kind bereits vor 13 Jahren ins Kloster gegeben worden war, sollen die Eltern oder der Vormund für das Kind schwören. Mit dem Schwur verpflichteten sich die Bürgerskinder zum Erwerb des Bürgerrechts in späteren Jahren. Im ersten Satz der Satzung wird darauf hingewiesen, dass der Stadt *"groz beswerung und schaden angan-*

zugssteuer klarer zu regeln. Die Abziehenden wurden dazu verpflichtet, den sechzehnten Pfennig von ihrem liegenden und fahrenden Gut zu steuern.¹⁰³⁷ Weiter wurde festgehalten, dass auch ein auswärtiger Ehepartner, der nach dem Tod seines Ehegatten in seine Heimatstadt zurückzöge, verpflichtet sei, den sechzehnten Pfennig als Abzugssteuer zu leisten.¹⁰³⁸ Einer Verordnung von 1454 lässt sich entnehmen, dass der Wegziehende seine Abzugssteuer innert 14 Tagen in bar zu leisten hatte.¹⁰³⁹ Besass der Weggezogene weitere Immobilien in der Stadt, so musste er diese weiterhin *"versturen und verwachen als ander burger"*.¹⁰⁴⁰ Dass die Regelung des Abzugs eines Bürgers in der Praxis in finanzieller Hinsicht nicht immer ganz einfach war, zeigt die Abzugsvereinbarung von Hartman von Lunenberg zu Rapperswil. Steuerschulden auf seiner Seite und der Stadt gewährte Vorschüsse wurden gegeneinander aufgerechnet und zum Ergebnis das Abzugsgeld hinzugezählt. In seinem Fall belief sich der von ihm zu zahlende Restbetrag auf stolze 270 Gulden.¹⁰⁴¹ Ein Hinweis darauf, dass es um die Zahlungsmoral in Bezug auf die Abzugssteuer nicht immer zum Besten stand, kann einem Aufnahmebrief von 1450 entnommen werden. Wilhelm von Turn der Älteste und sein Bruder Ruegger wurden in diesem Jahr erneut ins Bürgerrecht der Stadt aufgenommen. In den ersten Zeilen wird festgehalten, dass die zwei Alt-Neubürger nach ihrem Abzug auch die geforderte Abgabe geleistet hätten.¹⁰⁴²

Wichtiger Teil in zahlreichen Gedingbürgerverträgen war die Befreiung von der Abzugssteuer. Insbesondere in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts betrieb die Schaffhauser Obrigkeit eine entsprechende Politik zur Standortverbesserung. Für vermögende Neubürger soll-

gen" seien, weil solche, die ungeschworen gewesen sind *"in orden oder sust von der stat gefarn"* seien. Statutenbuch 1382, Nr. 37, Bezold, Verfassung. S. 156.

¹⁰³⁷ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 179, S. 103. Siehe auch Bächtold, "Zunftverfassung.", S. 54-56.

¹⁰³⁸ Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 104.

¹⁰³⁹ Ibid. Nr. 187, S. 108. *"... und das du der statt iren abzug geben solt von allem dem, so du haust in XIV tagen mit barem gelt, und was du in der statt und iren gericht haust, das du das versturen und verwachen solt, als ander unser burgern..."*.

¹⁰⁴⁰ Ibid.

¹⁰⁴¹ *"... bishar von ettlicher verfallner usstelliger sturen, anlegung von wachens, hutens, raisens, dienens und des wuchpfenings wegen etwas zuspruch vordruege und ansprach zuo mir gehept hand, das ich da umb solich obgemelt sachen gutlich und frundlich mit inen in ain bracht und betragen bin. Also das all verfallen zins, die si und ir gemain statt mir schuldig gewesen, och min tail der funffundzwaintzig pfund hl, die us win gelöst und uff das ratthus komen sind, tod und ab sin, und ich in und ir gemainer statt o(e)ch darzuo fur solich obgemelt ir zuspruch die stuk, wie die vorenempt sind, und ouch fur den abzug von nuwem gut geben sol zwayhundert und sibentzig rinscher guldin und mag damit min burgrecht bi ine uffgebn..."*. StA SH, UR 2353 (1456).

¹⁰⁴² *"Wilhalm im Turn der elst und ich Ruegger im turn sin bruder bekennen mit disem brieve, als wir vorzitten unser burgrecht ze Schaffhusen uffgabent, sachenhalb als uns denn das uff die zitt gelegen was, da wir ouch unsern abzug und was sich nach der selben s tatt Schaffhusen gesatz wirt usrichtent und gnuog tattent. Also habent wir die fursichtigen wissen burgermaister und ratt der selben statt Schaffhusen gebetten und an sy gewesen sind, ouch wir ir gemainen statt unsern abzug vormals schwarlich geben und inen sust ouch getan haben,*

te die Stadt mit guten finanziellen Konditionen attraktiver gemacht werden.¹⁰⁴³ Eine weitere Vermögensverkehrssteuer war die Erbschaftssteuer.¹⁰⁴⁴ Das Stadtbuch enthält einen Eintrag, datiert auf 1368, in dem der Abzug von geerbtem Gut aus der Stadt geregelt wurde. Es heisst, dass *"lantlút"* ererbtes Gut nicht steuerfrei aus der Stadt ziehen dürften, sondern dass sie *"von dem selben gu(o)t sont helffen gelten an únser schuldan"*.¹⁰⁴⁵ Zusätzlich werden sie verpflichtet, *"die na(e)chsten stúre"* von dem Gut zu entrichten.¹⁰⁴⁶ In einer Urkunde von 1454 quittiert Cunrat von Hagnow dem Rat das Erbe seines Vaters, weiter wird darin erwähnt, dass er sich mit dem Rat über die Abzugssteuer geeinigt hätte. Über die Höhe der zu entrichtenden Abzugssteuer wird aber keine Angabe gemacht.¹⁰⁴⁷

6.4.2 Beisassen

Das Schaffhauser Stadtbuch enthält verstreut über fast hundert Jahre immer wieder Einträge, in denen Beisassen wenigstens erwähnt werden.¹⁰⁴⁸ Die Bezeichnung dieser Einwohnergruppe ändert sich in den städtischen Quellen im Verlaufe der Zeit von *"seldner"* zu *"bywoner"*. Häufig wird auch die Form der Umschreibung gewählt und von den Leuten, die in der Stadt sesshaft oder wohnhaft und nicht Bürger seien, geschrieben.¹⁰⁴⁹ Selten erscheint der Begriff *"bywoner"* in den Urkunden.¹⁰⁵⁰ Mit der Umschreibung „sesshaft“ oder „wohnhaft“ wurden in der Regel Personen bezeichnet, die ausserhalb des städtischen Gebiets ansässig waren. Spätestens Ende des 14. Jahrhunderts gab es zwei Kategorien von Beisassen. In einer Satzung aus dem Stadtbuch wird von Seldnern gesprochen, die im Gerichtsban der Stadt ein

das inen lieb gewesen ist.... StA SH, UR 2240 (1450). Vier Jahre später wird ein Hannes Wilhelm In Turn erneut in Schaffhausen aufgenommen, der noch 400 Gulden Steuerschulden abzahlen muss. UR 2422 (1454).

¹⁰⁴³ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 234, S. 131. *"Ich Hanns von Fulach von Lofen in Schauffhusen... und mag mich dan nach dem halben jar von in ziehen, wahn und war ich will, von in ungehindert und gantz on allu abzug..."*. StA SH, UR 2374 (1454). Oder im Brief von Hains von Gräuberg, StA SH, UR 2471 (1459).

¹⁰⁴⁴ Obwohl es sich bei dieser Abgabe nicht um eine Steuer handelt, die von den Stadteinwohnern errichtet wird, soll sie trotzdem an dieser Stelle besprochen werden, da sie in dieselbe Abgabekategorie wie die Abzugssteuer gehört.

¹⁰⁴⁵ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 86, S. 52.

¹⁰⁴⁶ Ibid.

¹⁰⁴⁷ *"... solich erbe und gut fruntlich und gutlich haben lassen ervolgen verlangen und zu minen handen ziehen nach ir statt gewohnait und recht, und das ich darumb mit inen und sy mit mir von des abzugs und ir gerechtheit wegen, so inen zugehört hat, gutlich ubertragen bericht und geschlicht bin, darinn sy sich gegen mir gnadentlich und fruntlich bewist und ertzogt hand ..."*. StA SH, UR 2314 (1454).

¹⁰⁴⁸ Schib, ed., SSRQ SH 2. Z.B. Nr. 14, 19, 23, 88, 125, 133, 146, 158, 162, 165, 166, 172, 173, 185, 188.

¹⁰⁴⁹ Im Ordnungsbefehl Leopolds von 1375 wird von *"inse(a)ssen"* geschrieben. Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 103, S. 184.

¹⁰⁵⁰ In einer Urkunde von 1423 erscheint ein Burckli Gisinger, der in einer Erblehensache mit dem Konvent St. Agnesen verhandelt, und wird als *"unser bywoner"* bezeichnet. StA SH UR 1708.

Haus besäßen und *"unser buntnüsse und brief gesworn"* hätten, analog zu den Schaffhauser Bürgern. Entsprechend sollen diese Beisassen vor Gericht wie die Bürger gebüsst werden. Die übrigen christlichen Einwohner, die weder den Bürger- noch den Beisasseneid geschworen haben und nicht dem geistlichen Stand angehören, sollen wie Landleute d.h. wie Gäste gestraft werden.¹⁰⁵¹ Den Beisassen wird also im Gebiet der Stadt vor Gericht der gleiche Status wie einem Bürger zugestanden. 1389 wurde den Bürgern und denjenigen, die in den Gerichten der Stadt sesshaft und wohnhaft waren, Schutz vor fremden Herren zugesichert.¹⁰⁵² Im Vergleich mit anderen Städten versuchte Schaffhausen also schon früh, die Gruppe der Nichtbürger stärker zu integrieren und an den Ausgaben der Stadt zu beteiligen.¹⁰⁵³ Laut einer weiteren Verordnung mussten Leute, die *"in únser statt und in únsern gerihten sitzt"* und *"nit unser burger"* sind, ihren Besitz in gleicher Weise wie Bürger versteuern.¹⁰⁵⁴ Bereits 1316 wurde in einer Urkunde von 1316 festgehalten, dass alle, die den Schutz der Stadt genossen und da sesshaft seien, steuern müssten.¹⁰⁵⁵ Wie den Bürgern war es auch den Seldnern verboten, aus der Stadt abzuziehen, ohne sich an einer angelegten Steuer zu beteiligen. Mitglieder beider Rechtsgruppen durften nur nach Zahlung der doppelten Steuersumme wieder in die Stadt zurückkehren.¹⁰⁵⁶ Wollte ein Beisasse aus der Stadt wegziehen und sein Gut abziehen, war er wie die Bürger verpflichtet eine Abzugssteuer zu entrichten.¹⁰⁵⁷ Zusätzlich zur Steuerpflicht mussten die Beisassen wie die Bürger Wacht- und Wehrdienst leisten.¹⁰⁵⁸

¹⁰⁵¹ 1427 wird eine Verordnung über "Messerstecher" erlassen. Zum Schluss wird festgehalten: *"und sol o(u)ch dis gesatz alle jar allen únsern burgern und bywonern in den aid gegeben werden zehalten."* Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 172, S. 97. Zusätzlich zum Beisasseneid gab es in Schaffhausen auch noch einen Eid für Handwerks- und andere Knechte.

¹⁰⁵² Ibid. Nr. 146, S. 82.

¹⁰⁵³ Isenmann, Stadt. S. 98.

¹⁰⁵⁴ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 133, S. 74.

¹⁰⁵⁵ Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 46, S. 68.

¹⁰⁵⁶ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 165, S. 92.

¹⁰⁵⁷ Ibid. Nr. 133, S. 74.

¹⁰⁵⁸ *"Wir sollend ouch verbunden sin, die tagwacht an den toren und die nachtwachtt, wenn es an uns kumpt, zuo versehen und zuo tuon, als ander biwoner und burger ze Schauffhusen ane intreg und gevarde ... Es sich ouch schickte, das gemaine statt usziehen sollte und die von Schaffhusen mit der statt uffgeworffnem banner uszugent, so sollent wir ouch verbunden sin, zuo raisen durch unsselbs oder die unsern uff die zitte, als ander ir burger und bywoner"*. StA SH, UR 2240 (1450).

6.4.3 Christliche Gedingbürger

6.4.3.1 Extramurale Gedingbürger

Nur sporadisch tritt uns die rechtliche Gruppe der extramuralen Gedingbürger im 14. Jahrhundert aus der schriftlichen Überlieferung entgegen. Einzig das Stadtbuch und die Einung von 1350 enthalten einige wenige Einträge zu ihrer Rechtssituation. Eine weitere Erwähnung finden die Ausbürger im Nachlassstreit um das "Judengut". Ihnen werden wie den eingesessenen Bürgern die Schulden bei den Juden erlassen.¹⁰⁵⁹ Für das folgende Jahrhundert steigt die Anzahl der Quellenbelege, sie ist aber immer noch als gering zu bezeichnen. Auffallend ist, dass die Quellenbelege für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts alle aus den Jahren zwischen 1346 und 1350 stammen. In den ersten zwei Bestimmungen von 1346 und 1347 wird einerseits die Rente, die Ausbürger bei Annahme des Bürgerrechts auf einer in ihren Gerichten gelegenen Liegenschaft anlegen müssen, andererseits ihre Gerichtssituation vor Landgerichten thematisiert.¹⁰⁶⁰ Diese zwei Satzungen sind im Stadtbuch von 1375 überliefert, das auch für das 15. Jahrhundert keine weiteren Bestimmung zu den Ausbürgern enthält. Erwähnt werden die Ausbürger auch in der Einung von 1350.¹⁰⁶¹ Es stellt sich die Frage, warum die Informationen zu den Ausbürger bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts so spärlich fließen. Der Hauptgrund dürfte in den Herrschaftsverhältnissen gelegen haben. Mit der Verpfändung Schaffhausens an die österreichischen Herzöge von 1330 änderte sich der Status der Stadt. Die Pfandinhaber bauten ihren Einfluss auf die Stadt im Verlauf des 14. Jahrhunderts sukzessive aus. Spiegelt die Einung von 1350 noch eine gewisse Unabhängigkeit Schaffhausens wider, zeichnen sich die folgenden fünfzig Jahre durch einen steigenden Einfluss der Österreicher und den Verlust von städtischen Rechten an letztere aus.¹⁰⁶² Entsprechend dürfte auch die Ausbürgerthematik nach 1350 an Bedeutung verloren und neue Regelungen obsolet gemacht haben. Der sich stetig verkleinernde Handlungsspielraum der Stadt zeigt sich auch darin, dass es ihr nur bis in die 1360er Jahre möglich war, eigenständige Bündnisse einzugehen. Danach

¹⁰⁵⁹ Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 74c, S. 120.

¹⁰⁶⁰ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 84, S. 51 (1346) und Nr. 71, S. 44 (1347).

¹⁰⁶¹ *"Wa(e)r o(u)ch, das dehain únsere usburger, die wir ietzo hant oder noch gewinnet, sich in dis buntnúst wol-ti ziehen, wir wa(e)re ainer oder me, den sol man dar in nehmen, und sol och der swerren, des o(u)ch wir dar umb gesworen haben, als an disem brief geschriben stât, und súlen o(u)ch wir dem zu(o) legen und gebunden sin bi dem aide, ze helfenne alles des, so wir enander gebunden sint, a(u)ne geverde. Wele aber únsere usburger in dis buntnúst nit kunt, dem so(e)len wir doch gebunden sin von des burgrehtes wegen aller der ding, so wir únsere usburgern gebunden warent, e das wir dieser buntnúst und dieser ding úber kament, a(u)ne geverde."* Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 76, S. 126.

war die Stadt in aussenpolitischen Angelegenheiten gänzlich vom Einfluss der Politik der Herzöge von Österreich abhängig, die das Eingehen von Bündnissen mit Herren und Städten von ihrem Einverständnis abhängig machten.¹⁰⁶³

Seit der Rückkehr Schaffhausens zum Status einer Reichsstadt bis Anfang der 1450er Jahre bewegt sich die Anzahl der Ausbürgereinträge in den Steuerbüchern zwischen fünf und neun.¹⁰⁶⁴ Nach dieser verhältnismässig stabilen Phase entwickelte sich die Stadt in den 1450er Jahren zu einem regelrechten Anziehungspunkt für Ausbürger, was sich in einem markanten Anstieg der Ausbürgeraufnahmen niederschlug. So sind 1459 beispielsweise 31 Personen in der Rubrik "*Usburger*" der Steuerbücher verzeichnet worden.¹⁰⁶⁵ Die gestiegene Attraktivität der Stadt ging auf das Bündnis Schaffhausens mit den Eidgenossen von 1454 zurück.¹⁰⁶⁶ Besonders ab 1458 häufen sich die überlieferten Bürgerbriefe für Ausburger, die mit ihrer Burg und einzelnen Ortschaften ins Schaffhauser Bürgerrecht aufgenommen wurden. Die Burgrechtsverträge waren zum Teil auf zehn bis fünfzehn Jahre befristet und zum Teil auf Lebenszeit abgeschlossen worden.¹⁰⁶⁷ Die gedingten Steuerbeträge variierten zwischen 10 und 25 Gulden. Ein zentraler Punkt dieser Vereinbarungen war in der Regel die gegenseitige Beistandspflicht im Kriegsfall, das Offenhalten der Burgen sowie die Möglichkeit für Schaffhausen in den Dörfern Männer zu rekrutieren. In der Regel waren neuen Bürger mit der Leistung der jährlichen Steuer der Wachtpflicht enthoben und teilweise auch von Zollzahlungen befreit. Allerdings wird für den Verkauf von Wein und Korn durchaus ein Zoll erhoben.¹⁰⁶⁸ In einzelnen Bürgerbriefen wird festgehalten, dass es den Ausbürgern überlassen ist, in der Stadt selber wohnhaft zu sein oder ausserhalb. Wenn sich die Adligen allerdings entschieden in der Stadt

¹⁰⁶² Mommsen, "Pfandschaft." S. 55ff. Scheck, Bündnisse Schaffhausen. S. 69ff.

¹⁰⁶³ Scheck, Bündnisse Schaffhausen. S. 33/34, 67.

¹⁰⁶⁴ StadtA SH, A II 06: Steuerbücher.

¹⁰⁶⁵ StadtA SH, A II 06: 39, S. 145ff.

¹⁰⁶⁶ Kurt Bächtold, "Schaffhausen als zugewandter Ort vom Bundesbeschluss 1454 bis zur Bundeserneuerung 1479," Beiträge zur vaterländischen Geschichte 54 (1954): S. 71-131. S. 79f.

¹⁰⁶⁷ 1458 wird die "*Edlen frowen Hainrichs Truchsessen von Diessenhofen zuo Herblingen Mu(o)ter ir leptaig und zehen jar die nechsten nach irem abgang mit dem schloss Herblingen mit siner zugehörde in unser schirm und burgrecht genomen*". Ihr Sohn hat sich verpflichtet nach dem Tod der Mutter den Vertrag für die verbleibende Zeit zu übernehmen. StA SH, UR 2427 (1458).

¹⁰⁶⁸ Bürgerbrief des Heinrich Truchsessen von Diessenhofen von 1458: "*... ob Er win korn oder anders zu uns? In unser Stat leggen wurden sollen wir im fur alles verbieten verhefften und entweren on zol widerumb von uns gon und volgen sassen Es werde dann daz er des ichtzit by uns verkouffte davon sol er uns den zol geben ungevarlichen ...*". StA SH, UR 2427 (1458).

sesshaft zu werden, änderte sich die Abgabensituation und sie wurden zur Zahlung von zusätzlichen Steuern und/oder "*mülizol*" und "*tringwin*" verpflichtet.¹⁰⁶⁹

Bächtold bezeichnet die Zeit von 1454 bis 1474 als die "klassische Zeit einer systematisch und erfolgreich betriebenen Schaffhauser Burgrechtspolitik".¹⁰⁷⁰ Die Schaffhauser Ausbürgerpolitik war vorwiegend sicherheitspolitisch motiviert und die herrschaftliche Komponente, wie zum Beispiel die gegenseitige Beistandspflicht, stand neben der Sicherung von Handelsrouten im Zentrum des Interesses. Unterstützt wurde diese Sicherheitspolitik durch die Tatsache, dass auch städtische Institutionen und einzelne Bürger Besitzungen in verschiedenen Gebieten hatten und das Mannschaftsrecht nutzen konnten. Trotzdem scheint die Zeitspanne, in der Schaffhausen eine intensivierte Ausbürgerpolitik betrieb, zu kurz gewesen zu sein, um bleibende Erfolge in der Form eines eigenen Territoriums zu zeigen.¹⁰⁷¹ Aus den überlieferten Quellen ergibt sich das Bild, dass es sich bei den ausserhalb der Stadt wohnhaften Bürgern in der Mehrzahl um "Ausbürger" und nicht um "Pfahlbürger" handelte.¹⁰⁷²

6.4.3.2 Klerus und Bürgerrecht

Geistliche Institutionen oder einzelne Kleriker im Bürgerrecht der Stadt Schaffhausen sind nur sporadisch in den Quellen belegt. Ausführlicher fliessen die Informationen über den Jahrhunderte dauernden Konflikt um die finanzielle Beteiligung des Klerus an den städtischen Ausgaben. Wie in anderen Städten versuchte die Stadtobrigkeit in Schaffhausen die ansässigen geistlichen Institutionen zu Vermögens- und Verbrauchssteuern beizuziehen. Unter der Herrschaft der österreichischen Herzöge waren diese Versuche der Stadt allerdings nicht von Erfolg gekrönt. Erst 1421 verpflichtete ein Schiedsgericht das Kloster Allerheiligen dazu, die neu eingeführten Abgaben auf Wein, Korn und Renten zu bezahlen. Als Begründung wurde angeführt, dass Abt und Mönche auch Bürger der Stadt seien.¹⁰⁷³ Als Folge dieses Beschlusses

¹⁰⁶⁹ Wilhelm von ho(e)ndorffs Bürgerbrief enthält die folgende Passage: "*und wo ich also bin so sol ich inn nutt den vorgeschribnen zehen guldin allweg gnu(o)g geton haben ussgenomen mülizoll und Tringkwin wenn ich by Inn wonhafft bin sol ich inn geben als ander ir Burger...*". StA SH, UR 2571 (1463). Conrat Spidel von Stain: "*... darumb jerlichs Sant Martins tag ze stur 4 gl und in all die wyl ich nit by in huszhablich wonhafft bin wyter nutt zuo tund sin wenn ich mich aber zuo in in ir stat ziehen und hushablich by in sin welt so sol ich in dartzuo geben mulizol tringwin und mit raisen hutten und wachen tun als ander ir burger ...*". StA SH, UR 2459 (1459).

¹⁰⁷⁰ Bächtold, "Schaffhausen zugewandter Ort." S. 80.

¹⁰⁷¹ Ibid. S. 84.

¹⁰⁷² Siehe oben bei Konstanz. Marchal, "Pfahlburger." Aufgrund der wenigen Beispiele soll an dieser Stelle nicht auf die geistlichen Ausbürger eingegangen werden.

¹⁰⁷³ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 136. (StA SH, UR 1678).

leisteten das Kloster Allerheiligen fortan 87,5 lb und das Benediktinerkloster St. Agnes 18 lb als jährliche Pauschalsteuer, wobei die Höhe der Steuersumme bei weitem nicht den Vermögensverhältnissen entsprach. Oft fehlen die Steuerzahlungen der Klöster in den Rechnungsbüchern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass für gewöhnlich die klösterlichen Zinsforderungen gegenüber der Stadt gegen städtische Forderungen aufgerechnet wurden.¹⁰⁷⁴ Gegen Ende des 15. Jahrhunderts eskalierte der Steuerkonflikt zwischen der Obrigkeit und den städtischen Klöster erneut. Die geistlichen Institutionen wurden zusätzlich zur Pauschalsteuer dazu verpflichtet, die neuerworbenen Güter zu versteuern.¹⁰⁷⁵

Seit Anfang des 14. Jahrhunderts ist belegt, dass in der Stadt liegender Besitz auswärtiger Klöster kontinuierlich besteuert wurde. In der Regel wurde von den geistlichen Institutionen neben einer Pauschalsteuer auch militärische Ausrüstung sowie Wachtdienst verlangt.¹⁰⁷⁶ Das 1330 ins Bürgerrecht aufgenommene Klarissenkloster Paradies wurde dazu verpflichtet, Güter, die neu in seinen Besitz kommen würde, so zu versteuern, wie andere Bürger dies täten. Für ihren sonstigen Besitz in der Stadt sowie ihr Bürgerrecht wurde es zu einer jährlichen Pauschalsteuer von 5 lb verpflichtet.¹⁰⁷⁷

6.4.4 Jüdische Gedingbürger

Ein Grossteil der Informationen zur fiskalischen Situation sowie zur Rechtsstellung der Schaffhauser Juden kann den drei überlieferten Schutzbriefen von 1391, 1435 und 1462¹⁰⁷⁸, den städtischen Rechtssatzungen¹⁰⁷⁹ sowie den zahlreich erhaltenen Schaffhauser Rechnungsbüchern¹⁰⁸⁰ entnommen werden.

¹⁰⁷⁴ Ibid. S. 138-139.

¹⁰⁷⁵ Ibid.

¹⁰⁷⁶ Ibid. S. 132f.

¹⁰⁷⁷ Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 58, S. 86.

¹⁰⁷⁸ StA SH, UR 1254, UR 1918, Allerley Ordnungen fol. 15r-17v.

¹⁰⁷⁹ Schib, ed., SSRQ SH 2. Schudel, ed., SSRQ SH 1.

¹⁰⁸⁰ StA SH, A II 05.01

6.4.4.1 Die Modalitäten der Bürgeraufnahme

Alle drei überlieferten Schutzbriefe zeichnen die Situation, dass die genannten jüdischen Neubürger mit *"wib, kinde und iren husgesind"* vom Bürgermeister, dem/den Rat/Räten sowie der ganzen Gemeinde in den Schutz und Schirm und in allen Fällen auch ins Bürgerrecht der Stadt aufgenommen wurden. 1391 sind den Herrschaftsverhältnissen entsprechend der österreichische Vogt und der Schaffhauser Rat gemeinsam für die Aufnahme der Juden verantwortlich.¹⁰⁸¹ Wie in anderen Städten dürften die genaueren Aufnahmebedingungen aber mit einer Kommission ausgehandelt worden sein, über deren Zusammensetzung für Schaffhausen keine Angaben überliefert sind.¹⁰⁸² Den Schutzbriefen des 15. Jahrhunderts lässt sich allerdings entnehmen, dass einigen Juden ausdrücklich das Recht zugestanden wurde, über die Neuaufnahme weiterer Juden oder den Verbleib bereits ansässiger Juden zu bestimmen. Drängt sich in Bezug auf andere südwestdeutsche Städte aufgrund der häufigen Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb der jüdischen Gemeinde die Vermutung auf, dass insbesondere die vermögenden, einflussreicheren Mitglieder die Entscheidungen des Rates bei Neuaufnahmen jüdischer Neubürger beeinflussten, wird in Schaffhausen wenigstens einem Teil der Juden offiziell die Entscheidungsgewalt über die Neuaufnahme einer vorher abgesprochenen Anzahl weiterer Haushaltsvorstände zugestanden. Keines der drei überlieferten städtischen Privilegien ist ein individueller Schutzbrief. 1391 wurden zwei Familienvorstände mit ihren drei erwachsenen und verheirateten Söhnen aufgenommen.¹⁰⁸³ 1435 und 1452 wurden die Privilegien für die ganze damalige jüdische Gemeinde ausgestellt. In allen drei Dokumenten werden die einzelnen Haushaltsvorstände mit Ehefrau und Kindern sowie ihren Bediensteten aufgeführt. Sowohl 1435 als auch 1462 ist die oben angesprochene rechtliche Hierarchie innerhalb der kleinen jüdischen Gemeinschaft festzustellen. 1435 wurde dem Löwen von Rinvelden eine im Schutzbrief festgehaltene leitende Position innerhalb der jüdischen Gemeinde zugeschrieben. Demnach stand ihm zu, andere Mitglieder der Gemeinde, die ihm *"in dem zitte missefielle"*, selbständig aus dem Bürgerrecht zu entlassen und an ihrer Stelle andere Juden in Schaffhausen aufzunehmen.¹⁰⁸⁴ Weiter wurde im Schutzbrief festgehalten, dass neben den namentlich genannten Haushaltsvorständen noch weitere *"zwen juden, welhe er will, ir aller wibe ire kin-*

¹⁰⁸¹ Im Schutzbrief von 1391 wird an erster Stelle der österreichische Vogt aufgeführt. Zu den Herrschaftsverhältnissen siehe oben Kapitel 6.2.

¹⁰⁸² Vergleiche für Konstanz Kapitel 5.4.4.2.

¹⁰⁸³ Menlin mit den zwei Söhnen, Vinelin und Lemblin, sowie Jütten mit ihrem Sohn Symon (vergleiche die Jütlin von Konstanz). StA SH, UR 1254 (1391).

¹⁰⁸⁴ StA SH UR 1918 (1435).

de mit allem irem husgesinde, das si yetzo hand oder kunfftenklichen haben werden” ins Bürgerrecht der Stadt aufgenommen werden können.¹⁰⁸⁵ Die Auswahl dieser zwei Familien wird dem Löwen überlassen. Auch 1462 überlässt der Rat den eingesessenen Juden Salomon und Meyger die Wahl, welche dritte jüdische Familie nach Schaffhausen geholt werden solle. Sowohl 1435 als auch 1462 ist die Höhe der jährlich zu leistenden Abgabe festgesetzt. Die Umlegung auf die einzelnen jüdischen Bürger wird 1435 dem Löwen überlassen. Abschliessend muss einschränkend festgehalten werden, dass die Entscheidung, weitere jüdische Geldleiher in der Stadt aufzunehmen, nicht ausschliesslich bei der jüdischen Gemeinde gelegen hatte. Im Brief von 1435 weist der Rat beispielsweise darauf hin, dass er sich dafür entscheiden könnte, weitere Juden aufzunehmen. Dieses Recht wurde mit der folgenden Zusage verbunden: Falls diese neu aufgenommenen Juden weniger zahlten als der Löw und die anderen, so würde die *“schankung”* letzterer nach einem Jahr dem tieferen Betrag angepasst werden. Die zwei Privilegien aus dem 15. Jahrhundert können als eine Mischform zwischen einem individuellen und einem allgemeinen Schutzbrief bezeichnet werden.¹⁰⁸⁶ Schaffhausen ging in diesem Bereich also durchaus seinen eigenen Weg, trotz enger Kontakte zu den Reichsstädten Konstanz und Zürich und deren jüdischen Gemeinden.¹⁰⁸⁷ Andererseits dürfte dieser Unterschied wenigstens teilweise auch auf die unterschiedliche Grösse der Gemeinden in den drei Städten zurückzuführen sein.¹⁰⁸⁸ Die sich in Schaffhausen entwickelnde Mischform kann allerdings nicht als eine allgemeine Stärkung der jüdischen Gemeinde gesehen werden, dafür war die Gemeinschaft im 15. Jahrhundert zu klein.¹⁰⁸⁹ Viel eher sind die Schutzbriefe von 1435 und 1462 Ausdruck einer besonderen Privilegierung einzelner finanziell potenter Geldleiher, denen die Möglichkeit gegeben wurde, den Zuzug wirtschaftlicher Konkurrenten zu verhindern und die eigene Position mit der Aufnahme weiterer Familienmitglieder zu stärken. Diese Rechte hatten aber auch ihren Preis. Sowohl Löw als auch Salomon und Meyer waren verantwortlich für die jährlich fällig werdenden Pauschalbeträge.

¹⁰⁸⁵ Ebd.

¹⁰⁸⁶ Einerseits wurden die einzelnen Mitglieder der Gemeinde mit Namen genannt und 1462 auch mit ihren Steuerbeträgen einzeln in den Rechnungen aufgeführt. Andererseits wurde der Brief in beiden Fällen für die ganze damalige Gemeinde gemeinsam ausgestellt und eine Hierarchie unter den einzelnen Gemeindemitgliedern transparent gemacht. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass zusätzlich zu diesen allgemeinen Schutzbriefen 1391 oder 1435 noch weitere individuelle Privilegien ausgestellt worden sind.

¹⁰⁸⁷ Insbesondere zwischen den jüdischen Gemeinden von Schaffhausen und Zürich bestanden im 14. Jahrhundert nahe Kontakte. Burmeister, *medinat bodase* 2. S. 14.

¹⁰⁸⁸ Siehe für Konstanz Tabellen 18 + 19 und für Zürich Tabelle 13 im Anhang.

¹⁰⁸⁹ Allerdings siehe die Bemühungen Löws, Schaffhausen zu einem geistigen Zentrum in der Region zu machen.

Wie in Nördlingen und Konstanz werden in Schaffhausen die Haushaltsvorstände gemeinsam mit ihren Frauen, den Kindern und den Bediensteten ins Bürgerrecht aufgenommen. Verwandt ist die Formulierung in einem Bürgeraufnahmebrief eines christlichen Gedingbürgers, der mit einer gedingten Steuer 1450 ins Bürgerrecht aufgenommen wurde.¹⁰⁹⁰

Im Gegensatz zu den christlichen Neubürgern leisteten die Juden wie die christlichen Gedingbürger kein Aufnahmegeld. Diese Abgabe wird weder in den Schutzbriefen erwähnt noch erscheinen jüdische Neubürger in den Stadtrechnungen unter der entsprechenden Rubrik.¹⁰⁹¹ Eine Ausnahme könnte eine Zahlung des Grossen Löwen von 1425 sein. Im Jahr seiner Aufnahme ins Schaffhauser Bürgerrecht entrichtete er einen ausserordentlichen Betrag von 300 Gulden.¹⁰⁹² Inwieweit es sich dabei tatsächlich um eine Zahlung im Zusammenhang mit der Aufnahme handelt oder ob andere Motive zu dieser Abgabe führten, ist schwer zu entscheiden, da den Quellen dazu keine weiteren Aussagen zu entnehmen sind. Im Kapitel zu den Sonderabgaben soll näher erläutert werden, welche Ereignisse und politischen Entwicklungen die jüdischen Bürger zu einer Sonderabgabe motiviert/gezwungen haben könnten.¹⁰⁹³

Eine weitere Eigenheit der Schaffhauser Schutzbriefe von 1391 und 1435 besteht darin, dass sie zeitlich nicht befristet waren, sondern bis auf das *"absagen und widerrufen"* der Stadtobrigkeit oder das *"absagen"* der Juden Gültigkeit hatten.¹⁰⁹⁴ Entgegen der im südwestdeutschen Raum gängigen Befristungen hielt Schaffhausen bis Mitte des 15. Jahrhunderts an unbefristet aber auf Widerruf ausgestellten Schutzbriefen fest.¹⁰⁹⁵ Da die Kündigungsfrist ein Jahr betrug, ist die Vereinbarung in diesem Punkt ähnlich wie beispielsweise die Bestimmung in Rothenburg, wo die Aufenthaltsgenehmigung jährlich neu erteilt wurde. Jedenfalls bedeutete es eine Schlechterstellung gegenüber anderen Städten, die den Juden mehrjährige Schutzbriefe ausstellten.¹⁰⁹⁶ Geändert hat die Stadtobrigkeit diese Politik erst bei der Wiederaufnah-

¹⁰⁹⁰ "... ingangen, das wir vorgeanten Wilhalm und Ruegger im Turm husha(e)blich mit wib kind und unserm gesind ouch mit allem dem unsern bi inen in ir statt sitzen und wonen so(e)llen und mügen, sonder in irem schirme sin mit unsern liben und guoten und mit allen dem unsern. Darumb so(e)llend wir bede mit unserm hushgesind und das zuo uns gehört die wyle wir also bi inen sigent ja(e)rlich verbunden sin zu(o) schyrmgelt zuo geben uff die zitt, als sy ir stüren anlegont zehen pfund haller ir statt werung." StA SH, UR 2240 (1450).

¹⁰⁹¹ Hinweis auf die christlichen Neubürger.

¹⁰⁹² Unter der Rubrik *"Restantz ingenomen"* erscheint der folgende Eintrag: *"300 guldin hat uns geben Löw der jud, Salmos des Juden sun von Rinvelde, secunda ante Johanne."* StA SH, Bd. 32 (1425/1426), S. 110.

¹⁰⁹³ Siehe unten Kapitel 12.3.

¹⁰⁹⁴ StA SH UR 1918 (1435).

¹⁰⁹⁵ In Biel erhielt eine Jüdin mit Familie das städtische Bürgerrecht auf Widerruf. Dem Basler Bischof stand es frei, den Wegzug der Juden zu verlangen, wann er wolle. Gilomen, *"Sondergruppen."* S. 143.

¹⁰⁹⁶ Freiburg im Uechtland.

me von Juden Anfang der 1460er Jahr. 1462 wurde für Salomon und Maier das Bürgerrecht für 5 Jahre verlängert.¹⁰⁹⁷

Auch für Schaffhausen stellt sich die Frage nach den Voraussetzungen, die jüdische Neubürger erfüllen mussten, um aufgenommen zu werden. Auch in Schaffhausen war der Rat an der Aufnahme finanzkräftiger Geldleiher, die ihre Funktion in der städtischen Wirtschaft und Gesellschaft erfüllen und entsprechende Abgaben leisten konnten, interessiert. Wie wichtig ihre Tätigkeit als Geldleiher war, widerspiegelt sich im Umfang der Geldleihbestimmungen in den Schutzbriefen. Insbesondere in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts rückte für die Stadt die Höhe der Abgaben mit ins Zentrum des Interesses.¹⁰⁹⁸ Dass sich Verwandtschaft wie bei christlichen Neubürgern oder bereits bestehende Geschäftsbeziehungen auf die Aufnahme begünstigend auswirkten konnte, legen die vielen Beispiele, für die eines von beidem zutrifft, nahe. Nicht überliefert ist, ob in Schaffhausen ähnlich wie in Zürich zu Beginn der zweiten Gemeinde Juden zu Sonderbedingungen aufgenommen worden waren, um die Ansiedlung von Geldleihern zu beschleunigen.¹⁰⁹⁹

6.4.4.2 Steuern, Wehr- und Wachdienstpflicht sowie weitere Abgaben der jüdischen Gemeinde im Vergleich zu den städtischen Einnahmen

Die Schutzbriefe, die Rechtssatzungen sowie die Stadtrechnungen enthalten für einen Zeitraum von beinahe achtzig Jahren eine Fülle von Informationen über die Abgaben der jüdischen Gemeinde. Aufgrund der unterschiedlichen Quellensituation und der Geschichte der jüdischen Gemeinde bietet es sich an diese relativ lange Zeitspanne in die folgenden drei Abschnitte zu gliedern: 1390 bis 1401, 1419 bis 1443/44, 1458 bis 1468/69.

6.4.4.2.1 Die Abgaben der Juden, 1391–1401/02

Für die ersten zwanzig Jahre der zweiten jüdischen Gemeinde fließen die Informationen über die fiskalische Situation der jüdischen Gemeinde nur spärlich. Für die zehn Jahre zwischen 1391 und 1401 geben neben dem 1391 ausgestellten Schutzbrief zwei Rechnungsbü-

¹⁰⁹⁷ StA SH, Allerley Ordnungen, fol. 15r.

¹⁰⁹⁸ Siehe dazu das folgende Kapitel 6.4.4.2.3.

¹⁰⁹⁹ Vergleiche Kapitel 2.

cher, 1396/97 und 1401/02, Auskunft über rechtliche Belange und die fiskalische Situation der Schaffhauser Juden.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts traten die Herzöge von Österreich und der Rat gemeinsam als Schutzherren der Juden auf und teilten sich die Judensteuer.¹¹⁰⁰ Der Schutzbrief von 1391 enthält die folgende Bestimmung: „...Und so diser stu(e)re, so sigend den obgenanten unsern herren von Österrich und iren erben der halbtail werden in iro kamer, und halbtail sol uns und unser statt werden ane alle geverde...“.¹¹⁰¹ Nach dem Privileg waren die genannten Juden verpflichtet jährlich eine gedingte Steuer zu entrichten. Weiter wird festgehalten: *„die vorgeanten juden und ju(e)din, siu a(e)lli, ir jeglichs besunder, iri wip, ir kinde und ir gesinde, sont och frye und ledig sin, ussziehens, wachens und dienst, die man uff ander lu(e)t in unser statt lait ungevarlich untz an stu(e)ran, die sont si geben ja(e)rglichs uff die alten vassenacht, die wile si bi uns sitzent alz vorgeschriben ist...“*.¹¹⁰² Der Pauschalbetrag enthält also bereits eine finanzielle Kompensation für Bürgerpflichten, wie Wacht- und Kriegsdienst sowie weitere Sondersteuern.¹¹⁰³ Nicht enthalten sind in dieser Zahlung allerdings die Ungeldabgaben. Das Stadtbuch von 1385 enthält die Bestimmung, dass die Juden *„hie ze Schaffhusen och ungelt geben sont“*. Und zwar betrifft es diejenigen *„swele vailen win schenkt ze dem zapffen“*. Sie sollen davon Ungelt geben *„als ander únser burger“*.¹¹⁰⁴ Erstaunlich ist diese Bestimmung, da sie die Tatsache dokumentiert, dass den Juden der Ausschank von Wein gestattet war.¹¹⁰⁵ Die Formulierungen im Schutzbrief von 1391 legen den Schluss nahe, dass die Juden, wie die christlichen Einwohner der Stadt, neben dem Weinungeld auch *„mülizol“* und diverse Zollabgaben leisten mussten.

¹¹⁰⁰ 1384 und 1407 verpfändete Herzog Leopold unter anderem seinen Anteil an der Judensteuer; 1384 an Heinrich von Randegg. „...Wir Leupolt...zuo ainem rechten wernden phand versaczt haben die vogty und das schultheissenamt ze Schaffhusen mit ir zuogehorung und sunderlich mit der iudenstúr...“ Thommen, 2, Nr. 182, S. 176. Bei der Verpfändung von 1407 an Eck von Reischach handelt es sich um einen rein formalen Akt, da zu dieser Zeit keine jüdische Gemeinde mehr in Schaffhausen existierte. Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 164a, S. 279f.

¹¹⁰¹ StA SH, UR 1254 (1391).

¹¹⁰² Ebd.

¹¹⁰³ Geistliche intra- und extramurale Gedingbürger waren ebenfalls vom Wachtgeld befreit. Landolt, Finanzhaushalt im 15. Jahrhundert, S. 81.

¹¹⁰⁴ Schib, ed., SSRQ SH 2. S. 28, Nr. 42.

¹¹⁰⁵ Von 1335 ist die Bestimmung überliefert, dass *„kloster und gotzhuser und juden ungelt geben sollen als ander lut“*. Der jüdische Geldleiher Salman von Tett nang liess sich beispielsweise 1423 -1433 für seine Darlehen die zu erwartenden Früchte, insbesondere Wein und Getreide, verpfänden. Ibid. Burmeister, medinat bodase 2. S. 101. Ziwes weist für das Gebiet des Mittelrheins und der Mosel darauf hin, dass die Juden häufig Darlehen durch die Pfandsetzung von Wein absicherten. Die Juden konnten häufig die Leseerträge oder Weineinkünfte des Schuldners mit Gewinn weiterverkaufen. Franz-Josef Ziwes, *„Zum jüdischen Kapitalmarkt im spätmittelalterlichen Koblenz,“* in Hochfinanz im Westen des Reiches: 1150-1500, ed. Friedhelm Burgard, Haverkamp, Alfred, u.a. (Trier: 1996), 49-74. S. 71f.

Tabelle I: Die Steuerabgaben der Juden und die städtischen Jahreseinnahmen, 1391–1402.

Jahr	Steuerzahler ¹¹⁰⁶	Jahresabgaben der Juden in fl	Anteil der Abgaben der Juden an den städtischen Jahreseinnahmen in %	Jahreseinnahmen der Stadt in fl ¹¹⁰⁷	Einnahmen aus den jährlichen Vermögenssteuern in fl
1391	Männlin: 10fl Lemblin: 8fl Jüthen und ihr sohn: ¹¹⁰⁸ 9 fl	13½ ¹¹⁰⁹			
1396/97	Aaron: 2fl Wölfflin: 2fl Lemblin: 4fl	8	0.23 %	3407	
1401/02		181	5.3 %	3438	1171

Im Vergleich zur Grösse der jüdischen Gemeinde fallen 1396 die Jahreseinnahmen von 8 Gulden auffallend bescheiden aus.¹¹¹⁰ Der Vergleich mit den Steuerbeträgen im Schutzbrief von 1391 legt den Schluss nahe, dass in der Rechnung von 1396 nur die halbe Judensteuer verzeichnet ist.¹¹¹¹ Berücksichtigt man die Liste bei Harder, so dürften 1396 neben den drei aufgeführten Steuerzahlern noch weitere ein oder zwei steuerpflichtige Haushaltsvorstände in

¹¹⁰⁶ Die Angaben sind den zwei Stadtrechnungen von 1396 und 1401 und dem Schutzbrief von 1391 entnommen. Die Angaben aus dem Schutzbrief sind kursiv angegeben. StA SH, A II 05.01, Bd. 1, Bd. 2. und UR 1254 (1391).

¹¹⁰⁷ Die Angaben zu den Jahreseinnahmen der Stadt sowie den Steuereinnahmen habe ich der Dissertation von Oliver Landolt entnommen. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 78–80, 316–317.

¹¹⁰⁸ Bei ihr handelt es sich vermutlich um dieselbe Jütlin, die 1377 in Konstanz mit zwei Söhnen aufgenommen worden war.

¹¹⁰⁹ Die Hälfte der Steuern ging an die Herzöge von Österreich.

¹¹¹⁰ Die überlieferten Quellen erlauben uns nur einen punktuellen Einblick in die Abgabensituation der Juden Ende des 14. Jahrhunderts. Trotzdem soll versucht werden, die Grösse der jüdischen Gemeinde in etwa zu rekonstruieren. Zusätzlich zu den Angaben aus den überlieferten Stadtrechnungen und dem Schutzbrief von 1391 steht uns eine Liste mit den zwölf Namen der jüdischen Neuzuzüger aus den 1390er Jahren zur Verfügung. Harder hat die Liste in seinem Artikel zur Geschichte der Juden in Schaffhausen abgedruckt. Harder, "Juden in Schaffhausen." S. 43. Zu den Verwandtschaftsbeziehungen von Zürcher und Schaffhauser Juden in den letzten zwei Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts siehe Guggenheim-Grünberg, Judenschicksale Zürich. S. 12-15. Löwenstein, Juden am Bodensee. S. 60-63. Burmeister, medinat bodase 2. S. 9ff. Berücksichtigt man, dass nicht alle zwölf Haushaltungen das ganze Jahrzehnt hindurch in Schaffhausen ansässig waren und jeder Haushalt sich aus durchschnittlich sechs Mitgliedern zusammensetzte, dann ergibt sich eine durchschnittliche Gemeindemitgliederzahl von 45. Wenn man zu dieser Zahl noch die steuerfreien Familien addiert, erhält man eine Mitgliederstärke von um die 55 Personen. In der Sekundärliteratur schwanken die Zahlenangaben zwischen vierzig Personen (Harder) und sechzig Gemeindemitgliedern (GJ III).

¹¹¹¹ Inwieweit die andere Hälfte direkt an die Herzöge oder die jeweiligen Pfandinhaber abgeliefert wurde oder inwieweit die Stadt als Mittlerin fungierte, ist leider nicht mehr nachvollziehbar.

Schaffhausen ansässig gewesen sein.¹¹¹² Aufgrund der fehlenden Stadtrechnungen kann man aber nicht mehr rekonstruieren, ob einzelne Steuerbeträge verspätet bezahlt oder von der Stadt direkt gegen geschuldete Geldbeträge aufgerechnet worden waren. Die dokumentierten Steuerbeträge waren erstaunlich tief.¹¹¹³ Es stellt sich die Frage, ob die Stadt über weitere Abgabenformen ihre Einnahmen von der jüdischen Gemeinde erhöhte. In einem allzu grossen Ausmass dürfte diese Einnahmenpolitik allerdings nicht betrieben worden sein, da der Stadtherr sowie die jeweiligen Pfandinhaber in der Stadt präsent waren. Im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts hatten die Herzöge ihren Einfluss auf die städtische Finanzverwaltung verfassungsmässig sanktioniert, indem den Stadtrechnern 1375 ein „*uberman*“, ein österreichischer Vogt, vorgesetzt wurde. Nach Landolt beschränkte sich dessen Oberaufsicht auf eine Art Kontrollfunktion. Die genügte aber sicherlich, um die Stadt an der Erhebung zu hoher Zusatzabgaben von der jüdischen Gemeinde zu hindern und so einen Teil der Einnahmen an der herzoglichen Kammer vorbeizuschleusen.¹¹¹⁴

Aus dem Rahmen fällt der hohe Betrag von 226 lb (180 fl), der in der Stadtrechnung von 1401/02 unter der Rubrik „*vom judengelt*“ aufgeführt wurde.¹¹¹⁵ Im selben Jahr wurde die jüdische Gemeinde erneut Opfer eines Pogroms, ausgelöst von einer Ritualmordbeschuldigung. Bei der Summe von 226 lb im Rechenbuch von 1401/02 handelt es sich um einen Teil des jüdischen Besitzes, den die Stadt konfisziert hatte.¹¹¹⁶

6.4.4.2.2 Die Steuern der Juden, 1420–1443

Gemäss der schriftlichen Überlieferung waren im Zeitraum von 1402 bis 1419 keine Juden in Schaffhausen ansässig.¹¹¹⁷ Nachdem Schaffhausen 1415 den Status einer Reichsstadt zurückerhalten hatte, wurde der Rat im Rahmen der neuen Reichsfinanzpolitik vom Erbkämme-

¹¹¹² Harder, "Juden in Schaffhausen." S. 43.

¹¹¹³ Siehe unten Vergleichskapitel.

¹¹¹⁴ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 47. Vergleichbar ist die Situation beispielsweise mit Trier. Der erzbischöflichen Stadt stand von den Juden jährlich ein Pauschalbetrag von 50 Gulden zu. In den Rechnungen lassen sich zusätzlich keine weiteren Abgaben von der jüdischen Gemeinde finden. StA Trier, T 12/1, Stadtrechnungen ab 1370/71.

¹¹¹⁵ StA SH, A II 05.01, Bd. 2, S. 4f. Es handelt sich um die Zahlung von sechs Schuldnern der Juden, die bei der Stadt ihre Schulden beglichen.

¹¹¹⁶ Siehe unten Kapitel Sonderabgaben.

¹¹¹⁷ Die zu einem grossen Teil überlieferten Stadtrechnungen aus dieser Zeit enthalten keine Einträge über eingegangene Steuerbeträge von Juden.

rer Konrad von Weinsberg im Namen Sigismunds aufgefordert Juden aufzunehmen.¹¹¹⁸ Dieser Aufforderung leistete die Stadt Folge und 1420 ist mit Löw wieder ein Jude in Schaffhausen ansässig.¹¹¹⁹ Ein Jahr später wird ein zweiter jüdischer Steuerzahler in den städtischen Rechnungen genannt. Der aus Colmar zugewanderte Bouman entrichtete eine Jahressteuer von 50 Gulden. In der Einzugsliste für den Goldenen Opferpfennig wurde 1421 festgehalten, dass Bouman seine Steuern bereits in Colmar an Vifli entrichtet hätte und seiner Verpflichtungen somit ledig sei.¹¹²⁰ Der Colmarer Geldleiher bleibt allerdings nur für fünf Jahre in Schaffhausen ansässig und zieht 1426 nach Konstanz weiter, wo er ab diesem Jahr im Ammangerichtsbuch und später in den Steuerlisten in Erscheinung tritt.¹¹²¹ 1425 ist der Löw von Rinvelden, später der Gross Löw genannt, erstmals in den Schaffhauser Quellen belegt.¹¹²² In seinem Aufnahmejahr wird in der Stadtrechnung seine Verwandtschaftsbeziehungen zum bereits ansässigen Löwen festgehalten; der „Grosse Löw“ war der Vetter des „Clainen Löwen“ von Freiburg.¹¹²³

Wie im 14. Jahrhundert hatte die Stadt nur die halbe Judensteuer inne. Nach 1415 teilten sich das Reich und die Stadt den Judenschutz und somit auch die Einnahmen. Interessant ist die Regelung der Zahlungsmodalitäten der anderen, dem Reich zustehenden Hälfte sowie die Höhe der städtischen Einnahmen, die die Stadt aus dem Recht an den Judensteuern zu verbuchen hatte. Näheres erfahren wir aus den Aufzeichnungen des Hensli Reck von 1421.¹¹²⁴ Hensli Reck war von Konrad von Weinsberg mit dem Einzug der Judensteuern beauftragt worden. Er notierte, dass der Schaffhauser Bürgermeister und Rat den König und Konrad von Weinsberg bäten und von ihnen den Bescheid erhofften, dass Schaffhausen von den Abgaben der Juden nichts abgeben müsste.¹¹²⁵ Klugerweise wählt die Stadtoberkeit den Begriff

¹¹¹⁸ HZA Schubl. E 57: 1, fol. 10v.

¹¹¹⁹ 1420/21 leistet Löw eine Jahressteuer von 50 Gulden. StA SH, A II 05.01, Bd 25, S. 2+7. In den folgenden Jahren bis zu seinem Tod Anfang der 1430er Jahre wird er als der clain oder der jung Löw in den Rechnungen aufgeführt; 1425 wird er Löw der Junge von Friburg genannt. Ebd., Bd. 31, S. 66.

¹¹²⁰ „... und Boman, der spricht er sii vor zu(o) Colmar gewest mit hu(e)se und Vifelin, dem hab er den gulden offerpfenig geben.“ HZA Schubl. E 57: 1, fol. 10v.

¹¹²¹ Siehe Tabelle 18 im Anhang.

¹¹²² Es handelt sich um den Sohn von Salomon von Rinvelden. Vater und Sohn wurden 1418 in Konstanz als Bürger aufgenommen. StA Ko, Uk 8308 (1418). 1424 wurde der Gross Löw zusammen mit seinem Vater Salomon und dem anderen Löwen von Konstanz und dessen Schwager in Zürich aufgenommen. H. Zeller-Werdmüller, ed., Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd. 3 (Leipzig: 1899). S. 192f, Nr. 229. Spätestens 1438 hatte der Grosse Löw wieder das Bürgerrecht von Konstanz inne.

¹¹²³ StA SH, A II 05.01, Bd. 31, S. 66. Siehe auch Bd. 51, S. 9.

¹¹²⁴ 1415 kommt Schaffhausen ans Reich zurück und Sigismund bestätigt der Stadt alle ihre "briefe". Schudel, ed., SSRQ SH 1. S. Nr. 182 g, S. 328f. Dazu dürfte auch die Regelung gehören, dass der Stadt die halbe Judensteuer zusteht.

¹¹²⁵ HZA Schubl. E 57:1, fol. 10v.

"Schenkung" für die jüdischen Abgaben und meidet den sonst geläufigen Begriff "Steuer", um sich auch sprachlich klar von Ansprüchen des Reiches auf die halbe Steuer der Juden abzugrenzen und die Zahlung derselben den Juden selbst zuzuschieben. Die Taktik der Stadt scheint erfolgreich gewesen zu sein, denn die Aufzeichnungen des Hensli Reck enthalten für Schaffhausen direkte Zahlungen der einzelnen Juden für die geforderte Reichssteuer. Im Vergleich zu den 100 Gulden, die die ansässigen Juden jährlich an die Stadt entrichteten, nehmen sich die 8 Gulden, die Hensli Reck für zwei Jahre halbe Judensteuer verzeichnet, geradezu lächerlich klein aus.

Zwischen 1420 und 1443 enthalten die Stadtrechnungen beinahe durchgehend Einträge von Steuerabgaben der Schaffhauser Juden.¹¹²⁶ Bis 1435 sind dies die einzigen Angaben, die einen Hinweis auf die Grösse der jüdischen Gemeinde geben. Pro Jahr werden ein bis drei Steuerzahler aufgeführt, und die Vermutung, dass die Schaffhauser Gemeinde umfangreicher war, wird spätestens für 1435 bestätigt.¹¹²⁷ Der Schutzbrief von 1435 belegt drei ansässige jüdische Haushaltsvorsteher, den „Grossen Löwen“, die Witwe des „Clainen Löwen“ sowie Schmohel, der im selben Haus wie die Witwe lebt. Weiter wird dem „Grossen Löwen“ zugestanden noch zwei weitere Juden mit ihren Familien in Schaffhausen aufnehmen zu könne. Es lag in seiner Verantwortung, den geforderten Pauschalbetrag von 80 Gulden adäquat auf die Mitglieder der jüdischen Gemeinde umzulegen. Der „Grosse Löw“ trat somit als Bürge für die gesamte geforderte Jahresabgabe auf und war für das Eintreiben der Beiträge von den anderen jüdischen Steuerzahlern verantwortlich.¹¹²⁸ Somit stehen hinter einem oder zwei Namen in den Steuerlisten mehrere Steuerzahler, die ihren Beitrag zur angegebenen Pauschalsumme leisteten. In der Zeit zwischen 1436 und 1441 dürfte die Pauschalabgabe von 80 Gulden von

¹¹²⁶ 1443 wurden die Juden im Zusammenhang mit einer Ritualmordklage in Meersburg gefangengenommen. Die Quellen geben keine Auskunft darüber, ob die Juden nach ihrer Freilassung freiwillig aus Schaffhausen weg-zogen oder ob ihnen das Aufenthaltsrecht entzogen wurde. Landolt, Finanzhaushalt im 15. Jahrhundert, S. 93.

¹¹²⁷ *„...in unseren schirm trostung und gelait genomen und empfangen haben nemen und empfahen dar in in crafft des briefes den beschaiden Lo(e)wen juden burger Zu(e)rich, Salomon des juden sun von Rinfelden, und des lamen Lo(e)wen juden, der tod ist, wib und kinder und Schmoheln den juden der yetz in des vorgenanten Lo(e)wen juden hus in dem ndern gemach ist. Und zwen ander juden, welhe er will, ir aller wibe ire kinde mit allem irem husgesinde, das si yetzo hand oder unfftenklichen haben werden, by uns in unser statt in zwain hu(e)sern, wä die gelegen sind, wie inen denne dass gefellig ist zuo wonnen, und zuo sinde, als unser ingesessen burger von dem tag hin als datum dess briffes ...Und dar umb, das wir si by allen vorgeschriben stuken, dingen und gedingen dester forderlicher genaigt syen, ze schirmen, so so(e)llen si uns alle jare geben ze schenkunge achtzig rinscher guldin von Sant Martins tag nachst koment nach datum diss brieffes...“* StA SH, UR 1918 (1435).

¹¹²⁸ Neben Schaffhausen kannte auch die Stadt Braunschweig in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts diese Praxis. Hans-Heinrich Ebeling, *„De Jodden, de hyr wonhafflich syn ...“*. Judenschutz und Judenpolitik des Braunschweiger Rats im Spätmittelalter zwischen Pestverfolgung und Vertreibung 1350-1546., in Rat und Verfassung im mittelalterlichen Braunschweig, ed. Manfred R.W. Garzmann, Braunschweiger Werkstücke, Reihe A, Bd. 21 (Braunschweig: 1986). S. 52.

vier bis fünf jüdischen Familien aufgebracht worden sein, obwohl in den Rechnungen nur die Name des Grossen Löwen oder seiner Erben erscheinen. Zu diesen vier bis fünf Haushalten müssen für zwei bis vier Monate jährlich mehrere Schulmeister und Schüler, die an den zweimal jährlich stattfindenden Lehrveranstaltungen teilnahmen, gerechnet werden. Für das Recht zweimal jährlich Schulmeister und Schüler in die Stadt holen zu dürfen, wurde der Löw dazu verpflichtet, dem Rat jährlich zwei Glasfenster zu überreichen.¹¹²⁹ In der schriftlichen Überlieferung Schaffhausens treten neben dem Grossen Löwen keine weitere Namen von Juden auf. Erst nach dem Tod des Grossen Löwen werden weitere Juden als Steuerzahler in den Rechnungen genannt. Aaron und Simon zahlen 1440 und 1441 für die Erben des Löwen die Steuern. Ob es sich dabei um die Söhne des Grossen Löwen handelte, ist aus den überlieferten Quellen nicht mehr ersichtlich. In Bezug auf Simon ist es möglich, dass es sich um denselben Meister Simon handelt, der 1425 in den Stadtrechnungen aufgeführt wurde.¹¹³⁰ Die Witwe des Löwen steuert 1442 eigenständig 18 Gulden. Weiter erscheinen Josef, Hännly und Jegli als Steuerzahler in den Rechnungsbüchern. Über allfällige Verwandtschaftsbeziehungen kann den Quellen allerdings nichts entnommen werden. Mehrmals wurden 1441 und 1442 ein Eberli und dessen Frau genannt, die unter anderem die Schulden von Aaron und Josef bezahlten. Es könnte sich dabei um Eberli von Konstanz, dessen Söhne 15 Jahre später nach Schaffhausen zogen, handeln.¹¹³¹ Eberli war wie Löw einer der wichtigeren Geldleiher der Region. Einerseits verfügte er über die nötigen Ressourcen, um den Betrag von ca. 100 Gulden vorschies- sen zu können, andererseits ist es auch sehr wahrscheinlich, dass die zwei Familien durch Heirat verbunden waren, was ein finanzielles Engagement Eberlis in Schaffhausen erklären würde. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Schmoel, der im Privileg von 1435 aufgeführt wird, der Sohn oder Schwiegersohn von Eberli war. Es könnte sich dabei um denselben Schmucl handeln, der 1448 in Konstanz inhaftiert wurde.¹¹³² Dieser Schmucl war der Enkel

¹¹²⁹ „.. und das ouch Löwe jud wol schuoll und cappittel hie zwirend in dem jare zuo sumer und zuo winter zitte haben und halten mag. Dass ander fro(e)md juden schuolmaister und schuoller her zu im komend studieren, das wert alle mal by zwain monaden ungarlichen, dass sy by im in sinem hus sind und ir besunder kost haben. Doch also wenne Löw jud obgenant capitel und schuoll haben will ... dass er denne vorhin zuo ainem Burgermaister gon und im das sagen und zuo wissen tuon, so wie vil er fro(e)mden juden schuolmaister und schuoller zuo capitell haben wo(e)lle...und dass er uns denne des selben jares zwai glassvenster in unser rautes stuben machen sol.“ StA SH, UR 1918 (1435).

Ob diese Veranstaltungen regelmässig stattgefunden haben und wie hoch die Zahl der Teilnehmenden war, lässt sich den überlieferten Quellen nicht mehr entnehmen.

¹¹³⁰ „It. 20 lb haben wir gelihen Maister Symon und sinem wib“ StA SH, A II 05.01, Bd. 31. S. 66.

¹¹³¹ Eberli von Konstanz zog 1435 nach Feldkirch und 1440 nach Winterthur. In einer Urkunde von 1443 wird von einem Eberli von Passau gesprochen, der Ansprüche auf das Gut der inhaftierten Schaffhauser Juden erhebt. Es wäre möglich, dass Eberli nicht nur in Feldkirch sondern auch im nicht allzuweit entfernten Passau tätig gewesen ist. GJ III:3.

¹¹³² Siehe Tabelle 19 im Anhang.

der Gütlin, die die Mutter des Clainen Löwen war, der 1424 zusammen mit dem Grossen Löwen in Zürich aufgenommen worden war. Somit wäre Schmucl sowohl mit dem Clainen als dem Grossen Löwen verwandt gewesen. In einer Urkunde von 1443 erscheint zusätzlich zu den in den Rechnungsbüchern erwähnten Juden ein gewisser Jöselin, der "*anstatt und in namen gross Lowen des Juden erben*" einige Verkäufe tätigt.¹¹³³

Für den Zeitraum von 1420 bis 1434 sind keine normativen Quellen mit Angaben zu den fiskalischen Modalitäten der Juden überliefert. Erst dem Schutzbrief von 1435 lassen sich Informationen über die finanziellen Vereinbarungen zwischen der Stadt und den ansässigen Juden entnehmen. Sie wurden verpflichtet der Stadt jährlich eine "*schankunge*" von 80 Rheinischen Gulden zu entrichten. Dieser Betrag galt als Kompensationszahlung für "*stür wacht zoll ungelt Raissen und ander sachen in alle wegg*".¹¹³⁴ Die Formulierung in der Reichssteuerliste von 1421 legt den Schluss nahe, dass bereits 1420 mit dem Clainen Löwen eine ähnliche Vereinbarung getroffen worden ist.¹¹³⁵ Der zu leistende Pauschalbetrag variiert allerdings. Gemäss den Einträgen in den Stadtrechnungen scheint zu dieser Zeit noch nicht ein einziger ansässiger Jude für die Zahlung des Pauschalbetrags und somit auch für die Umlegung auf die übrigen Juden verantwortlich gewesen zu sein. Der Grosse Löw, der Claine Löw sowie Bouman erscheinen als eigenständige Steuerzahler. Bis 1424 scheint ein Einzelsteuerbetrag von je 50 Gulden, insgesamt 100 Gulden, die Regel gewesen zu sein. Mit dem Zuzug des Grossen Löwen gingen die jährlichen Abgaben auf 70 bis 80 Gulden zurück. Das 1434 vom Kaiser ausgestellte Privileg¹¹³⁶ in Verbindung mit dem Tod des länsteingesessenen Juden, dem Clainen Löwen, gaben den Anstoss einen neuen, auf die Bedürfnisse des Grossen Löwen zugeschnittenen Schutzbrief auszustellen. Bereits vier Jahre später starb der Grosse Löw und die folgenden Jahre waren durch kleinere Steuerzahlungen sowie das Abzahlen aufgelaufener Steuerschulden geprägt. Keine genauen Angaben über die Anzahl jüdischer Steuerzahler sowie deren Aufenthaltsdauer gehen aus den Stadtrechnungen nach 1439 hervor. Es ist nicht klar, wer wie lange in Schaffhausen ansässig war und 1443 gefangengesetzt wurden. In welchem Masse also der Rückgang der Steuerzahlungen auf eine kleinere Zahl Steuerzahler oder auf finanzielle Schwierigkeiten derselben zurückzuführen war, kann nur vermutet werden. Sowohl Aron als auch Josef hatten aber offensichtlich finanzielle Schwierigkeiten. 1442/1443

¹¹³³ StA SH, UR 2099 (1443).

¹¹³⁴ StA SH, UR 1918 (1435).

¹¹³⁵ Die Stadt spricht von einer Schenkung. HZA Schubl. E 57:1, fol. 10v.

¹¹³⁶ Rudolf Thommen, ed., Urkunden zur Schweizer Geschichte in österreichischen Archiven. Bd. 3, 1411-1439. (Basel: 1928). Nr. 244, S. 261.

wird in der Stadtrechnung festgehalten, dass sie ihre 92 Gulden Steuerschulden nicht selber hatten begleichen können und Eberli bei der Stadt deshalb Pfänder hinterlegte. Im Folgenden dokumentieren mehrere Einträge, dass Eberli und seine Frau die Schulden von Josef und Aron beglichen.¹¹³⁷ Aus den Einträgen geht nicht klar hervor auf welchen Zeitraum sich diese Schulden erstrecken. Da ein Teil der Halbjahresbände der Stadtrechnungen fehlen, ist auch nicht klar, inwieweit bereits unter Löw Steuerschulden aufgelaufen waren. Allerdings geht aus den Steuerabrechnungen hervor, dass auch die finanziellen Reserven des Grossen Löwen und seiner Familie nach den exorbitanten Zahlungen an das Reich für die Freilassung der Konstanzer Juden 1430 stark geschrumpft waren.

Tabelle II: Steuerabgaben der Juden in Schaffhausen, 1420-1443

Jahr	Steuerzahler¹¹³⁸	Jahresabgaben der jüdischen Gemeinde in fl	Jahr	Steuerzahler	Jahresabgaben der jüdischen Gemeinde in fl
1420	Löw	50	1432	Gros und clain Löw	70
1421	Baumann: 50 fl Löw: 50 fl	100	1434	Gros und clain Löw	77
1422	Baumann	50	1435	Löw jud an sinen sturen: 15 fl Salmon: 6 fl	21
1425	Baumann: 35 fl junger Löw: 25 fl Löw: 19 fl	79	1436/37	Löw + sin vetter	80
1427	Der gros Löw	64	1438/39	Löw	50
1428	Gros und clain Löw	70	1440	Simon, für die Erben Löws	50
1429	Gros Löwin: 36 fl Gros Löw: 28,5 fl	64½	1441	Aron, für die Erben Löws	40
1430	Gr.+ cl. Löw: 70 fl Swaher, sweger + sun: 6 fl	76	1442/43	Einnahmen allgemein Löwin: 18 + 32 fl Josep + Aron: 49 fl Ihre Steuerschulden: 92 fl Simon, Josef + Jeglis frauen: 35 fl	172
1431	Gros und clain Löw	70	1443/44	Haylin: 7 fl Simon + Jeglin: 11 fl	18

¹¹³⁷ Die aufgelisteten Zahlungen und Pfandübergaben wurden im April/Mai 1443 abgewickelt, im selben Jahr, in dem die Juden von Schaffhausen im Zusammenhang mit einer Ritualmordklage in Meersburg gefangengenommen, aber nicht verurteilt wurden.

¹¹³⁸ Die Angaben stammen aus den Stadtrechnungen und dem Schutzbrief von 1435. Angaben aus dem Schutzbrief sind kursiv angegeben.

Im Vergleich mit der Situation Ende des 14. Jahrhunderts fällt auf, dass im 15. Jahrhundert weniger Steuerzahler ein Vielfaches des Steuerbetrags der 1390er Jahre leisteten. Dies dürfte nicht primär mit den Vermögensverhältnissen der einzelnen jüdischen Geldleiher und Geldleiherinnen zu tun gehabt haben, sondern die veränderten Herrschaftsverhältnisse widerspiegeln. Der König hatte einen weniger intensiven Kontakt zur Stadt als zuvor die Herzöge. Ihm fehlten die entsprechenden Kontrollmöglichkeiten, was sich in einer geänderten städtischen Fiskalpolitik Anfang der 1420er Jahre niederschlug. Die Stadt erreichte mit dieser Strategie Einnahmen, die diejenigen aus dem 14. Jahrhundert bei weitem übertrafen.

In einem weiteren Schritt soll nun der Frage, welche Bedeutung diesen Einnahmen im städtischen Finanzhaushalt zukamen, nachgegangen werden. In der Tabelle 25 im Anhang werden die Steuerabgaben der jüdischen Bürger den städtischen Jahreseinnahmen sowie einzelnen Einnahmeposten gegenübergestellt. Die Einnahmeposten wurden so ausgewählt, dass sie in etwa die Abgaben widerspiegeln, die die christlichen Einwohner zu leisten hatten und die in der Pausschalsteuer der Juden enthalten waren; Vermögenssteuer, Bürgergeld, Abzugsgeld, Wachtgeld, Weinzoll und Mühlengeld. Im Verhältnis zu den städtischen Jahreseinnahmen nehmen sich die Steuerbeträge, deren Anteil an den Gesamteinnahmen zwischen 0.6 und 1 Prozent pendelt, eher bescheiden aus. Interessant ist der Vergleich mit den Steuerabgaben, die von der christlichen Bevölkerung geleistet wurden.¹¹³⁹ Der Anteil der jüdischen Steuerabgaben an den Einnahmen aus der Vermögenssteuer, dem Bürgergeld, dem Abzugsgeld, dem Wachtgeld, dem Weinzoll und dem Mühlengeld liegt zwischen 2.5 und 4 Prozent; im Vergleich mit dem prozentualen Anteil an der Bevölkerung wesentlich höher. Allerdings muss bei diesem Vergleich berücksichtigt werden, dass ein wichtiger Punkt, die Wehrdienstpflicht der Christen sowie die Forderung an die Bürger einen eigenen Harnisch zu besitzen, noch nicht miteinberechnet sind. Zusätzlich waren die jüdischen Gedingbürger von der Zahlung einer Abzugssteuer befreit. Ein weiterer Aspekt, der bei diesem Vergleich beachtet werden muss, ist der Umstand, dass die Höhe der Vermögen der jüdischen Steuerzahler¹¹⁴⁰ nicht bekannt ist und somit deren Abgaben nicht mit den Abgaben einer gleichgrossen Gruppe christlicher Steuerzahler mit entsprechendem Vermögen vergleichbar sind. Es soll an dieser Stelle auf die unausgewogene Vermögensverteilung innerhalb der christlichen Gesellschaft hingewiesen

¹¹³⁹ In Tabelle 25 im Anhang sind die Einnahmen der folgenden Posten aufgeführt: Vermögenssteuer, Bürgergeld, Abzug, Wachtgeld, Weinzoll und Mülizoll. Dabei handelt es sich um den grössten Teil der Posten, die durch die Pauschalabgabe der Juden kompensiert wurden. Da für einige Jahre ein Halbjahresband der Stadtrechnungen fehlt, kann der Vergleich zwischen Steuereinnahmen der Juden sowie dem Betrag, der aus den Einnahmen der obenstehenden Einnahmeposten resultiert, nur für wenige Jahre gemacht werden.

¹¹⁴⁰ Auf jüdischer Seite handelt es sich um Geldleiher, die über ein gewisses Barvermögen verfügen.

werden. In Zürich besaßen beispielsweise 1417 6 % der Steuerpflichtigen zwei Drittel des Gesamtvermögens.¹¹⁴¹ Vor diesem Hintergrund relativiert sich der hohe prozentuale Anteil der jüdischen Abgaben zusätzlich.

6.4.4.2.3 Die Steuern der Juden, 1458–1468

Nach einem mehrjährigen Unterbruch ist 1458 erstmals wieder die Ansässigkeit von Juden belegt. Dieser Zeitpunkt markiert den Anfang der letzten Phase jüdischen Lebens im spätmittelalterlichen Schaffhausen. 1472 wurden die Juden ausgewiesen und endgültig aus der Stadt vertrieben. In der Grösse war die jüdische Gemeinde der 1450er/1460er Jahre mit derjenigen aus den Jahren 1420–1444 vergleichbar. In den Stadtrechnungen und im Schutzbrief von 1462 sind zwischen zwei und vier steuerzahlende Haushaltungen belegt, wobei mindestens drei der Steuerzahler derselben Familie angehörten. Salomon, Raffael und Schmol waren Söhne des reichen Geldleihers Eberli von Konstanz, der 1450 verstorben war.¹¹⁴² 1458 wurden Salomon und Mosse für vier Jahre ins Bürgerrecht der Stadt Schaffhausen aufgenommen. Obwohl der Schutzbrief nicht überliefert ist, lassen sich einige Bestimmungen rekonstruieren. Die Rechnungsbücher geben Aufschluss darüber, dass die zwei jüdischen Geldleiher auf vier Jahre befristet aufgenommen worden waren. Beide mussten jährlich je hundert Gulden an die Stadt zu leisten, was sie beide in der Form zweier Zweijahrestranchen à 200 Gulden taten. Bei der Zahlung des Mosse wird angemerkt, dass er für die zweiten zwei Jahre *"200 gulden gen und als die lestan zwaj gestürett han, so im brieff wisset an win mülly zol"*.¹¹⁴³ Die Vereinbarungen darüber, welche Bürgerpflichten mit den jährlichen Zahlungen kompensiert wurden, waren noch dieselben wie 1462. Unterstützt wird diese Annahme dadurch, dass im Schutzbrief von 1462 die Gültigkeit der Abgabemodalitäten mit vier Jahren angegeben wird, obwohl der Brief auf 5 Jahre befristet war.¹¹⁴⁴ Dem Schreiber scheint beim Abschreiben des alten Privilegs von 1458 unachtsam gewesen zu sein und die falsche Jahreszahl übernommen zu haben.

¹¹⁴¹ Hans-Jörg Gilomen, "Innere Verhältnisse der Stadt Zürich 1300–1500," in Geschichte des Kantons Zürich Band 1: Frühzeit bis Spätmittelalter (Zürich: 1995), 336–389. S. 340.

¹¹⁴² Guggenheim, Florence. Judenschicksale im alten Zürich, III. (Schluss). NZZ Nr. 1118, 21. März 1963. Siehe Peter Niederhäuser, "Die Juden in der Kleinstadt: Das spätmittelalterliche Winterthur," in Geschichte der Juden im Kanton Zürich (2004). S. 7ff.

Während der untersuchten zehn Jahre werden folgende Juden erwähnt. Salomon (1458–64), Mosse (1458–61) Raffael (ab 1462), Schmol (1459–64), Meyer (ab 1460), Hirz (ab 1467), Jacob (ab 1466) und Mennli (ab 1467). Siehe Tabelle III.

¹¹⁴³ StA SH, A II 05.01, Bd. 119, S. 210.

¹¹⁴⁴ StA SH, Allerley Ordnungen. Fünf Jahre werden auf fol. 15r, 4 Jahre auf fol. 17v angegeben.

1462 mussten die Juden sowohl *"den zol von dem korn in der mullinen"* als auch *"von dem win, den si in iren husern trinken"* wie die christlichen Einwohner Schaffhausens leisten. Zusätzlich bestand an jeden die Forderung *"fur andern stüren, zoll, uffsetz, ungelt, raisen, hüten, wachen und all ander sachen ... alle jar jerlichs zu scha(e)nckung"* für die Jahre 1458-1461 je 100 Gulden zu geben.¹¹⁴⁵ 1460 wurden zwei weitere jüdische Geldleiher aufgenommen; Maier und Schmoel, der Bruder von Salomon. Sind 1461 vier steuerzahlende jüdische Geldleiher in den Rechenbüchern verzeichnet, wird im Schutzbrief von 1462 die Zahl der Haushalte auf drei reduziert. Die zwei Schutzbriefinhaber, Maier und Salomon, wurden verpflichtet im ersten Jahr 200 und in den folgenden Jahren 300 Gulden als Pauschalabgabe zu leisten.¹¹⁴⁶ Welche Beträge im ersten Jahr bezahlt wurden ist nicht mehr rekonstruierbar, da die entsprechenden Rechnungsbücher fehlen. Erstaunlicherweise wird im folgenden Rechnungsjahr unter der Rubrik *"Judenstur"* verzeichnet, dass Salomon und Meyer die geforderten zweihundert Gulden auf Johann Baptiste bezahlt hätten und dass Salman, Raffahel und Meyer *"hin für jars drij hundert gulden"* geben würden.¹¹⁴⁷ Vielleicht wurde die Zahlung von 300 Gulden um ein Jahr verschoben, da Raffael erst auf das Steuerjahr 1464/65 aufgenommen worden war. Allerdings wäre dieser Entscheid des Rates sehr erstaunlich in Anbetracht der Formulierung im Schutzbrief, in dem sich ausdrücklich Meyer und Salomon für diese Zahlung verpflichten müssen. Allerdings kam es schon bald nach 1462 zu einem grösseren Konflikt zwischen Salomon und Schaffhausen in dessen Verlauf ersterer gefangengesetzt wurde. Da Salomon auch das Zürcher Bürgerrecht innehatte, trat dessen Bürgermeister und Rat als Vermittler auf. Das abschliessende Urteil wurde dann auch von dem Bürgermeister und dem Rat von Zürich ausgestellt.¹¹⁴⁸ Sowohl die Stadt als auch die bei Salomon verschuldeten Schaffhauser Bürger konnten ihre Schuldbriefe und ihre Pfänder gegen das *"houptgu(o)t"* auslösen und Salomon durfte die aufgelaufenen Zinsen nicht verlangen. Salomon musste aus Schaffhausen wegziehen, nachdem er seine Steuerschulden von 510 Gulden beglichen haben würde. Allerdings wurde bereits im Urteil festgehalten, dass die zwei Schuldner Hans Wilhelm im Thurn und Henni von Eich ihre Schuldbeträge an die Stadt ausrichten sollten und Salomon musste die entsprechenden Schuldbriefe aushändigen. Ihm wurde allerdings zugestanden, dass zwei seiner Knechte bis Pfingsten die noch ausstehenden Schulden einziehen dürften. Diese Knechte sollten *"us und in ze wandlen zolles fri sin"*. In Bezug auf die Steuervereinbarung wurde be-

¹¹⁴⁵ Ebd., fol. 17v.

¹¹⁴⁶ Welche Bürgerpflichten damit abgedeckt waren, siehe oben.

¹¹⁴⁷ StadtA SH, A II 05.01, Bd. 126, S. 105/6 und Bd. 127, S. 183.

schlossen, dass während der folgenden drei Jahre, 1464-1466, Mayer und Raffael gemeinsam jedes Jahr eine Summe von 130 Gulden steuern sollten. Der dadurch im Vergleich zur Vereinbarung von 1462 entstehende Differenzbetrag von 170 Gulden musste Salomon entrichten. Zählt man die Beträge, die während der drei Jahre eingingen, zusammen erhält man die oben erwähnten Steuerschulden von 510 Gulden. 1464/1465 sind sowohl von Schmol als auch von Salomon Zahlungen in der Höhe von 78 und 50 Gulden überliefert, die sie für ihre Knechte entrichteten. Beide scheinen noch offene Geschäfte in Schaffhausen gehabt zu haben, die sie von ihren Knechten abschliessen liessen.¹¹⁴⁹

1467 wurde vermutlich erneut ein Schutzbrief ausgestellt. In den Rechnungen erscheinen neben Meyer und Raffael neu Jacob und Hirtz als Steuerzahler, die in diesem Jahr gemeinsam eine Summe von 160 Gulden entrichteten. Dies ist der letzte überlieferte Beleg jüdischer Steuerzahlungen in Schaffhausen. Aufgrund der fehlenden Rechnungsbücher bleibt die Höhe der Einnahmen für die letzten Jahre der jüdischen Gemeinde im Dunkeln.¹¹⁵⁰

Tabelle III: Die Abgaben der Juden und die städtischen Einnahmen, 1458/59–1468/69

Jahr	Jüdische Steuerzahler ¹¹⁵¹	Steuerbeträge der einzelnen jüdischen Bürger in fl	Summe der Jahresabgaben der jüdischen Gemeinde in fl
1458/59	Salomon Mosse	100 100	200
1459/60	Salomon Salomon Mosse	100 ¹¹⁵² 30 ¹¹⁵³ 100	230
1460/61	Salomon Mosse Schmoel Mayer	100 130 60 38	228

¹¹⁴⁸ StA SH, UR 2589 (1464). Salomon wird von den Zürchern 1464 als ihr Bürger bezeichnet. Es scheint, dass Salomon eine zeitlang zwei Bürgerrechte innegehabt hat. Siehe dazu Gilomen, "Sondergruppen." S. 153.

¹¹⁴⁹ Erstaunlich ist, dass ihr Bruder Raffael, der weiterhin Bürger in Schaffhausen war, diese Tätigkeit nicht übernahm. Die Frage, die sich stellt, ist, ob das von städtischer Seite nicht erlaubt wurde oder ob es von Schmol und Salomon gar nicht gewünscht war.

¹¹⁵⁰ 1472 fasste die Stadtoberkeit den Beschluss, die Juden auszuweisen. Die letzte Urkunde, die auf die Anwesenheit eines Juden hinweist, stammt aus dem Jahr 1475. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war also die Vertreibung der Juden aus Schaffhausen abgeschlossen. Harder, Schicksal der Juden, S. 58f.

¹¹⁵¹ Die Angaben in Spalte zwei und drei sind den Stadtrechnungen der entsprechenden Jahrgänge sowie der Urkunde 2589 entnommen.

¹¹⁵² Bereits 1458 bezahlt.

¹¹⁵³ Vermutlich eine Zahlung für „mülizol“ und „tringwin“.

1461/62	Salomon Mosse Schmoel Mayer	100 ¹¹⁵⁴ 70 90 10	270
1463/64	Salomon Mayer	130 70	200
1464/65	Salomon Mayer Rafael	170 100 30	300
1465/66	Mayer Rafael (Salomon)	100 30 170 ¹¹⁵⁵	300
1466/67	Mayer Rafael Jacob (Salomon)	100 30 2 170	302
1467/68	Mayer Rafael Jacob Hirtz Salomon	100 10 25 25 170	330
1468/69	Mayer Rafael Hirtz Mennli	100 70 40 40	250

Die Fragen, warum Schaffhausen Ende der 1450er Jahre erneut Juden aufnahm und warum das Bürgerrecht verlängert wurde, werden im Schutzbrief von 1462 wie folgt beantwortet: *“...in sonderhait, daz wir mit grossen mergklichen schulden beladen und von natturlich begird genaigt gewesen sind, solichen schulden settliches masse zu begegnen und unser wasen und bliplichain zu uffen und zu fristen angesehen und betracht, und dazumal ettlich juden zu uns in unser statt genommen und sy an vorzal by uns zu sin gefreyt haben nach lut der brieffen daruber geben, dieselben jarzal im verlassen und wann uns die selben juden in unserm gemainen seckel in den vergangen jaren nit ubel erschossen sind...”*¹¹⁵⁶ Die Einleitung des Briefes stellt die Abgaben der Juden als Motiv der Stadtobrigkeit bei der Wiederaufnahme ins Zentrum. Tatsächlich erreichten die städtischen Schulden in den 1450er Jahren mit über 80'000 Gulden ihren absoluten Höchststand.¹¹⁵⁷ In dieser desolaten finanziellen Lage versuchten die Verantwortlichen auch mit Hilfe der Judenabgaben, die entsprechend hoch angesetzt wurden, den Schuldenberg abzutragen oder mindestens nicht weiter wachsen zu lassen. Allerdings stellt sich die Frage, ob mit dieser argumentativen Strategie nicht weitere vermut-

¹¹⁵⁴ Bereits 1460 bezahlt

¹¹⁵⁵ „Steuerschulden“ siehe auch die folgenden zwei Jahre. Im Urteil von 1464 wurde festgehalten, dass Salomon noch die ausstehenden Steuerschulden von 510 fl bezahlen muss. Sie erscheinen nicht in den Steuerlisten, da die Summe direkt mit Schuldbriefen verrechnet wurde. StA SH, UR 2589.

¹¹⁵⁶ StA SH, Allerley Ordnungen, fol. 15r.

¹¹⁵⁷ Die städtische Gesamtschuld erreichte z.B. im Jahre 1456 82'575 fl. Landolt, Finanzhaushalt im 15. Jahrhundert, S. 278.

lich ebenso wichtige Beweggründe der Stadtoberkeit verschleiert werden sollten. Nach wie vor der Wiederaufnahme von jüdischen Geldleihern scheint der Darlehensmarkt in der Schaffhauser Region gross genug gewesen zu sein, um den jüdischen Neubürgern Verdienste in einer Höhe zu garantieren, die Abgaben in solch exorbitanter Höhe zahlbar machten. Vermutlich wurde mit der Betonung der Einnahmen der Zweck verfolgt, in einer Zeit steigender Wucherpolemik davon abzulenken, dass die Schaffhauser Obrigkeit der Meinung war, weiterhin auf jüdische Geldleiher, deren Wuchergeschäfte und in einem weiteren Schritt auf den Profit aus diesen Wuchergeschäften angewiesen zu sein. Gilomen zeigt anhand zahlreicher Beispiele auf, dass der jüdische Kredit als schädlich beurteilt und wahrgenommen wurde und diese Haltung einen starken Einfluss auf ihre Politik gegenüber den Juden hatte.¹¹⁵⁸ Dass die Einleitung des Briefes aber nicht nur als rethorisches Ablenkungsmanöver zu interpretieren ist, zeigen die hohen jährlichen Abgaben, die von den Juden in dieser Zeit tatsächlich geleistet wurden. Wie Gilomen für Diessenhofen, Winterthur und Schaffhausen aufzeigte, kann dem fiskalischen Motiv einen grossen Stellenwert beigemessen werden.¹¹⁵⁹ Eine in der Grösse mit der jüdischen Gemeinde der 1430er Jahre vergleichbare jüdische Gemeinschaft leistete ab 1458 Abgaben, die um das Zwei- bis Sechsfache über den Beträgen der 1430/1440er Jahre lagen. Im Vergleich mit anderen südwestdeutschen Städten wie Nördlingen oder Rothenburg gelangte Schaffhausen mit Jahresbeträgen von einzelnen Steuerzahlern zwischen 100 und 200 Gulden innerhalb weniger Jahre ans obere Ende der Skala.

Der Schirmbrief von 1462 weist eine weitere Besonderheit auf, da eine Abschrift des Reversbriefs der Juden überliefert ist. Im Schirmbrief werden die jüdischen Steuerzahler zu einem jährlichen Abgabenbetrag von lediglich 10 Gulden verpflichtet, für die Zeit und Grösse der Stadt ein tiefer Betrag. Im entsprechenden Reversbrief verpflichteten sich die Juden allerdings zu einer Zahlung von 200 Gulden im ersten Jahr und von 300 Gulden für die folgenden vier Jahre.¹¹⁶⁰ Offensichtlich wollte die Stadt den wahren Steuerbetrag im offiziellen Schutzbrief nicht preisgeben. Vermutlich sollte die Höhe der Abgaben vor dem Reich geheimgehalten werden, d.h. von den Steuereinziehern des Reiches. Bei der Veranlagung der einzelnen Gemeinden zu Sondersteuern oder auch beim Einzug der Hälfte der regulären Judensteuer waren die Steuereinzahler auf die Angaben der Juden angewiesen. Vielleicht verlangten sie

¹¹⁵⁸ Gilomen, "Aufnahme und Vertreibung von Juden." S. 95, 108-112.

¹¹⁵⁹ Ibid. S. 110-101.

¹¹⁶⁰ Harder, Hans Wilhelm. Ansiedlung, Leben und Schicksale der Juden in Schaffhausen. In: Beiträge zur vaterländischen Geschichte. Heft 1, 1863. S. 48-72. S. 54. Harder vermutet, dass eine Verordnung der Stadt verbot, Beträge in dieser Höhe von den Juden zu fordern. Landolt weist darauf hin, dass auch eine Privilegierung der Schaffhauser Juden aus dem Jahre 1434 durch Kaiser Sigismund denkbar wäre. Landolt, Finanzhaushalt, S. 93f.

auch die Schutzbriefe mit den Steuerangaben zu sehen, um die finanziellen Möglichkeiten besser einschätzen zu können. Waren die Angaben im Privileg tiefer als in der Realität und die finanziellen Möglichkeiten der Inhabenden verschleiert, hatte sowohl die Stadt als auch die Juden etwas davon. Die Finanzkraft der Juden wurde dem Reich gegenüber nicht offen gelegt und die Stadt konnte weiterhin von der ungeschmälernten Finanzkraft seiner jüdischen Steuerzahler profitieren. Ein weiteres Motiv hinter dieser Verschleierungstaktik könnte nach Landolt darin liegen, dass es der Stadtobrigkeit von Reichsseite her verboten war, Abgaben in einer solchen Höhe zu erheben.¹¹⁶¹ Die städtische Abwehrstrategie manifestierte sich auch auf der linguistischen Ebene. In seinem Brief verwandte der Rat für die Abgabe der Juden der Begriff der „*schänckung*“. Im Gegensatz dazu wurde im Reversbrief von „*stúr und schirmgelt*“ gesprochen.¹¹⁶² In einem Gedingbürgerbrief von 1450 wurde die jährliche gedingte Steuer auch als „*schirmgelt*“ bezeichnet.¹¹⁶³ Allerdings ist der „Inhalt“ dieses Schirmgeldes ein anderer. Möglicherweise war der Stadt auch von Reichsseite her verboten, Abgaben in dieser enormen Höhe zu verlangen. Abschliessend stellt sich allerdings die Frage, wie effektiv eine solche Täuschung sein konnte, wenn im einleitenden Abschnitt ausführlichst betont wurde, wie sehr sich die Aufnahme der Juden für die Stadt finanziell gelohnt habe. Dazu stand die geringe Jahreseinnahme von 30 Gulden in einem gewissen Widerspruch.

Zusammenfassend soll an dieser Stelle noch einmal festgehalten werden, welche Kompensationszahlungen im Pauschalbetrag der jüdischen Steuerzahler enthalten waren. Der Betrag stand sowohl für die jährliche Vermögenssteuer wie auch für die gerade in den 1450er Jahren häufig angesetzten Sondersteuern. Zusätzlich wird der Wachtdienst in finanzieller Form abgegolten. In diesem Punkt entsprechen sich die städtischen Vereinbarungen von Juden und extramuralen Gedingbürgern. Ein grosser Unterschied bestand in Bezug auf den Wehrdienst. In den Vereinbarung mit extramuralen Gedingbürgern stand die militärische Unterstützung in Kriegszeiten in der Regel im Zentrum des städtischen Interesses. Trotz dieser Vereinbarung leisteten die Juden in Kriegszeiten aber Sonderabgaben und in dem Sinne eine doppelte Kompensationszahlung. Wie in den Vereinbarungen der extramuralen Gedingbürger fielen bei den

¹¹⁶¹ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 184.

¹¹⁶² „... den selben unsern herren von Schaffhusen, iren nachkommen und ir gemainen statt das erst Jar, darinn wir yetzo sind, zwayhundert rinscher guldin, und die andern vier jor alle Jar drúhundert rinscher guldin zu stúr und schirmgelt, und dartzu den zoll von dem korn in den mullinen, und von dem win den wir in unsern husern trincken, als ander ir burger zu geben ungevarlich...“. StA SH, Allerley Ordnung, fol. 18r. Interessant ist auch, dass in einem Bürgerbrief von 1450 die gesatzte Steuer als Schirmgeld bezeichnet wird. StA SH UR 2240.

¹¹⁶³ StA SH UR 2240 (1450).

jüdischen Bürgern wiederum die Regelungen in Bezug auf Zollzahlungen aus. Beide Gruppen wurden von Zollzahlungen befreit, ausser von „*tringwin*“ und „*múlizol*“.

So ähnlich die Bestimmungen in Bezug auf die Abgaben der Juden und der extramuralen Gedingbürger waren, so unterschiedlich hoch fielen die vereinbarten Zahlungen aus. Die Steuerbeträge der Ausbürger lagen selten im zweistelligen Guldenbereich, obwohl es sich um begüterte adlige Familien handelte. Die tiefen Steuerzahlungen sind ein Hinweis darauf, wie sekundär der finanzielle Aspekt gegenüber dem militärischen Motiv bei Vertragsabschluss gewichtet wurde. Ganz im Gegensatz zu den jüdischen Neubürger, deren wirtschaftliches Potenzial und das daraus abzuleitende Steuerpotenzial im Zentrum des städtischen Interesses lagen.

Nicht nur die Einzelbeträge erweisen sich in dieser Zeit als ausgesprochen hoch, sondern auch der prozentuale Anteil an den städtischen Jahreseinnahmen kann im Vergleich mit anderen südwestdeutschen Städten mit drei bis fünf Prozent als überdurchschnittlich hoch eingestuft werden.¹¹⁶⁴ Auch der Vergleich der jüdischen Abgaben mit den Steuereinnahmen zeichnet ein ähnliches Bild. Die jüdischen Jahressteuern entsprechen immerhin 10 bis 23 % der jährlichen Vermögenssteuern.¹¹⁶⁵ An dieser Stelle muss allerdings erneut darauf hingewiesen werden, dass in den Steuerabgaben der Juden neben einer Kompensationszahlung für die Vermögenssteuer auch eine Abgeltung weiterer finanzieller und persönlicher Pflichten, die von den christlichen Bürgern geleistet wurden, enthalten waren; Bürgergeld, Abzugssteuer, Zollzahlungen, Wacht- und Wehrdienst. Zusätzlich muss die ungleichmässige Verteilung des Steueraufkommens auch innerhalb der christlichen Gesellschaft berücksichtigt werden.¹¹⁶⁶ Trotzdem sind die Abgaben der Juden in dem dokumentierten Jahrzehnt überdurchschnittlich hoch und es zeigt sich am Schaffhauser Beispiel sehr klar, wie stark die Stadtobrigkeit von den Zinseinnahmen der jüdischen Geldleiher profitieren konnte.

6.4.4.3 Sonderabgaben und Sondereinnahmen aus jüdischem Besitz

In Schaffhausen wurden die Juden ab der Mitte des 14. Jahrhunderts bis zu ihrer endgültigen Vertreibung 1472 mehrmals Opfer von Pogromen. Die erste Verfolgung fand 1349 im Zu-

¹¹⁶⁴ Siehe Tabelle 25 im Anhang.

¹¹⁶⁵ Ebd.

¹¹⁶⁶ Siehe oben.

ge der Pest statt. Die Schaffhauser Juden wurden gefangen genommen und verbrannt. Im Anschluss an die Auslöschung der jüdischen Gemeinde entspann sich zwischen mehreren Parteien ein Konflikt um den Besitz der Ermordeten, in dessen Verlauf mehrere Urkunden Einblick gewähren. Sowohl der österreichische Herzog als auch die Stadt Schaffhausen bemühten sich darum, einen möglichst grossen Anteil des Judengutes und der Schuldbriefe in ihren Besitz zu bringen. Die Stadt versuchte den Herzog mit der erstaunlich geringen Summe von 400 Gulden aus dem Gut der Juden abzuspeisen.¹¹⁶⁷ Herzog Albrecht gab sich mit diesem Betrag nicht zufrieden und forderte von Schaffhausen, zusätzlich zu den Schuldbriefen, die Summe von 940 Mark Silber (5600 Gulden).¹¹⁶⁸ Der österreichische Vogt hält im Juli 1349 fest, dass ihm die Bürger von Schaffhausen Schuldbriefe in der Höhe von 17200 lb und 5090 gl überantwortet hätten.¹¹⁶⁹ Auch die Stadt scheint einen beträchtlichen Gewinn aus dem Pogrom von 1349 gezogen zu haben. Einerseits ging das immobile und mobile Gut der Juden, das zusätzlich zu den 940 Mark Silber vorhanden und von der Stadt angegeben worden war, an die Stadt über. Andererseits wurde allen Schaffhausern *“ingesezzen purger oder ir uspurger”* die Schulden, die sie bei den Juden hatten, erlassen. Der Stadt Schaffhausen und ihren Bürgern erwuchs aus der Ermordung der Juden also ein Sondereinnahme in beträchtlicher Höhe.

Fünfundzwanzig Jahre später wiederholte sich der Ablauf der Ereignisse. 1401 wurden die Schaffhauser Juden aufgrund einer Ritualmordbeschuldigung gefangengesetzt und verbrannt.¹¹⁷⁰ Über die Haltung der Stadtobrigkeit und des österreichischen Herzogs in Bezug auf die Ritualmordbeschuldigung ist aus den Quellen nicht viel zu erfahren. Auch darüber, wie der Besitz der ermordeten Juden unter den zwei *“Schutzherren”* aufgeteilt wurde, ist nur sehr wenig

¹¹⁶⁷ In einer Urkunde vom 21. Juli 1349 quittierte der österreichische Vogt den Betrag von 400 fl aus dem Judengut, der ihm von der Stadt Schaffhausen ausgehändigt worden war. Schudel, ed., SSRQ SH 1., Nr. 74 b, S. 119f. 21. Juli 1349.

¹¹⁶⁸ *“Daz die purger von Schaffhusen von dem guot, so si ire und den taydingern gesait habent, daz die juden gelazzen habent, geben sullen Johannes dem schultheizz von Waltzhuot, unserm vogt in Turgowe und in Ergowe, zu unsern handen neun hundert mark und viertzig mark silbers. Und waz da ander guotes wêr, daz die juden gelazzen habent, wie daz gnant ist, ez sei an heusern oder an anderm guot, daz sol den egenanten von Schaffhusen allez beleiben ane daz hous, daz wire unserm getruwen, lieben maister Johannes,..., geben hant... Ez wer denne, daz mer gutes da vore handen wêr, ... da fur die purger von Schaffhusen nicht sten wolten mit den ayden, als da beret ist, ez sei an golde oder an silber, daz sol ouch dem vogt werden... Si hat ouch gesprochen, daz die selben purger von Schaffhusen, ..., aller der gult, so si den juden zu Schaffhusen gelten solten, gantzlich ledig sein sullen... Dazu sullen die purger von Schaffhusen ... alle die brief, die unsern juden ze Schaffhusen gestanden sint, inantworten, die si in noch nicht ingeantwort hieten..”* Ibid., Nr. 74 c, S. 120f. 3. August 1349.

¹¹⁶⁹ Ibid. Nr. 74 b, S. 119f. 21. Juli 1349.

¹¹⁷⁰ Ausführliche Erläuterung der Ereignisse um 1401 siehe Landolt, *“Ritualmord.”*.

Die Beziehung zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung dürfte bereits während des ganzen letzten Jahrzehnts des 14. Jahrhunderts sehr spannungsgeladen gewesen sein. Aus den Schaffhauser Frevelbüchern geht hervor, dass die Juden überdurchschnittlich viel vor Gericht zu erscheinen hatten. Dieser Umstand dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die jüdische Minderheit stärker im Blickfeld der Behörden stand. Landolt, *“Ritualmord.”* S.168.

bekannt.¹¹⁷¹ Der Betrag aus dem Rechnungsbuch von 1401/02 war sicherlich nur ein kleiner Teil des jüdischen Besitzes, den der Herzog und die Stadt unter sich aufteilten.¹¹⁷² Der Betrag von 226 Pfund ist nicht bedeutend. Aus dem Rechnungsbucheintrag von 1401/02 geht hervor, dass die Stadt mindestens einen Teil der jüdischen Schuldbriefe konfisziert und die Schulden für sich beansprucht hatte. Inwieweit es sich bei den zahlenden Schuldnern um Auswärtige handelte und ob die Schaffhauser Bürger, wie in anderen Städten, von ihren Schulden befreit wurden, ist nicht klar. Ein weiterer Punkt, über den die Quellen wenig Auskunft geben, ist, in welchem Masse der Herzog von der Ermordung der Juden finanziell profitierte. Erstaunlich ist allerdings, dass bereits ein Monat, nachdem die Schaffhauser Juden verbrannt worden waren, der Herzog Schulden *"von dem juden gelte"* beglich.¹¹⁷³ Der Umstand, dass Herzog Friedrich den Schaffhausern den Judenmord erst 1411 offiziell verzieh, deutet darauf hin, dass es zu Spannungen bei der Verteilung des Judengutes gekommen war. *"...Als auch denn die ege- nannten von schaffhusen vor etlichen zeiten unser juden ze Schaffhusen verprant und getott hand, dieselben geschiht und getat haben wir in auch gentslich vergeben, daz weder wir noch unser erben in darumb hinfur nimmer zugesprechen noch in weder an leib nach gut kain rach nach ungnad darumb zu ziehen nach tun sullen an all arg list und geverde..."*¹¹⁷⁴

¹¹⁷¹ In Winterthur versuchte der Habsburger zur selben Zeit, zugunsten der Juden einzugreifen, was für dieselbe Haltung in Bezug auf Schaffhausen spricht. Einzig der Verkauf von *"Vivelins des juden hus"*, das 1401 an die Herzöge ging und von ihnen für 60 Gulden und 12 Gulden Zinsen für eigen verkauft wurde, ist bekannt. Schudel, ed., SSRQ SH 1., Nr. 149, S. 247. Landolt weist darauf hin, dass die Judenverfolgungen in Diessenhofen, Schaffhausen, Freiburg und Winterthur eventuell gegen den Widerstand der Ratsobrigkeit erfolgt seien. In der Regel hatte die Stadtobrigkeit aus verschiedenen Gründen kein Interesse an einer Judenverfolgung, unter anderem auch deshalb, weil die Plünderung der Judenhäuser sich auf weitere Kreise ausdehnen konnte. Oft bediente sich die Opposition der Juden, um auf Missstände hinzuweisen und die Bürger gegen die Stadtobrigkeit zu mobilisieren. Aus den Schaffhauser Quellen ist allerdings nichts Konkretes über die Haltung und das Vorgehen des Rates in Bezug auf die Judenverfolgung von 1401 herauszulesen. Landolt, "Ritualmord.", S. 182f. Über den Umfang des Nachlasses ist nichts bekannt. Aber der Umstand, dass die Stadt allein im Jahre 1396 vier jüdischen Geldleihern 189 Gulden Zins bezahlen musste, weist auf eine beträchtliche Zahl von Schuldbriefen hin. Schib, Geschichte Schaffhausen., 151.

¹¹⁷² „Item 45 gulden von Hunenberg
Item 3 gulden 8 Schilling von des hendlers wegen
Item 4 lb gab rossberg vo Leser
Summe 226 lb”
StA SH, A II 05.01 Bd. 2, 1401/02.

Item 63 lb und 24 g und 27 lb vo Rossbergen
Item 8 lb bi hennis Smyds brieffen
Item 35 lb 8 S bi der vo Honburg pffant

¹¹⁷³ Landolt, "Ritualmord." S. 185-186.

¹¹⁷⁴ Schib, ed., SSRQ SH 2. Nr. 172a, S. 297. Das Zitat ist Teil einer Urkunde, in der Herzog Friedrich die Stadt ermächtigte, sich eine Zunftverfassung zu geben. Die Regelung der Kompetenzen gegenüber den Juden nimmt einen wichtigen Platz innerhalb dieses Dokumentes ein. Das weist darauf hin, dass der Erwerb des Judenschutzes für die Stadt ein wichtiges Anliegen war, da es einen weiteren Schritt auf ihrem Weg in die Unabhängigkeit bedeutete. Der Herzog hatte mit seinem ehemaligen Landvogt, Graf Hans von Lupfen auch noch zu einem späteren Zeitpunkt Differenzen um Judengut, das der Graf angeblich unterschlagen hatte.

In den Stadtrechnungen von 1396 bis 1468 sind nur in drei Jahrgängen Sonderabgaben von Juden belegt.¹¹⁷⁵ 1460 und 1461 leistete die jüdische Gemeinde ein Beitrag von 100 und 67,5 Pfund an die Kriegskosten des Thurgauerzugs.¹¹⁷⁶ Die dritte ausserordentliche Zahlung wurde vom Grossen Löw 1425 geleistet. Der Betrag von 300 Gulden erscheint ohne weitere Angaben neben dem Namen des Zahlenden unter der *Rubrik* „*restantz ingenomen*“.¹¹⁷⁷ Einerseits kann es sich um ein ausserordentliches Aufnahmegeld des Grossen Löwen handeln. Andererseits fällt die Sonderabgabe in eine Zeit politischer Unsicherheit. Schaffhausen bemühte sich darum, seine Unabhängigkeit, die durch die Aussöhnung des Kaisers mit dem Herzog von Österreich auf einen Schlag gefährdet war, zu erhalten. Die Stadt wollte mit allen Mitteln die Reichsfreiheit bewahren, unter anderem mit der Mitgliedschaft im Juppenbund und durch die Errichtung einer Verteidigungslinie.¹¹⁷⁸ Auch innenpolitisch kam Schaffhausen nach der Einführung der Zunftverfassung nicht zur Ruhe. Es kam immer wieder zu Spannungen zwischen Handwerkern und dem Rat, der anfangs der 1420er Jahre eine Liste mit 53 Namen von Bürgern herausgab, denen das aktive Wahlrecht abgesprochen wurde.¹¹⁷⁹ Es ist wahrscheinlich, dass der Jude Löw mit seinem finanziellen Engagement die Stadtregerung in einer Zeit der innen- und aussenpolitischen Unsicherheit günstig stimmen und verpflichten wollte. Eine weitere Möglichkeit ist, dass die Zahlung von 300 Gulden mündlich mit der Stadtoberkeit vereinbart und von dieser zur Voraussetzung für seine Aufnahme und vielleicht auch die Ausstellung gewisser Sonderprivilegien gemacht worden war. Als letzter Punkt sei auch in diesem Kapitel kurz auf die Sonderabgabe von zwei Glasfenstern hingewiesen, die vom Löwen bei der Durchführung einer Lehrveranstaltung fürs Rathaus gezahlt werden mussten.¹¹⁸⁰

Auch wenn nicht alle ausserordentlichen Zahlungen überliefert sein sollten, zeigen die Quellen, dass die Schaffhauser Obrigkeit im 15. Jahrhundert nur selten zum Mittel von Sonderabgaben griff und die Zusatzeinkünfte als sekundär betrachtete. Die Nachlassstreitigkeiten von 1349 sowie von 1401 zeigen, dass der Profit aus dem Besitz der ermordeten Juden die weitaus höchsten Sondereinnahmen der Stadt ausmachten.

¹¹⁷⁵ Die Möglichkeit ist allerdings gross, dass in den fehlenden Einnahmenbüchern weitere Sonderabgaben verzeichnet waren. Für den Zeitraum von 1420 bis 1443 fehlen 13 von 48 Einnahmenbänden. Landolt, Finanzhaushalt im 15. Jahrhundert, S. 40–43.

¹¹⁷⁶ StA SH, A II 05.01. Bd. 122, S. 135, Bd. 123, S. 130. Siehe Tabelle III.

¹¹⁷⁷ Ebd. Bd. 32, S. 110.

¹¹⁷⁸ Scheck, Bündnisse Schaffhausen. S. 138ff.

¹¹⁷⁹ Schib, Geschichte Schaffhausen. S. 118.

¹¹⁸⁰ StA SH, UR 1918 (1435).

6.4.4.4 Darlehen

Der Verkauf von Wiederkaufs- und Leibrenten stellte auch in der spätmittelalterlichen Schuldenverwaltung Schaffhausens die wichtigste Form der Kapitalaufnahme dar. Aber im Gegensatz zu anderen Städten, die im 15. Jahrhundert weitgehend auf die Aufnahme von kurzfristigen Krediten verzichteten, bediente sich Schaffhausen immer wieder dieser Kreditform um kurzfristige Liquiditätsengpässe zu überbrücken.¹¹⁸¹ Einnahmen aus dieser Form der Kreditaufnahme wurden in der Rubrik *“entlehent gelt”* aufgeführt.¹¹⁸² Als Gläubiger fungierten neben Juden und Kawertschen auch reiche Schaffhauser Bürger, oft Ratsmitglieder, die der Stadt zinsfreie Darlehen gewährten.

In der Zeitperiode 1420–1443 enthalten die überlieferten Rechnungsbücher nur einen Eintrag, der den Namen eines Juden auf der Gläubigerseite enthält, und zwar mit einem Betrag von 25 Gulden.¹¹⁸³ Laut diesem Befund waren die jüdischen Geldleiher im Schaffhausen der 1420er bis 1440er Jahre für die städtische Schuldenpolitik nicht von Bedeutung.¹¹⁸⁴ Vielmehr traten die Schaffhauser Juden häufig in ein Schuldverhältnis zur Stadt, wobei alle Steuerzahler ohnehin auch als Schuldner verzeichnet wurden. Die geliehenen Geldsummen wurden in den Rechnungsbüchern unter den Ausgaben in der Rubrik *“gelihen gelt”* verzeichnet.¹¹⁸⁵ Verschiedentlich wurde von den jüdischen Schuldnern verlangt die erhaltenen Pfundbeträge in Gulden zurückzuzahlen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Stadt in Form eines schlechten Wechselkurses versuchte, einen Profit zu verschleiern. Ein Vergleich mit den Rückzahlungen von christlichen Schuldnern, die ihre Schulden ebenfalls in einer anderen Währung zurückzuzahlen hatten, zeigte keine Unterschiede im Wechselkurs.

Der Grosse Löw trat von 1432/33 bis zu seinem Tod 1439 auffallend häufig in den Rechnungsbüchern als Schuldner auf. In diesen fünf Jahren wurden ihm von der Stadt 136 Pfund und 326 Gulden geliehen. Sein gestiegener Geldbedarf dürfte in den Lösegeldzahlungen für die Juden von Konstanz in Verbindung mit zwei ausserordentlichen Abgaben an das Reich

¹¹⁸¹ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens, 262ff.

¹¹⁸² Die Rubrik *“entlehent gelt”* wurde erst im Laufe des 15. Jahrhundert eingeführt.

¹¹⁸³ StA Schaffhausen, A II 05.01, Bd. 31. S. 1. 1424/25.

¹¹⁸⁴ Es ist natürlich möglich, dass in den fehlenden Bänden weitere Einträge vorhanden waren. Trotzdem zeigt dieser eine Eintrag, dass die Stadt das Mittel des jüdischen Kredits wohl eher selten nutzte.

¹¹⁸⁵ Erstaunlich ist, dass sowohl unter dieser Rubrik als auch in weiteren Einträgen der Einnahmen- und Ausgabenbücher keine Namen von Juden erscheinen, die nicht auch aus den Steuereinträgen bekannt sind.

begründet gewesen sein.¹¹⁸⁶ Es ist durchaus möglich, dass die hohen Zahlungen das Vermögen des Grossen Löw empfindlich schmälerten und er im Folgenden mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen hatte. Dieser Verlust von Kapital könnte mit ein Grund für die Finanzprobleme seiner Nachkommen und somit für deren Ausweisung im Jahr 1443 gewesen sein.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Stadt weder durch Darlehen von Juden noch durch verschleierte Zinsen zusätzliche Einnahmen von der jüdischen Gemeinde erwirtschaftete.

In den 1450er und 1460er Jahren ändert sich die Situation. Die Stadtrechnungen enthalten mehrere Einträge, in denen die Juden der Stadt gegenüber vorwiegend auf der Gläubigerseite erschienen. Lediglich in zwei Einträgen werden Juden als Schuldner der Stadt aufgeführt. In beiden Fällen handelt es sich um kleine Beträge von 10 und 11 Gulden.¹¹⁸⁷ Im Gegensatz dazu bewegen sich die von Juden geliehenen Beträge zwischen 15 und 550 Gulden. Anders als in früheren Jahren profitierte die Stadt auch Mittels ihrer Darlehenspolitik vom Geldpotential der ansässigen Juden.

Erstmals wird im Rechnungsbuch von 1454 eine Kreditvergabe eines jüdischen Geldleihers an die Stadt dokumentiert.¹¹⁸⁸ Diesem Geldgeschäft sollten zahlreiche weitere folgen. Ehe sich erneut Juden in Schaffhausen niederliessen, hatte sich also neben Beziehungen zu einzelnen Bürgern auch zur städtischen Finanzverwaltung eine rege Geschäftstätigkeit ergeben. Eine zentrale Bedeutung kam dabei dem reichen Geldhändler Salomon von Winterthur zu. Die Rechnungsbücher von 1455/56 bis 1457/58 enthalten auf der Ausgabenseite zahlreiche Einträge zum Juden Salomon. 1455/56 zahlte die Stadt aufgenommenes Geld mit Zinsen zurück.¹¹⁸⁹ Ein Jahr später sind unter der Rubrik *“gelihen gelt”* über mehrere Seiten verteilt Beträge eingetragen, die dem Juden Salomon zukamen, die aber an eine weitere Person gingen, die für die Rückzahlung an die Stadt verantwortlich war. Es scheint, dass die Stadt als

¹¹⁸⁶ Die Juden von Zürich und Schaffhausen brachten mit dem Kaiser und der Stadt Konstanz einen Vergleich zustande, in dem sie sich 1430 für die Bezahlung von 20'000 Gulden verpflichteten. Es ist nicht bekannt, wie hoch der Beitrag des Grossen Löwen von Schaffhausen war. Zusätzlich zu diesen Sonderabgaben entrichtete Löw 1434 und 1438 500 fl und 194 fl Krönungssteuer an das Reich. GJ III:2, S. 1309.

¹¹⁸⁷ Aus den elf untersuchten Jahren existieren die Ausgabenbücher von 1461, 1462, 1463, 1464, 1466 und 1468.

¹¹⁸⁸ Die überlieferten Einnahmenbücher von 1451/52 und 1451/52 enthalten keine Darlehensgeschäfte mit Juden. Allerdings fehlen für die folgenden zwei Jahre drei von vier Rechnungsbücher. Für die Jahre 1454/55 und 1455/56 sind dann die Angaben zu den Einnahmen wieder vollständig überliefert, und für die folgenden zwei Jahre fehlen sie wieder vollständig. StA SH, A II 05.02.

¹¹⁸⁹ *“Uszen von entlechnet gelt, alt schulden und gelt so hinder uns gelait.” “Item 100 gulden Salamon Juden so er uns gelihen hat Santa Judica sind im bezalt...”* Ebd., Bd. 114, 1455/56, S. 221.

Vermittlerin fungierte.¹¹⁹⁰ Auch die Einträge im Rechnungsbuch von 1457/58 weisen auf eine Vermittlerrolle der Stadt hin.¹¹⁹¹

6.4.4.5 Abzugsmodalitäten

In allen drei Schutzbriefen wird den Schaffhauser Juden zugesichert keine Abzugssteuern zahlen zu müssen.¹¹⁹² Dies war einer der grossen Vorteile eines Gedingbürgervertrags, betrug doch die Abzugssteuer für wegziehende Vollbürger im 15. Jahrhundert den 16. Pfennig. Weiter enthält der unbefristete Schutzbrief von 1435 Bestimmungen zu den Abzugsmodalitäten. Beide Seiten mussten die Aufkündigung des Vertrags ein Jahr vorher kund tun.¹¹⁹³ Dieselbe Frist wird beispielsweise auch in einem Gedingbürgerbrief eines Christen von 1450 genannt.¹¹⁹⁴ Den Juden wurde 1435 zugesichert, dass es ihnen frei stünde, während der Zeitspanne, die sie für das Einziehen ihrer Schulden bräuchten, in der Stadt *"zuo wandlen und ze wonnen"*. Während dieser Zeit sollten sie dieselben Rechte geniessen wie als Bürger, mit dem Vorbehalt keine Darlehen mehr zu geben.¹¹⁹⁵ Zusätzlich wird den jüdischen Bürgern 1435 und 1462 explizit das Recht zugestanden keine Erbsteuern zahlen zu müssen.¹¹⁹⁶

¹¹⁹⁰ "Gelihen gelt": *"Item iiii guldin an gelt wurden Salamon dem juden sabato post Nativitatis Marie nam der Hagman und sol úns gold da für geben. - "Item L guldin an gelt Salamon dem juden aber gelihen, wurden Peter Schuffen vigilia Simonis et Jude het úns ze pfand gebn, sol úns daz gold wider geben uff Sant Niclauss tag und die obren iiii guldin. Auch des hat er bezalt uff Thome Appostoli."* StA SH, A II 05.01, Bd 115, S. 252.

¹¹⁹¹ StA SH, A II 05.01, Bd. 118, S. 9-12.

¹¹⁹² "... die vorgeanten juden und ju(e)din, siu a(e)lli, ir jeglichs besunder, iri wip, ir kinde und ir gesinde sont och frye und ledig sin ussziehens..." StA SH, UR 1254 (1391). "Und wenne ouch die yetzgenanten juden von uns ziechen wo(e)llten, die so(e)llen urlob und unsern guoten gunste und willen haben mit so(e)llichem guot, das si by uns hand...". StA SH, UR 1918 (1435). "Und wenn si sich nach dem obgemelten zit von uns ziehen oder wir sy nit by uns haben wellent, so sol yettweders dem andern ain halb jar vorhin verkunden und zu wissen tun, in dem zit sich dann die unsern mit in betragen und si umb ir schuld usrichten und bezalend so(e)llent und sellent dann frides urlob unsern gunst und guten willen haben sich mit irem lib gu(o)t, so si hand, wie das gehaissen oder genant ist, nutzit ussgenommen, von uns zu ziehen, on unser und der unsern und sust allermenglichs nider leger hindernúss verbieten, verhefften und entwern". StA SH, Allerley Ordnungen, fol. 17r.

¹¹⁹³ StA SH, UR 1918 (1435).

¹¹⁹⁴ StA SH, UR 2240 (1450).

¹¹⁹⁵ StA SH, UR 1918 (1435).

¹¹⁹⁶ "Kome ouch, das die obgenanten juden inwendig oder usswendig unser statt sturbind, dero guot so(e)llend wir nu(e)ntzig begeren. Denn das wir das guot iren erben oder iren gesellen oder den, dennen si das guot verschaffet hettend, fruntlich so(e)llen volgen und werden laussen on alle geva(e)rde." StA SH UR 1918 (1435). "Wes ouch, das der obgenanten juden ir wib und kind ald ir dienst oder husgesind in dem obgemelten zit dehains in oder usswendig unser Statt von tod abgienge. Sollen wir mit irem verlassenen gu(o)t gantz nutz zu schicken noch zu schaffen haben, sunder das iren erben, oder wem si das verordnet und verschafft hetten, on intrag volgen und werden lassen." StA SH, Allerley Ordnungen, fol. 16v.

6.4.4.6 Rechtliche und wirtschaftliche Situation

In allen drei Schutzbriefen von 1391 bis 1462 wird festgehalten, dass die Stadt die Juden in ihren Rechten schützen werde. 1462 heisst es: *"inwendig und usswendig unser statt, nach bestem vermogen, als ander unser ingesessen geswornen burger"*.¹¹⁹⁷ Durch diese Bestimmung findet eine Akkomodation des jüdischen ans christliche Bürgerrecht statt. Es wird den Juden ein Vorteil gegenüber den Beisassen eingeräumt, die den Bürgern nur innerhalb des städtischen Gebietes rechtlich gleichgestellt waren.¹¹⁹⁸ Weiter werden die Juden wie die christlichen Bürger und Beiwohner dazu verpflichtet, vor den Gerichten der Stadt Recht zu suchen. Weiter sichert ihnen die Stadtobrigkeit zu, dass sie vor Gericht gleich gebüsst werden sollen, wie die anderen Bürgern.¹¹⁹⁹ Interessanterweise wird an keiner Stelle eine innerjüdische Gerichtsbarkeit erwähnt.

Unterschiedlich handhabte der Rat die Frage, ob die Schaffhauser Juden auch in anderen Städten das Bürgerrecht erwerben dürfen. In der Urkunde von 1391 ist die Formulierung nicht eindeutig. Die fünf aufgenommenen Juden und Jüdinnen werden unter der Bedingung ins Bürgerrecht aufgenommen, dass sie in der Stadt mit eigenem Hausbesitz sesshaft sind.¹²⁰⁰ Es wird aber nicht explizit ausgeschlossen, dass sie nicht auch noch ein zweites Bürgerrecht erwerben dürfen. 1435 werden die Juden wieder unter der Bedingung, in Schaffhausen *"wonhaft"* und damit *"ingesessen burger"* zu sein, aufgenommen. Es wird ihnen aber explizit zugestanden noch weitere Bürgerrechte erwerben und in diesen Städten ihre Tätigkeit als Geldleiher ausüben zu können.¹²⁰¹ Dieser Schutzbrief ist mit dieser Bestimmung genau auf die Situation des Grossen Löwen zugeschnitten, der seit 1424 auch Bürger in Zürich war und plante, das Bürgerrecht in Konstanz zu erwerben. Auch 1462 wird den Juden erlaubt mit der Erlaubnis des Rates ein zusätzliches Bürgerrecht zu erwerben.¹²⁰² Zusammenfassend kann man sagen, dass es den jüdischen Bürgern, anders als den christlichen Vollbürgern, in der Regel erlaubt wurde noch weitere Schutzverhältnisse einzugehen.

¹¹⁹⁷ StA SH, Ebd., fol. 15v.

¹¹⁹⁸ Isenmann, Stadt. S. 98.

¹¹⁹⁹ Auch den Beisassen wurde zugesichert, vor dem Gericht wie die Bürger gebüsst zu werden.

¹²⁰⁰ *"... ze burger genomen und in unser burgrecht empfangen haben, alle die wile, siu bi uns mit husrochi in unser statt sesshaft sind..."* StA SH, UR 1254 (1391).

¹²⁰¹ *"Wir haben ouch den egenanten juden begunstet, das si in andern steten burgrecht mugend halten und haben und iren gewerb in andern stetten triben und werben, on unser sumen und iren."* StA SH, UR 1918 (1435).

¹²⁰² *"Si soltent ouch in dem obgemelten zit sust kain andern schirm nach burgkrecht weder von herrn nach steten on unsern willen und gunst an sich nemmen."* StA SH, Allerley Ordnungen, fol. 17r.

Zahlreiche Urkunden belegen, dass den Schaffhauser Juden der Hausbesitz erlaubt war.¹²⁰³ 1391 wird der Besitz eines Hauses sogar zur Voraussetzung für die Aufnahme ins Bürgerrecht gemacht.¹²⁰⁴ Allerdings schränkte der Rat spätestens in den 1450er/1460er Jahren die freie Wahl der Juden beim Hauskauf ein. Im Schutzbrief von 1462 wird festgehalten, dass die ins Bürgerrecht aufgenommenen Juden *"ir wa(e)sen und wonung, by uns in unser statt in den zweyn husern, darinn sy yetzo wonhafft, oder in zweyn andern, die in gelegen und uns ouch eben und gevellig sind"* haben sollen.¹²⁰⁵ Sie durften also Häuser, in denen sie wohnen wollten, nur noch in Absprache mit dem Rat erwerben und konnten so in einen der Stadtbürgerschaft genehmen Stadtteil gedrängt werden. Aber auch wenn den Juden von obrigkeitlicher Seite her die freie Wahl beim Hauskauf zugestanden wurde, stellt sich die Frage, ob es für die Juden so einfach gewesen war, ein Haus kaufen zu können. Der Umstand, dass Säcklin von Überlingen 1391 ein Haus für 320 Gulden kaufte, das ein Jahr zuvor für 250 Gulden den Besitzer gewechselt hatte, dürfte ein Hinweis dafür sein, dass jüdische Bürger auch im Immobilienerwerb mit Schwierigkeiten konfrontiert wurden.¹²⁰⁶ Die allgemeine Entwicklung lief im südwestdeutschen Raum darauf hinaus, dass es den Juden untersagt wurde, innerhalb der Stadt Grund zu kaufen.¹²⁰⁷

In allen drei Schutzbriefen nehmen die Bestimmungen zur Geldleihe einen zentralen Platz ein. Wenigstens die Hälfte des Inhalts bezieht sich auf die Regelung der Geldleihertätigkeit der Schutzbriefinhaber. Bis Anfang des 15. Jahrhunderts waren in Schaffhausen auch Kawertschen auf dem Kreditmarkt tätig. Ihre Tätigkeit ist in mehreren Urkunden aus der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts dokumentiert.¹²⁰⁸ Dem Ordnungsbrief von 1375 lässt sich entnehmen, dass die Schaffhauser Kawertschen von den österreichischen Herzögen privilegiert waren und unter ihrem Schutz standen. In den 1370er Jahren ging die Stadt gegen die christlichen Geldleiher vor und beschlagnahmte grössere Beträge von ihnen. Vermutlich als Kompensation der entgangenen Einnahmen wird im Ordnungsbrief von 1375 festgehalten, dass Leopold von Ös-

¹²⁰³ StA SH: UR 735: 1349 tritt Falch die Rechte an seinem Elternhaus ab. UR 1256: 1391 verkaufen Hainrich Rot und seine Frau Adelhait, beides Bürger von Schaffhausen, *"Säcklin dem Juden von Ueberlingen burger ze Schaufhusen und sinen erben um 320 gl"* ein Haus. UR 1282: 1393 wird Lemblin dem Juden, Bürger von Schaffhausen, von *"frow Bachtoltz säligen B.. wilent elichu witwe burgerin ze Schaufhusen"* ein Haus verkauft. UR 1915: 1435 wird Löw ein Garten verkauft. UR 2451 und 2476: 1459 wird das Haus des Juden Schmol erwähnt. 1475 und 1476 verkaufen die Juden Rafael und Jakob ihre Immobilien. Ratsprotokoll II, S. 4*, 18*.

¹²⁰⁴ Siehe StA SH, UR 1248 (1391).

¹²⁰⁵ Ebd., Allerley Ordnungen, fol. 15r.

¹²⁰⁶ Landolt, "Ritualmord." S. 187, Anm. 141.

¹²⁰⁷ Vergleiche unten Kapitel 10 Hauszins. S. 312-315.

¹²⁰⁸ Ammann, Schaffhauser Wirtschaft. S. 152ff. Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 187f. Burmeister, *medinat bodase* 2. S. 110.

terreich die Hälfte des *"zol und den gewin von dem saltz"* für sich beanspruchte.¹²⁰⁹ In der ersten Dekade des 15. Jahrhunderts ist nur noch die Tätigkeit eines Kawertschen belegt. Als Steuer leistete er jährlich 50 Gulden, ein hoher Betrag, der den Steuerzahlungen der Juden Anfang der 1420er Jahren entsprach. Nach 1411 sind keine Kawertschen mehr in den Schaffhauser Quellen nachweisbar.¹²¹⁰

¹²⁰⁹ Schudel, ed., SSRQ SH 1. Nr. 103, S. 185f.

¹²¹⁰ Ammann, Schaffhauser Wirtschaft. S. 154.

Teil C: Vergleichskapitel

7 Aufnahme- oder Bürgergeld

Vor 1350 entrichteten die jüdischen Neubürger bei ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht in zahlreichen Städten ein Bürgergeld. In der Regel war das verliehene Bürgerrecht unbefristet und mit der Pflicht verbunden Abzugssteuern zu leisten. In Frankfurt beispielsweise wurden bis 1348 jüdische und christliche Neubürger gemeinsam ins Bürgerbuch eingetragen und unbefristet ins Bürgerrecht aufgenommen. Ein Unterschied bestand jedoch bei den finanziellen Verpflichtungen. Die jüdischen Neuzuzüger entrichteten ein Aufnahmegeld von 10 Mark. Von den christlichen Neubürgern hingegen wurde ab 1330 ein Bürgergeld in der Höhe von 3 Pfund Heller sowie eine jährliche Rente von einer halben Mark verlangt.¹²¹¹ Wie in Frankfurt unterschieden sich auch in Zürich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Aufnahmemodalitäten. Von jüdischen Neubürgern wurden 10 Mark verlangt¹²¹² von christlichen der Erwerb eines Hauses.¹²¹³

Anders präsentiert sich die Situation nach 1350. Nur noch in einzelnen Städten wurde von den jüdischen Bürgern ein Bürgergeld erhoben.¹²¹⁴ Durchgängig übertraf das Aufnahmegeld der Juden dasjenige der Christen um ein Vielfaches.¹²¹⁵ Dieser Umstand weist auf eine stark fiskalpolitisch geprägte Motivation der Stadtoberkeit hin. Dieses Motiv ist allerdings bereits vor 1350 in einzelnen Städten anzutreffen, in anderen stand die Erhebung des Aufnahmegeldes anfangs des 14. Jahrhunderts aber wenigstens teilweise für eine vergleichbare Behandlung von jüdischen und christlichen Bürgern durch die städtische Verwaltung. Im Folgenden soll

¹²¹¹ Andernacht, ed., Bürgerbücher I. Siehe auch bei Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 312-317.

¹²¹² „...umbe die Juden, die in unser stat zihen wellent, daz der Jude für den rat gan sol und dunket die uf den eit, daz er uf ze nemen si, so sol man in ze burger enpfahen als ander Juden und sol der selbe danne X mark der stat geben...“ 17. Oktober 1335, „Bürgerrecht der Juden“. Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. Nr. 226, S. 87.

¹²¹³ „Swer ouch ze burger enpfangen ist und fürbúgot hat in der stat ein hus ze kouffene, ald der noch enpfangen wirt, das guot sol ein rat in nemen inrent jares friste und haben, bis er ein hus gekoufet.“ Ibid. Nr. 167, S. 67 (17. Juni 1314 „Bürgeraufnahme“). Spätestens ab 1366 wurde auch in Zürich von den christlichen Neubürgern ein Aufnahmegeld erhoben. „...wer von dem tag hin, als disú gesetzt gemacht ist, ze burger in únsere statt enpfangen wirt, es sij frouw oder man, dz der angendes und des ersten an únsere statt buw geben sol nach siner macht und in solicher zitlicher masse...“, Ibid. Nr. 14, S. 227 (17. März 1366 „Wie man Burger enpfahen sol“).

¹²¹⁴ Z.B. in Augsburg, Colmar, Köln, Rothenburg o.T., Schlettstadt, Ulm.

¹²¹⁵ Eine Ausnahme bildet Ulm.

anhand einiger Beispiele gezeigt werde, wie unterschiedlich die Modalitäten zum jüdischen Bürgergeld in den einzelnen Städten gehandhabt wurden.

Aus den ab 1372 überlieferten Kölner Stadtrechnungen geht hervor, dass die jüdischen Neuzuzüger Aufnahmegelder in beträchtlicher Höhe, zwischen 50 und 500 Gulden, zu entrichten hatten.¹²¹⁶ Allerdings handelte es sich in Köln nicht um ein Bürgergeld im eigentlichen Sinne, sondern eher um eine Gebühr für die Verlängerung des kollektiven Schutzprivilegs.¹²¹⁷ Dies lässt sich der Jahresrechnung von 1384 entnehmen, in der auch Juden, die bereits vor 1384 in Köln ansässig waren, mit einer hohen Abgabe für die Erneuerung des Schutzbriefes aufgeführt wurden.¹²¹⁸ Es stellt sich nun die Frage, in welche Kasse diese beträchtlichen Beträge flossen. In der Zeit nach 1350 teilten sich die Stadt und der Erzbischof den Judenschutz sowie die Einnahmen von der jüdischen Gemeinde. Obwohl den Erzbischöfen gegenüber der Stadt eine deutlich untergeordnete Stellung als Judenschutzherren zukam, hatten sie doch verhältnismässig viel Einfluss auf die Ausgestaltung der rechtlichen Situation der Juden in der Stadt.¹²¹⁹ Vermutlich geht auch die Erhebung einer hohen Verlängerungsgebühr auf die stadt-

¹²¹⁶ 16. Februar 1373: "... receptum ... ex parte Judeorum receptorum in Colonia 1100 fl (3391 m 8s) ..."

11. Mai 1374: "... receptum a Salomone de Kempen judeo et Johanam eius genero 200 fl (616 m 8 s)."

14. Februar 1375: "... ab uno judeo nomine Natan van vurgelde 50 fl". Knipping, ed., Stadtrechnungen 1. S. 18, 20, 22.

¹²¹⁷ Die Stadtobrigkeit und der Erzbischof stellten den Juden keine individuellen Schutzbriefe aus, sondern kollektive Privilegien von zehnjähriger Gültigkeit.

¹²¹⁸ 14. Januar 1385: "... recepta a Judeis infrascriptis de pecuniis eorum, quam antea dederunt in nova receptione eorundum de anno domini 1384 in festo b. Remigii et durabit ad 10 annos: Moysin 500 fl (50), Schaiff 500 fl (75), Ansem Maysins swager 200 fl (50), Natan von Berke 200 fl (40), Vivus Schaiffs eyduom 150 fl (25), Abraham 125 fl (50), Gotscalc 75 fl (40), Guda vidua 50 fl (25) ...". (In Klammer der jährlich zu zahlende Steuerbetrag) In: Knipping, ed., Stadtrechnungen 1. S. 42.

¹²¹⁹ Die Situation der Kölner Juden im Spätmittelalter war geprägt von der konfliktreichen Beziehung zwischen der Stadt und dem eigentlichen Schutzherrn, dem Erzbischof von Köln. Die Auseinandersetzung um das Judenschutzrecht war Bestandteil der Loslösung der Stadt von ihrem bischöflichen Stadtherrn. Das allgemeine Bestreben der Stadt, sich von ihrem Stadtherrn zu emanzipieren, widerspiegelt sich auch in der Entwicklung ihrer Beziehung zur jüdischen Gemeinde. Ein erster Schritt in diese Richtung symbolisiert der erste eigene Schutzbrief, den die Stadt den Juden 1258 ausstellte. Nachdem der Konflikt zwischen Stadt und Erzbischof im Grossen Schied beigelegt und die jüdische Gemeinde eindeutig dem Erzbischof zugesprochen worden war, schloss die Stadt noch im selben Jahr mit den Juden einen eigenen Schutzvertrag ab, in dem sie ihnen die Einhaltung der bischöflichen Bestimmungen zusicherte. Die Obrigkeit bemühte sich darum, eine vom Erzbischof unabhängige Beziehung zu den Juden aufzubauen und die Rechte an ihnen in den städtischen Besitz zu bringen. Nach der Wiederansiedlung in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts lag der Judenschutz einerseits noch in den Händen des Erzbischofs, andererseits hatte die Stadt seit der Mitte des 13. Jahrhunderts ihren Einflussbereich stetig ausgebaut. Aufgrund dieser komplexen Situation wurden 1372 insgesamt drei Verträge abgeschlossen, um die rechtlichen Zuständigkeitsbereiche der Stadt und des Bischofs abzustecken. Die auf zehn Jahre befristeten Privilegien liefen 1382 ab. Ein von städtischer und erzbischöflicher Seite eingesetztes Vier-Männer-Gremium sollte das Vorgehen der zwei Parteien gegenüber der jüdischen Gemeinde vereinheitlichen. Ein Konsens zu finden war nicht einfach, denn die Verlängerung des Privilegs liess bis 1384 auf sich warten. Allerdings ist nur eine städtische Urkunde überliefert. Schmandt spricht sich dafür aus, dass es sich dabei nicht um einen Überlieferungszufall handle, sondern dass der Schutzbrief von 1384 eine Synthese aus den erzbischöflichen und städtischen Schutzbriefen darstelle. Zu den Konflikten zwischen der Stadt und den Erzbischöfen um die Herrschaft über die

herrliche Praxis und ihren Einfluss zurück. 1372 wurde der jüdischen Gemeinde von städtischer und erzbischöflicher Seite her eine Schutzbriefurkunde ausgestellt, die in leicht abgewandelter Form 1384 von der Stadtobrigkeit verlängert wurde. Laut dieses Dokuments stand dem Erzbischof von allen Gefällen die Hälfte zu,¹²²⁰ und die andere Hälfte floss in den Kölner Stadtsäckel. Dieser städtische Anteil stellte für den Finanzhaushalt immer noch eine beachtliche zusätzliche Einnahmequelle dar.¹²²¹

Der Vergleich der jährlichen individuellen Abgabe mit der ausserordentlichen Zahlung von 1384 zeigt, dass die zwei Beträge nicht bei allen Steuerzahlern im selben Verhältnis standen. Die Gebühr des Moses von Bacharach war beispielsweise mehr als doppelt so hoch wie diejenige seines Schwagers Anselm, obwohl beide denselben Jahresbetrag zu zahlen hatten. Es ist möglich, dass Moses die Gebühr für mehrere Parteien gemeinsam leistete.¹²²² Aus zwei Zahlungen geht hervor, dass nicht nur die Juden, sondern auch die Lombarden hohe Gebühren für ihre Privilegien entrichteten.¹²²³ Interessant sind Unterschiede in der Formulierung zwischen den Einträgen der Juden und der Lombarden. Letztere wurden als "*civis*" bezeichnet und scheinen ein reines Aufnahmegeld geleistet zu haben.¹²²⁴ Im Gegensatz zu den hohen Aufnahmegebühren der Juden und Lombarden bezahlten christliche Neubürger seit Mitte des 14. Jahrhunderts einheitlich 6 Gulden Bürgergeld.¹²²⁵

Kölner Juden siehe Zvi Asaria, *Die Juden in Köln. Von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart* (Köln: 1959), Kurt Bauer, *Judenrecht in Köln bis zum Jahre 1424* (Köln: 1963). Schmandt, *Judei, cives et incole*.

¹²²⁰ Vereinbarung zwischen dem Erzbischof und der Stadt Köln vom 28. Juli 1384: "... *Item is oeverdragen, dat so watkunne geltz, urbers of nutz van vurgelde, van pensyen, van jaïrgulden, van bruchgen, van boissen of van eyngerhande anderen sachen geburden zu vallen of zu komen van den vurgenannt Jueden, dat dieselve unse 4 vrunde mallig van uns dan aff eyn halvesheit...*" Von dieser Vereinbarung sind die 70 Mark, die die jüdische Gemeinde dem Erzbischof weiterhin jährlich entrichten muss, ausgenommen. Bauer, *Judenrecht*. Anhang, Nr. 2, S. 96/97.

¹²²¹ Eine ähnliche Situation ist in Braunschweig zu beobachten, obwohl es sich in diesem Fall nicht um eine Konkurrenz zwischen Stadtherr und Stadt handelte, sondern um eine innerstädtische zwischen dem "Gemeinen Rat" und den einzelnen Weichteilen "Neustadt" und "Altstadt".

¹²²² Es fehlen beispielsweise Zahlungen von Mannus von Spire und Süsskind von Siegburg. Letzterer, der Bruder von Moses von Bacharach, genoss zwischen 1380 und 1385 allerdings einen Sonderstatus, d.h. er hatte mit der Stadt eine Sondervereinbarung getroffen, die ihn vermutlich fiskalisch besserstellte und von der Verlängerungsgebühr des allgemeinen Privilegs entband. Mannus wiederum war bereits seit 1373 in Köln ansässig und wurde 1384 als Arzt aufgenommen und könnte aus diesem Grund auch eine Sondervereinbarung mit der Stadtobrigkeit eingegangen sein, die ihn von einer Beteiligung an der Verlängerungsgebühr befreite. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 234f, 259f.

¹²²³ 31. Dezember 1382, 14. Februar 1386: "... *receptum de 4 civibus Lumbardis, patre et filiis 136 fl. ...*" - "... *de 1 Lumbardo cive 100 fl. ...*". Knipping, ed., *Stadtrechnungen* 1. S. 38, 44.

¹²²⁴ Vergleichbar mit den vermögenden jüdischen Kölner Geldleihern waren die Lombarden, die vermehrt grössere Summen verliehen. Franz Irsigler, "Juden und Lombarden am Niederrhein im 14. Jahrhundert," in *Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, ed. Alfred Haverkamp, *Monographien zur Geschichte des Mittelalters* 24 (Stuttgart: 1981), S. 122-162.

¹²²⁵ Friedrich Lau, *Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung der Stadt Köln bis zum Jahre 1396* (Bonn: 1898). S. 230f.

Auch in Rothenburg ob der Tauber leisteten die jüdischen Bürger ein Art Verlängerungsgebühr. Nach 1350 wurden die jüdischen Neubürger auf ein Jahr befristet ins städtische Bürgerrecht aufgenommen und bis Anfang des 15. Jahrhunderts gemeinsam mit den christlichen Bürgern ins städtische Bürgerbuch eingetragen. Dieser Quelle sowie den überlieferten Urkunden lassen sich keine Hinweise auf ein von jüdischen Bürgern entrichtetes Aufnahmegehd entnehmen. Erst ab 1432 ist eine verwandte Abgabe nachzuweisen. Im sogenannten zweiten Judenbuch wurden die jüdischen Neubürger gemeinsam mit den bereits ansässigen jüdischen Steuerzahler in einer Liste aufgeführt. Da alle jüdischen Bürger jeweils nur für ein Jahr befristet ins Bürgerrecht aufgenommen worden waren, entrichteten sie bei der jährlichen Verlängerung eine Schreibgebühr in der Höhe von zwei bis vier Gulden.¹²²⁶ Diese Schreibgebühr kommt einer vergleichsweise hoch angesetzten jährlichen Kopfsteuer gleich.¹²²⁷

Es stellt sich die Frage, ob auch in Esslingen in den 1370er und 1380er Jahren eine Verlängerungsgebühr erhoben wurde. In einem Steuerbucheintrag von 1382 wird angemerkt, dass Enslin neben der regulären Vermögenssteuer 3 Gulden *"für den ait"* geleistet habe.¹²²⁸ Enslin war kein Neuzuzüger, sondern mindestens seit 1377 in Esslingen ansässig.¹²²⁹ Vom zeitlichen Rahmen her könnte es sich durchaus um eine Verlängerung des Bürgerrechts handeln, für die ein Entgelt verlangt wurde.

An dieser Stelle soll auch auf die Geschenke hingewiesen werden, die einige Nürnberger Juden bei ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht an den Rat entrichteten.¹²³⁰ Vielleicht handelt es sich dabei allerdings auch um die Kosten für die Erlaubnis, Schüler in die Gemeinde einladen zu dürfen.¹²³¹ Oder die Stadt liess sich auf diesem Weg allfällige Kosten für die Privilegierung von Reichsseite her vergüten.

In Augsburg wurde im 15. Jahrhundert von einem Teil der jüdischen Neubürger ein Aufnahmegehd erhoben.¹²³² Erstmals ist im Bürgerbuch von 1406 ein von jüdischer Seite her ent-

¹²²⁶ Im jüdischen Eid von 1478 wird festgehalten, dass jeder Jude mit seiner Ehefrau der Stadt jedes Jahr *"nicht untter dreisig gulden und dartzu vier Reinischer gulden einzuschreibenn geben"* sollen. Wehrmann, Rechtsstellung, S. 58. Ohlau, Haushalt Rothenburg, S. 45ff. Bresslau, "Juden in Rothenburg," S. 319ff.

¹²²⁷ Vergleiche mit Ulm, Kapitel 9.1.2.

¹²²⁸ StA E, SB 1382, fol. 12r.

¹²²⁹ Ab 1377 ist er in den Esslinger Steuerbüchern belegt. Siehe Tabelle 15 im Anhang.

¹²³⁰ *"Item recepinus 500 guldein lanndswerung von Seligman Juden von Koburg, die er dem Rat schankt, als man in zu burger auffnahm."* Es handelt sich um vier Beträge zwischen 75 und 500 Gulden. Stern, Bevölkerung.

¹²³¹ Vergleiche mit Konstanz.

¹²³² Die Juden wurden seit dem 13. Jahrhundert gemeinsam mit den christlichen Neubürgern ins Bürgerbuch eingetragen. Allerdings weist Mütschele darauf hin, dass die aufgenommenen Juden nicht vollständig im Bürgerbuch verzeichnet gewesen seien. Mütschele, Juden in Augsburg, S. 184. Für die Zeit des 14. Jahrhunderts gibt

richtetes Bürgergeld dokumentiert.¹²³³ Laut Bürgerbuch entrichteten nur ein Drittel der jüdischen Neubürger ein Bürgergeld. Vermutlich wurde erst ab den 1420er Jahren regelmässig eine solche Abgabe von den jüdischen Bürgern erhoben. Auffallend ist, dass parallel zu den absinkenden jährlichen Steuersummen die Bürgergeldebeträge massiv anstiegen. So entrichtete 1428 Gersham beispielsweise ein Bürgergeld in der Höhe von 10 Gulden gegenüber einer Jahressteuer von 2 Gulden.¹²³⁴ Es stellt sich die Frage, warum für jüdische Neubürger erst 1406 die Erhebung eines Bürgergeldes eingeführt wurde. Ein Grund könnte sein, dass 1398 alle Juden Augsburgs, nicht nur die Steuerzahler, verpflichtet wurden ins städtische Bürgerrecht einzutreten.¹²³⁵ Allerdings scheint die Stadt in den ersten zwanzig Jahren nach Erlass dieser Bestimmung, Schwierigkeiten gehabt zu haben, diese Forderung in die Tat umzusetzen. Im Verlauf der ersten zwei Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts traten immer mehr Juden ins Bürgerrecht ein und wurden dazu verpflichtet ein Aufnahmegeld zu entrichten.

Auch in Ulm wurde von den Mitgliedern der zweiten jüdischen Gemeinde in der Regel ein Bürgergeld verlangt. Die jüdischen Neubürger wurden gemeinsam mit den christlichen in den regulären Bürgerbüchern verzeichnet. Im Vergleich zu den Christen mussten die Juden ein doppelt so hohes Aufnahmegeld entrichten; 4 gegenüber 2 Schillingen; 4 Schilling, 8 Heller gegenüber 2 Schilling 4 Heller.¹²³⁶

Wie in Ulm wurden auch in Colmar und Schlettstadt die jüdischen Bürger gemeinsam mit den christlichen ins Bürgerbuch eingetragen und wie letztere zu einem Bürgergeld verpflichtet. Interessanterweise wurden die Juden in den elsässischen Städten gleich hoch wie die adeligen und geistlichen intramuralen Gedingbürger veranschlagt. In Colmar entrichteten sie 5 Gulden und 18 Pfennige und in Schlettstadt 2 Pfund und 3 Schilling.¹²³⁷ Dieser Gruppe Gedingbürger stand die Gruppe der Vollbürger, die ein tieferes Aufnahmegeld leisteten, gegenüber. Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, dass in verschiedenen Städten, die nach 1350

es in den überlieferten Quellen keine Hinweise darauf, dass die Juden in irgendeiner Form ein Bürgergeld geleistet hätten.

¹²³³ 1406 wird Abraham als *"burger und jude"* aufgenommen und entrichtet *"umb dez prugrecht"* 12 Gulden. Weiter wird festgehalten, dass er der Stadt jährlich 4 Gulden steuern solle. StA A, BB I, fol. 164v.

¹²³⁴ Mütschele, Juden in Augsburg. S. 184.

¹²³⁵ Ibid. S. 189.

¹²³⁶ StA Ulm, Bürgerbuch 1 + 2, S. 1, S. 1.

¹²³⁷ *"der rat hat erkant, das man keinen ussburger me empfohen sol, er gebe denne e 3 guldin und 18 Strassburger. Und ein pfafe, ein edelman oder ein jude welre da burger werden will, der sol geben 5 guldin und 18 Strassburger. Actum sabbato post beati Barnabe apostoli anno LXX primo."* Finsterwalder, ed., ORSR Colmar. S. 288. *"Wenne ein edelman oder ein edelfrouwe oder ein appet oder ein eptischin oder ein probest oder ein jude oder ein júdin hie burger oder burgerin wirt, do sol ir eins geben zwey pfunt und drie schillinge und daz burgreht usweisen."* Gény, ed., ORSR Schlettstadt 2. S. 325.

für die Juden kein Bürgergeld mehr kannten, mehrere Fälle von jüdischen Neubürgern nachzuweisen sind, die der Stadt bei ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht ein Geschenk in beträchtlicher Höhe entrichteten.¹²³⁸

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Form des Aufnahmegeldes in den einzelnen Städten sehr individuell ausgestaltet worden ist. In Köln und Rothenburg handelt es sich nicht um ein Bürgergeld im eigentlichen Sinne, sondern um eine Gebühr für die Verlängerung eines Privilegs. In Colmar und Schlettstadt wiederum handelt es sich um zwei schöne Beispiele eines Bürgergeldes. Allerdings stehen die jüdischen Bürgern nicht mit den christlichen Vollbürgern auf einer Stufe, sondern werden mit christlichen Gedingbürgern gleichgesetzt.¹²³⁹ Die Modalitäten in diesen zwei Städten unterstützen die These, dass die jüdischen Gedingbürger in Bezug auf das Aufnahmegeld in der Regel analog zu den christlichen Gedingbürger behandelt wurden. Gemäss dieser Gleichbehandlung wurde in der Mehrheit der Städte ab 1350 von den jüdischen Bürgern kein Bürgergeld mehr verlangt. Sie wurden wie die christlichen Gedingbürger befristet ins Bürgerrecht aufgenommen und analog zu dieser Gruppe entfiel mit dieser Befristung die Zahlung eines Bürgergeldes.¹²⁴⁰

8 Das Abzugsgeld

In verschiedenen Städten entrichteten die Juden vor 1348 nicht nur ein Aufnahme- sondern auch ein Abzugsgeld. Einem Zürcher Stadtbucheintrag von 1335 kann man beispielsweise entnehmen, dass die jüdischen Bürger nicht nur zur Zahlung von 10 Mark Aufnahmegeld, sondern auch zur Abgabe von 10 Mark Abzugsgeld verpflichtet worden sind.¹²⁴¹

In der Regel wurde den Juden in den Reichsstädten des Südwestens nach 1350 Freizügigkeit zugesichert, d.h. sie hatten die Erlaubnis, aus der Stadt wegzuziehen, nachdem die ver-

¹²³⁸ Aus Nürnberg sind ab den 1420er Jahre mehrere Geldgeschenke von jüdischen Neubürgern überliefert. Stern, Bevölkerung.

¹²³⁹ Gény, ed., ORSR Schlettstadt 2. Finsterwalder, ed., ORSR Colmar.

¹²⁴⁰ In Zürich zahlten auch Ausbürger ein Aufnahmegeld. Sie wurden aber mehrheitlich auf Lebenszeit ins Bürgerrecht aufgenommen. Dörner, Kirche, Klerus.

¹²⁴¹ Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. Nr. 226, S. 87.

einbarte Aufenthaltsfrist abgelaufen war.¹²⁴² Von den abziehenden Juden wurde aber verlangt, Haus- und Grundbesitz innert Jahresfrist an eingessessene Bürger zu verkaufen.¹²⁴³ Zusätzlich waren sie verpflichtet sich anteilmässig an Sonderabgaben zu beteiligen, die während ihrer Ansässigkeit an die gesamte jüdische Gemeinde gestellt wurde.¹²⁴⁴ Wollte ein jüdischer Steuerzahler vor Ablauf der Frist wegziehen, dann musste er in den meisten Orten die jährliche Abgabe bis zum Ende der vereinbarten Frist bezahlen.¹²⁴⁵ Wie die christlichen Bürger wurden die jüdischen in zahlreichen Städten dazu verpflichtet, ihr Bürgerrecht persönlich vor dem Rat aufzusagen. Dass diese Bestimmung nicht immer eingehalten wurde, lässt sich beispielsweise den Bestimmungen einer Nürnberger Judenordnung aus dem 14./15. Jahrhundert entnehmen.¹²⁴⁶

¹²⁴² „Ouch hant die Juden und die Júdinne, die Zúrich in únser statt gesessen sint, das recht und die frijung, wenn ir einem oder zwein oder allen nüt mer fueget oder wellent ze sitzen oder ze sine in únser statt Zúrich, so súlen wir si an all hindrung und an allen schaden mit ir lip und mit ir guot lassen varen da in fuoglich ist, an all geverd.“ Schnyder, ed., QZWG I.Nr. 229, S. 118.

Burmeister weist für das Gebiet des Bodensees darauf hin, dass der freie Abzug der Juden zu ihren herkömmlichen Rechten gehöre. Burmeister, *medinat bodase* 2. S. 55.

¹²⁴³ Zum Beispiel in Nürnberg, Judenordnung für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts. Stern, *Bevölkerung*. S. 230, Nr. 2.

¹²⁴⁴ Als beispielsweise 1463 zwei Frankfurter Juden abziehen wollten, wird an sie die Forderung gestellt, den vollen Jahreszins sowie ihren Anteil an der Forderung des Markgrafen zu entrichten. Andernacht, ed., *Regesten*. Nr. 1361 (1463). Für Nördling siehe Kapitel 4.4.4.11. Für Nürnberg siehe den Aufnahmeeintrag der Sanwelin von 1384. Stern, *Bevölkerung*. S. 26.

¹²⁴⁵ Das Zürcher Stadtbuch enthält den folgenden Eintrag: „*Moyse von Nurenberg dise nechsten vier jar, so schierest nach einander koment, ellu iar zehen guldin zu stúr geben sol, ... oder ob er in dien vier iaren hinnan von únser stat zuge, dz er doch die vorenant stúr die vier iar und och den huszins unser stat geben und usrichten sol.*“ Zeller-Werdmüller, ed., *Zürcher Stadtbuch* 1. Nr.60, S. 260 (25. Januar 1380).

Ein Nürnberger Schutzbrief von 1388 enthält die Bestimmung: „*We auch, ob sie e von hynnen fúr, e daz jar auz wer, danoach sol sie den burgern die 100 guldein gar geben.*“ (100 Gulden ist der jährliche Steuerbetrag) Stern, *Bevölkerung*. S. 28.

In Regensburg wurde den Juden ein kollektiver Schutzbrief ausgestellt, der die Bestimmung enthielt, dass wegziehende Juden für das laufende Jahr die Steuer entrichten mussten. Raphael Straus, ed., *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Juden in Regensburg 1453-1738*. (München: 1960). S. 14, Nr. 56.

Anders wurde die Situation beispielsweise in Nördlingen und Frankfurt gehandhabt. In diesen Städten mussten die wegziehenden Juden nur noch die der Aufenthaltsdauer entsprechende Teilsteuersumme entrichten. Frankfurt war eine der wenigen Städte, die auch von den christlichen Bürgern kein Abzugsgeld verlangte. Ashkira Darman, *Die Bedeutung der Abgaben der Juden für den städtischen Finanzhaushalt im Spätmittelalter*. Lizentiatsarbeit Universität Zürich (Zürich: 1999). S. 57. Auch in Zürich wurde 1424 neu aufgenommenen Juden zugesichert nur den Anteil der vereinbarten Steuersumme bezahlen zu müssen, der der Zeitspanne entspricht, die die Juden tatsächlich ansässig sind. „... *Muesten si aber dar umb von úns jn dem egenanten zil zúhen, oder das wir si darumb bi uns nit halten woelten, so mugent si von uns zúhen, und was si dann nach mârchezl an den obgenanten XII jaren an den M.M. guldin gebürt ze geben von dem zit, als si dann bi úns gewesen sind, dz soellent si úns bezalen und da mit des úbrigen ledig sin...*“. Allerdings handelt es sich bei den vereinbarten zwölf Jahren um einen ausgesprochen langen Zeitraum und bei der jährlich zu zahlenden Summe von 167 Gulden um einen vergleichsweise hohen Betrag. Diese Vereinbarung weicht daher von der bis 1419 praktizierten Aufnahmepolitik der Stadt Zürich ab. H. Zeller-Werdmüller, ed., *Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts*. Bd. 2 (Leipzig: 1899). Nr. 229, S. 192f.

¹²⁴⁶ „... *si gen dan vor fu(e)r die burger in offenne rat und geben ir burgrecht auf darinnen und tuent darumb, als sich gepu(e)ret. Swer dez niht entet und ru(e)r baz ubertrittet, der selt verfallen sein der stat tawsent guldein, und daze so(e)let verlorenne sein all sein shulten und hab, die er hi in der stat het, die so(e)let der burger sein.*

Es gab aber auch immer wieder herrschaftspolitische Konstellationen, die die Stadtobrigkeit veranlassten, die Juden für einen gewissen Zeitraum zur Ansässigkeit zu verpflichten. Hielten sich die jüdischen Bürger nicht daran, drohten zum Teil empfindlich hohe Strafen. So zum Beispiel in Augsburg 1355. Die Juden mussten sich bei ihrer Wiederaufnahme verpflichten während der ganzen Geltungsdauer des kaiserlichen Aufnahmeprivilegs von 1355 bis 1367 in Augsburg wohnhaft zu bleiben. Bei Zuwiderhandeln wäre eine Strafe von 100 Pfund Augsburger Pfennigen fällig geworden.¹²⁴⁷

Eine aussergewöhnliche Situation ergab sich um 1385. Auf dem Hintergrund der drohenden Judenschuldentilgung trugen sich verschiedene reichere Geldhändler mit Wegzugsplänen oder planten einen Kapitaltransfer. Wenzel rief die Verantwortlichen dazu auf, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Herzog Przmislaw von Teschen gab er beispielsweise die Erlaubnis, „*sich unterwinden und untertzien mag unser und des reichs juden und camer knechte, welich die sind, die von dutschen landen tziehen oder tziehen wollen in wlische lande...und ire habe an irrunge allermeniclichs und sol und mage da mit tun und lassen noch allem seinen willen....*“.¹²⁴⁸ Und in Regensburg mussten sich fünf reiche Geldhändler dazu verpflichten, acht Jahre in der Stadt ansässig zu bleiben.¹²⁴⁹

In den meisten Städten wurde nach 1350 von den Juden kein Abzugsgeld verlangt. Analog zum Aufnahmegeld dürfte der Hauptgrund in der Befristung der Bürgerrechtsverträge gelegen haben. Wie bei einem Grossteil der christlichen intra- und extramuralen Gedingbürger waren die jüdischen Bürger von der Abzugssteuer befreit.¹²⁵⁰ Letztere war in vielen Städten für wegziehende Bürger oder die Erben verstorbener Bürger eine grosse finanzielle Belastung, die sich negativ auf die Mobilität auswirkte. Mobil zu sein war aber gerade nach der Rintfleisch- und Armlederverfolgung sowie der Pogromwelle von 1350 nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus Sicherheitsgründen für die in Städten ansässigen Juden sehr wichtig. Dementsprechend konnten auch die jüdischen Geldleiher ein Interesse daran haben, einen individuellen befristeten Vertrag mit einer Stadt abzuschliessen. Betrachtet man den jährlichen

Und swer also burgrecht ufgiebet, der so(e)l gebunden sein, den na(e)hten tzintze daz jar darnach ze geben-ne.“ Stern, Bevölkerung. S. 233, Nr. 1.

¹²⁴⁷ Grünfeld, Juden in Augsburg. S. 14. In Augsburg hatten wegziehende Juden auch die Möglichkeit, sich mit einer jährlichen Zahlung die Rechte bei einer Rückkehr zu erhalten. Ebd., S. 12.

¹²⁴⁸ HZA Neuenstein E 1. abgedruckt bei Ziwes, Studien. S. 197.

¹²⁴⁹ Arthur Süssmann, Die Judenschuldentilgungen unter König Wenzel (Berlin: 1906). S. 16.

¹²⁵⁰ In Augsburg zahlten Kleriker, die ins Bürgerrecht aufgenommen wurden, die normale Vermögenssteuer und dementsprechend wurden sie auch zu einer Abzugssteuer verpflichtet. Kiessling, Bürgerliche Gesellschaft. S. 71f.

Steuerbetrag unter diesem Gesichtspunkt, müsste ein Teilbetrag als Entschädigung für die ausfallende Abzugssteuer angesehen werden.

9 Direkte Steuern und andere Bürgerpflichten

9.1 Direkte Steuern

9.1.1 Einleitung

Seit dem 12./13. Jahrhundert ging das Recht auf Besteuerung der Juden sukzessive vom Reich auf Stadtherren und zum Teil auf die Stadtobrigkeit über.¹²⁵¹ Die Städte begannen bereits im 13. Jahrhundert ihre Rechte an den jüdischen Gemeinden auszubauen und liessen sich Schutzzusicherungen von der jüdischen Gemeinde mit Abgaben entgelten. Bis zur Zäsur von 1350 hatten allerdings nur einige wenige Städte das Recht regelmässig Steuern von den jüdischen Gemeinden zu erheben.¹²⁵² In der Regel wurde in diesen Städten von den Juden eine jährliche Pauschalsteuer erhoben, die von der Gemeinde als Ganzer entrichtet wurde. In Strassburg zeigten sich bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Anfänge einer Entwicklung, die für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts in zahlreichen Städten zu beobachten ist. Eine Vereinbarung der Stadt von 1338 mit 16 Juden und Jüdinnen regelte die Steuermodalitäten neu, und zwar zahlten die jüdischen Steuerzahlenden nicht mehr wie bis anhin gemeinsam einen Pauschalbetrag von 1000 Pfund, sondern jeder einzelne wurde dazu verpflichtet, jährlich eine vereinbarte, den individuellen Vermögensverhältnissen angepasste Steuersumme zu leisten.¹²⁵³ Bildete das Strassburger Modell von 1338 in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts noch die Ausnahme, so führte ein Grossteil der Städte bei der Wiederaufnahme von Juden nach den Pestpogromen von 1350 diese Form der Besteuerung ein. Ein wesentlicher Grund für diesen Wechsel war der Umstand, dass sich auf jüdischer Seite noch keine neue funktionierende Korporation als Verhandlungspartner hätte ausbilden können. Hinzu kommt, dass gemäss Toch die städtischen, insbesondere die reichsstädtischen Obrigkeiten erst

¹²⁵¹ Vergleiche Kapitel 2.1.

¹²⁵² Rösel, Reichssteuern. S. 222.

¹²⁵³ Mentgen, Juden im Elsass. S. 131/132.

im Spätmittelalter zur vollen Herrschaft über die Juden gelangten. "Die Weichen dazu wurden in den Pogromjahren 1349/1349 und danach gestellt, als Karl IV. einer Vielzahl von Reichsstädten befristet oder unbefristet das Recht erteilte, Juden aufzunehmen und sie zu schützen, zusammen mit dem Recht ihrer fiskalischen Nutzniessung."¹²⁵⁴ In der Regel gestand das Reich der Stadtobrigkeit die halbe „Judensteuer“¹²⁵⁵ zu und beauftragte sie, letztere festzulegen und einzuziehen.¹²⁵⁶ Die andere Hälfte floss in die Reichskammer oder in die Kasse desjenigen, dem sie verpfändet worden war. Als Folge dieser Verpfändungspolitik waren die jüdischen Gemeinden mindestens mit zwei Schutzherren und oft mit weiteren an der Steuer berechtigten Parteien konfrontiert. Die Modalitäten für die an das Reich zu zahlende Steuerhälfte variierten. Die einen Städte vereinbarten mit dem Reich eine Pauschalsumme, die unabhängig von den tatsächlichen Einnahmen jährlich in derselben Höhe abgeliefert wurde. Andere Städte entrichteten die Hälfte der eingenommenen Steuergeldern an die Reichskammer, den Stadtherren oder den Pfandinhabenden. Welche Modalitäten gewählt wurden, stand in engem Zusammenhang mit der räumlichen Präsenz des Berechtigten und dessen Möglichkeiten zur Kontrolle.¹²⁵⁷

In den Reichsstädten fand die steuerliche Veranlagung durch den Rat statt, der die Abgaben auch einziehen liess. Einerseits handelte es sich bei den jüdischen Steuerzahlern um kaiserliche Kammerknechte, die gegen Schutzzusage besteuert werden durften. Andererseits wurden die Juden ins städtische Bürgerrecht aufgenommen, besaßen teilweise Häuser, waren in der Stadt gewerblich aktiv und nahmen die städtische Infrastruktur in Anspruch. Dementsprechend sollten sie sich auch an den üblichen bürgerlichen Leistungen beteiligen. Die Verschränkung dieser zwei Rechtsstatus schlug sich auch in der Form der jährlichen Abgaben der jüdischen Steuerzahler nieder. Es war eine Mischung aus Judensteuer und Gemeindesteuer, die in jeder Stadt ihre individuelle Form fand. In einigen Städten wurden mit der jährlichen Steuerleistung weitere bürgerliche Pflichten abgegolten, in anderen Orten wurden zusätzlich zur jährlichen Steuer noch verschiedene weitere Abgaben wie Haussteuern, Wachtgeld oder Wehrdienstentschädigung eingezogen. Diese Form der gefächerten Abgabebeträge diente dazu, einen Teil der Einnahmen nicht mit dem Reich teilen zu müssen. Diese Vermischung

¹²⁵⁴ Toch, Juden. S. 53.

¹²⁵⁵ Nach Isenmann ist der Ordnungs- und Quellenbegriff „Judensteuer“ auf jene Abgaben anzuwenden, die unmittelbar aus Kammerknechtschaft und Schutz resultierten. Isenmann, "Steuern." S. 2212.

¹²⁵⁶ Geistliche oder weltliche Stadtherren/Landherren betrieben in der Regel eine selbständigere Steuerpolitik und besteuerten die Juden eigenständig parallel zu den Stadtobrigkeiten.

¹²⁵⁷ Vgl. Nördlingen Anfang des 15. Jahrhunderts und Schaffhausen bis 1415. Kapitel 4.4.4.3 und 6.4.4.2.1.

zweier Steuerarten führte zu einer grossen Vielfalt von Abgabemodalitäten, die in jeder Stadt ihre individuelle Ausprägung erfuhren.

9.1.2 Verschieden Arten der jährlichen Besteuerung

In den berücksichtigten Städten erfolgte die steuerliche Veranlagung der Juden in vier unterschiedlichen Formen.¹²⁵⁸ Schosspflichtig waren in der Regel diejenigen Juden, die ihren Lebensunterhalt selbständig mit Geldleihe verdienten.

In zahlreichen Städten vereinbarte der Rat mit den einzelnen Haushaltsvorständen eine individuelle, den Vermögensverhältnissen angepasste Steuersumme, die jährlich für eine abgesprochene Anzahl Jahre entrichtet werden musste.¹²⁵⁹ Die jährlichen Zahlungen dieser **gedingten Steuer** lassen sich an unterschiedlichen Orten des städtischen Verwaltungsschriftgutes finden. In der Regel wurden sie in den städtischen Rechnungsbüchern eingetragen, teilweise als letzte Rubrik auf der Einnahmenseite,¹²⁶⁰ teilweise anschliessend an die Zahlungen christlicher Gedingbürger.¹²⁶¹ Seltener wurden die jüdischen Steuerzahler gemeinsam mit den christlichen in den Steuerbüchern aufgelistet. In diesem Punkt zeigt sich in vielen Städten ein unterschiedlicher Umgang des Rates mit den jüdischen und den christlichen Gedingbürgern. Die Steuerzahlungen letzterer wurden häufig mit den regulären Vermögenssteuerzahlungen in den städtischen Steuerbüchern mitaufgeführt. Diese unterschiedliche Verortung im Verwaltungsschriftgut widerspiegelt die unterschiedliche Wahrnehmung der Stadtobrigkeit dieser zwei Gedingbürgergruppen, trotz grosser rechtlicher Überschneidungen.¹²⁶² In einigen grösseren Städten wurden die Steuerzahlungen der Juden in sogenannten Judenbüchern eingetragen. Dabei handelt es sich um Verwaltungsbücher, die ausschliesslich oder vorwiegend Angaben zur jüdischen Gemeinde enthalten.¹²⁶³ Oft wurden die Steuerbeträge der christlichen Geding-

¹²⁵⁸ In den Quellen werden diese jährlichen Abgaben oft mit "*stúr, bede*" oder "*zins*" bezeichnet.

¹²⁵⁹ Beispielsweise in Basel, Frankfurt, Köln, Konstanz, Nördlingen, Nürnberg, Rothenburg, Ulm, Zürich.

¹²⁶⁰ Beispielsweise in Zürich.

¹²⁶¹ Beispielsweise in Konstanz.

¹²⁶² Interessant ist die Situation in Ulm. Die Bürgeraufnahmen von Juden und Christen werden gemeinsam im Bürgerbuch aufgeführt. In Bezug auf die Juden wird keine Befristung angegeben. Die Christen werden dazu verpflichtet mindestens zehn Jahre in Ulm zu bleiben. Für diesen Zeitraum wird wie für die Juden erstaunlicherweise eine jährlich zu leistende Pauschalsteuer festgesetzt. Die christlichen Bürger müssen allerdings 1411 noch einen Bürgen für eine Summe von 40 Gulden stellen. Über den jeweiligen Steuersatz sind keine Angaben überliefert. Siehe StA Ulm, Bürgerbuch 1.

¹²⁶³ Beispielsweise in Nürnberg und Rothenburg o.d.T. Im Nürnberger Zinsbuch heisst es, dass der betreffende Jude "*mit den burgern geteydingt*" habe. Den einzelnen Vereinbarungen war eine allgemeine Vereinbarung zwi-

bürger in den regulären Steuerlisten aufgeführt und nur teilweise gemeinsam mit den jüdischen Steuerzahlungen.

Eine weitere Form der Besteuerung bestand darin, eine **Pauschalsumme** von der jüdischen Gemeinde als Korporation zu erheben. Der geforderte Betrag wurde innerhalb der Gemeinde auf die einzelnen Mitglieder umgelegt.¹²⁶⁴ In den betreffenden Städten handelt sich jedoch nicht um eine Kontinuität der Steuerform über die Zäsur von 1350 hinweg. Diese Form wurde vorwiegend im 15. Jahrhundert gewählt, wenn kleine Gruppen neuzuziehender jüdischer Familien nach einer vorübergehenden Vertreibung erneut in der betreffenden Stadt siedelten.¹²⁶⁵ In Strassburg erhob der Rat bei der Wiederansiedlung 1369 eine jährliche Pauschalsumme von der jüdischen Gemeinde. Sie musste jedes Jahr 150 Gulden entrichten, unabhängig von ihrer Grösse. Zusätzlich waren jährlich 10 Mark an die Grafen von Öttingen sowie 12 Mark an den Bischof zu entrichten. In beiden Fällen Ansprüche, die in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts zurückreichten.¹²⁶⁶

Eine dritte Variante der Besteuerung bestand darin, wenigstens einen Teil der ansässigen Juden gemeinsam mit den Christen an der jährlichen **direkten Vermögenssteuer** zu beteiligen.¹²⁶⁷ Diese Form kam in den letzten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts in Augsburg, Esslingen und vermutlich auch Konstanz zur Anwendung. In Augsburg wurde von den jüdischen Haushaltsvorständen zwei ordentliche Abgaben verlangt; eine Jahressteuer in der Form der regulären Vermögenssteuer und eine Kopfsteuer. Ab 1376 wurden die Namen der jüdischen Steuerzahler und die Steuerbeiträge auf der letzten Seite des entsprechenden Steuerbuchs unter "*Judei*", "*Hebrei*" oder "*Judeorum stiura*" aufgeführt.¹²⁶⁸ Allerdings überstieg der Steuer-

schen Stadt und jüdischer Gemeinde übergeordnet. So heisst es beispielsweise im ersten Eintrag einer Einzelperson: "*Item die Reppin hat geteydingt mit den burgern, daz sie jerlichen geben sol 100 und 24 guldein, als lang der juden teyding stet. Actum Viti anno LXXXquarto*". Stern, Bevölkerung. S. 25.

¹²⁶⁴ Beispielsweise in Braunschweig, in den 1430er und 1440er Jahren in Schaffhausen, zum Teil in Hildesheim, in Bern 1408, vorübergehend in Zürich nach 1425. In Nördlingen existierte in den ersten zwei Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts eine Mischform. Einen Teil der Einnahmen bezog die Stadt aus dem Synagogenzins, den die jüdische Gemeinde als Pauschale jährlich entrichtete. Siehe oben, Kapitel 4.4.4.3.1.

¹²⁶⁵ Beispielsweise in Schaffhausen ab 1420 und in Zürich 1424.

¹²⁶⁶ Mentgen, Juden im Elsass. S. 139ff.

¹²⁶⁷ Auch in Nürnberg wurden die weniger vermögenden jüdischen Bürger bis 1392 zu einer Vermögenssteuer von 6,6 % ihres Vermögens beigezogen. GJ III:2, S. 1010.

¹²⁶⁸ StA A, Steuerbücher ab 1368. Ein weiterer Hinweis darauf, dass die Juden eine Vermögenssteuer entrichteten, ist die Formulierung in verschiedenen Bürgeraufnahmen, dass die jüdischen Neubürger steuern sollen, wie die anderen Juden. 1369 wurden Mennli und Bendit von München in Augsburg aufgenommen. Es wurde vereinbart, dass sie "*dabunt sturam sicut alii judei et habitabunt hic eodem jure quo alii judei hic resident*." StA A, Schätze 74, Bürgerbuch I (1288-1497). S. 218.

satz der Juden denjenigen der Christen mindestens um das Doppelte bis Dreifache.¹²⁶⁹ Juden mit einem Aufnahmevertrag wiederum leisteten im Schnitt doppelt so hohe Steuern wie die Juden mit einer Bürgerrechtsvereinbarungen.¹²⁷⁰ Dieser Unterschied dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich einerseits nur reiche Geldleiher zwei Wohnsitze leisten konnten und andererseits die jüdischen Gedingleute jährliche Pauschalabgaben leisteten und von weiteren Abgaben befreit waren.¹²⁷¹ Laut den Bürgerbucheinträgen zeichnete sich im Verlauf der 1390er Jahre die Tendenz ab, die Steuerverhältnisse zu vereinheitlichen und mit den jüdischen Neubürgern eine jährliche Pauschalsteuer zu vereinbaren.¹²⁷² Vergleichbar ist die Entwicklung in Esslingen. Ein Teil der jüdischen Geldleiher wurde zum selben Steuertarif wie die christlichen Steuerzahler zur direkten Vermögenssteuer beigezogen. Dies geht aus den überlieferten Steuerlisten hervor, die neben den Steuerzahlungen auch Angaben zur Höhe des Vermögens enthalten.¹²⁷³ Zusätzlich zu den jüdischen werden auch die christlichen intra- und extramuralen Gedingbürger in den Steuerlisten aufgeführt und nach demselben Steuerfuss besteuert.¹²⁷⁴ Präzisierend muss festgehalten werden, dass nur ein Teil der jüdischen Steuerzahler zu den regulären Vermögenssteuern zugezogen wurde. Die Steuerlisten präsentieren ein heterogenes Bild. Insbesondere die vermögenden Geldleiher hatten mit der Stadt eine gedingte Steuer ausgehandelt, die unabhängig von Steuererhöhungen oder -senkungen für die vereinbarte Zeit dieselbe blieb.¹²⁷⁵ Möglicherweise waren die Juden mit Geding zusätzlich privilegiert und von weiteren Zahlungen befreit.¹²⁷⁶ Jüdische Steuerzahler sind in den Jahren von 1377 bis 1392 in den Steuerbüchern vertreten. In den ersten zwei Jahren wurden sie verstreut zwischen den

¹²⁶⁹ Die Steuerquote wurde nicht regelmässig angegeben und Mütschele weist darauf hin, dass die wenigen erhaltenen Angaben keine generelle Aussage über den jüdischen Steuersatz erlauben. Mütschele, *Juden in Augsburg*. S. 248.

¹²⁷⁰ *Ibid.*, S. 189. 1397 forderte der Rat alle Juden auf, das Bürgerrecht zu erwerben.

¹²⁷¹ 1386 vereinbart die Stadt mit Smario von Zürich, dass dieser jedes Jahr 20 Gulden Steuern entrichten solle. StA A, BB I, S. 132.

¹²⁷² Zum Beispiel 1387: Michel der Schauffhuser entrichtet 16 Gulden. 1390: Abraham von Memmingen wurde zu *"burger und juden enpfangen und geit uns jerlich"* 10 Gulden. StA A, BB I, S. 135r; S. 139v; 140v; 141r. 1411: *"Item an dem nehstan donrstag nach Michahel ist Davit jud von Bopffingen und Jacob jude sein tohterman unser juden und purger worden nach unser stat reht und gewohnhait und sol ieglicher besunder der statt tzu(o) stu(e)r geben 4 gulden."* BB I, fol. 170r.

¹²⁷³ StA E, Steuerbücher ab 1378 bis 1392.

¹²⁷⁴ Diehl, *"Finanzgeschichte Esslingen"*. S. 77. In Esslingen werden in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts der grösste Teil der Einwohner der Stadt aufgeführt, d.h. auch die rechtlichen Sondergruppen sind vertreten. Kirchgässner, *Esslingen*. S. 86ff.

¹²⁷⁵ Siehe Tabelle 15 im Anhang. Im Steuerbuch von 1386 wird beispielsweise neben dem Eintrag von *„Josiman von Ru(e)dlingen“*, der 10 Gulden steuerte, festgehalten: *"sol er geben allû jar x flor dû iiii nehsten jar uf den oster tag"*. 1387 wird Salman aufgenommen, der verpflichtet wird für zwei Jahre je 10 Gulden zu steuern. Anschliessend wird festgehalten: *"danah stat ez an im und an dem Rat"*. StA E, SB 1386a, fol. 13r; SB 1387, fol. 14r.

¹²⁷⁶ Aufgrund der Quellenüberlieferung ist dies nicht mehr nachprüfbar.

christlichen Steuerzahlern aufgeführt.¹²⁷⁷ Bereits 1379 fand eine Ausdifferenzierung statt und die jüdischen Steuerzahler wurden getrennt von den übrigen Steuerzahlenden in eine separate Rubrik "*nota judeos*" eingetragen.¹²⁷⁸ Neben den Juden wurden aber auch christliche Gedingbürger in einzelnen Rubriken, "*nota die Gemainen burger*", "*nota die ussburger*", anschliessend an die regulären Steuerzahlungen aufgeführt. Änderungen im Verwaltungsschriftgut Anfang der 1390er Jahre gingen Hand in Hand mit einem Wechsel der Steuermodalitäten. Nur noch in den Jahren 1391, 1392 und 1396 treten die jüdischen Steuerzahler in den Steuerbüchern auf. Allerdings werden keine Angaben mehr zum Vermögen gemacht und die Formulierung der Steuereinträge lässt darauf schliessen, dass mit allen Juden gedingte Steuern vereinbart wurden, die vierteljährlich zu entrichten waren. Dieser Wandel geht vermutlich grösstenteils auf die vorangegangenen Schuldentilgungen von 1385 und 1390 zurück. Wie in den anderen betroffenen Städten wurde die Zahlungskraft der jüdischen Steuerzahler stark beeinträchtigt und die ruinösen Auswirkungen der Schuldentilgung auf die Vermögensverhältnisse schlugen sich in tieferen jährlichen Steuerzahlungen nieder. Eine Folge dieser Krise war der Wegzug zahlreicher Esslinger Juden. Für die Stadt bestand eine Möglichkeit auf den Einnahmenverlust zu reagieren darin, mit den verbliebenen Juden gedingte Steuern zu vereinbaren, die einen höheren jährlichen Ertrag versprachen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist das Verschwinden der Juden aus den Steuerbüchern kein sicherer Hinweis auf ein Ende der zweiten jüdischen Gemeinde, wie von Hörburger angenommen wird.¹²⁷⁹ Ein Wandel in den Steuermodalitäten macht eine Verschiebung im verwaltungsschriftlichen Raum wahrscheinlich. Aus verwaltungstechnischer Sicht ist es naheliegend, dass in den folgenden Jahren die Abgabenzahlungen der Juden wie in anderen Städten in den Rechnungsbüchern eingetragen wurden. Änderungen im Verwaltungsschriftgut sind auch vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung wahrscheinlich. 1392 kam es in Esslingen zu einer Machtverschiebung und den Zünften gelang es ihren Einfluss massiv zu verstärken. Häufig zeigten sich solche innenpolitischen Veränderungen auf der Ebene des Verwaltungsschriftgutes in Form einer Ausdifferenzierung ihre Wirkung. Weitere Hinweise auf ein Weiterbestehen der jüdischen Gemeinde sind die Steuerforderungen von Reichsseite und Reichssteuereinzahlungen von Esslinger Juden.¹²⁸⁰

¹²⁷⁷ Die Steuerlisten wurden vom Stadtschreiber erstellt und die Steuerzahler wurden strassenweise aufgeführt. Allerdings werden die Häuser- oder Strassennamen nicht aufgeführt. Der genaue Wohnort der jüdischen Steuerzahler lässt sich daher nicht aus den Steuerlisten alleine eruieren. Diehl, "Finanzgeschichte Esslingen." S. 73.

¹²⁷⁸ Zum Beispiel StA E, SB 1379, fol. 14r. Ab den 1380er Jahren folgen die jüdischen Steuerzahler auf die Rubrik der Ausbürger.

¹²⁷⁹ Hörburger, Judenvertreibung. Kapitel 2.4. Das Ende der Gemeinde im 14. Jahrhundert, S. 52ff.

¹²⁸⁰ Beispielsweise 1401 und 1402 entrichtete die jüdische Gemeinde von Esslingen je 36 Gulden als Goldener Opferpfennig und Judensteuer an das Reich. GJ 3:1, S. 335.

Eine vierte Form der jährlichen Abgaben bestand in **Kopfsteuer**zahlungen. Diese Form der Besteuerung ist beispielsweise in Augsburg verwendet worden und betraf auch die christlichen Steuerzahler. Die Kopfsteuer wurde in ihrer Höhe proportional zum Vermögenssteuersatz festgelegt und variierte zwischen 15 und 60 Pfennig.¹²⁸¹ Auch in Ulm wurde ab 1446 eine Art Kopfsteuer verlangt. Jeder Jude musste jährlich 2 Gulden entrichten, zusätzlich zu einem um ein Vielfaches höheren Synagogenzins von 52 lb hl.¹²⁸²

Eine weitere Form der Besteuerung bestand darin, eine Abgabe für die Synagoge oder/und das Friedhofsareal zu verlangen. Eine solche Abgabe wurde zusätzlich zur regulären Steuer erhoben und musste von der Stadt nicht mit weiteren Parteien geteilt werden. Detailliert ist diese fiskalpolitische Strategie in Nördlingen dokumentiert. Auch für Ulm lässt die schriftliche Überlieferung die Anwendung dieser Taktik vermuten. Wie in Nördlingen musste auch der Ulmer Rat die Einnahmen aus den Judensteuern mit den Grafen von Oettingen teilen. Mit den ansässigen Juden vereinbarte die Stadt eine jährlich zu leistende Steuer, die allerdings für alle Steuerzahler im einstelligen Guldenbereich lag.¹²⁸³ Im Vergleich mit anderen Städten dieser Grösse zahlten die Ulmer Juden erstaunlich tiefe Beträge. Aufgrund der Grösse und der Finanzkraft der jüdischen Gemeinde liegt der Schluss nahe, dass noch weitere Abgaben geleistet werden mussten. Ein Hinweis darauf ist im zweiten Bürgerbuch enthalten. 1446 werden mehrere Juden in den Bürgerlisten aufgeführt. Die Vereinbarung enthält die Bestimmung, dass jeder Neubürger neben einer Kopfsteuer von 2 Gulden, wöchentlich 1 lb hl. *"von der synagog und dem Kirchhoff geben"* solle.¹²⁸⁴ Vermutlich wurde bereits vor 1446 von den Juden zusätzlich zu ihrer tiefen Jahressteuer ein Synagogenzins verlangt. Dies legt ein Eintrag in der Stadtrechnung von 1398 nahe. Unter der Rubrik *"Gemain Innemen"* wird festgehalten, dass Salman für Steuer und Zins 40 Gulden gezahlt habe.¹²⁸⁵

Abschliessend sei auf eine weitere Form von jährlichen Abgaben hingewiesen, die von Juden entrichtet wurde, die nicht Bürger der Stadt waren noch einem Haushalt zugeordnet werden konnten. In einzelnen Städten wurden jüdische Studenten dazu verpflichtet, eine jährliche Abgabe zu leisten. In der Regel waren sie steuerfrei, aber beispielsweise in Rothenburg

¹²⁸¹ Mütschele, Juden in Augsburg, S. 246.

¹²⁸² StA Ulm, Bürgerbuch 2, S. 149, Eintrag 650.

¹²⁸³ StA Ulm, Bürgerbücher 1 und 2. In der Stadtrechnung von 1427 sind 13 jüdische Steuerzahler verzeichnet, von denen einer 1/2 Gulden entrichtet, 5 einen Gulden, 5 2 Gulden, einer 3 Gulden und einer 5 Gulden zahlen. Stadtrechnung 1427. A 6440/1, fol. 195v. Laut der Stadtrechnung von 1398 zahlten Meister Schmucl und Abraham von Gmünd je 6 Gulden. A 6441, Frontseite.

¹²⁸⁴ StA Ulm, Bürgerbuch 2, S. 149, Eintrag 650.

¹²⁸⁵ StA Ulm, Stadtrechnung 1398, 2. Teil.

und Mainz musste der Rabbi eine Art Schüler- oder Studentengeld bezahlen.¹²⁸⁶ Weitere Einnahmen erwuchsen der Stadt aus Geldern, die fremde Juden für ihren Aufenthalt in der Stadt bezahlten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in den meisten Städten keine spezifische Steuerformen nur für jüdische Steuerzahler entwickelt worden sind. In der Regel wurden die besprochenen Besteuerungsarten auch auf die christlichen Gedingbürger oder gar alle Steuerzahlenden angewandt. Eine Ausnahme bildet der Synagogenzins.

9.1.3 Höhe der Jahresabgaben der jüdischen Gemeinden

9.1.3.1 Entwicklung der Abgaben in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts

Für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts gibt es nicht viele Städte im Südwesten des Reiches, für die die Höhe der Abgaben der jüdischen Gemeinde über mehrere Jahre überliefert ist. In diesem Kapitel werden die Daten aus Augsburg, Basel, Esslingen, Frankfurt, Nürnberg und Zürich berücksichtigt.¹²⁸⁷ Zusätzlich wird trotz geografischer Entfernung die Entwicklung in Köln aufgrund der Bedeutung der dortigen jüdischen Gemeinde zum Vergleich beigezogen.

In einer ersten Phase zeichnet sich der Verlauf der Summenkurve für die zweite jüdische Gemeinde durch ein kontinuierliches Ansteigen aus.¹²⁸⁸ Die Städte waren interessiert an der Aufnahme neuer jüdischer Geldleiher, die sie teilweise mit vergleichsweise moderaten Jahresabgaben oder sogar Steuerbefreiungen in ihre Stadt zu holen versuchten.¹²⁸⁹ In zahlreichen Städten folgten auf diese Phase des Anstiegs einige Jahre, während derer die Jahresabgaben der jüdischen Gemeinden auf gleicher Höhe stagnierten. Anhand des überlieferten Zahlenma-

¹²⁸⁶ Wehrmann, Rechtsstellung. Judenbuch III, z.B. S. XXX. GJ III:1, Mainz, S. 793. „Item VI gl. an golde vom schulder gelt der Juden dedit Symon.“ Mainzer Stadtrechnung 1458. J. S. Menczel, Beiträge zur Geschichte der Juden von Mainz im XV. Jahrhundert. Eine quellenkritische Untersuchung mit Quellenabdruck (Berlin: 1933). Quellenanhang, S. 139.

¹²⁸⁷ Siehe Tabellen und Diagramme im Anhang.

¹²⁸⁸ Siehe Tabelle 1 für Basel, Tabelle 15 für Esslingen und Diagramm II, S. 285 für Frankfurt.

¹²⁸⁹ In Zürich wurden in den ersten Jahren die neuen jüdischen Bürger sogar von Steuerzahlungen befreit. 1378 wurden „Fiflin Anshelms sun von Ulm und Fiflin von Ru(e)tlingen sin Sweher die Juden und ir gesind ... ze burgern empfangen“. Weiter wurde festgehalten: „und ensülent o(u)ch die obgenanten Fifli Anshelms sun und Fifli von Ru(e)tlingen noch ir gesind uns nach unser Statt in disem nechsten iar, so nach der datt dis brifs künftig ist,

terials lässt sich diese Entwicklung für Frankfurt sehr anschaulich zeigen.¹²⁹⁰ 1360 gestattete Karl IV. dem Frankfurter Rat, Juden aufzunehmen und mit ihnen über den jährlichen Zins zu verhandeln.¹²⁹¹ Die Einnahmen aus den jährlichen Abgaben wurden wie folgt verteilt: Eberhard von Eppstein und Rudolf von Sachsenhausen erhielten je 25 Mark bzw. 30 Gulden. Zusätzlich mussten 4 Mark an den Herrn von Erlenbach sowie bis 1376 30 Gulden an Siegfried Paradies abgeliefert werden. Die verbleibende Summe ging zu gleichen Teilen ans Reich und an die Stadt.

Die 1360er Jahre zeichneten sich durch einen stetigen Anstieg der Einnahmen aus den jüdischen Steuerzahlungen aus. Grund für den Einbruch der Kurve vor 1363 waren die ungünstigen Aufnahmebedingungen. 1363 erkaufte die Stadt vom Reich eine Verbesserung der Modalitäten, die umgehend eine Vergrößerung der jüdischen Gemeinde zur Folge hatte.¹²⁹² Der finanzielle Aufwand der Stadt schlug sich für die ansässigen Juden in einer Steuererhöhung nieder. Der Sprung nach oben in der Summenkurve von 1372 ging auf die Akquisition der zweiten Hälfte der Judensteuern vom Reich zurück.¹²⁹³ Die folgenden 12 Jahre zeichneten sich durch ein relativ hohes Niveau der jährlichen Abgaben aus. Allerdings ist schon in dieser Phase der finanziellen Stabilität ein leichter Abwärtstrend auszumachen.¹²⁹⁴ Vergleichbar verläuft die Entwicklung in Köln, wo sich die zehnjährige Periode von 1376 bis 1385 durch die Stabilität der Jahresabgaben auszeichnete.¹²⁹⁵ Eine Zäsur bildeten in allen berücksichtigten Städten die zwei **Schuldentilgungen** von 1385 und 1390. Welche gravierende Auswirkungen diese Massnahmen auf die Vermögenslagen der Juden hatte, zeigt das rapide Absinken der jährlichen Abgabebeträge. Für den Einnahmenrückgang in den verschiedenen Städten sind zwei Entwicklungen verantwortlich. Einerseits entrichteten die einzelnen Steuerzahler tiefere Jahresbeträge,¹²⁹⁶ andererseits wanderten in den meisten Städten ein Teil der jüdischen Bürger

enkein stür geben.“ Nach Ablauf dieses Rates sollen sie mit dem Rat übereinkommen, wie sie in der folgenden Zeit steuern und dienen sollen. StA Zürich, C I Stadt und Land, Nr. 292, S. 3.

¹²⁹⁰ Zur Quellsituation siehe Darman, Bedeutung der Abgaben. S. 36, 46.

¹²⁹¹ „...daz wir yn volle macht geben, juden, wip und man, zu sich in die stat zu Frankenfurdt zu ziehen, nemen, enpfahen und setzen und mit den uberein ze komen umb ierlichen czyns, und waz dezzelben wirt, dovon sol zuvor den edlen Eberharten von Epenstein und Rudolffen von Sachssenhusen, unsern lieben getrewen, sulch gelt gevalen, als wir yn vormals verschriben haben; waz daruber beleibt sulches czinses, das sol halbes in unser camer und halbes an der stat notdurffte und nutz ierlich gelegt werden.“ Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 69, Nr. 174.

¹²⁹² Ibid. S. 77, Nr. 188.

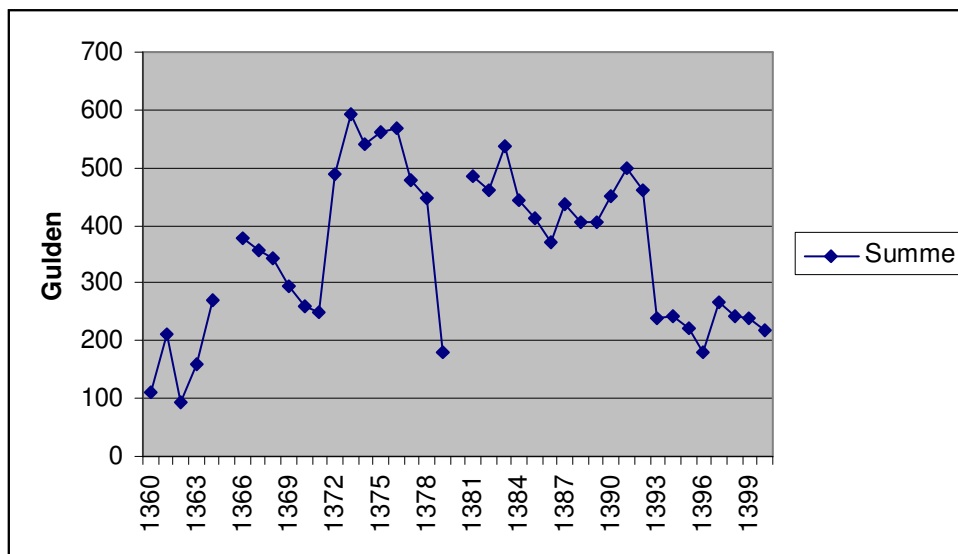
¹²⁹³ Ibid.

¹²⁹⁴ Siehe Diagramm II, S. 285. Die neu zugezogenen Familien zahlten im Durchschnitt weniger Steuern, als die weggezogenen Steuerzahler geleistet hatten.

¹²⁹⁵ Tabelle 6 im Anhang.

¹²⁹⁶ Siehe Augsburg, Frankfurt, Köln, Nürnberg.

Diagramm II: Steuerzahlungen der Frankfurter Juden, 1360-1400



ab.¹²⁹⁷ Die Situation in **Augsburg** zeigt diese Entwicklung exemplarisch.¹²⁹⁸ 1383 zählte die jüdische Gemeinde 56 steuerzahlende Haushaltsvorstände, die gemeinsam 806 Gulden, d.h. pro Haushalt 14,4 Gulden, an Steuern zahlten. 1389 entrichteten nur noch 26 Steuerzahler 288 Gulden, d.h. 11 Gulden pro Haushalt, und nur ein Jahr später erreichte die Entwicklung ihren absoluten Tiefpunkt mit 14 Steuerzahlern, die noch ganze 53 Gulden Steuern zahlten, d.h. lediglich noch 4,8 Gulden pro Haushalt. Die stark verminderte Steuerkraft der einzelnen jüdischen Geldleiher zeigt sich im Absinken des Maximalwertes innert lediglich sieben Jahren von 110 Gulden im Jahre 1383 auf 12 Gulden 1390. Nach Mütschele hatte die Schuldentilgung für die kleinen Geldleiher die verheerendsten Auswirkungen, so dass ein Grossteil von ihnen aus der Stadt abzog oder dazu gezwungen wurde wegzuziehen. Auch reiche jüdische Geldleiher kehrten der Stadt den Rücken. Ab den 1390er Jahren setzte sich die jüdische Gemeinde vorwiegend aus Geldleihern mit einer mittelgrossen finanziellen Kapazität zusammen. Grosse Finanziere fehlten ebenso wie Steuerzahler mit ganz niederen Beträgen.¹²⁹⁹ Im 15. Jahrhundert erholte sich die jüdische Gemeinde zahlenmässig und erreichte mit dreissig Steuerzahlern erneut eine beachtliche Grösse. Sie konnte aber nicht mehr an ihre frühere finanzielle Bedeutung anknüpfen und blieb im Verhältnis zur wirtschaftlichen Stellung und Grösse Augsburgs erstaunlich finanzschwach.

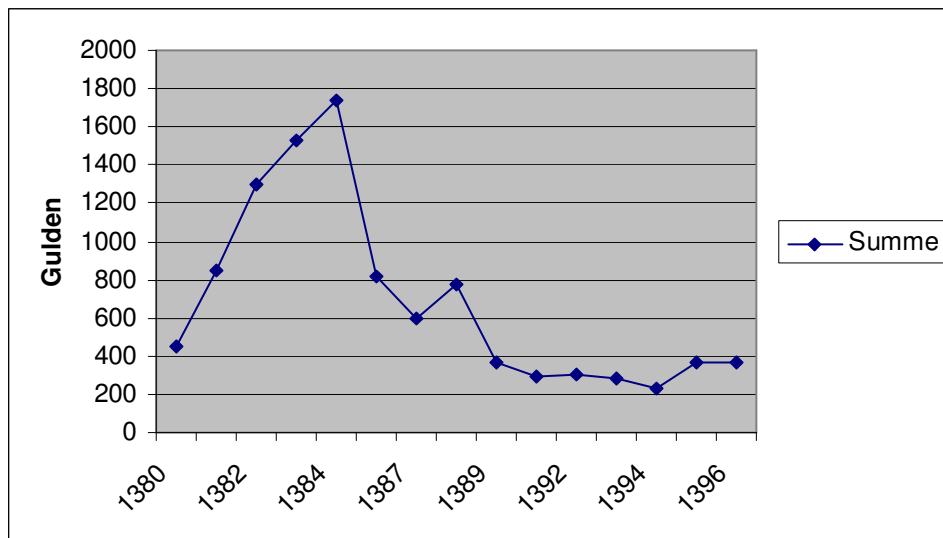
¹²⁹⁷ Siehe Augsburg, Esslingen, Frankfurt, Köln, Nürnberg.

¹²⁹⁸ Siehe Tabelle im Anhang.

¹²⁹⁹ Mütschele, Juden in Augsburg. S. 238/39.

Die Analyse der **Nürnberg** Verhältnisse ergibt, dass der Rat im Rahmen der Schuldentilgungsaktionen und ihren Auswirkungen eine andere Politik betrieben hatte. Der Verlauf der Kurve in Diagramm III zeigt zwei deutliche Einschnitte. Von 1385 auf 1387 gingen die Abgaben der Juden um einen Drittel zurück, und nur drei Jahre später, von 1389 auf 1391, ist erneut ein Rückgang um mindestens die Hälfte feststellbar.¹³⁰⁰ Der Verlust der Einnahmen geht gemäss dem ersten Judenzinsbuch nicht auf weniger Steuerzahler, sondern auf die abgesunkenen Steuerbeträge bereits ansässiger Haushaltungen zurück.¹³⁰¹ Allerdings fand ein gewisser Wechsel an Familien statt und man kann sagen, dass die durchschnittlichen Steuerbeträge der Neuzuzüger den gesunkenen Durchschnittsbeträgen der ansässigen Familien entsprachen.¹³⁰²

Diagramm III: Steuerabgaben der Juden in Nürnberg



Auch in **Frankfurt** bewirkte die Schuldentilgung von 1390 ein starkes Absinken der Einnahmen aus den jüdischen Steuerzahlungen.¹³⁰³ Hatte die Frankfurter Gemeinde 1385 das Glück, noch nicht von der Schuldentilgung betroffen zu sein, wendete sich fünf Jahre später das Blatt

¹³⁰⁰ Betrug die Einnahmen von der jüdischen Gemeinde 1384 1736 Gulden, waren es zehn Jahre später nur noch 282 Gulden.

¹³⁰¹ Für die sinkenden Abgabebeträge der einzelnen jüdischen Steuerzahler waren vorwiegend die grossen finanziellen Verluste, die die jüdischen Geldleiher im Rahmen der ersten und zweiten Judenschuldentilgung hatten hinnehmen müssen, verantwortlich.

¹³⁰² 1390 waren noch 17 der 34 Juden in Nürnberg, deren Ausstände 1385 beschlagnahmt worden waren. Michael Toch, "Der jüdische Geldhandel in der Wirtschaft des deutschen Spätmittelalters: Nürnberg 1350-1499," *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 117 (1981): 283-310. S. 299. Eine Liste der 34 Geldleiher von 1385. Ebd., S. 286.

¹³⁰³ Siehe Diagramm II, S. 285.

und sie wurde in die zweite Wenzelsche Judenschuldentilgung miteinbezogen. Daraus resultierte, dass die Summe der Abgaben bei gleichbleibender (1393 - 1395) oder sogar steigender Haushaltszahl (1398 - 1400) stark absank. Von 1392 auf 1393 halbierten sich die städtischen Einnahmen aus der Judensteuer und sanken in den folgenden drei Jahren auf beinahe einen Drittel. Gleichzeitig nahm die Zahl jüdischer Steuerzahler beträchtlich ab. Wie in Augsburg und Nürnberg ging der Rückgang der Jahresabgaben nicht nur auf eine kleiner jüdische Gemeinde, sondern auch auf tiefere Steuerbeträge der einzelnen Haushalte zurück.

Verschiedene Städte reagierten auf die verstärkte Abwanderung und die Einnahmeneinbusse, indem sie vermehrt jüdische Geldleiher aufnahmen, die im Durchschnitt allerdings tiefere Steuerbeträge entrichteten als ihre Vorgänger vor der Schuldentilgung. In **Frankfurt** zeigt sich dieser Umstand in dem unterschiedlichen Verlauf der Summen-, Durchschnitts- und der Haushaltungskurve ab Mitte der 1380er Jahre.¹³⁰⁴ Letztere führt tendenziell nach oben, während die Summen- und Durchschnittskurve stark abfallen. In **Köln** verhält sich die Situation ähnlich. Die abrupt veränderte Aufnahme- und Abgabepolitik der Stadt spiegelt sich in einer nach 1387 stark ansteigenden Haushaltungskurve und einer stark abfallende Mittelwertkurve wider. Im Gegensatz zu Frankfurt vergrösserte Köln seine jüdische Gemeinde aber in einem Masse, dass die Stadt trotz Schuldentilgung keine Einbussen hinnehmen musste.¹³⁰⁵

Es gab aber auch die gegenteilige Situation. Beispielsweise reagierte der **Esslinger** Rat mit einer Steuererhöhung auf die Entwicklungen der zweiten Hälfte der 1380er Jahre und die verbliebenen Juden entrichteten ab den 1390er Jahren einen höheren Steuerbetrag als vor den Schuldentilgungen, wobei auch die Neuzugezogenen Abgaben in beträchtlicher Höhe leisteten.¹³⁰⁶

9.1.3.2 Entwicklung der Abgaben im 15. Jahrhundert

Die Entwicklung in den berücksichtigten Städten ist im 15. Jahrhundert geprägt von Schwankungen der Höhe der Abgaben und der Grösse der jüdischen Gemeinde. Diese Schwankungen sind von Stadt zu Stadt verschieden und es lässt sich zu keinem Zeitpunkt eine parallel verlaufende Entwicklungsphase nachweisen. Primär gingen die Veränderungen auf lokale innen- oder aussenpolitischen Ereignisse, eine sich wandelnde Aufnahme- und Fiskal-

¹³⁰⁴ Diagramm II, S. 285 und Diagramme 3 + 4 im Anhang.

¹³⁰⁵ Tabelle 6 im Anhang. Bei den neuen Steuerzahlern handelt es sich zu einem grösseren Teil um die Söhne von Kölner Geldleihern. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 177.

politik des Rates sowie ein zunehmend judenfeindliches Klima auf lokaler oder regionaler Ebene zurück. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass sich innerhalb einer jüdischen Gemeinde eine gewisse Dynamik entwickeln konnte, die sich auf die Zusammensetzung auswirkte. Trotz all dieser Differenzen in der Entwicklung der jüdischen Gemeinden lassen sich in gewissen Städten Parallelen in der Ratspolitik entdecken. Im Folgenden soll die Entwicklung der jüdischen Gemeinden im 15. Jahrhundert in drei Phasen unterteilt besprochen werden. Erstens soll die Reaktion der Stadtobrigkeit auf die Mindereinnahmen nach den Schuldentilgungen untersucht werden. In einem zweiten Schritt soll die Entwicklung in den darauffolgenden Jahrzehnten verglichen werden und in einem letzten Teil soll analysiert werden, wie sich die Abgaben der jüdischen Gemeinden gegen Ende der Gemeinden entwickelten.

In den ersten zwei Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts lässt sich in **Zürich** und **Frankfurt** im Vergleich zum 14. Jahrhundert eine rigidiere Steuerpolitik feststellen. Einerseits wurden mit steigenden Steuerbeträgen die Einnahmen erhöht, andererseits fand eine Verkleinerung der jüdischen Gemeinde statt.¹³⁰⁷

Abweichend verlief die Entwicklung in **Köln** und **Augsburg**, die in ihrer Aufnahme- und Fiskalpolitik Parallelen aufweisen. In beiden Städten war die jährliche Abgabensumme im dokumentierten Zeitraum in etwa gleich hoch, obwohl parallel dazu eine Vergrösserung der jüdischen Gemeinde stattfand. Der Obrigkeit beider Städte scheint daran gelegen gewesen zu sein, trotz sinkender Finanzkraft der einzelnen Steuerzahler neben der Wirtschaftskraft auch das Einnahmenniveau zu halten. Insbesondere in Köln lässt sich diese Absicht im Zusammenhang mit einem Konflikt zwischen Stadt und Erzbischof belegen. 1419/20 forderte letzterer von der jüdischen Gemeinde 25'000 Gulden, was auch für eine relativ grosse und reiche Gemeinde eine enorme finanzielle Belastung gewesen sein muss; die durchschnittliche Belastung für die einzelnen Haushalte lag bei 1000 Gulden. Aus diesem Grund war die Stadt daran interessiert, den Betrag auf mehrere Familien verteilen zu können. Bei der Neuaufnahme von Juden stand also nicht deren Tätigkeit als Geldleiher sondern deren Steuerkraft im Vordergrund.

In einer weiteren Variante präsentiert sich die Entwicklung in **Nördlingen** und **Schaffhausen**. In beiden Städten fehlte nach den Schuldentilgungen die Kontinuität der jüdischen Gemeinden und Anfang des 15. Jahrhunderts stand der Aufbau einer neuen Gemeinde im Vor-

¹³⁰⁶ StA E, SB 1391, fol. 10v; SB 1392, fol. 11r..

¹³⁰⁷ Detailliertere Ausführungen siehe unten.

dergrund. Trotz dieser anfänglichen Gemeinsamkeit lässt sich anhand dieser zwei Städtebeispiele sehr schön aufzeigen, dass innen- und aussenpolitische Faktoren einen ausschlaggebenden Einfluss auf die obrigkeitliche Politik haben konnten und somit die Entwicklung in unterschiedliche Richtungen verlief. Die Abgabentwicklung in Nördlingen zeichnete sich in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts durch einige Schwankungen aus, die auf Änderungen in der Steuerpolitik der Ratsobrigkeit zurückgingen. 1415 beispielsweise führte eine Steuererhöhung zu beträchtlichen Mehreinnahmen. In diesem Zeitraum lässt sich also eine Parallelentwicklung zu Frankfurt und Zürich feststellen. Wie in Frankfurt schrumpfte die Gemeinde in den folgenden Jahren auf nur zwei bis drei Steuerzahlende. Nach einem mehrjährigen Unterbruch erholte sich die Gemeinde in den 1430er Jahren zahlenmässig, was sich in entsprechend hohen jährlichen Einnahmen der Stadt zeigte. Sehr stark von den lokalen Umständen war die Situation der jüdischen Gemeinde in **Schaffhausen** geprägt. Im zweiten Jahrzehnt verloren die Herzöge von Österreich ihre Rechte an der Stadt, die erneut direkt dem Reich unterstand.¹³⁰⁸ Im Rahmen dieser Änderungen ging der Judenschutz vom ehemaligen Stadtherrn an die Stadtobergkeit über, deren Besteuerungsmöglichkeiten sich entsprechend erweiterten. Entsprechend viel höher fielen die jährlichen Abgaben im 15. Jahrhundert im Vergleich zu den 1390er Jahren aus. Die Zeit von 1420 bis 1444 zeichnet sich auf den ersten Blick durch eine stabile städtische Abgabenpolitik aus. Vor dem Hintergrund der enormen Summe von 20'000 Gulden, die 1430 von den Konstanzer Juden gefordert wurde und an deren Zahlung sich auch die Schaffhauser Juden beteiligten, sieht die Situation für die jüdischen Steuerzahler anders aus. Aufgrund der durch die Sonderabgaben beträchtlich verminderten Vermögen wirkten sich die gleichbleibenden Steuerbeträge wie eine Steuererhöhung aus und führten in den 1430er Jahren bis zur Vertreibung von 1444 verschiedentlich zu beträchtlichen Liquiditätsproblemen.¹³⁰⁹ Ähnlich präsentiert sich die Situation in **Konstanz**. Die Gefangensetzung der Juden von 1430, die daraus resultierenden Geschäftsverluste sowie die Forderung einer Abgabe von 20'000 Gulden reduzierten die Steuerkraft einzelner jüdischer Geldleiher in beträchtlichem Masse. Die Folgen zeigten sich 1434 in vergleichsweise tiefen Abgabebeträgen. Allerdings verlief die Entwicklung der jüdischen Gemeinde bis zur Ausweisung der Juden in den 1440er Jahren in Konstanz ganz anders als in Schaffhausen. Aufgrund einer progressiven Aufnahmepolitik wuchs die Konstanzer Gemeinde in den 1430er Jahren relativ schnell auf bis zu 12 Steuerzahler an. Entsprechend höher fielen auch die Einnahmen der Stadt aus. Vergleichbar war die Situation der Nördlinger Gemeinde in den zwei Jahrzehnten vor ihrer Ausweisung in

¹³⁰⁸ Siehe oben Kapitel 6.2.

den 1450er Jahren. Wie in Augsburg, Frankfurt und Köln verzeichneten Nördlingen und Konstanz bis zum Zeitpunkt ihrer Vertreibung mindestens gleichbleibend hohe oder sogar tendenziell steigende Einnahmen aus den Abgaben der jüdischen Gemeinden. Die These, dass zurückgehende Einnahmen die Städte veranlasst hätten, die Juden auszuweisen, lässt sich daher für diese Städte verwerfen. Warum beispielsweise im Schaffhausen der 1430er Jahre nicht der Weg gewählt wurde, zusätzlich steuerzahlende Juden aufzunehmen, ist schwer nachzuvollziehen. Einerseits kann es im Interesse der Stadt gelegen haben, die jüdische Gemeinde nicht vergrößern zu wollen, andererseits kann die Initiative auch von jüdischer Seite ausgegangen sein, um zusätzliche Konkurrenz zu vermeiden.

Die oben beschriebene Entwicklung, die in einigen Städten in eine vorübergehende Vertreibung der jüdischen Gemeinde mündete, bezieht sich auf die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts. Im Folgenden steht die obrigkeitliche Politik im Fokus der Betrachtung. Es soll untersucht werden, wie sie sich in den folgenden Jahrzehnten vor dem Hintergrund eines zunehmend judenfeindlichen Klimas entwickelte. Bei der Wiederaufnahme vereinbarten die Städte im Durchschnitt höhere Beträge mit den einzelnen jüdischen Steuerzahlern und hatten jährlich höher Einnahmen von den jüdischen Gemeinden zu verzeichnen. Sehr ausgeprägt war der Unterschied in **Schaffhausen**. Betrug die jährlichen Einnahmen in den 1430er Jahren knapp 100 Gulden so waren es in den 1460er Jahren mehrere hundert Gulden. Auch in **Nördlingen** entrichtete anfangs der 1460er Jahre eine kleinere jüdische Gemeinde einen höheren jährlichen Abgabebetrag. Nach einem Tiefstand um 1475 in Verbindung mit Vertreibungsabsichten des Rates bewirkte eine progressivere Aufnahmepolitik ab 1484 ein erneutes Ansteigen der Einnahmen. Von den Vertreibungsbestrebungen, die 1489 erneut akut wurden, erholte sich die Nördlinger Gemeinde nicht mehr. Sowohl die nach 1489 verbliebenen Juden als auch die neu aufgenommenen verfügten nicht mehr über ausreichende finanzielle Mittel, damit die städtischen Einnahmen wieder auf das Niveau der früheren Jahre gehoben werden konnten.¹³¹⁰ Eine vergleichbare Entwicklung ist in **Rothenburg** zu beobachten. Die Summenkurve ist durch eine Wellenbewegung geprägt und fällt nach einem letzten Höhepunkt in den 1490er Jahren ab um bis zum Ende der jüdischen Gemeinde auf einem tiefen Niveau zu bleiben.¹³¹¹

¹³⁰⁹ Siehe oben Kapitel 5.4.4.3.

¹³¹⁰ Tabelle 22 im Anhang.

¹³¹¹ Diagramm 8 im Anhang.

9.1.4 Die Entwicklung der individuell festgelegten Steuerzahlungen

9.1.4.1 Entwicklung in der zweiten Hälfte 14. Jahrhundert

Um der Frage nach der Höhe der Abgaben einzelner Steuerzahler nachzugehen, können Angaben aus sechs Städten verglichen werden: Basel, Esslingen, Frankfurt, Köln, Nürnberg und Zürich. Für Basel ist der Zeitraum von 1362 bis 1373 dokumentiert¹³¹², für Esslingen die Jahre zwischen 1377 bis 1389¹³¹³, für Frankfurt die 40 Jahre von 1360 bis 1400¹³¹⁴, für Köln die Jahre von 1373 bis 1392¹³¹⁵, für Nürnberg die Zeit der 1380er und 1390er Jahre¹³¹⁶ und in Zürich die Zeit ab 1377¹³¹⁷. Allerdings sind für die letzten zwei Städte und Basel keine Steuerlisten überliefert, sondern nur die Aufnahmeeinträge oder im Falle von Zürich die Schutzbriefe einsehbar.

Vergleicht man die maximalen und die minimalen Beträge sowie Mittel- und Durchschnittswerte der einzelnen Städte miteinander, dann ist nicht überraschend, dass in Nürnberg die höchsten jährlichen Steuerleistungen erbracht wurden. 1382 entrichtete Sanwel von Basel 220 Gulden an jährlicher Steuer und 1381 betrugen der Durchschnitts- und Mittelwert stolze 50 bzw. 53 Gulden, Beträge die in kleineren Städten nicht einmal von den Maximalwerten er-

¹³¹² Angaben zu den jährlichen Abgaben der Juden sind einerseits im Leistungsbuch, andererseits in den städtischen Rechnungsbüchern enthalten. Im Leistungsbuch wurden auf fol. 136 - 139 die Neuaufnahme von Juden in Basel oder die Verlängerung ihres Aufenthaltsrechts zwischen 1362 und 1373 eingetragen. Zusätzlich zu den Angaben zu Aufnahmedatum, Namen, Herkunft des Betreffenden und Grösse seines Haushalts enthalten die Einträge auch Informationen zur Höhe der Jahresabgaben. Die städtischen Rechnungsbücher verzeichnen, wie bereits erwähnt, die jährlichen Abgabensummen der gesamten jüdischen Gemeinde. StA Basel, Ratsbücher A2, Leistungsbuch I, 1357-1389, fol. 136-139. Bernhard Harms, ed., Der Stadthaushalt Basels im ausgehenden Mittelalter: Erste Abteilung: Die Jahresrechnungen 1360-1535, Bd. 1: Die Einnahmen, Quellen und Studien zur Basler Finanzgeschichte.

¹³¹³ StA E, Steuerbücher 1378-1389.

¹³¹⁴ 1944 wurde ein Grossteil der mittelalterlichen Quellen Frankfurts zerstört. Ein Teil der Informationen aus den verlorenen Quellen ist im 1914 publizierten Urkundenbuch von Isidor Kracauer überliefert. Es enthält unter anderem Angaben zu den jüdischen Steuerzahlungen aus den Rechnungsbüchern. Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt.

¹³¹⁵ Die Stadtrechnungen enthalten eine Rubrik „*von dem Juden schosse*“, in der die Steuerabgaben der einzelnen Juden verzeichnet sind. In den Jahren 1375 bis 1384 legen die tiefen Jahresbeträge die Vermutung nahe, dass sie nicht den tatsächlich geleisteten Abgaben entsprechen können. Die Unvollständigkeit liegt darin begründet, dass in dieser zehnjährigen Zeitperiode ein Grossteil der Steuerabgaben direkt verrechnet wurde. Verschiedene jüdische Geldleiher hatten der Stadt Darlehen gewährt, und die Stadtobrigkeit zog in einigen Fällen die Steuerbeträge direkt von den Schulden ab, ohne die somit bezahlten Steuern ins Rechnungsbuch einzutragen. Zieht man die Einträge zu den Darlehen bei, können die Steuerlisten ergänzt werden. Knipping, ed., Stadtrechnungen 1.

¹³¹⁶ Stern, Bevölkerung. S. 25ff.

¹³¹⁷ In Zürich ist ein Papierheft überliefert, das Abschriften, teilweise nur Auszüge, von Bürgerbriefen, die an Juden im Zeitraum von 1377 bis 1419 erteilt wurden, enthält. StA Zürich, C I Stadt und Land Nr. 292. Steuerlisten sind für das 14. Jahrhundert keine überliefert.

reicht wurden.¹³¹⁸ Nur noch die Gemeinde von **Köln** ist in der Höhe der Steuerbeträge wenigstens teilweise vergleichbar mit den Verhältnissen in **Nürnberg**.¹³¹⁹ Eine Stufe unter Köln und Nürnberg liegt die Gemeinde von Frankfurt, deren Mitglieder im Durchschnitt zwischen 10 und 35 Gulden entrichteten. Erwähnenswert ist, dass bis 1392 nur ein bis zwei Steuerbeträge pro Jahr unter der 20 Gulden Marke lagen.¹³²⁰ Vergleichbar sind die Werte in den Städten Zürich und Esslingen,¹³²¹ zwei in etwa gleich grosse Reichsstädte mit vergleichbar grossen jüdischen Gemeinden.

Im Folgenden soll nun untersucht werden, inwieweit einzelne jüdische Steuerzahler oder die ganze Gemeinde mit Steuererhöhungen konfrontiert wurden und inwieweit die Steuerpolitik zwischen den verschiedenen Städten vergleichbar war.

Vergleicht man die Steuerbeträge einzelner Juden in den verschiedenen Städten, zeigt sich für die einzelnen Haushaltungen eine erstaunliche Stabilität über längere Zeiträume hinweg. Nur in einzelnen Fällen ist eine Steuererhöhung oder eine Ermässigung zu verzeichnen. In der Regel fehlen Informationen darüber, warum es zu einer Veränderung des Steuerbetrags kam. In einigen Fällen ist sie aber auf die Vergrösserung oder Verkleinerung des Haushalts oder eine Erbschaft zurückzuführen.¹³²² Häufiger lassen sich Steuererhöhungen feststellen, die mehrere Steuerzahler oder die ganze Gemeinde betrafen. In **Frankfurt** beispielsweise wurden 1382/83 die Jahresabgaben der meisten jüdischen Steuerzahler angehoben. Interessanterweise setzte die Stadt diese Steuererhöhung zu einem Zeitpunkt fest, als die jüdische Gemeinde hohe Sonderzahlungen leistete und von jüdischen Delinquenten drei überdurchschnittlich hohe Bussgelder gefordert wurden. Weiter fällt auf, dass die Frankfurter Ratsobrigkeit 1381 fünf und zwei Jahre später bereits sieben neue jüdische Haushaltungen aufgenommen hatte. Erst zehn Jahre später, nach der zweiten Judenschuldentilgung, lässt sich erneut eine intensiverte Aufnahmepolitik beobachten. In beiden Fällen dürfte eine Erhöhung des finanziellen Potenzials auf dem Darlehensmarkt sowie ein Anheben der städtischen Einnahmen im Vordergrund

¹³¹⁸ Stern, Bevölkerung. S. 25f.

¹³¹⁹ Im Vergleich mit Köln muss allerdings angemerkt werden, dass die Hälfte der Abgaben an den Erzbischof entrichtet werden mussten. Schmandt weist darauf hin, dass in den städtischen Aufnahmeregistern verschiedentlich vermerkt wird, dass einzelne Juden die Zahlung nur an die Stadt entrichteten. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 179. In Nürnberg wurde zwischen 1370 und 1385 von den Einnahmen 400 Gulden, ab 1390 die Hälfte der Steuerzahlungen ans Reich überwiesen.

¹³²⁰ Siehe Tabellen 3 + 4 im Anhang.

¹³²¹ Siehe Tabellen 12 + 15.

¹³²² Eine Verkleinerung des Haushalts bedingte nicht immer eine entsprechende Verringerung der Steuerverpflichtung. In Köln beispielsweise hatte die Halbierung des Haushalts nicht eine Reduzierung des Steuerbetrags um die Hälfte zur Folge. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 178.

gestanden haben. Die Steuererhöhung von 1382/83 fiel demnach in eine Zeit, in der das fiskalische Interesse der Stadt an der jüdischen Gemeinde überdurchschnittlich hoch war. Auch in Köln ist für die Zeit zwischen 1372 und 1392 eine Steuererhöhung zu beobachten. 1385 zahlten fünf von neun Steuerzahlern einen höheren Betrag als 1384. Die Erhöhungen betrugen 5, 15 oder 25 Gulden.

Für den Zeitraum von 1362 bis 1373 lassen sich in **Basel** einige Fälle von einzelnen Steuererhöhungen feststellen.¹³²³ Ein Beispiel ist Eberlin von Colmar der 1365 20 Gulden anstelle von 12 Gulden entrichtete. Diese Erhöhung lässt sich auf eine Vergrößerung seines Haushaltes zurückführen. Im Eintrag von 1365 wird neben seinem Namen noch der Name seines Sohnes Mathis von Colmar aufgeführt. Das zweite Beispiel ist Serl von Altkilch. Ihm wurden seine Steuern in zwei Schritten von 8 auf 20 Gulden erhöht. Die zweite Steuererhöhung von 8 Gulden ist darauf zurückzuführen, dass Serl wieder geheiratet hat und dementsprechend ein grösseres Vermögen zu versteuern hatte. Der Steuerbetrag der Jutin von Nyuns verdoppelte sich von 5 Gulden 1366 auf 10 Gulden, die sie 1370 entrichten musste. Im Zeitraum von 1386 bis 1397 scheint die städtische Fiskalpolitik darauf gezielt zu haben, das wirtschaftliche Potenzial und dadurch auch die Einnahmen zu erhöhen. Den Einträgen in den Rechnungsbüchern kann man entnehmen, dass die Jahresbeträge im Laufe der zehn Jahre von um die 100 Pfund auf über 200 Pfund anstiegen. Verfolgt man die Entwicklung der überlieferten Einzelbeträge, dann ging die Erhöhung von 100 auf 200 Pfund nicht auf eine Vergrößerung der Gemeinde, sondern auf eine Erhöhung der individuellen Jahressteuerbeträge zurück. Ein interessantes Beispiel ist Hagkman, der dreimal als Steuerzahler aufgeführt wird; 1386 bezahlte er 10 Gulden, 1388/89 15 Gulden und 1394/95 bereits 30 Gulden.¹³²⁴

Für die jüdische Gemeinde in **Zürich** ist es aufgrund der Quellenlage nicht mehr allgemein abzuklären, inwieweit Steuererhöhungen zur städtischen Fiskalpolitik gehörten. In der überlieferten Schutzbriefsammlung lassen sich aber für drei jüdische Steuerzahler eine zum Teil mehrmalige Steuererhöhung nachweisen.¹³²⁵ Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Steuererhöhungen einen allgemeinen Trend der städtischen Fiskalpolitik repräsentieren. Naheliegender ist die Erklärung, dass nur die Juden mehrmals in der Schutzbriefsammlung verzeichnet sind, deren Steuerbeträge erhöht wurden.

¹³²³ Tabelle 14 im Anhang.

¹³²⁴ Harms, ed., Jahresrechnungen 1.

¹³²⁵ Siehe Tabelle 11 im Anhang.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass es in den einzelnen Städten verschiedentlich zu Steuererhöhungen kam. Keine jüdische Gemeinde wurde aber mit regelmässigen Steuererhöhungen als festem Bestandteil der städtischen Fiskalpolitik konfrontiert. Häufiger können Steuererhöhungen bei einzelnen Haushaltsvorständen konstatiert werden. In der Regel handelt es sich dabei um eine Anpassung an eine Vergrösserung des Haushalts oder des Vermögens durch Erbschaft.

9.1.4.2 Entwicklung im 15. Jahrhundert

Die Folgen der Schuldentilgungen zeigten sich auch anfangs des 15. Jahrhunderts in den vergleichbar tiefen Steuerbeträgen der Juden. Einige Städte änderten in den ersten zwei Jahrzehnten allerdings ihre Aufnahme- und Fiskalpolitik. Es ist ein Trend zu beobachten, vermehrt finanziell potente Geldleiher aufzunehmen sowie die Steuerbeträge bereits ansässiger Juden anzuheben.¹³²⁶ In Frankfurt und Zürich ging eine Erhöhung der Steuerzahlungen der einzelnen Haushalte mit der Verkleinerung der jüdischen Gemeinde einher. Die Zürcher jüdische Gemeinde halbierte sich im Zeitraum von 1400 bis 1420 und in **Frankfurt** waren 1417 nur noch zwei jüdische Familien ansässig. Die Entwicklung der Frankfurter jüdischen Gemeinde in den ersten 24 Jahren des 15. Jahrhunderts lässt sich in zwei Abschnitte gliedern.¹³²⁷ In den ersten zwölf Jahren zeichnete sich die jüdische Gemeinde durch ihre Grösse aus.¹³²⁸ Trotz zwanzig oder mehr Steuerzahlern wurde auf der finanziellen Seite die Dreihundert-Gulden-Grenze kaum überschritten. Wie im letzten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts kämpften die jüdischen Geldleiher mit den Folgen der Judenschuldentilgung. Der Rat wiederholte allerdings seine steuerpolitischen Fehler aus den 1380er Jahren. Mit der Absicht, weniger, aber stattdessen reichere Juden in Frankfurt anzusiedeln, verfolgte er eine rigide Steuerpolitik, die dazu führte, dass 1416 gerade noch drei jüdische Haushaltungen in Frankfurt ausharrten.¹³²⁹ Zusätzlich zu einer zweimaligen Steuererhöhung, 1412 beinahe auf das Dreifache¹³³⁰, verlangte der Frankfurter Rat von der jüdischen Gemeinde 1407 688 Gulden für die Verlängerung der

¹³²⁶ Z.B. in Nürnberg. Stern, Bevölkerung. S. 45ff.

¹³²⁷ Siehe Diagramm 5 im Anhang.

¹³²⁸ 1412 erreichte die jüdische Gemeinde mit ca. 27 Haushaltungen ihre grösste zahlenmässige Stärke.

¹³²⁹ Dass ein Grossteil der Juden aus Frankfurt abzogen, dürfte auch mit den ausserordentlichen Forderungen des Reichs an die jüdische Gemeinde zusammenhängen.

¹³³⁰ Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1. Nr. 99.

Stättigkeit.¹³³¹ Die finanziellen Beschwerden durch den Rat vor dem Hintergrund der Forderungen namens des Reichs und des Bischofs, veranlassten Konrad von Weinsberg, den Reichserbkämmerer, zu einem Schreiben an den Rat. Es sei ihm *"für brocht"* worden, dass sie zu den Juden *"hert"* seien und sie so *"also anhaltet"*, *"daz sy die lenge nycht bey euch beliben mo(e)gen"*. Besorgt um die Reichseinnahmen fordert er den Rat auf, seine Fiskalpolitik zu überdenken und die *"judischeit"* wie von *"alters herkomen"* zu behandeln, um die Kontinuität der jüdischen Gemeinde nicht zu gefährden.¹³³² Im Vergleich mit dem Zeitabschnitt 1360-1400 verläuft sowohl die Haushalts- als auch die Summenkurve zwischen 1424 und 1486 weit unregelmässiger.¹³³³ In den ersten 25 Jahren bis zur Mitte des Jahrhunderts ist ein allgemeiner Abwärtstrend zu beobachten, wobei beide Kurven wiederholt beträchtliche Ausschläge nach oben und nach unten verzeichnen. Ende der 1430er Jahre kam es schliesslich in Bezug auf die Grösse der jüdischen Gemeinde und die Höhe der Abgabensumme zu einem Einbruch. Inwieweit der Rückgang der Anzahl Haushaltungen ab 1438 mit der zunehmenden Judenfeindlichkeit in den 1430er und 1440er Jahren zusammenhing, ist rückwirkend schwer feststellbar. Zwischen 1450 und 1451 verdoppelte sich der Abgabebetrag beinahe aufgrund einer Steuererhöhung, die im Einzelfall bis zu 50% betrug. Da es 1463 erneut zu einer massiven Steuererhöhung kam, konnte auch ab den 1460er bis 1480er Jahren das hohe Niveau der städtischen Einnahmen beibehalten werden.¹³³⁴ Die Erhöhung der Abgaben wiegt noch schwerer, wenn man sie vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden Geschäftslage betrachtet. In der folgenden Tabelle soll anhand des Durchschnitts- und des Mittelwertes sowie der Verteilung der einzelnen Beträge auf die verschiedenen Kategorien ein repräsentatives Bild der Streuung der gezahlten Steuerbeträge im Zeitraum von 1425-1486 vermittelt werden.

¹³³¹ 1407 entrichtet die jüdische Gemeinde 688 Gulden als Geschenk an den Rat für die Verlängerung der Stättigkeit. Ibid. Bd. 1. Nr. 55.

¹³³² StA FA, Ugb E 49 FFF.

¹³³³ Diagramme 5 + 6 im Anhang.

¹³³⁴ Eine Ausnahme bildet das Jahr 1461. Die Tatsache, dass sich die Gemeinde im folgenden Jahr erholte, macht es wahrscheinlich, dass das zahlenmässige Tief auf eine administrative Ungenauigkeit, vielleicht infolge der Umsiedlung, zurückgeht.

Tabelle IV: Die Höhe der individuellen Steuerbeträge der Juden in Frankfurt, 1425-1486

Jahr	1425	1430	1435	1440	1445	1450	1455
Gesamtsumme in fl	297	335	337.5	227	377.5	282	730
Durchschnitt in fl	37	33.5	28	32	47	35	81
Mittelwert in fl		40	25/30	25	50	35/50	50/65
Anzahl Steuerzahler	8	10	12	7	8	8	12
bis 10 fl							
11 bis 20 fl		2	1	3		1	1
21 bis 40 fl		4	8	7	3	3	3
41 bis 60 fl		4	3	3	4	3	2
über 60 fl					1	1	6

Jahr	1461	1465	1470	1475	1481	1485
Gesamtsumme in fl	215	579	572	418	407	550
Durchschnitt in fl	43	45	44	38	45	46
Mittelwert in fl	40	50	31	35	50	40
Anzahl	5	13	13	11	9	12
bis 10 fl		1	1	1		
11 bis 20 fl		3	4	1		1
21 bis 40 fl	3	2	1	4	4	6
41 bis 60 fl	1	3	3	5	3	4
über 60 fl	1	4	3		2	1

Die Steuerbeträge der einzelnen Familien liegen zwischen 12 und 112 Gulden und suggerieren eine breite Streuung. Das Verhältnis zwischen Mittel- und Durchschnittswert und die Verteilung der Steuerbeträge auf die fünf Kategorien vermitteln allerdings ein anderes Bild. Der Mittel- und der Durchschnittswert - mit der Ausnahme von 1470 - liegen sehr nahe beisammen. Daraus kann geschlossen werden, dass wenige Werte in den Randkategorien liegen. Dementsprechend verteilt sich ein Grossteil der Steuerbeträge auf den Bereich zwischen 20 und 60 Gulden. Auffallend im Vergleich mit anderen Städten ist, dass bis 1465 keine Beträge unter 11 Gulden bezahlt wurden und der Durchschnittswert relativ hoch ausfällt. Trotz ständiger kleineren Schwankungen in der Verteilung auf die verschiedenen Kategorien kam es nie zu einer signifikanten Änderung, und man kann sagen, dass über die sechzig berücksichtigten Jahre eine gewisse Kontinuität vorherrschte.

Verfolgt man die Höhe der Jahresabgaben einer einzelnen Haushaltung über einen längeren Zeitraum, so zeigt sich, dass sie in der Regel erstaunlich stabil ist.¹³³⁵ Signifikante Erhöhungen gehen in der Regel auf eine Vergrösserung des Haushalts zurück. Allerdings muss man die Abgabe im Verhältnis der Verdienstmöglichkeiten des jeweiligen Steuerzahlers sehen. In einer Beschwerdeschrift an den Rat beklagten sich die Frankfurter Juden über eine verschlechterte Rechtslage und einen stärkeren Rückgang ihrer Geschäfte.¹³³⁶ Zieht man diese Beschwerdepunkte in Betracht, dann wird die Kontinuität relativiert. Ein gleichbleibender Steuerbetrag konnte bei rückläufigem Geschäftsgang für den Steuerzahler eine indirekte Erhöhung der Abgabe bedeuten.

Im Gegensatz zu den Rechnungsbüchern erlauben die Stättigkeitslisten einen genaueren Einblick in die Zusammensetzung und Grösse der jüdischen Haushalte. Diese genaueren Angaben zur Haushaltszusammensetzung belegen, dass in vielen Fällen eine Erhöhung des Abgabetrags auf die Vergrösserung des Haushalts zurückzuführen war. Meier und seine Frau beispielsweise wohnten ab 1441 bei der verwitweten Eva vom Buchsbaum, der Mutter von Meier. Ab diesem Zeitpunkt bezahlte Eva für alle gemeinsam 70 Gulden, anstelle der 55 Gulden, die sie zuvor alleine gesteuert hatte. Ein weiteres Beispiel ist Gottschalk von Kronberg, der bis im Jahre 1449 60 Gulden leistete. 1450 wurde ihm gestattet, Rose, seine Schwiegermutter, und Lewe, Enkel derselben, gegen einen Jahreszins von 40 Gulden in sein Haus aufzunehmen.¹³³⁷ Ab diesem Zeitpunkt entrichtete er 100, zwei Jahre später sogar 120 Gulden. Aus den Stättigkeitslisten lässt sich erkennen, dass in vielen Fällen mehrere Familienmitglieder, denen der Geldhandel erlaubt war, unter einem Dach wohnten und gemeinsam steuerten. 1452 entrichteten beispielsweise Liebmann, Sohn des Smohel von Augsburg, Myncke, seine Frau, Abraham und Frau Henna, sein Schwager und seine Schwester gemeinsam jährlich 74 Gulden an Steuern. Nach der Vereinbarung mit der Stadt durften dieselben in einem oder zwei Häusern zusammen wohnen und ein jeder für sich Geschäfte betreiben. Weiter durfte das Geld, das den drei Kindern Liebmanns gehörte, nicht ausgeliehen werden und Abraham wurde dazu verpflichtet, den vollen Stättigkeitszins zu zahlen, auch wenn er erst später in die Stadt ziehen sollte.¹³³⁸ Interessanterweise leisteten in den 1440er und 1450er Jahren verschie-

¹³³⁵ Ausser in den Jahren 1451 und 1462, als die Obrigkeit eine allgemeine Erhöhung beschloss. Siehe oben.

¹³³⁶ Andernacht, ed., Regesten. 2, Nr. 2322 (1487).

¹³³⁷ Ibid. 1, Nr. 917.

¹³³⁸ Ibid. Nr. 1011.

dene Haushaltungen einen Steuerbetrag unter 40 Gulden, obwohl in den Quellen wiederholt die Forderung des Rates auftauchte, nicht weniger als 40 oder 50 Gulden zu verlangen.¹³³⁹

Ab 1467 finden sich in den Stättigkeitslisten Angaben zur Höhe des Hauszinses; allerdings nur bei einem Teil der Haushaltungen. Die Hauszinsen lagen zwischen einem Viertel bis knapp der Hälfte des zu leistenden Gesamtjahresbetrags. Im Grossen und Ganzen hatten sich die Abgabebeträge ab 1463 nicht stark erhöht, was dafür sprechen würde, dass die Stadt die Hausmiete nicht als Mittel benutzte, um mehr Gewinn zu machen. Andererseits dürfte die Steuererhöhung von 1463 wenigstens partiell auf die Hausmiete zurückzuführen sein.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Frankfurter Gemeinde im Verlauf des 15. Jahrhunderts zunehmend an Grösse und Finanzkraft verlor und mehrmals zum Teil mit massiven Steuererhöhungen konfrontiert wurde.

Für **Zürich** weist die Entwicklung der Minimum-, Maximum- und Durchschnittswerte innerhalb der ersten zwanzig Jahre des 15. Jahrhunderts darauf hin, dass sich der Trend zur Steuererhöhung fortsetzte;¹³⁴⁰ einerseits ist der Maximalwert doppelt so hoch wie im vorangehenden Jahrhundert, andererseits lässt sich beim Minimum- und beim Durchschnittswert ein Anstieg beobachten. Wenigstens ein Teil der Erhöhung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die einzelnen Steuerbeträge des zweiten Jahrzehnts von einer grösseren Anzahl Erwachsener entrichtet wurde, was für den einzelnen keine Erhöhung der finanziellen Belastung bedeuten würde. Andererseits weist die Entwicklung der Darlehensbeträge darauf hin, dass das Geschäftsvolumen der jüdischen Geldleiher im Laufe der ersten zwei Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts deutlich zurückging.¹³⁴¹ Bei schlechterem Geschäftsgang gleiche oder sogar höhere Abgaben entrichten zu müssen, kam einer indirekten Steuererhöhung gleich. In Zürich führte die Ratspolitik 1423 zur vorübergehenden Vertreibung der Juden. 1424 wurden erneut einige Juden zum Teil zu sehr hohen jährlichen Steuerbeträgen aufgenommen.

In **Köln** sind die Jahresbeträge der jüdischen Gemeinde für den dokumentierten Zeitraum zwischen 1414 und 1424 erstaunlich stabil. Ihre Entwicklung weist allerdings im Ganzen ge-

¹³³⁹ Der Rat beschliesst, den Juden Stättigkeit für ein Jahr zuzusagen und keinen Juden unter 50 Gulden aufzunehmen. Ibid. 1, Nr. 614. Die zwei Stättigkeitslisten von 1441 und 1442 enthalten die folgenden drei Einträge: „*Salman, Evas Sohn, 40 Gulden.*“¹³³⁹ - „*Nathan, ebenfalls Sohn der Eva zum Buchsbaum, 30 Gulden ... Gottschalk von Kronberg 40 Gulden.*“ Wie im Bereich der Bussengebung zeigt sich auch anhand dieses Beispiels die Diskrepanz zwischen normativen Quellen und der praktischen Umsetzung dieser Bestimmungen. Andernacht, ed., Regesten. 1, S. 191, Nr. 697, 25. Juli 1442.

¹³⁴⁰ Siehe Tabelle 12 im Anhang.

¹³⁴¹ Vergleiche unten Kapitel 12.4.2.

sehen einen leichten Abwärtstrend auf. Der Vergleich mit den steigenden Haushaltszahlen und den sinkenden Mittel- und Durchschnittswerten zeigt, dass die individuellen Steuerbeträge kontinuierlich sanken.¹³⁴² Die Entwicklung, die sich anfangs der 1390er Jahre abzeichnete, setzte sich im 15. Jahrhundert fort. In den sinkenden Steuerbeträgen widerspiegelt sich die abnehmende Finanzkraft der jüdischen Geldleiher, die zusehends aus dem grösseren Geldgeschäft verdrängt wurden. Betrachtet man die Entwicklung der Anzahl Haushalte, so fällt die beachtliche Zunahme in den Jahren 1419/20 (von 26 auf 32) auf. Die veränderte Aufnahme- politik hing mit dem Konflikt zwischen der Stadt und dem Erzbischof zusammen und der erzbischöflichen Forderung an die jüdische Gemeinde von 25'000 Gulden. Aus diesem Grund war das Interesse gross, den Betrag auf mehrere Familien verteilen zu können. Da die Neuzuzüger relativ tiefe Steuerbeträge ablieferten, stellt sich die Frage, inwieweit sie überhaupt fähig waren, diese Sonderabgabe mitzutragen. Andererseits wurden vielleicht gerade im Zusammenhang mit der hohen Sonderabgabe die Steuerbeträge relativ tief angesetzt. Die finanziellen Konsequenzen dieser hohen Forderung von 25'000 Gulden zeigt sich unter anderem darin, dass die Abgabensumme nur dank einer grösseren Anzahl Steuerzahler auf dem Niveau der 1410er Jahre gehalten werden konnte.

Gleichbleibende Steuerbeträge lassen sich in **Schaffhausen** für den Zeitraum von 1420 bis 1443 feststellen. Auf dem Hintergrund der massiven finanziellen Belastung, die den Schaffhauser Juden aus der Mitfinanzierung der Befreiung der Konstanzer Juden 1430 erwuchs, sind die gleichbleibenden Steuerbeträge als Mehrbelastung zu sehen. In **Nördlingen** blieben die einzelnen Steuerbeträge in den ersten 25 Jahren in etwa auf demselben Niveau. Die zusätzliche Erhebung eines hohen Synagogenzinses wirkte sich allerdings für die einzelnen Steuerzahler wie eine massive Steuererhöhung aus. Diese finanzielle Belastung dürfte mit ein Grund für die zunehmende Abwanderung einzelner jüdischer Familien gewesen sein. Nach einem kurzen Unterbruch siedelten 1434 wieder jüdische Geldleiher in Nördlingen, die im Durchschnitt mit leicht tieferen Abgaben belastet wurden als die jüdischen Steuerzahler in den 1420er Jahren. In den folgenden zehn Jahren sind keine Steuererhöhungen noch -senkungen zu verzeichnen. Wenige Jahre nach der Vertreibung der Juden 1453 verzeichneten die Nördlinger Stadtrechnungen wieder Einnahmen von jüdischen Steuerzahlungen. Im Vergleich zu den Beträgen der 1440er Jahren wurden die Juden mit höheren regulären Abgaben belastet. Bereits zehn Jahre später, anfangs der 1470er Jahre sanken die Steuerbeträge wieder

¹³⁴² Siehe Tabelle 7 im Anhang.

auf das Niveau der 1440er Jahre und ab Mitte der 1490er Jahre bis zum Ende der Gemeinde fallen die Durchschnitts- und Mittelwerte in den einstelligen Bereich ab.¹³⁴³

Anders als in Nördlingen gibt es in **Frankfurt** und **Rothenburg** mehrere allgemeine Steuererhöhungen, von denen jeweils ein Grossteil der Gemeinde betroffen war. In Rothenburg wurden die Steuerzahler um 1444 und 1487 mit Erhöhungen konfrontiert, in Frankfurt 1441, 1451, 1462 und Ende 1470er/anfang 1480er Jahre. In beiden Städten können die Erhöhungen nicht mit dem Motiv der Vertreibung in Verbindung gebracht werden, wie beispielsweise in **Regensburg**, wo dem Regensburger Rat sowie dem steuerberechtigten Herzog Albrecht von Bayern eine übermässig hohe Besteuerung als wirkungsvolles Mittel, um die Vertreibung zu beschleunigen, betrachtet wurde.¹³⁴⁴ In Frankfurt und Rothenburg gingen die Erhöhungen mit Neuaufnahmen jüdischer Steuerzahler einher. Eine Auffälligkeit zeichnet die Fiskalpolitik **Rothenburgs** aus. Im Vergleich zu den anderen Städten unterlagen in dieser Stadt einzelne Steuerbeträge relativ häufigen Schwankungen, sowohl nach oben als auch nach unten. Es scheint, dass das Rothenburger Verwaltungssystem sensibler auf die veränderten Vermögensverhältnisse seiner jüdischen Steuerzahler reagierte. Vor dem Hintergrund der Ratspolitik, Juden nur auf ein Jahr befristet ins Bürgerrecht aufzunehmen sowie des stark ausdifferenzierten Verwaltungsschriftguts ist dies wenig erstaunlich.¹³⁴⁵

Abschliessend soll auf das Beispiel **Schaffhausen** in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts hingewiesen werden. Im Vergleich zu den Abgaben in der ersten Hälfte schnellten die Steuerbeträge der einzelnen Geldleiher in die Höhe und machten die Stadt zum teuersten Standort in der Region.¹³⁴⁶

9.1.5 Zusammenfassung

In der zweiten Hälfte des 14. und im 15. Jahrhundert lassen sich für verschiedene Städte wiederholt Schwankungen in der Höhe der Abgaben sowie in der Grösse der jüdischen Gemeinden beobachten. Ausser der Entwicklung nach der Judenschuldentilgung lässt sich zu keinem anderen Zeitpunkt eine parallel laufende Entwicklungsphase nachweisen. Die Schwankungen gehen in der Regel auf innen- oder aussenpolitische Veränderungen zurück. In

¹³⁴³ Siehe Tabelle 22 im Anhang.

¹³⁴⁴ Isenmann, "Steuern." S. 2209.

¹³⁴⁵ Zu den Rothenburger Judenbüchern Wehrmann, Rechtsstellung.

keiner der berücksichtigten Städte gehörten regelmässige allgemeine Steuerhöhungen zur städtischen Fiskalpolitik. Unterschiedlich häufig sind in den einzelnen Gemeinden Erhöhungen der individuellen Steuerbeträge festzustellen. In der Regel handelte es sich dabei aber nicht um willkürlich vorgenommene Steuererhöhungen, sondern um Anpassungen an die veränderten Vermögensverhältnisse im jeweiligen Haushalt.

Interessant ist es, den Entwicklungsprozess der Abgaben gegen Ende der Gemeinden zu beobachten. In den verschiedenen Städten lassen sich unterschiedliche Entwicklungsmuster festhalten, die auf die Haltung der Stadt gegenüber ihren Juden zurückzuführen sind. In einem Teil der Städte, fassten die Juden den Entschluss wegzuziehen oder die Ratsobrigkeit beschloss relativ kurzfristig, die Juden auszuweisen. In diesen Orten blieben die Jahresabgaben bis zum Schluss stabil. Die Basler und Hildesheimer Juden entrichteten in den Jahren vor ihrem Wegzug 1397 bzw. 1454 einen ähnlich hohen Steuerbetrag, und in Köln nahm die Stadt in den Jahren vor der Ausweisung von 1424 sogar noch weitere Juden auf, wohl um das Niveau des Abgabebetrags halten zu können. In Rothenburg und Nördlingen hingegen lässt sich in den zehn bis zwanzig Jahren, die der Ausweisung vorausgehen, ein Rückgang der Steuerzahler und ein Sinken des Abgabebetrags beobachten. In Schaffhausen dagegen zeichnete sich die Zeit vor der Ausweisung durch hohe bis sehr hohe Abgaben bei gleichbleibender Anzahl Steuerzahler aus. Die Entwicklung in Schaffhausen weist allerdings Parallelen zu Rothenburg und Nördlingen auf, da trotz hoher Beträge die Abgaben der Juden an die Stadt im Laufe der 1460er Jahre sanken. Die Ergebnisse dieses Kapitels widerspiegeln die Heterogenität der städtischen Fiskalpolitik gegenüber den einzelnen jüdischen Gemeinden. Es können keine allgemeinen Entwicklungstendenzen, die auf alle Städte zutreffen würden, aufgezeigt werden. Allerdings lassen sich einzelne Städte zu Gruppen mit ähnlicher fiskalpolitischer Ausrichtung zusammenfassen.

¹³⁴⁶ Vergleiche Kapitel 6.4.4.2.

9.2 Wehr-, Wach- und Grabdienst

9.2.1 Wehrdienst

Im Rahmen der kommunalen Autonomiebestrebungen kam es zwischen Stadtherr und Stadtobrigkeit bereits früh zu Konflikten darüber, inwieweit die Stadt die Juden besteuern und an der Stadtbefestigung und -verteidigung beteiligen dürfe. Häufig machten die Stadtherren den Kommunen zuerst auf dem Gebiet der Verteidigungsaufgaben Zugeständnisse, und erlaubten ihnen, die Juden für diesen Zweck zu Abgaben und Diensten heranzuziehen. Das Verteidigungswesen, der Wachdienst sowie die Instandhaltung von Verteidigungsanlagen waren die ersten Bereiche, in denen die Juden der städtischen Obrigkeit unterstellt wurden, d.h. in denen die ersten Rechte an den Juden vom Stadtherrn auf die Städte übergingen.¹³⁴⁷ In welcher Form die Juden zu den verschiedenen Pflichten zugezogen wurden, variiert von Stadt zu Stadt. Allgemein lässt sich aber feststellen, dass grösstenteils der persönlich geleistete Dienst durch Kompensationszahlungen abgelöst wurde. Belegt ist bis ins 13. Jahrhundert die aktive Teilnahme der Juden an der bewaffneten Verteidigung der Stadt nur in wenigen Einzelfällen.¹³⁴⁸ In Worms beispielsweise sollen die Juden 1201 die Stadt mit ihren Waffen gegen König Otto mitverteidigt haben.¹³⁴⁹ Allerdings sind keine Quellen überliefert, die eine aktive Wehrpflicht der Juden in spätmittelalterlichen Städten belegen.

Interessant ist die Situation Anfang des 13. Jahrhunderts in Strassburg. Die jüdische Gemeinde wurde in die Wehrverfassung integriert, indem ihr die Aufgabe zukam, den städtischen Fahnenwagen mit Fahmentuch auszustatten. Es ist also nicht von aktiver Teilnahme am Kriegsgeschehen die Rede, aber die jüdische Gemeinde beteiligte sich finanziell an der Stadtverteidigung. Interessant ist, dass es gerade mittels der Ausstattung des mit grösstem Symbolwert belegten städtischen Fahnenwagens, der für die Stadt als Kult-, Kampf- und Erinnerungsgemeinschaft stand,¹³⁵⁰ geschah. Eine vergleichbare Beteiligung ist für einen Teil der Strassburger Geistlichkeit zu beobachten. Sie mussten die Zugtiere für den Wagen zur Verfü-

¹³⁴⁷ Toch, Juden. S. 52.

¹³⁴⁸ Gilomen, "Sondergruppen." S. 140.

¹³⁴⁹ Kisch, Ausgewählte Schriften 1. S. 102. Zu Erfurt siehe Gilomen, "Sondergruppen." S. 140-141. Den Hebräischen Berichten zu den Pogromen von 1096 ist zu entnehmen, dass sich die Juden in Mainz selbst verteidigten. Yuval weist allerdings darauf hin, dass solche Fälle im Reichsgebiet äusserst selten gewesen sein dürften. Israel Yuval, "Das Thema Waffen aus der rabbinischen Perspektive," *Aschkenas* 13:1 (2003): S. 13-16. S. 15.

¹³⁵⁰ Voltmer, "Schutz der Heiligen." S. 241.

gung stellen.¹³⁵¹ Bis in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts ist aus verschiedenen Städten überliefert, dass die Juden im Kriegsfall für die Bewachung des Mauerabschnitts, der in der Regel an ihr Wohngebiet angrenzte, verantwortlich waren und in Notzeiten Sonderdienste leisten mussten.¹³⁵² In Köln beispielsweise wurden die Juden laut dem städtischen Schutzbrief von 1331 von der Teilnahme an den Heerfahrten freigestellt. Sie wurden aber dazu verpflichtet, im Belagerungsfall diejenige Stadtpforte, *"de in van alders bevolen is"*, zu bewachen und zu verteidigen.¹³⁵³ Nach 1350 verstärkte sich die Tendenz, die Juden Verteidigungspflichten in finanzieller Form abgelten zu lassen. In einigen Städten waren die Wehrpflicht oder allfällige Kompensationszahlungen bereits durch die jährliche Pauschalsteuer abgegolten.¹³⁵⁴ In Schaffhausen beispielsweise wurde im Schutzbrief von 1391 festgehalten, dass die Juden *frye und ledig sin ussziehens, wachens und dienst, die man uff ander lüt in unser statt lait"*.¹³⁵⁵ Ist die Befreiung der Juden von der Wehrdienstpflicht und allfälligen Kompensationszahlungen allerdings nur in einem individuellen Schutzbrief überliefert, kann daraus nicht abgeleitet werden, dass die ganze jüdische Gemeinde keinen Wehr- und Wachdienst oder Kompensationszahlungen leisten musste. Ein Konstanzer Schutzbrief von 1377 für die jüdische Bürgerin Jütlin zeigt, dass sich in einigen Städten einzelne Mitglieder der jüdischen Gemeinden von diesen Wehrdienst- und Wachpflichten sowie von Sonderzahlungen für die Verteidigung loskaufen konnten.¹³⁵⁶ In mehreren Städten waren die Juden dazu verpflichtet sich an Sonder-

¹³⁵¹ Mentgen, Juden im Elsass. S. 125.

¹³⁵² Haverkamp, "Concivilitas." S. 125f. Christine Magin, "'Waffenrecht" und Waffenverbot" für Juden im Mittelalter," Aschkenas 13:1 (2003): S. 17-34. S. 24.

¹³⁵³ Schmandt, Judei, cives et incole. Anhang 2b, S. 278. Die Bestimmung wird auch im Schutzbrief von 1374 aufgeführt.

¹³⁵⁴ In Eger beklagten sich die Bürger während der Hussitenkriege darüber, dass die Juden "aufgrund ihrer Privilegien in keiner Weise an ihrem grossen Verteidigungsaufwand mitleiden" müssten, weder mit Wachen, Graben und Arbeiten an der Stadtbefestigung noch mit finanziellen Leistungen. Markus J. Wenninger, "Von jüdischen Ritters und anderen waffentragenden Juden," Aschkenas 13:1 (2003): S. 35-82. S. 65.

¹³⁵⁵ StA SH, UR 1254 (1391). Auch in Bern wurden die Juden 1408 von der Teilnahme an Kriegszügen sowie den anfallenden Kosten befreit. Nicht überliefert ist, inwieweit die jüdische Gemeinde im Kriegsfall trotzdem Sonderabgaben leistete. "...Und damitte so söllent och si und die iren und ir husgesinde als vor stat, nemlich Juden, von uns und den unsern gentzlich quitt, lidig und entladen sin aller ander diensten, stüren, tellen, reisen, reiskosten und aller ander usslegung und beschatzung, so ander unser burger geben und tun müssent..". G. Tobler, "Zur Geschichte der Juden im alten Bern bis 1427," Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern 12 (1889): 336-367. S. 336-67. Beilage, S. 362f

¹³⁵⁶ Siehe für Konstanz Kapitel 5.4.4.3. „Was aber stur, dienst oder waht oder ander sach uff ander juden oder kristan gelait wirt, darumb sol doch du selben jutlin die juden und ir sun nit bekumbert werden von dem rat und von der stat,...“ Feger, Vom Richtebrief. S. 5. Siehe auch Slemme, Witwe von Moyses von Colmar, die 1386 in Basel aufgenommen wurde und von allen zusätzlichen Abgaben, die die anderen Juden leisten mussten, befreit wurde. Wackernagel, ed., UB Basel 5. Nr. 85, S. 93 (1386). Vergleichbar sind die Bestimmungen für die Sanwelin von Basel, deren Bürgerrecht 1388 in Nürnberg erneuert wird. Ihre Aufnahmebestimmungen enthalten den Passus, dass sie neben den 100 Gulden Jahresgeld nichts mehr entrichten muss: *"Wer auch ob die Juden den burgern iht lihen oder geben, do sol sie nicht mit zú schicken haben und sol domit unbekümert seyn."* Stern, Bevölkerung. S. 34 (26. Mai 1388).

kriegssteuern zu beteiligen,¹³⁵⁷ vielfach auch in der Form von einmaligen Beträgen, die sie der Obrigkeit als "Geschenk" an die Verteidigung übergaben.¹³⁵⁸ Häufig leisteten auch Geistliche im Kriegsfall Sondersteuern oder –abgaben, die in den städtischen Quellen gemeinsam mit den entsprechenden Zahlungen der Juden aufgeführt wurden.¹³⁵⁹ In Frankfurt wurde die jüdische Gemeinde beispielsweise 1444 im Rahmen der Massnahmen zur Verteidigung gegen die Armagnaken wie die Klöster zu einer Sondersteuer beigezogen. Es wurden Schanzarbeiten angeordnet und im Ratsprotokoll wurde festgehalten, dass man sowohl mit den Juden als auch den Geistlichen über eine Beteiligung verhandeln müsse. Der Rat beschloss im Oktober 1444 von der jüdischen Gemeinde einen Betrag in der Höhe von 600 Gulden an den Bau der Stadtmauer zu verlangen.¹³⁶⁰ Bereits 1430 wurden wegen einem möglichen Angriff der Hussiten Bürger und Einwohner, Männer und Frauen, zu Schanzarbeit aufgerufen.¹³⁶¹ Es ist wahrscheinlich, dass in einer solchen Notsituation auch Juden persönlich Bauarbeit leisteten. Eine weitere Form der Abgaben bestand darin, dass die jüdische Gemeinde vergleichbar mit geistlichen Institutionen dazu verpflichtet wurde, Pferde zu halten oder im Kriegsfall eine bestimmte Anzahl "Stellvertreter" mit Waffen auszustatten und zu entlohnen. Einem Schutzvertrag von 1542 aus Braunschweig kann man beispielsweise entnehmen, dass die Juden verpflichtet waren, im Kriegsfall Knechte und Reiter auszurüsten und zu bezahlen. Bereits 1430 wurden drei Juden dazu verpflichtet, ein Gewehr mit dreissig Schuss zugunsten der Stadt zu halten.¹³⁶² Ausgesprochen hohe Beträge für die Stellung von Söldnern leisteten die Juden in Augsburg. Bereits aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ist die Finanzierung von Söldnern durch die jüdische Gemeinde überliefert.¹³⁶³ Erst die Baumeisterrechnungen des 15. Jahrhunderts enthalten erneut Belege für die Beteiligung der Juden an Verteidigungsauslagen.

¹³⁵⁷ Ebd., für Konstanz Kapitel 5.4.4.3. In Nürnberg wird in einem ausführlicheren Eintrag im Zinsbuch 1385 erwähnt, dass sich die betreffenden Juden nicht an zusätzlichen Abgaben, die die jüdische Gemeinde, beispielsweise für Wacht leisten müsse, beteiligen müssten. Damit ist nicht gesagt, dass die jüdischen Bürger nicht auch zusätzlich selber regelmässig Wachtdienst oder ein Wachtgeld leisten mussten. Es heisst lediglich, dass sich auch die jüdische Gemeinde bei erhöhtem Sicherheitsrisiko an zusätzlichen Ausgaben für die Verteidigung der Stadt beteiligen musste. Stern, Bevölkerung. S. 26.

¹³⁵⁸ Vergleiche unten Kapitel 12.1.1.1.

¹³⁵⁹ Z.B. in Konstanz, Frankfurt, Nördlingen, Zürich etc.

¹³⁶⁰ Die judenfeindliche Formulierung des Eintrages im Bürgermeisterbuch weist auf den ständigen Druck, dem die jüdische Gemeinde ausgeliefert war, hin. *"It under 600 gl von den hunts juden nit nehmen zum graben zu sture"*. StA FA, BMB 1444, 44r.

¹³⁶¹ Andernacht, ed., Regesten. Band. 1, Nr. 346 (1430). Den Memorialen der Rechenmeister kann man entnehmen, dass die jüdische Gemeinde sich mit 520 Gulden auch finanziell am Ausbau der Stadtbefestigung beteiligte.

¹³⁶² Hans-Heinrich Ebeling, Die Juden in Braunschweig. Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen der Jüdischen Gemeinde bis zur Emanzipation (1282-1848), Braunschweiger Werkstücke, Reihe A, Band 22 (Braunschweig: 1987). S. 59/60. Ebeling, "De jodden." S. 80.

¹³⁶³ Mütschele, Juden in Augsburg. S. 196, Anm. 125. Saur, Wehrverfassung.

1416 und 1418 brachte die jüdische Gemeinde je 400 Gulden für die Entlohnung von Söldnern auf. Diese Summen überstiegen die jährliche Abgabesumme um ein Vielfaches.¹³⁶⁴

Im Gegensatz zu den oben beschriebenen Beispielen sind nach Magin aus mehreren Städten Quellen überliefert, in denen die Juden zur Teilnahme an der Verteidigung und zur Gerüstfolge verpflichtet wurden.¹³⁶⁵ In den von mir berücksichtigten Städten sind allerdings keine Belege einer Teilnahme von Juden an Kriegszügen vorhanden. Es ist nicht auszuschliessen, dass gerade in Kriegszeiten auch in den südwestdeutschen Reichsstädten jüdische Bürger zusätzlichen Wachtdienst zur Verteidigung der Stadt geleistet haben könnten. Die Quellen legen den Schluss nahe, dass Juden nicht an Kriegszügen teilnahmen und auch den Wachtdienst nur in Ausnahmefällen persönlich übernahmen und der Normalfall in einer finanziellen Abgeltung bestand.¹³⁶⁶

9.2.2 Baupflicht

Eng mit der Wehrpflicht war die Baupflicht in Bezug auf die städtischen Verteidigungsanlagen verbunden. In vielen Fällen leisteten die jüdischen Gemeinden bevor sie in den Städten steuerpflichtig waren bereits bedeutende Beträge an die Stadtbefestigung.¹³⁶⁷ In verschiedenen Städten verpflichtete der Rat die Juden dazu, einen Teil der Stadtmauer zu finanzieren.¹³⁶⁸ Auch diese Form der Verteidigungspflicht jüdischer Bürger wurde von Stadt zu Stadt unterschiedlich geregelt. In einigen Städten waren die Juden gänzlich von der Baupflicht befreit, d.h. sie wurde mit der jährlichen Steuer abgegolten. In die entgegengesetzte Richtung ging die

¹³⁶⁴ StA A, BMR 1416, fol. 22r. „400 gl haben wir empfangen von der ju(e)dschait, die si der stat geben habent an unser so(e)ldnern.“ BMR 1418, fol. 16r. Mütschele, Juden in Augsburg. S. 196. Auch für Lindau ist überliefert, dass die Abgaben für die Wehrpflicht höher waren als die regulären jährlichen Pauschalabgaben. Kirssman zahlte 1409 zwei Gulden Steuer und vier Gulden für den Wehrdienst. Leo von Baden entrichtete 1413 einen Gulden für die Jahressteuer und zwei Gulden an die Wacht. Burmeister, *medinat bodase* 2. S. 71.

¹³⁶⁵ Magin, "Waffenrecht." S. 32. Siehe auch Wenninger, "Von jüdischen Rittern." In Hildesheim mussten die Juden (Beisassenstatus) wie die christlichen Bürger und Einwohner beispielsweise dem Aufgebot („*utjacht*“) Folge leisten und sich am städtischen Wachtdienst beteiligen. Aus den Quellen ist allerdings nicht mehr ersichtlich, inwieweit gerade der Kriegsdienst finanziell abgegolten wurde. Zusätzlich dazu leisteten sie auch noch finanzielle Abgaben für den Mauerbau. Aufgebauer, Juden in Hildesheim. S. 41.

¹³⁶⁶ In Hannover und Hörter lösten die Juden mit der jährlichen Steuer die städtische Steuerverpflichtung sowie den Militärdienst ausserhalb der Mauern ab. Isenmann, "Steuern." S. 2263.

¹³⁶⁷ Von Koblenz ist bekannt, dass die Juden wie die Christen zur Zahlung eines Ungeldes, das zur Finanzierung des städtischen Mauerbaus diente, zugezogen wurden. Bär, Mauerbau. Baurechnung IV. 1277-1278. S. 64.

¹³⁶⁸ Mütschele, Juden in Augsburg. In Konstanz mussten sie 1242 einen Turm errichten. Burmeister, "*medinat bodase*" 1. S. 50. Karl Heinz Burmeister, "Zur Finanzierung und Organisation von Stadtbefestigungen," in Stadt - Burg - Festung. Stadtbefestigung von der Antike bis ins 19. Jahrhundert. Internationale Tagung - Glurns 23.-25. Juni 1994, Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 21 (Innsbruck: 1994), 203-218.. S. 211.

Bestimmung in Hameln. Laut den überlieferten Privilegien des 14. Jahrhunderts waren die Juden zum "*burwerken*", d.h. zur Teilnahme an den Befestigungsarbeiten verpflichtet.¹³⁶⁹ Inwieweit dies in der Form von persönlichem Einsatz oder der Stellung eines Ersatzmannes stattfand, wird nicht festgehalten. Letzteres dürfte aber wahrscheinlicher gewesen sein. Burmeister weist darauf hin, welche organisatorischen Schwierigkeiten bei der Teilnahme von jüdischen Bürgern an der Fronarbeit aufgetreten sein dürften. Weiter dürfte die Stadt in der Regel eher über genug Arbeiter als über genügende finanzielle Mittel verfügt haben und daher ein Interesse an der finanziellen Abgeltung der Baupflicht jüdischer Mitbürger gehabt haben.¹³⁷⁰ Die Instandhaltung der städtischen Stadtbefestigung oblag dem Baumeister. Die Ausgaben des Baumeisteramtes machten oft einen bedeutenden Teil der städtischen Gesamtausgaben aus. Diesen meist beträchtlichen Kapitalbedarf versuchten die Städte durch Steuern, Bussen, die Kapitalisierung der Baupflicht oder auch durch Anleihen zu finanzieren.¹³⁷¹ Da die meisten Städte keine Fiskaleinheit kannten und daher das Baumeisteramt über eine eigene Finanzverwaltung, deren Dokumente oft nicht erhalten geblieben sind, verfügten, ist es in vielen Städten nicht mehr möglich, die Finanzierung der Stadtbefestigung detailliert nachzuvollziehen. Dementsprechend muss für die meisten Städte offenbleiben, inwieweit die jüdische Gemeinde zusätzliche Abgaben direkt ans Baumeisteramt geliefert haben könnten. In der Regel dürfte es sich bei diesen Zahlungen um eine Art Sondersteuer oder -abgabe gehandelt haben¹³⁷², die jedoch nicht nur die Juden traf, sondern auch die christlichen Bürger,¹³⁷³ die im Bedarfsfall vermehrt zu Frondienst oder Abgaben zur Finanzierung der Stadtbefestigung hinzugezogen wurden.¹³⁷⁴ In verschiedenen Städten wurde von den Einwohnern ein Beitrag an den Unterhalt der Befestigungsanlage in der Form eines jährlichen Grabgeldes erhoben. In Nördlingen beispielsweise wurde in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts regelmässig ein Grabgeld erhoben. 1431 und 1432 wurden in den Stadtrechnungen auch zwei Wacht- und

¹³⁶⁹ GJ II:1, S. 325.

¹³⁷⁰ Burmeister, "Stadtbefestigungen." S. 216. Wenninger, "Von jüdischen Rittern." S. 66.

¹³⁷¹ Burmeister, "Stadtbefestigungen.", S. 210.

¹³⁷² Wie beispielsweise in Konstanz.

¹³⁷³ In Freiburg i.Ü. waren die Juden von der Baupflicht befreit, aber in den Rechnungen erscheinen immer wieder Eintragungen über Sonderzahlungen der jüdischen Gemeinde an den "Bau". Catherine Agustoni, u.a., ed., *Les Juifs en pays de Fribourg* (Fribourg: 1987). S. 8.

¹³⁷⁴ Einen äusserst pietätlosen Extrabeitrag zur Stadtbefestigung holten sich die Städte in den Krisenjahren in der Form der jüdischen Grabsteine. Da Steine rar waren, wurden immer wieder jüdische Friedhöfe geplündert, und die Steine zum Bau der Stadtmauer verwendet, z.B. in Basel, Nürnberg, Meissen oder Spandau um 1350, bereits 1345 in Breslau. Burmeister, "Stadtbefestigungen.", S. 217/18.

Grabgeldzahlungen von Juden eingetragen.¹³⁷⁵ Ein Hinweis darauf, dass die Mitglieder der jüdischen Gemeinde auch zur Zahlung des Grabgeldes verpflichtet waren. Dies dürfte auch in weiteren Städten der Fall gewesen sein.

Die Ausführungen zur Wehr- und Baupflicht zeigen, dass den jüdischen Gemeinden in einigen Städten aus diesem Abgabenposten sehr hohe Kosten erwachsen konnten. Augsburg ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie die Stadt mit "Nebenabgaben" von der jüdischen Gemeinde beträchtliche Mehreinnahmen erhalten konnte. Inwieweit diese Praxis in weiteren Städten verbreitet war, ist schwer zu sagen, da in der Mehrzahl der Orte die Baumeisterrechnungen und somit allfällige Zahlungseinträge nicht überliefert sind. Allerdings ist insbesondere in kleineren Städten, beispielsweise auch in Nördlingen, das Baumeisteramt nicht so unabhängig, dass es eigenständige, jährliche Einnahmerekchnungen gegeben hätte.¹³⁷⁶

9.2.3 Wach- und Feuerbekämpfungsdienst

Die dritte Form der bürgerlichen Verteidigungspflicht bestand im Leisten des Wachdienstes. Insbesondere vor 1350 ist aus mehreren Städten überliefert, dass die Juden persönlich zum Wachdienstleisten aufgefordert worden waren.¹³⁷⁷ In der Regel wurde diese Verpflichtung nach 1350 mit Geld abgelöst und/oder die jüdische Gemeinde beteiligte sich wie die christliche Bevölkerung am Wachgeld.¹³⁷⁸ in einigen Städten bestand für die jüdische Gemeinde die Verpflichtung eine gewisse Anzahl Wächter auszurüsten und zu entlohnen. In Regensburg wurde „*di Judischait*“ dazu verpflichtet, „*40 mann oder wappner angelegt stets tag und nacht in harnasch zu haben. Sullen si bestellen, wie in herr Sigmund Graner schafft.*“¹³⁷⁹ Von 1471 ist die städtische Anordnung überliefert, für den "christlichen Tag" zusätzlich für Schutz zu sorgen und diesen selber zu bezahlen.¹³⁸⁰ In Frankfurt a.M. wurde die jüdische Ge-

¹³⁷⁵ "Item Veifelman dt. fur stur von sin hus 5 nechst usgangen bisher und fur 2 Jar grabgelt und wachgelt feria quinta ante Symons et Jude", "Hirs Jude dedit fur stur von seym huse einhalb jare und et wel zyts mer und auch fur wachen und graben act. Feria 3.p. d. Canate a.d. 32". StA Nö, RB 1431 + 1432.

¹³⁷⁶ In Nördlingen wurde wöchentlich mit dem Rechenmeister abgerechnet. Der Baumeister war dementsprechend auch nicht für den Einzug der Bussen zuständig, wie beispielsweise in St. Gallen.

¹³⁷⁷ Burmeister, "Stadtbesfestigungen." S. 213.

¹³⁷⁸ Siehe z.B. in Nördlingen 4.4.4.4. Für Mainz siehe GJ III:2, S. 794.

¹³⁷⁹ Straus, ed., Regensburg. Nr. 64, S. 60

¹³⁸⁰ „Sollichen sechtzehnen mannen sollen die Juden harnasch darleyhen, und darzu das gelt, so man den taglich gibt, auf die Juden geslagen werden. - Item die Juden sollen 14 mit harnasch anthuen under die thore, under yedes 2, und sollen yedem ein pantzer, goller, eysenhut, krebs und plechantschuch leyhen.“ Ibid. Nr. 118, S. 32 (2. Mai 1471). Auch in Frankfurt mussten die Juden für zusätzlichen Schutz selber aufkommen. 1454 beauftragte

meinde wie die christliche Bewohnerschaft in "Rotten" eingeteilt, die für die Wacht in den betreffenden Strassen zuständig waren. Im Bürgermeisterbuch von 1439 ist die Bestimmung überliefert, dass ab diesem Zeitpunkt *"die rotten mit Christen, die Bürger sind"*, zu bestellen seien.¹³⁸¹ Dass neben christlichen Wächtern auch Juden Wachtdienst versehen haben, geht aus einigen Einträgen im Bürgerbuch hervor.¹³⁸² Nach dem Bau des Ghettos, waren die Juden dazu verpflichtet, die Leute zu entlönnen, die sie über Nacht einschlossen.¹³⁸³ Und der Rat bestimmte, dass die jüdische Gemeinde weiterhin die Wacht auf dem kleinen Turm an der Judengasse leisten sollte.¹³⁸⁴ Es gab also auch nach 1350 noch einige Städte, in denen die Juden persönlich Wachdienst leisten mussten, sei es regelmässig oder bei speziellen Anlässen.¹³⁸⁵

Eine weitere Pflicht bestand darin, einen Beitrag zur Brandverhütung zu leisten. In verschiedenen Städten wurde die jüdische Gemeinde dazu angehalten, Ledereimer oder Spritzen für den Notfall bereitzuhalten und/oder eine gewisse Anzahl Männer zur aktiven Brandbekämpfung zu stellen.¹³⁸⁶ In Frankfurt wurde die Brandverhütung wie die Wehrpflicht in den Zünften, Stubengesellschaften oder in den lokalen Rotten organisiert.¹³⁸⁷ Der Rat hielt in einem ausführlichen Ratsbeschluss zur Feuerwehr und Stadtverteidigung von 1435 fest, welche Zunft welche Anzahl Ledereimer, Leitern und Äxte bereitzuhalten hatte. Wie die übrige Bevölkerung der Stadt, wurden auch die Juden verpflichtet, ihren Beitrag zur Brandbekämpfung zu leisten. „*Auch sollen die juden han und halden 50 eymer und die hencken under das Ro-*

der Rat die Rechenmeister, den Juden *"vier knecht gonnen sie zu liehnden"*. Andernacht weist darauf hin, dass der Besuch des Busspredigers Johannes de Capistrano erwartet wurde und der Schutz der Juden erhöht werden musste um Übergriffe zu verhindern. StA BMB 1454, 49r. 1441 lehnte der Rat die Bitte der jüdischen Gemeinde, Söldner zum Schutze bei einer Hochzeit bereitzustellen, ab. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 1044, Nr. 640.

¹³⁸¹ StA FA, BMB 1439, fol 65r.

¹³⁸² Zum Beispiel StA FA, BMB 1444, 93v. Ein Jahr später wurde Simon von Eppstein und Eva vom Buchsbaum vorgeworfen, ihren Wachdienst nicht geleistet zu haben, als die Stadt wegen der Armagnaken bedroht war. Andernacht, 1, 774, BMB 1444, fol. 92v. 1451 heisst es im Bürgermeisterbuch, dass man die Witwe Smohels so behandeln solle, als ob sie in Stättigkeit sässe, d.h. dass sie zum Wachdienst heranzuziehen sei. Andernacht, 1, 943. BMB 1450, 74v

¹³⁸³ Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 1343 (1462).

¹³⁸⁴ Ibid. Nr. 1377 (1462).

¹³⁸⁵ Wenninger, "Von jüdischen Rittern." S. 62ff. Burmeister, "Stadtbefestigungen." In Donauwörth wurden sie dazu verpflichtet *"wach und letz"* auf der Stadtmauer zu leisten. GJ 3:1, S. 238.

¹³⁸⁶ In Regensburg wurde der jüdischen Gemeinde 1462 die Auflage gemacht *"fuderlich 20 mann mit sprutzen fuderlich zum feur"* zu schicken. Straus, ed., Regensburg, Nr. 64, S. 60 (16. Oktober 1462). In Nr. 591, S. 202 von 1490 wird dieselbe Forderung formuliert mit dem Zusatz: *"... und sich den 5 herren ansagen, auch denen gehorsam sein."* In Braunschweig wurden die Juden dazu verpflichtet, 24 Ledereimer bereitzustellen. Ebeling, Juden in Braunschweig. S. 59

¹³⁸⁷ Frank Göttmann, Die Frankfurter Bäckerzunft im späten Mittelalter. Aufbau und Aufgaben städtischer Handwerksgenossenschaften, Studien zur Frankfurter Geschichte, Heft 10 (Frankfurt a.M.: 1975). S. 100.

*dehus, und so fure uszgeet, das sie die von stont zum fure bestellen und die hahyne getragen mogen werden.*¹³⁸⁸

Wie die Christen wurden zum Teil auch die Juden zur Vorratshaltung angehalten. 1450 verpflichtete beispielsweise die Stadt Frankfurt ihre Juden dazu, 1000 Achtel Korn einzulagern.¹³⁸⁹

9.2.4 Zusammenfassung

Die Ergebnisse der vorangegangenen Kapitel zeichnen das Bild, dass die jüdischen Bürger in der einen oder anderen Form wie die christlichen zu den oben besprochenen Pflichten wie Stadtverteidigung und –sicherung beigezogen wurden. Es lässt sich keine allgemeine Aussage über die Ausformung des jüdischen Wehrdienstes machen, da sich in jeder Stadt eine lokale Variante dieser Pflicht ausbildete. Tendenziell wurde die jüdische Wehrpflicht gegenüber derjenigen christlicher Bürger mehr oder weniger stark eingeschränkt. Diese Beschränkung dürfte aber in beiderseitigem Interesse gelegen haben und nicht nur einseitig von der städtischen Seite her aufgezwungen gewesen sein. In der Mehrzahl der Städte wurde die Verpflichtung, wie im Falle der Geistlichen¹³⁹⁰, nicht in der Form des persönlichen Dienstes geleistet, sondern durch Kompensationszahlungen abgelöst. Auf diese Weise hatte der Rat in diesem Bereich die Möglichkeit Zusatzeinnahmen in einer beträchtlichen Höhe von der jüdischen Gemeinde zu erlangen.¹³⁹¹ Die Ergebnisse aus den vorangehenden Kapiteln zeigen, dass mit den jährlichen gedingten Steuern Wehr- und Wachdienstpflicht in der Mehrzahl der Städte nicht abgegolten waren.¹³⁹² Betrachtet man die allgemeine Entwicklung im Wehrwesen

¹³⁸⁸ Armin Wolf, ed., Die Gesetze der Stadt Frankfurt am Main im Mittelalter, Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 13 (Frankfurt a.M.: 1969). S. 309-317, Nr. 224. Zum Vergleich werden die Forderungen an eine Auswahl von Zünften aufgeführt: „*Wober meczler, smyde, becker, schumecher, sniidere, iglichs 25 lydern eymer, 6 leitern und 2 heche...*“. Ebd. 44 Jahre später lautete die neue Feuerwehrrordnung für die Juden: „*Auch sollen die judden han und halten funffzig ledern eymer und der xxv hencken under das rodehuss und xxv inne irer judden schulen und so fu(e)ere us komet, das sie die von stung zum fure bestellen und die dahyne geragen mogen werden.*“ StA FA, JJ Ugb E 46 ww, fol. 14r. Wie in bezug auf Harnisch, wurde den Juden auch untersagt, Löscheimer, die sie als Pfand haben, nicht weiterzuverkaufen, sondern zu behalten. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 578.

¹³⁸⁹ Andernacht, 1, Nr. 893. Wolf, ed., Gesetze Frankfurt. S. 266.

¹³⁹⁰ Isenmann, Stadt. S. 150. Saur, Wehrverfassung. S. 24f.

¹³⁹¹ Vergleiche auch Kapitel 13. Sonderabgaben.

¹³⁹² Die Praxis in den spätmittelalterlichen Städten entsprach in diesem Fall nicht den Ausführungen Fischers, der schreibt, dass für die in den Städten wohnenden Juden "die Wehrpflicht, also die dreifache Verpflichtung zum Schanzen, Wachen und Kämpfen im Kriege, de jure nicht" gegolten habe, da sie mit ihrer finanziellen Leistung alle Pflichten gegenüber der Obrigkeit abgelöst hätten. Fischer, Verfassungsrechtliche Stellung. S. 98.

der Stadt, so stellen die Gruppen der Juden und Geistlichen insofern keine Ausnahme dar, da spätestens seit dem 14. Jahrhundert für die vermögende christliche Bevölkerung die Möglichkeit bestand, die persönliche Wehr- und Wachtpflicht durch einen Stellvertreter oder eine Zahlung abzulösen.¹³⁹³ Aufgrund der Quellenüberlieferung lässt sich in vielen Fällen die Form der Wehr- und Wachdienstpflicht der Juden nicht mehr klar rekonstruieren. Zusätzlich wird in zahlreichen Aufnahmebriefen oder Judenordnungen die Teilnahme an der Verteidigung der Stadt nicht thematisiert. Dies lässt verschiedene Interpretationen zu. Leisteten die Juden wie die Christen Wehrdienst, den sie zum grössten Teil mit Zahlungen ablösen konnten oder mussten? Und für Kompensationszahlungen galten dieselben Ansätze wie für Christen? Aufgrund der Gleichbehandlung war es nicht mehr nötig, die Bestimmung auszuführen. Oder wurden die Verteidigungspflichten nicht erwähnt, weil die Juden eben gerade keinen Wehrdienst leisten mussten?

Es stellt sich auch die Frage, wie gross der Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Bürgern war, der sich aus der Bedeutung ergab, die die eigene Wehrhaftigkeit für das Selbstverständnis des städtischen Bürgers hatte und die der Teilnahme am Kampf für die Integration in die städtische Bürgerschaft zukam.¹³⁹⁴ Über die Bedrohung von aussen, dem rituellen Auszug gegen den Feind, der gemeinsamen Teilnahme am Kampf wurde Zusammenhalt und Identität erzeugt. "Angesichts der Aufforderung zu Solidarität und Heldentum oder über die gemeinschaftsprägende Kraft der Memoria wurde in jeweils spezifischen Ritualen allgemeiner, gruppenübergreifender Konsens erzeugt und die äussere Bedrohung in ein Wir-Gefühl und Identifizierung mit der Gemeinschaft umgesetzt."¹³⁹⁵ Allerdings muss relativierend hinzugefügt werden, dass in vielen Städten im Laufe des 14. Jahrhunderts immer häufiger auch christliche Bürger ihren Wehrdienst mit Kompensationszahlungen ablösten oder zu der Gruppe der Einwohner gehörten, die im Kriegsfall nicht ausrückte, sondern die Verteidigung innerhalb der Mauern übernahm.¹³⁹⁶ Diese Entwicklung bewirkte, dass sich ein Teil der christlichen und der jüdischen Bürger in diesem Bereich nicht mehr so stark unterschieden. Allerdings liegt ein bedeutender Unterschied darin begründet, dass auf christlicher Seite ein Teil der Wehrdienstpflichtigen auszog, Bürger und Nichtbürger. Dem stand die jüdische Ge-

¹³⁹³ Isenmann, Stadt. S. 149.

¹³⁹⁴ Ibid.,

¹³⁹⁵ Voltmer, "Schutz der Heiligen." S 241.

¹³⁹⁶ In Freiburg i.Ü. beispielsweise waren nur ein Drittel der Ausrückenden Bürger, darunter nur ein Ratsmitglied. In der Gruppe, die in der Stadt blieb, betrug der Bürgeranteil fast 50 %. "Um 1400 wurden in Freiburg diese Pflichten (Bewachung der Mauer, Kriegsdienst und Unterhalt eines Harnisches) nur teilweise persönlich vom

meinde gegenüber, von deren Mitgliedern in der Regel keiner am Heerdienst teilgenommen haben dürfte. Aufgrund des Nichtausziehens und ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen Religion dürften die jüdischen Bürger nur partiell als Teil der städtischen Kult-, Kampf- und Erinnerungsgemeinschaft wahrgenommen worden sein. In einem gewissen Masse ausserhalb dieser Gemeinschaft standen auch die geistlichen Bürger. Im Gegensatz zu den jüdischen Geldleihern konnten die Kleriker im 14. Jahrhundert zu keinen regelmässigen Abgaben verpflichtet werden. Sie wurden aber wiederholt zu „freiwilligen“ Beiträgen veranlasst. 1389 musste sich beispielsweise das Stift zum Neumünster mit 400 fl an den hohen Kriegskosten beteiligen.

10 Hauszins

Verschiedentlich leisteten Juden nach 1350 Abgaben von Liegenschaften. Einerseits lassen sich Abgaben mit steuerartigem Charakter nachweisen, andererseits handelt es sich um sachenrechtliche Leistungen. Zur ersten Gruppe gehörten finanzielle Leistungen, die für die Erlaubnis zum Hausbesitz geleistet wurden, und Vermögenssteuern, die sich auf den Immobilienbesitz bezogen. Der zweiten Kategorie lassen sich stadtherrliche Arealzinse und Zinse, die für Gemeindebauten in städtischem Besitz oder das Friedhofareal entrichtet wurden, zuordnen.¹³⁹⁷

In zahlreichen Städten im Südwesten des römischen Reiches war den jüdischen Bürgern auch nach 1349 Immobilienbesitz erlaubt.¹³⁹⁸ Es gab auch verschiedene Städte, die ihre jüdischen Neubürger dazu verpflichteten, sich haushäblich in der Stadt niederzulassen.¹³⁹⁹ Im Verlauf des 15. Jahrhunderts zeigt sich allerdings die Tendenz das Recht auf Immobilienbesitz einzuschränken oder den Erwerb von Immobilien ganz zu verbieten.¹⁴⁰⁰ In Schaffhausen bei-

Bürger wahrgenommen. Der Bürger war nur noch finanziell für die Erhaltung der Wehrkraft verpflichtet." Portmann, Bürgerschaft in Freiburg. S. 75. Für Nürnberg Schultheiss, "Bürgerrecht Nürnberg." S. 181.

¹³⁹⁷ Isenmann, "Steuern." S. 2265.

¹³⁹⁸ Z.B. in Augsburg, Bern, Freiburg i.Ü., Colmar, Esslingen, Konstanz, Mühlhausen, Nördlingen, Strassburg, Ulm, Schaffhausen, Zürich. Siehe auch Gilomen, "Sondergruppen." S. 132- 136.

¹³⁹⁹ Z.B. in Köln.

¹⁴⁰⁰ In Rothenburg o.T. wurde den Juden bereits bei der Wiederansiedlung nach 1349 verboten, Häuser und Grund in der Stadt zu erwerben. Wie immer wieder in den städtischen Quellen anzutreffen, wird das Verbot für Geistliche und Juden gemeinsam ausgesprochen. "*Daz man geistlichen orden noch Juden eigin noch erbe niht zu kaufen sol geben noch vermachen*". Im 15. Jahrhundert wurden die Juden damit beauftragt, die ihnen zugewiesenen Häuser selber zu unterhalten. Die investierten Beträge wurden ihnen danach von der jährlichen Bürgersteuer abgezogen. Bezold, Verfassung. S. 144-146, Statutenbuch 1, Nr. 28. Für Zürich, Bern, Biel siehe Gilomen, "Sondergruppen." S. 134f. Z.B. in Mühlhausen verfügten die Juden in bezug auf den Erwerb von Haus- und Grund-

spielsweise wurde der Kauf der Häuser vom Einverständnis des Rates abhängig gemacht.¹⁴⁰¹ Ein interessantes Beispiel ist Nürnberg. Bei der Wiederansiedlung nach der Verfolgung von 1349 liessen sich die Juden auf dem Areal des früheren Judenfriedhofs nieder. Durch den Erwerb von angrenzenden Häusern bildete sich ein abgeschlossenes Wohngebiet mit ca. 17 Häusern heraus. Die Juden hatten in einem beschränkten Masse bis Anfang des 15. Jahrhunderts noch das Recht ausserhalb ihres Viertels Häuser zu erwerben. Als offizieller Käufer und Besitzer musste allerdings ein christlicher Bürger fungieren und die jüdischen Investoren mussten dem Rat von jedem Hauskauf eine sehr hohe Gebühr entrichten. 1382 entrichteten drei jüdische Bürger je 26 gl und 18 gl für den Kauf eines Hauses und 80 gl für den Kauf zweier Häuser. Im 15. Jahrhundert entrichtete beispielsweise *"Zoroth Juedin des Ysaacs von Liechtenfels wirtin"* 45 Gulden, *"die sie den burgern schankt, daz man ir gond, Hannsen Wagners hauss zu kawffen."*¹⁴⁰²

War den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde der Erwerb von Häusern erlaubt, wurde häufig von diesem Recht Gebrauch gemacht. Allerdings war es für die jüdischen Bürger nicht immer einfach, für sie geeignete Häuser zum Kauf angeboten zu bekommen. Auf diese Schwierigkeit weist die Frankfurter jüdische Gemeinde in einer Bittschrift an den Rat von 1443 hin.¹⁴⁰³ Neben den jüdischen Hausbesitzern erscheinen Juden auch als Mieter von Häusern im Besitz der Stadt,¹⁴⁰⁴ der jüdischen Gemeinde¹⁴⁰⁵ oder von christlichen Bürgern¹⁴⁰⁶.

besitz über dieselben Rechte wie christliche Bürger. 1417 erliess der Rat ein Verbot zum Beleihen von Immobilien, das aber offensichtlich nicht eingehalten wurde. Mentgen, Juden im Elsass. S. 239. In Überlingen war jüdischen Bürgern der Erwerb von Häusern verboten, trotzdem erscheinen in den Quellen immer wieder jüdische Bürger als Hausbesitzer. GJ III:2, S. 1494. In Colmar richtete die Stadt die Klage an das Reich, dass die Juden zuviele Immobilien in ihren Besitz bringen würden. Noch im selben Jahr erliess Kaiser Sigmund für Juden das Verbot, Häuser im städtischen Bannbezirk zu kaufen oder pachten. Mentgen, Juden im Elsass. S. 239.

¹⁴⁰¹ Siehe Kapitel 6.4.1.1.

¹⁴⁰² Stern, Bevölkerung. S. 243. Im 15. Jahrhundert versuchte die jüdische Gemeinde wiederholt, vom Rat die Erlaubnis, zusätzliche Häuser kaufen oder mieten zu dürfen, zu erlangen, allerdings vergeblich. Der Nürnberger Rat betrieb eine Politik der "Beschränkung". Wiederholt wurde ein Aufnahmeverbot erlassen oder den erwachsenen Kindern ansässiger Juden nur noch teilweise ein Aufenthaltsrecht gewährt. Arndt Müller, Geschichte der Juden in Nürnberg 1146-1945, Beiträge zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 12 (Nürnberg: 1968). S. 39ff. GJ III:2, S. 1003.

¹⁴⁰³ Die jüdische Gemeinde bittet den Rat, die vom König geforderte Verlegung ihres Wohnortes nicht vorzunehmen. In diesem Schreiben weisen sie darauf hin, wie schwierig es für sie sei, geeignete Wohnhäuser erwerben zu können: *"...das wir armen lude ubel zu andern husunge mochten komen..."*. StA FA, Ugb E 55 C 20a (1443). Bestätigt wird die Aussage der Juden durch einen Bürgermeisterbucheintrag vom November 1443, in dem den Juden nicht gestattet wird, zwei Häuser ihres Interesses zu erwerben. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 733., Nr. 794. Verschiedentlich wird vom Rat auch ein Verbot, den Juden Eigen und Erbe zu versetzen, erlassen. Zum Beispiel 1458, Ebd. Nr. 1141.

¹⁴⁰⁴ Beispielsweise in Nördlingen. Häufig wurden die Häuser für die Gemeinde gemietet.

In Freiburg i.Ü. ist überliefert, dass die Stadt selber ein Haus im Besitz eines Juden mietete. Agustoni, ed., Juifs. S. 9.

¹⁴⁰⁵ Dicker, Juden in Ulm.

¹⁴⁰⁶ Z.B. in Esslingen, GJ III:1, S. 334.

Aus Freiburg i. Ü. ist beispielsweise überliefert, dass jüdischen Ärzten vom Rat ein Haus zur Verfügung gestellt wurde.¹⁴⁰⁷ Im Rahmen dieser Arbeit interessiert die Frage, inwieweit die Stadtobrigkeit ein Verbot zum Immobilienerwerb dazu nutzte, um von den jüdischen Mietern in der Form von hohen Mieten eine Zusatzeinnahme zu erheben, die nicht mit weiteren an der Judensteuer Berechtigten geteilt werden musste. Für Nördlingen hat sich gezeigt, dass die städtische Stadtobrigkeit in den ersten drei Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts diese Abgabepolitik betrieben hat.¹⁴⁰⁸ Eine vergleichbare Politik des Rates lässt sich in Frankfurt nach 1460 feststellen. 1460 entschied sich der Rat, nach mehrmaliger Ermahnung von Seitens Friedrichs III.¹⁴⁰⁹ und aufgrund stetiger Intervention von Seiten der Kirche, die Juden in ein schlechter gelegenes Gebiet umzusiedeln. Das abgeschlossene Ghetto mit mehreren Wohnhäusern wurde in den Jahren 1461 und 1462 von der Stadt gebaut.¹⁴¹⁰ Ab 1467 finden sich in den Stättigkeitslisten Angaben zur Höhe des Hauszinses; allerdings nur bei einem Teil der Haushaltungen. Im neuen Viertel waren die Familien, wie erwähnt, dazu verpflichtet, in städtischen Häusern zur Miete zu wohnen, und die Mietzahlungen waren beträchtlich.¹⁴¹¹ Sie lagen zwischen einem Viertel bis knapp der Hälfte des zu leistenden Gesamtjahresbetrags. Hirsch, des Lewen Sohn, bezahlte beispielsweise 25 von 100 Gulden fürs Haus, und Josef von Köln gab sogar 20 von 50 Gulden für die Hausmiete ab.¹⁴¹² Im grossen Ganzen hatten sich die jährlich geleisteten Abgabebeträge für die einzelnen jüdischen Steuerzahler ab 1463 nicht stark erhöht, aber der städtische Anteil an den jährlichen Abgaben hatte sich durch diese Umverteilung vergrössert. Auch in Hildesheim und Braunschweig lässt sich feststellen, dass der Hauszins als zusätzliche

¹⁴⁰⁷ Z.B. in Freiburg i.Ü., GJ III:1, S. 400.

¹⁴⁰⁸ Siehe Kapitel 4.4.4.3.1.

¹⁴⁰⁹ Ab 1442 forderte Friedrich III. die Stadt mehrmals zu einer Umsiedlung der Juden auf, da er anlässlich seines Besuches von 1441 festgestellt habe, dass die Wohnungen der Juden und deren Synagoge in unmittelbarer Nähe der Pfarrkirche lägen und so den Gottesdienst stören und kränken würden. Andernacht, ed., Regesten., S. 700. StA F, Ugb E 43 M 1.

¹⁴¹⁰ Isidor Kracauer, "Die Geschichte der Judengasse in Frankfurt am Main," *Philanthropin* (1904): 20-30. Isidor Kracauer, *Geschichte der Juden in Frankfurt*. Die Stadt forderte von der jüdischen Gemeinde 1460 ein Darlehen von 2000 Gulden um den Bau des Ghettos zu finanzieren. Zwei Jahre später enthält das Bürgermeisterbuch einen Eintrag dazu, dass die Judenschaft erneut um ein Darlehen von 3000 Gulden angegangen werden solle. Überliefert ist die Zahlung von 700 Gulden von Hirsch, Jacob von Eppstein, Lewe von Wertheim und Ricke. Den Darlehensgebern wurde vom Rat die Wahl der Häuser, in denen sie wohnen wollten, überlassen. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 1226 (21. August 1460), Nr. 1279 (26. Januar 1462), 1280 (8. Februar 1462). StA F, Baubuch der Juden, 1360.

¹⁴¹¹ 1460 wurden sie vom Rat dazu aufgefordert, ihre Häuser während der folgenden drei Monate an Bürger zu veräussern. Knapp zwei Monate später erlässt der Rat die Verordnung, dass es den Juden verboten sei, Eigen und Erbe an sich zu bringen oder auf der Stadtmauer zu wohnen. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 1214 (15. Mai 1460), Nr. 1218 (3. Juli 1460).

¹⁴¹² *Ibid.* 2, Nr. 1559.

Einnahmequelle genutzt wurde, weil das Besteuerungsrecht nicht im Besitz des Rates oder der einzelnen Weichbilde war.¹⁴¹³

11 Jährliche Zusatzabgaben und Gebühren

Zusätzlich zu den jährlichen Pauschalsteuern leisteten die Juden in verschiedenen Städten kleinere jährliche Abgaben oder sie entrichteten für ausgestellte Dokumente oder die Erlaubnis, Veranstaltungen durchführen zu dürfen, Gebühren an die Stadt.

In die Kategorie von Zusatzabgaben gehören beispielsweise die in Zürich, Frankfurt und Regensburg entrichteten Neujahrsgeschenke oder der sogenannte *"judenfisch"*, eine Abgabe in Naturalien, die einmal im Jahr beispielsweise in Regensburg und Nördlingen dem Rat entrichtet wurde.¹⁴¹⁴ In Frankfurt wird das Neujahrsgeschenk erstmals 1451 erwähnt. Der Eintrag enthält allerdings keine näheren Hinweise dazu, in welcher Form es entrichtet wurde. Erst vierzig Jahre später erhält man etwas genauere Angaben. Der Rat lässt nachforschen, „ob

¹⁴¹³ Hildesheim war eine der Städte, in denen die Juden ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts "zur Miete" wohnten. Sie wurden nicht wie in vielen anderen Städten als Bürger aufgenommen und hatten daher, wie die christlichen *"medewoner"* kein Recht, Immobilien zu erwerben. Bei ihrer Wiederansiedlung nach 1349 und danach wies der Hildesheimer Rat den Neuzuzügern Häuser, die in städtischem Besitz waren, zu und erhob von ihnen eine jährliche Miete in beträchtlicher Höhe. Im Gegensatz zu anderen Städten war der Hildesheimer Rat für den Unterhalt verantwortlich. Und man findet auf der Ausgabenseite der Stadtrechnungen zahlreiche Einträge über Renovationsausgaben: *"Vor erde van den jodenhusen to vorende 3s 8d."* 1386. UB Hildesheim V, S. 46. Interessant ist, dass die Judenstrasse eine der ersten Strassen von Hildesheim war, die gepflastert wurden. Aufgebauer, Juden in Hildesheim. S. 53f. Der Grund dafür, dass sich die Juden in Hildesheim in stadteigene Häuser einmieten mussten, dürfte unter anderem darin gelegen haben, dass die Stadt bis 1428 offiziell keinen Anteil am Schutzgeld der Juden hatte. Die Juden entrichteten ihr jährliches Schutzgeld an die bischöfliche Kammer und leisteten dem Rat jährliche Zinszahlungen für die städtischen Wohnhäuser sowie für weitere Gebäude, die Gemeindezwecken dienten. Diese Mietzinseinnahmen waren die einzige regelmässige vorauskalkulierbare Einnahme, die die Stadt von den Juden hatte. Die Einnahmen aus den Hauszinsen übertrafen die Schutzgeldbeträge bei weitem. 1370 gingen die Rechte an den Juden von den Herzögen zu Braunschweig und Lüneburg auf die Stadt über, die somit die gesamte Jahressteuer der Juden für sich beanspruchen konnte. Die Braunschweiger Juden leisteten jedoch nicht nur dem Gemeinen Rat jährliche Abgaben, sondern auch in den Stadtteilen „Altstadt“ und „Neustadt“. Dem Gemeinen Rat als übergeordneter Behörde der Stadt leisteten die Juden die reguläre Steuer. Zusätzlich entrichteten sie je nach Wohnort eine Abgabe für Grundbesitz in der Altstadt oder einen Mietzins in der Neustadt. In Braunschweig wurden auch die christlichen Steuernden mit einer doppelten Abgabe belastet. Das Äquivalent der jüdischen Abgabe an den Gemeinen Rat war für die christlichen Einwohner der Schoss, der sich aus einer Personalsteuer, dem „*Vorschoss*“, und einer Vermögenssteuer, dem „*Schoss*“, zusammensetzte. Zusätzlich entrichteten sie in den verschiedenen Stadtteilen den „*Erb- und Wortzins*“ oder Mietzahlungen, die für die einzelnen Weichteile den grössten Teil der Einnahmen ausmachten. Ebeling, "De jodden." S. 97. Ebeling, Juden in Braunschweig. S. 16, 51-58. Otto Fahlbusch, Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig seit dem grossen Aufstande im Jahre 1374 bis zum Jahre 1425., Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte (Breslau: 1913). S. 1-13, 76-79, 102-105.

über die Gewürze, die die Juden den Schöffen jährlich zu Neujahr darreichen, Aufzeichnungen bestehen; Dieser Eintrag ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass einige Schöffen gestorben waren, deren Anteil dem Spital zukommen zu lassen sei.¹⁴¹⁵ Auch in Zürich finden sich keine detaillierten Informationen dazu, worin das Geschenk bestanden hat. In einem Stadtbucheintrag von 1376 nimmt der Rat jedoch die „*pfaffen und juden*“ vom Verbot, Neujahrs geschenke an die „*stuben*“ und „*gesellschaft*“ zu machen, aus.¹⁴¹⁶ Diese Bestimmung weist darauf hin, dass in Zürich zu diesem Zeitpunkt bereits eine entsprechende Tradition bestanden hatte. In Regensburg handelt es sich eher um ein "Weihnachtsgeschenk", das die Juden dem Schultheissen entrichten mussten.¹⁴¹⁷ Zusätzlich zu dieser Abgabe erhielten die jungen Bürger der Stadt jährlich 10 Gulden von der jüdischen Gemeinde.¹⁴¹⁸ Die zwei aufgeführten Städtebeispiele weisen darauf hin, dass allfällige Neujahrs geschenke durchaus auch in weiteren Städten entrichtet worden sein könnten, aber ihre Existenz aufgrund des Umstandes, dass sie nicht immer in den Rechnungen verzeichnet wurden oder die Rechnungen nicht überliefert sind, häufig nicht mehr nachweisbar ist. In Schaffhausen wurde vom Gemeindevorsteher Löw die jährliche Abgabe von zwei neuen Glasfenstern gefordert, für die Erlaubnis Schuol und Kapitel zu halten.¹⁴¹⁹ In Mainz entrichtete die jüdische Gemeinde in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts jährlich einen Betrag von 40 Gulden an den Bürgermeister "*von ire Stedekheit und gedingnisse*" wegen.¹⁴²⁰

Eine weitere Form von regelmässig entrichteten Abgaben sind die zu leistenden Gebühren. Man kann sie grob in zwei Kategorien unterteilen. Einerseits mussten die Juden wie die christlichen Einwohner bei der Ausstellung von Dokumenten eine Schreibgebühr entrichten.

¹⁴¹⁴ Für Nördlingen siehe Kapitel 4.4.4.8.

¹⁴¹⁵ Dietrich Andernacht, Erna Berger, ed., Die Bürgerbücher der Reichsstadt Frankfurt 1401-1470 (Frankfurt am Main: 1978). S. 668, Nr. 2591. Der Umstand, dass im Urkundenbuch von Kracauer keine Informationen über ein „Neujahrs geschenk“ enthalten sind, bedeutet nicht, dass kein solches geleistet wurde. Da diese Abgabe direkt an die Empfänger gezahlt wurde, erschien sie nicht in den Rechnungsbüchern.

¹⁴¹⁶ Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. Nr. 44, S. 246.

¹⁴¹⁷ „*Item alle jar müssen dy Juden dem Schulthais zun weynahten vereren 2 Pfund pfeffers und seinem hausvolk bey 6s.R. pf. er hat inen auch albeg bey hoh und nyder zu gepieten als oft und wie er will. Sy müssen auh den richtersknechten ir schneiderlen (Fisch) zu der fassnaht bezalen.*“ Straus, ed., Regensburg. Nr. 662, S. 223 (1492-96). In Nr. 50, S. 13 wurde 1460: „*Zu Weinachten gebent dy Juden 2 Pfund pfeffers. - Item zue Ostern gebent dy Juden 2 Pfund pfeffers.*“ „*Item zu Weichnachten die Juden 1 Pfund pfeffers... Item zu Ostern die Juden 1 Pfund pfeffers.*“ Aus einem Verzeichnis der Einkünfte des Probstgerichts zu Regensburg. Ebd. Nr. 705, S. 244. Auch in Hildesheim entrichtete die jüdische Gemeinde eine jährliche Abgabe in Naturalien und Geld. Es handelte sich um eine jährliche Zahlung von Fastnachtshühnern, Gänsen und 4 fl zu leisten („*vor vastelavendeshonere unde vor vette goyse desses jares + vor twene vastelavendes gulden unde twene Pantlionis gulden*“).

¹⁴¹⁸ Ibid. Nr. 993, S. 366.

¹⁴¹⁹ Siehe Kapitel 6.4.4.2.2.

¹⁴²⁰ Ratsordnung von 1431. Abgedruckt in Mencil, Beiträge zur Geschichte der Juden von Mainz im XV. Jahrhundert. Eine quellenkritische Untersuchung mit Quellenabdruck. Anhang, S. 38. Vergleiche im Kapitel Auf-

Häufig wurde von städtischer Seite her noch ein zusätzlicher Betrag für die Verlängerung des Bürgerrechts eingefordert. Beispielsweise in Rothenburg entrichteten die Steuerzahlenden jährlich eine Gebühr von 4 Gulden für die Verlängerung des Bürgerrechts.¹⁴²¹ In Frankfurt enthält ein Ratserlass von 1494 die Bestimmung, dass den Juden jährlich ihre Stättigkeitsordnung vorgelesen werden solle, damit sie nicht sagen können, sie wären über die rechtlichen Bestimmungen nicht informiert gewesen. Dafür müsse die jüdische Gemeinde dem Schreiber einen Gulden als Lohn entrichten.¹⁴²² Weitere Gebühren mussten die jüdischen Gemeinden in zahlreichen Städten für die Erlaubnis, Feste zu veranstalten, entrichten.¹⁴²³

12 Sondereinnahmen der Städte von den jüdischen Gemeinden

12.1 Sonderabgaben der Juden an die Städte

Was ist unter dem Sammelbegriff "Sonderabgaben" zu verstehen? Als Sonderabgaben werden diejenigen grösseren Zahlungen bezeichnet, die von der jüdischen Gemeinde zusätzlich zu den regelmässig geleisteten jährlichen Steuern und Gebühren an den städtischen Fiskus entrichtet wurden. Die Beteiligung einzelner Juden an Sonderzahlungen wurde in einigen Städten in einzelnen Schutzbriefen geregelt. Wurden diese Sonderzahlungen erwähnt, geht es in der Regel um eine teilweise oder ganze Befreiung von diesen Abgaben. In Nürnberg beispielsweise wird bei der Aufnahme von Jekel von Ulm 1384 festgehalten: *"... ob die burger die Juden beten umb ein geben, daz sol er tun nach seins briefs sag, den er von den burgern*

nahme die Praxis in den Städten Köln, Rothenburg und Esslingen, in denen eine individuell erhobene Verlängerungsgebühr erhoben wurde.

¹⁴²¹ Wehrmann, Rechtsstellung. S. 100f.

¹⁴²² *"Item domit, dass die júdden sích irer uníwssenheit díeser des rates ordenunge nit entschuldígen wegen, so ist des rats ernstlich besehen, dass man der judden alle jahre eýn male úff eýnen nemlichen tag dass buch der stedigkeít lesen, davon síe zú ýeder zyt dem schriber eynen gulden von der gemeyn júdischeít wegen zú lone geben sollen im únser schribern zú gefallen".* StA FA, Ugb E 46 ww, 14r.

¹⁴²³ Regensburg: *„It. so ain Jude hochzeit da hat, muss er dem Schulthaissen 1 Gulden ... geben.* Straus, ed., Regensburg. Nr. 662, S. 223. 1492-96. 1507 muss dieser Gulden dem „Camrer“ abgeliefert werden. Nr. 1507, S. 265. Auch in Frankfurt mussten die Juden bei einer Hochzeit eine Abgabe leisten. Bis ins 16. Jahrhundert bestand sie aus einer messingenen Röhre zum springenden Brunnen. Bothe, Beiträge. S. 15. Für Freiburg siehe Frank, Steuern. S. 79. Für Freiburg ist auch die Besteuerung von Sabbathlichtern, Koscherfleisch und Laubhütten bekannt.

dorúmb hat."¹⁴²⁴ Dieser Formulierung lässt sich entnehmen, dass die Stadt von den Juden Zusatzabgaben erheben konnte und dies auch tat. Ausserordentliche Abgaben leisteten in den Städten sowohl die jüdischen Gemeinden als Ganze als auch einzelne ihrer Mitglieder, wobei die Höhe der Beträge stark variierte und zwischen wenigen Gulden und fünfstelligen Summen liegen konnte. Die Begriffe und Verben, die im Zusammenhang mit diesen Sonderzahlungen verwendet wurden, sind breit gestreut und weisen auf die unterschiedliche Erhebungsart hin. Einerseits wird davon geschrieben, dass die Juden der Stadt diese Summe „gaben“¹⁴²⁵ oder „schenken“¹⁴²⁶, andererseits „empfangt“ die Stadt oder sie „nimmt“ ein „geschenk“ oder eine „stur“ „ein“. Gezahlt wird an den Bau, Verhandlungen am Hof, an „der stede noden“ u.a. Bereits aus diesem kurzen Überblick geht hervor, dass es sich um Abgaben in sehr unterschiedlicher Form handelt. Es können Steuern sein, von der Stadt geforderte Sonderabgaben, aber auch mehr oder weniger freiwillig geleistete Geschenke. Was hat man unter Geschenken, die eine Korporation an eine andere leistete, zu verstehen? Geschenke bildeten einen festen Bestandteil in der spätmittelalterlichen politischen Kommunikation.¹⁴²⁷ In den Geschenken der jüdischen Gemeinde an die städtische wird die asymmetrische Abhängigkeit zwischen den zwei Gruppen sichtbar. Geschenke erhöhten für die jüdischen Bürger die Chancen, wenn sie in gewissen Situationen nicht gar die Voraussetzung dafür waren, dass die eigenen Interessen berücksichtigt wurden. So wichtig Geschenke waren, so schmal war auch die Grenze, die sie von Bestechungszahlungen trennte. Dies zeigt sich oft im Rahmen von Bürgerunruhen in der stereotypen Anschuldigung, die Obrigkeit habe sich von den Juden bestechen lassen.¹⁴²⁸

Die überlieferten Zahlungen von Sonderabgaben können in Bezug auf ihren Verwendungszweck und/oder die Umstände ihrer Erhebung in mehrere Gruppen gegliedert werden, wobei einzelne Fälle in mehrere Kategorien passen können. Eine umfangreiche Gruppe bilden die Sonderzahlungen, die von den jüdischen Gemeinden aufgrund erhöhter städtischer

¹⁴²⁴ Stern, Bevölkerung. S. 33.

¹⁴²⁵ „Nota, daz die juden gaben, alse man mit yn ubir quam zwey jar zu sitzen.“ Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 239 (1372). „Wir han entphangen tusend gulden von den juden, die sie dem rade zu sture gegebin han zu der stede noden.“ Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 244 (1375). „Wir han entphangen funfundert gulden von den juden gemenlich, die sie der staid schanketen zu eren buwen unde andern iren noden. Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 257 (1381). Interessant ist bei den letzten zwei Einträgen, dass einmal von einem Geschenk und einmal von einer Steuerleistung gesprochen wird. Was bei dem Eintrag von 1375 nicht klar ist, ob es sich vielleicht um eine Sondersteuer handelte, die auch den christlichen Einwohnern auferlegt worden war, im Gegensatz zum Eintrag von 1381.

¹⁴²⁶ „Item von juden die gedinget hant 36p10s, so denne CC guldin die si uns schangktent an die varte ze dem keyser.“ Harms, ed., Jahresrechnungen 1. 1366/67. „geschenk der gemeinen juden C guldin“. Harms, ed., Jahresrechnungen 1. 1393/1394.

¹⁴²⁷ Groebener, Gefährliche Geschenke.

¹⁴²⁸ Graus, Pest. S. 371f

Ausgaben infolge von Bauvorhaben, Verteidigungszwecken, Territoriumserweiterung sowie Erwerb von Herrschaftsrechten geleistet wurden. In dieser Kategorie muss wiederum unterteilt werden in Abgaben, die im Rahmen der geltenden Bürgerpflichten geleistet wurden und denen vergleichbare Forderungen an die christlichen Einwohner gegenüberstanden, und solchen, die über die vereinbarten Abgabe- und Steuermodalitäten hinausgingen. Eine weitere Gruppe bilden Abgaben, die im Rahmen städtischer Interventionen beim Reich im Interesse der jüdischen Gemeinde geleistet wurden oder Zahlungen, die beim Erwerbe des Bürgerrechts, Verlängerung von Privilegien sowie in Krisenzeiten erfolgten. In eine dritte Gruppe gehören städtische Einnahmen, die aus dem finanziellen Profit aus Schuldentilgungen oder nach Pogromen herrühren. Zusätzlich enthalten die Quellen zahlreiche Belege von Sonderzahlungen, deren Verwendungszweck nicht angegeben wird. Aufgrund der in den meisten Städten fehlenden Kasseneinheit und der Überlieferungssituation des Verwaltungsschriftgutes ist davon auszugehen, dass nur ein Teil der geleisteten Sonderabgaben und Geschenke belegt sind. Die städtische Abgabepolitik kann allerdings nicht unabhängig, sondern nur vor dem Hintergrund der kaiserlichen Sonderabgabepolitik analysiert werden.

12.1.1 Abgaben im Rahmen eines erhöhten städtischen Finanzbedarfs

12.1.1.1 Sonderabgaben für Bauvorhaben und Verteidigungszwecke

Im 14. und 15. Jahrhundert hatte die überwiegende Mehrheit der Städte im Reich mit grossen finanzwirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, die in einigen Fällen in die Zahlungsunfähigkeit führten. In den meisten Fällen gehen die zerrütteten Finanzen auf erhöhte Kosten im Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen zurück.¹⁴²⁹ Es ist deshalb nur folgerichtig, dass auch eine beträchtliche Anzahl Sonderabgaben der Juden Zahlungen sind, die als Unterstützung der diversen städtischen Bauprojekte oder der Verteidigung in Kriegzeiten deklariert wurden. In dieser Kategorie muss unterschieden werden zwischen Beträgen, die auf allgemeine auch von Christen geleistete Sondersteuern zurückgehen, Zahlungen, die

¹⁴²⁹ Hans-Jörg Gilomen, "Anleihen und Steuern in der Finanzwirtschaft spätmittelalterlicher Städte. Option bei drohendem Dissens.," in Staatsfinanzierung und Sozialkonflikte (14.-20. Jh.), ed. Sébastien Guex, Martin Körner, Jakob Tanner, Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 12 (Zürich: 1994), 137-158. S. 140.

als Wehrpflichtkompensation geleistet wurden, und Beträgen, denen keine entsprechenden Zahlungen anderer rechtlicher Gruppen gegenüberstanden.

Klar als Teil der regulären Bürgerpflichten können beispielsweise die Kriegssondersteuern in Nördlingen und Konstanz gesehen werden, zu deren Zahlung auch die christlichen Bürger und der Klerus beigezogen wurden.¹⁴³⁰ In Rothenburg wurde beispielsweise 1414 von den Juden eine ausserordentliche Kriegssteuer im Zusammenhang mit der Birkenbachischen Fehde von 1411-1413 erhoben. 21 Steuerzahler entrichteten nach Vermögensgrösse gestaffelte Beiträge, die zusammen eine Summe von 152 Gulden ergaben. Dieser Abgabe der jüdischen Gemeinde stehen die Wehrverpflichtungen der christlichen Bürger gegenüber, die bei genug vermögenden Bürgern u.a. in der Stellung von Pferden mit entsprechender Ausrüstung und Reiter bestand und der Teilnahme an der Heerfahrt.¹⁴³¹ In der Regel nahmen Juden nicht an den Kriegszügen ausserhalb der Stadtmauern teil. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Steuern von 1414 mindestens partiell als Kompensation für einen persönlichen Wehrdienst. Allerdings ist aufgrund der einzelnen Beträge nicht ersichtlich, wie hoch die Belastung der jüdischen Steuerzahler im Vergleich mit christlichen tatsächlich war, d.h. ob nicht von den Juden ein höherer finanzieller Einsatz geleistet wurde als von christlicher Seite her. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist die Zahlung der jüdischen Gemeinde von 1000 Gulden 1396 interessant. Die Stadt musste in der Folge von innerstädtischen Unruhen dem Reich 5000 Gulden zukommen lassen.¹⁴³² Die Beteiligung der Juden mit einem Fünftel der Gesamtsumme übersteigt bei weitem ihren Anteil an der Bevölkerung wie auch am Vermögen der Stadt.

In anderen Städten ist oft nur ein kurzer Eintrag in den Rechnungsbüchern überliefert, dem zu entnehmen ist, dass sich die jüdische Gemeinde an Kriegs- oder Baukosten beteiligt habe.¹⁴³³ Nicht mehr in jedem Fall ist abklärbar, ob auch die christliche Einwohnerschaft beispielsweise zu einer Vermögenssteuer beigezogen worden war oder ob es sich bei den Zahlungen um Belastungen handelte, die nur der jüdischen Gemeinde auferlegt worden waren.

¹⁴³⁰ Siehe für Nördlingen, Kapitel 4.4.1.4 und für Konstanz, Kapitel 5.4.1.4. Die Bestimmungen im Schutzbrief der Jütlin von 1377 dürfen also nicht verallgemeinernd auf die gesamte Gemeinde bezogen werden.

¹⁴³¹ Siehe Kapitel "Die Bürger im Dienste der Stadt" in Ohlau, Haushalt Rothenburg. S. 77-120.

¹⁴³² Heinig, Reichsstädte, Freie Städte und Königtum 1389-1450. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte. S. 85.

¹⁴³³ Nürnberg: 1420: „*Item recepimus 500 guldein von dem Judenrat, damit si die burger erten an den neuen paw am wasser vor dem irhertuerlein.*“ Stern, Bevölkerung. Rothenburg: 1377 entrichtete die jüdische Gemeinde 100 lb an ein Bauvorhaben der Stadt. Sieben Jahre später zahlten die Juden 340 Gulden an den Bau der Jakobskirche. Ohlau, Haushalt Rothenburg. In Frankfurt leisteten die Juden 1449 einen Beitrag von 200 Gulden an die Kosten der Fehde der Stadt mit Michel, Herrn zu Bickenbach, und Philipp von Franckenstein. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 869. „*Wir han entphangen funfundert gulden von den juden gemenlich, die sie der staid schanketen zu eren buwen unde andern iren noden.*“ Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 257.

12.1.1.2 Sonderabgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb von Territorien und Herrschaftsrechten

Insbesondere in der zweiten Hälfte des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts hatten viele Städte enorm hohe Ausgaben, um ihre Unabhängigkeitsbestrebungen finanzieren und ausserstädtische Territorien in ihren Besitz bringen zu können.¹⁴³⁴ Dass die Juden indirekt zur Mitfinanzierung des Territoriums hinzugezogen wurden, kann anhand der Zürcher Finanzpolitik illustriert werden. Die von Juden geleisteten Sonderabgaben von Anfang des 15. Jahrhunderts fallen in etwa mit grösseren Gebietserwerbungen der Stadt zusammen.¹⁴³⁵ Vor dem Hintergrund einer Ritualmordanklage in Diessenhofen, in deren Zusammenhang auch Zürcher Juden beschuldigt wurden, nahm der Zürcher Rat die Juden 1401 in „Schutzhaft“.¹⁴³⁶ Im selben Jahr waren die Schaffhauser und Winterthurer Juden verurteilt und verbrannt worden und in Zürich nahm die antijüdische Stimmung zu. Zeitgenössischen Quellen kann man entnehmen, dass einzelne Gruppierungen *"etlich selber richten wollten und ungehorsam sin in dem raut, darüber das man die Juden in unsern schirm genomen mit unsren besigloten briefen"*.¹⁴³⁷ Die Angst vor Ausschreitungen wie auch der Flucht der Juden mit ihrem mobilen Besitz bewog den Rat, die ansässigen Juden am 6. August in Schutzhaft zu nehmen und ein Verzeichnis ihres Besitzes anzulegen. Dieser Entschluss weist bereits auf die finanziellen Ambitionen des Rates hin. Bei ihrer Freilassung wurden die Juden dann zu einer ausserordentlichen Abgabe von 1500 Gulden verpflichtet, deren Zahlung in der Seckelamtsrechnung von 1402 belegt ist. Unter der Rubrik *„ingenomen aller ley gelt“* steht der folgende Eintrag: *„CCC guldin an gold gaben die juden an die schuld die si unsren herren schuldig sint.“* *„gaben die juden 1200 gul-*

¹⁴³⁴ Ein Beispiel für die ruinösen Auswirkungen dieser Politik auf die städtischen Finanzen ist Bern. Gerber, Gott ist Burger. Hans-Jörg Gilomen, "Die städtische Schuld Berns und der Basler Rentenmarkt im 15. Jahrhundert," Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 82 (1982): 5-64.

¹⁴³⁵ Die Abgabe von 1500 Gulden mussten die Juden für ihre Freilassung aus der Schutzhaft aufbringen. Die Motivation hinter dieser Aktion dürfte mindestens teilweise der Wunsch gewesen sein zusätzliche Geldmittel verfügbar zu machen.

¹⁴³⁶ *„Wir, der burgermeister, die rat und die zwey hundert, der gross rat der statt Zürich syen uff disen huttigen tagen von der Juden wegen einhelklich uber einkomen, dz man Smaryen den Juden und Jsrahel den Juden heften und jn turn legen sol und dz man och die andern Juden alle gemeinlich jn haftung sol nemen und jr lip und jr gut besorgen und och jr gut jn geschrift nemen sol jn solicher mass, dz die burger sicher syen, dz der Juden lip noch jr gut nicht enpfondet werd; und sol man si also jn haftung behalten untz dz ein burgermeister, die rat und die zwey hundert ze rat werden, wz man uss jr lip und jr gut tun welle.“* Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. S. 341-43. Landolt, "Ritualmord." S. 183ff.

¹⁴³⁷ Johannes Dierauer, ed., Chronik der Stadt Zürich. Mit Fortsetzungen., Quellen zur Schweizer Geschichte 18 (Basel: 1900). S. 161. Die Judenverfolgung in Zürich fand im Rahmen einer allgemeinen Unruhe innerhalb der

*din worden Kunrat gauwerschen.*¹⁴³⁸ Eine weitere Sonderabgabe ist in den überhöhten Abgabeforderungen aus dem Jahre 1406/07 enthalten. Darauf weist auch die Schreibweise in der Seckelamtsrechnung hin. Zu jedem Namen werden zwei Beträge aufgeführt; ein tieferer, der im Durchschnitt einige Gulden unter dem Steuerbetrag von 1404/05 liegt, und ein zweiter Betrag, der das Drei- bis Fünffache des ersten beträgt.¹⁴³⁹ Aufgrund der Rechnungsbucheinträge scheint es sich um eine Sondersteuer von 365 Gulden gehandelt zu haben. Die zwei ausserordentlichen Zahlungen fallen in eine Zeit, die durch eine intensiverte Erwerbspolitik Zürichs geprägt war.¹⁴⁴⁰ Zusätzlich erwuchsen der Stadt durch die Aufwendungen im Appenzelkerkrieg sowie den Bau eines neuen Rathauses Kosten in beträchtlicher Höhe. Die Abgabepolitik gegenüber den Juden kann vor diesem finanziellen Hintergrund als eines der Mittel gesehen werden, um der Stadt die Entwicklung ihrer Erwerbspolitik zur zielstrebigem Territorialpolitik zu ermöglichen. Aufgrund der Quellsituation ist es zwar nicht möglich, die städtische Fiskalpolitik gegenüber den Juden über den ganzen Zeitraum ihrer Ansässigkeit nachzuzeichnen, aber die wenigen überlieferten Seckelamtsrechnungen aus den ersten zwei Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts gewähren einen Einblick.¹⁴⁴¹ Die Sonderabgaben in zwei von sechs überlieferten Rechnungen belegen, dass die Zürcher Juden nicht regelmässig, aber bei "passender" Gelegenheit zu hohen ausserordentlichen Zahlungen verpflichtet oder genötigt worden waren.

Auch der Erwerb von Herrschaftsrechten belastete den städtischen Finanzhaushalt immer wieder in hohem Masse. Ganz allgemein ist feststellbar, dass die jüdischen Gemeinden in Zeiten erhöhter Ausgaben von den Städten verstärkt zu Sonderzahlungen beigezogen wurden, der Zusammenhang zum Erwerb von Herrschaftsrechten wurde aber in der Regel nicht explizit gemacht. Eine Ausnahme bilden die Zahlungen, die sich auf Kosten bezogen, die aus dem Erwerb des Judenregals erwuchsen. In **Frankfurt** beispielsweise ist die erste Sonderabgabe nach 1350 für das Jahr 1372 überliefert. Die jüdische Gemeinde leistete eine Zahlung in der Höhe von 2130 Gulden: „*Nota, daz die juden gaben, also man mit yn ubir quam zwey jar zu*

Zünfte aufgrund der sich stärker organisierenden Gesellen und der daraus entstehenden Konflikte statt. Gilomen, "Innere Verhältnisse." S. 373f. Landolt, "Ritualmord." S. 183f.

¹⁴³⁸ StA ZH, F III 32, 1402, S. 15, 17.

¹⁴³⁹ „*In genommen von juden, als si sider Sant Marthis tag hie sint gesin uf Sant Johans zu Sungichten. Item L guldin / V guldin gab Aberham von Spir. Item XL guldin / X guldin gab Israhel. Item XLv guldin / Xiii guldein gab Moses gesind, ...*“ StA ZH, F III 32, 1404, S. 13.

¹⁴⁴⁰ Um 1400 entwickelte sich die Erwerbspolitik zur zielstrebigem Territorialpolitik. Mit gezielter Darlehenspolitik kamen zahlreiche Vogteien in den Besitz der Stadt Zürich; beispielsweise Greifensee für 6000 und Regensberg für 7000 Gulden. Eugster, Territorialstaat, S. 308-313. Raiser, Territorialpolitik.

¹⁴⁴¹ StA ZH, F III 32, 1402; 1404; 1406; 1413; 1416; 1418.

sitzen.“¹⁴⁴² Im Anschluss an die Liste mit den Zinsabgaben der einzelnen Haushaltvorsteher wird ein Grossteil der Namen ein zweites Mal mit einem Betrag zwischen 80 und 300 Gulden aufgeführt. Diese Sonderabgabe muss im Zusammenhang mit den 6000 Gulden gesehen werden, die die Stadt dem Kaiser für den Erwerb der zweiten Hälfte des Judenregals und anderer Herrschaftsrechte zu zahlen hatte.¹⁴⁴³ Auch die 1000 Gulden von 1375 dürfte die Stadt als Kompensationszahlung für die Auslagen u.a. im Zusammenhang mit dem Judenregal erhoben haben: „*Wir han entphangen tusend gulden von den juden, die sie dem rade zu sture gegeben han zu der stede noden.*“¹⁴⁴⁴ Der hohe Profit der Stadt relativiert sich allerdings vor dem Hintergrund der 6000 Gulden, die der Rat für den Erwerb des Judenregals aufbringen musste. Zusätzlich hatte die Stadt bereits vor der Wiederansiedlung der Juden 24'500 Pfund als Ausgabe im Zusammenhang mit dem Judenregal zu verbuchen.¹⁴⁴⁵ Verschiedene Städte sahen sich nach den Pogromen um 1349 mit den Ansprüchen von Adligen und Stadtherren konfrontiert, die weiterhin ihren jährlichen Anteil an der Judensteuer forderten. Auch an die Wormser und Speyrer Bürgerschaft wurde von verschiedenster Seite her die Forderung nach Ausgleichszahlungen gestellt.¹⁴⁴⁶ Für Frankfurt kann festgehalten werden, dass die Ausgaben bei weitem die Einnahmen, die die Stadt zwischen 1360 und 1372 von den Juden zu verbuchen hatte, übertrafen. Dieser Befund unterstützt die These, wonach die Abgaben der Juden bei der Wiederaufnahme nur eine sekundäre Rolle gegenüber deren Tätigkeit als Geldleiher gespielt hätten.

¹⁴⁴² Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 239.

¹⁴⁴³ 1372 erwarb die Stadt das Reichsschultheissenamt und zahlreiche weitere Reichsrechte. Konrad Bund, "Frankfurt am Main im Spätmittelalter 1311-1519," in Frankfurt a.M. Die Geschichte der Stadt Frankfurt a.M. in neun Beiträgen, ed. Frankfurter Historische Kommission, Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 17 (Sigmaringen: 1991), 53-150. S. 95.

¹⁴⁴⁴ Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 244.

¹⁴⁴⁵ 1349 entrichtete die Stadt 15'200 Pfund als Pfandsomme für das Judenregal an das Reich. Nach der Verfolgung der jüdischen Gemeinde löste der Rat 7507 Pfund aus dem Gut der Juden; die Hälfte der Pfandsomme. 1358 zahlte die Stadt 7500 Pfund als Ablösesumme für die 900 Pfund, die dem Erzbischof von Mainz jährlich zustanden. Es handelte sich in diesem Fall eher um eine Entschädigung für die entgangenen 9000 Pfund der vorausgegangenen zehn Jahre. Mit der Summe von 9000 Pfund forderte der Erzbischof von Mainz von der Stadt Frankfurt einen ausserordentlich hohen Betrag. Er begründete seine Forderung damit, dass ihm in den zehn Jahren seit 1349 die Jahresabgabe von ca. 900 Pfund, die ihm von der jüdischen Gemeinde zustand, entgangen sei. In der Auseinandersetzung zwischen der Stadt und dem Bischof entschied der Kaiser: „...umb soliche nunhundert phunt geldis und anders alle gulde, gevelle und recht, die der erwidrige Gerlach, ertzebischoff zu Mentze, von sines stiftis wegin von uns dem riche zu lehin hatte, odir in welchir wis daz were, of den juden zu Frankfort, die er mit willen sines capitels und verhenknisse den burgermeistern, dem rate und der stat gemeinlich da selbis verkauft hat, mit namen umb sybendusent und funfhundert gulden und nit me als von des voren. kaufs wegin sullent die voren. burgermeister, rat und stad ofheben und nemen vor allermenlich von den juden, die allernehest zu Frankefort wonhaftig oder sadelhaftig werdint, ...“ Ibid.S. 64. Nr. 165. Am 24. August 1358 bestätigte der Erzbischof von Mainz den Empfang von 7500 Gulden, um die er die Einnahme von 900 Pfund Heller pro Jahr an die Stadt verkauft hatte. Ebd., S. 64, Nr. 166. 1358 zahlte die Stadt weitere 1800 Pfund als Ablösesumme für die 100 Mark, die Eberhard von Epenstein jährlich zustanden. Die 1800 Pfund setzen sich aus einer Ablösesumme sowie einer Nachzahlung der entgangenen Einkünfte aus den vorangegangenen zehn Jahren zusammen.

¹⁴⁴⁶ Ziwes, Studien. S. 128.

Weiter ist zu beobachten, dass sich die Städte ihr Streben nach Unabhängigkeit auch in Bezug auf die Rechte an den Juden etwas kosten liessen. In einem zweiten Schritt waren sie jedoch stets darum bemüht, die Kosten auf die jüdische Gemeinde abwälzen zu können. Spätestens mit den Einnahmen aus der zweiten Judenschuldentilgung von 1390 dürfte Frankfurt seine Ausgaben bei weitem gedeckt und finanziell von der jüdischen Gemeinde profitiert haben.

Auch in **Basel** wurde die jüdische Gemeinde an den städtischen Auslagen für den Erwerb von Rechten an den Juden beteiligt. Gemäss den Basler Rechnungsbüchern entrichtete die jüdische Gemeinde nur sporadisch Sonderzahlungen. Alle vier überlieferten Zahlungen wurden von der jüdischen Gemeinde als Beitrag an diejenigen Kosten, die der Stadt aus den Verhandlungen um das Judenregal erwachsen, geleistet. 1366 erhielt die Stadt von den Juden 200 Gulden als Geschenk „*an die varte ze dem keyser*“.¹⁴⁴⁷ Diese Abgabe stand im Zusammenhang mit den Kosten für das Kaiserliche Privileg von 1365.¹⁴⁴⁸ Zehn Jahre später kam es zu einem Konflikt zwischen der Stadt Basel und dem Herzog Leopold um die Besteuerungsrechte an den Juden. Die Auseinandersetzung endete 1375 damit, dass sich die Stadt verpflichtete dem Herzog 19'000 für "der Juden Gut" zu geben.¹⁴⁴⁹ In denselben Jahren erhöhten sich die Ausgaben der Stadt sprunghaft aufgrund des Erwerbs von Herrschaftsrechten sowie diverser kriegerischer Auseinandersetzungen, die Kosten in fünfstelliger Guldenhöhe verursachten.¹⁴⁵⁰ Im Zusammenhang mit diesen Ausgaben sind die 1374/75 von den Juden geleisteten Sonderabgaben in der Höhe von über 5000 Pfund zu sehen.¹⁴⁵¹ Die nächste ausserordentliche Zahlung erfolgte 1386/87. Das Rechnungsbuch enthält die Eintragung, dass die „*gemeinen juden hie disent Rins DC guldin an die tusent guldin so si uns schuldig warent*“ gezahlt hätten.¹⁴⁵² In Ergänzung zu diesen 600 Gulden können vermutlich die 200 Gulden von 1389/90 sowie die 200 Gulden, die Louwelin 1387/88 entrichtete, als Teil der geforderten Sonderabgabe von insgesamt 1000 Gulden gesehen werden.¹⁴⁵³ Es werden keine Angaben zum Verwendungszweck des entrichteten Geldes gemacht, aber es dürfte in den Mauerbau und den Erwerb von Herrschaftsrechten sowie Aufwendungen für die Verteidigung geflossen sein. Vermutlich standen die Zahlungen im Zusammenhang mit dem Privileg Wenzels von 1385, das der Stadt

¹⁴⁴⁷ Harms, ed., Jahresrechnungen 1. 1366/67, S. 4.

¹⁴⁴⁸ Rudolf Wackernagel, "Urkundenbuch der Stadt Basel. Band 4," (1900). S. 258f, Nr. 287.

¹⁴⁴⁹ Ginsburger, "Juden in Basel." S. 385.

¹⁴⁵⁰ 1374 erwarb die Stadt u.a. den Zoll und die Münze für 16'500 Gulden.

¹⁴⁵¹ Harms, ed., Jahresrechnungen 1. Einnahmen des Jahres 1374/75.

¹⁴⁵² Ibid. 1386/87, S. 23.

¹⁴⁵³ Ibid. 1389/90, S. 30. „*Item von gemeinen juden CC guldin.*“

die Judenaufnahme sowie die Besteuerung derselben erlaubte.¹⁴⁵⁴ In einem zweiten Schritt hatte die Stadt versucht die Kosten auf die jüdische Gemeinde abzuwälzen. Im Weiteren mussten die Juden für die 2000 Gulden aufkommen, die der Kaiser 1390 im Zusammenhang mit der Ausstellung des Privilegs im selben Jahr gefordert hatte.¹⁴⁵⁵ Dabei dürfte es sich um eine Mischung aus einer Entschädigung für die Privilegierung sowie vergangener Judensteuern gehandelt haben.¹⁴⁵⁶ Zur selben Zeit mussten die Basler Juden 2500 fl. direkt ans Reich bezahlen. Eine Stelle aus einer Urkunde von 1390 weist darauf hin, dass es in Basel Juden gab, „die uns (der Stadt) nit versprochen hand, by uns seszhaft inen in bescheidenheit gehorsam sient.....“¹⁴⁵⁷. Die Stadt verpflichtete die betreffenden Juden die Schulden der jüdischen Gemeinde gegenüber der Stadt mitabzutragen. Es ist anzunehmen, dass sich die Urkunde auf Juden aus Kleinbasel bezieht.

Auch in **Hildesheim** ist eine Beteiligung der jüdischen Gemeinde an den städtischen Kosten für die Besteuerungsrechte belegt. Nach 1350 war der Bischof von Hildesheim offiziell der Inhaber des Judenregals und somit des Besteuerungsrechts, das 1428 für 600 Gulden an den Altstädter Rat überging.¹⁴⁵⁸ Im selben Jahr enthält die Stadtrechnung den Eintrag: *"entfangen van den jodden, dat se deme rade schengkeden, do se deme rade vorpendet worden."*¹⁴⁵⁹ Eine ähnliche Zahlung ist aus **Nürnberg** überliefert, wo die jüdische Gemeinde 1383 1500 Gulden entrichtete, *"do unser herre der kunig sie den burgern zehen jar lenger verschreib"*.¹⁴⁶⁰

¹⁴⁵⁴ Wackernagel, ed., UB Basel 5. S. 63, Nr. 55f.

¹⁴⁵⁵ Wenzel stellt der Stadt ein Privileg für 14 Jahre aus, in dem er ihr zugesteht für die ersten vier Jahre die ganze Steuer behalten zu dürfen. Danach muss sie die Hälfte der Reichskammer zukommen lassen. Ulrich, Sammlung. Anhang W, Aus dem Weissen Buch, S. 455f.

¹⁴⁵⁶ Die jüdische Gemeinde zahlte diese 2000 Gulden zwischen 1392 und 1395 in 500-Gulden-Raten an die Stadt zurück.

¹⁴⁵⁷ Wackernagel, ed., UB Basel 5. S. 156, Nr. 144.

¹⁴⁵⁸ Der Bischof verpfändete dem Rat 1428 für „ses hundred ghuder vulwichtigen Rinschen ghulden“ das Judenregal. „... vorpendet... al uns unde unses stichtes joden bnnen Hildensem, to Alvelde... myt al oren tinsen, beden, borken, rechticheiden unde tobehoringen, ölicht unde unplicht, alse se uns unde unsem stichte unde den unsen to donde unde to ghevende plegen nictes utgesecht,...“ UB Hildesheim IV, S. 40f, Nr. 32. 27. Juli 1428.

¹⁴⁵⁹ Ebd.

¹⁴⁶⁰ Stern, Bevölkerung.

12.1.2 Sonderabgaben bei Aufnahme ins Bürgerrecht oder bei der Verlängerung von Privilegien

In einzelnen Städten leisteten einzelne jüdische Bürger oder die jüdische Gemeinde als Ganze für die Bürgeraufnahme oder die Verlängerung von Privilegien Sonderzahlungen, teilweise im dreistelligen Guldenbereich. Es muss zwischen zwei Formen von Abgaben unterschieden werden. In die erste Kategorie gehören Zahlungen, die regelmässig bei der Verlängerung des Bürgerrechts oder der Aufnahme der Einzelnen ins Bürgerrecht entrichtet wurden. Die entsprechenden Beispiele Köln und Rothenburg wurden bereits in Kapitel C.1. besprochen. In die zweite Kategorie gehören die Städte, in denen nur in unregelmässigen Abständen Sonderzahlungen bei Bürgerrechtsverlängerungen geleistet wurden, beispielsweise Frankfurt im 14. und 15. Jahrhundert. In der Mainmetropole zahlte die jüdische Gemeinde in den 1410er Jahren einen Betrag von mehr als hundert Gulden für die Stättigkeitsverlängerung.¹⁴⁶¹ Erneut ist eine Sonderzahlung für das Jahr 1447 in der schriftlichen Überlieferung belegt.¹⁴⁶² Nicht nur bei der Bestätigung der Rechte, sondern auch bei einem Antrag auf eine Änderung einzelner Belange setzte die jüdische Gemeinde auf das Mittel der Sonderzahlung. Ein Antrag der jüdischen Gemeinde Frankfurts zeigt, dass sie es durchaus als ratsam erachtete, bei einem Begehren an den Rat, ihm ein Geschenk zukommen zu lassen, um eine günstige Ausgangslage zu schaffen. 1445 gelangte sie mit der Anfrage, an einem Tag die Woche schächten zu dürfen, an den Rat. In einem Schreiben wird von jüdischer Seite her darauf hingewiesen, dass die Judenschaft dem Rat einen ansehnlichen Geldbetrag habe zukommen lassen und sie dafür die Zusicherung von Ratsmitgliedern erhalten hätte, dass ihr Anliegen im Rate bestens vertreten würde.¹⁴⁶³

Auch aus Nürnberg sind verschiedentlich Zahlungen einzelner jüdischer Neubürger bei ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht belegt. Die vier dokumentierten Beträge bewegen sich zwischen 75 und 500 Gulden.¹⁴⁶⁴

¹⁴⁶¹ Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 99 (1412).

¹⁴⁶² Ibid., Nr. 838, 850 (1447).

¹⁴⁶³ Ibid. 1, Nr. 802.

¹⁴⁶⁴ Siehe Kapitel 7.

12.1.3 Sondereinnahmen der Städte durch Ausplünderung der Juden in Krisenzeiten

12.1.3.1 Sonderabgaben in Krisenzeiten

Als dritte Gruppe werden in diesem Kapitel die Zahlungen zusammengefasst, die geleistet wurden, weil sich die jüdische Gemeinde in einer Krisenzeit mit ausserordentlichen Abgaben des städtischen Schutzes versichern wollte.¹⁴⁶⁵ Im Jahre 1384 häuften sich in zahlreichen Städten Sonderzahlungen an den Rat, die aufgrund der akut judenfeindlichen Stimmung in der Region und vor dem Hintergrund der drohenden Schuldentilgung entrichtet wurden. In Nördlingen, Weissenburg und Windsheim wurden die ansässigen Juden Opfer einer Verfolgung.¹⁴⁶⁶ In Augsburg entging die jüdische Gemeinde einem Pogrom, ihre Mitglieder wurden aber gefangen gesetzt und dazu genötigt, die unerhört hohe Summe von 22'000 Gulden zu leisten. Die einschüchternde Wirkung dieser Politik zeigte sich in benachbarten Städten darin, dass die jeweiligen Gemeinden „freiwillig“ Abgaben im vier- bis fünfstelligen Bereich entrichteten, um sich der Unterstützung und des Schutzes der Stadtobrigkeit zu versichern. In Nürnberg schenkte die Reppin dem Rat 1000 Gulden *„unbetwungenlichen, do ez als ubel von der Juden wegen in den landen stuende“*.¹⁴⁶⁷ Im selben Jahr leistete die ganze Gemeinde noch weitere 2200 Gulden an den Rat.¹⁴⁶⁸ Auch in Rothenburg o.T. sind von 1384 zwei ausserordentliche Abgaben überliefert. 340 Gulden gingen an den Bau der Jakobskirche und eine zweite Zahlung in der Höhe von 6000 Gulden wurde der Stadt explizit für geleistete Schutzmassnahmen entrichtet.¹⁴⁶⁹ Eine weitere Stadt, in der die jüdische Gemeinde 1384 Sonderabgaben in beträchtlicher Höhe leistete, war Frankfurt. In der Stadt am Main wurden im Zeitraum von 1381 bis 1384 mehrere tausend Gulden entrichtet. Einerseits stand ein Teil der Zahlungen sicherlich mit den städtischen Bemühungen um eine Verhinderung der Schuldentilgung im Zusammenhang, andererseits dürften sich auch in Frankfurt die Juden des obrigkeitlichen Schutzes versichert haben wollen.

¹⁴⁶⁵ Eine Krise kann sich einerseits durch ein zunehmend judenfeindliches Klima, andererseits durch stadttinterne Spannungen und Bürgerunruhen manifestieren. Ein fester Bestandteil der spätmittelalterlichen Politik war, Geschenke denjenigen Personen zukommen zu lassen, die man verpflichten will. Groebener, Gefährliche Geschenke.

¹⁴⁶⁶ Siehe Kapitel 4.4.4.8.

¹⁴⁶⁷ Moritz Stern, König Ruprecht von der Pfalz in seinen Beziehungen zu den Juden. Ungedruckte Königsurkunden nebst ergänzenden Aktenstücken (Kiel: 1898).

¹⁴⁶⁸ „Item die gemein der Juden dederunt nobis 1000 guldein, die sie den burgern auch schankten. Actum ut supra. Item iterunt die gemein der Juden dederunt nobis 1200 guldein; und also haben sie uns 2200 guldein bezalt, die sie den burgern schankten.“. Ibid.

Interessant ist auch die Zahlung der Zürcher jüdischen Gemeinde von 1393. Explizit als Geschenk wird eine Abgabe von 148 Gulden in der Zürcher Rechnung von 1393 bezeichnet.¹⁴⁷⁰ Den Gerichtsprotokollen desselben Jahres lässt sich entnehmen, dass ein Mitglied der jüdischen Gemeinde verdächtigt worden war, einen Ritualmord begangen zu haben. Obwohl der vermisste Knabe nach kurzer Zeit im Wolfbach tot aufgefunden worden war und die Juden entlastet wurden,¹⁴⁷¹ wäre es möglich, dass es die jüdische Gemeinde für angebracht gehalten hatte, die Behörden mit einem Geschenk günstig zu stimmen, um sich im Falle von weiteren Schwierigkeiten des Schutzes der Stadtobrigkeit sicher zu sein.

Verschiedentlich wurden die Juden in Krisenzeiten gefangen gesetzt, um auf diese Weise hohe Geldbeträge zu erpressen. Unter dem Vorwand, die Juden schützen zu wollen, wurden sie von der Stadtobrigkeit in Schutzhaft genommen und in der Regel nur gegen ein hohes Lösegeld wieder freigelassen.¹⁴⁷² Der Augsburger Rat setzte die Juden 1384 im Rahmen der Nördlinger Judenverfolgung gefangen und verlangte für ihre Freilassung einen Betrag von 22'000 Gulden.¹⁴⁷³ Bei dieser hohen Summe handelte es sich bereits um die zweite Sonderabgabe innerhalb von vier Jahren. 1381 erpresste die Stadtobrigkeit von ihrer jüdischen Gemeinde mittels derselben Vorgehensweise einen Betrag von 5000 Gulden.¹⁴⁷⁴ Im Falle von Augsburg erreichten die Juden mit der Zahlung dieser horrenden Beträge immerhin, dass sie von einer physischen Verfolgung verschont blieben.¹⁴⁷⁵ Bereits 1377 ging die Stadt Worms ähnlich gegen ihre Juden vor und erreichte dadurch eine Zahlung von 20'000 Gulden, die sie als nachträgliche Beihilfe zu einem Kriegszug verstand.¹⁴⁷⁶

In Zürich und in Konstanz wurden die Juden 1401 und 1430 im Rahmen einer Ritualmordbeschuldigung in einer benachbarten Stadt gefangen genommen und zur Zahlung exorbi-

¹⁴⁶⁹ Ohlau, Haushalt Rothenburg.

¹⁴⁷⁰ Ulrich, Sammlung. S. 17.

¹⁴⁷¹ StA ZH, B VI 195, 51-52, 56.

¹⁴⁷² Dieselbe Methode wurde auch wiederholt angewandt, wenn sich die jüdischen Gemeinden weigerten, ausserordentliche Abgabenforderungen von Seiten des Reichs zu erfüllen.

¹⁴⁷³ Mütschele, Juden in Augsburg. S. 230–35.

¹⁴⁷⁴ Bereits 1373 mussten sie 10'000 Gulden an das Reich abliefern. Ibid. S. 199.

¹⁴⁷⁵ In Zürich wurden die Juden im Zusammenhang mit der Verfolgung in Schaffhausen in Schutzhaft genommen und nur gegen ein Lösegeld von 1500 Gulden wieder freigelassen.

In Augsburg zahlten die Juden 1308 in einer Zeit der Rechtsunsicherheit 500 Pfund Augsburger Pfennige für ein städtisches Privileg, in dem die Stadt der jüdischen Gemeinde explizit ihren Schutz bestätigte.

Meyer, Stadtbuch Augsburg S. 337, 1303. Siehe Ibid. S. 171.

¹⁴⁷⁶ GJ 3:2, S. 1676.

tant hoher Beträge benötigt.¹⁴⁷⁷ Ähnliches ereignete sich in Regensburg zwischen 1476 und 1480. Zu diesem Zeitpunkt herrschte eine stark antijüdisch geprägte Stimmung, die seitens des Bischofs sowie seitens des Herzogs von Bayern geschürt wurde. Die Juden wurden im Rahmen einer Ritualmordbeschuldigung in Schutzhaft genommen und erst vier Jahre später gegen ein hohes Entgelt entlassen. Auf 5000 Gulden beliefen sich die Prozesskosten, die von ihnen übernommen werden mussten. Weiter forderte der Rat von der jüdischen Gemeinde 8000 Gulden, die er wegen Ungehorsams an den Kaiser entrichten musste. Zusätzlich liess sich der Rat die Haftkosten von 600 Gulden erstatten. Weitere 10'000 Gulden gingen an den Kaiser, der seinerseits die Gerichtsbarkeit an den Juden für sich beanspruchte.¹⁴⁷⁸

12.1.3.2 Profit der Städte im Rahmen von Schuldentilgungen

1385 und 1390 führte König Wenzel zwei Judenschuldentilgungen durch.¹⁴⁷⁹ Nutznießende der ersten Tilgung waren neben dem König hauptsächlich die Städte. Ersterer erhielt von den Städten den Betrag von 40'000 Gulden und sicherte im Gegenzug dazu eine Herabsetzung der Schulden zu. Für Darlehen, die innerhalb des vergangenen Jahres aufgenommen worden waren, musste kein Zins mehr entrichtet werden. Bei älteren Schulden wurden Zins und Kapital addiert, ein Viertel dieser Summe erlassen, und der Rest wurde als das neue Kapital angesehen. Die Rückzahlung dieser Beträge musste bis am 2. Februar 1388 erfolgen.¹⁴⁸⁰ Tatsache war, dass die Rückzahlung der Restbeträge oft an die Städte und nicht an die rechtmässigen Gläubiger erfolgte. Aus Nürnberg ist bekannt, dass die Stadtobrigkeit aus dieser Judenschuldentilgung einen Gewinn von 60'000 Gulden zog!¹⁴⁸¹ Zusätzlich wurden die Städte von Wenzel für die Zeit bis 1388 autorisiert, die jüdischen Gemeinden beliebig nutzen zu dürfen, ohne dem Reich einen Teil abgeben zu müssen. Diese Bestimmung bedeutete für die Städte den Freipass, sich bis am 2. Februar 1388 auch der Ausstände der jüdischen Geldleiher zu bedienen. Ein politischer Vorteil ergab sich für die Städte aus der Konstellation, dass sie als

¹⁴⁷⁷ Die Zürcher nahmen ihre Juden 1401 im Rahmen der Diessenhofener Ritualmordbeschuldigung in Schutzhaft. Gilomen, "Innere Verhältnisse." S. 350. Für Konstanz siehe 5.4.4.4.

¹⁴⁷⁸ Freimann, Geschichte der Juden, S. 80–83. Isenmann, "Steuern." S. 2270f.

¹⁴⁷⁹ Süssmann, Judenschuldentilgungen. Wenninger, Man bedarf. Holz, Reichsstädte und Zentralgewalt. S. 98–102, 140–152.

¹⁴⁸⁰ RTA 1, Nr. 268ff, S. 492ff.

¹⁴⁸¹ Toch, "Der jüdische Geldhandel."

Gläubiger vieler adliger Schuldner auftraten, diese finanziell unter Druck setzen und so in den Besitz zahlreicher Herrschaftsrechte gelangen konnten.¹⁴⁸²

Anders präsentiert sich die Situation für die Städte in Bezug auf die zweite Judenschuldentilgung von 1390. Gegen eine individuell ausgehandelte Entschädigung verfügte Wenzel den Erlass der Schulden, die weltliche und geistliche Fürsten sowie Bürger und Städte bei den Juden gemacht hatten.¹⁴⁸³ Diese zweite Tilgung zeitigte für die Juden noch fatalere Folgen als diejenige von 1385, da sie des grössten Teils ihrer Ausstände verlustig gingen. Die Städte versuchten ihrerseits, möglichst tiefe Pauschalsummen auszuhandeln und erhielten für ihre Bemühungen zum Teil einen prozentualen Anteil an den erlassenen Schulden.¹⁴⁸⁴ Ihr Profit hielt sich aber im Vergleich zu 1385 in Grenzen.

Die drohenden Schuldentilgungen lösten in den Städten eine Reihe von Sonderabgaben aus; einerseits um sich der Unterstützung des Rates zu versichern, andererseits als Zahlungen an die Verhandlungen der Städte mit dem König. *Wir han enphangen düsend gülden von der judischeit wegin, die sie dem rade gegeben han von solicher koste und erbeit wegin, als sie umb iren willin gehabt han.*¹⁴⁸⁵ Aus einem Eintrag von 1390 geht hervor, dass die Juden die Kosten für die Verhandlung mit dem Kaiser in Bezug auf die drohende Judenschuldentilgung selber tragen mussten. Dieser Versuch, die Tilgung abzuwenden scheiterte, und die jüdische Gemeinde entging der Schuldentilgung nur vorübergehend. Nach langwierigen, kostspieligen Verhandlungen mit dem König in Prag gelang es der Stadt, vom König eine Bestätigung der Verpfändungsurkunde von Karl IV. zu erhalten.¹⁴⁸⁶ Wenzel schloss die Stadt in den Schuldenerlass mit ein, mit der Zusage, ihr freie Hand zu lassen in Bezug auf die Regelung der Angelegenheit mit den Schuldnern.¹⁴⁸⁷ Die Stadt zwang die Juden, ihr einen Teil der Forderungen auszuhändigen und trat an deren statt als Gläubigerin auf, mit der Option, das Geld selber zu verwenden.¹⁴⁸⁸ Leider sind keine Quellen erhalten geblieben, die darüber Auskunft geben, wie hoch der städtische Gewinn ausfiel; aber er dürfte beträchtlich gewesen sein.¹⁴⁸⁹ Im Verlaufe der Abwicklung der Schuldentilgung kam es mit verschiedenen Schuldnern zu Unstimmigkei-

¹⁴⁸² Wolfgang von Stromer, *Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450* (1970).

¹⁴⁸³ Beispiel: Aufhebung der Judenschulden in Schwaben, RTA 2, Nr. 174, S. 312ff.

¹⁴⁸⁴ Nürnberg beispielsweise handelte einen Betrag von 4000 Gulden aus und vereinbarte mit den Schuldnern einen Anteil von 30 Prozent der erlassenen Schulden. Der Gewinn belief sich für die Stadt in etwa auf 22'000 Gulden. Mütschele, *Juden in Augsburg*. S. 237.

¹⁴⁸⁵ Kracauer, ed., *UB Juden in Frankfurt*. S. 290.

¹⁴⁸⁶ *Ibid.* S. 147, Nr. 373.

¹⁴⁸⁷ Kracauer, *Geschichte der Juden in Frankfurt*. S. 59-79.

¹⁴⁸⁸ Kracauer, ed., *UB Juden in Frankfurt*. S. 148, Nr. 375.

ten, die wiederholt in Fehdeansagungen mündeten. Der Streit zog immer weitere Kreise, und der König war gezwungen einzugreifen. In einem Erlass von 1392 verordnete er, dass alle Anleihen, die bei den Juden Frankfurts seit dem 16. September 1390 gemacht worden waren, diesen unbedingt bezahlt werden müssten. Dieser Erlass führte zu grösster Unzufriedenheit im Kreise der Schuldner und bewirkte eine verstärkt antijüdische Haltung. Als Konsequenz veranlasste der Rat die Juden ihre Briefe und Pfänder auszuliefern, da die Häuser der Juden seiner Ansicht nach nicht sicher genug waren. Er annektierte die Briefe und Pfänder der jüdischen Geldleiher und trat an deren Stelle als Gläubiger auf. Die Rückzahlungen der Schulden konnten als städtische Einnahmen verbucht werden.¹⁴⁹⁰

Zusammenfassend kann man sagen, dass die zwei Schuldentilgungen für zahlreiche Städte Zusatzeinnahmen in beträchtlicher Höhe bedeuteten. Einerseits profitierten die Städte und ihre Bürger durch den direkten Erlass von Schulden und der Rat durch die Einnahmen der Ausstände anstelle der rechtmässigen Gläubiger. Andererseits konnte den Stadtobrigkeiten auch ein indirekter Nutzen entstehen, indem die jüdischen Gemeinden sie für ihren Einsatz, die Schuldentilgungen abzuwenden, hoch entlöhnten.

12.1.3.3 Einnahmen der Stadt nach einem Pogrom oder einer Vertreibung

Nach einem Pogrom oder einer Vertreibung entfaltete sich in den Städten häufig ein Konflikt zwischen verschiedenen Parteien um den Besitz der Juden. In der Regel kam es zu einer Verteilung, bei der die Städte beträchtliche Sondereinnahmen zu verzeichnen hatten. Detailliert wurde bereits die Situation in Nördlingen, Schaffhausen und Konstanz geschildert. An dieser Stelle soll darauf verzichtet werden, zusätzliche Beispiele näher zu erläutern. Abschliessend soll nur darauf hingewiesen werden, dass die Einnahmen in der Regel im drei bis fünfstelligen Guldenbereich lagen.¹⁴⁹¹

¹⁴⁸⁹ Ibid. Register über die Rückgabe der Briefe und Pfänder, S. 162ff, Nr. 403.

¹⁴⁹⁰ Kracauer, "Judengasse." S. 76-79.

¹⁴⁹¹ Augsburg, Basel, Colmar, Frankfurt, Köln, Konstanz, Nördlingen, Nürnberg, Schaffhausen, Strassburg.

12.2 Sonderabgaben der Juden an das Reich

Die Sonderabgabenpolitik der Städte gegenüber den Juden kann im 14. und 15. Jahrhundert nicht abgekoppelt von der kaiserlichen Fiskalpolitik betrachtet werden, insbesondere da die Abgaben der Juden eine der Haupteinnahmequellen des Reiches bildeten. Als Folge einer gewandelten sozialökonomischen Basis der Herrschaftssicherung ist im Spätmittelalter ein vermehrter Geldbedarf des Königs zu beobachten. Es standen verschiedene Möglichkeiten offen diesem Problem zu begegnen. Die fehlenden finanziellen Mittel konnten beispielsweise über Kreditaufnahmen beschafft werden.¹⁴⁹² Diese Methode wurde allerdings erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts auf breiter Basis angewandt. Im 14. und weit ins 15. Jahrhundert hinein dominierte die Verpfändung von Reichsgut und Reichsrechten. Diese Vorgehensweise schmälerte auf längere Sicht die Einkünfte des Reiches empfindlich. Die regelmässigen Haupteinnahmequellen waren im 14. und 15. Jahrhundert die Steuern der Reichsstädte und der Juden.¹⁴⁹³ Letztere entrichteten als ordentliche Steuer die „Judensteuer“ und seit 1342 eine Kopfsteuer, den „Goldenen Opferpfennig“.¹⁴⁹⁴ Obwohl während des ganzen 15. Jahrhunderts das königliche Bestreben dahin ging, neue reichsweite Einnahmequellen zu erschliessen, wurde zur selben Zeit ein Grossteil der regelmässigen Einnahmen verpfändet. So hatte das Königtum auch einen beträchtlichen Teil seiner regulären, periodisch eingehenden Einnahmen von den Juden an geistliche und weltliche Fürsten, Städte, Städter oder Amtsträger des Hofes verpfändet oder angewiesen. Diese Finanzpolitik zeitigte das Sinken der regelmässigen jährlichen Einnahmen des Reiches zwischen 1350 und 1450 von 40'000 Gulden auf wenige tausend Gulden.¹⁴⁹⁵ Die Kombination von sinkenden Einnahmen und steigendem Finanzbedarf veranlasste den König sich alternative Möglichkeiten der Mittelbeschaffung zu überlegen. In Bezug auf die jüdischen Gemeinden bedeutete dies eine zunehmende Anzahl ausserordentli-

¹⁴⁹² Eberhard Isenmann, "Reichsfinanzen und Reichssteuern im 15. Jahrhundert," *Zeitschrift für historische Forschung* 7 (1980): 1-76, 129-218.

¹⁴⁹³ Werner Wild, *Steuern und Reichsherrschaft* (Bremen: 1984). Heinig, *Reichsstädte, Freie Städte und Königtum 1389-1450. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte. Kapitel Finanzielle Beziehungen*.

¹⁴⁹⁴ Ludwig der Bayer führte 1342 eine zusätzliche Jahressteuer ein. Jeder Jude und jede Jüdin über zwölf Jahre mit einem Mindestvermögen von 20 Gulden musste einen Gulden an die Reichskammer entrichten. Aufgrund diverser Privilegien unterschieden sich anfangs des 15. Jahrhunderts in verschiedenen Reichsteilen die Steuermodalitäten. Isenmann, *Steuern und Abgaben*, S. 222f. Rösel, *Reichssteuern*, S. 208f. Barbara Suchy, "Vom 'Guldenen Opferpfennig' bis zur 'Judenvermögensabgabe. Tausend Jahre Judensteuern,'" in *Mit dem Zehnten fing es an*, ed. Uwe Schultz (München: 1986), 114-129.

¹⁴⁹⁵ Wild, *Steuern*, S. 81f.

cher Abgabeforderungen.¹⁴⁹⁶ In unregelmässigen Abständen wurden sowohl von Juden als auch von den Reichsstädten in unterschiedlicher Form ausserordentliche Abgaben erhoben. In Bezug auf die Städte konnte es sich zum Beispiel um die Auslösung einer Reichspfandschaft, die finanzielle Beteiligung an Kriegskosten oder um eine Huldigung des römischen Kaisers durch Geschenke und die Bestätigung von Privilegien handeln. In Bezug auf die Juden sollen die verschiedenen Formen ausserordentlicher Forderungen im Folgenden genauer angeschaut werden. In eine erste Kategorie gehören die Forderungen, die mit dem Entstehen von erhöhten Ausgaben wegen reichs- und kirchenpolitischen Angelegenheiten begründet wurden.¹⁴⁹⁷ In eine zweite Gruppe können die Geldkontingente und Sachleistungen eingeordnet werden, die zusätzlich zur Steuerleistung des Reiches erhoben wurden. So waren beispielsweise die Besuche des Reichsoberhauptes für die betreffende Stadt und ihre jüdische Gemeinde in der Regel mit hohen Kosten verbunden. In Nürnberg beispielsweise waren die Juden verpflichtet bei Königsbesuchen Heizmaterial, Küchengerät und Bettwäsche bereitzustellen.¹⁴⁹⁸ Und für Frankfurt wurde im Verpfändungsbrief des Königs an die Stadt Frankfurt festgehalten, was die Juden bei einem Besuch zu leisten hatten.¹⁴⁹⁹ Aus den Kölner Stadtrechnungen von 1415 geht hervor, dass sich die jüdische Gemeinde an den Ausgaben des Königsbesuchs von 1414 beteiligen musste.¹⁵⁰⁰ Sigismund hatte 1414 den Juden Kölns und des Reiches als Dank für die grosszügige Unterstützung bei der Krönungssteuer von 1414 ein Privileg erteilt. Die Stadt und der Erzbischof von Köln konnten allerdings verhindern, dass sich die Kölner Juden an dieser Sonderabgabe beteiligen mussten. Im Gegenzug dazu zog die Stadt die Juden zu einer Beteiligung an ihren Kosten bei. In eine dritte Kategorie gehören die Forderungen, die im Rahmen einer einheitlichen Steuerordnung des Reiches erhoben wurden.¹⁵⁰¹

Die königliche Fiskalpolitik gegenüber den Juden änderte sich im Verlauf des letzten Viertels des 14. und im 15. Jahrhundert mehrmals, wobei die einzelnen Phasen mit den Regie-

¹⁴⁹⁶ Allerdings wurde von städtischer Seite her verschiedentlich die Frage gestellt, ob bei erfolgter Verpfändung einer Judengemeinde mit allen Nutzungsrechten der König noch das Recht hatte, ausserordentliche fiskalische Forderungen zu stellen. Isenmann, "Steuern." S. 2217.

¹⁴⁹⁷ Siehe unten beispielsweise die Hussitensteuern.

¹⁴⁹⁸ GJ III:2, Nürnberg, S. 1010.

¹⁴⁹⁹ Die Juden hatten der Kanzlei Pergament, dem Hof Betten, der Küche Kessel u.a.m. zu entrichten. Allerdings wurden diese Sachleistungen mit einer Geldsumme zwischen 800 und 1000 Gulden abgelöst. Zusätzlich befreite Friedrich III. die Frankfurter Juden für die folgenden 5 Jahre von jeglicher Steuer. Zusätzlich erneuert er ihnen den Schutzbrief von 1414. Andernacht, 1, Nr. 686, 695, 696.

¹⁵⁰⁰ „a communitate Judeorum 2200 g.r. ori expensis et propina et laboribus, quos dni consules sustinuerunt ex parte eorundem tempore presentis regis.“ Knipping, Stadtrechnungen I, S. 77.

¹⁵⁰¹ Einteilung nach Isenmann, "Steuern." S. 2245.

rungszeiten der einzelnen Herrscher zusammenfallen.¹⁵⁰² König Wenzel füllte die Reichskassen zweimal mit der Durchführung einer Judenschuldentilgung¹⁵⁰³, die zwar kurzfristig einen hohen Gewinn brachten,¹⁵⁰⁴ aber die jüdische Finanzkraft auf lange Sicht stark schwächten und somit auch für das Reich sinkende Steuereinnahmen zur Folge hatten. Aus der Sicht des Königs hatte diese Form ausserordentlicher Abgaben den Nachteil, dass er sehr stark auf die Zusammenarbeit mit den Judenschutzherren angewiesen war. Wenzels Nachfolger Ruprecht versuchte mit seiner Finanzpolitik diese Abhängigkeit zu minimieren und beteiligte jüdische Helfer an der Steuererhebung. Zusätzlich zu seiner Steuerpolitik intensivierte er die Bemühungen, die Einnahmen durch jüdische Bussgelder zu erhöhen. Eine finanzpolitische Absicht stand letztlich auch hinter dem gescheiterten Plan, 1407 einen Reichsrabbiner einzusetzen, der falsche Urteile durch andere Juden verhindern und für den Einzug von Bussen verantwortlich sein sollte. Das Reich hatte ein Interesse daran, eine Institution einzurichten, deren Vertreter sich in den innerjüdischen Angelegenheiten auskannten und denen die rabbinische Banngewalt zur Verfügung stand, um die anstehenden Interessen durchzusetzen.¹⁵⁰⁵ Nach einer verhältnismässig ruhigen Zeit unter König Ruprecht zeichnete sich die Regierungszeit Sigmunds durch eine stark intensivierte und organisierte Fiskalpolitik gegenüber den Juden aus. Geprägt wurde der neue Kurs in der Finanzorganisation von Sigmunds Kämmerer Konrad von Weinsberg, der für mehrere Jahrzehnte an der Spitze der Reichskammer stand.¹⁵⁰⁶ Teil der Strategie war es, die Verbindung zwischen dem Reichsoberhaupt und den Juden erneut zu stärken und den Zusammenhang zwischen dem Schutz des Reiches und der entsprechenden Bezahlung zu betonen, gegen den Widerstand der jeweiligen weiteren am Judenschutz beteiligten Parteien. Allerdings gelang es ihm in diesem langen Zeitraum lediglich Teile seiner Ideen einer effizienten Finanzorganisation in die Praxis umzusetzen. Im Zentrum stand die Erhebung diverser, zum Teil in kurzen Abständen aufeinanderfolgende ausserordentliche Abgaben, die in ih-

¹⁵⁰² Zur ausserordentlichen Besteuerung der Juden vor 1350 siehe Rösel, Reichssteuern. S. 210ff.

¹⁵⁰³ Heinig, Reichsstädte, Freie Städte und Königtum 1389-1450. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte. S. 82ff.

¹⁵⁰⁴ Bei der ersten Schuldentilgung verlangte Wenzel 40'000 Gulden. "Zahlungsbefehl an die 36 genannten Städte betreffend die Entrichtung der 40'000 Gulden Judengelder in Abschlagssummen." RTA 1, Nr. 275, S. 503. Die zweite Schuldentilgung war anders angelegt und machte die Fürsten und den König zu den Hauptnutznießern des Schuldenerlasses. Letzterer verlangte von jedem, der in den Genuss des Schuldenerlasses kommen wollte, eine finanzielle Entschädigung.

¹⁵⁰⁵ Mütschele, Juden in Augsburg. S. 241. Guggenheim, "Gemeinde." S. 2132.

¹⁵⁰⁶ Dietrich Kerler, "Zur Geschichte der Besteuerung der Juden durch Kaiser Sigmund und König Albrecht II.," Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 3 (1889): 1-13, 107-129. Karl Schumm, "Konrad von Weinsberg und die Judensteuer unter Kaiser Sigismund," Württembergisch Franken 54, NF 44 (1970): 20-55. Mütschele, Juden in Augsburg. S. 242-246. Heinrich Koller, "Zur Reformpolitik Kaiser Sigismunds," in Sigismund von Luxemburg, Kaiser und König in Mitteleuropa: 1387-1437, ed. Josef Macek (Warendorf: 1994), 17-

rer geforderten Höhe weniger eine Steuer als eine Ausplünderung der Juden bedeutete. Als unterstützende Massnahme, um die Steuerkraft der Juden zu vergrössern, ordnete Sigismund 1415 die Wiederaufnahme von Juden in Territorien und Reichsstädten an.¹⁵⁰⁷ Es dürfte also in einigen Städten Juden nur aufgrund der kaiserlichen Aufforderung wiederaufgenommen worden sein. Bereits der Umstand, dass von Reichsseite her diese Anordnung erlassen wurde, ist ein Hinweis darauf, dass längst nicht in allen Städten, die Juden wiederaufnahmen, die Meinung vertreten wurde, dass jüdische Geldleiher vom wirtschaftlichen Aspekt her für die städtische Wirtschaft nötig waren. Eine erste ausserordentliche Steuerforderung stellte er 1414 in der Form des 3. Pfennigs. Die königliche Steuergesandtschaft reiste über einen Zeitraum von mehreren Jahren durch die verschiedenen Reichsteile um die Veranlagung vorzunehmen, da ihnen die angebotenen pauschalen Beträge als ungenügend erschienen waren.¹⁵⁰⁸ 1418 erteilte Sigismund Konrad von Weinsberg die Erlaubnis an seiner Stelle den dritten Pfennig zu erheben. Mit dem Einzug der Sondersteuer war eine Kommission beauftragt, der auch vier Juden angehörten. Noch bevor der Einzug der Sonderabgabe von 1414 abgeschlossen war, forderte König Sigismund 1418 das „Bullengeld“, eine Entschädigung für seine Bemühungen, eine Bestätigung der jüdischen Privilegien durch Papst Martin V. zu erlangen. Beim Bullengeld handelte es sich um eine Vermögenssteuer in der Höhe des 30. Pfennigs, den alle Juden und Jüdinnen mit eigenem Vermögen zu leisten hatten. Allerdings wurden mit den betroffenen jüdischen Gemeinden Pauschalbeträge ausgehandelt, vermutlich um die sehr aufwändige Einzelveranlagung zu umgehen.¹⁵⁰⁹ In den 1420er Jahren folgten zwei Hussitenkriegssteuern, 1422 und 1427, zu denen auch die jüdischen Gemeinden beigezogen wurden.¹⁵¹⁰ 1434/35 erwartete letztere in der Form einer Krönungssteuer erneut eine hohe Forderung, die in etwa mit der Abgabe von 1414 vergleichbar war. Bereits 1438 wurde von den Juden wieder eine Krönungssteuer gefordert von König Albrecht III. Die Einnahmen trafen allerdings nur spärlich in

25. S. 24. Hektor Ammann, "Die Weinsberger Rechnungen und die Wirtschaftsgeschichte," *Württembergisch Franken Jahrbuch* 50 (1966): 169-184. S. 178.

¹⁵⁰⁷ Isenmann, "Steuern." S. 2219.

¹⁵⁰⁸ Ibid. S. 2248.

¹⁵⁰⁹ Die Juden der Städte Konstanz, Überlingen, Ravensburg, St. Gallen und Arbon leisteten 500 fl. Die Städte Ulm, Augsburg, Günzburg, Biberach, Nördlingen, Bopfingen, Giengen, Memmingen, Esslingen, Reutlingen, Ehingen, Rottenburg, Horb, Villingen, Blaubeuren und 16 Gemeinden in den Landen des Grafen von Württemberg sollten gemeinsam 600 fl entrichten. Isenmann, *Abgaben*, S. 2251. Zu Zahlungsterminen und Verhandlungen mit einzelnen Städten siehe Kerler, "Besteuerung der Juden." S. 3ff. Schumm, "Konrad von Weinsberg." S. 30ff.

¹⁵¹⁰ Von den Juden wurde 1427 eine Kopfsteuer von einem Gulden erhoben. Damit fiel ihre Besteuerung beträchtlich höher aus als die der Christen. Kerler, "Besteuerung der Juden." S. 107-110. Sabine Wefers, "Die Wirkung des Hussitenproblems auf den politischen Zusammenhang von König und Reich im Zeitalter Sigmunds," in *Sigmund von Luxemburg, Kaiser und König in Mitteleuropa: 1387-1437*, ed. Josef Macek (Warendorf: 1994), 84-108. S. 100-108. Wild, *Steuern*. S. 147ff.

der Reichskammer ein, unter anderem auch deshalb, weil ein Teil der Städte ihre Juden bereits vertrieben hatte. Albrecht sah davon ab, die Wiederaufnahme zu fordern, wie von seinem Kämmerer vorgeschlagen, rief aber dazu auf, die noch ansässigen Juden nicht zu vertreiben.¹⁵¹¹ Die Politik Friedrich des III. gegenüber den Juden war geprägt von erfolgreichen Interventionen gegen die Vertreibungsabsichten in diversen Städten. Sein Engagement für die Interessen der jüdischen Gemeinden ist als Teil seiner Fiskalpolitik zu sehen. Indem er den Städten verbot, ihre Juden zu vertreiben, erhielt er deren Finanzkraft für die Reichskammer. Auch dieser Kaiser griff zur Geldbeschaffung wiederholt auf das Mittel von ausserordentlichen Forderungen zurück. 1452 forderte er beispielsweise eine Krönungsabgabe und 1463 erhob er den 10. Pfennig, um die Kosten des vorangegangenen Krieges abzutragen. Gleichzeitig griff der Kaiserhof zu einem weiteren Mittel, um die eigene Finanzlage zu verbessern. Es wurde Wucher in der Form des Zinseszinses prozessual verfolgt. In der Form von Strafge-ldern oder Ablösungszahlungen, entrichteten zahlreiche Judengemeinden beträchtliche Summen an die Reichskammer um Prozesse zu vermeiden. In den folgenden Jahrzehnten wurden die Juden verschiedentlich zu Beitragszahlungen in Bezug auf Konflikte mit den Türken oder anderen Nationen zugezogen; 1474/75 im Burgunderkrieg, 1482 in Bezug auf den Krieg gegen die Türken, 1486 im Krieg gegen Ungarn, 1487 der Zug nach Österreich, 1489 der Zug nach Flandern, 1491 der Konflikt in Ungarn, 1497 der Zug nach Italien, 1499 im Schweizerkrieg. Zusätzlich wurde 1495 noch der Gemeine Pfennig von allen Juden erhoben.¹⁵¹²

Zusätzlich zu den oben beschriebenen ausserordentlichen Abgaben hatte die Reichskammer Einnahmen in beträchtlicher Höhe für die Ausstellung oder Bestätigung von Privilegien sowie von Straf- und Bussgeldern.¹⁵¹³ Ein letztes Mal profitierten König und Stadt bei der Vertreibung der Juden. Insbesondere Kaiser Maximilian I. war dazu bereit, verschiedenen Städten gegen ein Entgelt von mehreren tausend Gulden eine Vertreibungserlaubnis zu erteilen und der Stadtobrigkeit den Besitz der Juden zu überschreiben.¹⁵¹⁴

Zusammenfassend kann für das ausgehende 14. und das 15. Jahrhunderts festgehalten werden, dass auf Reichsebene sinkende Einnahmen aus den regulären jüdischen Steuern zu verzeichnen waren. Diese Entwicklung ist eng verschränkt mit der sich zunehmend intensivie-

¹⁵¹¹ Schumm, "Konrad von Weinsberg." S. 36ff.

¹⁵¹² Isenmann, Abgaben, S. 2253-2258.

¹⁵¹³ Ebd. S. 2258-2261.

¹⁵¹⁴ Nürnberg und Ulm entrichtete 1499 je 8000/5000 Gulden. Stern, Die Israelitische Bevölkerung der deutschen Städte. Ein Beitrag zur deutschen Stadtgeschichte. Erstes Heft: Aus Württemberg. Hall, Reutlingen 1349, Ulm 1499, Reutlingen 1495, 1516. S. 15.

renden Sonderabgabenpolitik des Reiches. Nach einem ersten negativen Höhepunkt mit den Schuldentilgungen 1385 und 1390 sind während des 15. Jahrhunderts zahlreiche Sonderforderungen zum Teil in beträchtlicher Höhe belegt. Diese mehrmaligen Ausplünderungen der Juden durch Sonderabgaben auf Reichsebene hatten wiederum ihre Wirkung auf die Vermögensverhältnisse dieser Bevölkerungsgruppe und reduzierten deren Steuerkraft längerfristig beträchtlich. Diese Entwicklung wirkte sich auch auf die Fiskalpolitik der Städte aus, die gezwungen waren, ihre Forderungen entsprechend zu senken oder eine Abwanderung ihrer jüdischen Bürger zu riskieren.

12.3 Zusammenfassung

Die vorangehenden Ausführungen haben gezeigt, dass die jüdischen Gemeinden in den verschiedenen Städten in unterschiedlichem Masse und in sehr unregelmässigen Abständen Sonderabgaben leisteten. Für keine der berücksichtigten Städte konnte eine kontinuierlich betriebene Sonderabgabenpolitik mit regelmässig geforderten ausserordentlichen Zahlungen nachgewiesen werden. Im Folgenden sollen die Städte aufgrund ihrer Strategie drei verschiedenen Gruppen zugeordnet werden. In die erste Gruppe kann Köln eingeordnet werden. In der Rheinmetropole leistete die jüdische Gemeinde laut der schriftlichen Überlieferung keine Sonderabgaben. Dies könnte einerseits auf die Herrschaftsverhältnisse und die städtische Darlehenspolitik zurückgehen,¹⁵¹⁵ andererseits lediglich in der Überlieferungssituation und dem Verwaltungsschriftgut begründet sein. In Köln ergab sich die Situation, dass die Stadtobrigkeit aufgrund der mit dem Erzbischof gemeinsam ausgeübten Schutzherrschaft auch unter dessen Kontrolle stand. Aus diesem Grund war der Rat weniger frei als andere Städte, Sonderabgabenforderungen an die ansässigen Juden zu stellen. Hinzu kommt, dass dem Erzbischof von allen Einnahmen die Hälfte zustand.¹⁵¹⁶

Eine zweite Städtegruppe zeichnet sich durch den sparsamen Einsatz des Mittels Sonderabgaben in der städtischen Fiskalpolitik aus. Nur wenige Einträge zu Sonderabgaben von zudem geringer Höhe enthalten die Nördlinger und Schaffhauser Quellen für das 15. Jahrhun-

¹⁵¹⁵ Zur Darlehenspolitik siehe Kapitel 12.4.

¹⁵¹⁶ Wie ausschlaggebend die Herrschaftskonstellation für die Erhebung von Sonderabgaben war, zeigt auch das Beispiel Hildesheim. Bevor die Stadt 1428 in den Besitz des Besteuerungsrechts an den Juden kam, hatten die

dert. Auch die Stadt Basel erhob im Vergleich mit anderen Städten Sonderabgaben in bescheidenem Masse. Nach den überlieferten Quellen scheint die Stadt Basel weder regelmässig Sonderabgaben noch hohe Steuern von der jüdischen Gemeinde erhalten zu haben. Die wenigen Sonderzahlungen, die von den Juden geleistet wurden, dienten vorwiegend dazu, Rechte an den Juden zu finanzieren. Der Umstand, dass keine weiteren Geschenke und Sonderabgaben in den Rechnungen verzeichnet sind, zeigt, dass Basel die Möglichkeiten des finanziellen Profits bei weitem nicht ausreizte und sich grösstenteils daran hielt, die Juden neben der vereinbarten Jahresabgabe *„nuczit twengen noch trengen uns dhein guot ze lihende oder ze gebende und soellent si ouch uber die egenant sture nut scheczzen umb dhein guot, ez si umb umbgelte oder umb dhein ander guot, daz wir uf uns selben oder uf die unsern ufseczende wurdent“*.¹⁵¹⁷

Eine dritte Gruppe bilden die Städte Augsburg, Frankfurt, Nürnberg, Rothenburg und Zürich.¹⁵¹⁸ In diesen Städten leisteten die jüdischen Gemeinden in sehr unregelmässigen Abständen Sonderabgaben, die insbesondere im 14. Jahrhundert im vier- bis fünfstelligen Bereich liegen konnten. Ein Vergleich der Sonderabgaben mit den regulären Steuern zeigt, dass in den 1370er und 1380er Jahren die ausserordentlichen Zahlungen mindestens eine Verdoppelung der von den Juden geleisteten städtischen Einnahmen bewirkten.¹⁵¹⁹ Werden zusätzlich die Einnahmen aus den Schuldentilgungen und der Aneignung jüdischen Besitzes nach einem Pogrom miteinberechnet, erscheint das Verhältnis noch unausgewogener. Dieses Resultat legt den Schluss nahe, dass auch in Städten, in denen keine entsprechenden Quellen überliefert sind, die jüdischen Gemeinden in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts immer wieder zu Sonderabgaben beigezogen worden sind. Es zeigt sich auch, dass die Höhe der Sonderabgaben in etwa im Verhältnis zur Steuerkraft der einzelnen Gemeinden stand. Im 15. Jahrhundert lässt sich ein markanter Rückgang in der Höhe der Beträge feststellen. Diese Entwicklung mag verschiedene Ursachen haben. In zahlreichen Städten waren die finanziellen Möglichkeiten der jüdischen Gemeinden aufgrund der Schuldentilgungen massiv zurückgegangen. Trotzdem dürfte die allgemeine Entwicklung der jüdischen Vermögen nur eine der Ursachen für die tieferen Sonderabgaben gewesen sein. Ein weiterer wichtiger Faktor war, dass die jüdischen Gemeinden nach einer zwanzigjährigen Erholungsphase nach den Schuldentilgungen mit ei-

Sonderabgaben von der jüdischen Gemeinde zu den regelmässigen jährlichen Einnahmen der Stadt gehört. Die Abgaben bewegten sich zwischen 3 und 20 Pfund. UB Hildesheim, Band V und VI.

¹⁵¹⁷ Wackernagel, ed., UB Basel 5. S. 94, Nr. 85.

¹⁵¹⁸ Auch die erhalten gebliebenen Stadtrechnungen von Zürich zeigen ein ähnliches Bild. StA ZH, F III 32.

¹⁵¹⁹ Eine Ausnahme bildet Augsburg. Die enormen Zahlungen in den 1380er Jahren entsprachen aber nicht der durchschnittlichen Judenpolitik der Reichsstädte.

ner veränderten Fiskalpolitik seitens des Reiches konfrontiert wurden. Um der chronischen Geldnot und den sinkenden regelmässigen Einnahmen des Reiches entgegenzuwirken, wurden unter anderem vermehrt Sonderabgaben von den Juden erhoben, die zum Teil an Ausplünderung grenzten.¹⁵²⁰ Diese Zahlungen dürften die jüdischen Gemeinden in einem Masse belastet haben, dass die Städte auf grössere Zahlungen verzichten mussten, wenn sie die jüdische Finanzkraft nicht gänzlich zerstören wollten. Die Konkurrenzsituation der verschiedenen bestuerungsberechtigten Parteien zeigt sich in den verschiedenen Städten immer wieder durch Interventionen der einen Seite bei Steuerforderungen oder -erhöhungen der anderen Seite.¹⁵²¹ Die Städte sahen sich in ihrer Annahme getäuscht, mit dem Erwerb der Rechte an den Juden die ganzen Nutzungsrechte an sich gebracht zu haben und versuchten regelmässig durch Verhandlungen die Forderungen des Reichs auf ein Minimum zu reduzieren.¹⁵²² Nicht selten waren diese Bemühungen von Erfolg gekrönt, den sich die Städte umgehend von den Juden bezahlen liessen. Andererseits intervenierte der Erbkämmerer in verschiedenen Städten im Namen des Königs, um die ansässigen Juden vor Steuererhöhungen oder weiteren finanziellen Forderungen der Stadtobrigkeit zu bewahren. Beiden Parteien handelten selbstverständlich nicht im Interesse der jüdischen Steuerzahler, sondern sie hatten den eigenen Profit vor Augen, der durch die Forderungen der anderen Partei geschmälert werden könnte.

An dieser Stelle möchte ich zur Frage nach der Bedeutung der Sonderabgaben der Juden im Rahmen des städtischen Finanzhaushalts zurückkehren. Verteilt man die einzelnen Sonderzahlungen zu gleichen Teilen auf die Jahre, in denen keine Sonderforderungen erhoben wurden, ergibt sich ein verhältnismässig tiefer Durchschnittsbetrag. Vergleicht man diese Beträge mit den Jahreseinnahmen der betreffenden Städte, dann erhält man einen sehr geringen Prozentsatz. Dieser Befund belegt, dass die Sondereinnahmen, ausser in den 1380er und 1390er Jahren, auf längere Sicht keinen grossen Posten in den städtischen Einnahmen ausmachten, insbesondere wenn man die beträchtlichen Ausgaben beim Erwerb des Judenregals berücksichtigt.¹⁵²³ Aus der Sicht der jüdischen Gemeinden dürften die Sonderabgaben in Kombinati-

¹⁵²⁰ Siehe oben.

¹⁵²¹ 1405 beschwerte sich die Stadt bei König Ruprecht über die zusätzlichen Forderungen und warnte vor der Gefahr, dass „*eins grossen unwillen und uffbruches von erbern narhafftigen*“ Juden. Ziwes, Studien. S. 200f.

¹⁵²² Dem Frankfurter Bürgermeisterbuch von 1450 kann man entnehmen, dass der Rat beschloss, einerseits die Stättigkeitszinsen zu erhöhen und andererseits die Krönungssteuer in der Höhe von 4000 Gulden abzuwehren. Einen halben Monat später fordert er von den Juden einen Betrag von 100 Gulden an die Kosten für die Gesandtschaft zum König. Überliefert ist die Zahlung von 75 Gulden. Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 922, 927, 944.

¹⁵²³ Beispielsweise im Falle von Frankfurt in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts.

on mit regulären Steuerforderungen von Stadt und Reich sowie den Sonderforderung von Reichsseite eine grosse finanzielle Belastung dargestellt haben.

Bussen

„Als Moessli der jud in dem thurn lit, als er mit der Ringgerin dú ein Cristan wip ist öffentlich ze schaffen hat gehept, dar umb so hant beid raet und die zwey hundert uff ir eid gericht, dz Moessli der jud sol geben 600 gulden, e dz er usser dem thurn kome,...“¹⁵²⁴ Mössli wurde 1394 vom Zürcher Ratsgericht zur Zahlung von 600 Gulden verurteilt und aus der Stadt verbannt. Im Urteil wird festgehalten, dass von dem Strafgeld *"die kristan kind, so der jud hat"* zu versorgen seien, *"dz sie erzogen werden, untz dz si brot durch Got mugen heischen."* Die verurteilte Ringgerin, eine verheiratete Frau, wurde als Strafe auf einem Fuhrwerk mit einem Judenhut durch die Stadt gezogen. Danach wurde auch sie aus der Stadt verbannt. 600 Gulden als Bussgeld für einen einzelnen Delinquenten ist eine exorbitant hohe Summe. Sie beträgt beispielsweise einen Viertel der Gesamteinnahmen der städtischen Vermögenssteuer von 1408.¹⁵²⁵

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit hohe Guldenbeträge als Bussgelder Teil einer allgemein üblichen städtischen Finanzpolitik gegenüber den Juden war, oder ob es sich um eine Ausnahmeerscheinung handelte. Anhand der überlieferten Gerichtsfälle aus einer Auswahl von Städten¹⁵²⁶ soll die Rolle der Juden in der städtischen Bussgeldpolitik nachgezeichnet werden. Das mir zur Verfügung stehende Material erlaubt aufgrund der Quellenüberlieferung¹⁵²⁷ keinen allgemeinen Überblick über die Situation der Juden vor Gericht, jedoch einen interessanten und aussagekräftigen Einblick in die Bussgeldpolitik der Stadtobrigkeit gegenüber jüdischen Delinquenten. Aufgrund der ausserordentlich guten Quellenlage in Zürich soll die Situation in dieser Stadt ausführlicher nachgezeichnet werden. In einem weiteren Abschnitt sollen die Fälle aus anderen Städten beigezogen und nach der Art des Deliktes in drei Abschnitten besprochen werden.

¹⁵²⁴ StA ZH, B VI 195, fol. 312v-314v. 1394.

¹⁵²⁵ C. Keller-Escher, "Das Steuerwesen der Stadt Zürich im XIII., XIII. und XV. Jahrhundert. Ein Beitrag zur mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte Zürichs," Neujahrsblatt zum Besten des Waisenhauses in Zürich für 1904 67 (1904). S. 73.

¹⁵²⁶ Es werden Beispiele aus Augsburg, Basel, Esslingen, Frankfurt, Köln, Konstanz, Nördlingen, Nürnberg, Schaffhausen, Zürich.

12.3.1 Juden vor städtischen Gerichten

Bevor eine Aussage über die Bussenzahlungen gemacht werden kann, soll kurz die Gerichtssituation in den Städten diskutiert werden. Die Gerichtsbarkeit über die Juden lag in den Reichsstädten in der Regel in den Händen des Rates. Die Juden waren dazu verpflichtet, in Konflikten mit Christen und bei schwereren innerjüdischen Konflikten vor dem städtischen Gericht Recht zu suchen.¹⁵²⁸ Zusätzlich ist aus den berücksichtigten Städten die Existenz von jüdischen Gerichten überliefert, die für interne Konflikte in Anspruch genommen wurden.¹⁵²⁹ In einigen Städten, wie beispielsweise Augsburg, gab es zusätzlich noch ein christliches Judengericht, in denen sowohl Christen als auch Juden Einsitz hatten.¹⁵³⁰ In einer Zürcher Aufnahmeurkunde wurde ausdrücklich festgehalten: „*die vorgen Juden sullent och niendert zu recht stan, dann vor dem burgermeister und dem rat Zurich oder vor unser stat richtern.*“¹⁵³¹ Zusätzlich hatte die jüdische Gemeinde bis 1383 das Recht, einen Teil der internen Konflikte nach jüdischem Recht innerhalb der Gemeinde zu regeln. Eine Schilderung der jüdischen Gerichtsbarkeit ist in einer Zeugenaussage des Lang Smario von 1380 enthalten. Darin wird ausgeführt, dass Delikte mit einem Bussgeld bis 5 Pfund „*dz soetent si under innen in der schuol richten ...*“¹⁵³² Die überlieferten Gerichtsprotokolle des Ratsgerichts zeigen auf, dass in zahl-

¹⁵²⁷ Zur Quellenüberlieferung siehe unten.

¹⁵²⁸ Toch, Juden. S. 52ff.

¹⁵²⁹ Allgemein siehe Ibid. S. 20f, GJ III: 1+2., Alfred Haverkamp, ed., Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk, Forschungen zur Geschichte der Juden, Abteilung A: Abhandlungen 14:2 (Hannover: 2002). Yacov Guggenheim, "A suis paribus et non aliis iudicentur: jüdische Gerichtsbarkeit, ihre Kontrolle durch die christliche Herrschaft und die obersten rabi gemeiner Judenschaft im heiligen Reich," in Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturellräumlich vergleichender Betrachtung von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, ed. Christoph Cluse, Forschungen zur Geschichte der Juden A 13 (Trier: 2003), 405-439. Für Schweizer Städte siehe allgemein Steinberg, Juden in der Schweiz. S. 25ff. Für Zürich siehe Brunschwig, "Zweite Gemeinde." In Basel wurde den Inhabern eines jüdischen Schutzbriefes zugesichert, dass es den Basler Bürgern verboten war, sie „*umbziehe noch bekumbere mit geistlichem gericht*“, sondern dass die Basler verpflichtet waren, die Juden vor das Schultheissengericht oder ihr eigenes Gericht, „*in der juden schuol in unserr stat*“, zu laden. Wackernagel, ed., UB Basel 5. S. 92, Nr. 85. In dem Schirmbrief für die Jüdin Jütlin von Landshut hielt die Konstanzer Obrigkeit fest: „*...was aber die juden ze Constentz mit der selben Jütlinen und mit ir sün ze schlichten hant von ir jutschait wegen, da mit het der rat nit ze tuende...*“ 1. Oktober 1377, Ratsbuch I, S. 390. In: Feger, Vom Richtebrief. S. 5. Für Nördlingen siehe Kapitel 4.4.4.2. Für Augsburg siehe Mütschele, Juden in Augsburg. S. 258ff.

¹⁵³⁰ Z.B. in Augsburg, Köln, Regensburg, Speyer. Willoweit, "Rechtsstellung." S. 2190. Mütschele, Juden in Augsburg. S. 260. Christoph Cluse, "Stadt und Judengemeinde in Regensburg im späten Mittelalter: Das "Judengericht" und sein Ende," in Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturellräumlich vergleichender Betrachtung von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, ed. Christoph Cluse, Forschungen zur Geschichte der Juden A 13 (Trier: 2003), 365-386.

¹⁵³¹ Schnyder, ed., QZWG 1. Nr. 322, S. 168.

¹⁵³² StA ZH, B IV 191, fol. 23 in: Susanna Burghartz, Leib, Ehre und Gut. Delinquenz in Zürich Ende des 14. Jahrhunderts (Zürich: 1990).

reichen Fällen keine Einigung erzielt werden konnte, und die Fälle vors Ratsgericht weitergezogen worden sind. Vor diesem Hintergrund der gemeindeinternen Streitigkeiten sowie der sich allgemein verschärfenden Situation ist die folgende städtische Bestimmung von 1383 zu sehen. Darin wird festgehalten, dass „*dehein Jud von dem andern gefrefent wirt, der sol sin sach für dem burgermeister und den rat bringen...und ensol enkein jud darumb fürbas kein Judenrecht von dien andern suoehen, noch nemen*“.¹⁵³³ Trotz dieses städtischen Verbots, an auswärtige jüdische Gerichte zu appellieren, wandten sich verschiedene Zürcher Juden an die Hochmeister in Rothenburg, Worms oder Basel.¹⁵³⁴ Vorübergehend waren also das städtische Ratsgericht sowie das Hofgericht die einzigen legitimen rechtlichen Instanzen, an die sich jüdische Bürger Zürichs wenden durften. Im Allgemeinen präsentiert sich die Zürcher Gerichtssituation des 14. und 15. Jahrhunderts als komplex und aufgrund der Quellenlage nicht mehr in allen Teilen rekonstruierbar. Am ausführlichsten ist die Tätigkeit des Ratsgerichts dokumentiert, die ihren Niederschlag in den Zürcher Rats- und Richtebüchern gefunden hat, die ab 1376 beinahe lückenlos für das ganze Spätmittelalter erhalten geblieben sind.¹⁵³⁵ Die Einträge beschränken sich bis 1400 auf Vergehen, die in den Bereich der Niedergerichtsbarkeit fielen. 1400 erwarb die Stadt die Reichsvogtei und verfügte ab diesem Zeitpunkt auch über das Recht, über Leben und Tod zu richten. Ab diesem Zeitpunkt sind sowohl "peinliche" als auch "bürgerliche" Verfahren in den Rats- und Richtebüchern dokumentiert.¹⁵³⁶ Die Protokolle sind umfangreich und enthalten zahlreiche und teilweise detaillierte Informationen zu Täter, Opfer, Tathergang und den Hintergrund des Konflikts. Bis 1400 sind Mitglieder der Zürcher jüdischen Gemeinde nicht nur in den Ratsgerichts- sondern auch in den Hofgerichtsakten verzeichnet, allerdings weitaus weniger häufig als Beklagte denn als Kläger.¹⁵³⁷ Zusätzlich dürf-

¹⁵³³ Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. S. 270, Nr. 74. 10. Mai 1383: „*Dis ist von dien Juden*“. Dazu siehe: Brunschwig, "Zweite Gemeinde.", Susanna Burghartz, "Juden eine Minderheit vor Gericht, Zürich 1378-1436," in Spannungen und Widersprüche. Gedenkschrift für Frantisek Graus, ed. Susanna Burghartz, Hans-Jörg Gilomen u.a. (Sigmaringen: 1992), 229-244. Guggenheim-Grünberg, Judenschicksale Zürich. Zusätzlich wurde den Juden von städtischer Seite her vorgeschrieben, nur noch eine einzige Synagoge zu besuchen und sich auf dem Weg dorthin nicht gegenseitig zu belästigen. Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. S. 270, Nr. 74. Auch in Nördlingen führten schwere Streitigkeiten innerhalb der jüdischen Gemeinde dazu, dass die Juden vorübergehend dazu verpflichtet wurden, alle Fälle vor den städtischen Gerichten auszutragen. StA Nö, Urkunden der Juden, Ordnung 1414.

¹⁵³⁴ Burghartz, "Juden eine Minderheit." S. 231. Aus verschiedenen Städten sind Erlasse überliefert, in denen die jüdischen Gerichte verboten wurden. Beispielsweise in Freiburg i.Ü. 1413 oder in Nördlingen 1414.

¹⁵³⁵ StA ZH, B VI. Rats- und Richtebücher. Zu den Quellen siehe in: Burghartz, Delinquenz in Zürich. Katja Hürlimann, Soziale Beziehungen im Dorf. Aspekte dörflicher Soziabilität in den Landvogteien Greifensee und Kyburg um 1500 (Zürich: 2000). Malamud, Ächtung des "Bösen". Sutter, Nachbarn.

¹⁵³⁶ Martin Wernli, Das kaiserliche Hofgericht in Zürich. Ein Beitrag zur spätmittelalterlichen Gerichtsbarkeit., Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte Nr. 21 (Zürich: 1991).

¹⁵³⁷ Karl IV. verleiht Zürich 1362 ein Landgericht, das mit dem Erwerb der Reichsvogtei durch die Stadt Zürich seine Bedeutung verlor und innert kurzer Zeit seine Tätigkeit einstellte. Das Zürcher Hofgericht lässt sich in zwei Teilgerichte gliedern, das weite und das engere Vogtgericht. Ersteres fungierte als Blutgericht und das enge-

ten Zürcher Juden auch verschiedentlich vor geistlichen Gerichten aufgetreten sein. Immer wieder begegnet uns in den Schutzbriefen das Verbot, fremde städtische und geistliche Gerichte anzurufen. Die zersplitterte und dadurch geschwächte weltliche Gerichtsorganisation bewog eine immer grössere Zahl von christlichen Klägern, sich der effizienter arbeitenden geistlichen Gerichtsbarkeit zu bedienen.¹⁵³⁸ Die Städte versuchten wiederholt, dieser Entwicklung mit Verboten Einhalt zu gebieten.¹⁵³⁹ Auch die Juden scheinen immer wieder vor geistliche Gerichte getreten zu sein. Darauf weist unter anderem auch die Praxis hin, den Wucherer als Verzugsentschädigung zu verschleiern. Obwohl die jüdischen Geldleiher das Privileg besaßen, Zinsen zu nehmen, kaschierten sie diesen Vorgang in der Absicht, auch „vor geistlichen Gerichten bestehen zu können“.¹⁵⁴⁰

Will man die Bussenzahlungen der Juden und der Christen miteinander vergleichen stellen sich verschiedene quellenbedingte Probleme. In einem ersten Schritt soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit jüdische und christliche Delinquenten für dasselbe Vergehen Straf gelder in derselben Höhe entrichten mussten. Den Satzungen zahlreicher Städte kann entnommen werden, dass Juden in rechtlichen Belangen wie die Christen der Stadt behandelt werden sollen, auch in Bezug auf die Höhe der Buss gelder.¹⁵⁴¹ Es gibt aber auch Städte wie Nördlingen, in denen von den jüdischen Bürgern explizit Straf gelder in doppelter Höhe gefordert wurden.¹⁵⁴² Interessant ist, dass in Ulm während der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts von Christen, die Juden schädigten, verlangt wurde, „*zwivalt*“ zu „*bessren*“.¹⁵⁴³ Oft bestand aber zwischen strafrechtlicher Praxis und den normativen Bestimmungen eine beträchtliche

re Vogtgericht übte die auf der Sühnegerichtsbarkeit beruhende Bussengerichtsbarkeit aus. Für Zürich sind wir in der glücklichen Lage, dass die Fälle, die vom engeren Vogtgericht verhandelt wurden, in den Rats- und Richterbüchern dokumentiert sind, und somit für die Fragestellung dieser Arbeit, davon ausgegangen werden kann, dass die im 14. und 15. Jahrhundert festgehaltenen Fälle, in die Juden involviert waren, tatsächlich überliefert sind. Ibid. S. 15-34, 117. Arthur Bauhofer, „Das engere Reichsvogteigericht Zürich,“ in Festschrift für F. E. Welti (Aarau: 1937), 83-93.

¹⁵³⁸ Wernli, Hofgericht in Zürich. S. 13f. In Basel wurde in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts das Offizialgericht dem Schultheissengericht vorgezogen.

¹⁵³⁹ „*Er soll och schweren, gmein statt noch keinen den unsern, weder frow noch man, mitt deheinen fromden gerichten ze bekumbrend, sunder von jederman recht nemen und geben, da er gesessen ist, oder dahin er gehort, oder dahin inn ein burgermeister und ratt wiset.*“ Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 3. Nr. 43, S. 152.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung des ersten Schutzbriefes erliess Köln 1321 die Bestimmung, dass es den Juden verboten sei, jemanden vor einem fremden Gericht wegen Zinsen zu verklagen. Im Falle des Zuwiderhandelns musste die Hälfte des eingeklagten Betrags an die Stadt gezahlt werden. Bauer, Judenrecht. S. 47.

¹⁵⁴⁰ Hans-Jörg Gilomen, „Wucher und Wirtschaft im Mittelalter,“ Historische Zeitschrift 250 (1990): 265-301. S. 286-89.

¹⁵⁴¹ „... *darumb sol man siu nit ho(e)her besserren, denn man cristan lu(e)ten ta(e)te und alz sitt und gewonhait in unser statt...*“ StA SH, UR 1254, 17 März 1391. Im Schutzbrief von 1435 wird diese Bestimmung wiederholt.

¹⁵⁴² Die Nördlinger Stadtoberkeit bestimmte 1380, dass die Juden für dasselbe Vergehen doppelt so hoch wie die Christen gebüsst werden sollten.

¹⁵⁴³ Mollwo, ed., Das Rote Buch. S. 75, Nr. 134.

Diskrepanz. Zusätzlich stellen sich verschiedene quellenbedingte Probleme, da die Urteile nicht nur aufgrund schriftlich fixierter, sondern auch aufgrund gewohnheitsrechtlicher, mündlich tradierten Rechtsnormen gefällt wurden. Ein weiteres Problem stellt sich in Bezug auf die Auswertung der vorhandenen Texte. Oft sind die Einträge in den überlieferten Gerichtsprotokollen äusserst knapp gehalten und enthalten neben dem Namen des Delinquenten sowie der Höhe des Bussgeldes nur noch wenige Stichworte oder gar keine Angaben zur Art des Deliktes. In anderen Städten sind die Gerichtsprotokolle nicht überliefert und die Bussgelder oft nur durch die Einträge in den Stadtrechnungen dokumentiert. In der Regel fielen diese Einträge noch kürzer aus als die in den Gerichtsquellen. Dementsprechend schwierig ist es die Kriterien der Strafzumessung zu rekonstruieren und mit den normativen Bestimmungen vergleichen zu können oder eine zuverlässige Aussage darüber machen zu können, inwieweit jüdische und christliche Delinquenten gleich hoch bestraft wurden. Sogar für Zürich, das für das 14. und 15. Jahrhundert über aussergewöhnlich ausführliche Gerichtsprotokolle verfügt, erweist es sich als schwierig genau nachzuvollziehen, aufgrund welcher Gewichtung der einzelnen Aspekte einer Straftat die Höhe des Bussgeldes tatsächlich festgesetzt wurde. Zusätzlich stellt sich ganz allgemein die Frage nach dem "Realitätsgehalt" von Gerichtsprotokollen. Auf dem Weg zur Verschriftlichung werden zahlreiche "Filter" wirksam und es kommt zu einer Verbindung von Faktischem und Fiktionalen.¹⁵⁴⁴ Die vorliegenden Texte sind ein Produkt, das aus der Präsentation des Falles durch die Angeklagten und die Zeugen sowie der selektiv neuformulierten Niederschrift des Gerichtsschreibers hervorging. Es stellt sich die Frage, inwieweit Eigen- und Fremdbeschreibungen des Verhaltens jüdischer Delinquenten nicht von Wahrnehmungen und Stereotypen geprägt waren, die zum Teil abwichen von denjenigen in Bezug auf christliche Delinquenten, d.h. es kamen andere Filter zum Tragen.¹⁵⁴⁵ Diesen Mechanismen entsprechend können auch bei vergleichbaren Delikten Protokollinhalte mit anderen Schwerpunkten entstehen.

¹⁵⁴⁴ Natalie Zemon Davis, *Fiction in the Archives. Pardon tales and their tellers in sixteenth-century France* (Cambridge: 1988). S. 3ff. Katharina Simon-Muscheid, Christian Simon, "Zur Lektüre von Gerichtsquellen. Fiktionale Realität oder Alltag in Gerichtsquellen," in *Arbeit - Liebe - Streit. Texte zur Geschichte des Geschlechterverhältnisses und des Alltags. 15. bis 18. Jahrhundert*, ed. Dorothee Rippmann, Katharina Simon-Muscheid u.a. (Liestal: 1996), 17-39. S. 18. Gerd Schwerhoff, "Kriminalitätsgeschichte im deutschen Sprachraum. Zum Profil eines "verspäteten" Forschungszweiges," in *Kriminalitätsgeschichte: Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, ed. Andreas Blauert, Gerd Schwerhoff, *Konflikte und Kultur - Historische Perspektiven 1* (Konstanz: 2000), 21-88. S. 30. Malamud, *Ächtung des "Bösen"*. S. 50ff. Sutter, *Nachbarn*. S. 26ff.

¹⁵⁴⁵ Zu Stereotypen in Gerichtstexten siehe Gabriela Signori, "Ein "ungleiches Paar": Reflexionen zu schwankhaften Zügen der spätmittelalterlichen "Gerichtsrealität"." in *Kriminalgeschichte: Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, ed. Andreas Blauert, Gerd Schwerhoff, *Konflikte und Kultur - Historische Perspektiven 1* (Konstanz: 2000), 289-314. S. 291.

Anschliessend an den Vergleich einzelner jüdischer und christlicher Delinquenten, interessiert in der vorliegenden Untersuchung, in welchem Verhältnis die von jüdischer und christlicher Seite je gesamthaft entrichteten Bussbeträge standen. Weiterführend wäre es auch interessant vergleichen zu können, welchen Anteil die jüdischen Bussgelder an den Einnahmen der Städte aus dem Bussenwesen hatten oder wie hoch der prozentuale Anteil jüdischer Delinquenten war. Bei diesen Vergleichen wird man allerdings mit mehreren quellenbedingten Problemen konfrontiert. Primär stellt sich sowohl für die christliche wie für die jüdische Seite die Frage nach der Vollständigkeit der überlieferten Bussbeträge. Die Unübersichtlichkeit der von Stadt zu Stadt variierenden Gerichtsorganisation sowie die spärlich überlieferten Quellen bringen für die Fragestellung dieser Arbeit das Problem mit sich, dass die Angaben über die von Juden entrichteten Bussen, die Situation meistens nicht vollständig wiedergeben. In einigen Städten sind in den Finanzquellen auch nur die aussergewöhnlich hohen Bussbeträge verzeichnet und es lässt sich daraus kein allgemeiner Überblick über die Bussenpolitik gegenüber der jüdischen Gemeinde ableiten. Trotz der aussergewöhnlich guten Überlieferungssituation muss beispielsweise auch für Zürich die Frage nach der Vollständigkeit gestellt werden. Malamud weist darauf hin, dass sich nicht die ganze Gerichtstätigkeit des Rates in den überlieferten Protokollen niedergeschlagen hätte.¹⁵⁴⁶ Zusätzlich wurden zahlreiche Delikte vor weiteren parallel tätigen Gerichten, wie dem niederen Vogtgericht, dem Schultheissengericht sowie den Zunftgerichten verhandelt.¹⁵⁴⁷ Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass vor dem Ratsgericht nur die Delinquenz einer bestimmten Gruppe der städtischen Bevölkerung ins Blickfeld rückt und dass die Rats- und Richtebücher keinen allgemeinen Überblick bieten. Tendenziell dürfte es sich eher um Mitglieder einer finanziell und sozial bessergestellten Bevölkerungsgruppe handeln. Aufgrund der Quellenlage ist es nicht möglich zu zeigen, wie hoch der prozentuale Anteil der Bussgelder, die von Juden bezahlt wurden, an der Gesamtsumme von Strafgeldern ist.¹⁵⁴⁸ Trotz dieser quellenbedingten Einschränkungen ist es möglich, anhand der überlieferten Informationen aufzuzeigen, welche Bussenpolitik einzelne Städte tendenziell betrieben und ob sich im Vergleich eine allgemeine Entwicklung im Bussenbereich feststellen lässt.

¹⁵⁴⁶ Weitere Gerichtsverhandlungen des Rats wurden in den Ratsmanualen, dem "Übeltäterbuch" und ab Ende des 15. Jahrhunderts vermehrt auf losen Akten festgehalten. Malamud, Ächtung des "Bösen". S. 72ff.

¹⁵⁴⁷ Gilomen, "Innere Verhältnisse." Burghartz, Delinquenz in Zürich. Bauhofer, "Reichsvogteigericht."

¹⁵⁴⁸ Die Angaben sind für die meisten Städtebeispiele nicht vollständig, da die entsprechenden Quellen der Stadtgerichte nicht überliefert sind. Zusätzlich erschwert die zersplitterte Gerichtsorganisation einen Überblick über die Gesamtheit der geleisteten Bussgelder einer Stadt zu erhalten. Meistens fehlen die Fälle, die vor den jüdischen Gerichten oder vor den Zunftgerichten verhandelt wurden. Hinzu kommt, dass in den verschiedenen Städten die jüdischen Gerichte unterschiedlich hohe Kompetenzen hatten. In Zürich und in Braunschweig war die Bedeutung der jüdischen Gerichte relativ gering. Im Gegensatz zu Köln, wo das jüdische Gericht zeitweise über einen grossen Zuständigkeitsbereich verfügte.

Weiter muss in Bezug auf die ausgewerteten Quellen berücksichtigt werden, dass z.T. die aufgeführten Bussbeträge nicht ganz oder gar nicht entrichtet wurden. In verschiedenen Städten wurde die Bussengesetzgebung in ihrer praktischen Umsetzung verhältnismässig offen gehandhabt. Dass ein verurteilter Delinquent nicht den vollen Bussenbetrag bezahlen musste, war keine Ausnahme, sondern entsprach eher der Regel.¹⁵⁴⁹ Aus den Frevelbüchern des Schaffhauser Vogtgerichts für die Jahre 1477–1492 geht hervor, dass von zwei Dritteln der 1200 der Verurteilten nur ein Teilbetrag der Busse verlangt wurde.¹⁵⁵⁰ Die Bussenreduktionen gingen grösstenteils auf eine Fürbitte von Verwandten, Freunden oder einflussreichen Persönlichkeiten zurück und betrafen in der Regel Beträge, die über einem Pfund lagen. Durch den Gnadenerlass und der daraus resultierenden Reduktion der Busseneinnahmen erkaufte sich die Stadtoberkeit Ansehen und Respekt sowie den Kooperationswillen der Verurteilten. Diese Gerichtspraxis sowie die Möglichkeit, körperliche Strafen und Ehrenstrafen mit Bussen ablösen zu können, belegen die Bevorzugung der sozial und finanziell bessergestellten Städter.¹⁵⁵¹ Letzteres traf auch auf einen Teil der jüdischen Gemeinde zu. Verschiedentlich findet man Quellen, die belegen, dass jüdische Delinquenten sich selber, Verwandte oder die jüdische Gemeinde als Ganzes eines ihrer Mitglieder mit Bussgeldern vor einer peinlichen Strafe bewahrten.¹⁵⁵² Diesen Aspekt des Stadtlebens betreffend gehörte mindestens ein Teil der jüdischen Gemeinde zu einer privilegierten Gruppe der städtischen Gesellschaft. Inwieweit jüdische Geldleiher beispielsweise aufgrund einer Intervention einflussreicher christlicher Geschäftsfreunde oder anderer jüdischer Geldleiher in den Genuss einer Bussenreduktion gekommen sind, ist aufgrund der Quellenlage schwer nachzuvollziehen, die Möglichkeit muss jedoch berücksichtigt werden.¹⁵⁵³

Abschliessend soll noch kurz auf die Frage nach dem finanziellen Interesse der Stadtoberkeit eingegangen werden. Setzt man für Zürich die durch das Ratsgericht verhängten Geld-

¹⁵⁴⁹ Gudian, Gunter. Geldstrafrecht und peinliches Strafrecht im späten Mittelalter. Rechtsgeschichte als Kulturgeschichte. Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag. Aalen 1976. S. 273–288. S. 274.

¹⁵⁵⁰ Kaspar Gubler, "... und ist gnad beschehen". Strafpraxis am Schaffhauser Vogtgericht 1477–1504. Lizentiatsarbeit Universität Zürich (Zürich: 2001). S. 93.

¹⁵⁵¹ „Das die Härte und Intensität rechtlicher Sanktionen abnimmt, je höher man die soziale Rangleiter hinaufsteigt, kann vielleicht als eine relativ banale Faustregel formuliert werden.“ Gerd Schwerhoff, "Devianz in der alteuropäischen Gesellschaft. Umrisse einer historischen Kriminalitätsforschung," Zeitschrift für historische Forschung 19 (1992): 385–413. S. 402.

¹⁵⁵² Beispielsweise in Augsburg und Frankfurt.

¹⁵⁵³ Ein weiterer Grund Gnadenerlasse zu gewähren war, dass für die Mehrheit der Bevölkerung auch ein reduzierter Bussbetrag existenzbedrohend sein konnte, und es lag nicht im Interesse der Stadtoberkeit, die Existenz einzelner Mitglieder der städtischen Gesellschaft zu zerstören. Ob die städtischen Verantwortlichen bereit waren, auch im Falle von jüdischen Delinquenten, die Bussen den finanziellen Verhältnissen der Delinquenten gegen unten anzupassen ist fraglich.

bussen in Beziehung mit den städtischen Einnahmen, machen erstere einen nicht unbedeutenden Anteil aus.¹⁵⁵⁴ Diese Zahlenangaben beziehen sich aber auf die im Urteil festgesetzten Straf gelder und es muss berücksichtigt werden, dass alle Strafen durch Fürbitten oder Verhandlungen reduziert werden konnten. Für Schaffhausen und Konstanz ergibt sich aus dem Vergleich, dass in keiner der zwei Städte eine eigentliche finanzielle Ausnutzung des Bussenstrafrechts festzustellen ist.¹⁵⁵⁵

12.3.2 Juden vor dem Zürcher Ratsgericht

Zürich verfügt mit den beinahe vollständig überlieferten umfangreichen Gerichtsprotokollen des Ratsgerichts über eine aussergewöhnlich gute Quellenüberlieferung. Die dokumentierte Zeit (1375-1435) lässt sich grob in zwei Abschnitte (1375-1400 / 1401-1435) gliedern. Zusätzlich erlauben die Auswertungen von Burghartz zu den Jahren 1375 bis 1385 einen Vergleich der jüdischen und christlichen Delinquenz, wie in kaum einer anderen Stadt.¹⁵⁵⁶ Ein Vergleich der Bussensumme der jüdischen Delinquenten mit den gesamten angefallenen Bussen aus den Straf geldern ergibt, dass im betrachteten Zeitraum 26 Prozent der Bussen, ein Betrag von 2782 Pfund, Juden auferlegt wurden.¹⁵⁵⁷ 2120 Pfund von diesen 2782 Pfund entrichtete der Lang Smario, der 1383 zu einer Busse von 200 Mark und 1384 zu 1000 Pfund verurteilt worden war.¹⁵⁵⁸ Zieht man von der Gesamtsumme und von der Summe der jüdischen Straf gelder den Betrag von 2120 lb ab, dann machen die jüdischen Straf gelder immer noch einen 7.7-prozentigen Anteil aus.¹⁵⁵⁹ Die Juden waren mit 7,7 % im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil bei den angefallenen Bussen übervertreten. Interessant ist auch ein Vergleich der Bussensumme von 2120 Pfund und den Jahresabgaben der jüdischen Gemeinde in den berücksichtigten zehn Jahren. Anhand der Angaben zu den jährlichen Steuerabgaben kommt man zum Schluss, dass sich die zwei Beträge in etwa entsprechen, was bedeutet, dass

¹⁵⁵⁴ Burghartz, Delinquenz in Zürich. S. 95f. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass den Angaben in den Rats- und Richtebüchern nicht zu entnehmen ist, welche Beträge tatsächlich an die Stadt entrichtet wurden.

¹⁵⁵⁵ Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. S. 260. Gubler, Strafpraxis. S. 108. Schuster, Gericht.

¹⁵⁵⁶ Burghartz, "Juden eine Minderheit.", Burghartz, Delinquenz in Zürich.

¹⁵⁵⁷ Obwohl die tatsächlich geleisteten Bussbeträge nicht bekannt sind, ist ein Vergleich trotzdem aufschlussreich, da er etwas über die Haltung der Obrigkeit gegenüber jüdischen Delinquenten aussagt.

Das Zürcher Ratsgericht vertrat die typische Form der Bussengerichtbarkeit, d.h. es verhängte in den meisten Fällen eine Geldbusse. Formen wie die Verbannungs- oder die Leibesstrafe wurden eher als Ersatz angedroht, im Falle dass der Verurteilte nicht zahlen konnte. Burghartz, Delinquenz, S. 87.

¹⁵⁵⁸ B VI 192, fol. 51v-53.

die Stadtobrigkeit ihre Einnahmen von den Juden dank der hohen Strafgelder verdoppeln konnte. Nicht nur finanziell sondern auch in Bezug auf die Anzahl Fälle waren die Juden in der Zeit bis 1400 überdurchschnittlich oft vor Gericht vertreten. Dies lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. Einerseits waren weniger christliche als jüdische Delinquenten vor dem Ratsgericht, da zahlreiche Delikte mit christlichen Parteien in den Zuständigkeitsbereich anderer Gerichte fielen. Andererseits fällt auf, dass sich insbesondere in den 1380er Jahre zahlreiche Fälle auf innerjüdische Konflikte beziehen, Fälle, die in der Regel in den Bereich der jüdischen Gerichtsbarkeit gehörten.¹⁵⁶⁰

In dieser Arbeit interessiert vor allem, von wem zu welchem Zeitpunkt ein Bussgeld in welcher Höhe verlangt wurde. Für den Zeitraum zwischen 1375 und 1400 sollen vier Fälle näher betrachtet werden, in denen jüdische Angeklagte zur Zahlung von 50 lb (1383)¹⁵⁶¹, 200 Mark (ca. 1000 lb) (1384)¹⁵⁶², 300 gl (1390)¹⁵⁶³ und 600 gl (1394)¹⁵⁶⁴ verurteilt worden waren. Die 50 Pfund mussten vom Lang Smario im Zusammenhang mit einem innerjüdischen Konflikt bezahlt werden.¹⁵⁶⁵ Zur zweiten Busse wurde er verurteilt, weil er seinen Eid der Stadt gegenüber gebrochen und seinen Kontrahenden Mössli vor ein auswärtiges jüdisches Gericht geladen hatte.¹⁵⁶⁶ Auch das Bussgeld von 300 Gulden wurde erneut vom Langen Smaria entrichtet. Er wurde einer Beziehung zur Ehefrau von Hans Rordorf überführt und zu einer Strafe

¹⁵⁵⁹ Burghartz, Delinquenz in Zürich. Im Vergleich mit ihrem Anteil von eins bis zwei Prozent an der Bevölkerung fällt der Anteil an den Strafgeldzahlungen deutlich höher aus. Burghartz, Delinquenz in Zürich. S. 192.

¹⁵⁶⁰ Als häufigste Vergehen werden „Schlagen“, „Messerzücken“ oder „Beleidigung“ erwähnt, aber es wurde auch regelmässig wegen Delikten aus dem Bereich der Geldleihe oder wegen sexuellen Beziehungen zwischen Juden und Christinnen gegen Juden verhandelt. Burghartz, Delinquenz in Zürich. Burghartz, "Juden eine Minderheit."

¹⁵⁶¹ StA ZH, B VI 192 51v-53v.

¹⁵⁶² StA ZH, B VI 192 53v.

¹⁵⁶³ StA ZH, B VI 194, fol. 124a.

¹⁵⁶⁴ StA ZH, B VI 195, fol. 313a.

¹⁵⁶⁵ Siehe Burghartz, "Juden eine Minderheit." S. 237.

¹⁵⁶⁶ Ab dem 10. Mai 1383 mussten alle Juden vor dem Rat den Eid leisten, bei einer Strafe von 200 Mark ohne Ratserlaubnis Juden nicht mehr vor fremde, jüdische Gerichte zu bringen. Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 1. Nr. 74, S. 270.

Der lange Smaria wurde noch im selben Jahr zu einer Busse in der Höhe von 200 Gulden verurteilt, weil er meineidig geworden war. *„Als der Lang Smaryo und ander Juden gesworn handt, dz si enander ninahin laden noch triben so(e)ln, den dz si ein Recht vor dem Rat so(e)len nehmen, tat aber ir deheiner da wider, der sol unser stat zwey hunder verfallen sin, dar u(e)ber hat der Lang Smarija dem hochmeister von Rottenburg ab dem Mösslin klaget, so verr dz der selb hochmeister Möslin mit sim brief gebitten had, dz er sich dar umb vor im verantworten solt, und ist och dz vor dien Ra(e)ten kuntlich worden, mit des selben hochmeisters brief. Smaryo 200 gulden.“* StA ZH, B VI 192, fol. 53r. Bereits ein Jahr später musste derselbe Smaria eine Stadtbusse in der Höhe von 1000 Pfund entrichten, weil er einen Eid nicht eingehalten hatte. *„.... Tusent pfunt pfenning von der pen wegen, so er uf sich selber gesetzt hat, dz er und ander Juden jeklicher swuor offentlich vor dem rat und er do dem eid nüt gnug tet, won dz er brach des er gelobt und geworn hat...“* StA ZH, B VI 192, fol. 151a.

von 300 Gulden verurteilt.¹⁵⁶⁷ Dasselbe Vergehen wurde vier Jahre später Mössli zur Last gelegt, der wegen „Unzucht mit einer Christin“ mit Verbannung bestraft und zu einer Geldstrafe von 600 Gulden verurteilt wurde.¹⁵⁶⁸ Die Frage, wer die hohen Bussgelder entrichtete, ist schnell beantwortet. Es handelte sich um die zwei reichsten jüdischen Geldleiher der zweiten jüdischen Gemeinde.¹⁵⁶⁹ Interessant ist die Frage nach dem Zeitpunkt der ausgesprochenen Urteile. Die ersten drei Fälle wurden in der Zeit der zwei Schuldentilgungen verhandelt. 1384 wurden verschiedene jüdische Gemeinden Opfer einer Verfolgung und die Erhebung diverser Sonderabgaben scheint an der Tagesordnung gewesen zu sein. In dieser Situation als von Reichsseite her der Druck auf die jüdische Gemeinde zunehmend erhöht wurde, waren ihre Mitglieder verstärkt der städtischen Obrigkeit ausgeliefert. Weiter fiel dieses Bussgeld in eine Zeit, in der die jüdischen Steuerzahler tendenziell höhere Steuerbeiträge zu leisten hatten. Hinzu kommt, dass die Stadtfinanzen kurzfristig aufgrund des Erwerbs von Küsnacht, Wettlingen und Höngg stark strapaziert wurden.¹⁵⁷⁰ Auch die 600 Gulden-Busse von Mössli fällt in eine Zeit der Krise, die durch innerstädtische Spannungen (Schönohandel) und zunehmende Judenfeindschaft geprägt war. Im Zusammenhang mit einem Prozess von 1393 um ein vermisstes Kind tauchte verschiedentlich das Gerücht auf, dass es sich um das Opfer eines Ritualmordes handle. Vermutlich als Dank dafür, dass das Ratsgericht die Juden freisprach und es nicht zu einer Ritualmordanklage kam, machte die jüdische Gemeinde dem Rat ein "Geschenk" von 148 Gulden. Weiter erwarb die Stadt in demselben Jahr ...¹⁵⁷¹

¹⁵⁶⁷ „...der jud were gefarlich bi der frouwen gesin Hans Rordorfs wip... Smario so ze buoss geben ccc flor und darzuo er swerren über den Bodense und úbwe Rin...“ Ebd., 194, fol. 127a.

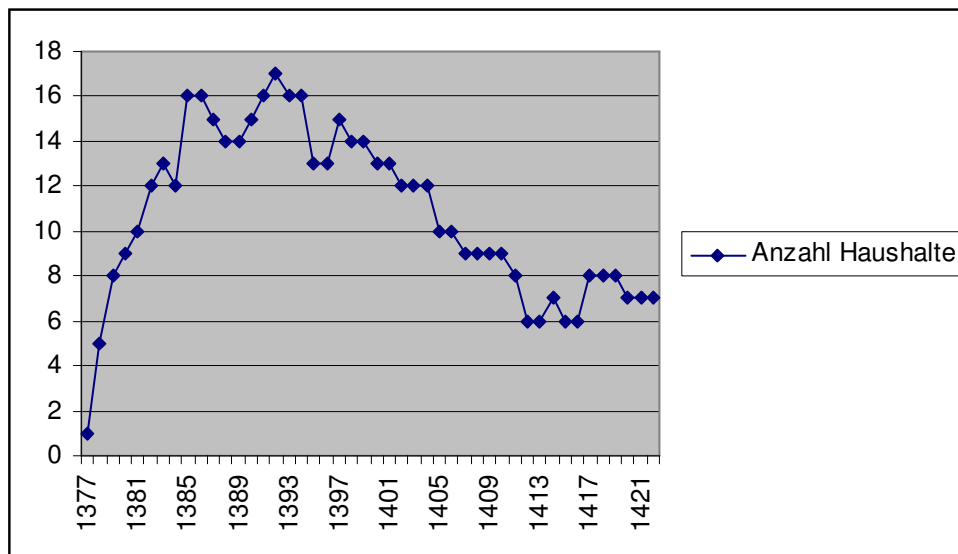
¹⁵⁶⁸ Ebd., 195, fol. 313a.

¹⁵⁶⁹ Bei Mössli von Nürnberg handelt es sich um einen vermögenden Geldleiher, der 1379 mit seinem Gesinde, darunter seinen zwei Schwestern mit ihren Ehemännern, nach Zürich gezogen war. Seine Geldleihetätigkeit ist mit zahlreichen Einträgen über z.T. hohe Darlehenssummen in den Zürcher Eingewinnerverzeichnissen dokumentiert. Nachdem Mössli das Strafgeld 1394 entrichtet hatte, wurde er aus der Stadt gewiesen und taucht ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in den Zürcher Quellen auf. Der Lang Smaria ist der reichste jüdische Geldleiher in Zürich. Er lässt sich erstmals 1378 in Zürich nieder und stirbt 1404. Nach 1414 tritt seine Witwe Hendli bis 1414 als Geldleiherin und Steuerzahlerin in den Zürcher Quellen auf. Brunschwig, "Zweite Gemeinde." S. 23f, Guggenheim-Grünberg, Judenschicksale Zürich. S. 11, 14f. Walter Baumann, "Der gute Smaria. Aus Zürichs Judengasse im 14. Jahrhundert," Turicum, Herbst (1976). Burmeister, medinat bodase 2. S. 9-23.

¹⁵⁷⁰ Eugster, "Territorialstaat." S. 307.

¹⁵⁷¹ Anton Largiadère, Geschichte von Stadt und Landschaft Zürich. Band 1 (Zürich: 1945). S. 177.

Diagramm IV: Anzahl jüdischer Haushalte in Zürich¹⁵⁷²



In den ersten 35 Jahren des 15. Jahrhunderts treten die Juden vergleichsweise selten vor Gericht auf. Diese Veränderung hat verschiedene Ursachen. Ein Faktor war die demografische Entwicklung. Der Verlauf der Kurve aus Diagramm IV zeigt, dass die jüdische Gemeinde zwischen 1384 und 1393 auf dem Höhepunkt ihrer Grösse war. Ab 1394 setzte ein leichter Abwärtstrend ein, der sich im 15. Jahrhundert noch verstärkte. Die verschärft jüdenfeindliche Stimmung der 1390er Jahre spiegelt sich in den sinkenden Haushaltszahlen wider. Nach der Ritualmordbeschuldigung von 1401 und die Gefangennahme der Juden ging die Anzahl jüdischer Steuerzahler noch weiter zurück, um ab 1407 auf unter zehn zu sinken. Ein weiterer Faktor liegt darin, dass die jüdische Gemeinde ihre internen Konflikte wieder grösstenteils selber löste und ihre Mitglieder dementsprechend weniger in den städtischen Gerichtsquellen auftreten.

Aus der Zeit von 1401 bis 1435 sind drei Fälle bekannt, in denen ein jüdischer Angeklagter zu einem zwei- oder dreistelligen Bussgeld verurteilt worden war. In allen drei Fällen handelt es sich um ein Vergehen gegen das Verbot von sexuellen Beziehungen zwischen Juden und Christinnen. In den übrigen Fällen bewegten sich die Straf gelder zwischen einer und fünf

¹⁵⁷² Die Grösse der Gemeinde wurde mit den Angaben aus den einzelnen überlieferten Stadtrechnungen, den Schutzbriefen, den Namensangaben in den Rats- und Richtebüchern sowie in einigen Urkunden und Steuerbüchern errechnet. Siehe Darman, Bedeutung der Abgaben. S. 80f.

Mark und können im Verhältnis zu den von Christen entrichteten Strafgeldern nicht als ausgesprochen hoch bezeichnet werden. 1415 wurde Seligman, der Sohn der reichen Isakin, zu einer Busse von 200 Gulden verurteilt, weil er für schuldig befunden worden war, mit der christlichen Magd seiner Mutter, der Elli Meyerin, ein über Jahre dauerndes Verhältnis gepflegt und zwei Kinder gezeugt zu haben.¹⁵⁷³ Wenige Jahre später wird Davit von Winterthur für eine längere Beziehung zu einer gewissen Anna Eichhornin, vermutlich seine Magd, zu einem Strafgeld von lediglich 5 Mark verurteilt.¹⁵⁷⁴ Im selben Jahr wurde der Halbbruder Seligmanns Isackly wegen Geschlechtsverkehr mit einer Prostituierten zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt.¹⁵⁷⁵ In der Regel wurden sexuelle Kontakte mit Prostituierten als weniger gravierendere Delikte als sexuelle Kontakte mit anderen christlichen Frauen eingeschätzt. Der Grund dafür, dass Isackly trotzdem ein höheres Strafgeld als Davit entrichten musste, dürfte vermutlich damit zu erklären sein, dass Seligmann und Isackly zu einer der reichsten jüdischen Familien Zürichs gehörten. Zehn Jahre später wurde erneut ein jüdischer Mann, der Sohn des Löwen von Konstanz, ein sehr vermögender einflussreicher Mann, wegen einer sexuellen Beziehung zu einer Prostituierten verurteilt. Er wurde gefangengesetzt und das Gerichtsprotokoll enthält die Bestimmung, dass er nur gegen die Zahlung von 40 Mark wieder freikommen würde.¹⁵⁷⁶ Der Zeitpunkt zu dem die drei hohen Bussgelder ausgesprochen wurden ist auch in diesem Zeitabschnitt äusserst interessant. 1415 nahm Zürich in der Absicht seinen Herrschaftsraum auszuweiten am Reichskrieg teil.¹⁵⁷⁷ Damit verbunden war natürlich ein Ansteigen der städtischen Ausgaben, die wieder gedeckt werden mussten. Die anderen zwei hohen Bussensummen fielen beide in eine Zeit der Krise für die jüdische Gemeinde kurz vor der Ausweisung der Juden in den Jahren 1423 und 1435.¹⁵⁷⁸

Zusammenfassend kann man sagen, dass Bussen in zwei- oder dreistelliger Guldenhöhe in den untersuchten Jahren zwischen 1376 bis 1434 eindeutig die Ausnahme darstellten. Dies wird auch durch den Umstand unterstrichen, dass die hohen Straf gelder in sehr unregelmässigen Abständen und nur für eine kleine Auswahl von Deliktarten erhoben wurden. So häufen

¹⁵⁷³ StA ZH B VI 202, fol. 214r-217v. Annette Brunshawig, "'der jude habe si gemint'. Verbotene Beziehungen zwischen Juden und Christen im Spätmittelalter," *Judaica* (2001): 182-203.

¹⁵⁷⁴ StA ZH B VI 205, fol. 476. (1422) Brunshawig, Verbotene Beziehungen. S. 99f.

¹⁵⁷⁵ Ibid. S. 79.

¹⁵⁷⁶ *"und soll man es dem vater sagen, dz er dz gelt gebe, und wenn er über nacht im turn ist gelegt und er dann dz gelt gibt, so soll man in her us nehmen"*. StA ZH, B VI 209, fol. 202v zitiert in Ibid. S. 92.

Zum Löwen von Konstanz siehe oben Kapitel Konstanz.

¹⁵⁷⁷ Siehe z.B. Kyburg. Sieber, "Reichsstadt Zürich." S. 481.

¹⁵⁷⁸ Gilomen, "Innere Verhältnisse." S. 352. 1429 wurden auch die Zürcher Juden im Rahmen der Ravensburger Ritualmordbeschuldigung gefangengesetzt.

sich beispielsweise in der Zeit zwischen 1383 bis 1393 die Beträge in dreistelliger Guldenhöhe und ihre Summe übertraf die Einnahmen aus den regulären Judensteuern bei weitem. Für Zürich hat sich gezeigt, dass sich das allgemeine Klima innerhalb der Stadt sowie in der Region negativ für die jüdische Gemeinde auswirkte, deren vermögende Mitglieder nicht nur mit zusätzlichen Sonderabgaben, sondern auch eher mit hohen Bussbeträgen belastet wurde. Die Zürcher Stadtobrigkeit bediente sich im Verlauf der dokumentierten 60 Jahre immer wieder der Möglichkeit, von Juden neben Sonderabgaben im gleichen Zeitraum Einnahmen in der Form von hohen Bussen zu erlangen. Mit dieser Strategie dürfte der Zürcher Rat nicht alleine gewesen sein. Dies lässt sich leider nicht mehr nachprüfen, da für die meisten anderen Städten die entsprechenden Quellen nicht mehr überliefert sind. Unterstützt wird diese These allerdings auch von den überlieferten Angaben zu Frankfurt. Vier der fünf dreistelligen Strafge-
lder, die aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhundert überliefert sind, wurden in der Zeit von 1383 bis 1389 erhoben, also innerhalb der zehn Jahre, in die auch ein Grossteil der von jüdischer Seite geleisteten Sonderabgaben fallen.¹⁵⁷⁹

12.3.3 Deliktarten

In diesem Kapitel soll vor dem Hintergrund der Ergebnisse aus Zürich der Frage nachgegangen werden, für welche Vergehen die Juden in den verschiedenen Städten hohe Straf gelder entrichten mussten. Die folgende Kategorisierung der Konflikte orientiert sich primär an der Konfliktart und auf einer zweiten Ebene werden die Konfliktparteien berücksichtigt.¹⁵⁸⁰ Zahlreich sind die Vergehen gegen Sitte und Religion und die Eigentumsdelikte. Gar nicht vorhanden oder stark untervertreten sind Delikte aus den Kategorien Brachialgewalt oder politische Vergehen. In Bezug auf die Konfliktparteien fällt auf, dass in keinem der berücksichtigten Fälle eine jüdische Frau als Täterin auftritt.

¹⁵⁷⁹ Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. Es ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass vielleicht ein Teil der Busseneinnahmen von den Städten ans Reich abgeliefert werden musste.

¹⁵⁸⁰ Zur Kategorisierung siehe Gilomen, "Innere Verhältnisse." S. 383f. Hürlimann, Soziale Beziehungen. S. 70ff.

12.3.3.1 Normverstösse im christlich-jüdischen Umgang

Aus verschiedenen Städten sind zahlreiche Fälle bekannt, die dokumentieren, dass der Rat einen Teil der Normverstösse im Bereich des christlich-jüdischen Umgangs mit hohen Bussgeldern sanktionierte. Am häufigsten wurden Übertretungen des Verbots von sexuellen Kontakten sowie des Spielverbots geahndet.¹⁵⁸¹ Die grösste Untergruppe bilden die Fälle von sexuellen Beziehungen zwischen jüdischen Männern und christlichen Frauen.

In der mittelalterlichen Gesellschaft ging sowohl von der christlichen Mehrheit als auch von der jüdischen Minderheit die Initiative zur Segregation aus. Beide Gruppen kannten eine grosse Anzahl Gesetze, die einen näheren gesellschaftlichen und sozialen Kontakt verhindern sollten.¹⁵⁸² Gemeinsames Essen, Trinken, Spielen und Tanzen wurde von beiden Seiten her sanktioniert. Diesen normativen Regelungen stand die Realität des städtischen Alltags gegenüber, der von einem stetigen Miteinander geprägt war. Ein intensiver Kontakt entstand insbesondere zwischen jüdischer Familie und christlichen Mägden und Knechten sowie zwischen den jüdischen und christlichen Nachbarn. Entsprechend oft lassen sich in den Quellen Fälle finden, in denen jüdische Männer für eine sexuelle Beziehung zu einer christlichen Frau mit horrenden Strafgeldern bestraft wurden. Sexuelle Kontakte zwischen Juden und Christen wurden von beiden Seiten her vehement und regelmässig untersagt. Sie galten als schweres religiöses Vergehen, das entsprechend bestraft werden musste.¹⁵⁸³ In der Praxis wurden diese Gesetze aber eher willkürlich angewandt.

Man kann die überlieferten sexuellen Kontakte zwischen Juden und Christen in vier Kategorien einteilen. Eine erste Gruppe bilden sexuelle Kontakte zwischen christlichen Männern und jüdischen Frauen. Solche Beziehungen sind äusserst selten Gegenstand städtischer Prozesse, da sexuelle Beziehungen zwischen christlichen Männern und Jüdinnen in der christlichen Gemeinschaft eher toleriert und vor Gericht bedeutend milder bestraft wurden als ein se-

¹⁵⁸¹ Von jüdischer und christlicher Seite ging die Initiative zur Segregation aus, die sich in einer beträchtlichen Anzahl Gesetze niederschlug, die gemeinsames Essen, Trinken Spielen und Tanzen verboten. Diesen normativen Bestimmungen stand die Realität des spätmittelalterlichen städtischen Alltags gegenüber, der geprägt war von ständigem Kontakt. Dementsprechend schwierig dürfte die Anwendung der rechtlichen Regelungen in der Praxis gewesen sein. Frantisek Graus zählt in seinem Vortrag über die „Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt verschiedene Tatsachen und Trends auf, die aufzeigen, dass es eine allgemeine Tendenz zur Abgrenzung zwischen den Juden und „einer postulierten“ Christenheit geben musste. Graus, "Juden." S. 56-58. Brunswick, Verbotene Beziehungen. „Most pronounced on both the Christian and the Jewish sides was aversion to intermarriage and free sex relations with „unbelievers“. “ Salo Wittmayer Baron, A social and religious history of the jews. Late Middle Ages and Era of European Expansion 1200-1650. Volume XI (New york: 1967). S. 78.

¹⁵⁸² Siehe Kapitel 2.4.

xuelles Verhältnis zwischen einer christlichen Frau und einem jüdischen Mann. Baron weist auf die übliche Doppelmoral in Sachen Sexualität hin und auf die Tatsache, dass Jüdinnen sehr oft den Glauben ihres christlichen Liebhabers angenommen hätten.¹⁵⁸⁴ Dieser Umstand muss aber auch im Zusammenhang damit gesehen werden, dass vor städtischem Gericht die Normen der christlichen Mehrheitsgesellschaft verteidigt wurden. Nach Burghartz kommunizierte die christliche Obrigkeit mit der harten Bestrafung der jüdischen Männern und der christlichen Frauen, dass die christlichen Frauen für die "rechtmässigen Anwärtler", die christlichen Männer, reserviert waren.¹⁵⁸⁵ Die Schandstrafe, mit der christliche Frauen belegt wurden, ist ein Hinweis darauf, dass die Wiederherstellung von Ehre ein zentraler Aspekt darstellt, und zwar die Ehre der christlichen Rechtsgemeinschaft. Durch die Verletzung der Ehre einer Einzelperson, in unserem Fall der christlichen Frau, wurde auch die Ehre der Personeneinheit, in der sie lebt, die städtische, christliche Gemeinschaft, angegriffen.¹⁵⁸⁶ Da die weibliche Ehre in engem Zusammenhang mit dem Körper stand, kam der Sexualehre eine grosse Bedeutung zu.¹⁵⁸⁷ Durch den sexuellen Kontakt mit einem jüdischen Mann fand in den Augen der christlichen Gesellschaft eine Entehrung der betroffenen christlichen Frau statt. Diese Entehrung dehnte sich auf die christlichen Männer aus, deren Ehre die strafende Obrigkeit wiederherstellte. Handelt es sich bei der beteiligten Christin um eine verheiratete Frau, dann wurde das Vergehen um die Dimension des Ehebruchs erweitert.¹⁵⁸⁸

Eine Mehrheit der dokumentierten Fälle von sexuellen Kontakten zwischen jüdischen Männern und christlichen Frauen beziehen sich auf Prostituierte. In den Städten wurden Prostituierte und Frauenhäuser zwar toleriert, aber es war den Juden verboten sie zu besuchen.¹⁵⁸⁹ Dementsprechend wurden jüdische Männer auch immer wieder wegen Besuchen bei christlichen Prostituierten verurteilt. Zahlreiche weitere Fälle, beziehen sich auf Verhältnisse zwi-

¹⁵⁸³ Brunswig, *Verbotene Beziehungen*. Kapitel 4. Sexuelle Beziehungen. S. 56ff. Bestimmungen in Stadtrechten von Augsburg, Erfurt, Mainz etc. S. 62-64.

¹⁵⁸⁴ Baron, *social and religious history*.

¹⁵⁸⁵ Burghartz, "Juden eine Minderheit." S. 235.

¹⁵⁸⁶ Martin Dinges, "Die Ehre in der historischen Anthropologie. Bemerkungen zur Wissenschaftsgeschichte und zur Konzeptualisierung," in *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, ed. Klaus Schreiner, Gerd Schwerhoff (Köln, Wien: 1995), 29-62. S. 48-55.

¹⁵⁸⁷ Ibid. Susanna Burghartz, "Geschlecht - Körper - Ehre. Überlegungen zur weiblichen Ehre in der frühen Neuzeit am Beispiel der Basler Ehegerichtsprotokolle," in *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, ed. Klaus Schreiner, Gerd Schwerhoff (Köln, Wien: 1995), 214-243.

¹⁵⁸⁸ Interessant ist die Situation im spätmittelalterlichen Venedig. Die Stadtoberigkeit sah sowohl sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Christinnen als auch zwischen Laien und Angehörigen der Kirche als eine Beleidigung Gottes an. Brunswig, *Verbotene Beziehungen*. In Augsburg wurde nach dem Stadtrecht vorgesehen, dass ein Jude und eine Christin, die in flagranti ertappt würden, verbrannt werden sollten; die klassische Strafe für Ketzerei. Mütschele, *Juden in Augsburg*, S. 270.

¹⁵⁸⁹ Ibid. S. 76ff.

schen jüdischen Männern und christlichen Mägden. Diesem Umstand versuchte die Stadtbürgerschaft mit zahlreichen Erlassen, die es den Juden entweder verbot, ihre christlichen Dienstboten im selben Haus wohnen zu lassen, oder allgemein verbot, christliche Dienstboten zu haben, entgegenzuwirken.¹⁵⁹⁰ Am strengsten wurden sexuelle Beziehungen zwischen jüdischen Männern und verheirateten christlichen Frauen bestraft, weil diese Form des Kontakts in der Regel als doppeltes Verbrechen betrachtet wurde, und Ehebruch galt als äusserst schweres Vergehen.¹⁵⁹¹

Wie im vorangehenden Kapitel für Zürich herausgearbeitet wurden auch in anderen Städten diese Vergehen unterschiedlich hoch bestraft. Die Höhe der Bussgelder variiert zwischen 1200 Gulden und einstelligen Guldenbeträgen und dürften in vielen Fällen die unterschiedlichen Vermögensverhältnisse der Delinquenten widerspiegeln. Anhand dreier Fälle aus dem Frankfurt des 15. Jahrhunderts lässt sich diese Praxis ergänzend zum Zürcher Beispiel sehr anschaulich illustrieren. In drei Fällen wird ein Jude wegen Geschlechtsverkehr mit einer Christin verurteilt. Auffallend hoch sind die Bussenbeträge von 1000 und 600 Gulden, die Joselin und Meier 1441 entrichten müssen. Erstaunlich ist, dass für dasselbe Vergehen dreissig Jahre später „nur“ 100 Gulden gefordert wurden. Aber zuerst zur Frage, warum Joselin im Jahre 1441 für dasselbe Vergehen 400 Gulden weniger als Meier zu zahlen hatte. Diese Differenz könnte darauf zurückzuführen sein, dass es sich bei Joselin um einen Juden mit Stättigkeitsrecht und bei Meier um einen auswärtigen Juden handelte. Schwerhoff weist darauf hin, dass das Fremdenrecht z.T. eine härtere Bestrafung vorsah als das Recht für die Bürger und Beisassen.¹⁵⁹² Dasselbe Prinzip könnte auch für die Juden gegolten haben. Das heisst, dass ein auswärtiger Jude mit dem entsprechenden finanziellen Potential höher bestraft worden wäre als ein einheimischer. Bei Meier handelte es sich um den Sohn des in Frankfurt ansässigen Smohel von Augsburg. Er und die Mutter von Joselin, Eva vom Buchsbaum, waren die zwei reichsten ansässigen Geldleiher Frankfurts. 1473 wurde in derselben Stadt Liebmann für Beischlaf mit zwei Christinnen zu einem Strafgeld von 100 Gulden verurteilt. Vermutlich handelte es sich bei den zwei christlichen Frauen um Prostituierte und Joselin und Meier hatten ein Verhältnis mit verheirateten Frauen, was wenigstens teilweise einen Unterschied in der Höhe des Strafgeldes erklären würde. Zusätzlich dürfte aber auch der Umstand, dass Liebmanns Familie gemäss Steuerlisten um einiges weniger finanzkräftig war als die Familie der Eva vom

¹⁵⁹⁰ Siehe z.B. in Ulm.

¹⁵⁹¹ Zur Thematik des Ehebruchs in den Zürcher Rechtsquellen des 15. Jahrhunderts. Malamud, Ächtung des "Bösen". S. 285ff.

¹⁵⁹² Schwerhoff, "Devianz." S. 401.

Buchsbaum, mitbewirkt haben, dass von ihm ein erheblich tieferes Strafgeld verlangt worden war.¹⁵⁹³ Neben diesen sehr hohen Strafgeldern lassen sich in den städtischen Quellen auch immer wieder relativ tiefe Guldenbeträge finden. In Nürnberg bezahlte 1387 der Sohn der Salmanin den Betrag von 50 Gulden. Und in Regensburg wurden mehrere Juden wegen „*puebery mit christynn*“ mit Beträgen zwischen 13 und 50 Gulden gebüsst.¹⁵⁹⁴ Diese Bandbreite an Strafgeldern legt den Schluss nahe, dass für Stadtobrigkeit nicht nur die Schwere des Vergehens sondern auch der finanzielle Profit eine beträchtliche Rolle spielte. Handelte es sich bei den verurteilten Juden um finanziell wenig interessante Mitglieder der Gemeinde, wurden sie der Stadt verwiesen oder mit einer peinlichen Strafe belegt.¹⁵⁹⁵

Aus mehreren Städten sind in den Gerichts- und Ratsbüchern sexuelle Kontakte zwischen Juden und Christinnen überliefert. Es stellt sich aber die Frage, ob auf dem Hintergrund des nahen Zusammenlebens und –arbeitens solche Kontakte nicht viel häufiger bestanden haben, als sie in den Gerichtsprotokollen auftreten. Gerade die Bevölkerungsdichte und das nahe Zusammenleben dürften ein Geheimhalten längerer Beziehungen auch stark erschwert haben. Wenn solche Fälle tendenziell eher in Krisensituationen angeklagt und hoch bestraft worden waren, könnte dies eine Erklärung dafür sein, dass nur ein Teil dieser Beziehungen in den überlieferten Quellen auftreten.

Aus Frankfurt ist der Fall einer Ehrverletzung überliefert. Beifus von Worms wurde wegen der Beleidigung einer Christin verhaftet und zu einer Strafe von 100 Gulden verurteilt.¹⁵⁹⁶ Interessant ist, dass es sich beim Opfer des verbalen Angriffs um eine Frau handelt. Das hohe Strafgeld rückt diesen Fall in die Nähe der hochbestraften Sexualdelikte. In beiden Fällen wurde über die verletzte Ehre der Frau, die Ehre eines grösseren Personenverbandes angegriffen und mit einer hohen Strafe wiederhergestellt.

Um eine Ehrverletzung handelt es sich auch bei den folgenden zwei Delikten. Schwer bestraft wurden die verbalen Angriffe zweier Juden gegen Gottes Ehre.¹⁵⁹⁷ In Basel wurde 1377 beispielsweise Mathis Eberlin verbannt, weil er "Unser Frauen Klage lästerlich gelesen" ha-

¹⁵⁹³ Andernacht, ed., Regesten. Band. 1, Nr. 607, 627. Band 2, Nr. 1753.

¹⁵⁹⁴ Brunschwig, Verbotene Beziehungen, S. 141.

¹⁵⁹⁵ In Basel wurde ein Jude, Robins Knecht, beschuldigt mit Gengenbachs Tochter eine sexuelle Beziehung unterhalten zu haben. Er wurde dazu verurteilt, drei Tage lang mit einem Judenhut "*in dem halsysen*" zu stehen. Anschliessend wurde er auf immer aus der Stadt verbannt. Ginsburger, "Juden in Basel." S. 381.

¹⁵⁹⁶ Andernacht, ed., Regesten. Bd. 2, Nr. 2318.

¹⁵⁹⁷ Allgemein zu Blasphemie: Gerd Schwerhoff, "Blasphemare, dehonestare et maledicere deum. Über die Verletzung der göttlichen Ehre im Spätmittelalter," in Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, ed. Klaus Schreiner, Gerd Schwerhoff (Köln, Weimar, Wien: 1995), 252-278. Gilomen, "Innere Verhältnisse." S. 383. Burghartz, Delinquenz in Zürich.

be.¹⁵⁹⁸ 15 Jahre später wird ein Jude zu einem Bussgeld von 500 Gulden verurteilt, weil er schändlich von der Heiligen Katharina gesprochen habe. Im Rechnungsbuch von 1391/92 findet sich ein Eintrag darüber, dass „*von dem juden der ubel rett D guldin*“ eingegangen seien.¹⁵⁹⁹ Aus einer Urkunde geht hervor, dass die Stadt das Geld nicht für sich behielt, sondern dem Augustinerkloster überwies, damit in der Kirche eine Frühmesse für Handwerker und Dienstboten gelesen werden konnte.¹⁶⁰⁰ Die Stadt profitierte in diesem Fall nicht direkt finanziell von dem Bussgeld, aber indirekt konnte die Obrigkeit mit dieser Entscheidung sicherlich einen Prestigegewinn für sich verzeichnen.

Eine weitere umfangreiche Untergruppe in dieser Deliktategorie bilden Übertretungen des Spielverbots. In der Regel lagen die Strafgelder für Spiel im einstelligen Gulden- oder Pfundbereich und die jüdischen Delinquenten wurden nicht höher als die christlichen bestraft. Es gibt allerdings auch verschiedene hohe Bussbeträge, die von der Stadtobrigkeit im Zusammenhang mit der Übertretung des Spielverbots ausgesprochen wurde. Anhand der Spielbussen lässt sich deshalb sehr schön zeigen, wie unterschiedlich ein Vergehen in verschiedenen Städten bestraft wurde und dass auch in derselben Stadt im zeitlichen Verlauf die Bussen für dieselbe Übertretung unterschiedlich hoch angesetzt wurden. Besonders viele Fälle von Verstößen gegen das Spielverbot sind für Nürnberg nach 1420 überliefert. Auffallend ist die erheblich variierende Höhe der einzelnen Bussgelder, die für dasselbe Vergehen bezahlt werden mussten. 1421 wurden Pyman und seine Ehefrau „*von spils wegen*“ zu einer Busse von 46,5 Gulden verurteilt.¹⁶⁰¹ Im gleichen Jahr wurde Seligman „*in eodem facto*“ nur mit einer Summe von 14 Gulden gebüsst.¹⁶⁰² Weiter wurden fünf Juden „*von spils wegen*“ zu einer Busse von je 5 Pfund Heller verurteilt.¹⁶⁰³ Drei Jahre später wurde Mendlein zur Zahlung von 10 Pfund Heller verurteilt, weil er erlaubt hatte, dass in seinem Haus gespielt wurde. Auch in Oberehnheim, wo mehrere Juden wegen verbotenen Spielens verurteilt wurden, variieren die Bussgelder. Zwei der Verurteilten mussten eine Busse von 5 Schilling bezahlen, und der Dritte, der Vermögendere unter den dreien, hatte einen Betrag in der Höhe von 10 Schilling zu

¹⁵⁹⁸ Ginsburger, "Juden in Basel." S. 379f.

¹⁵⁹⁹ Harms, ed., Jahresrechnungen 1.1391/92, S. 33.

¹⁶⁰⁰ Wackernagel, ed., UB Basel 5. S. 226. Nr. 224.

¹⁶⁰¹ Pyman wurde zusammen mit seiner Frau verurteilt. Vielleicht spielten sie gemeinsam mit christlichen Männern. Der soziale Kontakt zwischen Männern und Frauen verschiedener Religionszugehörigkeit musste von der Stadtobrigkeit als schwereres Vergehen gewertet werden, als wenn es sich „nur“ um ein Spiel unter Männern gehandelt hätte. Oft wurden Juden auch wegen sexuellen Kontakts zu einer Christin in Verbindung mit Spiel angeklagt.

¹⁶⁰² Seligmann entrichtete ab 1423 eine jährliche Steuer von 26 Gulden. Pyman erscheint nicht in den Listen des Judenzinsbuchs. Stern, Bevölkerung, Judenzinsbuch, S. 58.

¹⁶⁰³ Einer der fünf Delinquenten war erneut Pyman.

entrichten.¹⁶⁰⁴ Um ein Vielfaches höher fiel die Strafe beim Übertreten des Spielverbots in Frankfurt aus, 20 Gulden oder ein Monat Haft im Turm.¹⁶⁰⁵ Von 1456 ist ein Antrag von Simon von Eppstein überliefert, seinen Sohn Jacob, der des zweimaligen unerlaubten Kartenspiels überführt worden war und daher in Haft sei, vorübergehend frei zulassen, damit er andere Gerichtstermine wahrnehmen könne.¹⁶⁰⁶ Erstaunlich ist, dass beispielsweise in Zürich nur in einem Fall Juden wegen unerlaubten Spiels zu einer Busse von 1 Pfund und 5 Schilling verurteilt worden waren.¹⁶⁰⁷ Aus den Nördlinger Rechnungsbücher sind zahlreiche Bussen wegen Spiels überliefert, wobei die Straf gelder sowohl der Juden als auch der Christen im einstelligen Guldenbereich lagen. Buss gelder in der Höhe von 20, 40 oder 46,5 Gulden, wie sie in Nürnberg oder Frankfurt erhoben wurden, lassen bereits auf ein finanzielles Interesse schliessen und waren somit eine interessante Einnahmequelle der sich insbesondere Nürnberg verschiedentlich bediente.

12.3.3.2 Eigentums- und Wirtschaftsdelikte

Verstösse gegen das Eigentum galten in der spätmittelalterlichen Stadt als schwerwiegende Vergehen. 1444 wurden beispielsweise Salomon und Josef in Frankfurt wegen Diebstahls dazu verurteilt, mit den Füßen an den Galgen, neben dem Hunde sitzen, gehängt zu werden.¹⁶⁰⁸ Zusätzlich wurde anderen Juden verboten, die Verurteilten zu begleiten und im Glauben zu unterstützen.¹⁶⁰⁹ Einigen vermögenden Juden in Frankfurt und Nördlingen, die des Diebstahls oder eines verwandten Deliktes beschuldigt wurden, wurde die Möglichkeit gegeben, eine peinliche Strafe mit einer hohen Bussensumme abzulösen. Das höchste dokumentierte Straf geld in Frankfurt im 15. Jahrhundert wurde 1441 von Nathan und Salman erhoben.¹⁶¹⁰ Der Sohn und Schwiegersohn der reichsten Geldleiherin der Stadt, Eva vom Buchsbaum, mussten wegen Hehlerei die Summe von 1100 Gulden entrichten. Sie wurden beschul-

¹⁶⁰⁴ Brunshwig, Verbotene Beziehungen, S. 49.

¹⁶⁰⁵ Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 7 (1402), Nr. 484 (), Nr. 1096 (1456). Für 1456: „auch sal keyne jude zu Franckfurt wonhafftig solich virboden spil tun noch in siner wonunge oder dem sinen gestaten, als vorgescriben steet. Welcher jude zu Franckfurt wonhafftig das daruber tede ... den wulde der rat straffen und einen mant uff einen thorne heissen geen, daruff zu globen und zu bliben oder 20 gulden zu busse darfur zu geben ane alle gnade“. Wolf, ed., Gesetze Frankfurt. Nr. 227, S. 319. Für die Christen war für dasselbe Vergehen eine Busse zwischen 5 und 10 Gulden vorgesehen.

¹⁶⁰⁶ „... myn sone Jacob off den Mentzer thorn beschiden hant zu gen off gnode odir viertzig gulden zu geben umb willen, das er zwey mal gekartt sal han...“. StA FA, JJ Ugb E 49 LL 18.

¹⁶⁰⁷ StA Zürich, B VI 211 fol. 13.

¹⁶⁰⁸ Die selbe Strafart ist auch aus Basel bekannt. Ginsburger, "Juden in Basel." S. 379.

¹⁶⁰⁹ Andernacht, ed., Regesten., Nr. 754.

dig, mit Dieben gemeinsame Sache gemacht zu haben, in dem sie ihnen die gestohlenen Sachen abgenommen hätten. Dass die Bussgelder tatsächlich in voller Höhe entrichtet worden sind, lässt sich einer Abschrift aus dem 18. Jahrhundert entnehmen von Rechnungsbucheinträgen aus dem 15. Jahrhundert.¹⁶¹¹ Ein weiterer Fall ist aus Nördlingen bekannt. Leo wurde 1436 wegen Funddiebstahls zu einer Busse von 200 Gulden verurteilt.¹⁶¹²

Weitere hohe Bussen sind bekannt, wegen Vergehen gegen die Darlehensgesetze oder ein Wucherverbot. In Nördlingen wurde ein Jude mit einer Busse von 50 Gulden belegt, weil er Geld auf einen Harnisch geliehen hatte.¹⁶¹³ Für Zürich ist ein interessanter Fall überliefert, der die Übertretung des Wucherverbots von mehreren Christen dokumentiert.¹⁶¹⁴ In einem Nachgangverfahren wird aufgedeckt, dass sechs Christen jüdischen Geldleihern und Geldleiherinnen Geld gegen Zinsen geliehen haben.¹⁶¹⁵ Zwei der sechs Christen wurden zu der hohen Busse von 20 Mark, zwei weitere zu einem Strafgeld von 10 Mark verurteilt.¹⁶¹⁶ Über eine Verurteilung der involvierten jüdischen Geldleiherinnen und Geldleihern, die nur in der Rolle der Zeugen im Protokoll auftreten, ist nichts bekannt. In Braunschweig wurde in den Jahren 1506 bis 1508 von mehreren Juden Straf gelder in der Höhe von ca. 6000 Gulden wegen Verstössen gegen das 1474 erlassene Wucherverbot erhoben.¹⁶¹⁷

Aus Basel ist ein Fall bekannt, in dem ein Jude gegen das Verbot Pferdehandel zu betreiben verstiess. 1381 wurde Vivelin verurteilt und das erste Urteil lautete, dass er sein Bürgerrecht für immer verlieren solle, keinen Zugang zur Synagoge mehr haben und kein Fleisch mehr erhalten solle.¹⁶¹⁸ Es drohte ihm also die rechtliche, religiöse und soziale Ausgrenzung.

¹⁶¹⁰ Ibid. Bd. 1, Nr. 607.

¹⁶¹¹ StA FA, Auszüge aus den Rechenbüchern (18. Jh.), Ugb D 14 W, S. 422.

¹⁶¹² *"Item der Leo jud dedit von des geltz wegen, daz Michel Gronenwalders weib verloren hett, des er sich an nam fur daz sein und daz sich mit warheit nit fand, zu besserung 200 gl."* StA Nö, RB 1436.

¹⁶¹³ *"It vom Schmule Jude umb daz er uf harnasch daz der bürger war gelihen hett 50 gl."* StA Nö, RB 1436 "pessierung".

¹⁶¹⁴ StA ZH, B VI 201, 172v-179r.

¹⁶¹⁵ *"Man soll nach gan und richten. Als etlich kristan lu(e)t dien juden in unser statt bar gelt umb wuoher gelichen hant. Ein pfunt um I dn ze der wuchen. Etwenn tuver und etwen nacher und dz ouch etlich lu(e)t dien juden uff zil koeiff geben hant. Und gaben inen doch nit anders dann bar gelt..."*. Ebd. 172v.

¹⁶¹⁶ Auch in Nördlingen wurde die Beteiligung von Christen am jüdischen Geldhandel schwer bestraft. 1426 wurde Hans Winter für 10 Jahre aus der Stadt verbannt, weil er einem Juden Geld um Zins geliehen hatte. 1456 wurde ein Nördlinger Bürger an den Pranger gestellt und drei Jahre aus der Stadt verbannt, weil er den vertriebenen Juden geholfen hatte, weiterhin in der Stadt Pfand- und Geldleihe zu betreiben. Müller, "Jüdische Gemeinden." S. 55.

¹⁶¹⁷ Ebeling, Juden in Braunschweig. S. 59ff.

¹⁶¹⁸ StA B, A 2 Ratsbücher, Leistungsbuch I, fol. 102.

Nachträglich wurde ihm allerdings erlaubt, diese Strafe mit 400 Gulden abzulösen, was er auch tat, wie eine Zahlung im Rechnungsbuch belegt.¹⁶¹⁹

12.3.3.3 Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit

Der erste Fall ist bereits bekannt. Es handelt sich um den Langen Smario, der in Zürich 1384 wegen Eidbruchs und der Übertretung des Verbots, fremde Gerichte anzurufen, zur Bussse von 200 Mark verurteilt wurde.¹⁶²⁰ Auch Mosse in Nördlingen wurde 1442 zu einem Bussgeld von 200 Gulden verurteilt, weil es bei seinem Wegzug aus städtischer Sicht zu Unregelmässigkeiten gekommen zu sein scheint.¹⁶²¹ Diese zwei Fälle zeigen auf, dass die Übertretung von Satzungen, die die Beziehung zwischen den Juden und der Stadtobrigkeit regelten, von letzterer mit hohen Bussgeldern geahndet werden konnte.

Eine weitere städtische Satzung wurde in zahlreichen Städten häufig übertreten und in einigen Fällen hoch bestraft. Dabei handelt es sich um das Verbot, fremde Juden ohne Wissen des Rates zu beherbergen. Vergleichbar mit dem Spielverbot lässt sich auch in diesem Fall aufzeigen, wie unterschiedlich hoch dasselbe Vergehen in verschiedenen Städten bestraft wurde. Sehr klar zeigt dies eine Serie von Verurteilungen in Nürnberg im Jahre 1420.¹⁶²² Sieben Juden wurden zu Bussen in der Höhe von 25 bis 262 Gulden verurteilt, weil sie entweder erwachsene Familienmitglieder oder fremde Juden ohne Wissen und Erlaubnis des Rates bei sich beherbergt hatten. Die Angeklagten, die Familienmitglieder bei sich wohnen hatten, wurden eindeutig höher bestraft (262, 100, 150 Gulden) als diejenigen, die „fremd Juden gehalten“ hatten (4 x 50 + 25 Gulden). Erstaunlicherweise wurden nur fünf Jahre später erneut fünf Juden für das Vergehen, fremde Juden beherbergt zu haben, viel weniger hoch gebüsst. 1425 lagen die Bussen nur noch zwischen 3 und 13 Gulden!¹⁶²³ Drei Namen erscheinen sowohl 1420 als auch 1425 unter den Verurteilten. Unterschiedliche Vermögensverhältnisse können also nicht der Grund für die schwankende Höhe der Bussgelder gewesen sein. In den Jahren vor 1420 musste Nürnberg mehrmals Geschenke in beträchtlicher Höhe an den König leis-

¹⁶¹⁹ Ginsburger, "Juden in Basel." S. 380.

¹⁶²⁰ Siehe oben.

¹⁶²¹ "Item vom Mosse juden buszgelts umb sein ustreten und uberfarn bezalt feria quinta ante Oculi 100 gl. Item vom Mosse juden altz busgeltz 100 gl." StA Nö, RB 1442, fol. 18 v; RB 1443, 19v.

¹⁶²² Stern, Bevölkerung. S. 269. „Item recepimus 262 guldein von Stroelein juden, daz er seinen ayden und sein tochter gehalten het, die nicht purger waren, on dez rats wort, daz verboten ist.“

¹⁶²³ Ibid.

ten.¹⁶²⁴ Aus demselben Jahr ist auch eine Sonderabgabe der jüdischen Gemeinde von 500 Gulden überliefert.¹⁶²⁵ Vermutlich nahm die Stadtoberkeit die Chance wahr, die Einnahmen in einer Zeit gestiegener finanzieller Anforderungen durch zusätzliche Einkünfte, neben Sonderabgaben auch hohe Bussen, zu erhöhen.

12.3.3.4 Innerjüdische Konflikte

In den überlieferten städtischen Gerichtsquellen sind die innerjüdischen Konflikte relativ selten dokumentiert und noch seltener wurden die beteiligten Delinquenten zu hohen Strafge-ldern verurteilt. In der Regel wurden solche Auseinandersetzungen gemeindeintern geregelt und erscheinen nicht in den städtischen Verwaltungsquellen. Einige überlieferte Urteile in Bezug auf innerjüdische Konflikte, die freiwillig oder gezwungenermaßen vor dem Stadtgericht verhandelt worden waren, enthalten vergleichsweise hohe Strafge-lder. In Frankfurt wurden 1383 Heylmanne von Marburg zu 400 Gulden und Joseline von Marburg zu 200 Gulden verurteilt „*von soliches frabels wegen*“, den sie beide aneinander begangen hätten. In Nürnberg mussten 1381 vier Juden Bussen zwischen 24 bis 113 Rheinische Gulden entrichten, wegen „*der untzucht..., die sie in der schul miteinander begangen heten und als swerlichen unsin getriben heten*.“¹⁶²⁶ In Zürich wurde der Lange Smario wegen einem Konflikt mit Mössli zu einer Busse von 10 Mark verurteilt. In allen drei Fällen scheint für die Stadt die Einnahme und nicht das Vergehen im Vordergrund gestanden zu haben. 1487 beschloss der Rat, Simon zu einer Zahlung zwischen 24 und 40 Gulden zu verurteilt, weil er eine Jüdin geschlagen habe.¹⁶²⁷ In beschriebenen Fällen handelt es sich um Injurien in der Form von Brachialgewalt. Eine Deliktart, die bei den Fällen mit einer jüdischen und einer christlichen Konfliktpartei nicht mit hohen Strafge-ldern belegt worden ist. Vermutlich konnten in allen vier Fällen die Konflikte vor dem innerjüdischen Gericht nicht gelöst werden. Eine in sich zerstrittene jüdische Gemeinde lag allerdings nicht im Interesse der städtischen Stadtoberkeit. Ein solcher Hintergrund könnte also durchaus verschärfend auf die Bestrafung der oben beschriebenen Delikte

¹⁶²⁴ Wild, Steuern. S. 91.

¹⁶²⁵ Stern, Bevölkerung. S. 269f.

¹⁶²⁶ Ibid. S. 242

¹⁶²⁷ Einem Eintrag im Bürgerbuch kann man entnehmen, dass der Rat die Rechenmeister anwies, von Symon ein Strafge-ld in der Höhe von 40 Gulden zu erheben. Sie hatten jedoch die Erlaubnis bis auf 24 Gulden runterzugehen. StA FA, BMB 1487, fol. 25r.

gewirkt haben. Da es sich in allen Fällen um finanzkräftige Mitglieder der jüdischen Gemeinden handelte, nutzte das städtische Gericht die Möglichkeit, hohe Bussgelder auszusprechen.

12.3.4 Zusammenfassung

Für keine der beigezogenen Städte lässt sich eine vom Rat den Juden gegenüber systematisch und regelmässig betriebene Finanzpolitik der hohen Bussgelder nachweisen. Ein Grossteil der Bussbeträge liegen im einstelligen Bereich unter fünf Gulden und es lässt sich festhalten, dass die Strafgerichte jüdischer Angeklagter mit denjenigen der christlichen Delinquenten vergleichbar sind. Dies zeigt sich beispielsweise für die Verhältnisse in Augsburg, Frankfurt, Nördlingen, Schaffhausen und Zürich.¹⁶²⁸ Dieser Gleichbehandlung in weiten Teilen standen einzelne hohe Bussgelder gegenüber, die in unregelmässigen Abständen für eine kleine Auswahl Deliktarten erhoben wurden. Die höchsten Bussen wurden durchwegs für Vergehen ausgesprochen, die in den Bereich der Blutsgerichtsbarkeit fielen, wie sexueller Kontakt zwischen christlichen Frauen und jüdischen Männern oder Diebstahl. In der Regel drohte den Tätern für diese Delikte die Verbannung, eine Hinrichtung oder eine peinliche Strafe, wenn sie die hohen Bussgelder nicht aufbringen konnten.¹⁶²⁹ Insbesondere in Bezug auf die hohen Strafgerichte fällt auf, dass für dieselben Vergehen unterschiedlich hohe Bussbeträge ausgesprochen wurden. Verschiedentlich ist zu beobachten, dass die Strafgerichte bei gewissen Vergehen sehr stark den finanziellen Möglichkeiten der Angeklagten gegen oben angepasst wurden. Insbesondere im Zusammenhang mit dem finanziellen Motiv erstaunt es, dass keine reichen Geldleiherinnen zu hohen Bussen verurteilt wurden. Dieser Aspekt ist ein Hinweis darauf, dass die Städte nicht willkürlich hohe Bussgelder festsetzten, sondern nur eine Auswahl von Delikten hoch bestraft wurde. Auffallend ist auch, wie unterschiedlich hoch dieselben Delikte in unterschiedlichen Städten oder in derselben Stadt im zeitlichen Verlauf bestraft wurden. Als

¹⁶²⁸ Für Augsburg siehe Mütschele, Juden in Augsburg. Für Nördlingen und Schaffhausen siehe oben in den entsprechenden Städtekapiteln. Zu Frankfurt: Angaben in Andernacht, ed., Regesten.

¹⁶²⁹ Aus dem Mainzer Stadtrecht von 1422: „*Auch wan eyn Waldpot eyne Juden by eyner Christen frouwen adir Maget vunde, Unkueschhit mit oer zu tribende, dy mag he beyd halten, do sal men dem Juden syn Ding abesneiden, undt eyne Uch uzstechen, und sy mit Ruten uslagen, adir sie mogen um eyne Summ darumb theidingen.*“ zit. bei Brunschwig, Verbotene Beziehungen. S. 63.

1394 wurde ein jüdischer Knecht, der ein Verhältnis mit der Tochter einer angesehenen christlichen Familie unterhalten hatte, auf ewig aus der Stadt verbannt, nachdem er drei Tage mit einem Judenhut bekleidet im Halseisen stehen müssen. StA Basel, Leistungsbuch II, 13v. Transkribiert bei Brunschwig, Verbotene Beziehungen. Anhang.

allgemeine Entwicklung ist auszumachen, dass im Vergleich zum 15. Jahrhundert in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts tendenziell zahlreichere hohe Bussgelder erhoben wurden.

Für einige Städte hat sich gezeigt, dass vergleichbar mit Sonderabgaben oft das Zusammentreffen verschiedener Faktoren zur Erhebung dieser hohen Beträge führte. Primär musste der Delinquent natürlich über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen. In einzelnen Städten fiel die Erhebung dieser hohen Strafgeelder in eine Zeit der Krise, beispielsweise in der Form eines zunehmend judenfeindlichen Klimas in der Stadt oder Region, oder in der Form von innerstädtischen Spannungen. Ein weiterer Katalysator bildete ein kurzfristig angestiegener Finanzbedarf der Stadtohrigkeit.¹⁶³⁰ Für das 14. Jahrhundert wurde auf diesen Mechanismus bereits für die Städte Zürich und Frankfurt hingewiesen. Weitere Beispiele aus dem 15. Jahrhundert untermauern diese These. Im Frankfurt beispielsweise entfiel ein Grossteil der wenigen überlieferten hohen Strafgeelder auf das Jahr 1441.¹⁶³¹ Die Familie Evas vom Buchsbaum entrichtete für verschiedene Delikte 1700 Gulden. Inklusiv der 1000 Gulden von Meier erzielte die städtische Obrigkeit in diesem Jahr Einnahmen in der Höhe von 2700 Gulden. Ein Betrag, der die jährlichen Abgaben der jüdischen Gemeinde um das Zwölfwache überstieg. In dasselbe Jahr fällt eine Steuererhöhung, der Einspruch Friedrich III. gegen die hohen Geldforderungen an die Juden von städtischer Seite her, sowie eine erneute Diskussion im Rat, wie man die Juden loswerden könnte. Auch die Zahlung von 300 Gulden Bussgeld von Abraham in Konstanz im Jahre 1427 fällt in eine Zeit der starken innenpolitischen Spannung, die seit Anfang der 1420er Jahre stetig im Steigen begriffen war.¹⁶³²

Abschliessend kann man festhalten, dass sich das Verhalten der städtischen Gerichte durch eine gewisse Ambivalenz gegenüber jüdischen Delinquenten auszeichnet. Einerseits schützte die Stadt die Rechte ihrer jüdischen Mitbürger, insbesondere gegen aussen um auch die eigene Unabhängigkeit zu demonstrieren. Andererseits entstand immer wieder die Situation, in der die Obrigkeit die Abhängigkeit der jüdischen Bürger zum eigenen finanziellen Profit ausnützte.

¹⁶³⁰ Vergleiche die Umstände die zur Erhebung von Sonderabgaben führten. Kapitel 12.3.

¹⁶³¹ Andernacht, ed., Regesten. Bd. 1, Nr. 607, 627.

¹⁶³² Siehe Kapitel 5.4.4.4

12.4 Darlehen

12.4.1 Städtische Schuldenpolitik

"Wir Heinrich Rich ritter burgermeyster und der .. ra(u)t ze Basel tu(o)nt kunt allen den, die disen brief ansehent oder ho(e)rent lesen, daz wir Slemmen Moyses von Colmar dez juden, der in unser stat ze Basel do er lebt gesessen waz, wib die júdin die in der selben unserer stat gesesse ist ... zu(o) unsern ingesessenen burgern genomen haben ... und har úber so(e)llent noch wellent wir die vorgeanteten Slemmen und irn vo(u)gt die juden núczit twengen noch trengen úns dhein gu(o)t ze lihende oder ze gebende ...".¹⁶³³

Die Stadt Basel nahm 1386 die Jüdin Slemme als Bürgerin auf und sicherte ihr zu keine Zwangsdarlehen zu fordern. Eine solche Zusicherung dürfte von der Slemme als notwendig erachtet worden sein, weil die Stadt sonst das Recht hatte, von den ansässigen Juden Darlehen zu verlangen. Inwieweit der Rat von diesem Recht Gebrauch machte, ist aufgrund der überlieferten Quellen schwer nachvollziehbar. Im Zusammenhang mit der Regelung in Slemmes Schutzbrief stellt sich ganz allgemein die Frage, ob jüdische Anleihen für den Stadthaushalt auch nach 1350 von Bedeutung waren und die Erhebung von Zwangsanleihen eine gängige Praxis in der städtischen Finanzpolitik war. Im Folgenden wird in einem ersten Teil auf die Entwicklung der jüdischen Geldleihetätigkeit in der zweiten Hälfte des 14. und im 15. Jahrhundert eingegangen. Anschliessend wird vor diesem Hintergrund die Bedeutung der jüdischen Geldleihetätigkeit für den städtischen Finanzhaushalt detaillierter erläutert.

12.4.2 Entwicklung der jüdischen Geldleihetätigkeit

Im Verlaufe des 14. und 15. Jahrhunderts ist eine zunehmende Verdrängung jüdischer und lombardischer Geldleiher¹⁶³⁴ aus dem oberen Kreditsegment zu beobachten. Anders verhält

¹⁶³³ Wackernagel, "UB Basel 4." Nr. 85, S. 92-94 (1386).

¹⁶³⁴ Interessant ist, dass sich die Lombarden z.B. in Schweizer Städten im Sektor der grösseren Kredite länger halten konnten. Aus den Zürcher Eingewinnerverzeichnissen geht deutlich hervor, dass die lombardischen Darlehen im Durchschnitt um einiges höher waren als die jüdischen. Gilomen, "Sondergruppen." S. 154-159. Für Konstanz: Ammann, "Ammann-Gerichtsbuch." S. 40. Jean-Jacques Amiet, "Die französischen und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters namentlich in der Schweiz," Jahrbuch für Schweizerische Geschichte 1, 2 (1876): 177-255, 141-326.

sich die Situation im niederen Kreditsektor. Gilomen weist darauf hin, dass sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ein Grossteil der jüdischen Darlehen im ein- bis zweistelligen Guldenbereich bewegte und durch Renten nicht substituierbar war.¹⁶³⁵ Es handelte sich um kurzfristig gewährte Darlehen, die mit Pfändern gesichert wurden.¹⁶³⁶ Ein Teil der Geschäfte jüdischer Geldleiher in Zürich ist in den Eingewinnerverzeichnissen der Stadt verzeichnet.¹⁶³⁷ Neben den Namen des Gläubigers und des Schuldners wurde die Höhe des eingeklagten Betrags festgehalten. Obwohl die Einträge nur einen Teil des Geschäftsvolumens jüdischer Geldleiher dokumentieren, widerspiegeln sie die tendenzielle Entwicklung der durchschnittlichen Höhe sowie der Streuung der Darlehensbeträge. Dieser Verlauf dürfte in seiner Tendenz auch auf die Gesamtheit der jüdischen Geldgeschäfte zutreffen.

In der folgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte sowie die Gesamtsummen der Darlehen für den jeweiligen Zeitabschnitt miteinander verglichen.

Zur Konkurrenzsituation von jüdischen und lombardischen Geldleihern im niederrheinischen Gebiet Irsigler, "Juden und Lombarden." Winfried Reichert, "Juden und Lombarden im Maas-Rheingebiet während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts: Siedlungsgefüge und Raumerfassung im Vergleich," in *In Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen*. Teil 1, ed. Alfred Haverkamp (Hannover: 2002), 9-30.

¹⁶³⁵ Wenninger formulierte die These, dass die jüdische Geldleihe sowohl im grösseren Kreditsektor als auch im Bereich der Pfandleihe ersetzt wurde. Wenninger, *Man bedarf*. S. 251. Siehe Kritik bei Gilomen, "Aufnahme und Vertreibung von Juden." S. 93-96. Gilomen weist u.a. darauf hin, dass beispielsweise in Lausanne, christliche Geldleihe durch jüdische ersetzt wurde. Und in Bern empfahl Vinzenz Ferrer den Menschen 1404 in seinen Predigten, sich lieber an verdammte Juden als an christliche Geldleiher zu wenden. S. 100, 104.

¹⁶³⁶ Den Zürcher Eingewinnerverzeichnissen sowie dem Konstanzer Ammangerichtsbuch kann man entnehmen, dass ein Grossteil der gewährten Darlehen in den Klein- wenn nicht Kleinstkreditbereich gehörte. Die Eingewinnerverzeichnisse sind Listen von eingeklagten Schulden, in denen auch ausstehende Beträge jüdischer Gläubiger aufgeführt wurden. Über die Zürcher Eingewinnerverzeichnisse: Sybille Malamud, Pascale Sutter, "Die Betreibungs- oder Eingewinnungsverfahren der Stadt Zürich im Spätmittelalter," (Zürich: 1999). Urs Meier, *Kreditgeschäfte im spätmittelalterlichen Zürich. Auswertung der Eingewinnerverzeichnisse zwischen 1400 und 1405* (Zürich: 1997). Allenspach, *Jüdischer Geldverleih*, Gieri Cavelti, Simon Lüchinger, *Geldverleih von Juden und ausgewählten Christen in Zürich in den Jahren 1381-1491*, Seminararbeit Universität Zürich, Prof. H.-J. Gilomen. (Zürich: 2001).

Für Konstanz siehe Ammann, "Ammann-Gerichtsbuch." Ammann weist weiter auf die Murtener Quellen, die ein ähnliches Bild vermitteln, hin und darauf, wie erstaunlich „gering der Durchschnittsbetrag der hundert von Geldgeschäften gewesen“ sei. Für Murten existieren eine Anzahl Register von Notaren, in denen hunderte von Einträgen über jüdische Geldgeschäfte vom Ende des 14. Jahrhunderts bis ca. 1420 enthalten sind. Ebd. S. 44.

Für die Verteilung in Bingen, Frankfurt und Nürnberg siehe Toch, "Wirtschaftliche Tätigkeit." S. 2153ff und Toch, "Der jüdische Geldhandel."

¹⁶³⁷ Ergänzend zu den bereits bei Meier, *Kreditgeschäfte* und Allenspach, *Geldverleih* ausgewerteten Jahrgängen (1382-1385, 1400-1405, 1414-1419) im Staatsarchiv Zürich, B VI: 1386: Bd. 193, fol. 121ff, 161ff. 1387: Bd. 193, fol. 105ff, 138ff. 1389: Bd. 193, fol. 149ff, Bd. 194, fol. 2ff. 1390: Bd. 192, fol. 114ff, Bd. 237, fol. 7ff. 1391: Bd. 194: 199ff. 1392: Bd. 237, fol. 64ff, Bd. 234, fol. 14ff. 1394: Bd. 195, fol. 205ff. 1395: Bd. 196, fol. 45ff. 1396: Bd. 196, fol. 112ff, 126ff. 1397: Bd. 196, fol. 230ff, Bd. 200, fol. 135ff. 1398: Bd. 193, fol. 218ff, Bd. 196a, fol. 89ff. 1399: Bd. 196a, fol. 246ff. 1406: Bd. 199, fol. 83ff. 1497: Bd. 199, fol. 111ff, 125ff. 1408:

Tabelle V: Von jüdischen Geldleihern eingeklagte Darlehen in Zürich

Zeitabschnitt	Anzahl Jahre	Durchschnitt in fl ¹⁶³⁸	Gesamtsumme in fl
1382-85	4	24.7	4220
1400-05	6	24.33	3771
1414-19	6	11.8	2012

Die Höhe der Gesamtsumme sank im Laufe der 38 Jahre beträchtlich. Diese Entwicklung ist nicht auf eine verbesserte Zahlungsmoral der Schuldner, sondern auf durchschnittlich tiefere und eine kleinere Anzahl Darlehensbeträge zurückzuführen.¹⁶³⁹ Die Übereinstimmung der Werte von 1382 bis 1385 und 1400 bis 1405 bedeutet keineswegs, dass die Streuung der Beträge ebenfalls übereinstimmt. Die Werte sind darauf zurückzuführen, dass in der ersten Periode einige hohe einer grossen Anzahl tieferer Beträge gegenüberstanden. Anfang des 15. Jahrhunderts ging die Anzahl der hohen Darlehensbeträge zurück, wobei das mittlere Segment im Vergleich zu den 1380er Jahren stärker vertreten war. Ein klarer Unterschied zeigt sich zwischen dem zweiten und dritten Zeitabschnitt. Sowohl der Durchschnittsbetrag als auch die Gesamtsumme sanken um die Hälfte ab. Ein Zeichen dafür, dass der Geschäftsbereich der Juden zunehmend schrumpfte und ihre Bedeutung für die städtische Wirtschaft im Abnehmen begriffen war.

Aufschlussreich ist auch ein Vergleich zwischen den Darlehen von christlichen und jüdischen Geldleihern. Beim Rat gingen im Zeitraum von 1400 bis 1405 jüdische und lombardische Forderungen im Wert von 5909,58 fl. ein. Diese Summe beträgt mehr als ein Drittel der Gesamtsumme der Forderungen von 15'314.8 fl. Es zeigt sich, dass die Lombarden im Vergleich zu ihrem prozentualen Anteil an den Kreditgeschäften im oberen Segment von über hundert Gulden über- und in den unteren zwei Kategorien, 10 bis 100 fl, 1 bis 10 fl, auffallend untervertreten waren.¹⁶⁴⁰ Obwohl sie nur einen 21,8 prozentigen Anteil an allen aufgeführten

Bd. 199: 180ff, Bd. 196a, fol. 103ff. 1409: Bd. 200, fol. 43ff, 55ff. 1410: Bd. 200, fol. 48ff, 62ff. 1411: Bd. 201, fol. 46ff, 57ff. 1412: Bd. 201, fol. 213ff. 1413: Bd. 201, fol. 362ff, Bd. 202, 132ff.

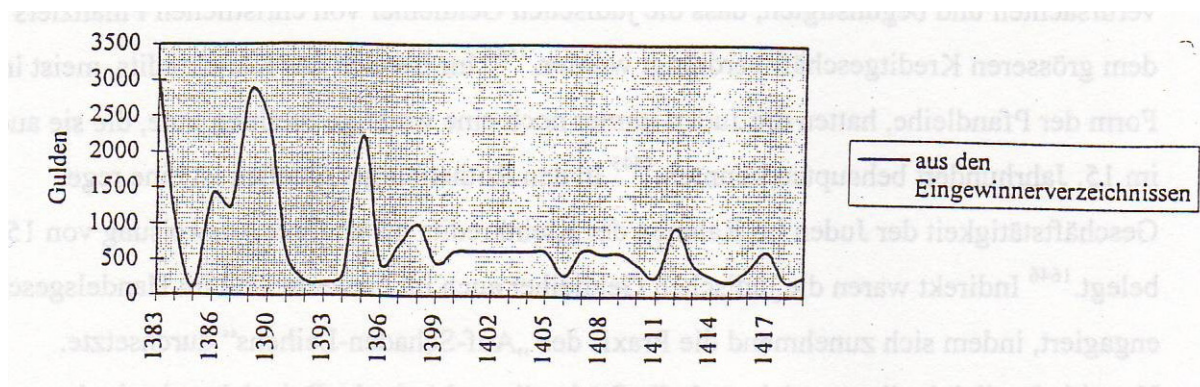
¹⁶³⁸ Dem Durchschnittswert ist nicht zu entnehmen, dass ein Grossteil der Darlehensbeträge unter 10 Gulden lagen und die hohen Durchschnittswerte von 24 oder 12 Gulden auf eine begrenzte Anzahl hoher Kreditsummen zurückzuführen sind.

¹⁶³⁹ Die Daten für den ersten und dritten Zeitabschnitt wurden der Seminararbeit von Werner Allenspach und Urs Meier, „Jüdischer Geldverleih in der Stadt Zürich zwischen 1380 und 1419“ entnommen. Die Angaben für die Jahre zwischen 1400 bis 1405 stammen aus der Lizentiatsarbeit von Meier, Kreditgeschäfte. S. 172.

¹⁶⁴⁰ Juden: Bis 1 fl: 11 Einträge (7.10 %) Lombarden: Bis 1 fl: 0 Einträge

Kreditgeschäften hatten, wurden doch 50 % der Darlehen über 100 fl. bei ihnen aufgenommen. Der Hauptgrund für den Rückgang der Jahressummen der von Juden eingeklagten Forderungen in den untersuchten 40 Jahren dürfte demnach darin zu finden sein, dass die jüdischen Geldleiher insbesondere im Bereich der grösseren Darlehen einen beträchtlichen Rückgang des Geschäftsvolumens hinnehmen mussten. Im folgenden Diagramm wird die Entwicklung der Jahressumme der von jüdischen Geldleihern eingeklagten Beträge visualisiert.

Diagramm V: Summe der eingeklagten Darlehensbeträgen



Der Verlauf der Summenkurve lässt den Rückgang noch ausgeprägter erkennen als die Zahlen in der vorangehenden Tabelle. Sind in den ersten acht Jahren fünf der Jahresbeträge über der 1000 Gulden-Grenze, so gibt es nach 1390 nur noch ein Jahr, in dem ein Wert in dieser Höhe erreicht wird.¹⁶⁴¹ Ein weiterer klarer Unterschied zeichnet sich zwischen den zwanzig Jahren nach 1390 und den letzten zehn Jahren der Tabelle ab. Ein weiteres deutliches Zeichen für einen Rückgang ist die Entwicklung in den 1410er Jahren. Zwischen 1410 und 1419 liegen acht Beträge zwischen 300 und 500 Gulden und die Hälfte der eingeklagten Darlehen bereits unter 300 Gulden. Für die jüdischen Geldleiher bedeutete diese Entwicklung kleinere Einnahmen bei höheren Abgaben. Weiter widerspiegelt sich darin, dass die Bedeutung der jüdischen Geldleiher insbesondere im oberen Segment im Schwinden begriffen war.

1 bis 10 fl:	76 Einträge (49.03 %)	1 fl bis 10 fl:	5 Einträge (20.83%)
10 bis 100 fl:	61 Einträge (39.36 %)	10 fl bis 100 fl:	12 Einträge (50.00%)
über 100 fl:	7 Einträge (4.52 %)	über 100 fl:	7 Einträge (29.17%)

Ibid. S. 172. 110 Einträge, davon 86 (78,2%) von Juden und 24 (21,8%) von Lombarden.

¹⁶⁴¹ Von den Jahren 1400 - 1406 könnte höchstens das Jahr 1404, in dem Abraham von Berchtold Stuki 950 fl zurückfordert, einen Betrag aufweisen, der an die 1380er Jahre erinnert.

Nur ein ausgewählter Kreis wirklich finanzstarker Juden bewegte sich auf dem Markt der Grosskredite.¹⁶⁴² Diese Verteilung gilt sowohl für Grosstädte wie Köln, Nürnberg und Frankfurt als auch für Mittelstädte wie Konstanz, Zürich und Schaffhausen. Ein Unterschied lag darin begründet, dass in den Grosstädten mehrere sehr reiche jüdische Geldleiher tätig waren, deren Geschäftsradius um einiges grösser war und einzelne Darlehen höher waren als diejenigen von finanziell weniger potenten Geldleihern.¹⁶⁴³ Einschneidend waren die Wenzelschen Judenschuldentilgungen, die einen beträchtlichen Vermögensrückgang verursachten und begünstigten, dass die jüdischen Geldleiher von christlichen Finanziers aus dem grösseren Kreditgeschäft verdrängt wurden.¹⁶⁴⁴ Im Bereich des Kleinkredits, meist in Form der Pfandleihe, hatten die Juden immer noch eine wichtige Stellung inne, die sie auch im 15. Jahrhundert behaupten konnten.¹⁶⁴⁵ In den Rothenburger Quellen ist eine rege Geschäftstätigkeit der Juden im Rahmen der Kleinkredite bis zu ihrer Ausweisung von 1519 belegt.¹⁶⁴⁶ Indirekt waren die jüdischen Geldleiher auch im Gewerbe und im Handelsgeschäft engagiert, indem sich zunehmend die Praxis des „Auf-Schaden-Leihens“ durchsetzte. Verschiedentlich bedienten sich auch die Städte dieser Methode. Beispielsweise in den Mainzer Stadtrechnungen des 15. Jahrhunderts findet man verschiedene entsprechende Einträge: „*Item Albrecht*

¹⁶⁴² Zu Jakob von Ulm siehe oben Kapitel 5.4.4.2. Friedhelm Burgard, "Funktion und Rolle der stadttrierischen Bankiers von den Anfängen bis zum Ende des 14. Jahrhunderts," in *Hochfinanz im Westen des Reiches 1150-1500*, ed. Friedhelm Burgard, Haverkamp, Alfred, u.a., *Trierer Historische Forschungen* 31 (Trier: 1996). Haverkamp, "Juden Trier." Gilomen, "Aufnahme und Vertreibung von Juden." S. 95. Irsigler, "Juden und Lombarden." Adolf Kober, "Vier Generationen einer jüdischen Familie am Rhein um 1400," in *Festschrift Dr. Jakob Freimann zum 70. Geburtstag* (Berlin: 1937), 106-118. Gerd Mentgen, "Herausragende jüdische Finanziers im mittelalterlichen Strassburg," in *Hochfinanz im Westen des Reiches: 1150-1500*, ed. Friedhelm Burgard, Haverkamp, Alfred, u.a., *Trierer Historische Forschungen* (Trier: 1996), 75-100. Zum grossen Geldleiher Salomon: Niederhäuser, "Juden in Winterthur." Im Frankfurter Gerichtsbuch machten von den 278 Einträgen von 1400 diejenigen bis 4 fl. 38% und diejenigen von 5 bis 9 fl. 20% aus. Dass in Nürnberg die kleinen Darlehen im 14. Jahrhundert untervertreten sind, liegt nach Toch nicht an der unterschiedlichen Wirtschafts- und Finanzstruktur, sondern an der Quellensituation. Ende des 15. Jahrhunderts präsentiert sich aus den Quellen ein ganz anderes Bild. In den 189 Fällen, die zwischen 1489 und 1499 vor Gericht behandelt worden waren, lagen 13,6 % der Schuldbeträge zwischen 1/2 und 4 fl, 18,3 % zwischen 5 und 9 fl, 23,6 % zwischen 10 und 19 fl, 26 % zwischen 20 und 49 fl. und nur 0,6 % über 300 fl. Toch, "Der jüdische Geldhandel." S. 297/8 und 308-10. Toch, "Der jüdische Geldhandel.", Franz-Josef Ziwes, "Reynette - eine jüdische Geldhändlerin im spätmittelalterlichen Koblenz," *Koblenzer Beiträge zur Geschichte und Kultur*, N.F. 4 4 (1994): 25-40.

¹⁶⁴³ Insbesondere für Nürnberg zeigt sich dieses Phänomen. Zum prozentualen Anteil hoher Darlehen in Nürnberg und Frankfurt vor 1400 siehe Toch, "Wirtschaftliche Tätigkeit." S. 2153ff.

¹⁶⁴⁴ Stromer, *Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450*. 155ff. Toch weist darauf hin, dass die Kreditbeziehungen zu Auswärtigen Anfang des 15. Jahrhundert gegenüber dem letzten Drittel des 14. Jahrhunderts keinen absoluten, jedoch einen relativen Niedergang erfahren hätten. Toch, "Der jüdische Geldhandel." S. 304. Zur Zunehmenden Konkurrenz zwischen christlichen Unternehmern im Rentengeschäft und jüdischen Geldleihern. Graus, Pest. S. 369.

¹⁶⁴⁵ Gilomen, "Aufnahme und Vertreibung von Juden." S. 95.

¹⁶⁴⁶ In Nürnberg waren einige jüdische Geldleiher auch im 15. Jahrhundert noch in der Lage, vierstellige Kredite zu geben. Allerdings zeichnet sich auch in dieser finanziell starken jüdischen Gemeinde ab, dass die Leistungsfähigkeit der einzelnen Geldleiher im Vergleich zur Zeit vor 1385/90 gesunken war. Toch weist darauf hin, dass

*Furstenberg hat geluwen L gl. angolde off osterabend die man yem widder bezalen sall bynnen diesen nesten XIII tagen Dut amn des nit so mag er sie under den Judden ader anders off schaden ussnehmen als Ime versprochen ist.*¹⁶⁴⁷

12.4.2.1 Jüdische Darlehen als Bestandteil städtischer Finanzpolitik

Verfolgt man die städtische Schuldenpolitik im 14. und 15. Jahrhundert, so zeigt sich ein stetiger Bedeutungsverlust der jüdischen und der lombardischen Geldleiher.¹⁶⁴⁸ Einer der Hauptgründe für diese Entwicklung lag in den sich neu entwickelnden Kreditformen. Im 14. und 15. Jahrhundert kam es in den Städten regelmässig zu finanziellen Engpässen, und der Finanzbedarf konnte nicht mit den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden. Der Erwerb von Territorien und Herrschaftsrechten sowie das militärische Engagement konfrontierte die Stadtobrigkeiten kurzfristig mit überdurchschnittlich hohen Ausgaben. Dieses sprunghafte Ansteigen der Kosten stellte den städtischen Finanzhaushalt vor grosse Probleme, denen in der Regel mit Sondersteuern oder Darlehen begegnet wurde. Letztere wurden in einem zweiten Schritt, um die Zinsen tiefer zu halten, in eine Rentenschuld konvertiert. Im Laufe des 14. Jahrhunderts und insbesondere im 15. Jahrhundert ging die städtische Schuldenverwaltung zunehmend dazu über, Darlehen vollständig durch Rentenverkauf zu substituieren.¹⁶⁴⁹ Allerdings war das Verhältnis der zwei verschiedenen Schuldformen in den Städten unterschiedlich.¹⁶⁵⁰ Weiter lassen sich die Städte auch in Bezug auf den Anteil von direkten und indirekten Steuern bzw. Anleihen an den städtischen Einnahmen in unterschiedliche Fiskalitätstypen

„die Kreditbeziehungen der Juden zu Auswärtigen keinen absoluten, jedoch einen relativen Niedergang erfahren“ hätten. Toch, "Der jüdische Geldhandel." S. 303/4.

¹⁶⁴⁷ Mainzer Stadtrechnung 1436. In: Menczel, Beiträge zur Geschichte der Juden von Mainz im XV. Jahrhundert. Eine quellenkritische Untersuchung mit Quellenabdruck. Quellenanhang, S. 136.

¹⁶⁴⁸ Bern beschloss beispielsweise 1384, auch bei den christlichen Bürgern Geld aufzunehmen. In einer Urkunde wurde festgehalten, dass sie mit dem Gewähren von Darlehen an die Stadt sich nicht des Wucherns schuldig machen würden. Und im 15. Jahrhundert war die Stadt nach der Wiederaufnahme von 1408 nur noch in äusserst seltenen Fällen Kundin von jüdischen Geldleihern. Bei Geldbedarf bevorzugte sie die Kreditform der Renten. Tobler, "Juden im alten Bern." S. 359. Gilomen, "städtische Schuld Berns."

¹⁶⁴⁹ Zur Zinsproblematik in Bezug auf die Schuldform der Renten siehe Winfried Trusen, "Die Anfänge öffentlicher Banken und das Zinsproblem. Kontroversen im Spätmittelalter," in Recht und Wirtschaft in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Johannes Bärmann zum 70. Geburtstag, ed. Marcus u.a. Lutter (München: 1975), 113-131. Hans-Jörg Gilomen, "Kirchliche Theorie und Wirtschaftspraxis. Der Streit um die Basler Wucherpredigt des Johannes Mulberg," Itinera 4 (1985): 34-62. Gilomen, "Wucher und Wirtschaft im Mittelalter."

¹⁶⁵⁰ Gilomen, "Anleihen und Steuern.", Bruno Kuske, "Das Schuldenwesen der deutschen Städte im Mittelalter," Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Ergänzungsheft XII. (1904). S. 11 und 46/7. Bruno Kuske, "Die Entstehung der Kreditwirtschaft und des Kapitalverkehrs," in Köln, der Rhein und das Reich. Beiträge aus fünf Jahrzehnten wirtschaftsgeschichtlicher Forschung, ed. Bruno Kuske (Köln/Graz: 1956), 48-137. S. 108ff.

gliedern.¹⁶⁵¹ Der Basler Finanzhaushalt zeichnete sich beispielsweise durch einen hohen Anteil an Anleihen aus, die im 15. Jahrhundert bis zu einem Drittel der Einnahmen ausmachten.¹⁶⁵² Es gelang der Basler Stadtobergkeit, trotz dem vorherrschenden Misstrauen gegenüber der Kreditwirtschaft, die "Anleihenbewirtschaftung als gewissermassen ordentliches Element der Stadtrechnung etablieren" zu können.¹⁶⁵³ Somit ist Basel "eines der überzeugendsten Beispiele für das frühe Gelingen der Integration kreditwirtschaftlicher Elemente in die städtische Finanzwirtschaft."¹⁶⁵⁴ Die Stadt Basel nahm immer wieder grössere Beträge als verzinsliche und unverzinsliche Darlehen auf, die innert kurzer Zeit wieder zurückgezahlt wurden und dazu dienten, die Zeit bis zum Eintreffen späterer Einnahmen zu überbrücken. In vielen Fällen ist es jedoch schwierig, aus den vorhandenen Quellen zu rekonstruieren, ob die Darlehen zinsfrei waren oder nicht,¹⁶⁵⁵ und inwieweit sich die Stadt der Möglichkeiten bediente, das Zinsverbot zu umgehen.¹⁶⁵⁶ Aus den Stadtrechnungen geht hervor, dass die Stadt ab 1367 auch zahlreiche Darlehen bei jüdischen Geldleihern aufnahm. In den meisten Fällen handelte es sich um dreistellige Pfundbeträge, die von einzelnen Juden oder einem Konsortium von jüdischen Geldleihern verliehen wurden.¹⁶⁵⁷ Oft befanden sich unter den Gläubigern auch Juden von ausserhalb: „*Moyses von Colmer in vro Froiden namen der jüdin von Vilfurt DCXLVI lb IIII s.*“¹⁶⁵⁸ Die Einträge über die von Juden gewährten Darlehen enthalten keine Angaben darüber, ob die Stadt Zins entrichten musste.

Frey vermutet, dass direkte Anleihen im Zürcher Finanzhaushalt, insbesondere seit Beginn des 15. Jahrhunderts, keine grössere Bedeutung mehr hatten. Frey, Beiträge Finanzgeschichte. S. 149, 203, 266ff.

¹⁶⁵¹ Gilomen, "Anleihen und Steuern." S. 143ff. Für Schaffhausen und Luzern siehe Landolt, Finanzhaushalt Schaffhausens. Körner, Luzerner Staatsfinanzen.

¹⁶⁵² Gilomen, "Anleihen und Steuern." S. 144. Tabelle zum prozentualen Anteil der Anleihen an den Gesamteinnahmen bei Josef Rosen, "Der Kapitalverkehr der Stadt Basel im Mittelalter," in Finanzgeschichte Basels im späten Mittelalter. Gesammelte Beiträge 1971-1987, ed. Josef Rosen (Wiesbaden: 1987). In Basel beispielsweise bildeten die regelmässigen Haupteinnahmeposten Stadt das "*winungelt*" und das "*müliungelt*" sowie das Salzregal. Im Gegensatz dazu spielten direkte Vermögenssteuern nur eine sehr untergeordnete Rolle und wurden nur im Ausnahmefall erhoben. Gustav Schönberg, Finanzverhältnisse der Stadt Basel im XIV. und XV. Jahrhundert (Tübingen: 1879). S. 82f.

¹⁶⁵³ Gilomen, "Wucherpredigt."

¹⁶⁵⁴ Gilomen, "Anleihen und Steuern." S. 144. Gilomen, "städtische Schuld Berns."

¹⁶⁵⁵ In der Jahresrechnung von 1388/89 findet man den folgenden Eintrag: "*Item von Conrat von Leimen XXXVII guldin verlühen*". Harms, ed., Jahresrechnungen 1. S. 28.

¹⁶⁵⁶ Eine Variante war, Verzugszinsen zu erheben oder die Rückzahlung in Münzen mit höherem Silbergehalt zu verlangen. Für Basel siehe Ibid. 44/5. Für Augsburg siehe Mütschle, Juden in Augsburg. 53/4. Die erste Variante wurde in Braunschweig regelmässig angewandt. Häufig liehen Mitglieder des Rates der Stadt das fehlende Geld. 1386 musste beispielsweise jedes Ratsmitglied 3 Mark zur Verfügung stellen. Wurden die Darlehen nicht im vereinbarten Zeitraum zurückbezahlt, erhielten die Gläubiger Zins oder Renten als Entschädigung. Fahlbusch, Finanzverwaltung. S. 164f.

¹⁶⁵⁷ Anfang bis Mitte der 1370er Jahre nahm die Stadt Darlehen in der Höhe von mehreren tausend Pfund auf, die sie wohl für die Begleichung der Pfandsumme von 16'500 Gulden für die bischöflichen Zölle, die Fronwaage, das Mutamt sowie die Münze benötigte. Schönberg, Finanzverhältnisse Basel. S. 66.

¹⁶⁵⁸ Harms, Rechnungen I, 1372/73. S. 13.

Eine auch von jüdischen Geldleihern häufig angewandte Verschleierungspraxis war das Erheben eines Verzugszinses. Der Hauptgrund für diese Geschäftspraxis der jüdischen und lombardischen Geldleiher war das Ziel, vor geistlichen Gerichten bestehen zu können. Koblenzer Juden verlangten beispielsweise einen Verzugszins von 72,2 % für Anleihen, die sie der Stadt Andernach in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts gewährt hatten.¹⁶⁵⁹ Und in Koblenz selber integrierten jüdische Geldleiher den Zinsanteil (50 % Jahreszins) bereits zu Beginn in die Schuldsumme.¹⁶⁶⁰ Die Nürnberger Juden gewährten ihrer Stadt zahlreiche und hohe Darlehen. Aus den zur Verfügung stehenden Angaben ist nicht klar, ob es sich um zinsfreie Anleihen handelte, ob ein Verzugszins erhoben wurde oder ob der Zins bereits in die Summe integriert worden war. Auffällig sind die relativ langen Fristen.¹⁶⁶¹ Andererseits wurde von jüdischen und christlich-lombardischen Geldleihern in vielen Fällen auch offen ein Kapitalzins verlangt. Die Kreditform des Darlehens war mit seinen hohen Zinssätzen aber im oberen Kreditsegment auf längere Sicht nicht konkurrenzfähig¹⁶⁶² und insbesondere im 15. Jahrhundert nur noch selten in der städtischen Finanzwirtschaft zu finden.¹⁶⁶³ In den einzelnen Städten verlief diese Entwicklung allerdings unterschiedlich schnell, da sowohl der Fiskaltyp und die allgemeine Finanzsituation als auch die allgemeine Haltung der Stadtoberkeit der jüdischen Gemeinde gegenüber Einfluss auf den Verlauf hatten.

In Augsburg lässt sich das Verhältnis der Stadt zu ihren jüdischen Schuldnern nach Mütschele in drei Phasen unterteilen.¹⁶⁶⁴ In der ersten Phase, bis 1348, zählte die Stadt zu den wichtigsten Kunden der einheimischen jüdischen Geldleiher. Sie lieh von einzelnen Juden oder von der Gemeinde als Ganzer regelmässig hohe Summen. In der zweiten Phase, von der Wiederansiedlung in den 1350er Jahren bis zum Ende der 1380er Jahre, spielten die Augsburger Juden immer noch eine relativ grosse Rolle als Geldleiher der Stadt. Gleichzeitig wurden

¹⁶⁵⁹ Ziwes, "Kapitalmarkt." S. 69.

¹⁶⁶⁰ Ibid. S. 69.

¹⁶⁶¹ 1381 erhielt die Stadt Nürnberg Darlehen in der Höhe von 2400 Rheinischen Gulden. Diese Darlehen wurden zwei Jahre später restlos zurückgezahlt. „*Item recepiamus von Rappen dem Juden vierhundert guldein reinisch, und die sullen im die burger wider geben von sant Ambrosiustag, der auch schirst kuempt, als oben geschriben stet, uber zwey gantze jar; dorumb haben im die burger iren brief mit der stat insigel geben, als derselb brief sagt, der in der burger puch geschriben stet. Actum feria 5 ante Ambrosii anno 81.*“ Stern, Bevölkerung. S. 241-243.

Ein weiteres Darlehen von 1381 war sicherlich zinsfrei. Meirlein von Ertfurt lieh der Stadt 1600 ungarische Gulden, die gegen den anstehenden jährlichen Zins aufgerechnet wurden. Die Formulierung deutet darauf hin, dass diese Regelung der Stadt und nicht dem betreffenden Geldleiher entgegenkam. Ebd. S. 242.

¹⁶⁶² Es sind allerdings immer wieder Darlehen zu tiefen Zinssätzen zu finden. In Trier beispielsweise schlossen jüdische Geldleiher auch Kreditverträge mit Zinssätzen ab, die nicht über den 10% der Leibrenten lagen. Haverkamp, "Juden Trier." S. 35.

¹⁶⁶³ Gilomen, "Aufnahme und Vertreibung von Juden." S. 95f.

¹⁶⁶⁴ Mütschele, Juden in Augsburg. S. 65ff.

jedoch auch bei auswärtigen Juden Kredite aufgenommen, um den ständig steigenden finanziellen Forderungen gerecht zu werden.¹⁶⁶⁵ Die dritte Phase dauerte von 1390 bis 1438, der endgültigen Vertreibung der Juden aus Augsburg. Klar zeigen sich die Folgen der Schuldentilgung auf die Vermögensverhältnisse der jüdischen Geldleiher. Die Kreditsummen der Augsburger Juden bewegen sich nur noch im zwei- oder maximal dreistelligen Bereich, und sie werden nicht mehr von einzelnen Geldleihern, sondern nur noch von der Gemeinde als Ganzer gewährt.¹⁶⁶⁶ Ein ähnliches Bild zeigt sich in Rothenburg ob der Tauber. Im 14. Jahrhundert spielten die jüdischen Geldleiher noch eine bedeutende Rolle in der Schuldenpolitik der Stadt.¹⁶⁶⁷ Auch für Rothenburg stellt sich die Frage, ob die Stadt zinslose Darlehen von den Juden verlangte. In den erhaltenen Quellen lassen sich keine Anhaltspunkte dafür finden. Und obwohl die jüdischen Grosskredite für die Stadt im 14. Jahrhundert von grosser Bedeutung gewesen waren, spricht die Tatsache, dass die Hauptkreditgeber Nürnberger und nicht Rothenburger Juden waren, gegen die verbreitete Praxis von zinslosen Darlehen als Teil der städtischen Einnahmenpolitik.¹⁶⁶⁸ Allerdings weist ein Eintrag aus den 1360er Jahren darauf hin, dass die Stadt von jüdischen Geldleihern Darlehen mit einem ausserordentlich geringen Zinssatz aufnehmen konnte. Aus einem Eintrag im Landgerichtsbuch geht hervor, dass Selkman der Stadt 630 fl zum Zinssatz von 10 % lieh.¹⁶⁶⁹ In Rothenburg galt bei der Handhabe von Geldleiheangelegenheiten weitgehend das Nürnberger Recht.¹⁶⁷⁰ Da in der Stadt Nürnberg bei grösseren Kommunalkrediten Sonderkonditionen galten, könnte auch in Rothenburg eine entsprechende Tradition entstanden sein. Nach Beginn des 15. Jahrhunderts lassen sich in den Rothenburger Quellen keine Darlehensgeschäfte mehr zwischen Juden und der Stadt nachweisen.¹⁶⁷¹

Auch in Frankfurt lassen sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zahlreiche hohe Darlehen jüdischer Geldleiher an die Stadt nachweisen. Die geliehenen Summen bewegten sich zwischen mehreren hundert und 2000 Gulden und wurden in der Regel von einem Kon-

¹⁶⁶⁵ „... daz wir entwivil geltes von unserer stiur und von anderem gelt, daz unser stat hat, verkauften ze liben und unser stat da mit von den juden losten und mit dem minderen schaden den grozzeren schaden furkoemen...“ Christian Meyer, "Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Band 2," (1878). Nr. 313, S. 248f (1332).

¹⁶⁶⁶ Mütschele, Juden in Augsburg. S. 65ff.

¹⁶⁶⁷ Wehrmann, Rechtsstellung. 189ff. Ohlau, Haushalt Rothenburg. S. 60-76.

¹⁶⁶⁸ „Von Symon dem Juden von Nurnberg, haben wir ingenumen zehenhundert guldin.“ „Von Jacob Lemblin, Josep von Wyle, Syzkint und Ysaac, Juden zu Rotenburg haben wir ingenummen zehenhundert guldin.“ 1377, RSTA B 39 fol. 53. In: Ohlau, Haushalt Rothenburg. S. 132.

¹⁶⁶⁹ Wehrmann, Rechtsstellung. S. 190.

¹⁶⁷⁰ Analog zu den Nürnberger Verhältnissen galt in Rothenburg in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ein Zinssatz zwischen 43 1/3 und 66 2/3 % und im 15. Jahrhundert zwischen 22 und 33%.

¹⁶⁷¹ Wehrmann, Rechtsstellung. S. 189ff.

sortium jüdischer Geldhändler, selten von einzelnen, aufgebracht.¹⁶⁷² Obwohl in den normativen Quellen keine Verpflichtung zu zinslosen Darlehen überliefert ist, erliessen verschiedene jüdische Geldleiher der Stadt den ganzen Zins oder wenigstens einen Teil des „Gesuchs“.¹⁶⁷³ Es wurden auch zahlreiche Darlehen gewährt, die von Anfang an als zinslos deklariert wurden oder für die lediglich ein geringer Zins entrichtet werden musste.¹⁶⁷⁴ Für das 15. Jahrhundert vermitteln die überlieferten Quellen eine gänzlich veränderte Situation. Die Frankfurter Juden scheinen ihre beachtliche Bedeutung für die städtische Schuldenpolitik eingebüsst zu haben und treten nicht mehr als Geldleiher für den städtischen Finanzhaushalt in Erscheinung.

Auch in Konstanz, Nördlingen, Ulm und Zürich¹⁶⁷⁵ sind für das 15. Jahrhundert nur äußerst sporadisch jüdische Darlehen an die Stadt nachweisbar. Für Konstanz, Ulm und Zürich sind allerdings einzelne Beispiele von Zwangsanleihen überliefert. Aus Konstanz ist ein Aufnahmevertrag überliefert, in dem die Aufnahme ins Bürgerrecht mit einem Darlehen von 1000 Gulden gekoppelt war.¹⁶⁷⁶ In Ulm verlangte die Stadt 1446 von den ansässigen Juden bei der Verlängerung des Bürgerrechts ein einmaliges Darlehen von 6000 Gulden oder für die folgenden 20 Jahre ein jährliches von 300 Gulden. Das Kapital sollte den Juden nicht zurückgezahlt werden. In dieser Form stellt das fingierte Darlehen eine Möglichkeit dar, Sondereinnahmen zu erzielen, die nicht mit dem Reich geteilt werden mussten.¹⁶⁷⁷ In Zürich wurden Salomon und der Löw von Rheinfelden in ihrem Aufnahmebrief von 1424 dazu verpflichtet, der Stadt ein Darlehen zu einem niedrigeren Zinssatz zu gewähren.¹⁶⁷⁸

¹⁶⁷² Aus einigen Einträgen im Urkundenbuch von Kracauer geht hervor, dass die Stadt Frankfurt z.T. gleichzeitig bedeutende Summen von Frankfurter Bürgern lieh. „Wir han entphangen von Johanne von Holtzhusen dem alden C gulden von Johanne Froisschen dem alden C gulden etc., (Es folgen noch 10 Bürger im Gesamtbetrag von 1970 Gulden) von Josebe von Mildenberg CC gulden, von der Zorlynen von Diepurg CCC gulden, von Berjuden II gulden und von Kaufmanne von Mildenberg CCCC gulden, die sie dem rade geluhen han.“ Kracauer, ed., UB Juden in Frankfurt. S. 267 (9. Januar 1389).

¹⁶⁷³ „Den juden, die her nach geschreiben stend, mit namen Symon von Selgenstaid 400 gulden, Fyfelyne von Dyppurg unde Josebe von Mildenberg vierdehalbhundert gulden unde Calmanne von Mentze, Iselyne von Fulde, Joselyne von Marpur, Isacke von Lenich, Selygmanne von Geylnhusen unde Saren von Mildenberg vierdehalbhundert gulden unde 30 gulden, die sie der staid geluhen hatten; unde hatten gestanden von sand Jacobes dage bijs uff sant Mertins daig (25. Juli bis 11. November 1379) ane gesuch unde bijs her uff gesuch, unde den gesuch hand sie der staid auch gelassen. Joselyne von Wyrteburg sehshundert gulden, die he der staid geluhen hatte. 16 gulden dem selben zu gesuche, unde haid 11 gulden und 1 thornas der staid des gesuches gelassen. Ibid., S. 256 (11. Februar 1380).

¹⁶⁷⁴ „Han wir betzalet Josebe von Mildenberg, Calmanne von Mentze und Beren, Symons sone, 900 gulden unde Zorlyne von Dypurg 300 gulden, die sie der stad zu iren noden geluhen hatten ane gesuch von sand Margareten dage neist virgangen (13. Juli) bijs here.“ Ibid., S. 263 (8. April 1385).

¹⁶⁷⁵ In Zürich bediente sich die Stadt eher der Kawertschen, um Darlehen aufzunehmen.

¹⁶⁷⁶ Siehe oben Kapitel 5.4.4.4.

¹⁶⁷⁷ StA Ulm, Bürgerbuch 2, S. 149, Eintrag 650. Dicker, Juden in Ulm. S. 61.

¹⁶⁷⁸ Der Löw gewährte der Stadt ein Darlehen von 250 Gulden und verlangte dafür „klein gelt unser werschafft, I Pfund VI Schilling für einen guldin,...“. Zeller-Werdmüller, ed., Zürcher Stadtbuch 2. S. 192, Nr. 229 (24. Juni 1424: „Juden“).

Ein Rückgang in der Bedeutung der jüdischen Geldleiher für den städtischen Finanzhaushalt ist in Köln zu beobachten.¹⁶⁷⁹ In der Zeit von 1372 bis 1392 und von 1414 bis 1424 nahm die Stadt ein Viertel der direkten Anleihen bei ansässigen jüdischen Geldleihern auf.¹⁶⁸⁰ Die im Vergleich mit anderen Städten überdurchschnittlich hohe Beanspruchung der jüdischen Gemeinde für die städtische Schuldenpolitik muss vor dem Hintergrund der Einnahmenstruktur gesehen werden. Nicht nur die jüdischen Bürger, sondern auch die vermögenden christlichen waren verpflichtet, der Stadt in finanzieller Not mit zinslosen Darlehen auszuhelfen.¹⁶⁸¹ Den Rechnungsbüchern kann man entnehmen, dass die Juden der Stadt mehrheitlich zinslose und seltener zu verzinsende Darlehen gewährt haben, die ihnen vollständig zurückbezahlt worden sind.¹⁶⁸² In allen überlieferten Stadtrechnungen zwischen 1372 und 1392 sowie zwischen 1414 und 1424 sind Darlehen der Kölner Juden überliefert. Für die zweite Periode ist allerdings festzuhalten, dass weniger jüdische Darlehen verzeichnet sind als im 14. Jahrhundert. Diese Darlehen ab 1414 werden ausser in einem Fall nicht mehr von einzelnen jüdischen Geldleihern gewährt, sondern von der jüdischen Gemeinde als Ganzer. Hinzu kommt, dass in diesen zehn Jahren die Summe der jüdischen Darlehen um ein Drittel tiefer ausfiel als beispielsweise in den Jahren zwischen 1382 bis 1391.¹⁶⁸³ Im Falle von Köln ist der Rückgang von jüdischen Darlehen vorwiegend auf die im 15. Jahrhundert geringere Finanzkraft der Gemeindemitglieder zurückzuführen. Eine veränderte städtische Finanzpolitik war in dieser Stadt nicht nötig, da ein Grossteil der jüdischen Darlehen keine regulären, mit hohen Zinszahlungen verbundene, sondern zinslose Darlehen waren.

¹⁶⁷⁹ Die Kölner Finanzwirtschaft repräsentiert jenen Fiskaltyp, der die Ausgaben mit Hilfe der Einnahmen aus den Verbrauchssteuern, den Zöllen sowie der Aufnahme von Anleihen deckte und auf Vermögenssteuern verzichten konnte. Für Köln stellten die direkten Anleihen seit anfangs des 14. Jahrhunderts einen wichtigen Einnahmeposten dar. Um den städtischen Geldbedarf in der gewünschten Weise decken zu können, wurden vermögendere Bürger anfangs des 14. Jahrhunderts dazu verpflichtet, der Stadt Anleihen zu gewähren. Obwohl diese Verpflichtung in späteren Quellen des 14. Jahrhunderts nicht mehr erwähnt ist, standen der Stadt doch grosse Summen, für die keine Zinsentschädigung gewährt wurde, zur Verfügung. Die Anleihen stammten sowohl von christlichen Bürgern als auch von jüdischen Geldleihern. Da die Rückzahlung in den meisten Fällen in Mark erfolgte, konnte kein versteckter Gewinn in Form eines günstigeren Umrechnungskurses enthalten sein. In Köln spielten die jüdischen Geldleiher für den städtischen Haushalt eine bedeutende Rolle. Sie stellten in der dokumentierten Zeit von 1372 bis 1392 und 1414 bis 1424 über 20 Prozent der direkten Anleihen. Schaiff war einer der wichtigsten Geldgeber der Stadt, der zwischen 1375 und 1391 der Stadt beinahe 28'000 Mark geliehen hat. Lau, Verfassung. S. 232. Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 160f. Wenninger, *Man bedarf*. S. 76. Kober, "Vier Generationen." S. 108/109.

¹⁶⁸⁰ Irsigler, "Juden und Lombarden." S. 126.

¹⁶⁸¹ Zur Diskussion, ob die Stadtobrigkeit das Recht habe, seinen Bürgern Zwangsanleihen aufzuerlegen: Trusen, "Die Anfänge." S. 120.

¹⁶⁸² Knipping, ed., Stadtrechnungen 1. Richard Knipping, ed., *Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters mit einer Darstellung der Finanzverwaltung*. Zweiter Band: *Die Ausgaben*, *Kölner Stadtrechnungen 2 ed.* (Bonn: 1898). Lau, Verfassung. S. 358.

"1380 Jan. 4: Abraham et Schaiff Judei concesserunt civitati 1000 fl = 3083 m. 4 s., de quibus datum est eis pro usura 300 m. ...". Knipping, Stadtrechnungen I, S. 33.

Wie die Kölner war auch die Nürnberger Gemeinde eine der grössten und einflussreichsten im Reich. Um 1385 sind in den Quellen ca. 34 jüdische Geldleiher, die z.T. über beträchtliche Vermögen verfügten, belegt.¹⁶⁸⁴ Für die Zeit vor 1385 sind nur wenige Informationen zur jüdischen Geldleihtätigkeit überliefert. Interessant ist der Eintrag von 1381 im Jahresregister der Stadt Nürnberg.¹⁶⁸⁵ Es wird festgehalten, dass Meirlein von Erfurt der Stadt 1600 Gulden geliehen hat und daher *"etliche jar frey zu(o) Nu(e)remberg siczen sol"*. Für Meierlein scheint eine der Aufnahmebedingungen darin bestanden zu haben, der Stadt ein hohes Darlehen zu gewähren. Nicht klar geht aus der Formulierung hervor, ob ein abgesprochener Zins für die folgenden Jahre, oder ob einfach ein Teil des Darlehens gegen Steuerzahlungen aufgerechnet wurde. Die Aufzeichnungen über die Ausstände der Juden im Rahmen der ersten Schuldentilgung erlauben einen Einblick in die wirtschaftliche Tätigkeit der jüdischen Geldleiher. 1385 erklärten sie sich bereit, der Stadt ihre Ausstände in der Höhe von über 80'000 Gulden zu übergeben! Die detaillierten Auflistungen zeigen, dass die Stadt Nürnberg selber mit 7000 Gulden am höchsten verschuldet war. Die Aufnahme von Darlehen jüdischer Geldleiher scheint ein integrierter Bestandteil der städtischen Finanzpolitik gewesen zu sein.¹⁶⁸⁶ Auch im 15. Jahrhundert gibt es zahlreiche Belege, dass die Stadt Anleihen bei jüdischen Geldleihern aufnahm. Allerdings hat sich die finanzpolitische Strategie der Stadt gänzlich geändert. Es handelt sich weniger um Darlehen, sondern eher um Sonderabgaben, denn in den meisten Fällen verzichteten die jüdische Gemeinde oder auch einzelne Geldleiher auf die Rückzahlung des Kapitals.¹⁶⁸⁷ Aufgrund der veränderten finanziellen Situation sowie der Unsicherheit in Bezug auf die Rückzahlung treten in zahlreichen Fällen die jüdische Gemeinde als Ganze als Gläubiger auf.

12.4.2.2 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man sagen, dass nach der Wiederaufnahme von Juden in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts jüdische Darlehen weiterhin ein Bestandteil der städti-

¹⁶⁸³ Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 156f.

¹⁶⁸⁴ Toch, "Der jüdische Geldhandel." S. 285. Müller, *Juden in Nürnberg*. S. 58f.

¹⁶⁸⁵ In: Stern, *Bevölkerung*. S. 240.

¹⁶⁸⁶ Zur Verdrängung der Juden aus dem Grosskreditgeschäft und die Konkurrenzsituation zwischen jüdischen Geldleihern und christlichen Kaufleuten siehe Stromer, *Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450*. Bd. 1, S. 155ff.

¹⁶⁸⁷ "... dieselben 5000 guldein hat die obgenant Judischeit dem rate und der stat zu erung und liebung und zu stewart an den sweren pew(e)en, die die stat lang her getan hat und noch tu(e)t, lediclich ergeben und faren las-

schen Schuldenpolitik bildeten. Allerdings nicht mehr in einem vergleichbaren Rahmen wie vor der Pogromwelle von 1350. In einigen Städten gewährten die jüdischen Geldleiher dem Rat zinslose Anleihen oder Kommunalkredite zu Sonderkonditionen. Drei aus Augsburg, Basel und Nürnberg überlieferte Schutzbriefe¹⁶⁸⁸ aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts enthalten den Passus, dass die Inhabenden des Privilegs nicht zu Zwangsanleihen zugezogen werden dürfen. Ein Hinweis darauf, dass in gewissen Städten für die jüdischen Geldleiher die Pflicht bestand, der Stadt Anleihen zu gewähren, vermutlich zu Sonderkonditionen oder zinsfrei. Darauf weisen auch die überlieferten Belege aus Frankfurt sowie den Basler und Nürnberger Stadtrechnungen hin. Es ist anzunehmen, dass auch in anderen Städten diese Praxis verbreitet war.¹⁶⁸⁹ Die zwei Schuldentilgungen von 1385 und 1390 bildeten eine Zäsur auf dem Weg der Verdrängung jüdischer Geldleiher aus dem Grosskreditgeschäft. Im 15. Jahrhundert wird die Bedeutung jüdischer Geldleiher auch für die städtische Schuldenpolitik marginal. Die direkten Anleihen sind von den alternativen Kreditformen grösstenteils substituiert worden, und die jüdischen Geldleiher sind höchsten sporadisch mit kleinen Darlehen im zweistelligen Guldenbereich in den Stadtrechnungen vertreten. Eine Ausnahme bilden Köln und Nürnberg. Diese Städte nahmen allerdings, wie oben beschrieben, nicht reguläre Darlehen bei den Juden auf, sondern instrumentalisieren die Kreditaufnahme zu einer Form der Sondersteuer (Köln) oder Sonderabgabe (Nürnberg), wie es in Frankfurt beispielsweise bereits im 14. Jahrhundert der Fall war.

12.5 Ergebnisse zur städtischen Sondereinnahmenpolitik

In keiner der berücksichtigten Städte betrieb der Rat den Juden gegenüber eine Finanzpolitik, die sich durch die regelmässige Erhebung von Sonderabgaben, überhöhten Bussen oder Zwangsdarlehen ausgezeichnet hätte. Für Sonderabgaben, überhöhte Bussen und Zwangsdarlehen gilt allgemein, dass höhere und eine grössere Anzahl Beträge in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts als im 15. Jahrhundert zu verzeichnen waren. Am seltensten scheinen sich

sen und in den schuldbriefe widergeben allez nach inhalt und aussweisung einss instruments von der Judischeit drau(e)ber gegeben...". Stern, Bevölkerung. S. 278.

¹⁶⁸⁸ Augsburg (1396): Mütschele, Juden in Augsburg. S. 187. Basel: "... und har über so(e)llent noch wellent wir die vorgeanten Slemmen und irn vo(u)gt die juden núczt twengen noch trengen úns dhein gu(o)t ze lihende oder ze gebende ...". Wackernagel, "UB Basel 4." Nr. 85, S. 94. Nürnberg (1385): "Primo hat man geteydingt mit der Sanwelin von Basel ... Wer auch ob die Juden den burgern iht lihen oder geben, do sol sie nicht mit zú schicken haben und sol domit unbekúmert seyn. ..." An den von der Stadt geforderten Darlehen musste sich Jekel von Ulm nach "seins briefs sag" beteiligen. Stern, Bevölkerung. S. 33ff.

¹⁶⁸⁹ Siehe oben: Konstanz, Ulm, Zürich.

die städtischen Obrigkeiten des Mittels der Zwangsdarlehen bedient zu haben. Allerdings handelt es sich bei dieser Form der Sonderabgabe auch um diejenige, die am schwersten in der schriftlichen Überlieferung nachzuweisen ist, da sie sehr gut verschleiert werden konnte. Für die ersten zwei Gruppen der Sonderabgaben muss berücksichtigt werden, dass ein Teil der Zahlungen ein Pendant auf der christlichen Seite hatte und es sich daher nicht um eine spezifisch nur von den Juden erhobene Abgabe handelte. Inwieweit die jüdischen Gemeinden aber im Vergleich mit der Grösse und Finanzkraft der christlichen Seite höher belastet wurden, kann nicht mehr rekonstruiert werden. Ein Grossteil der Sonderabgaben und der Bussen wurde zwar nicht regelmässig aber auch nicht willkürlich erhoben. Es zeichnet sich das Muster ab, dass in beiden Fällen Zahlungen der jüdischen Gemeinden in Zeiten von Krisen oder erhöhtem Geldbedarf massiert auftraten. Innerhalb dieser Entwicklungstränge betrieb aber dennoch jede Stadt ihre eigene, individuell gestaltete Finanzpolitik.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts konnten in einzelnen Städten in gewissen Jahren die Einnahmen aus den Sonderzahlungen die regulären Abgaben um ein Vielfaches übertreffen. Auf die gesamte Zeit verteilt ergibt sich daher eine Erhöhung der jährlichen Abgaben und die Sonderabgaben können als willkommene zusätzliche Einnahme gesehen werden, die aber die regulären Abgaben nicht übertrafen. Allerdings müssen diese Einnahmen vor dem Hintergrund der zahlreichen Zahlungen der Städte im Zusammenhang mit den jüdischen Gemeinden an das Reich gesehen werden, beispielsweise für Privilegsverlängerungen. Anders präsentiert sich die Situation fürs 15. Jahrhundert. Sondereinnahmen von den jüdischen Gemeinden werden selten. Gerechnet auf die ganze Zeit der Ansiedlung erweisen sie sich im Verhältnis zu den jährlichen Abgaben als verhältnismässig unbedeutend. Insbesondere im 15. Jahrhundert darf die städtische Finanzpolitik gegenüber den Juden nicht unabhängig von der Fiskalpolitik auf Reichsebene betrachtet werden. Betrieb das Reichsoberhaupt eine zunehmend effektivere Sonderabgabenstrategie, gehen auf Stadtebene parallel zur abgesunkenen Finanzkraft der jüdischen Geldleiher die Einnahmen zurück und sind ungleich kleiner als die Einkünfte des Reiches. Gerade dieses Verhältnis zeigt die Abhängigkeit, in der die Städte in ihrer Politik gegenüber den Juden immer noch standen. Andererseits muss berücksichtigt werden, dass auch das Reich in seinen Bemühungen, Sonderabgaben einzutreiben in der Regel auf die Städte angewiesen waren und häufig von letzteren in Bezug auf die Höhe der Zahlungen runtergehandelt wurde.

13 Abgaben der Juden im Rahmen des städtischen Finanzhaushalts

In der Einleitung wurde die Frage nach der Bedeutung der Abgaben jüdischer Gemeinden für die Stadtobrigkeit gestellt. In einem ersten Schritt sollen die direkten Steuern sowohl mit den Jahreseinnahmen als auch den Vermögenssteuern verglichen werden. Mitberücksichtigt werden die Ergebnisse aus den Städtekapiteln, in denen die jährlichen Abgaben der Juden auch in Relation mit weiteren regelmässigen, grösseren Einnahmeposten gesetzt wurden. Abschliessend soll noch auf die Rolle der Sondereinnahmen, die aus Sonderabgaben, Geschenken, Bussen und Zwangsdarlehen erwachsen, berücksichtigt werden.

Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, muss der prozentuale Anteil der jüdischen Abgaben an den städtischen Jahreseinnahmen oder Vermögenssteuern immer auch im Zusammenhang mit der Grösse der betreffenden jüdischen Gemeinde gesehen werden. Aus diesem Grund werden dem eigentlichen Vergleich einige einleitende Gedanken zur Berechnung der Grösse der jüdischen Gemeinden vorausgeschickt. Wie bei der Berechnung der städtischen Bevölkerung ist man vorwiegend auf die Angaben zu den Steuerzahlern angewiesen. Steuern zahlten allerdings nur diejenigen Juden, die als Geldleiher tätig waren. Neben den Geldleihern setzte sich die Gemeinde jedoch noch aus weiteren Mitgliedern zusammen, die nach Toch in den „gehobenen bzw. niedrigen Dienstleistungsberufen“ tätig waren.¹⁶⁹⁰ Da diese Personengruppe für die Obrigkeit von geringem Interesse war, erscheinen ihre Mitglieder verhältnismässig selten in den städtischen Quellen. Wo aber die entsprechenden Quellenüberlieferungen existieren, sieht man, dass Gemeindebedienstete und Gemeindehandwerker relativ zahlreich waren. Zählt man diese Bevölkerungsgruppen zu dem quellenmässig dokumentierten Teil der jüdischen Gemeinde hinzu, so kann man nach Toch die Grösse der Gemeinde im besten Falle sogar verdoppeln. Die Zahl der Personen wird für jüdische Haushalte in der Regel ein wenig höher angesetzt als für christliche Haushalte. In dieser Untersuchung wird mit sechs Mitgliedern gerechnet. Vergleicht man die Zahlen aus den verschiedenen Städten, dann

¹⁶⁹⁰ Dazu gehörten neben den Rabbinern und Lehrern weitere Personen, die im Kultusbereich tätig waren. Hinzu kamen Bäcker, Fleischer und in grösseren Gemeinden Friedhofswärter, Totengräber, Leichenwäscherinnen, Bedienstete beim rituellen Bad, Herbergs- bzw. Spitalleiter, Gemeindeschulmeister, Gemeindegastwirt und Wirt, Wasserträger, Pferdewärter, Botenläufer, Karrenmann, Bartscherer und Lohnwäscherinnen. Toch, Geldleiher, S. 119. Siehe auch oben Kapitel 2.2.

Weitere Mitglieder der jüdischen Gemeinden waren die Studenten, die in der Regel steuerfrei waren. Siehe Kapitel 9.1.2.

erhält man einen durchschnittlichen prozentualen Anteil der Juden an der städtischen Bevölkerung von ein bis zwei Prozent.¹⁶⁹¹

In der folgenden Tabelle VI wird ein Überblick über den durchschnittlichen prozentualen Anteil der jüdischen Abgaben an den Jahreseinnahmen in sechs ausgewählten Städten gegeben.

Tabelle VI: Der prozentuale Anteil der jüdischen Abgaben an den städtischen Jahreseinnahmen

Stadt	Zeitraum	Durchschnittlicher Jahresbetrag	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Anzahl Steuernde im Durchschnitt
Basel	1362-1372	140 gl	0.2	3.1	0.8	Pauschalbetrag ca.
Köln	1372-1392	??	0.8	3.5	1.6	14
	1414-1423	513 gl	0.8	2.8	1.4	29
Konstanz	1427-1442	135 gl	1.4	5	3.4	7
Nördlingen	1407-1450	82 gl	0.2	1	0.5	5
	1461-1507	112 gl	0.2	0.8	0.45	8
Schaffhausen	1428-1441	61 gl	0.3	1.1	0.7	Pauschalbetrag ca. 4
	1458-1468	239 gl	2.3	5.3	3.5	
Zürich	1402-1418	239 gl	2.2	5.5	4.2	ca. 9

Der Anteil der regulären Abgaben der jüdischen Steuerzahler an den städtischen Jahreseinnahmen liegt im Durchschnitt bei rund einem Prozent. Die weite Spanne zwischen den Minimum- und Maximumwerten zeigt, dass der prozentuale Anteil starken Schwankungen unterworfen war. Die Schwankungen sind auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einerseits veränderten sich die Abgabensummen der einzelnen jüdischen Gemeinden im Laufe der Zeit. Andererseits muss berücksichtigt werden, dass die Ergebnisse stark von den städtischen Gesamteinnahmen abhängen. Da die Ausgaben und Einnahmen einer Stadt von Jahr zu Jahr stark schwanken konnten, kann der prozentuale Anteil der Abgaben der jüdischen Gemeinde innerhalb einer kurzen Zeitspanne grosse Unterschiede aufweisen, auch wenn die Jahressteuern der Juden in ihrer Höhe relativ stabil blieben. Einen weiteren Einfluss auf die Höhe der Prozent-

¹⁶⁹¹ Berücksichtigt wurden die Ergebnisse aus den Städtekapiteln in Teil B sowie die Angaben zu Basel, Frankfurt und Zürich in Darman, Bedeutung der Abgaben.

zahlen hat die Struktur des städtischen Finanzhaushalts. Je dezentralisierter der Stadthaushalt, desto höher die Prozentzahlen. Dies zeigt sich sehr schön am Beispiel von Konstanz, wo die Kreditgeschäfte aus der zentralen Rechnung ausgelagert waren.¹⁶⁹² Zusätzlich hat auch die Art der Schuldenpolitik einen Einfluss auf die Höhe der Einnahmen. Der Verkauf von zahlreichen Renten kann den jährlichen Einnahmenbetrag einer Stadt stark in die Höhe treiben. Berücksichtigt man diese verschiedenen Faktoren, dann relativieren sich die erhaltenen Prozentzahlen. Dennoch sind die erhaltenen Ergebnisse aussagekräftig. Selten übersteigen die Abgaben die Zwei-Prozent-Marke. Die durchwegs tiefen, oft unter einem Prozent liegenden Prozentzahlen zeigen, dass der Anteil der jüdischen Abgaben an den städtischen Gesamteinnahmen gering war. Vor dem Hintergrund der nicht überlieferten Einnahmen von Nebenämtern verlieren die Einnahmen aus den jüdischen Abgaben nochmals beträchtlich an Bedeutung.

Für die Städte Esslingen, Nördlingen, Schaffhausen und Konstanz konnten die jährlichen Abgaben der Juden mit den städtischen Vermögenssteuern verglichen werden. In den vier Städten betrugen die jüdischen Abgaben zwischen 1,7¹⁶⁹³ und 37¹⁶⁹⁴ Prozent der Einnahmen aus den Vermögenssteuern. Im Durchschnitt bewegen sich die Prozentzahlen um die 10 %-Marke und überstiegen in allen vier Städten der Anteil der Abgaben den Anteil der Juden an der städtischen Bevölkerung. Bei diesem Vergleich muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Höhe der Vermögen jüdischer Steuerzahler nicht bekannt ist und man für einen genauen Vergleich die steuerzahlenden Juden mit einer Gruppe Christen mit vergleichbarem Vermögen gegenüber stellen müsste.¹⁶⁹⁵ Zusätzlich gilt es zu berücksichtigen, dass ein Anteil der jüdischen Pauschalbeträge als Kompensation für Abgaben und Pflichten, die von den christlichen Bürgern geleistet werden mussten, zu sehen sind; Aufnahme- und Abzugsgeld, eine Form von Handelsabgabe, in gewissen Städten möglicherweise einen Wehrdienstersatz.¹⁶⁹⁶

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage nach der Wahrnehmung. Wie wurden die Abgaben der Juden von den Zeitgenossen wahrgenommen? Einschränkend muss vorausgeschickt werden, dass nur eine kleine Zahl ausgewählter Ratsmitglieder und Amtleute Zugang zu den Finanzakten und somit zu Informationen über die Steuerverhältnisse der Juden hatten. Hinzu kommt, dass in einem dezentralen Finanzhaushalt, niemand den Überblick über die gesamten

¹⁶⁹² Kapitel 5.4.4.7.

¹⁶⁹³ Siehe Nördlingen, Tabelle 23 im Anhang.

¹⁶⁹⁴ Siehe Konstanz, Tabelle 21 im Anhang.

¹⁶⁹⁵ Vergleiche die Vermögensverteilung in Zürich. Siehe oben Kapitel 6.4.4.2.3.

Einnahmen hatte. Dass also die zuständigen Personen die Einnahmen der Juden entweder im Vergleich mit der Einnahmesumme der zentralen Rechnung oder einzelner Einnahmeposten wahrnahmen. Naheliegend war sicher auch der Vergleich der Steuerzahlungen einzelner christlicher Bürger. Im Vergleich damit mussten jüdische Abgaben mit ihren teilweise über 50 bis 200 Gulden liegenden Zahlungen als sehr hoch wahrgenommen werden. Hinzu kommt, dass die jüdischen Steuerzahler von wenigen Ausnahmen abgesehen ihre Abgaben in der stabilen und begehrteren Goldwährung entrichteten. In einer Zeit der ständigen Bargeldknappheit und einer tendenziell instabileren Silberwährung bildeten diese Einnahmeposten einen zusätzlichen Wert.¹⁶⁹⁷

Die Untersuchung der Sonderabgabenzahlungen hat ergeben, dass dieser Form der Einnahmen nach der Wiederansiedlung in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine gewisse Bedeutung zukam. In jedem Fall bewirkten sie aber höchstens eine Verdoppelung der städtischen Einnahmen von den jüdischen Gemeinden. Im Vergleich mit den jährlichen Gesamteinnahmen der Städte ergibt sich immer noch ein geringer Anteil der jüdischen Abgaben. Noch unbedeutender fällt der Anteil im 15. Jahrhundert aus, in dem die Einnahmen aus Sonderzahlungen in zahlreichen Städten auf wenige zwei- bis dreistellige Guldenbeträge zurückgehen.

Anschliessend an den Vergleich der Abgaben der jüdischen Gemeinden im Vergleich zu den jeweiligen städtischen Jahreseinnahmen stellt sich die Frage, inwieweit die Höhe der jüdischen Abgaben im innerstädtischen Vergleich der Grösse und der wirtschaftlichen Stellung der betreffenden Stadt entspricht. Da in den verschiedenen Städten nicht immer parallel eine jüdische Gemeinde existierte und die einzelnen Zeitabschnitte nicht durchgehend in derselben Qualität dokumentiert sind, kann dieser Vergleich keine genauen Zahlenergebnisse, sondern dass Aufzeigen von Tendenzen zum Ziel haben. Bei diesem Vergleich müssen drei Hauptfaktoren berücksichtigt werden; die Grösse der Stadt, die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt und die Höhe der Abgaben der Juden in Verbindung mit der Grösse der betreffenden jüdischen Gemeinde. Die Städtebeispiele, die in den Vergleich miteinbezogen werden, gehören alle in die zwei Kategorien der grösseren Mittelstädte und der Grossstädte.¹⁶⁹⁸ Die finanzkräftigste

¹⁶⁹⁶ Für die einzelnen Abgabearten siehe oben in den entsprechenden Vergleichskapiteln.

¹⁶⁹⁷ In Nördlingen beispielsweise wurden allgemein zahlreiche Zahlungen an die Stadt in Gulden geleistet. Siehe StA Nö, Rechnungs- und Steuerbücher.

¹⁶⁹⁸ Esslingen, Konstanz, Nördlingen, Rothenburg, Schaffhausen und Zürich gehörten zu den grösseren Mittelstädten mit bis zu 6000 Einwohnern. Basel und Frankfurt gehörten zu den grösseren Mittelstädten mit bis zu 10'000 Einwohnern, Augsburg, Braunschweig und Nürnberg zu den Grossstädten mit 16'000 bis 20'000 Einwohnern. Köln nahm im 14. und 15. Jahrhundert mit um die 40'000 Einwohnern den Spitzenplatz unter den Städten des römischen Reiches ein. Nach Isenmann, Stadt. S. 31.

Gemeinde in der zweiten Hälfte des 14. und in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts war diejenige von Nürnberg. Nürnberg hatte sich zu einem zentralen Finanzort des jüdischen Geldhandels entwickelt und beherbergte eine grössere und finanzkräftigere jüdische Gemeinde als die bevölkerungsreichere Handelsmetropole Köln. Erstaunlich präsentiert sich die Abgabesituation der Augsburger Gemeinde im 15. Jahrhundert. Augsburg war eine der wenigen deutschen Grosstädte und es kam ihr eine Vorortsfunktion in der Region zu. Die jüdische Gemeinde erholte sich allerdings nie mehr von den enormen finanziellen Einbussen der 1380er Jahre und liegt in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit Abgaben im zweistelligen Guldenbereich auf dem Niveau einer Mittelstadt wie Schaffhausen. Die Zusammensetzung und finanzielle Stärke der jüdischen Gemeinde Augsburgs ist ein Hinweis auf ihren geschäftlichen Tätigkeitsbereich. Die Augsburger Gemeinde erreicht zwar im 15. Jahrhundert nicht mehr die Zahlenstärke wie Anfang der 1380er Jahre. Mit bis zu 30 Steuerzahlern gehörte sie aber wieder zu den grössten jüdischen Gemeinden im römischen Reich. Allerdings betrug ihre finanzielle Stärke nur noch einen Bruchteil von derjenigen der Gemeinde vor 1385. Dies legt den Schluss nahe, dass nur noch sporadisch grössere Darlehen gefragt waren und die Mehrheit der Geschäfte im Pfandleih- oder im niederen Darlehensbereich stattfand. Ein grosser Unterschied zeigt sich auch zwischen den zwei Handelsstädten Frankfurt und Basel. Die in etwa gleichgrossen Städte beherbergten in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts jüdische Gemeinden, die sich sowohl in der Grösse als auch in der finanziellen Stärke klar unterschieden. Die jährlichen Abgaben der Basler Juden liegen im Durchschnitt weit unter denjenigen der Frankfurter Gemeinde, die allerdings auch doppelt so gross gewesen sein dürfte. Frankfurts jüdische Gemeinde stellte für das mittlere Rheingebiet ein wirtschaftliches Zentrum dar, das in seiner Bedeutung mit der Kölner Gemeinde vergleichbar war.¹⁶⁹⁹ Die dreistelligen Abgabenbeträge der Frankfurter Gemeinde sind auch im 15. Jahrhundert höher als es die Grösse der Heimatstadt vermuten liesse. Aus dem Vergleich mit den Verhältnissen Köln geht hervor, dass Frankfurt für die Juden des mittleren Rheingebietes als wirtschaftliches Zentrum nicht weniger wichtig war, als das ungleich bedeutendere und grössere Köln. Als letzte Gruppe sollen die Städte Esslingen, Konstanz, Nördlingen, Rothenburg, Schaffhausen und Zürich verglichen werden. Sie haben ihrer geringeren Grösse entsprechend im Durchschnitt auch tiefere Einnahmen. In Esslingen Ende des 14. und in Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts sind dies in der Regel zweistellige Guldenbeträge. Höher fallen die Beträge in Zürich und Rothenburg aus. In beiden Städten betragen die städtischen

¹⁶⁹⁹ Zur Entwicklung des jüdischen Kapitalmarktes in Köln siehe Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 154ff.

Einnahmen teilweise über 300 Gulden. Auffällig ist die Entwicklung in Schaffhausen, das in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit seinen 50 bis 100 Gulden eher am unteren Rand und mit den dreistelligen Guldenbeträgen aus den 1460er Jahren im Vergleich zur Grösse der Gemeinde weit über dem Durchschnitt liegt. Verhältnismässig hoch sind die Abgaben der Juden in Rothenburg, insbesondere um die Jahrhundertmitte. Der Vergleich hat gezeigt, dass die Höhe der Abgaben nicht mit der Grösse der betreffenden Stadt übereinstimmen musste. Der Tendenz nach ging mit sinkender Grösse und wirtschaftlicher Bedeutung auch die Höhe der Einnahmen zurück. Aber Beispiele wie Frankfurt, Rothenburg und Schaffhausen zeigen, dass dies keine feste Regel ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass objektiv betrachtet den jüdischen Abgaben im städtischen Finanzhaushalt eine geringe Bedeutung zukam. Ergänzend muss allerdings auf die zeitgenössische Wahrnehmung verwiesen werden, die nicht von einem statistischen Blick geprägt war. Trotzdem kann aufgrund der Ergebnisse darauf geschlossen werden, dass die jüdischen Geldleiher in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts sowie im 15. Jahrhundert nicht primär wegen ihrer Abgaben aufgenommen worden sind. Insbesondere im 15. Jahrhundert hielten sich die Städte mit der Erhebung von Sonderabgaben zurück, ganz im Gegensatz zum Reich, das eine Politik der Ausbeutung durch ständige Sonderabgaben in exorbitanter Höhe betrieb. Der städtischen Obrigkeit schien daran gelegen zu sein, die Finanzkraft der jüdischen Gemeinde zu erhalten und die einzelnen Geldleiher nicht finanziell zu ruinieren. Dass ihre wirtschaftliche Funktion im Mittelpunkt stand, geht beispielsweise aus Dokumenten in Nördlingen und Zürich hervor. In Zürich wurden 1424 erst wieder Juden aufgenommen, nachdem die angefragten Lombarden abgelehnt hatten. Und in Nördlingen legt die Stadtobrigkeit ihre Motive für die Wiederaufnahme von Juden 1459 in einer Missive an Peter Gamp offen.¹⁷⁰⁰ Sie führt aus, dass nur die Geldleihtätigkeit sie veranlasst hätte, erneut Juden aufzunehmen. Es ging also der Stadt darum, wiederum die Kontrolle über die Höhe des Zinses zu bekommen. Allerdings zeigen die teilweise hohen jährlichen Abgabebeträge, dass die Stadtobrigkeit durchaus Profit aus finanzkräftigen Steuerzahlern schlagen wollte. Diese städtische Haltung ist aber nicht singulär den jüdischen Geldleihern gegenüber, sondern bezog sich auch auf andere städtische Einwohner. Nicht auszuschliessen ist, dass das Motiv der Einnahmen neben dem wirtschaftlichen zeitweise gleichberechtigt war oder gar in den Vordergrund geriet. Dies

¹⁷⁰⁰ StA Nö, Missivbuch 1472, fol. 10r.

legt beispielsweise die Formulierung im Schaffhauser Schutzbrief von 1459 nahe sowie die Höhe der jährlichen Abgaben, die seinesgleichen sucht.¹⁷⁰¹

¹⁷⁰¹ StA SH, Allerley Ordnungen, fol. 15r ff.

Teil D: Jüdische Bürger als rechtliche Gruppe in der städtischen Gemeinschaft

Zu Beginn dieser Untersuchung wurde die Frage gestellt, in welchem Verhältnis der jüdische Bürgerbegriff mit Fokus auf Pflichten und Abgaben zum christlichen stehe. Ein Vergleich wurde anhand der Städte Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen vorgenommen. In allen drei Städten hatte die grosse Mehrheit der ansässigen steuerzahlenden Juden den Status von Bürgern inne. Neben diversen Rechten war dieser Bürgerstatus auch mit zahlreichen Pflichten verbunden, die sich, von einigen Modifikationen abgesehen, nicht von denen der christlichen Bürger unterschieden. Dies deutete sich bereits in zahlreichen Formulierungen in den Schutzbriefen und Ordnungen an, die zum Teil wörtlich mit denjenigen in Dokumenten zum christlichen Bürgerrecht in seinen verschiedenen Varianten übereinstimmten.

Aufnahmemodalitäten

Die Mehrheit der Juden wurde ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts befristet ins städtische Bürgerrecht aufgenommen. Über den Akt der Aufnahme weiss man, dass in der Regel Bürgermeister und der Rat verantwortlich waren. Es ist davon auszugehen, dass analog zu den christlichen Neubürgern eine Kommission für die Beratung des Aufnahmegesuchs zuständig war. Wer dieser Kommission angehörte, ist in den meisten Fällen allerdings nicht mehr nachvollziehbar. Im Zusammenhang mit der Frage nach den Aufnahmemodalitäten stellt sich die Frage nach dem Einfluss der jüdischen Gemeinde oder einzelner ihrer Mitglieder auf die Aufnahmepolitik des städtischen Rates. In allen drei Städten ist von einer wichtigen Funktion der Gemeinde, oder im Falle von Schaffhausen einzelner ihrer Mitglieder, auszugehen, die vermutlich vergleichbar war mit derjenigen, die Zünfte bei der Aufnahme christlicher Neubürger spielten. Auch im Vergleich mit den Voraussetzungen, die jüdische und christliche Neubürger zu erfüllen hatten, zeigen sich zahlreiche Parallelen. Die Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit, entsprechende finanzielle Verhältnisse sowie verwandtschaftliche oder geschäftliche Verbindungen zur Stadt begünstigten in beiden Gruppen die Annahme eines Aufnahmebegehrens. In vielen Fällen hatten die jüdischen und christlichen Neubürger bereits verwandtschaftliche Verbindungen zu Personen der jeweiligen Stadt. Eine erleichterte Aufnahme erlangten jeweils die Söhne und die Ehefrauen verstorbener Bürger, wobei bei jüdi-

schen Familien nicht derselbe Anspruch geltend gemacht werden konnte wie bei christlichen. In beiden Fällen war der Rat darum bemüht, erwachsene Söhne als Bürger zu registrieren, um Steuerhinterziehung zu vermeiden.¹⁷⁰² Häufig ist sowohl in christlichen wie jüdischen Familien zu beobachten, dass nach dem Tod eines männlichen Haushaltsvorstands dessen Witwe ins städtische Bürgerrecht aufgenommen wurde. Zahlreiche jüdische Witwen verfügten nach dem Tod des Ehemannes über ein umfangreiches Vermögen und waren als einflussreiche Geldleiherinnen tätig. Ganz allgemein kann festgehalten werden, dass aber verheiratete jüdische Frauen im Vergleich zu christlichen überdurchschnittlich stark in die gewerbliche Tätigkeit eingebunden waren und selbständig als Geldleiherinnen tätig waren.¹⁷⁰³ Im Unterschied zu christlichen laikalen Gedingbürgern wurden bei Juden Frau, Kinder und das Gesinde mit ins Bürgerrecht des Haushaltsvorstehers aufgenommen, oder das Gesinde hatte Anteil daran, indem es in den Schutz und Schirm der Stadt aufgenommen wurde.

In Bezug auf Christen und Juden zeichnen sich Schwankungen in der Aufnahmepolitik ab, wobei der wirtschaftliche Aspekt für beide Gruppen eine grosse Rolle spielte. Allerdings muss betont werden, dass im Verlauf des 15. Jahrhunderts die judenfeindliche Strömung immer häufiger zur Vertreibung der Juden führte und die städtische Politik gegenüber der jüdischen Gemeinde zunehmend beeinflusste. Dass die Stadt wegen der obersten Schutzherrschaft des Kaisers nicht frei über eine Vertreibung der Juden oder eine Begrenzung ihrer Anzahl entscheiden konnte, prägte die städtische Haltung gegenüber der jüdischen Gemeinde. Die Befristung des Bürgerrechts, das Fehlen politischer Rechte, die Sondersteuervereinbarung und das teilweise Fehlen des Ausschliesslichkeitsanspruches rückt das jüdische Bürgerrecht inhaltlich in die Nähe des christlichen Gedingbürgerrechts.

¹⁷⁰² Eine Ausnahme bildet für eine gewisse Zeitspanne Nürnberg, das die Söhne der ansässigen Juden nicht ins Bürgerrecht aufnehmen wollte.

¹⁷⁰³ Keil, ""und sie gibt Nahrung ihrem Haus". Jüdische Geschäftsfrauen im spätmittelalterlichen Aschkenas." Martha Keil, "Geschäftserfolg und Steuerschulden. Jüdische Frauen in österreichischen Städten des Spätmittelalters," in Frauen in der Stadt, ed. Günther Hödl, Fritz Mayrhofer u.a., Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas Band XVIII = Schriftenreihe der Akademie Friesach 7 (Linz: 2003), 37-62. Toch, "Der jüdische Geldhandel." Ziwes, "Reynette." Nadia Guth, Die Stellung der jüdischen Frau im Spätmittelalter. Eine Auswertung

Dienst mit dem Vermögen

Eine wichtige Bürgerpflicht war der Dienst mit dem Vermögen. Für die jüdischen Bürger stellte diese finanzielle Leistung die Hauptverpflichtung dar. Von Ausnahmen abgesehen waren sie nicht an der städtischen Vermögenssteuer beteiligt, sondern entrichteten die Steuern in der Form von gedingten Steuern, die jährlich geleistet und den individuellen Vermögensverhältnissen angepasst wurden. Die Festsetzung gedingter Steuern war aber keine Sonderregelung für jüdische Bürger. Die Institution des Gedingbürgerwesens war in allen Städten verbreitet, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Neben den jüdischen intramuralen Gedingbürgern existierten in der Regel auch christliche intra- und extramurale Gedingbürger, die ihren "Vermögensdienst" in der Form von gedingten Steuern entrichteten. Für die christlichen Gedingbürger bedeutete die Vereinbarung einer gedingten Steuer in der Regel eine finanzielle Privilegierung gegenüber den regulär Steuernden. Der finanzielle Vorteil musste sich allerdings nicht zwingend in Form eines tieferen Steuersatzes für die jährliche Steuer auswirken, sondern ergab sich auch aus dem Entgegenkommen bezüglich anderer Abgabetypen, wie etwa dem Wegfall von Abzugssteuern oder dem Verzicht auf Ungelt- und Zollzahlungen. Eine Ausnahme bildeten die adligen extramuralen Gedingbürger, die im Vergleich zu ihren Vermögensverhältnissen sicherlich eine verhältnismässig geringe Jahressteuer leisteten. Die Befreiung von der Verpflichtung, Abzugssteuern zu leisten, war in Verträgen mit christlichen und mit jüdischen Gedingbürgern enthalten. Dieser Aspekt bedeutete für die jüdischen Bürger einen nicht zu unterschätzenden finanziellen Vorteil, da er ihre Mobilität unterstützte und Familienmitgliedern ermöglichte in anderen Städten Geldleihe betreiben zu lassen und so das Geschäftsnetz auszuweiten.

Wichtig für die Situierung der jüdischen Steuerzahler ist die Frage nach dem Verhältnis von finanziellen Möglichkeiten und Steuerleistung. Da nur in Esslingen für einen kurzen Zeitraum die Vermögensverhältnisse der Steuerzahlenden in den schriftlichen Quellen transparent gemacht wurden, ist die Frage nach dem Steuersatz nicht zu beantworten. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass die jüdischen Steuerzahler wie die geistlichen insofern eine Sondersteuergruppe bilden, als beide an weitere Parteien steuerpflichtig waren. Was die jüdische Gemeinde betrifft, lässt sich in den Städten die Tendenz feststellen, dass sich eine Mischung zwischen Judensteuer und Gemeindesteuer herausbildete. In Städten wie Nördlingen oder

der Responen des Rabbi Meir aus Rothenburg und von Quellen aus Basel und Zürich. Lizentiatsarbeit Basel masch. (Basel: 1983).

Ulm leisteten die Juden zusätzliche Abgaben in der Form von erhöhten Hauszinszahlungen oder Abgaben für die Gemeindegebäude. Mit dieser Auffächerung der Abgaben sicherten sich die Städte gegenüber den weiteren Berechtigten einen grösseren Anteil an den jüdischen Abgaben.

Dienst mit dem Leib: Wehr- und Wachtdienst

Zentrale Pflichten für christliche Bürger und Beisassen waren der Wehr- und Wachtdienst. In der einen oder anderen Form waren auch die jüdischen Bürger zu einem Beitrag an die Stadtverteidigung verpflichtet. Häufig trat die persönliche Erfüllung dieser Pflicht in den Hintergrund und wurde durch finanzielle Leistungen kompensiert. Diese Kompensationszahlungen konnten bereits im jährlichen Pauschalbetrag enthalten sein wurden aber häufig auch in der Form von Sondersteuern, der Finanzierung von Söldnern oder einzelnen Sonderzahlungen der jüdischen Gemeinde geleistet. Inwieweit die einzelnen Haushaltsvorstände für den Wehr- und Wachtdienst Stellvertreter stellten, ist aus der schriftlichen Überlieferung nicht mehr zu beantworten. Gerade in diesem Punkt unterscheiden sich die jüdischen Gedingbürger stark von den christlichen. Insbesondere in den Vereinbarungen mit extramuralen Gedingbürgern nahm die Regelung der militärischen Beistandspflicht eine zentrale Bedeutung ein. Diese Zusicherung war für die Stadt von grossem Wert. Vor diesem Hintergrund erscheint es auch plausibel, dass die adligen extramuralen Gedingbürger verhältnismässig niedere Steuerbeträge leisteten, da ihr militärisches Potential eine Kompensation für die relativ niedrigen Zahlungen darstellte. In Nördlingen beispielsweise standen einige Gedingbürger vor ihrer Aufnahme ins städtische Bürgerrecht als Söldner im Dienste der Stadt und hatten einen jährlichen Lohn im zweistelligen Guldenbereich bezogen.¹⁷⁰⁴ Beim Wachtdienst dürften Juden noch eher die Pflicht persönlich geleistet haben, Belege dafür sind allerdings selten.

Nicht sehr zahlreich sind die schriftlichen Belege zu Zahlungen von indirekten Steuern und von Zöllen durch die jüdischen Bürger. Tendenziell leisteten die Juden aber diese Abgaben im gleichen Masse wie christliche Bürger. Eine Pflicht, die auch ein Recht darstellte, fiel für die jüdischen Bürger im Vergleich zu den christlichen Vollbürgern weg: die Amtspflicht oder das Recht, in ein städtisches Amt gewählt werden zu können.

¹⁷⁰⁴ Siehe Kapite l 0.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die jüdischen Bürger die verschiedenen Bürgerpflichten, die auch von einem grossen Teil der Beisassen geleistet werden mussten, auf die eine oder andere Art erfüllten. Im Vergleich mit den Christen zeichnet sich allerdings ein Übergewicht der finanziellen gegenüber den persönlichen Leistungen ab. Gerade in Bezug auf die christlichen extramuralen Gedingbürger zeigt sich der zentrale Unterschied darin, dass bei dieser Gruppe die herrschaftliche Komponente im Vordergrund stand. Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche von den vergleichbar begüterten christlichen Haushaltsvorständen, die innerhalb der Stadt ansässig waren, die Bau-, Wacht- und auch die Wehrpflicht persönlich erfüllten.¹⁷⁰⁵

An dieser Stelle soll noch auf eine weitere rechtliche Sondergruppe hingewiesen werden, deren Rechtsstatus in verschiedenen Städten demjenigen der Juden sehr ähnlich war, die Lombarden oder Kawertschen. Für die in dieser Untersuchung berücksichtigten Städte Nördlingen, Schaffhausen und Konstanz fliessen die rechtlichen Quellen zu dieser Gruppe leider nur sehr spärlich. Einen Vergleich für die Stellung der Lombarden mit den jüdischen Bürgern in einzelnen Schweizer Städte nimmt Gilomen im Artikel Sondergruppen vor.¹⁷⁰⁶ Gilomen zeigt auf, dass die Lombarden wie die Juden in der Regel zeitlich befristet ins städtische Bürgerrecht aufgenommen worden waren und dass sich die Beträge, die sie bei der Aufnahme bezahlten, ähnlich hoch waren, wie bei den jüdischen Bürgern.¹⁷⁰⁷ Sowohl in Bezug auf ihre Stellung zum Kaiser als auch in Bezug auf die Steuersituation können grosse Parallelen aufgezeigt werden.¹⁷⁰⁸ Beide Gruppen benötigten die Privilegierung zur Geldleihe, wurden teilweise Opfer von Schuldentilgungen oder einer Vertreibung. In Bern wurden gar Juden und Lombarden gleichzeitig aus der Stadt ausgewiesen. Ein wesentlicher Unterschied bestand darin, dass die christlichen Geldleiher bei der Aufgabe ihrer Tätigkeit ins volle städtische Bürgerrecht aufgenommen werden konnten.¹⁷⁰⁹

¹⁷⁰⁵ Zur Bedeutung der Abgaben im Rahmen des städtischen Haushaltes siehe das vorangehende Kapitel 13.

¹⁷⁰⁶ Gilomen, "Sondergruppen." S. 154-159. Weiter zu Lombarden im Gebiet der heutigen Schweiz: Amiet, "Die französischen und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters namentlich in der Schweiz."

¹⁷⁰⁷ Gilomen, "Sondergruppen." S. 154-155.

¹⁷⁰⁸ S. 156.

¹⁷⁰⁹ Gilomen, "Sondergruppen." S. 156-159.

Juden im schriftlichen Raum

Zusätzlich zur Art und Höhe der Abgaben der jüdischen Bürger soll auch berücksichtigt werden, wo diese im schriftlichen Raum der städtischen Verwaltungsquellen erscheinen. Der Fokus soll auf den Bürgeraufnahmen sowie den Abgabenzahlungen liegen.

In zahlreichen Städten erscheinen die jüdischen Neubürger im städtischen Bürgerbuch oder einem Ratsbuch, in das neben anderen Inhalten die Aufnahmen sowohl christlicher als auch jüdischer Neubürger eingetragen wurden. In Augsburg, Ulm sowie Colmar und Mühlhausen wurden die Juden gemischt mit den christlichen Neubürgern im städtischen Bürgerbuch aufgeführt. Für einen Teil der Juden trifft das auch in Konstanz für die Zeit nach der Wiederansiedlung bis zum Jahr 1400 zu. Auch in Nördlingen wurden die Juden ins allgemeine Bürgerbuch eingetragen, allerdings abgetrennt von den christlichen Vollbürgern. Allerdings werden auch die christlichen Gedingbürger in einem separaten Teil des Buches aufgeführt, so dass allgemein zwischen den verschiedenen rechtlichen Gruppen unterschieden wurde.¹⁷¹⁰ In Basel sind die Bürgeraufnahmen in einem Ratsbuch mit heterogenem Inhalt eingetragen. Sowohl die jüdischen als auch die christlichen Gedingbürger wurden in von den Vollbürgern getrennten Listen eingetragen. In Konstanz und Rothenburg enthielten die Listen mit den Steuerzahlungen auch die Informationen über die Bürgeraufnahmen. Für Konstanz ist darauf hinzuweisen, dass auch die Zahlungen und Aufnahmen von Ausbürgern in derselben Rechnung wie die Angaben zu den jüdischen Gedingbürgern aufgeführt werden. In Rothenburg legte die Stadt ein Judenbuch an, in dem zwischen 1432 und 1520 die Bürgeraufnahmen sowie die Steuerzahlungen der einzelnen Juden verzeichnet wurden.¹⁷¹¹ Rothenburg ist die einzige Kommune unter den hier berücksichtigten Städten, aus der überliefert ist, dass die jüdischen Bürgeraufnahmen und die Steuerzahlungen getrennt vom übrigen städtischen Verwaltungsschriftgut in einem separaten Stadtbuch eingetragen wurden. In der Regel erschien es der Stadtoberkeit nicht als notwendig, die christlich-jüdischen Angelegenheiten trotz fortschreitender Ausdifferenzierung des Verwaltungsschriftgutes auszugliedern. Ein Teil der überliefer-

¹⁷¹⁰ In Nördlingen handelt es sich um eine Form des städtischen Bürgerbuches und in Basel um ein Ratsbuch, das auch Bürgeraufnahmeeinträgen beinhaltet. Dasselbe gilt für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts in Rothenburg. Ohlau, Haushalt Rothenburg. S. 32.

¹⁷¹¹ Wehrmann, Rechtsstellung. Referat von Claudia Maus zum Rothenburger "Judenbuch III" an der Tagung "Zur Sozialgeschichte der Juden Mitteleuropas im Spätmittelalter: "Quellen und Befunde". 22.9. bis 24.9.2003, Universität Trier. Mentgen, Judenbücher. ([cited]).

ten Judenbücher wiederum enthalten eine Mischung zwischen Einträgen, die Juden betreffen, und solchen, die sich nur auf Christen beziehen.¹⁷¹² Wurde ein separates Buch angelegt, betraf der Inhalt in der Regel nur einen bestimmten Bereich von jüdisch-christlichen Angelegenheiten, in Rothenburg beispielsweise die Bürgeraufnahmen und Steuern und in Znaim Schuldverschreibungen. Diese schriftliche Aussonderung jüdischer Angelegenheiten aus dem allgemeinen städtischen Verwaltungsschriftgut muss nicht ein Hinweis auf eine gestiegene Ausgrenzung der jüdischen Minderheit sein, sondern muss im Rahmen der jeweiligen städtischen Verwaltung, deren Schriftgut sowie der allgemeinen Entwicklung der Verschriftlichung in Verbindung mit einer Verrechtlichung gesehen werden.¹⁷¹³

Die Steuerzahlungen der jüdischen Bürger werden in der Regel räumlich von denjenigen der übrigen Steuerzahler getrennt aufgeführt. Nur in wenigen Fällen erscheinen die jährlichen Abgaben in den regulären städtischen Steuerlisten, die in den meisten Fällen die Zahlungen der Beisassen, Vollbürger sowie der christlichen Gedingbürger enthalten.¹⁷¹⁴ In Esslingen wurden die jüdischen Steuerzahler von 1377 bis 1392 in die Steuerbücher eingetragen. In den ersten Jahren zwischen den christlichen Steuerzahlern, danach abgetrennt nach den regulär Steuernden sowie den christlichen Gedingbürgern, die auch getrennt aufgeführt wurden. Weiters am häufigsten bildeten die jüdischen Abgaben einen jährlichen Einnahmeposten in der zentralen Stadtrechnung.¹⁷¹⁵ Warum wurden die jüdischen Steuerzahler aus den Steuerlisten ausgegrenzt? In verschiedenen Städten wie Basel, Köln oder Zürich wurde nicht jedes Jahr eine Vermögenssteuer erhoben. Und es ist davon auszugehen, dass auch in einigen Städten wie Konstanz, Nördlingen oder Schaffhausen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts auch keine jährlichen Vermögenssteuern erhoben worden waren. Dementsprechend mussten die Abgaben der Juden in einem jährlich geführten Stadtbuch, den Stadtrechnungen, ihre Aufnahme finden. Hinzu kommt, dass die Stadtobrigkeit die jährliche Abgabe der Juden nicht allein als direkte Steuer sondern auch als indirekte Steuer, eine Abgabe auf den Handel mit Geld, verstand und somit die Zahlungen eher in die Stadtbücher passten. Ein weiterer Faktor ist vermutlich in der Verwaltungsorganisation und den Profilen der einzelnen Ämter zu finden. Der Ort der Eintragung dürfte mit davon bestimmt gewesen sein, wer für den Einzug der Abgaben zuständig war. Wie aus einzelnen Quellenbelegen beispielsweise von Konstanz her-

¹⁷¹² Z.B. das Znaimer Judenbuch oder das Judenbuch der Wiener Neustadt. Referat von Tom Peter und Martha Keil an der Tagung "Zur Sozialgeschichte der Juden Mitteleuropas im Spätmittelalter: "Quellen und Befunde". 22.9. bis 24.9.2003, Universität Trier.

¹⁷¹³ Siehe Kapitel I 3.1.

¹⁷¹⁴ Z.B. in Nördlingen, Schaffhausen, Zürich.

vorging, ist davon auszugehen, dass die Rechner Teil der Aufnahmekommission waren und somit vermutlich auch für den Einzug der Steuern zuständig waren. Hinzu kommt, dass die Rechner auch zuständig für die Auszahlung an weitere berechnete Parteien an den Judensteuern waren und es deshalb als logisch erscheint, dass dieselbe Amtsperson für die Einnahme und Ausgabe im Zusammenhang mit den Judenabgaben betreut war. Die Ausklammerung der Juden aus den Steuerbüchern muss daher kein Hinweis auf eine allgemeine Ausgrenzung der Juden sein, sondern wie im Zusammenhang mit den Judenbüchern eher in der jeweiligen städtischen Verwaltungsstruktur gesucht werden.

Zusammenfassend kann man aber sagen, dass im Bereich der Finanzquellen sowie der Bürgerbücher die jüdischen Bürger häufig getrennt von den Christen aufgeführt werden. Betrachtet man die Juden aber im Vergleich mit christlichen Sondergruppen, insbesondere den Gedingbürgern, zeigt es sich, dass auch die Gruppe der christlichen Bürger im schriftlichen Raum oft in ihre verschiedenen Untergruppen gegliedert aufgeführt wird. Die jüdischen Gedingbürger hingegen treten beinahe durchwegs als eigene Gruppe auf, aber nicht ausgegrenzt aus der christlichen Gesellschaft, sondern als eine neben weiteren Gruppen der städtischen Gemeinschaft.

Bürgerbegriff

Die Ausführungen zu den Abgaben und Pflichten der jüdischen Bürger haben gezeigt, dass die jüdischen Bürger eine vergleichbare Bandbreite an Leistungen wie die christlichen Bürgergruppen erbrachten. Die Gruppe jüdischer Bürger kristallisierte sich als eine rechtliche Sondergruppe heraus, die sich im Raum zwischen den Vollbürgern und den diversen christlichen Gedingbürgergruppen einordnen lässt. In Bezug auf die Rechte soll an dieser Stelle auf die Ausführungen in Teil A sowie in den einzelnen Städtekapiteln verwiesen werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ein grosser Teil der Rechte im jüdischen und im christlichen Bürgerrecht enthalten waren. Allerdings treten in diesem Bereich auch verschiedene Abweichungen beim jüdischen Bürgerrecht auf, wie das Fehlen politischer Rechte, in einigen Städten das Verbot Immobilien zu erwerben etc.¹⁷¹⁵ Der grösste Unterschied zwischen dem Bürgerbegriff, der im Zusammenhang mit Juden verwendet wurde, und demjenigen, der sich

¹⁷¹⁵ Augsburg, Basel, Colmar, Frankfurt, Konstanz, Nördlingen, Ulm, Zürich.

¹⁷¹⁶ Siehe Teil A.

auf christliche Personen bezog, lag in der Dimension des sozialen Daseins. Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass umfangreichen Übereinstimmungen im rechtlichen eine grosse Diskrepanz im sozialen Bereich gegenüberstand. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der von Martha Keil aufgezeigte Umstand, dass es kein hebräisches Wort für den Begriff Bürger gab.¹⁷¹⁷

Wie ist nun der im städtischen Verwaltungsschriftgut überlieferte jüdische Bürgerbegriff vor dem Hintergrund dieses Befundes zu verstehen. Der Status eines jüdischen Bürgers war in keiner Stadt abschliessend mit allen Rechten und Pflichten definiert. Gewisse Aspekte wurden erst im Zusammenhang konkreter Begebenheiten bewertet und ausformuliert. Hinzu kam, dass die jüdischen Bürger längst nicht in allen städtischen Quellen als Bürger bezeichnet wurden, auch wenn ihr Bürgerrecht überliefert ist. Berücksichtigt man den semantischen Kontext, in dem der Bürgerbegriff im Zusammenhang mit den Juden verstanden wurde, zeigt sich, dass *"burger"* in der Regel im Hinblick auf die Rechte und Pflichten des betreffenden Juden verwendet wurde. Primär wurden die Juden in ihren Aufnahmeprivilegien oder den Einträgen in den Bürgerbüchern als Bürger bezeichnet, oder es wurde festgehalten, dass sie ins Bürgerrecht der Stadt aufgenommen worden waren.¹⁷¹⁸ Oft war die Intention, gegen aussen transparent zu machen, in welcher rechtlichen Beziehung der genannte Jude zur Stadt stand. Mit der Bezeichnung *"burger"* wurde der Adressat darüber informiert, welche Schutz- und Vertretungspflichten die Stadt gegenüber dem genannten Juden hatte.¹⁷¹⁹ In der Regel war die Bürgerbezeichnung auch in Urkunden enthalten, die ein Rechtsgeschäft zwischen einer jüdischen und

¹⁷¹⁷ Hinweis bei Gilomen, "Sondergruppen." S. 154

¹⁷¹⁸ Siehe für die Begrifflichkeit in Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen in Teil B in den entsprechenden Kapiteln. Ein interessantes Beispiel ist eine Urkunde aus Nördlingen von 1442. Der Inhalt setzt sich aus der Festsetzung der Höhe eines Strafgeldes von 200 Gulden für ein Vergehen und der Wiederaufnahmen des betreffenden Juden ins Bürgerrecht zusammen. Im Folgenden drei Ausschnitte: *"Ich Mosse der Jude, Burger zu(o) Nördlingen ... und in mein burgerrecht wider ufgewonnen ... mit meinen nebenburgern den andern Iren Juden..."*. StA Nö, Urkunden Juden 1442. In Esslingen enthält ein Schutzbrief für den Juden Mosse die folgende Formulierung: *"zu(o) burgern als ander Ir Burger"*. StA E, U 254 (23. Februar 1451). In Augsburg lassen sich im Bürgerbuch Formulierungen wie *"Michel von Ulm der Jude ist unser burger worden"* oder *"ist davit jud von Bopffingen und Jacob Jude sein tochterman unser Juden und purger worden nach unser Statreht und gewonhait ..."* finden. Teilweise werden die jüdischen Bürger auch als *"civis"* bezeichnet. StA A, Bürgerbuch, fol. 140v, 170r, 141r. In allen drei Fällen entspricht die Formulierung eins zu eins den Einträgen zu christlichen Bürgern. In den Colmarer Bürgerrollen wurden die jüdischen Neubürger mit Datum, Name, Angabe zum Wohnadresse sowie dem Zusatz *"factus civis"* analog zu den christlichen Neubürgern aufgeführt. Auch im Mühlhausener Bürgerbuch wurden die Bürgeraufnahmen der Juden eingetragen. Dort heisst es, dass sie das *"burgrecht"* gekauft oder berecht hätten. Mentgen, Juden im Elsass. S. 190f, 236f.

¹⁷¹⁹ In diversen Augsburger Missiven wird von unserm Juden und Bürger oder von den Juden, *"die bey uns hawslichen gessen und unser burger sint"* geschrieben. StA A, Missiven II, Nr. 193, fol. 33r (1421), Nr. 150, fol. 35v (1421), Nr. 531 (1423). Nördlingen informierte 1460 den Grafen von Oettingen davon, *"das wir dyn genannten Mosse Juden, weniger den vor einem Jar dem hailigen Romischen Reich und uns zu(o) einem burger und in unsern schutz und schirm ufgewonnen..."* StA Nö, Missivenbuch 1460, fol. 126r.

einer christlichen Partei derselben Stadt betrafen.¹⁷²⁰ In juristisch korrekter Terminologie wurde der Rechtsstatus der involvierten Parteien definiert.¹⁷²¹ Dies betraf sowohl Juden wie Christen. In einer Konstanzer Urkunde von 1375 wurde beispielsweise ein Nachbarschaftsstreit zwischen einem christlichen und jüdischen Bürger geregelt. Beide Konfliktparteien werden als Bürger der Stadt Konstanz deklariert.¹⁷²² Weiter wurde in der Regel in rechtlich-normativen Texten der rechtliche Status explizit gemacht.¹⁷²³ In zahlreichen Belegen, insbesondere in seriellen städtischen Verwaltungsquellen, wie Rechnungsbüchern, Steuerlisten, Ratsprotokollen, gibt es auch zahlreiche schriftliche Belege, in denen die betreffenden jüdischen Bürger nicht als Bürger bezeichnet wurden. Diese schriftlichen Dokumente waren für den verwaltungsinternen Gebrauch bestimmt, im Gegensatz zu rechtlichen Satzungen, wie beispielsweise private und städtische Verkaufs-, Darlehens-, Pfand-, Gerichts- oder andere Urkunden sowie Missiven.¹⁷²⁴ Anders als in Köln wurde in Nördlingen, Konstanz und Schaffhausen der Begriff Bürger nicht als Gegenbegriff zu Jude zur Identitätskennzeichnung verwendet.¹⁷²⁵ Ausschlaggebend war der konkrete Handlungszusammenhang.¹⁷²⁶ So werden beispielsweise in Konstanz und Schaffhausen in einer rechtlichen Satzung und in Schutzbriefen explizit die jüdischen Bürger den christlichen Bürgern gegenübergestellt. Im Aufnahmeeintrag von Videlin im Konstanzer Bürgerbuch (1378) wird festgehalten, dass Videlin nach dem ersten Aufenthaltsjahr „mit stur und mit andern dingen tun (sol) als ander burger die Juden ze

¹⁷²⁰ Hausverkauf in Schaffhausen: *"Hainrich Rot der vischer Nicolausen dez Roten sun den man nempt Stokkli und Adelhait sin elichu husfrowe burger ze Schaufhusen und ...Säkklin dem Juden von Ueberlingen burger ze Schaufhusen und sinen erbe nd ..."*. Stadt A SH, U 1256 (1391). Schuldquittung: *"Allen den die disen brief an sehent oder horent lesen tund ich Menli jud vinelis dez juden sun Burger ze Schaffhusen und vergich öffentlich daz mich der frome beschaiden Burkart buttelbrunner genant von auch Burger ze Schaffhusen erberlich und ouch gar und gantzlich gewert."* Ebd., U 1280 (1393). *"Hans Wa(e)chsel der schnider und elsbet sin ewirtin mit hnsen binninger unserm Rautes gesellen ... und der beschaiden löw der Jud alle unser burger ..."*. Ebd., U 1915 (1435).

¹⁷²¹ Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 67.

¹⁷²² StA Ko, U 8546 (1375).

¹⁷²³ Im Basler Leistungsbuch werden in einer Bestimmung zu den Aufnahmemodalitäten extramuraler Gedingbürger die Begriffe *"usburger"* oder *"pfalburger"* allerdings nicht verwendet. *"It es ist erkennen von núwen und alten Reten weler von uslúten es sient herren oder ander unser burger wellent werden und unser burgrecht emphahent..."*. StA B, A 2 Ratsbücher, Leistungsbuch I, fol. 122v (1388). Im Roten Buch wird von Bürgern, die ausserhalb der Stadt ansässig sind gesprochen: *"Wie sich ein burger der uswendig der stat gesessen ist halten sol"*. Ebd. A 1 Ratsbücher, Das Rote Buch, S. 66 (1398).

¹⁷²⁴ Ratsprotokolle nehmen allerdings eine Sonderstellung ein, da sie sich aus Einträgen sehr heterogenen Inhalts zusammensetzen. So stehen neben Ratslisten auch normativ-rechtliche Bestimmungen sowie konkrete Rechtsgeschäfte. Dementsprechend werden beispielsweise in den Ratsprotokollen Juden mit und ohne Bürgerbezeichnung aufgeführt.

¹⁷²⁵ Schmandt, *Judei, cives et incole*. S. 67f.

¹⁷²⁶ Hildbrand, "Quellenkritik." Sablonier, "Schriftlichkeit, Adelsbesitz und adliges Handeln im 13. Jahrhundert." 76ff.

Costenz“.¹⁷²⁷ Implizit wird mit dieser Formulierung das Bürgerrecht der Juden dem christlichen gegenübergestellt. In dieser Gegenüberstellung ist aber auch auf den Unterschied verwiesen, denn der Begriff Bürger wurde für Juden nur dann verwendet, wenn die betreffende Person explizit als Jude bezeichnet wurde! In einigen Städten wird auch der Begriff des Judenbürgers eingeführt. Niemals wird ein jüdischer Bürger, nur mit seinem Namen und dem Zusatz Bürger aufgeführt. Diese Kombination ist ein Hinweis auf die Unterscheidung der jüdischen rechtlichen Sondergruppe von der Gruppe der christlichen Vollbürger. Dasselbe gilt auch für andere Sonderbürgerrechtsgruppen, für weibliche und geistliche Bürger. In beiden Fällen wird bei der Bezeichnung als Bürger auch ihre Zugehörigkeit zur Gruppe der Geistlichen oder der Frauen transparent gemacht. Juden, Frauen und Geistliche gehören einer Gruppe oder einem Stand an, der mit einer rechtlichen Sonderstellung in der Stadt einhergeht. Juden waren Reichskammerknechte und immer blieb das Reichsoberhaupt ihr oberster Schutzherr. Auch die Geistlichen bildeten juristisch gesehen ihren eigenen Stand und es stand ihnen nach kanonischem Recht zu, nur von einem geistlichen Richter belangt werden zu dürfen.¹⁷²⁸ Auch die Frauen gehörten in einer gewissen Weise einer eigenen Rechtsgruppe an. Ihre Rechtsstellung zeichnete sich durch eine grosse Varietät aus, die in regionaler und sozialer Herkunft begründet war. Trotz dieser Bandbreite an unterschiedlichen Regelungen zeigte sich in den Städten die Tendenz, die rechtliche Stellung der Frauen mit Sonderregelungen, die in der Regel einen einschränkenden Charakter hatten, zu bestimmen.¹⁷²⁹ Hinzu kommt, dass die rechtliche Stellung einer Frau sehr stark von ihrem Zivilstand abhing. Insbesondere unverheirateten Frauen wurden im Verlauf des Spätmittelalters umfangreichere Eigenrechte zugestanden. Verheiratete Frauen verblieben in den meisten Fällen in der Vormundschaft des Ehemannes.¹⁷³⁰ Im 14. und 15. Jahrhundert wurden Frauen in den südwestdeutschen Städten ins Bürgerrecht aufgenommen. Die regelmässige Aufnahme von Frauen ins Bürgerrecht korreliert in diesen Städten mit einer Auflösung der Geschlechtervormundschaft.¹⁷³¹ Immer wieder wurden Männer wie Frauen von der Stadtobrigkeit dazu angehalten ins Bürgerrecht einzutreten. Der Rat hatte an der finanziellen Nutzung des Besitzes von Personen beiderlei Geschlechts sein Interesse.¹⁷³² Die zunehmende Bedeutung des Zivilstandes widerspiegelte sich in den Städten

¹⁷²⁷ St A Ko, A IV:1, S. 31 (1378).

¹⁷²⁸ Moeller, "Kleriker." S. 196.

¹⁷²⁹ Claudia Opitz, "Frauenalltag im Spätmittelalter (1250 - 1500)," in *Geschichte der Frauen*, Band 2 Mittelalter, ed. Georges Duby, Christiane Klapisch-Zuber, Michelle Perrot (Frankfurt a.M. / New York: 1993), S. 282-284.

¹⁷³⁰ Ibid.

¹⁷³¹ Studer, "Frauen." S. 188f.

¹⁷³² Uitz, *Die Frau*. S. 140-144.

darin, dass es zwei nach Zivilstand unterschiedene Bürgerrechte für Frauen gab. Mit einem Bürger verheiratete Frauen hatten mit der Eheschliessung Anteil am Rechtsstatus des Mannes. Unverheiratete und verwitwete Frauen hinwiederum konnten das Bürgerrecht aktiv erwerben. In der Regel handelt es sich bei den Mitgliedern beider Gruppen um Frauen, die vorausgehend Teil am Bürgerrecht des Vaters oder des Ehemannes gehabt hatten. Diese Frauen hatten unmittelbar Teil am städtischen Bürgerrecht und hatten gegenüber anderen Frauen eine privilegierte, unabhängigere Stellung inne. Trotz fehlender politischer Rechte sowie zunehmenden Einschränkungen im wirtschaftlichen Leben¹⁷³³ konnten sie "Rechtsgeschäfte durchführen, Verträge abschliessen, als Bürgen, Gerichtszeugen, Testamentsvollstrecker und mitunter auch für Kinder und Enkel als Vormünder handeln."¹⁷³⁴ Aber auch dieses eigenständige Bürgerrecht von Frauen unterschied sich durch ihre Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht immer vom Vollbürgerrecht von Männern. Genauso wie sich das Bürgerrecht eines Kleriker durch seine Zugehörigkeit zum Stand der Geistlichen immer vom Bürgerrecht eines männlichen Vollbürgers unterschied.

In allen drei Fällen zeigt es sich, dass der Begriff Bürger nur verwendet wurde, wenn gleichzeitig auch die Zugehörigkeit zur jeweiligen Gruppe explizit gemacht werden sollte. Bürgerinnen konnten auf drei verschiedene Arten als Frauen kenntlich gemacht werden. Bereits der Vorname gab die Geschlechtszugehörigkeit zu erkennen, die zusätzlich durch den Begriff "*burgerin*" explizit gemacht wurde. Zusätzlich wurde festgehalten, durch welche familiäre Beziehung die Frau in den Besitz des städtischen Bürgerrechts gelangte, das heisst der lebende oder verstorbene Ehemann oder Vater wird genannt.

An dieser Stelle soll noch ein kurzer Exkurs zur Bedeutung des Ehestandes oder der Verwandtschaft für den Bürgerrechtserwerb von Männern eingefügt werden. Söhne von Stadtbürgern erlangten analog zu Töchtern das Bürgerrecht aufgrund dieser Verwandtschaft zu erleichterten Konditionen. Wie war nun die Situation für von auswärts zuziehende Männer? Insbesondere für nicht besonders vermögende Handwerker. Einträge aus den Nördlinger Bür-

¹⁷³³ Zur Thematik von Arbeitstätigkeit von Frauen siehe Opitz, "Frauenalltag." Dorothee Rippmann, "Frauen in Wirtschaft und Alltag des Spätmittelalters. Aufzeichnungen des Kaufmanns Ulrich Meltinger," in *Eine Stadt der Frauen: Studien und Quellen zur Geschichte der Baslerinnen im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit* (13. -17. Jahrhundert), ed. Heide Wunder (Basel: 1995), 99-120. Dorothee Rippmann, "'Frauenwerk' und Männerarbeit. Formen von Leben und Arbeiten im Spätmittelalter," in *Arbeit im Wandel. Organisation und Herrschaft von Mittelalter bis zur Gegenwart*, ed. Ulrich Pfister, Brigitte Studer u.a., Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Zürich: 1996), 25-48. Simon-Muscheid, "Frauenarbeit." Uitz, *Die Frau*. Heide Wunder, "Er ist die Sonn", sie ist der Mond": *Frauen in der Frühen Neuzeit* (München: 1992), Heide Wunder, "Überlegungen zum Wandel der Geschlechterbeziehungen im 15. und 16. Jahrhundert aus sozialgeschichtlicher Sicht."

gerbüchern weisen darauf hin, dass für Handwerker eine Eheschliessung zur Voraussetzung für die Aufnahme ins Bürgerrecht galt. Die zunehmende Bedeutung von Lohnarbeit ermöglichte es unteren Bevölkerungsschichten sich aus herrschaftlicher Abhängigkeit zu emanzipieren und selbständig zu werden. Dies konnte aber nur in der Form des Ehepaars als Arbeitspaar realisiert werden.¹⁷³⁵ Heide Wunder weist darauf hin, dass ein Handwerker selbst im 18. Jahrhundert ohne Ehefrau keine ausreichende "Nahrung" hatte finden können.¹⁷³⁶ Der Rat hatte ein starkes Interesse an der ökonomischen und finanziellen Absicherung seiner Bürger. Dementsprechend könnte der Zivilstand ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung für weniger begüterte Bevölkerungsschichten gewonnen haben. In Bezug auf weibliche Bürgerinnen wurde im Verwaltungsschriftgut durch die Offenlegung des Zivilstands auch die Form ihres Bürgerrechts kommuniziert. Die Bürgerbücher enthalten allerdings auch diverse Einträge, in denen Angaben zu männlichen Verwandten fehlen. Inwieweit es sich dabei um ein Weglassen der Angaben oder um neuzuziehende alleinstehende Frauen handelte, ist schwer nachzuvollziehen. Auch bei geistlichen Bürgern wurde zusätzlich zu Name und der Bezeichnung als Bürger Informationen über seine Stellung in der Kirche vermittelt.

Das Bürgerrecht dieser drei rechtlichen Sondergruppen weist in weiten Teilen Überschneidungen der Rechte und Pflichten mit dem städtischen Vollbürgerrecht auf, andererseits gibt es wesentliche Unterscheidungen sowohl im rechtlichen als auch im sozialen Bereich. Es stellt sich die Frage, warum trotzdem alle als Bürger bezeichnet wurden und keine neuen Begriffe für die neuen Typen des Rechtsstatus eingeführt wurden. Dies mag einerseits daran liegen, dass bereits der Bürgerbegriff an sich kein klar definiertes System benannte, sondern ein Sammelbecken für unterschiedliche rechtliche Ausformungen bildete, deren Inhalt zum Teil erst im konkreten Handlungszusammenhang genauer bestimmt wurde.¹⁷³⁷ Andererseits stellen diese Sonderbürgerrechte primär Abwandlungen des ursprünglichen Bürgerrechts dar und keine neuen Rechtsstatus. Sie dienten der Ausweitung des Bürgerrechts auf zusätzliche Bevölkerungsgruppen und die Bildung von Sonderbürgerrechten stellte eine Anpassung an die soziale Ordnung dar. Für alle drei Bürgergruppen wird durch den Begriff des Bürgers auf rechtliche Inhalte, die in der Regel mit den Rechten des Vollbürgerrechts übereinstimmten, hingewiesen. Mit den zusätzlichen Angaben wurde aber auch klar gemacht, dass es sich um

¹⁷³⁴ Uitz, Die Frau. S. 143.

¹⁷³⁵ Wunder, "Überlegungen zum Wandel der Geschlechterbeziehungen im 15. und 16. Jahrhundert aus sozialgeschichtlicher Sicht." D. S. 20-23.

¹⁷³⁶ Wunder, Frauen in der Frühen Neuzeit. S. 102.

¹⁷³⁷ Vergleiche beispielsweise die Situation in Frankfurt Anfang der 1440er Jahre. Siehe oben Kapitel 2.2 und

Bürger handelte, deren Bürgerrecht vom Vollbürgerrecht abwich, und zwar in gewissen rechtlichen wie auch in sozialen Aspekten. Mit dieser Sichtweise erklärt sich auch, warum Personen mit unterschiedlichem Bürgerrecht in den Quellen häufig mit demselben Begriff, "*burger*", bezeichnet wurden. Es handelt sich nur solange um denselben Begriff, als er vom semantischen Kontext isoliert betrachtet wird. In Verbindung mit den weiteren Angaben zur Person bildet die jeweilige Begriffskombination ein genaues Abbild der jeweiligen Bürgerrechtsform.

Abschliessend stellt sich die Frage nach der Bezeichnung von intra- und extramuralen laikalen Gedingbürgern. In den Quellen findet man die Begriffe "*usbürger*", "*pfalburger*", "*burger mit geding*" etc. Diese Sonderbezeichnungen erscheinen aber nur selten in den Quellen und zwar vorwiegend als Rubrikenbezeichnung in den Steuerlisten oder Stadtrechnungen. Da der Unterschied zwischen dieser Form von Gedingbürgern und Vollbürgern in der Regel nur in einer unterschiedlichen Form der Besteuerung begründet lag, erscheint diese Begriffsverwendung sinnvoll. Komplexer ist die Situation bei den extramuralen laikalen Gedingbürgern.¹⁷³⁸ Zusätzlich zu den Einträgen in den Finanzverwaltungsquellen und den Bürgerbüchern erscheinen die Begriffe "*usbürger*" und "*pfalbürger*" häufig auch in normativrechtlichen Quellen. Sowohl Pfahl- wie Ausbürger bildeten rechtliche Sondergruppen ausserhalb der Stadt. Neben der Tatsache, dass sie wenigstens zeitweise ausserhalb der Stadt ansässig waren, war auch ihre rechtliche Situation eine andere. Einerseits handelte es sich um unfreie Menschen, die einer Herrschaft Untertan waren, andererseits handelte es sich um Adlige oder Freie, die zusätzlich Bündnisse mit anderen Herrschaftsträger eingegangen waren oder über eine weitere Bürgerrechtsbeziehung verfügten. In allen drei Fällen wurden die betreffenden Personen in ein Sonderbürgerrecht aufgenommen, das beispielsweise keine politischen Rechte enthielt. Aber auch die extramuralen Gedingbürger werden häufig als "*burger*" bezeichnet. Es ist davon auszugehen, dass die Verwendung von Sonderbegriff oder allgemeiner Bürgerbezeichnung vom Handlungszusammenhang abhängt. Bezieht sich das Dokument auf einen rechtlichen Aspekt, der vom allgemeinen Bürgerrecht abweicht, wird die Sonderbezeichnung angeführt oder die Sonderbestimmung beschrieben. Wenn die Rechte mit denen des Vollbürgerrechts übereinstimmen ist eine Präzisierung nicht nötig.

Andernacht, ed., Regesten.

¹⁷³⁸ Siehe Teil A, Kapitel 1.5.

BIBLIOGRAFIE

UNGEDRUCKTE QUELLEN:

Stadtarchiv Augsburg:	Bürgerbuch I (1288 – 1497)	Schätze 74
	Baumeisterbücher 1391 – 1431	
	Steuerbücher 1368 – 1436	
	Missiven 1a, 1b, II, III (1413 – 1435)	Schätze 105
	Ratsprotokolle 1392 – 1441	
Stadtarchiv Basel:	Das Rote Buch	A 1 Ratsbücher
	Leistungsbuch I	A 2 Ratsbücher
Stadtarchiv Esslingen:	Steuerbücher 1377 – 1395	
	Missivbücher 1 – 6	
	Urkunden	
Stadtarchiv Frankfurt:	Bürgermeisterbücher 1436-1493	
	Reichssachen 1	RS 1, Nr. 4072
	Judenschaft Ugb	E 43, 45, 46, 49
		E 55, 56
	Baubuch der Juden (1360)	
	Rechnei Ugb	B 53 DD
	Auszüge aus den Rechenbüchern (18. Jh.),	D 14 W
	Rechenmeistermemoriale (1437-87)	
Stadtarchiv Konstanz:	Bürgerbuch 1	A IV: 1
	Ratsbücher (1375 – 1445)	B I: 1 – 7
	Finanzen:	L
	Zins-Bussen-Schuld-Bücher (1426 – 36)	L 426 – 433

Schuldbuch (1442)	L 862
Strafbuch (1435 – 1442)	L 793
Steuerrestanzen (1430 – 1443)	L 396
Rechner-Rechnung (ab 1428)	L 1060a
Gemains Stadt Rechenbuch (1426 – 1446)	L 1060b
Einnahmen des Säcklers (1430 – 1497)	L 1357
Ausgaben (1443)	L 1358
Urkunden	

Stadtarchiv Nördlingen:	Bürgerbücher 1 – 4 (1385 – 1507)
	Missiven
	Missivbücher
	Ratsprotokolle (1439 – 1454)
	Ratsprotokolle (1455 – 1465)
	Ratsprotokolle (1466 – 1474)
	Ratsprotokolle (1475 – 1478)
	Ratsprotokolle (1482 – 1492)
	Ratsprotokolle (1491 – 1501)
	Ratsprotokolle (1484 – 1507)
	Ratsprotokolle (1485 – 1535)
	Stadtrechnungen 1399 – 1507
	Steuerbücher 1400 – 1507
	Urkunden
	Urkunden der Juden (Extraschachtel)
	Zollbuch

Stadtarchiv Schaffhausen:	Stadtrechnungen	A II 05.01
	Steuerbücher	A II 06.01
	Urkunden	A I

Staatsarchiv Schaffhausen:	Frevelbücher	Justiz C 1
	Ordnungsbücher 1460ff	A 1 ff
	Urkunden	

Stadtarchiv Trier:	Stadtrechnungen 1370 – 1407	T 12/1
Stadtarchiv Ulm:	Bürgerbuch I(1387 – 1427)	K
	Bürgerbuch II (ab 1428)	K
	Rechtliches	A 1154, 3722, 3784, 3946
	Steuerbuch 1427	K
	Stadtrechnungen	K 6440 – 6442
Staatsarchiv Zürich:	Rats- und Richtebücher 1375 – 1435	B VI
	Stadtrechnungen 1396 – 1418	F III: 32
	Urkunden	C I
Generalarchiv Karlsruhe:	Urkunden	
Hohenlohe Zentralarchiv:	Abteilung Weinsberg, Schublade E (Judensteuern)	

GEDRUCKTE QUELLEN:

Andernacht, Dietrich, ed. *Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401-1519, Forschungen zur Geschichte der Juden 1/2*. Hannover, 1996.

Andernacht, Dietrich, Erna Berger, ed. *Die Bürgerbücher der Reichsstadt Frankfurt 1401-1470*. Frankfurt am Main, 1978.

Andernacht, Dietrich, Otto Stamm, ed. *Die Bürgerbücher der Reichsstadt Frankfurt 1311-1400 und das Einwohnerverzeichnis von 1378*. Frankfurt a.M., 1955.

Böhmer (RegImp)

Diehl, Adolf, ed. *Urkundenbuch der Stadt Esslingen, Band 1, Württembergische Geschichtsquellen, Bd. 4*. Stuttgart, 1899.

Deutsche Reichstagsakten (RTA)

Feger, Otto. *Das Rote Buch*. Konstanz, 1949.

- . "Vergleichende Betrachtungen zur Finanzgeschichte von Konstanz und Basel." In *Finances et comptabilités urbaines du XIIIe au XVIe siècle.*, 222-235. Handelingen, Brüssel, 1964.
- . *Vom Richtebrief zum roten Buch. Die ältere Konstanzer Ratsgesetzgebung, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen 7.* Konstanz, 1955.
- Gény, Joseph, ed. *Schlettstadter Stadtrechte, Bd. 2, Oberrheinische Stadtrechte. Dritte Abteilung: Elsässische Rechte, Bd. 1.* Heidelberg, 1902.
- Harms, Bernhard, ed. *Der Stadthaushalt Basels im ausgehenden Mittelalter: Erste Abteilung: Die Jahresrechnungen 1360-1535, Bd. 1: Die Einnahmen, Quellen und Studien zur Basler Finanzgeschichte.*
- Knipping, Richard, ed. *Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters mit einer Darstellung der Finanzverwaltung. Erster Band: Die Einnahmen und die Entwicklung der Staatsschuld.* Bonn, 1897.
- , ed. *Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters mit einer Darstellung der Finanzverwaltung. Zweiter Band: Die Ausgaben.* Kölner Stadtrechnungen 2 ed. Bonn, 1898.
- Kracauer, Isidor, ed. *Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150- 1400.* Frankfurt a.M., 1914.
- Leisi, Ernst, ed. *Thurgauisches Urkundenbuch, Band 6, 1359-1375.* Frauenfeld, 1950.
- , ed. *Thurgauisches Urkundenbuch, Band 7, 1376-1390.* Frauenfeld, 1958.
- , ed. *Thurgauisches Urkundenbuch, Band 8, 1391-1400.* Frauenfeld, 1967.
- Meyer, Christian. "Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Band 2." (1878).
- , ed. *Das Stadtbuch von Augsburg, insbesondere das Stadtrecht von 1276 nach der Originalhandschrift zum ersten Male herausgegeben und erläutert.* Augsburg, 1872.
- Mollwo, C., ed. *Das Rote Buch der Stadt Ulm, Württembergische Geschichtsquellen 8.* Württemberg?, 1905.
- , ed. *Nördlinger Stadtrechte des Mittelalters, Bayerische Rechtsquellen 2.* München, 1933.
- Pucher, Karl, Gustav Wulz, ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1233-1349.* Edited by Schwäbische Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für bayrische Landesgeschichte, *Veröffentlichungen Reihe 2 Urkundenregesten 1.* Augsburg, 1952.
- , ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1350-1399.* Augsburg, 1956.
- Ruppert, Philipp, ed. *Die Chroniken der Stadt Konstanz.* Konstanz, 1891.
- Schnyder, Werner, ed. *Quellen zur Zürcher Wirtschaftsgeschichte, Band 1.* Zürich, 1937.
- Schudel, Hans Lieb und Elisabeth, ed. *Rechtsquellen des Kantons Schaffhausen, die. Erster Teil: Stadtrechte, Bd. 1. Rechtsquellen 1045-1415, bearb. von Karl Mommsen., Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen XII. Abteilung.* Aarau, 1989.

Stern, Moritz. *Die Israelitische Bevölkerung der deutschen Städte. Ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte. Erstes Heft: Aus Württemberg. Hall, Reutlingen 1349, Ulm 1499, Reutlingen 1495, 1516.* Berlin, 1936.

———. *Die israelitische Bevölkerung der deutschen Städte. Ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte. Mit Benutzung archivalischer Quellen. Bd. 3. Nürnberg im Mittelalter: Quellen.* Kiel, 1894-1896.

Strauss, Raphael, ed. *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Juden in Regensburg 1453-1738.* München, 1960.

Thommen, Rudolf, ed. *Urkunden zur Schweizer Geschichte in österreichischen Archiven. Bd. 3, 1411-1439.* Basel, 1928.

Vock, Walther E., Gustav Wulz, ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1400-1435.* Vol. 1. Augsburg, 1965.

———, ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1436- 1449.* Augsburg, 1968.

Wackernagel, Rudolf. "Urkundenbuch der Stadt Basel. Band 4." (1900).

———, ed. *Urkundenbuch der Stadt Basel. Band 5.* Basel, 1900.

Wiener, M., ed. *Regesten zur Geschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters.* Hannover, 1862.

Wolf, Armin, ed. *Die Gesetze der Stadt Frankfurt am Main im Mittelalter, Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 13.* Frankfurt a.M., 1969.

Zeller-Werdmüller, H., ed. *Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd.1.* Leipzig, 1899.

———, ed. *Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd. 2.* Leipzig, 1899.

———, ed. *Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd. 3.* Leipzig, 1899.

DARSTELLUNGEN

Agustoni, Catherine, u.a., ed. *Les Juifs en pays de Fribourg.* Fribourg, 1987.

Algazi, Gadi. *Herrengewalt und Gewalt der Herren im späten Mittelalter. Herrschaft, Gegenseitigkeit und Sprachgebrauch, Historische Studien 17.* Frankfurt/New York, 1996.

———. "Otto Brunner - "Konkrete Ordnung" und Sprache der Zeit." In *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*, edited by Peter Schöttler, S. 166-203. Frankfurt a.M., 1997.

Allenspach, Werner, Urs Meier. *Jüdischer Geldverleih in der Stadt Zürich zwischen 1380 und 1419. Seminararbeit Universität Zürich, Prof. Dr. H.-J. Gilomen.* Zürich, 1991.

- Amiet, Jean-Jacques. "Die französischen und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters namentlich in der Schweiz." *Jahrbuch für Schweizerische Geschichte* 1, 2 (1876): 177-255, 141-326.
- Ammann, Hektor. "Die Judengeschäfte im Konstanzer Ammann-Gerichtsbuch 1423-34." *Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung. Heft 71* (1952): 37-84.
- . *Die Nördlinger Messe im Mittelalter, Aus Verfassungs- und Landesgeschichte. Festschrift für Th. Mayer. Band II.* Konstanz, 1955.
- . "Die Weinsberger Rechnungen und die Wirtschaftsgeschichte." *Württembergisch Franken Jahrbuch* 50 (1966): 169-184.
- . "Konstanzer Wirtschaft nach dem Konzil." *Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung. Heft 68* (1941/42): 63-96.
- . *Schaffhauser Wirtschaft.* Thayngen, 1948.
- Andernacht, Dietrich, ed. *Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401-1519, Forschungen zur Geschichte der Juden 1/2.* Hannover, 1996.
- Andernacht, Dietrich, Erna Berger, ed. *Die Bürgerbücher der Reichsstadt Frankfurt 1401-1470.* Frankfurt am Main, 1978.
- Andernacht, Dietrich, Otto Stamm, ed. *Die Bürgerbücher der Reichsstadt Frankfurt 1311-1400 und das Einwohnerverzeichnis von 1378.* Frankfurt a.M., 1955.
- Asaria, Zvi. *Die Juden in Köln. Von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart.* Köln, 1959.
- Aufgebauer, Peter. *Die Geschichte der Juden in der Stadt Hildesheim im Mittelalter und in der frühen Neuzeit.* Hildesheim, 1984.
- Avneri, Zvi, ed. *Germania Judaica, Band II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. 2 Teilbände.* Tübingen, 1968.
- Bächtold, Kurt. "Schaffhausen als zugewandter Ort vom Bundesbeschluss 1454 bis zur Bundeserneuerung 1479." *Beiträge zur vaterländischen Geschichte* 54 (1954): S. 71-131.
- . "Wandlungen der Zunftverfassung." *Beiträge zur vaterländischen Geschichte* 38 (1961): S. 46-81.
- Bader, K. S., Gerhard Dilcher. *Deutsche Rechtsgeschichte. Land und Stadt - Bürger und Bauer im Alten Europa., Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft.* Berlin u.a., 1999.
- Bär, Emil. "Die Juden Zürichs im Mittelalter." *Züricher Taschenbuch* (1896): 119-150.
- Bär, Max. *Der Koblenzer Mauerbau. Rechnungen 1276-1289., Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde* 5. Leipzig, 1888.
- Bardelle, Thomas. *Juden in einem Transit- und Brückenland. Studien zur Geschichte der Juden in Savoyen-Piemont bis zum Ende der Herrschaft Amadeus VIII.* Edited by Helmut Castritius, u.a., *Forschungen zur Geschichte der Juden*, 1998.

- Baron, Salo Wittmayer. *A social and religious history of the jews. Late Middle Ages and Era of European Expansion 1200-1650. Volume XI.* New york, 1967.
- Batori, Ingrid. "Herren, Meister und Habenichtse - Die Bürgerschaft der Reichsstadt Nördlingen um 1500." *Rieser Kulturtage. Dokumentation Bd. VI/1* 1986. (1987): 252-269.
- Battenberg, Friedrich. *Das europäische Zeitalter der Juden: zur Entwicklung einer Minderheit in der nichtjüdischen Umwelt Europas.* Darmstadt, 2000.
- . "Des Kaisers Kammerknechte. Gedanken zur rechtlich-sozialen Situation der Juden in Spätmittelalter und Früher Neuzeit." *Historische Zeitschrift* 245 (1987): 545-599.
- . "Zur Rechtsstellung der Juden am Mittelrhein in Spätmittelalter und Früher Neuzeit." *Zeitschrift für historische Forschung* 6 (1979): 129-183.
- Bauer, Kurt. *Judenrecht in Köln bis zum Jahre 1424.* Köln, 1963.
- Bauer, Markus. *Der Münsterbezirk von Konstanz. Domherrenhöfe und Pfründhäuser der Münsterkapläne im Mittelalter, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen* 35. Sigmaringen, 1995.
- Bauhofer, Arthur. "Das engere Reichsvogteigericht Zürich." In *Festschrift für F. E. Welti*, 83-93. Aarau, 1937.
- Baumann, Walter. "Der gute Smaria. Aus Zürichs Judengasse im 14. Jahrhundert." *Turicum, Herbst* (1976).
- Bechtold, Klaus D. *Zunftbürgerschaft und Patriziat. Studien zur Sozialgeschichte der Stadt Konstanz im 14. und 15. Jahrhundert, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen* 26. Sigmaringen, 1981.
- Becker, Claudia. "Beiträge zur kommunalen Buchführung und Rechnungslegung." In *Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung*, edited by Keller Hagen, Thomas Behrmann, 117-148. München, 1995.
- . *Die Kommune Chiavenna im 12. und 13. Jahrhundert. Politisch-administrative Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel in einer lombardischen Landgemeinde, Gesellschaft, Kultur und Schrift. Mediävistische Beiträge* 3. Frankfurt a.M., Berlin, Bern, 1995.
- Behrmann, Thomas. "Einleitung: Ein neuer Zugang zum Schriftgut der oberitalienischen Kommunen." In *Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung*, edited by Hagen Keller, Thomas Behrmann, 1-18. München, 1995.
- Beyerle, Konrad. *Grundeigentumsverhältnisse und Bürgerrecht im mittelalterlichen Konstanz.* Heidelberg, 1900.
- Bezold, Rudolf Walter. *Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber (1172-1803).* Nürnberg, 1915.
- Blenzinger, H. *Der Schwäbische Städtebund in den Jahren 1438-1445. Mit einem Ueberblick über die Entwicklung seit 1389, Darstellungen aus der württembergischen Geschichte* 39. Stuttgart, 1954.
- Boockmann, Hartmut. "Civis und verwandte Begriffe in ostdeutschen, insbesondere preussischen Stadtrechtsquellen." In *Ueber Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittel-*

- telalter: Bericht über Kolloquien der Kommission zur Erforschung der Kultur des Spätmittelalters 1975 bis 1977*, edited by Josef Fleckenstein, 43-58. Göttingen, 1980.
- Borgolte, Michael. *Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit*, *Historische Zeitschrift, Beihefte N.F.* 22. München, 1996.
- Borst, Otto. *Zur älteren Geschichte Esslingens bis zum Auftreten der Reichsstadt*, *Esslinger Studien* 6. Esslingen, 1960.
- Bosl, Karl. "Frühgeschichte und Typus der Reichsstadt in Franken und Ostschwaben unter besonderer Berücksichtigung Rothenburgs o.T., Nördlingens und Dinkelsbühls." *Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte* 14 (1968): 9-29.
- Bothe, Friedrich. *Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Reichsstadt Frankfurt*. Altenburg, 1906.
- Brann, M., I. Elbogen, A. Freimann, H. Tykocinski, ed. *Germanis Judaica, Band I: Von den ältesten Zeiten bis 1238*. Tübingen, 1917-1934, 1963 (2).
- Bresslau, Harry. "Zur Geschichte der Juden in Rothenburg an der Tauber." *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 3 (1889): S. 301-336.
- Brunner, Otto. *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter*, *Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtsforschung und Archivwissenschaft in Wien* 1. Brunn, München, Wien, 1949.
- . "Stadt und Bürgertum in der europäischen Geschichte." *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 4 (1953): S. 525-537.
- Brunschwig, Annette. "'der jude habe si gemint'. Verbotene Beziehungen zwischen Juden und Christen im Spätmittelalter." *Judaica* (2001): 182-203.
- . "Die zweite Zürcher Gemeinde im Mittelalter." In *Geschichte der Juden im Kanton Zürich*, 1-58. Zürich, 2004.
- . *Verbotene Beziehungen zwischen Juden und Christen im Mittelalter. Lizentiatsarbeit Universität Zürich, Prof. H.-J. Gilomen*. Zürich, 1998.
- Bücher, Karl. "Der öffentliche Haushalt der Stadt Frankfurt im Mittelalter." *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* (1896): 329-344.
- Bund, Konrad. "Frankfurt am Main im Spätmittelalter 1311-1519." In *Frankfurt a.M. Die Geschichte der Stadt Frankfurt a.M. in neun Beiträgen*, edited by Frankfurter Historische Kommission, 53-150. Sigmaringen, 1991.
- Burgard, Friedhelm. "Funktion und Rolle der stadttrierischen Bankiers von den Anfängen bis zum Ende des 14. Jahrhunderts." In *Hochfinanz im Westen des Reiches 1150-1500.*, edited by Friedhelm Burgard, Haverkamp, Alfred, u.a. Trier, 1996.
- Burger, Gerhart. *Die südwestdeutschen Stadtschreiber im Mittelalter, Beiträge zur Schwäbischen Geschichte* 1-5. Böblingen, 1960.
- Burghartz, Susanna. "Geschlecht - Körper - Ehre. Überlegungen zur weiblichen Ehre in der frühen Neuzeit am Beispiel der Basler Ehegerichtsprotokolle." In *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, edited by Klaus Schreiner, Gerd Schwerhoff, 214-243. Köln, Wien, 1995.

- . "Juden eine Minderheit vor Gericht, Zürich 1378-1436." In *Spannungen und Widersprüche. Gedenkschrift für Frantisek Graus*, edited by Susanna Burghartz, Hans-Jörg Gilomen u.a., 229-244. Sigmaringen, 1992.
- . *Leib, Ehre und Gut. Delinquenz in Zürich Ende des 14. Jahrhunderts*. Zürich, 1990.
- Burmeister, Karl Heinz. *"medinat bodase". Zur Geschichte der Juden am Bodensee, Bd. 1, 1200-1349*. Konstanz, 1994.
- . *"medinat bodase". Zur Geschichte der Juden am Bodensee. Band 2, 1350-1448*. Konstanz, 1996.
- . *"medinat bodase". Zur Geschichte der Juden am Bodensee. Band 3, 1450-1618*. Konstanz, 2001.
- . "Zur Finanzierung und Organisation von Stadtbefestigungen." In *Stadt - Burg - Festung. Stadtbefestigung von der Antike bis ins 19. Jahrhundert. Internationale Tagung - Glurns 23.-25. Juni 1994*, 203-218. Innsbruck, 1994.
- Cahn, Julius. *Münz- und Geldgeschichte von Konstanz und des Bodenseegebiets*, 1911.
- Cavelty, Gieri, Simon Lüchinger. *Geldverleih von Juden und ausgewählten Christen in Zürich in den Jahren 1381-1491, Seminararbeit Universität Zürich, Prof. H.-J. Gilomen*. Zürich, 2001.
- Chone, Heymann. "Zur Geschichte der Juden in Konstanz." *Zeitschrift zur Geschichte der Juden in Deutschland* 6 (1936): 3-16.
- Christ, Dorothea A. "Hochadlige Eidgenossen. Grafen und Herren im Burgrecht eidgenössischer Orte." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, edited by Rainer C. Schwinges, 99-124. Berlin, 2002.
- Cluse, Christoph. "Stadt und Judengemeinde in Regensburg im späten Mittelalter: Das "Jüdengericht" und sein Ende." In *Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturell-räumlich vergleichender Betrachtung von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert*, edited by Christoph Cluse, 365-386. Trier, 2003.
- . *Studien zur Geschichte der Juden in den mittelalterlichen Niederlanden, Forschungen zur Geschichte der Juden A 10*. Trier, 1998.
- Cluse, Christoph, Alfred Haverkamp, Israel J. Yuval, ed. *Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturell-räumlich vergleichender Betrachtung (5.-18. Jahrhundert). Internationale Konferenz an der Universität Trier 1999, Forschungen zur Geschichte der Juden A 13*. Hannover, 2002.
- Darman, Ashkira. *Die Bedeutung der Abgaben der Juden für den städtischen Finanzhaushalt im Spätmittelalter. Lizentiatsarbeit Universität Zürich*. Zürich, 1999.
- Deeters, J. "Das Bürgerrecht der Reichsstadt Köln seit 1396." *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanische Abteilung* 104 (1987): 1-83.
- Degler-Spengler, Brigitte, ed. *Das Bistum Konstanz, das Bistum Mainz, das Bistum S. Gallen, Helvetia Sacra, Ab*, 1993.

- Demandt, Dieter. *Stadtherrschaft und Stadtfreiheit im Spannungsfeld von Geistlichkeit und Bürgerschaft in Mainz (11.-15. Jahrhundert)*. Edited by Johannes Bärmann, u.a., *Geschichtliche Landeskunde 15*. Wiesbaden, 1977.
- Dicker, Hermann. *Die Geschichte der Juden in Ulm, ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters*. Rottweil, 1937.
- Diehl, Adolf. "Aus der Verfassungs- und Finanzgeschichte der Reichsstadt Esslingen." *Württembergische Jahrbücher, Heft 1* 1901.
- . ed. *Urkundenbuch der Stadt Esslingen, Band 1, Württembergische Geschichtsquellen, Bd. 4*. Stuttgart, 1899.
- Dierauer, Johannes, ed. *Chronik der Stadt Zürich. Mit Fortsetzungen., Quellen zur Schweizer Geschichte 18*. Basel, 1900.
- Dilcher, Gerhard. "Bürgerrecht und Bürgereid als städtische Verfassungsstruktur." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, edited by Rainer C. Schwinges, 83-98. Berlin, 2002.
- . "Oralität, Verschriftlichung und Wandlungen der Normstruktur in den Stadtrechten des 12. und 13. Jahrhunderts." In *Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter. Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen*, edited by Hagen u.a. Keller, 9-19. München, 1992.
- . "Rechtshistorische Aspekte des Stadtbegriffs." In *Bürgerrecht und Stadtverfassung im europäischen Mittelalter*, edited by Gerhard Dilcher, 67-94. Köln, Weimar, Wien, 1996.
- . "Zum Bürgerbegriff im späten Mittelalter - Versuch einer Typologie am Beispiel von Frankfurt am Main." In *Bürgerrecht und Stadtverfassung im europäischen Mittelalter*, edited by Gerhard Dilcher, 115-182. Köln, Weimar, Wien, 1996.
- Dinges, Martin. "Die Ehre in der historischen Anthropologie. Bemerkungen zur Wissenschaftsgeschichte und zur Konzeptualisierung." In *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, edited by Klaus Schreiner, Gerd Schwerhoff, 29-62. Köln, Wien, 1995.
- Dirlmeier, Ulf. *Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten in oberdeutschen Städten des Spätmittelalters (Mitte 14. bis Anfang 16. Jahrhundert)*. Heidelberg, 1978.
- Domsta, Hans J. *Die Kölner Ausbürger. Untersuchungen zur Politik und Verfassung der Stadt Köln von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts*. Diss., *Rheinisches Archiv 84*. Bonn, 1973.
- Dorner, Friedrich. *Die Steuern Nördlingens zu Ausgang des Mittelalters*. Diss. München, 1905.
- Dörner, Gerald. *Kirche, Klerus und kirchliches Leben in Zürich von der Brunschen Revolution (1336) bis zur Reformation (1523)*, *Studien zur Literatur- und Kulturgeschichte 10*. Münster, 1996.
- Ebel, Wilhelm. *Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts*. Weimar, 1958.

- Ebeling, Hans-Heinrich. "'De Jodden, de hyr wonhafftich syn ...'. Judenschutz und Judenpolitik des Braunschweiger Rats im Spätmittelalter zwischen Pestverfolgung und Vertreibung 1350-1546." In *Rat und Verfassung im mittelalterlichen Braunschweig*, edited by Manfred R.W. Garzmann. Braunschweig, 1986.
- . *Die Juden in Braunschweig. Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen der Jüdischen Gemeinde bis zur Emanzipation (1282-1848)*, Braunschweiger Werkstücke, Reihe A, Band 22. Braunschweig, 1987.
- Ebert, H. Konrad. *Die Lodweberei in der Reichsstadt Nördlingen*. Diss. München, 1919.
- Eitel, Peter. "Die oberschwäbischen Reichsstädte im ausgehenden Mittelalter - eine Skizze ihrer Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur." *Ulm und Oberschwaben* 39 (1970): S. 9-25.
- . *Die oberschwäbischen Reichsstädte im Zeitalter der Zunftherrschaft. Untersuchungen zu ihrer politischen und sozialen Struktur unter besonderer Berücksichtigung der Städte Lindau, Memmingen, Ravensburg und Ueberlingen.*, Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde. Stuttgart, 1970.
- Elsener, F. "Der eidgenössische Pfaffenbrief von 1370." *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonische Abteilung* 44 (1958): 104-180.
- Engels, Renate. "Topografie des jüdischen Speyer im Mittelalter." In *Europas Juden im Mittelalter. Ausstellungskatalog*, edited by Historisches Museum der Pfalz., 69-81. Speyer, 2004.
- Ennen, Edith. "Die Forschungsproblematik Bürger und Stadt - von der Terminologie her gesehen." In *Ueber Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittelalter: Bericht über Kolloquien der Kommission zur Erforschung der Kultur des Spätmittelalters 1975 bis 1977*, edited by Josef Fleckenstein, 9-26. Göttingen, 1980.
- Erler, Adelbert. *Bürgerrecht und Steuerpflicht im mittelalterlichen Städtewesen, mit besonderer Untersuchung des Steuereides*. Frankfurt a.M., 1939.
- Esch, Arnold. "Ueberlieferungs-Chance und Ueberlieferungs-Zufall als methodisches Problem des Historikers." *Historische Zeitschrift* 240 (1985): 529-570.
- Escher, Monika, Alfred Haverkamp, and Frank G. Hirschmann. "Städtelandschaft - Städtetz - zentralörtliches Gefüge. Einleitung." In *Städtelandschaft - Städtetz - zentralörtliches Gefüge. Ansätze und Befunde zur Geschichte der Städte im hohen und späten Mittelalter*, edited by Monika Escher, Alfred Haverkamp, Frank G. Hirschmann, 9-54. Mainz, 2000.
- Esser, Reingard. "Historische Semantik." In *Kompass der Geschichtswissenschaft, ein Handbuch*, edited by Joachim Eibach, Günther Lottes, S. 281-293. Göttingen, 2002.
- Eugster, Erwin. "Die Entwicklung zum kommunalen Territorialstaat." In *Geschichte des Kantons Zürich Band I: Frühzeit bis Spätmittelalter*, 299-365. Zürich, 1995.
- Fahlbusch, Otto. *Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig seit dem grossen Aufstande im Jahre 1374 bis zum Jahre 1425.*, Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte. Breslau, 1913.
- Feger, Otto. *Das Rote Buch*. Konstanz, 1949.

- . "Vergleichende Betrachtungen zur Finanzgeschichte von Konstanz und Basel." In *Finances et comptabilités urbaines du XIIIe au XVIe siècle.*, 222-235. Handelingen, Brüssel, 1964.
- . *Vom Richtebrief zum roten Buch. Die ältere Konstanzer Ratsgesetzgebung, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen* 7. Konstanz, 1955.
- . "Zur Konstanzer Finanzgeschichte im Spätmittelalter." *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 111 (1963): 177-239.
- Finsterwalder, Paul Willem, ed. *Colmarer Stadtrechte, Bd. 1, Oberrheinische Stadtrechte. Dritte Abteilung: Elsässische Rechte: Elsässische Stadtrechte, Bd. 3.* Heidelberg, 1938.
- Fischer, Herbert. *Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des dreizehnten Jahrhunderts, Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte* 140. Breslau, 1931.
- Flügel, Wolfgang. "Tagungsbericht zur Sektion Räume und Grenzen. Traditionen und Konzepte der Landesgeschichte am Historikertag in Kiel 2004." <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=441>, 2004.
- Fouquet, Gerhard. "'Ad structuram civitatis': Der öffentliche Baubetrieb Hamburgs und die Errichtung von Mühlen- und Schleusenanlagen in Fuhlsbüttel während der Jahre 1465/87." In *Oeffentliches Bauen in Mittelalter und Früher Neuzeit. Abrechnungen als Quellen für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Bauwesens*, edited by Ulf Dirlmeier, Rainer S. Elkar, Gerhard Fouquet, 206-292. St. Katharinen, 1991.
- Frank, Heinrich. *Steuern im Mittelalter. Weltliche und kirchliche Geld-, Sach- und Arbeitsleistungen, besonders in Freiburg i. Ue. Diss.* Freiburg im Uechtland, 1995.
- Frey, Walter. *Beiträge zur Finanzgeschichte Zürichs im Mittelalter.* Zürich, 1910.
- Gény, Joseph, ed. *Schlettstadter Stadtrechte, Bd. 2, Oberrheinische Stadtrechte. Dritte Abteilung: Elsässische Rechte, Bd. 1.* Heidelberg, 1902.
- Gerber, Roland. "Die Einbürgerungsfrequenzen der Städte Freiburg im Uechtland, Konstanz und Luzern im späten Mittelalter." (1995): 96-104.
- . *Gott ist Burger zu Bern: Eine spätmittelalterliche Stadtgesellschaft zwischen Herrschaftsbildung und sozialem Ausgleich, Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte* 39. Weimar, 2001.
- . *Oeffentliches Bauen im mittelalterlichen Bern. Verwaltungs- und finanzgeschichtliche Untersuchung über das Bauherrenamt der Stadt Bern 1300 bis 1550, Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern* 77. Bern, 1994.
- Geuenich, Dieter. "Was sind eigentlich 'Stadtbücher'? Versuch einer Definition." In *Stadtbücher als namenkundliche Quelle*, edited by Friedhelm Debus, 17-29. Stuttgart, 2000.
- Gilomen, Hans-Jörg. "Anleihen und Steuern in der Finanzwirtschaft spätmittelalterlicher Städte. Option bei drohendem Dissens." In *Staatsfinanzierung und Sozialkonflikte (14.-20. Jh.)*, edited by Sébastien Guex, Martin Körner, Jakob Tanner, 137-158. Zürich, 1994.

- . "Aufnahme und Vertreibung von Juden in Schweizer Städten im Spätmittelalter." In *Migration in die Städte. Ausschluss - Assimilierung - Integration - Multikulturalität*, edited by Hans-Jörg Gilomen, Anne-Lise Head-König, Anne Radeff, S. 93-120. Zürich, 2000.
- . "Die städtische Schuld Berns und der Basler Rentenmarkt im 15. Jahrhundert." *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 82 (1982): 5-64.
- . "Innere Verhältnisse der Stadt Zürich 1300-1500." In *Geschichte des Kantons Zürich Band1: Frühzeit bis Spätmittelalter*, 336-389. Zürich, 1995.
- . "Kirchliche Theorie und Wirtschaftspraxis. Der Streit um die Basler Wucherpredigt des Johannes Mulberg." *Itinera* 4 (1985): 34-62.
- . "Renten und Grundbesitz in der Toten Hand. Realwirtschaftliche Probleme der Jenseitsökonomie." In *Himmel, Hölle, Fegefeuer. Das Jenseits im Mittelalter. Eine Ausstellung des Schweizerischen Landesmuseums in Zusammenarbeit mit dem Schnütgen-Museum und der Mittelalterabteilung des Wallraf-Richartz-Museum der Stadt Köln*, edited by Gesellschaft für das Schweizerische Landesmuseum, 135-149. Zürich, 1994.
- . "Spätmittelalterliche Siedlungssegregation und Ghettoisierung, insbesondere im Gebiet der heutigen Schweiz." In *Stadt- und Landmauern. Band 3: Abgrenzungen - Ausgrenzungen in der Stadt und um die Stadt*, S. 85-106. Zürich, 1999.
- . "Städtische Sondergruppen im Bürgerrecht." *Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft* 29 (2002): 125-168.
- . "Wucher und Wirtschaft im Mittelalter." *Historische Zeitschrift* 250 (1990): 265-301.
- Ginsburger, M. "Die Juden in Basel." *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 8 (1909): 315-436.
- Goetz, Hans-Werner, ed. *Moderne Mediävistik*. Darmstadt, 1999.
- Göttmann, Frank. *Die Frankfurter Bäckerzunft im späten Mittelalter. Aufbau und Aufgaben städtischer Handwerksgenossenschaften, Studien zur Frankfurter Geschichte, Heft 10*. Frankfurt a.M., 1975.
- Graf, Klaus. "Das "Land" Schwaben im späten Mittelalter." *Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft* 14 (1992): 127-164.
- Graus, Frantisek. "Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt." In *Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt*, edited by A. K. Zatloukal Ebenbauer, 53-65. Wien, 1991.
- . "Historische Traditionen über Juden im Spätmittelalter (Mitteleuropa)." In *Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, edited by Alfred Haverkamp, S. 1-26. Stuttgart, 1981.
- . *Pest - Geissler - Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte* 86. Göttingen, 1994.
- . "Verfassungsgeschichte des Mittelalters." *Historische Zeitschrift* 243 (1986): S. 529-589.

- Groebener, Valentin. *Gefährliche Geschenke. Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit, Konflikte und Kultur - Historische Perspektiven 3*. Konstanz, 2000.
- Grünfeld, Richard. *Ein Gang durch die Geschichte der Juden in Augsburg*. Augsburg, 1917.
- Gubler, Kaspar. "... und ist gnad beschehen". *Strafpraxis am Schaffhauser Vogtgericht 1477-1504. Lizentiatsarbeit Universität Zürich*. Zürich, 2001.
- Guggenheim, Yacov. "Die jüdische Gemeinde, Gesellschaft und Kultur." In *Germania Judaica 3 (1350-1519)*. 3. Teilband: *Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices*, edited by Arye Maimon, Yacov Guggenheim, 2079-2138. Tübingen, 2002.
- . "A suis paribus et non aliis iudicentur: jüdische Gerichtsbarkeit, ihre Kontrolle durch die christliche Herrschaft und die obersten rabi gemeiner Judenschaft im heiligen Reich." In *Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturträumlich vergleichender Betrachtung von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert*, edited by Christoph Cluse, 405-439. Trier, 2003.
- Guggenheim-Grünberg, Florence. *Judenschicksale und "Judenschuol" im mittelalterlichen Zürich, Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Heft 8*. Zürich, 1967.
- Guth, Nadia. *Die Stellung der jüdischen Frau im Spätmittelalter. Eine Auswertung der Responsen des Rabbi Meir aus Rothenburg und von Quellen aus Basel und Zürich. Lizentiatsarbeit Basel masch.* Basel, 1983.
- Harder, Hans Wilhelm. "Ansiedelung, Leben und Schicksale der Juden in Schaffhausen." *Beiträge zur vaterländischen Geschichte 1* (1863): 33-70.
- Harms, Bernhard, ed. *Der Stadthaushalt Basels im ausgehenden Mittelalter: Erste Abteilung: Die Jahresrechnungen 1360-1535, Bd. 1: Die Einnahmen, Quellen und Studien zur Basler Finanzgeschichte*.
- Haverkamp, Alfred. "'Concivilitas' von Christen und Juden in Aschkenas." In *Jüdische Gemeinden und Organisationsformen von der Antike bis zur Gegenwart*, edited by Robert Jütte, A. Kustermann, S. 91-101. Wien-Köln-Weimar, 1996.
- . "Die 'frühbürgerliche' Welt im hohen und späten Mittelalter. Landesgeschichte und Geschichte der städtischen Gesellschaft." *Historische Zeitschrift 221* (1975): S. 571-602.
- . "Die Juden im mittelalterlichen Trier." *Kurtrierisches Jahrbuch 19* (1979): 5-57.
- . "Die Judenverfolgungen zur Zeit des Schwarzen Todes im Gesellschaftsgefüge deutscher Städte." In *Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, edited by Alfred Haverkamp, S. 27-93. Stuttgart, 1981.
- . "Einführung: Konzeption und Forschungsstand, Theorien und Begriffe." In *Jüdische Gemeinden und ihr christlicher Kontext in kulturträumlich vergleichender Betrachtung (5.-18. Jahrhundert)*. *Internationale Konferenz an der Universität Trier 1999*, edited by Christoph Cluse. Trier, 2002.

- . "The Jewish Quarters in German Towns during the Late Middle Ages." In *In and Out of the Ghetto. Jewish-Gentile Relations in Late Medieval and Early Modern Germany*, edited by Ronnie Po-chia Hsia, Hartmut Lehmann, 13-28. Cambridge, 1995.
- , ed. *Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk, Forschungen zur Geschichte der Juden, Abteilung A: Abhandlungen 14:2*. Hannover, 2002.
- Heimpel, Hermann. "Der Benediktiner und Kanonist Niklaus Vener aus Gmünd." *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonische Abteilung* 53 (1967): 46-67.
- Heinig, Paul-Joachim. *Reichsstädte, Freie Städte und Königtum 1389-1450. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte*. Wiesbaden, 1983.
- Heit, Alfred. "Raum - Zum Erscheinungsbild eines geschichtlichen Grundbegriffs." In *Gegenwart in Vergangenheit: Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neueren und Neuesten Zeit; Festgabe für Friedrich Prinz zu seinem 65. Geburtstag*, edited by Georg Jenal, 369-390. München, 1993.
- Hildbrand, Thomas. "Quellenkritik in der Zeitdimension - Vom Umgang mit Schriftgut. Anmerkungen zur theoretischen Grundlegung einer Analyse von prozesshaft bedeutungsvollem Schriftgut mit zwei Beispielen aus der mittelalterlichen Ostschweiz." *Frühmittelalterliche Studien* 29 (1995): 349-389.
- Hofacker, Hans-Georg. *Die schwäbischen Reichslandvogteien im späten Mittelalter, Spätmittelalter und Frühe Neuzeit. Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung* 8. Stuttgart, 1980.
- Holbach, Rudolf. *Stiftsgeistlichkeit im Spannungsfeld von Kirche und Welt. Studien zur Geschichte des Trierer Domkapitels und Domklerus im Spätmittelalter. Teil 1, Trierer Historische Forschungen* 2. Trier, 1982.
- Holzt, Eberhard. *Reichsstädte und Zentralgewalt unter König Wenzel 1376-1400, Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit* 4. Warendorf, 1993.
- Hörburger, Hortense. *Judenvertreibungen im Spätmittelalter. Am Beispiel Esslingen und Konstanz, Campus Forschung* 237. Frankfurt/New York, 1986.
- Horsch, Friedrich. *Die Konstanzer Zünfte in der Zeit der Zunftbewegung bis 1430 unter besonderer Berücksichtigung des Zunftbuches und der Zunftbriefe, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen* 23. Sigmaringen, 1979.
- Hürlimann, Katja. *Soziale Beziehungen im Dorf. Aspekte dörflicher Soziabilität in den Landvogteien Greifensee und Kyburg um 1500*. Zürich, 2000.
- Irsigler, Franz. "Juden und Lombarden am Niederrhein im 14. Jahrhundert." In *Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, edited by Alfred Haverkamp, S. 122-162. Stuttgart, 1981.
- . "Raumkonzepte in der historischen Forschung." In *Zwischen Gallia und Germania, Frankreich und Deutschland. Konstanz und Wandel raumbestimmender Kräfte*, edited by Alfred Heit, u.a., 11-28. Trier, 1987.
- Isenmann, Eberhard. "Bürgerrecht und Bürgeraufnahme in der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in*

- der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, edited by Rainer C. Schwinges, 203-249. Berlin, 2002.
- . *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter. 1250-1500*. Stuttgart, 1989.
- . "Reichsfinanzen und Reichssteuern im 15. Jahrhundert." *Zeitschrift für historische Forschung* 7 (1980): 1-76, 129-218.
- . "Steuern und Abgaben." In *Germania Judaica 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices*, edited by Arye Maimon, Yacov Guggenheim, 2208-2281. Tübingen, 2003.
- Joos, Edi. "Die Unruhen der Stadt Konstanz 1300-1450." *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 116, NF 77 (1968): 31-58.
- Jussen, Bernhard. "Introduction." In *Ordering Medieval Society: Perspectives on Intellectual and Practical Modes of Shaping Social Relations*, edited by Bernhard Jussen, S. 1-14. Philadelphia, 2001.
- . "Künstliche und natürliche Verwandtschaft? Biologismen in der kulturwissenschaftlichen Konzepten von Verwandtschaft." In *Das Individuum und die Seinen: Individualität in der okzidentalen und in der russischen Kultur in Mittelalter und früher Neuzeit*, edited by Yuri Bessmertny, Otto Gerhard Oexle, 39-58. Göttingen, 2001.
- Kalesse, Claudia. *Bürger in Augsburg: Studien über Bürgerrecht, Neubürger und Bürgen anhand des Augsburger Bürgerrechtsbuchs I (1288-1497), Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg* 37. Augsburg, 2001.
- Keil, Martha. "Geschäftserfolg und Steuerschulden. Jüdische Frauen in österreichischen Städten des Spätmittelalters." In *Frauen in der Stadt*, edited by Günther Hödl, Fritz Mayrhofer u.a., 37-62. Linz, 2003.
- . "'und sie gibt Nahrung ihrem Haus'. Jüdische Geschäftsfrauen im spätmittelalterlichen Aschkenas." In *Juden in Europa*, 83-97. Frankfurt a.M., 2003.
- Keller, Hagen. "Die Veränderung gesellschaftlichen Handelns und die Verschriftlichung der Administration in den italienischen Stadtkommunen." In *Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter. Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen*, edited by Hagen u.a. Keller, 21-35. München, 1992.
- Keller, Hagen, Thomas Behrmann. *Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung, Münstersche Mittelalter-Schriften* 68. München, 1995.
- Keller-Escher, C. "Das Steuerwesen der Stadt Zürich im XIII., XIII. und XV. Jahrhundert. Ein Beitrag zur mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte Zürichs." *Neujahrsblatt zum Besten des Waisenhauses in Zürich für 1904* 67 (1904).
- Kerler, Dietrich. "Zur Geschichte der Besteuerung der Juden durch Kaiser Sigmund und König Albrecht II." *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 3 (1889): 1-13, 107-129.
- Kiessling, Rolf. *Bürgerliche Gesellschaft und Kirche in Augsburg im Spätmittelalter. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der spätmittelalterlichen Stadt Augsburg, Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg* 19. Augsburg, 1971.

- . *Die Stadt und ihr Land: Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert*, Städteforschung, Reihe 4 29. Köln, Wien, 1989.
- . "Die Zentralitätstheorie und andere Modelle zum Stadt-Land-Verhältnis." In *Zentren. Ausstrahlung, Einzugsbereich und Anziehungskraft von Städten und Siedlungen zwischen Rhein und Alpen*, edited by Hans-Jörg Gilomen, Martina Stercken, 17-40. Zürich, 2001.
- . "Städtebünde und Städtelandschaften im oberdeutschen Raum. Ostschwaben und Altbayern im Vergleich." In *Städtelandschaft - Städtenetz - zentralörtliches Gefüge. Ansätze und Befunde zur Geschichte der Städte im hohen und späten Mittelalter*, edited by Frank G. Hirschmann. Mainz, 2000.
- . "Umlandpolitik im Spiegel städtischer Einbürgerungen während des späten Mittelalters." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, edited by Rainer C. Schwinges, 289-315. Berlin, 2002.
- Kirchgässner, Bernhard. *Das Steuerwesen der Reichsstadt Konstanz 1418-1460, Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen* 10. Konstanz, 1960.
- . *Wirtschaft und Bevölkerung der Reichsstadt Esslingen im Spätmittelalter nach den Steuerbüchern von 1360 bis 1460, Esslinger Studien* 9. Esslingen, 1964.
- . "Zur Frühgeschichte des modernen Haushalts. Vor allem nach den Quellen der Reichsstädte Esslingen und Konstanz." In *Städtisches Haushalts- und Rechnungswesen*, edited by E. Maschke, J. Sydow, 9-42. Sigmaringen, 1977.
- Kisch, Guido. *Ausgewählte Schriften: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters*. Sigmaringen, 1954.
- . *Ausgewählte Schriften: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters. Bd. 1*. Sigmaringen, 1978.
- Klee, Doris. "Das St. Galler Säckelamtsbuch von 1419 als sozialgeschichtliche Quelle." *Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung. Heft 120* (2002): 105-129.
- Knipping, Richard, ed. *Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters mit einer Darstellung der Finanzverwaltung. Erster Band: Die Einnahmen und die Entwicklung der Staatsschuld*. Bonn, 1897.
- , ed. *Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters mit einer Darstellung der Finanzverwaltung. Zweiter Band: Die Ausgaben*. Kölner Stadtrechnungen 2 ed. Bonn, 1898.
- Kober, Adolf. "Vier Generationen einer jüdischen Familie am Rhein um 1400." In *Festschrift Dr. Jakob Freimann zum 70. Geburtstag*, 106-118. Berlin, 1937.
- Köbler, Gerhard. "Civis und verwandte Begriffe im Spiegel niederdeutscher Stadtrechtsquellen." In *Ueber Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittelalter: Bericht über Kolloquien der Kommission zur Erforschung der Kultur des Spätmittelalters 1975 bis 1977*, edited by Josef Fleckenstein, 27-41. Göttingen, 1980.

- Koch, Bruno. "Integration von Neubürgern in die Städte des späten Mittelalters." In *Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel*, edited by Matthias Beer, Martin Kintzinger und Marita Krauss, S. 75-85. Stuttgart, 1997.
- . *Neubürger in Zürich. Migration und Integration im Spätmittelalter, Forschungen zur Mittelalterlichen Geschichte 40*. Weimar, 2002.
- Koch, Petra. "Die Archivierung kommunaler Bücher in den ober- und mittelitalienischen Städten im 13. und frühen 14. Jahrhundert." In *Kommunales Schriftgut in Oberitalien. Formen, Funktionen, Ueberlieferung*, edited by Keller u.a. Hagen, 19-70. München, 1995.
- Koller, Heinrich. "Zur Reformpolitik Kaiser Sigismunds." In *Sigismund von Luxemburg, Kaiser und König in Mitteleuropa: 1387-1437*, edited by Josef Macek, 17-25. Warendorf, 1994.
- Körner, Martin. *Luzerner Staatsfinanzen 1415-1798. Strukturen, Wachstum, Konjunkturen, Luzerner Historische Veröffentlichungen 13*. Luzern-Stuttgart, 1981.
- Kosche, Rosmarie. *Studien zur Geschichte der Juden zwischen Rhein und Weser im Spätmittelalter, Forschungen zur Geschichte der Juden A 15*. Trier, 2002.
- Koselleck, Reinhart. "Einleitung." In *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1.*, edited by Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, S. XIII-XXVII. Stuttgart, 1972.
- Kracauer, Isidor. "Die Geschichte der Judengasse in Frankfurt am Main." *Philanthropin* (1904): 20-30.
- . *Geschichte der Juden in Frankfurt*.
- , ed. *Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150- 1400*. Frankfurt a.M., 1914.
- Kreil, Dieter. *Der Stadthaushalt von Schwäbisch Hall im 15./16. Jahrhundert, Forschungen aus Württembergisch Franken 1*. Schwäbisch Hall, 1967.
- Kudorfer, Dieter, ed. *Nördlingen, Historischer Atlas von Bayern, Teil Schwaben, Heft 8*. München, 1974.
- Kuske, Bruno. "Das Schuldenwesen der deutschen Städte im Mittelalter." *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Ergänzungsheft XII*. (1904).
- . "Die Entstehung der Kreditwirtschaft und des Kapitalverkehrs." In *Köln, der Rhein und das Reich. Beiträge aus fünf Jahrzehnten wirtschaftsgeschichtlicher Forschung*, edited by Bruno Kuske, 48-137. Köln/Graz, 1956.
- Landolt, Oliver. "Der Finanzhaushalt der Stadt Schaffhausen im Spätmittelalter." In *Staatsfinanzierung und Sozialkonflikte (14.-20. Jh.)*, edited by Sébastien Guex, Martin Körner, Jakob Tanner, 41-53. Zürich, 1994.
- . *Der Finanzhaushalt Schaffhausens im Spätmittelalter. Diss.* Zürich, 1998.
- . "'Wie die juden zuo Diessenhofen ein armen knaben ermurtend, und wie es inen gieng.'" Ritualmordvorwürfe und die Judenverfolgungen von 1401." *Beiträge zur vaterländischen Geschichte 73* (1996): 161-194.

- . "Zur zeitlichen Belastung von städtischen Ratsherren und anderen politischen Führungsschichten im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit." In *Freizeit und Vergnügen - 14. - 20. Jahrhundert*. Zürich, erscheint 2005.
- . "Zur zeitlichen Belastung von städtischen Ratsherren und anderen politischen Führungsschichten im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit." In *Freizeit und Vergnügen - 14. - 20. Jahrhundert*, edited by Hans-Jörg Gilomen, Beatrice Schumacher, Laurent Tissot. Zürich, 2005.
- Largiadère, Anton. *Geschichte von Stadt und Landschaft Zürich. Band 1*. Zürich, 1945.
- Lau, Friedrich. *Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung der Stadt Köln bis zum Jahre 1396*. Bonn, 1898.
- Leisi, Ernst, ed. *Thurgauisches Urkundenbuch, Band 6, 1359-1375*. Frauenfeld, 1950.
- , ed. *Thurgauisches Urkundenbuch, Band 7, 1376-1390*. Frauenfeld, 1958.
- , ed. *Thurgauisches Urkundenbuch, Band 8, 1391-1400*. Frauenfeld, 1967.
- Lohrmann, Klaus. "Bemerkungen zum Problem "Jude und Bürger"." In *Juden in der Stadt*, edited by Fritz Mayerhofer, Ferdinand Oppl, 145-165. Linz, 1999.
- Lotter, Friedrich. "Die Judenverfolgung des "König Rintfleisch" in Franken um 1298. Die endgültige Wende in den christlich-jüdischen Beziehungen im Deutschen Reich des Mittelalters." *Zeitschrift für historische Forschung* 15 (1988): 385-422.
- Löwenstein, Ludwig. *Geschichte der Juden am Bodensee und Umgebung*, 1879.
- Mack, Eugen. *Die kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland seit der Dekretalengesetzgebung, Kirchenrechtliche Abhandlungen* 88. Stuttgart, 1916.
- Magin, Christine. "'Waffenrecht" und Waffenverbot" für Juden im Mittelalter." *Aschkenas* 13:1 (2003): S. 17-34.
- . "Wie es umb der iuden recht stet". *Der Status der Juden in spätmittelalterlichen deutschen Rechtsbüchern*. Münster, 1999.
- Maimon, Arye, Yacov Guggenheim, ed. *Germania Judaica 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, Germania Judaica*. Tübingen, 2002.
- Malamud, Sybille. *Die Ächtung des "Bösen". Frauen vor dem Zürcher Ratsgericht im späten Mittelalter (1400-1500)*. Zürich, 2003.
- Malamud, Sybille, Pascale Sutter. "Die Betreibungs- oder Eingewinnungsverfahren der Stadt Zürich im Spätmittelalter." Zürich, 1999.
- Mann, Julius. *Die Kirchenpolitik der Stadt Strassburg am Ausgang des Mittelalters*. Strassburg, 1914.
- Marchal, Guy P. "Pfahlburger, bourgeois forains, buitenpoorters, bourgeois du roi: Aspekte einer zweideutigen Rechtsstellung." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, edited by Rainer C. Schwinges, 333-367. Berlin, 2002.

- Maschke, Erich. *Die Familie in der deutschen Stadt des späten Mittelalters, Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist.- Klasse 4*. Heidelberg, 1980.
- Maurer, Helmut. *Konstanz im Mittelalter, Band I*. Konstanz, 1989.
- . *Konstanz im Mittelalter. Band II. Vom Konzil bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts*. Konstanz, 1996(2).
- . *Schweizer und Schwaben. Ihre Begegnung und ihr Auseinanderleben am Bodensee im Spätmittelalter*. Konstanz, 1991.
- Meier, Ulrich. "Gemeinnutz und Vaterlandsliebe. Kontroversen über die normativen Grundlagen des Bürgerbegriffs im späten Mittelalter." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, 53-82. Berlin, 2002.
- . "Konsens und Kontrolle. Der Zusammenhang von Bürgerrecht und politischer Partizipation im spätmittelalterlichen Florenz." In *Stadtregiment und Bürgerfreiheit*, edited by Klaus Schreiner, Ulrich Meier, 147-187. Göttingen, 1994.
- . *Mensch und Bürger. Die Stadt im Denken spätmittelalterlicher Theologen, Philosophen und Juristen*. München, 1994.
- Meier, Urs. *Kreditgeschäfte im spätmittelalterlichen Zürich. Auswertung der Eingewinnerverzeichnisse zwischen 1400 und 1405*. Zürich, 1997.
- Menczel, J. S. *Beiträge zur Geschichte der Juden von Mainz im XV. Jahrhundert. Eine quellenkritische Untersuchung mit Quellenabdruck*. Berlin, 1932.
- . *Beiträge zur Geschichte der Juden von Mainz im XV. Jahrhundert. Eine quellenkritische Untersuchung mit Quellenabdruck*. Berlin, 1933.
- Mentgen, Gerd. "Herausragende jüdische Finanziers im mittelalterlichen Strassburg." In *Hochfinanz im Westen des Reiches: 1150-1500*, edited by Friedhelm Burgard, Haverkamp, Alfred, u.a., 75-100. Trier, 1996.
- . *Judenbücher*. [Internet]. <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/geschichte/haverkamp/amigj/judenbuch/tagumen.pdf>, 2003 [cited.
- . *Studien zur Geschichte der Juden im mittelalterlichen Elsass*. Edited by u.a. Helmut Castritius, *Forschungen zur Geschichte der Juden. Abteilung A: Abhandlungen, Band 2*. Hannover, 1995.
- Meyer, Christian. "Urkundenbuch der Stadt Augsburg, Band 2." (1878).
- , ed. *Das Stadtbuch von Augsburg, insbesondere das Stadtrecht von 1276 nach der Originalhandschrift zum ersten Male herausgegeben und erläutert*. Augsburg, 1872.
- Mitterauer, Michael. "Familie und Arbeitsorganisation in städtischen Gesellschaften des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit." In *Haus und Familie in der spätmittelalterlichen Stadt*, edited by Alfred Haverkamp, 1-36. Köln, 1984.
- Moeller, Bernd. "Kleriker als Bürger." In *Festschrift für Hermann Heimpel, Band II*, 195-224. Göttingen, 1972.

- Mollwo, C., ed. *Das Rote Buch der Stadt Ulm, Württembergische Geschichtsquellen* 8. Württemberg?, 1905.
- Mommsen, Karl. "Schaffhausen unter Oesterreichischer Pfandschaft." In *Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert. Entwicklungen und Funktionen*, edited by Wilhelm Rausch, 361-378. Linz, 1972.
- Möncke, Gisela. *Bischofsstadt und Reichsstadt, ein Beitrag zur mittelalterlichen Stadtverfassung von Augsburg, Konstanz und Basel*. Diss. Berlin, 1970.
- Mörke, Olaf. "Integration und Desintegration. Kirche und Stadtentwicklung in Deutschland vom 14. bis ins 17. Jahrhundert." In *La Ville, la bourgeoisie et la genèse de l'Etat Moderne*, 210-230. Paris, 1988.
- Müller, Arndt. *Geschichte der Juden in Nürnberg 1146-1945, Beiträge zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg* 12. Nürnberg, 1968.
- Müller, Jörg. "Tagungsbericht zur Sektion: Juden und Räume am Historikertag in Kiel 2004." http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=458&sort=datum&order=down&search=Juden+und+R%E4ume++J%F6rg+M%FCller&segment_ignore=128, 2004.
- Müller, Jörg R. "Einführung." In *Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Teil 1*, edited by Alfred Haverkamp, 9-30. Hannover, 2002.
- . "Siedlungsgeschichte der Juden im schwäbischen Raum." In *Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Teil 1*, edited by Alfred Haverkamp, S. 99-127. Hannover, 2002.
- Müller, Karl Otto. "Das Bürgerrecht in den oberschwäbischen Reichsstädten." *Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte* 25 (1916): 163-192.
- . *Die oberschwäbischen Reichsstädte, ihre Entstehung und ältere Verfassung*. Stuttgart, 1912.
- , ed. *Nördlinger Stadtrechte des Mittelalters, Bayerische Rechtsquellen* 2. München, 1933.
- Müller, Ludwig. "Aus fünf Jahrhunderten. Beiträge zur Geschichte der jüdischen Gemeinden im Riess." *Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg* 25 (1896): S. 1-182.
- Mütschele, Sabine. *Juden in Augsburg 1212-1440*. Stuttgart, 1996.
- Natale, H. *Das Verhältnis des Klerus zur Stadtgemeinde im spätmittelalterlichen Frankfurt*. Frankfurt, 1957.
- Niederhäuser, Peter. "Die Juden in der Kleinstadt: Das spätmittelalterliche Winterthur." In *Geschichte der Juden im Kanton Zürich*, 2004.
- Nuglisch, A. "Die Entwicklung des Reichtums in Konstanz von 1388-1550." *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* (1906): 363-371.
- Oexle, Otto Gerhard. "Kulturwissenschaftliche Reflexionen über soziale Gruppen in der mittelalterlichen Gesellschaft: Tönnies, Simmel, Durkheim und Max Weber." In *Die okzi-*

- dentale Stadt nach Max Weber: zum Problem der Zugehörigkeit in Antike und Mittelalter*, edited by Christian Meier, 115-160, 1994.
- . "Soziale Gruppen in der Ständegesellschaft: Lebensformen des Mittelalters und ihre historischen Wirkungen." In *Die Repräsentation der Gruppen*, edited by Otto Gerhard Oexle, S. 9-44. Göttingen, 1998.
- Ohlau, Jürgen Uwe. *Der Haushalt der Reichsstadt Rothenburg o.T. in seiner Abhängigkeit von Bevölkerungsstruktur, Verwaltung und Territorienbildung (1350-1450)*, Diss. Erlangen, 1965.
- Opitz, Claudia. "Frauenalltag im Spätmittelalter (1250 - 1500)." In *Geschichte der Frauen, Band 2 Mittelalter*, edited by Georges Duby, Christiane Klapisch-Zuber, Michelle Perrot, S. 282-. Frankfurt a.M. / New York, 1993.
- Overdick, Renate. *Die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Juden in Südwestdeutschland im 15. und 16. Jahrhundert, dargestellt an den Reichsstädten Konstanz und Esslingen und an der Markgrafschaft Baden*. Konstanz, 1965.
- Patschovsky, Alexander. "Das Rechtsverhältnis der Juden zum deutschen König (9.-14. Jahrhundert)." *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Germ. Abteilung* 110 (1993): S. 331-371.
- Patze, Hans. "Neue Typen des Geschäftsschriftgutes im 14. Jahrhundert." In *Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert Bd. 1*, edited by Hans Patze, 9-64. Sigmaringen, 1970.
- Pitz, Ernst. *Schrift- und Aktenwesen der städtischen Verwaltung im Spätmittelalter, Köln - Nürnberg - Lübeck. Ein Beitrag zur vergleichenden Städteforschung und zur spätmittelalterlichen Aktenkunde*. Köln, 1959.
- Portmann, Urs. *Bürgerschaft im mittelalterlichen Freiburg. Sozialtopographische Auswertung zum ersten Bürgerbuch 1341-1416*, *Historische Schriften der Universität Freiburg Schweiz* 11. Freiburg, 1986.
- Pucher, Karl, Gustav Wulz, ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1233-1349*. Edited by Schwäbische Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für bayrische Landesgeschichte, *Veröffentlichungen Reihe 2 Urkundenregesten* 1. Augsburg, 1952.
- , ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1350-1399*. Augsburg, 1956.
- Rabe, Horst. *Der Rat der niederschwäbischen Reichsstädte. Rechtsgeschichtliche Untersuchung über die Ratsverfassung der Reichsstädte Niederschwabens bis zum Ausgang der Zunftbewegung im Rahmen der oberdeutschen Reichs- und Bischofsstädte*. Köln/Graz, 1966.
- . "Stadt und Stadtherrschaft im 14. Jahrhundert. Die schwäbischen Reichsstädte." In *Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert. Entwicklungen und Funktionen*, edited by Wilhelm Rausch, 302-318. Linz, 1972.
- Raiser, Elisabeth. *Städtische Territorialpolitik im Mittelalter. Eine vergleichende Untersuchung ihrer verschiedenen Formen am Beispiel Lübecks und Zürichs*. Diss., *Historische Studien, Heft 406*. Lübeck und Hamburg, 1969.

- Ranft, Andreas. *Der Basishaushalt der Stadt Lüneburg in der Mitte des 15. Jahrhunderts. Zur Struktur der städtischen Finanzen im Spätmittelalter*, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 13. Göttingen, 1987.
- Reichert, Winfried. "Juden und Lombarden im Maas-Rheingebiet während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts: Siedlungsgefüge und Raumerfassung im Vergleich." In *In Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Teil 1*, edited by Alfred Haverkamp, 9-30. Hannover, 2002.
- Reitze, Thomas. "Die Seckelmeisterrechnungen der Stadt Solothurn im 15. Jahrhundert. Liz an der Universität Zürich 1996." Solothurn, 1997.
- Rippmann, Dorothee. "Frauen in Wirtschaft und Alltag des Spätmittelalters. Aufzeichnungen des Kaufmanns Ulrich Meltinger." In *Eine Stadt der Frauen: Studien und Quellen zur Geschichte der Baslerinnen im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit (13. -17. Jahrhundert)*, edited by Heide Wunder, 99-120. Basel, 1995.
- . "'Frauenwerk' und Männerarbeit. Formen von Leben und Arbeiten im Spätmittelalter." In *Arbeit im Wandel. Organisation und Herrschaft von Mittelalter bis zur Gegenwart*, edited by Ulrich Pfister, Brigitte Studer u.a., 25-48. Zürich, 1996.
- Rogge, Jörg. "Ir freye wale zu haben: Möglichkeiten, Probleme und Grenzen der politischen Partizipation in Augsburg zur Zeit der Zunftverfassung (1368-1548)." In *Stadtregiment und Bürgerfreiheit. Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, edited by Klaus Schreiner, Ulrich Meier, S. 244-277. Göttingen, 1994.
- Rösel, Isert. *Die Reichssteuern der deutschen Judengemeinden von ihren Anfängen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts*. Berlin, 1910.
- Rosen, Josef. "Der Kapitalverkehr der Stadt Basel im Mittelalter." In *Finanzgeschichte Basels im späten Mittelalter. Gesammelte Beiträge 1971-1987*, edited by Josef Rosen. Wiesbaden, 1987.
- Rüedi, Ernst. "Das Schaffhauser Bürgerrecht im Wandel der Zeiten." *Schaffhauser Beiträge zur vaterländischen Geschichte* 40 (1963): 7-53.
- . "Die Zunftverfassung von 1411/1535." *Beiträge zur vaterländischen Geschichte* 38 (1961): S. 18-45.
- Rüeger, Jacob Johann, ed. *Chronik der Stadt und Landschaft Schaffhausen I*. Schaffhausen, 1884.
- Ruppert, Philipp, ed. *Die Chroniken der Stadt Konstanz*. Konstanz, 1891.
- Sablonier, Roger. "Schriftlichkeit, Adelsbesitz und adliges Handeln im 13. Jahrhundert." In *Nobilitas: Funktion und Repräsentation des Adels in Alteuropa*, edited by Otto Gerhard Oexle, Werner Paravicini, 67-100. Göttingen, 1997.
- Sander, Antje. "Die Lüneburger Bauamtsrechnungen von 1386 bis 1388." In *Oeffentliches Bauen im Mittelalter und früher Neuzeit*, edited by Ulf Dirlmeier, Rainer S. Elkar, Gerhard Fouquet, 89-115. St. Katharinen, 1991.
- Sander, Paul. *Die reichsstädtische Haushaltung Nürnbergs dargestellt aufgrund ihres Zustandes von 1431 bis 1440*. Leipzig, 1902.

- Saur, Karl. *Die Wehrverfassung in schwäbischen Städten des Mittelalters*. Strassburg, Basel, Augsburg, Ulm, Rottweil, Ueberlingen, Villingen. Diss. Bühl, 1911.
- Scheck, Peter. "Datierung der Schaffhauser Stadtrechnungen von 1396-1437." Schaffhausen, 1987.
- . *Die politischen Bündnisse der Stadt Schaffhausen von 1312 bis 1454*. Schaffhausen, 1994.
- Schib, Karl. "Die Entstehung und der politische Sieg der Zünfte im Jahre 1411." *Beiträge zur vaterländischen Geschichte* 38 (1961): S. 7-17.
- . *Geschichte der Stadt und Landschaft Schaffhausen*. Schaffhausen, 1972.
- , ed. *Rechtsquellen des Kantons Schaffhausen, die. Erster Teil: Stadtrechte, Bd. 2. Das Stadtrecht von Schaffhausen II, das Stadtbuch von 1385., Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, XII. Abteilung*. Aarau, 1967.
- Schildhauer, Johannes. "Der schwäbische Städtebund. Ausdruck der Kraftenfaltung des deutschen Städtebürgertums in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts." *Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus* 1 (1977): 187-210.
- Schilling, K, ed. *Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und kultur der Juden am Rhein. Handbuch und Katalog. 2 Bände*. Köln, 1963.
- Schmandt, Matthias. *Judei, cives et incole. Studien zur jüdischen Geschichte Kölns im Mittelalter*. Edited by Alfred u.a. Haverkamp, *Forschungen zur Geschichte der Juden, Abteilung A: Abhandlungen, Band 11*. Hannover, 2002.
- Schnurrer, Ludwig. "Nördlingen und Dinkelsbühl. Die Nachbarschaft zweier Reichsstädte im Mittelalter." *Rieser Kulturtage. Dokumentation Bd. X, 1994*. (1994): 294-326.
- Schnyder, Werner, ed. *Quellen zur Zürcher Wirtschaftsgeschichte, Band 1*. Zürich, 1937.
- Schoch, Willi. *Die Bevölkerung der Stadt St. Gallen im Jahre 1411. Eine sozialgeschichtliche und sozialtopografische Untersuchung, St. Galler Kultur und Geschichte* 28. St. Gallen, 1997.
- Schönberg, Gustav. *Finanzverhältnisse der Stadt Basel im XIV. und XV. Jahrhundert*. Tübingen, 1879.
- Schönberg, Leo. *Die Technik des Finanzhaushalts der deutschen Städte im Mittelalter, Münchner Volkswirtschaftliche Studien* 103. Stuttgart-Berlin, 1910.
- Schreiner, Klaus. "Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historisch-politischen Bewusstsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts." In *Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150-1650*, edited by C. Meckseper. Stuttgart, 1985.
- . "Kommunebewegung und Zunftrevolution." 1980.
- Schreiner, Klaus, Ulrich Meier. "Regimen civitatis. Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Ordnung in alteuropäischen Stadtgesellschaften." In *Stadtregiment und Bürgerfreiheit: Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des späten Mit-*

- telalters und der frühen Neuzeit*, edited by Klaus Schreiner, Ulrich Meier, S. 11-36. Göttingen, 1994.
- Schudel, Hans Lieb und Elisabeth, ed. *Rechtsquellen des Kantons Schaffhausen, die. Erster Teil: Stadtrechte, Bd. 1. Rechtsquellen 1045-1415, bearb. von Karl Mommsen., Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen XII. Abteilung*. Aarau, 1989.
- Schultheiss, Werner. "Das Bürgerrecht der Königs- und Reichsstadt Nürnberg." In *Festschrift für Hermann Heimpel, Band 2*, 159-194. Göttingen, 1972.
- Schultze, Hans Kurt. "Mediävistik und Begriffsgeschichte." In *Festschrift für Helmut Beumann: zum 65. Geburtstag*, edited by Kurt-Ulrich Jäschke, Reinhard Wenskus, 388-405. Sigmaringen, 1977.
- Schulz, Knut. "Die Norm der Ehelichkeit im Zunft- und Bürgerrecht spätmittelalterlicher Städte." In *Illegitimität im Spätmittelalter*, edited by Ludwig Schmugge, S. 67-83. München, 1994.
- Schumm, Karl. "Konrad von Weinsberg und die Judensteuer unter Kaiser Sigismund." *Württembergisch Franken* 54, NF 44 (1970): 20-55.
- Schuster, Peter. *Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz*. Paderborn, 2000.
- Schwerhoff, Gerd. "Apud populum potestas? Rats Herrschaft und korporative Partizipation im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Köln." In *Stadtregiment und Bürgerfreiheit. Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, edited by Klaus Schreiner, Ulrich Meier, 188-243. Göttingen, 1994.
- . "Blasphemare, dehonestare et maledicere deum. Über die Verletzung der göttlichen Ehre im Spätmittelalter." In *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, edited by Klaus Schreiner, Gerd Schwerhoff, 252-278. Köln, Weimar, Wien, 1995.
- . "Devianz in der alteuropäischen Gesellschaft. Umrisse einer historischen Kriminalitätsforschung." *Zeitschrift für historische Forschung* 19 (1992): 385-413.
- . "Kriminalitätsgeschichte im deutschen Sprachraum. Zum Profil eines "verspäteten" Forschungszweiges." In *Kriminalitätsgeschichte: Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, edited by Andreas Blauert, Gerd Schwerhoff, 21-88. Konstanz, 2000.
- Schwinges, Rainer C. "Neubürger und Bürgerbücher im Reich des späten Mittelalters: Eine Einführung über die Quellen." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, edited by Rainer C. Schwinges, 17-52. Berlin, 2002.
- Sieber, Christian. "Die Reichsstadt Zürich zwischen der Herrschaft Österreich und der werdenden Eidgenossenschaft." In *Geschichte des Kantons Zürich. Band 1: Frühzeit bis Spätmittelalter*, 471-498. Zürich, 1995.
- Signori, Gabriela. "Ein "ungleiches Paar": Reflexionen zu schwankhaften Zügen der spätmittelalterlichen "Gerichtsrealität"." In *Kriminalgeschichte: Beiträge zur Sozial- und Kul-*

- turgeschichte der Vormoderne*, edited by Andreas Blauert, Gerd Schwerhoff, 289-314. Konstanz, 2000.
- . *Vorsorgen - Vererben - Erinnern: Kinder- und familienlose Erblasser in der städtischen Gesellschaft des Spätmittelalters*, *Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte* 160. Göttingen, 2001.
- Simon-Muscheid, Katharina. "Frauenarbeit und Delinquenz im spätmittelalterlichen Textilgewerbe." In *Eine Stadt der Frauen: Studien und Quellen zur Geschichte der Baslerinnen im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit (13. -17. Jahrhundert)*, edited by Heide Wunder, 82-91. Basel; Frankfurt am Main, 1995.
- Simon-Muscheid, Katharina, Christian Simon. "Zur Lektüre von Gerichtsquellen. Fiktionale Realität oder Alltag in Gerichtsquellen." In *Arbeit - Liebe - Streit. Texte zur Geschichte des Geschlechterverhältnisses und des Alltags. 15. bis 18. Jahrhundert*, edited by Dorothee Rippmann, Katharina Simon-Muscheid u.a., 17-39. Liestal, 1996.
- Steinberg, Augusta. *Studien zur Geschichte der Juden in der Schweiz während des Mittelalters*. Diss. Zürich, 1902.
- Stern, Moritz. *Die Israelitische Bevölkerung der deutschen Städte. Ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte. Erstes Heft: Aus Württemberg. Hall, Reutlingen 1349, Ulm 1499, Reutlingen 1495, 1516*. Berlin, 1936.
- . *Die israelitische Bevölkerung der deutschen Städte. Ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte. Mit Benutzung archivalischer Quellen. Bd. 3. Nürnberg im Mittelalter: Quellen*. Kiel, 1894-1896.
- . *König Ruprecht von der Pfalz in seinen Beziehungen zu den Juden. Ungedruckte Königsurkunden nebst ergänzenden Aktenstücken*. Kiel, 1898.
- Straus, Raphael. *Augsburg und Regensburg*.
- , ed. *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Juden in Regensburg 1453-1738*. München, 1960.
- Stromer, Wolfgang von. *Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450*, 1970.
- Studer, Barbara. "Frauen im Bürgerrecht. Überlegungen zur rechtlichen und sozialen Stellung der Frau in spätmittelalterlichen Städten." In *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250-1550)*, edited by Rainer C. Schwinges, 169-200. Berlin, 2002.
- Suchy, Barbara. "Vom "Gülden Opferpfennig" bis zur "Judenvermögensabgabe. Tausend Jahre Judensteuern." In *Mit dem Zehnten fing es an*, edited by Uwe Schultz, 114-129. München, 1986.
- Süssmann, Arthur. *Die Judenschuldentilgungen unter König Wenzel*. Berlin, 1906.
- Sutter, Pascale. *Von guten und bösen Nachbarn. Nachbarschaft als Beziehungsform im spätmittelalterlichen Zürich*. Zürich, 2002.
- Teuscher, Simon. *Bekannte - Klienten - Verwandte. Soziabilität und Politik in der Stadt Bern um 1500, Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel im Mittelalter und Früher Neuzeit*. Köln, Weimar, Wien, 1998.

- Thommen, Rudolf, ed. *Urkunden zur Schweizer Geschichte in österreichischen Archiven. Bd. 3, 1411-1439*. Basel, 1928.
- Tobler, G. "Zur Geschichte der Juden im alten Bern bis 1427." *Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern* 12 (1889): 336-367.
- Toch, Michael. "Der jüdische Geldhandel in der Wirtschaft des deutschen Spätmittelalters: Nürnberg 1350-1499." *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 117 (1981): 283-310.
- . *Die Juden im mittelalterlichen Reich, Enzyklopädie Deutscher Geschichte* 44. München, 1998.
- . "Die wirtschaftliche Tätigkeit." In *Germania Judaica 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices*, edited by Arye Maimon, Yacov Guggenheim, S. 2139-2164. Tübingen, 2003.
- . "'Geldleiher und sonst nichts? Zur wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden im deutschen Sprachraum des Mittelalters'." *Tel Aviver Jahrbuch, Band 22* (1993): 117-127.
- . "Zur wirtschaftlichen Lage und Tätigkeit der Juden im deutschen Sprachraum des Spätmittelalters." In *Judengemeinden in Schwaben im Kontext des Alten Reiches*, edited by Rolf Kiessling, 39-52. Augsburg, 1995.
- Trusen, Winfried. "Die Anfänge öffentlicher Banken und das Zinsproblem. Kontroversen im Spätmittelalter." In *Recht und Wirtschaft in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Johannes Bärmann zum 70. Geburtstag*, edited by Marcus u.a. Lutter, 113-131. München, 1975.
- Uitz, Erika. *Die Frau in der mittelalterlichen Stadt*. Freiburg, 1992.
- Ulrich, Johann Caspar. *Sammlung Jüdischer Geschichten, welche sich mit diesem Volk in dem XIII. und folgenden Jahrhunderten bis auf MDCCLX in der Schweiz von Zeit zu Zeit zugetragen*. Basel, 1766 (ND 1969).
- Vasarhelyi, Hanno. "Einwanderung nach Nördlingen, Esslingen und Schwäbisch Hall zwischen 1450 und 1550." In *Stadt und Umland*, edited by E. Maschke, J. Sydow, 129-165. Stuttgart, 1974.
- Veitshans, Helmut. *Die Judensiedlungen der schwäbischen Reichsstädte und der Württembergischen Landstädte im Mittelalter*. Stuttgart, 1970.
- Vock, Walther E., Gustav Wulz, ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1400-1435*. Vol. 1. Augsburg, 1965.
- , ed. *Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1436- 1449*. Augsburg, 1968.
- Voges, Dietmar. *Nördlingen. Geschichte einer Reichsstadt in 12 Kapiteln*, 1995.
- Voltmer, Ernst. "Leben im Schutz der Heiligen. Die mittelalterliche Stadt als Kult- und Kampfgemeinschaft." In *Die okzidentale Stadt nach Max Weber: zum Problem der Zugehörigkeit in Antike und Mittelalter*, edited by Christian Meier, 213-242, 1994.
- . *Reichsstadt und Herrschaft. Zur Geschichte der Stadt Speyer im hohen und späten Mittelalter, Trierer Historische Forschungen 1*. Trier, 1981.

- . "Zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Speyer. Die Judengemeinde im Spannungsfeld zwischen König, Bischof und Stadt." In *Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, edited by Alfred Haverkamp, 94-121. Stuttgart, 1981.
- Wackernagel, Rudolf. "Urkundenbuch der Stadt Basel. Band 4." (1900).
- , ed. *Urkundenbuch der Stadt Basel. Band 5*. Basel, 1900.
- Wefers, Sabine. "Die Wirkung des Hussitenproblems auf den politischen Zusammenhang von König und Reich im Zeitalter Sigmunds." In *Sigmund von Luxemburg, Kaiser und König in Mitteleuropa: 1387-1437*, edited by Josef Macek, 84-108. Warendorf, 1994.
- Wehrmann, Michael H. *Die Rechtsstellung der Rothenburger Judenschaft im Mittelalter (1180-1520)*. Würzburg, 1976.
- Wenninger, Markus J. "Grenzen in der Stadt? Zur Lage und Abgrenzung mittelalterlicher deutscher Judenviertel." *Aschkenas* 14:1 (2004): S. 9-29.
- . *Man bedarf keiner Juden mehr. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichsstädten im 15. Jahrhundert*. Graz, 1981.
- . "Von jüdischen Rittern und anderen waffentragenden Juden." *Aschkenas* 13:1 (2003): S. 35-82.
- . "Zur Topographie der Judenviertel in den mittelalterlichen deutschen Städten anhand Oesterreichischer Beispiele." In *Juden in der Stadt*, edited by Fritz Mayrhofer, Ferdinand Opll, 81-118. Linz, 1999.
- Wenskus, Reinhard. "'Bauer' - Begriff und historische Wirklichkeit." In *Wort und Begriff "Bauer". Zusammenfassender Bericht über die Kolloquien der Kommission für die Altertumskunde Mittel- und Nordeuropas*, edited by Reinhard Wenskus, u.a., S. 11-28. Göttingen, 1975.
- Wenzel, Edith. "Grenzen und Grenzüberschreitungen: Kulturelle Kontakte zwischen Juden und Christen im Mittelalter." *Aschkenas* 14:1 (2004): S. 1-7.
- Wernli, Martin. *Das kaiserliche Hofgericht in Zürich. Ein Beitrag zur spätmittelalterlichen Gerichtsbarkeit.*, *Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte Nr. 21*. Zürich, 1991.
- Wiener, M., ed. *Regesten zur Geschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters*. Hannover, 1862.
- Wild, Werner. *Steuern und Reichsherrschaft*. Bremen, 1984.
- Willoweit, D. "Die Rechtsstellung der Juden." In *Germania Judaica 3 (1350-1519). 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices*, edited by Arye Maimon, Yacov Guggenheim, S. 2165-2207. Tübingen, 2003.
- Willoweit, Dietmar. "Vom Königsschutz zur Kammerknechtschaft. Anmerkungen zum Rechtsstatus der Juden im Hochmittelalter." In *Geschichte und Kultur des Judentums*, edited by Karlheinz Müller, Klaus Wittstadt, 71-90. Würzburg, 1988.
- . "Von der natürlichen Kindschaft zur Illegitimität. Die nichtehelichen Kinder in den mittelalterlichen Rechtsordnungen." In *Illegitimität im Spätmittelalter*, edited by Ludwig Schmugge, 55-66. München, 1994.

- Wolf, Armin, ed. *Die Gesetze der Stadt Frankfurt am Main im Mittelalter, Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 13*. Frankfurt a.M., 1969.
- Wunder, Heide. *"Er ist die Sonn", sie ist der Mond": Frauen in der Frühen Neuzeit*. München, 1992.
- . "Überlegungen zum Wandel der Geschlechterbeziehungen im 15. und 16. Jahrhundert aus sozialgeschichtlicher Sicht."
- Yuval, Israel. "Das Thema Waffen aus der rabbinischen Perspektive." *Aschkenas 13:1* (2003): S. 13-16.
- Zeller-Werdmüller, H., ed. *Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd. 1*. Leipzig, 1899.
- , ed. *Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd. 2*. Leipzig, 1899.
- , ed. *Stadtbücher, die Zürcher, des XIV. und XV. Jahrhunderts. Bd. 3*. Leipzig, 1899.
- Zemon Davis, Natalie. *Fiction in the Archives. Pardon tales and their tellers in sixteenth-century france*. Cambridge, 1988.
- Zimmermann, Jürg. "Wehrwesen und Zünfte." *Beiträge zur vaterländischen Geschichte 38* (1961): S. 82-90.
- Ziwes, Franz-Josef. "Reynette - eine jüdische Geldhändlerin im spätmittelalterlichen Koblenz." *Koblenzer Beiträge zur Geschichte und Kultur, N.F. 4 4* (1994): 25-40.
- . *Studien zur Geschichte der Juden im mittleren Rheingebiet während des hohen und späten Mittelalters*. Edited by Helmut Castritius, u.a., *Forschungen zur Geschichte der Juden; Abteilung A: Abhandlungen Bd. 1*. Hannover, 1995.
- . "Zum jüdischen Kapitalmarkt im spätmittelalterlichen Koblenz." In *Hochfinanz im Westen des Reiches: 1150-1500*, edited by Friedhelm Burgard, Haverkamp, Alfred, u.a., 49-74. Trier, 1996.
- Ziwes, Franz-Josef, Alfred Haverkamp, ed. *Juden in der christlichen Umwelt während des späten Mittelalters, Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 17*. Berlin, 1992.
- Zorn, Jochen. *Bündnisverträge der Stadt Frankfurt am Main mit dem Adel der Umgebung im 14. und 15. Jahrhundert*. Frankfurt a.M., 1966.
- Zotz, Thomas. "Schwaben." *LexMa Bd. 7* (1999): Spalte 1598-1602.

ANHANG

Augsburg:

Diagramm 6: Anzahl jüdischer Steuerzahler in Augsburg

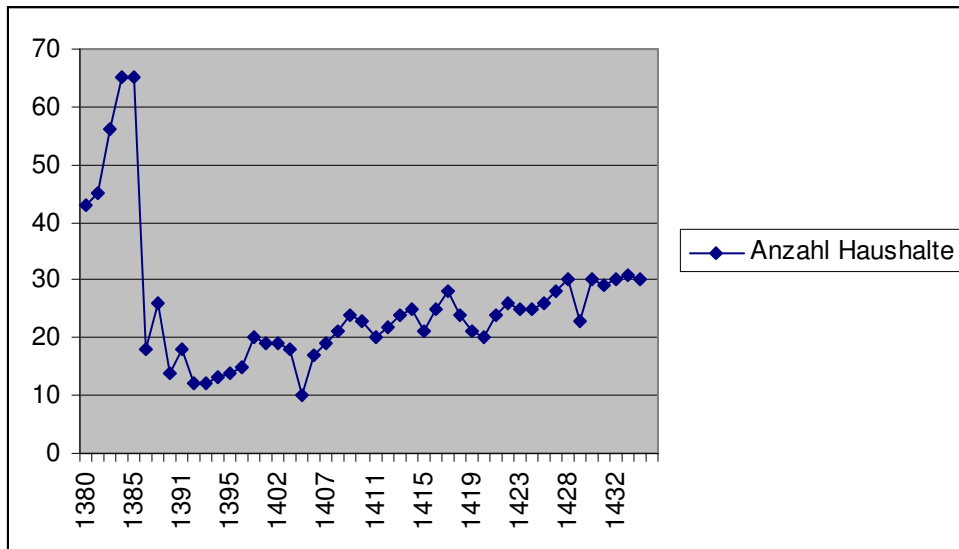
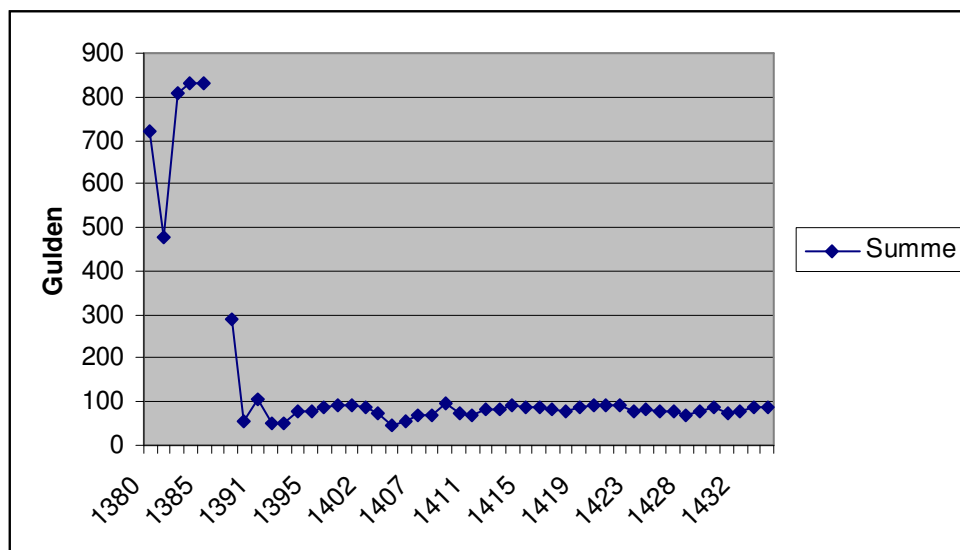


Diagramm 7: Jährliche Steuerabgaben der Juden in Augsburg



Basel:

Tabelle 7: Vergleich der jährlichen Abgaben der Juden mit den städtischen Gesamteinnahmen in Basel

Jahr	Einträge über die Abgaben der Juden in den Basler Jahresrechnungen ¹⁷³⁹	Betrag aus den Jahresrechnungen ¹⁷⁴⁰	Betrag aus dem LB ¹⁷⁴¹	Gesamteinnahmen in Pfund ¹⁷⁴²	% ¹⁷⁴³
1362/63	Item von Juden die gedinget hant XVII lb	16 lb 10 s	6 lb	4984	0.32
1363/64	Item von Juden die gedinget hant XXI lb	21 lb	10 ½ lb	4459	0.47
1364/65	Item von Juden die gedinget hant XX lb XXX sch	21 lb 10 s	27 lb	4485	0.47
1365/66	Item von Juden die gedinget hant XXXII lb	32 lb	46 ½ lb		
1366/67	Item von Juden die gedinget hant XXXV lb	200 + unl.	53 lb		
1367/68	Item von Juden die gedinget hant XX lb	19 lb 10 s	41 lb	9984	0.19
1368/69	Item von Juden die gedinget hant LXXV lb II sch	74 lb 12 s	47 ½ lb	9254	0.8
1369/70	Item von Juden die gedinget hant LXXXXVIII flor LX lb minus I sch. et Moyses nichil dedit	59 lb 19 s	31 ½ lb	10081	0.59
1370/71	Item von Juden die gedinget hant CCCCLIII flor CCLXXI lb XVII sch	271 lb 17 s	60 lb	8651	3.13
1371/72	Item von Juden die gedinget hant LVII flor XXXII lb minus III sch	31 lb 17 s	90 lb 4 s	6919	0.45
1372/73	Item von Juden die gedinget hant		53 lb 9 s	12120	
1373/74	Item so hant wir emphanen von Symont dem juden VIII flor tunt V lb II sch			10655	
1374/75	Item so habent wir emphanen von den andern juden allen 187 lb ¹⁷⁴⁴ (Moses: 4307 lb / Menli+Helyas: 640 lb)	187 lb		12958	
1375/76				6762	
1376/77	Der Jude Sansy bezahlt 57 Gulden LIII lb III sch			15549	
1377/78				12366	
1378/79	Item so hant wir emphanen von den juden zins XXXV guldin XXVIII lb	28 lb		14000	
1379/80	Item so hant wir emphanen von juden die gedinget hant CCCLVI guldin	284 lb 16 s		10482	

¹⁷³⁹ Kursiv gedruckte Einträge betreffen ausserordentliche Zahlungen.

¹⁷⁴⁰ lb = Pfund, s = Schilling.

¹⁷⁴¹ Wie die Beträge in dieser Spalte berechnet wurden, siehe Kapitel 4.3.2. Die Eintragungen aus dem Leistungsbuch. In LB werden die Abgabebeträge in Gulden angegeben. Der Umrechnungskurs wird von Harms für die Jahre 1362-70 mit 1 Pfund = 2 Gulden angegeben. Harms, Stadtrechnungen, S. XVI-XVII.

¹⁷⁴² Jahreseinnahmen der Stadt mit Anleihen, aus Harms

¹⁷⁴³ Prozentualer Anteil der jüdischen Abgaben aus den Rechnungsbüchern an den städtischen Einnahmen.

¹⁷⁴⁴ * Moses von Colmar bezahlte extra (siehe Nadia Gut) 1374/75 / 1382/83 / 1383/84 (1365-86 in Basel)

	CCLXXXV lb minus IIII sch				
1380/81	von --- juden die gedinget hant XXXII guldin tunt XXV lb IIII sch	25 lb 4 s		10853	
1382/83	- Von Vivelin dem juden X g. tunt VIII lb - von den juden an Moyses und die Menlerin XLVII g. XXXVIII lb VII sch - it. so hant wir abgeslagen Moyses versessen zinsen C guldin	46 lb 8 s		10098	
1383/84	- Abraham, der Judenschulmeister be- zahlt 100 Gulden (Gins) - von Moyses dem juden C guldin LXXX lb so er uns schuldig bleib zu zinse uf unser frowen tag - von den andren juden XLI guldin - juden schulmeister C guldin , LXXX lb	41 lb		16969	
1384/85	- item von Saren der judin LV guldin, L lib minus X sch	49 lb 10 s		14088	
1385/86	- Item so hant wir emphanen von Menlin und sinem bruder LII guldin: XLVIII lb VIII sch - item so hant wir aber emphanen von Men- lin dem Juden XXXVIII guldin und XII lb ang- ster - <i>Item von dem juden der in irem hus funden wart X guldin</i> - <i>Item von Moysesin hant wir emphanen XXVIII tusent guldin und XX guldin item und DCCXX lb</i>	96 lb		42700	
1386/87	- Item von Hagkman dem juden X guldin die tatent in d XIII lb - <i>Item von gemeinen juden hie dissent Rins DC guldin an die tusent guldin so si uns schuldig warent</i> - <i>Item von Richart dem schriber von der juden wegen ennent Rins DCCC guldin</i> - <i>Item von Moysesin der judin MMCCCCXX guldin</i>	13 lb ¹⁷⁴⁵ 780 pf 1040 pf		33088	0.6
1387/88	- item von gemeinen juden von versessens zin- ses wegen CXLVII flor - von denselben von zinses wegen dis jares LX guldin - von Salmon dem juden X guldin, XIII lb - item von dem juden von Waltzhut X guldin , XIII lb - item von Mennelin dem juden XL guldin die er schuldig wz von dez burgerrechtes wegen verfallen - Item von Lowelin dem juden CC guldin - <i>Item von der Moysesin MCCXX flor</i>	191 lb 2 s 78 lb 13 lb 13lb 52 lb 260 lb		30945	0.5
1388/89	- item von den gemeinen juden CXXX guldin - item von Moysesin C guldin ze zinse - item von Hakkeman dem juden umb diz kunf- tig jar XV guldin - <i>Item von dem gevangen juden DCC guldin</i> - <i>Item von sant Ursicien von Moysesin wegen MMCCXXVI guldin</i>	318 pf 8 s		34317	0.9
1389/90	- item von Bur. Sintzen von der Moysesin we- gen LII guldin - <i>item von gemeinen juden CC guldin</i>	67 lb 9 s 260 lb		20839	0.3

¹⁷⁴⁵ Die 191 Pfund 2 Schillinge von 1387 werden in diesem Jahr dazugerechnet.

1390/91	- Anselm bezahlt 90 Gulden - Item von Jeklin von Solotern, Vifelin dem senger, Symonden dem juden Hakeman, Vifant von Paris Rubin knecht und der schönen judin LXXXX guldin von disem jar kunftig. - <i>Item von Moysessin der judin DC guldin die si uns ze winnechten verfallen waz und sidmals CCI guldin XVI sh</i>	117 lb 117 lb		21718	1
1391/92	- <i>item von gemeinen juden DXL guldin an die MM die sy uns schuldig sint.</i> , ad huc tenentur MD flor quia illi XL flor sunt devalcati nomine census. - Item von den juden von dez jars wegen CXL guldin	243 lb		29728	0.8
1392/93	- Item von den juden umb ir jargelt CXXI guldin - <i>Item von gemeinen juden D guldin die uff Martini verfallen warent, und habent also gewert M guldin und sint noch schuldig M guldin.</i>	165 lb		21375	0.7
1393/94	- item under juden jargelt CXLII guldin - <i>item von Robin dem juden an Moyessin schuld CCC flor und sol noch C von dirre nechsten vergangen fronvasten</i> - item von Robin dem juden XII guldin die er der erren fronvasten schuldig bleib - <i>Item von gemeinen juden D flor die uf Martini vielent an die schuld so si uns sint und sowllent noch D guldin.</i> - <i>item von gemeinen juden geschenkt C guldin</i>	201 lb 8 s		37075	0.7
1394/95	- item von Robin umb sin jargeld XX flor - item von Kirsman XIII flor - item von Hagman XXX flor - <i>item von Robin dem juden von Moysessin wegen CC flor und sind bezalt</i> - <i>item von gemeynen juden D flor die si ze sant Martins tag schuldig warent und hand uns ouch gentzlich bezalt.</i> - item von Vinand dem juden IIII flor von dem vorderigen jargelt	87 lb		39207	0.2
1395/96	- item von juden ir jargelt CXLVI guldin - item von der juden kilchhofe XI lb VIII sch	190 lb		30890	0.6
1396/97	- item von juden ir jargelt LXXVI flor - item der juden kilchof III lb V sch	99 lb		22893	0.4
1397/98	30 pfd 12 sch 6 pf.	30 p 12 s		20097	0.2

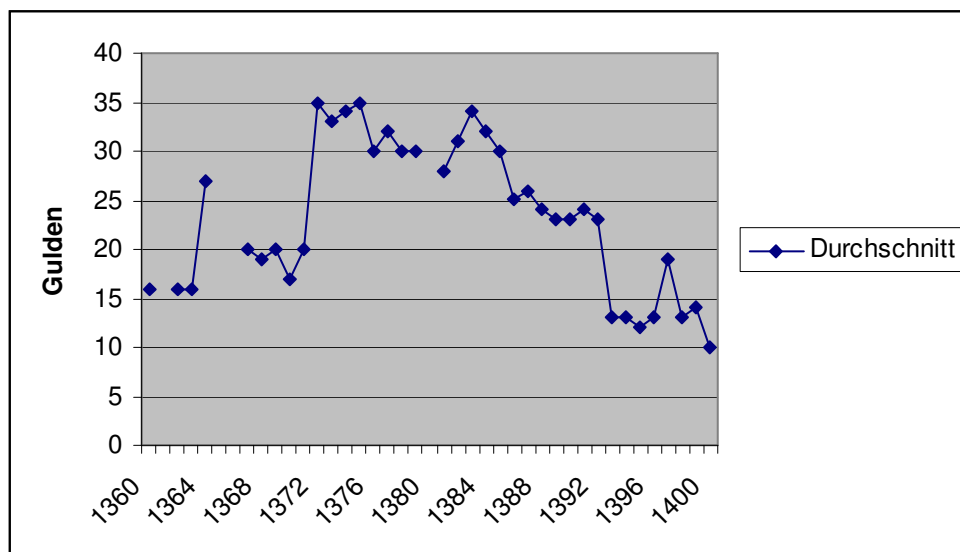
Esslingen:

Tabelle 8: Die Abgaben der Juden im Vergleich mit den regulären Vermögenssteuern der Stadt.¹⁷⁴⁶

Jahr	Zahl der Juden	Steuern der Juden (in Pfund)	Steuern der christ- lichen Bevölkerung (in Pfund)	Anteil der jüdi- schen Steuern in %
1377	6	30	2205	1.4
1378	5	37		
1379	9	101	2950	3.4
1380	7	87		
1382	4	98	2069	4.7
1383	7	103	2157	4.8
1384	14	132	1424	9.3
1385	16	114	1709	6.7
1386	19	122	1739	7
1387	19	138	1667	8.3
1388	17	82	902	9

Frankfurt:

Diagramm 8: Durchschnittlicher Steuerbetrag jüdischer Steuerzahler in Frankfurt, 1360-1400



¹⁷⁴⁶ Die Angaben stammen aus Hörburger, Judenvertreibungen, S. 46-47.

Diagramm 9: Anzahl jüdischer Steuerzahler in Frankfurt, 1360-1400

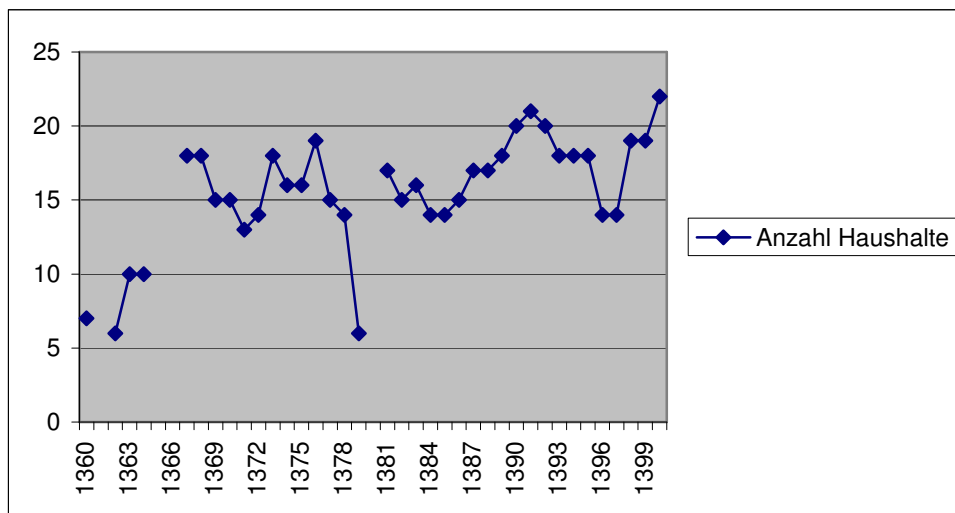


Tabelle 9: Steuern der jüdischen Gemeinde in Frankfurt, 1360-1400

Jahr	Summe der Abgaben in fl	Anzahl der jüdische Steuerzahler	durchschnittliche Abgabe pro Haushalt in fl
1360	110	7	16
1361 * ¹⁷⁴⁷	210		
1362	95	6	16
1363	158	10	16
1364	269	10	27
1365			
1366 *	376		
1367	357	18	20
1368	342	18	19
1369	296	15	20
1370	261	15	17
1371	249	13	20
1372	487	14	35
1373	592	18	33
1374	542	16	34
1375	562	16	35
1376	569	19	30
1377	478	15	32
1378	447	14	30
1379	179	6	30
1380			
1381	484	17	28
1382	461	15	31

¹⁷⁴⁷ Die Angaben zu den Jahren, die mit einem * gekennzeichnet sind, wurden von Bücher übernommen.

1383	538	16	34
1384	442	14	32
1385	412	14	30
1386	371	15	25
1387	436	17	26
1388	405	17	24
1389	406	18	23
1390	452	20	23
1391	498	21	24
1392	460	20	23
1393	240	18	13
1394	241	18	13
1395	222	18	12
1396	181	14	13
1397	268	14	19
1398 *	241	19	13
1399 *	238	19	14
1400 *	217	22	10

Tabelle 10: Die Höhe der Steuerbeträge jüdischer Steuerzahler in Frankfurt, 1360 - 1400

Jahr	1367	1370	1375	1381	1385	1390	1395
Gesamtsumme in Gulden	357	271	562	484	412	452	222
Durchschnitt in Gulden	13.8	18	35	28.4	29.34	22.6	12.3
Mittelwert in Gulden							
Anzahl Familien	18	14	16	17	14	20	18
bis 5 Gulden					1	2	2
6 bis 10 Gulden	2	2		2		3	7
11 bis 20 Gulden	9	9	5	8	1	3	7
21 bis 50 Gulden	5	3	8	5	11	11	2
über 50 Gulden			3	2	1	1	

Diagramm 10: Summe der Steuern der jüdischen Gemeinde in Frankfurt, 1401-1486

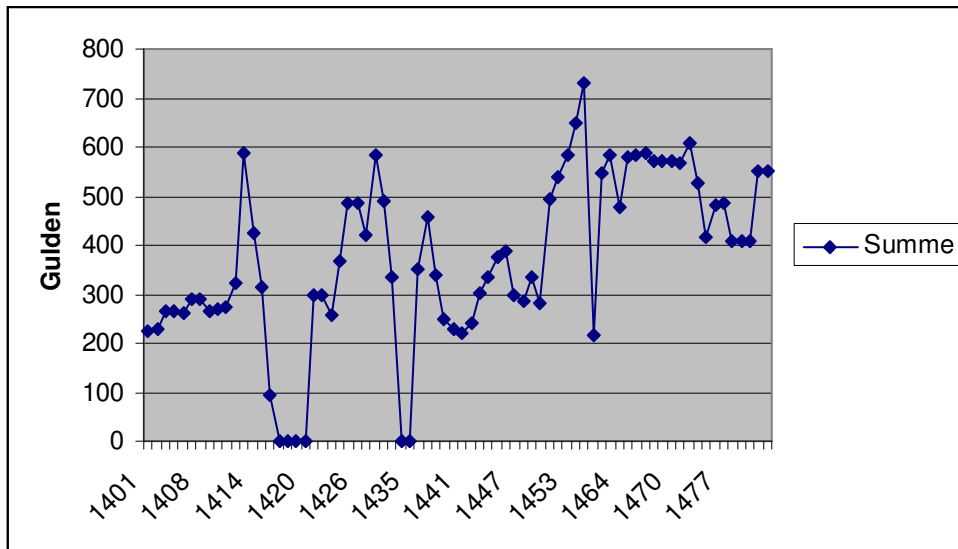


Diagramm 11: Durchschnittlicher Steuerbetrag jüdischer Steuerzahler in Frankfurt, 1424-1486

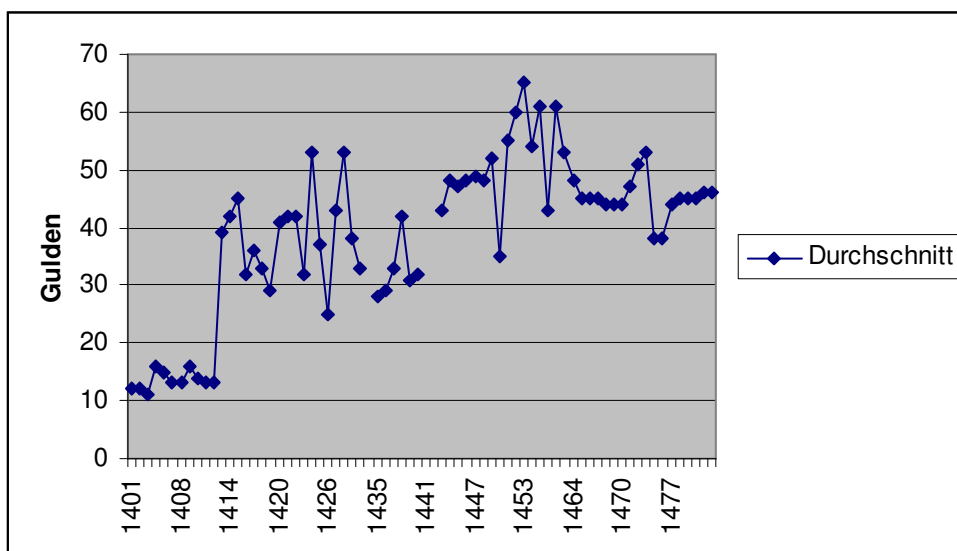


Diagramm 12: Anzahl jüdischer Steuerzahler in Frankfurt, 1424-1486

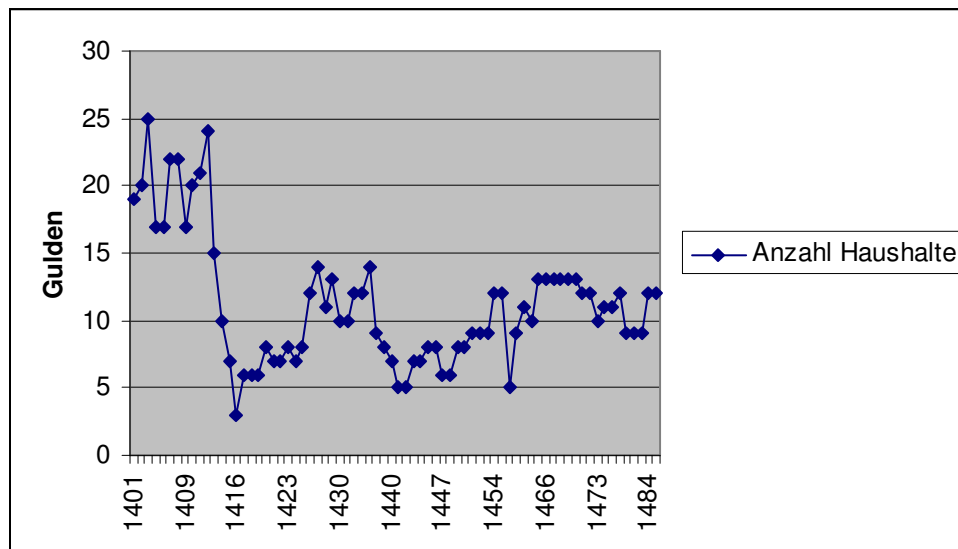


Tabelle 11: Steuern der jüdischen Gemeinde in Frankfurt, 1401-1486

Jahr ¹⁷⁴⁸	Summe der Abgaben in fl	Anzahl jüdischer Steuerzahler	Durchschnittliche Abgabe pro Haushalt in fl	Jahr	Summe der Abgaben in fl	Anzahl jüdischer Steuerzahler	Durchschnittliche Abgabe pro Haushalt in fl
1401/02	226	19	12	1441/42	220	5	
1402/03	230	20	12	1442/43	242	5	
1403/04	267	25	11	1443/44	304	7	43
1405	265	17	16	1444/45*	336	7	48
1406	260	17	15	1445/46	377	8	47
1407	290	22	13	1446/47	386	8	48
1408	290	22	13	1447/48*	296	6	49
1409	267	17	16	1448/49	286	6	48
1410	271	20	14	1449/50	336	8	52
1411	273	21	13	1450/51*	282	8	35
1412	322	24	13	1451/52	492	9	55
1413	587	15	39	1452/53	539	9	60
1414	424	10	42	1453/54*	585	9	65
1415	316	7	45	1454/55	651	12	54
1416	95	3	32	1455/56	730	12	61
1417	214.5	6	36	1461/62*	215	5	43
1418	199.5	6	33	1462/63*	545	9	61
1419	173.5	6	29	1463/64*	583	11	53
1420	326.5	8	41	1464/65*	478	10	48
1421	296	7	42	1465/66*	579	13	45
1422	296	7	42	1466/67	584	13	45
1423	259	8	32	1467/68	589	13	45
1424/25*	368	7	53	1468/69*	572	13	44
1425/26	297/485	8/5	37	1469/70	572	13	44
1426/27	297/485	12/9	25	1470/71	572	13	44
1427/28	608/420	14/11	43	1471/72	568	12	47
1428/29	583	11	53	1472/73*	609	12	51
1429/30*	490	13	38	1473/74	528	10	53
1430/31*	335	10	33.5	1475/76*	418	11	38
1434/35*	270.5	10	27.5	1476/77	482	11	38
1435/36*	337.5	12	28	1477/78	487	12	44
1436/37	351	12	29	1478/79*	407	9	45
1437/38	456	14	33	1479/80	407	9	45
1438/39*	337	9	42	1480/81	407	9	45
1439/40*	247	8	31	1484/85*	550	12	46
1440/41	227	7	32	1485/86	550	12	46
				1486/87	550	12	46

¹⁷⁴⁸ Das Zeichen * kennzeichnet die Jahre, in denen die Stättigkeit erneuert wurde.

Köln:

Tabelle 12: Vergleich der Abgaben der Kölner Juden mit den städtischen Jahreseinnahmen, 1370-1392

Jahr	Gesamteinnahmen ¹⁷⁴⁹ in M ¹⁷⁵⁰	Abgaben der Juden ¹⁷⁵¹ in M	Abgaben der Juden: Na- mensta- belle ¹⁷⁵² in M, fl	Prozente	Anzahl Steuer- zahler	Durch- Schnitts- wert in M, fl	Mittelwert in M, fl
1370	36438. 7. 6						
1371	121385. 6.10						
1372	118778. 5	3391. 8 -		2.9			
1373	54928. 1. 7	616. 8 1927. 1	625	1.1 3.5	7	231 / 75	308 / 100
1374	70427. 4 .2	1542 1880.10 ¹⁷⁵³	2025 / 675	2.2 2.7	13	145 / 36	154 / 50
1375	91545. 3. 2	- 1248. 9 ¹⁷⁵⁴	2175 / 725	2.3	14	161 / 52	154 / 50
1376	254428. 3. 9	- 1988. 9	1080 / 360	0.8	10*	108 / 36	107 / 35
1377	85163.10.10	- - 5220. 6	1080 / 360*	1.1	10*	108 / 36	107 / 35
1378	153609.10. 3	- 123. 4	1174 / 355*	0.8	11*	120 / 36	117 / 35
1379	100154.10. 6	- 1264. 2	1585 / 480	1.3	13	122 / 37	117 / 35
1380	112043. 9. 9	-			12	116 / 35	117 / 35

¹⁷⁴⁹ Die Zahlen zu den Gesamteinnahmen und den Abgaben der Juden stammen aus den Jahrestabellen in Knipping, Stadtrechnungen I, S. 1–13.

¹⁷⁵⁰ M = Mark, G = Gulden; Florenus

¹⁷⁵¹ In den Kölner Stadtrechnungen werden in drei verschiedenen Rubriken Einnahmen von den Juden verzeichnet. Nr. 62: Von der Aufnahme der Juden, Nr. 63: Schoss der Juden, Nr. 64: Von den Judenerben. In dieser Tabelle entspricht der erste Betrag der Nr. 62, der zweite Betrag der Nr. 63 und der dritte Betrag der Nr. 64. Letzteren habe ich nur einmal eingetragen, obwohl in mehreren Jahrgängen Einnahmen unter der entsprechenden Rubrik verzeichnet sind und da nur 1377 eine vierstellige Summe eingenommen wurde. (1378: 192, 1379: 17.1.6., 1380: 20)

¹⁷⁵² Bei den Beträgen, die mit einem * gekennzeichnet sind, handelt es sich um Minimalbeträge, d.h. dass ich nur diejenigen Steuerzahler weitergeführt habe, die in der nächsten belegten Steuerliste von 1379 wieder auftauchen. Es ist jedoch durchaus möglich, dass der eine oder andere Steuerzahler, den ich in der Namenstabelle nicht weitergeführt habe, ein oder zwei Jahre länger in Köln steuerte. Sicher ist, dass Simon von Siberg und sein Schwager David nach 1375 nicht mehr steuerten, weil sie 1375 verhaftet, angeblich hatten sie ihre Glaubensgenossen verraten, und 1377 gehängt wurden. Kober, Vier Generationen, S. 107.

¹⁷⁵³ Die Abweichung zwischen den Beträgen aus der Namenstabelle und der Tabelle von Knipping für die Jahre 1374 bis 1376 und 1379 weisen darauf hin, dass die Abgabensumme in der Rechnung nicht immer dem tatsächlich geleisteten Betrag entspricht. Auf einer anderen Ursache als der direkten Aufrechnung gegen Schulden könnten die Unterschiede von 1375 und 1376 beruhen. Vielleicht wurden 1376 rückständige Beträge von 1375 bezahlt.

¹⁷⁵⁴ Der Unterschied zwischen dem Betrag von Knipping und dem Betrag aus der Namenstabelle ist darauf zurückzuführen, dass 1375 fünf Steuerzahler ihre Abgaben nicht bezahlten, weil die Steuern direkt mit Darlehen verrechnet wurden. Knipping, Stadtrechnungen I, S. 24, Nr. 63. Worauf der Unterschied im folgenden Jahr zurückgeht, ist nicht klar, weil keine genaueren Angaben zu den Steuerbeträgen zugänglich sind.

		100	1386 / 420*	1.2			
1381	135976. .10	- 184. 7	1214 / 360*	0.9	11*	110 / 33	117 / 35
1382	78119. 6	- 202. 6	1214 / 360*	1.6	11*	110 / 33	117 / 35
1383	116140.10. 2	- 100	1146 / 340*	0.98	10*	115 / 34	117 / 35
1384	116123. 1. 8	6000 783. 4.	1089 / 30*	5.2 0.95	10*	109 / 33	117 / 35
1385	102781. 3	- 1450	1430 / 434	1.4	10	145 / 44	133 / 40
1386	118754. 2	- 1430	1508 / 457	1.2	12	119 / 36	133 / 40
1387	90001. 6	- 1572. 6	1617 / 490	1.8	13	121 / 36	133 / 40
1388	92794. 4. 7	- 1631. 8	1501 / 455	1.8	15	109 / 33	83 / 25
1389	98818. 4. 1	- 1789	1297 / 393	1.8	25	72 / 22	12 / 3.5
1390	110283. 3. 6	- 1915.10	1376 / 417	1.7	23	83 / 25	33 / 10
1391	145246. 8. 6	- 2028. 4	1586 / 467	1.4	25	81 / 24	33 / 10
1392	162877. 5.10	- 2161. 8	1724 / 507	1.3	26	83 / 25	33 / 10

Tabelle 13: Vergleich der Abgaben der Juden mit den städtischen Jahreseinnahmen, 1414-1424

13.1.1.1 J ahr	Gesamtein- nahmen¹⁷⁵⁵ in M	Abgaben der Juden in M + G¹⁷⁵⁶	Prozente	Anzahl Steuerzah- ler	Durch- schnittswert in G	Mittelwert in G
1414	67519. 2.11	1631. 5. 6	2.4	24	68	16
1415	178564. 3. 7	1991.11	1.1	28	71	18 / 19
1416	71061. 4. 4	1991.11	2.8	28	71	18 / 19
1417	115070. 3.10	1906. 6	1.7	28	68	18
1418	187850. 5. 6	1821. 1	1	28	65	18
1419	220355. 8. 7	1687.10	0.8	26	65	18
1420	128765. 7. 4	1875. 9	1.5	32	59	16
1421	115374. 1. 2	1727. 5	1.5	30	58	16
1422	176025. 8. 1	1733.11. 6	1	33	53	13
1423	97537. 6. 6	1582. 7	1.6	32	49	13
1424	122378. 3.	801. 2. 6	0.7	32		
1425	93348. 9	42. 8. 6				

¹⁷⁵⁵ Die Zahlen zu den Gesamteinnahmen und den Abgaben der Juden stammen aus Knipping, Stadtrechnungen, S. 1–13.

¹⁷⁵⁶ Knipping hat den Judenschoss auf der Einnahmenseite der Stadtrechnungen als Nummer 30 bezeichnet. Knipping, Stadtrechnungen I, Die Einnahmen der Mittwochsrentkammer 1414–1432, S. 65–107.

Nördlingen:

Tabelle 14: Aufenthaltsdauer und Steuerbeträge der Juden in Nördlingen, 1407-1453

Namen	Anfang	Ende	Gulden	Jahre
Forach Falken Sohn	1410 (1405)	1411	8	2
Mosse	1407 (1405)	1416	16	10
Salmann, Mosse Sohn	1410	1417	6 / 10	8
Bela, Joelins Tochter von Bettems	1409	1411	5	3
Liebermann von Memmingen	1410	1413	15	4
Süssmann von Regensburg	1411		15	1
Gutman	1415	1416	15	2
Anselm	1410	1418	16	9
Mayer, ab 1425 Gnenlin seine wit- we	1415	1430	15 / 9	16
Trostlin	1415	1420	2	6
David	1407	1419	13	20
Falk	1407 (1401)	1413	25	7
(Sara) Felckin, die den Bendit hat (Sohn)	1415	1423	8 / 4	9
Jöselin von Rotenburg BB 2	1419	1423	12	5
Veifelman von Giengen	1422	1429	6 / 12	7
Lieberman, Veifelmans Tochterman	1425		3	1
Eliud, Liebermans Sohn	1425		3	1
Suszlin und Hirsz / Mosses Söhne ab 1428 nur Hirsz				
Ysaac von Wissenburg	1423		11	1
Viol	1423	1426		4
Bendit	1425		4	1
Yselin	1427	1428	35	3
Schulklopfer				
Jacob	1434	1435	8	2
Vri	1434	1439	16	6
Schmuel	1434	1437	18	
Kalman, sein Tochtermann	1436	1438	12	3
Leo von Raportswile	1434	1437	15	4
Salman	1438	1439	18	2
Mosse von Aychstetten	1438	1442	16	5
Heylman sein Sohn				
Josep	1440	1453	16	14
Nathan	1440		1	1
Bendel	1440		10	1
Veifelmann	1441	1444	20	4
Enslin	1444	1453	8	10
Seligman 49: Witwe	1444	1450	16	7
Suszman ab 49: sein Kind	1444	1450	16	7
David Caszriel	1445	1449	16	5
David von Werd	1448	1450	25	3

M = Mark, G = Gulden (1414–1419: Rheinischer Gulden, 1420–1424: oberländischer Gulden) Zu den Münzverhältnissen zwischen 1414 und 1424 siehe Ebd., S. XXVI–XXX.

Tabelle 15: Aufenthaltsdauer und Steuerbeträge der Juden in Nördlingen, 1459-1506

Namen	Anfang	Ende	Gulden	Jahre
Ysack, Tochtermann von Heilman	1462		25	1
Ysacks Vater	1461		10	1
Aaron	1461	1488	26	27
Aronin	1489-1491	1496-97 1500-06	Ca. 4	12
Josse	1464	1466	7	3
Jacob, Aarons Sohn	1466-69	1482-99	11	4, 17
Josse, Sohn Jacobs	1495	1506	9 / 3	12
Seine Mutter, Paktgelt	1502	1504	1	3
Sanwel, Jacobs Tochtermann	1499	1504	4	6
Eberlin, Jacobs tochtermann	1505	1506	4	2
Bunnam /Arons tochterman	1467	1489	12	23
Mosse	1461	1469	26	9
Sein Sohn	1462		13	1
Josef, sein Schwager	1461	1462	26	2
Michel	1461	1494	26	34
Ab 1495, witwe mit Abraham zusammen	1495	1500	18	6
Leo, M's Sohn	1481	1501	13	21
Abraham, M's Tochtermann				
	1501	1506	15	6
Abraham der junger	1501	1506	5	6
Veit lasere M's Tochterman	1479		6	1
Enslin	1461	1473	24 / 26	13
Lieberman Schwager Enslins	1473		5	1
Schulklopfer Süssmann	1462	1467	6	6
1470: Jacob von Ulm	1470	1482	6	16
Schulklopfer ab 1486, Leo	1486	1506	5	21
Mosse, tochtermann vom Schulklopfer	1495	1506	4	12
Schmuel	1462		26	1
Coppelman	1465	1473	35 / 26	7
Veifelman, sein Tochterman	1469	1473	12	4
Mosse von Erfurt	1464	1465	33	2
Leo	1469	1485	5	17
Lasar	1483	1490	2	8
Mair 88 wird sohn erwähnt	1483	1489	40	7
Salomon Sohn von Maier	1489	1493	25	4
Jacob, Maister Salomons Sohn	1484	1490	12	7
Hochmaister	1486	1499	10	14
Nasse, Tochtermann des Hochmeisters	1497	1506	2 / 10	10
Mosse 89 Sohn erwähnt	1486	1490	40	5
Manne, Mosses Sohn	1490	1491	4	2
Noe	1500	1504	2	5
Moll und Isac paktgeld	1503	1506	2	4
Seldman von frauncksmat	1505	1506	2	2

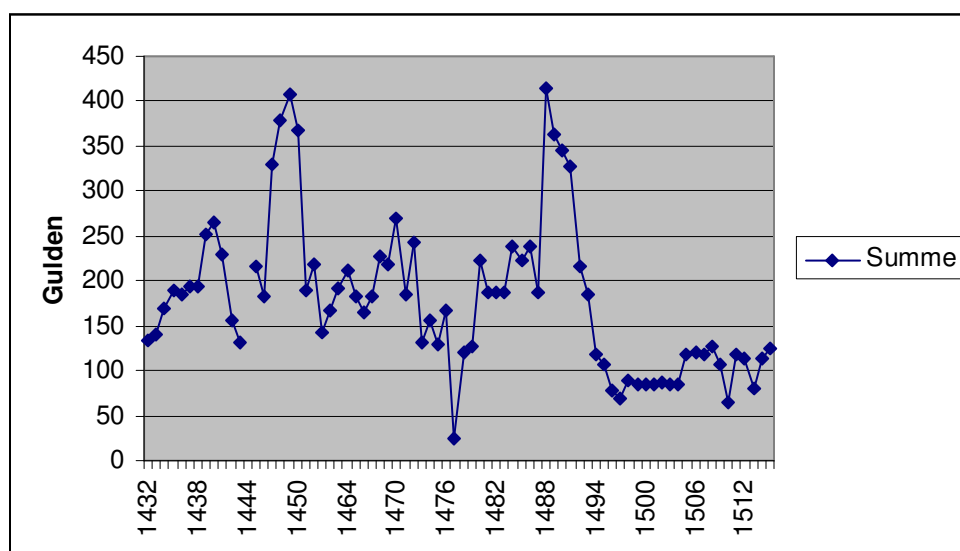
Nürnberg:

Tabelle 16: Die jährlichen Abgaben der Nürnberger Juden 1380-1438

Jahr	Betrag	Haussteuer	Jahr	Betrag	Kinder ¹⁷⁵⁷
1380/81	448 1/2* ¹⁷⁵⁸		1420	1005	
1381	846		1421	927 1/2	
1382	1300	150	1422		
1383	1530 1/2		1423		
1384	1736	111	1424		
1385	821*		1425		
1387	596 1/2		1426		
1388	772 1/2	600	1427	846	
1389	363*	10	1428	888	375
1391	288		1429	808 1/2	
1392	305	113	1430		400 + 25 ¹⁷⁵⁹
1393	282		1431		263 + 25
1394	230 1/2		1432		270 + 25
1395	367 1/2		1433		360 + 25
1396	370 1/2		1438		400

Rothenburg o.T.

Diagramm 13: Summe der Steuern der jüdischen Gemeinde Rothenburgs, 1432-1515



¹⁷⁵⁷ * Strafe, S. 62

¹⁷⁵⁸ Halber Jahresbetrag.

¹⁷⁵⁹ Die 25 Gulden wurden von Kalman, dem Sohn der Preunin als Einzelbetrag erhoben.

Zürich:

Tabelle 17: Höhe der Steuerbeträge jüdischer Bürger in Zürich, 1377-1400

	Jahr	Betrag in Gulden	Jahr	Betrag in Gulden	Jahr	Betrag in Gulden	Jahr	Betrag in Gulden
Smario Pfef-ferkorn	1379: 4 Jahre	10 G	1383: 2 Jahre	25 G	1385: 2 Jahre	32 G		
Smario v.d. Núwen stat	1378: 4 Jahre	10 G	1390: 2 Jahre	37,5 G	1392: 2 Jahre	150 G ¹⁷⁶⁰	1394: 5 Jahre	40 G
Abraham von Visu	1384: 5 Jahre	30 G	1394: 5 Jahre	38 G				

Tabelle 18: Jüdische Steuerabgaben im Vergleich mit den städtischen Jahreseinnahmen in Zürich, 1402-1419

Jahr	Anzahl Steuer-zahler	Maximum (Ma), Minimum (Mi), Durchschnitt (D) in Gulden	Abgaben der Juden in Gulden	Jahreseinnahmen des Seckelamtes in Gulden
1402-1403	10	Ma: 80 / Mi: 2 / D: 21,5	215 (3 %) ¹⁷⁶¹	7291,5
1404-1405	10	Ma: 80 / Mi: 2 / D: 20,5	205 (5,5 %)	3744
1405-1406¹⁷⁶²	11	Ma: 250 / Mi: 2 / D: 58	638 (10,6 %)	6012,5
1413-1414	6	Ma: 100 / Mi: 20 / D: 50	300 (4,8 %)	6251
1416-1417	8	Ma: 80 / Mi: 10 / D: 27,8	222 (2,2 %)	10165
1418-1419	7	Ma: 80 / Mi: 20 / D: 36,1	253 (5,4 %)	4648,5

¹⁷⁶⁰ Der Betrag von 150 Gulden ist allerdings nicht repräsentativ, da es sich nicht um eine normale Jahresabgabe, sondern um eine Art Strafgeld oder Sonderabgabe handelt. Siehe oben.

¹⁷⁶¹ Prozentualer Anteil der Abgaben der Juden an den städtischen Jahreseinnahmen.

¹⁷⁶² Interpretation siehe Kapitel 5.4.

Tabelle 19: Anzahl jüdischer Steuerzahler in Zürich, 1377-1420¹⁷⁶³

Jahr	Anzahl Haushalte	Jahr	Anzahl Haushalte	Jahr	Anzahl Haushalte	Jahr	Anzahl Haushalte
1377	1	1388	15	1399	13	1410	9
1378	6	1389	15	1400	12	1411	9
1379	8	1390 Siehe	16	1401	12	1412	6
1380	9	1391	15	1402	12	1413	6
1381	10	1392	15	1403	12	1414	5
1382	12	1393	16	1404	12	1415	5
1383	13	1394	14	1405	11	1416	5 (+2)
1384	17	1395	13	1406	9	1417	5
1385	16	1396	11	1407	9	1418	6
1386	17	1397	12	1408	9	1419	7
1387	15	1398	12	1409	9	1420	8

¹⁷⁶³ Die Anzahl der Haushalte errechnete ich, in dem ich primär alle Namen, auf die ein Brief ausgestellt wurde als eine Haushaltung zählte. Fehlte für einen Namen ein Schutzbrief, aber aus anderen Quellen geht seine Anwesenheit hervor, dann betrachtete ich einerseits seine Familienverhältnisse, und wenn es sich herausstellte, dass er Teil einer grösseren Familie war, dann kam die Höhe der Beträge, die ihm/ihr als Gläubiger zustand in Betracht. Waren die geschuldeten Beträge hoch und die Steuerabgaben der anderen Familienmitglieder relativ tief, scheint es sich um einen eigenständigen Haushaltsvorstand zu handeln. Es werden noch Beispiele angefügt.

Basel:

Tabelle 20: Namens- und Steuerliste der Juden in Basel, 1362-1373

[illegible]

Summe	12	21	54	93	96	77	90	89	157	172	107
Anzahl SteuerzahlerInnen	1	3	6	10	10	7	9	10	14	18	7
Mittelwert	12	6	7	9	9	10	10	7	10	8	20
Durchschnitt	12	7	9	10	10	13	10	9	12	10	15
Maximum	12	12	20	20	20	20	20	20	20	20	20
Minimum	12	3	4	2	4	4	4	2	2	2	4

Esslingen:

Tabelle 21: Steuern der Juden von Esslingen, 1377-1389

14 Namen	1377	1378	1379	1380	1382	1383	1384	1384b	1385	1385b	1386	1386b	1387	1388	1389
Micheltrut	5 lb	5lb40dn	8 lb 7,5 S 2 dn	7 lb 30 dn	7 lb 30 dn	7 lb 30 dn	5 lb	5 lb	5 lb	5 lb	5 lb	5 lb	4 lb 40 dn		
Ma(e)nnlin	3 lb		16 lb 6,5 S 2 dn												
Seine Schwester und Schwager			20 lb												
Maier	8 lb 5 S	6,5 lb 4 S	3 lb												
A(e)nselin	12 lb	15 lb		15 lb	16 lb 5 S	16 lb 5 S	15 lb 6,5 S 2 dn	15 lb 6,5 S 2 dn	13 lb 6,5 S 2 dn	13 lb 6,6 S 2 dn	11,5 lb3 S	11,5 lb3 S	9 lb 7,5 S	5 lb 3 dn	
Aenslin filius Männlin											3 lb 7,5 S	3 lb 7,5 S	5,5 lb 30 dn	2,5 lb 6 dn	
Isach		6,5 lb 5 S	6 lb 2 S 30 dn												
Johel, der Schulmeister	16 s 3 dn	1 lb 7, 5 2 dn	3 lb	2 lb	2,5 lb 18 dn										
Tafit	1 lb 30 dn		1 lb 6,5 S 2 dn 10 S	15 S											
Maier von Rothenburg			30 gl 10 S	30 gl											
Moyse von Frankenfurt			20 gl	20 gl	20 fl	20 fl	30 fl	30fl	30 fl	30 fl	30 fl	30 fl	28 lb	18 fl	
Bendit, Bruder von Mos- se von Frankfurt						6,5 lb 30 dn	3 lb 6,5 S 2 dn	3 lb 6,5 S 2 dn	3 lb 6,5 S 2 dn	3 lb 6,5 S 2 dn	3,5 lb 5 S	3,5 lb 5 S	3,5 lb 5 S		

Gütlin, Mosses Schwester							30 S	30 S	30 S	30 S	30 S	30 S	30 S	15 S	
Eberlin, Mosses sun von Frankfurt							1 lb		1 lb	1 lb	10 fl	10 fl	10 fl	10 fl	
Moyse von Werthain Ab 1383 Frau mit Söhnen			20 gl	20 gl	20 gl	20 fl	30 fl gestri- chen		30 fl	30 fl gestri- chen					
Brünlin, verwandt mit Moyse von Werthain						30 dn	15,5 S 2 dn	15,5 S 2 dn	15,5 S 2 dn	15,5 S 2 dn	15,5 S 2 dn	15,5 S 2 dn	16,5 S 2 dn	6,5 S 2 dn	
Josep von ?flingen der Schulmaister				30 S 30 dn											
Calman de Logingen						37,5 S	33 S 4 dn	33 S 4 dn	33 S 4 dn	33 S 4 dn	33 S 4 dn gestr	33 S 4 dn gestr			
Süskint							28 fl	28 fl	28 fl	28 fl	28 fl	28 fl	28 fl	28 fl	
Uxor euis							5 lb		5 lb 1 S	5 lb 1 S	5 lb 1 S	5 lb 1 S	5 lb 1 S	3,5 lb 6 dn	
Diu Juden von Stuggar- ten, Ricklin							22 fl	22 fl	22 fl	22 fl	22 fl	22 fl	22 fl	22 fl	
Itzel von Rotwil et mater							30 S 40 dn	30 S 40 dn	30 S 40 dn	30 S 40 dn	1 lb 30 S	1 lb 30 S	1 lb 30 dn	6 S 3 dn	
Lemlin von Kirchen							2,5 lb	2,5 lb	2,5 lb	2,5 lb	2,5 lb	2,5 lb	2,5 lb		
Isag von Ehingen									2 lb 20 dn	2 lb 20 dn	2 lb 20 dn	2 lb 20 dn	2 lb 20 dn		
Enderlin von Ehingen									33 S 4 dn	33 S 4 dn	33 S 4 dn	33 S 4 dn	33 S 40 dn	16,5 S 2 dn	
Josman von Rüdlingen, smohels sun von o(u)gspurg											10 fl	10 fl	10 fl	10 fl	
Salman													10 fl	10 fl	10 fl
Bela, Enslins Schwager											30 S 40 dn	30 S 40 dn	33 S 4 dn	16,5 S 2 dn	
Bischof											7,5 S		5 S	5 S	5 S
? von Rotenburg													16,5 S 2 dn	8 S 4 dn	
De aliena / von fremdem Gut			5 S 3 dn	6,5S 4 dn	10,5 S 1 lb 5 S		3 S		18 dn	18 dn	12 S 10 S	12 S 10 S	5 S		

De hospes				15S 18 dn 1lb 6,5 S 8,5 S 8 dn	3 dn						16,5 S	16,5 S			
14.1.1 Summe in lb	29 lb 10 S 9 dn	37 lb 6 dn	101 lb 9 dn	87 lb 1 dn	97, 5 lb 9 S 1 dn	103, 5 lb 7,5 S	132 lb 2 S	96 lb 12 S 2 dn	114 lb 16 S 2 dn	114 lb 16 S 2 dn	122 lb 3 dn	121 lb 12 S 9 dn	137,5 lb 7,5 S 4 dn	82 lb 6 S	
Summe in fl¹⁷⁶⁴	37	46	126	109	122	130	165	105	144	144	153	152	172	103	
Maximum in fl	15	19	30	30	20	20	30	30	30	30	30	30	28	28	
Minimum in fl	4	2	2,5	1	3	2,5	2	2	2	2	2	2	0.3	0.3	
Durchschnitt in fl	6	9	14	16	31	19	12	10	9	9	8	8	9	6	
Anzahl Steuerzahler	6	5	9	7	4	7	14	11	16	16	19	18	19	17	

¹⁷⁶⁴ Umgerechnet nach den Angaben bei Kirchgässner, Esslingen. S. 21.

Köln:

Tabelle 22: Steuern der Kölner Juden, 1372-1392

In Gulden	1373	1374	1375	1376	1377	1378	1379	1380	1381	1382	1383	1384	1385	1386	1387	1388	1389	1390	1391	1392
Summe	625	675	725	335	335	375	410	430	365	365	340	330	435	475	459	490	555	592	567	602
Durchschnitt	75	36	52	37	37	38	37	36	37	33	34	33	44	36	35	29	19	20	27	22
Mittelwert	100	50	50	35	35	35	35	35	35	35	35	35	40	40	40	25	10	10	10	10
Minimum	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	20	15	2.5	1.5	4	4	4
Maximum	200	100	100	50	50	50	50	50	50	50	50	75	75	75	75	75	75	75	75	75
Anzahl	7	13	14	10	10	11	13	12	11	10	10	10	10	12	13	17	29	29	27	28

Tabelle 23: Steuern der Kölner Juden, 1414-1424

In Gulden	1414	1415	1416	1417	1418	1419	1420	1421	1422	1423	1424
Summe	478	583	583	558	533	494	549	506	508	463	235
Durchschnitt	20	19	19	20	19	19	17	17	15	15	7
Mittelwert	16	18.5	18.5	18	18	18	16	16	13	13	
Minimum	5	8	8	8	8	8	6	5	5	5	
Maximum	72.5	90	90	90	90	90	90	90	90	90	
Anzahl	24	28	28	28	28	26	32	30	33	32	32

Konstanz:

Tabelle 24: Namenstabelle der Juden in Konstanz, 1418-1433

	1418	1419	1420	1421	1422	1423	1424	1425	1426	1427	1428	1429	1430	1431
Lazarus	Bullenst 1413	RP												
Jentline, Säligmanns wip (erst ab 1428, Tochter des Lazarus (Uk: Säligmann sohn des Ab- rahams von kouburg?))						ag	ag	RPS 60 Ag	ag	Ag	ag	Ag	uk	Ag (bis 34)
Säligmann 1431 in Ulm											ag	Ag		RPS 10
UK: Jakob und Särli VI: Säligmans burder													Uk	RP 5, 213
Ysach der vorsinger Säligmanns swager (uk:sara sin frow, swester von Säligmann) (Uk: josep sin sun und frow)							ag	Ag RPS 5	ag	Ag	ag		Uk	
Samuel Jude von Lindau Seit 1417 Burger 1424 Bürger in Ueberlingen	Vorste- her 1413?		RP	RP		ag	ag	ag	ag	Ag	Ag			
Burline, Tochter von Samuel						ag								
Salomon von Rinveldend	Bürger					ag								
Löw, Sohn von Salomon 1430 in Schaffhausen Bür- ger ¹⁷⁶⁵ zahlt ab 1425 dort Steuern ab 1424 in ZH Bürger, siehe Schutzbrief	Bürger											Ag		

¹⁷⁶⁵ Bei Ammann sind meiner Meinung nach die zwei Löws vermischt. Siehe Schaffhausen und Zürich nachher.

Mosse, Löwen tochtermann (1431: von zell)								RPS 10		ag				RPS? 2
Gütlin	1413					ag	ag	Ag RPS 40	ag	Ag	ag	ag	uk	RPS 18
Löw ihr Sohn, ab 1424 B in Zürich siehe Schutzbrief								AG	ag	ag	ag	ag		
Abraham, Sohn der Gütlin Steuert 25/31 zusammen G Uk: (miriam sin wip), Löws Tochter, Särli sin tohter							ag	Ag RPS	ag	Ag	ag	Ag	Uk	RPS
Eberli (tochtermann der gutlin Steuert zusammen G 25/31 (uk: Rösli sin frow, schmucl der Sohn, Eberlis Swöster)						ag	ag	Ag RPS	ag	Ag	ag	Ag	Uk	RPS
Gotlieb (bereits 1418 bezeugt)	Bullenst VI 1413					ag	ag	Ag	ag	Ag	ag	ag		
Kirssmann, 1425 mit tochter- mann und swager (uk: von marchdorff, hennli- nen sin frow) RP3, 306: Bruder der Moses heisst.	1413						ag	Ag RPS 26	ag	Ag	ag		Uk	
Jacob, Bruder von Kirssmann Zahlt 1425 mit K								RPS		ag				
Gabriel (uk: wiplinen sin frow) tochterman von Kirssmann									ag	Ag	ag	Ag	uk	RPS 5
Süssin Judin						ag	ag	Ag	ag	Ag	ag		uk	
Isach mit tochtermann (seine Frau Bonmilla, Mayr der Sohn mit Frau, Blümli sei- ne Tochter und Michel (zunas von Bingen sohn))								RPS 15					Uk	
Mayrli								RPS 5	ag					
Salman												rp	uk	RPS

(uk: Isaks Bruder) seine Frau sus und deren Swager malko														10
Mosse der alt (sin sun: Isak, Jentlin sin toh- ter)								RPS 10					uk	
Ros	1413/ 16 (RP)							RPS 5					Uk	
Dultetin								RPS 5						
Abraham von St. Gallen (Schönen sin wib: uk)								Ag RPS, 20	Ag	Ag Uk	ag		uk	RPS 6
Boman von Schaffhusen (uk: Michlinen frow, eine Schwester)									Ag	Ag	ag	Ag	uk	RPS 14
Aaron											Ag			
UK: Maytlinen, haimis wip						ag	ag	ag	ag	ag			Uk	
Uk: Mannasis und froden									Ag				Uk	
Uk: Isak der schriber														
Uk: Anglesen des Moses von Merspurg wip Hennlin ir tochter + Löw de- ren Sohn													uk	
Märckli von Mersburg Na AG eher nicht Bürger in K						ag	ag	ag	ag	ag	ag	ag	Uk	
Summe					170			201		128lb 1060b,7v				70

Die Angaben zu den Juden sind:

- Ag: Ammangerichtsbuch
 - den Ratsprotokollen Jahr 1425 und 1431 entnommen
 - Der Säcklerrechnung L 1060b
 - Den Schulden/Bussen/Zinsen-Büchern: L 432 (1433-36) / 433 (-1436) / 434 (1437-1441) / L 862 (1442)
- (Hier sind nicht alle Zahlungen aufgeführt, die Zahlen in Klammern, wird vermutet, dass es bezahlt wurde)

Im AG nicht identifiziert: Nassa Jüdin, Salman, ab 1425 Bürger von Tettngang: verkauft dann auch sein Haus an Gotlieb.

Tabelle 25: Namens- und Steuertabelle der Juden in Konstanz ab 1434

Aufgenommen Maytag 1433 Erste Zahlung Maytag 1434 Beträge in Gulden	1433	1434	1435	1436	1437	1438	1439	1440	1441	1442	1443	1444	1448
Boman (5 J, bleibt nur 3)		5	5	5 (21)		BR-Aufg. RP 6, 333		A v. C. git 18 gl					
Jentli (2 J in gelaits wis) 82 gl / 1437 aufgeteilt: Joseli und Na- se		35	35	12 bezahlt (82 gl)	(12)	24 Jo + Na (3J)	(24)	12					ihr Sohn Josef
Jacob (2 Jahre) (Vermutlich Säligmanns bruder)		15,5	15,5	15	15	31 (3j)	(31)	(31)	4 + 56 (3j)	60 sol			Jakob
Eberli (2 J)		16	16	26 neu für zwei Jahre	(26)								Schmuel Eberlis son, Gütli's Enkel
Abraham von Stain (2 J)				15 gl Nasse gibt es	16	16 (3j)	16	(16)					
Abraham von Colmar, Jud Bomans swager (2 j)				9	9	20 (3)	20	20					Abraham von Colmar
Abraham von Arbon Schönli sin wip ab 1437				8 sin wib zahlt	10 (3)	10	(7)	10 + 3	15 (2j)+ mann Jakob				
Kirsman (2 J) + sin sun (3J)				4	6	6 (3j)	(6)	(6)					
Aron (2)				4									
Gabriel von Wyle(1) Ab 1438 bei Löw drin				20		Zu Löw git stur d							
Eberli (1 j) ¹⁷⁶⁶			26										
Salmans wip (2)				6	6	6	(6)	3 und 3 pfand					
Abraham von Winterthur Löwen bruder, gelait 1/2 j					10								
Salomon von Rinfelden und Löw von Schaffhausen sin sun Und Schaffner, der Gabriel ist						80 gl (5j)	80 Löw tot	77+3	80 Gabriel bezahlt in 1060b/659	Sol 80			Gabriel + Ysak Kinder?
Summe		61,5	87	124	110	193	190	202	155	140			
15 Anzahl Haushalte		4	5	11	9	8	8	9	3	2			

¹⁷⁶⁶ Ist das nicht der gleiche Eberli wie oben, siehe Steuerbetrag.

Tabelle 26: Abgaben der Juden in Konstanz ab 1434

	1434	1435	1436	1437	1438	1439	1440	1441	1442
Anzahl Haushalte	4	5	11	9	8	8	9	3	2
Summe	61,5	87	124	110	193	190	202	155	140
Bis 10 gl	1	1	6	5	3	3	2		
Bis 20 gl	2	2	4	3	2	1	5	1	
Bis 50 gl	1	2	1	1	2	3		1	1
Ueber 50 gl					1	1	1	1	1
Mittelwert	16	16	9	10	20	20	16	60	70
Durchschnitt	15	14	14	12	24	24	22	52	70

Tabelle 27: Einnahmen in Konstanz, 1425-1444

In Gulden	1425	1426	1427	1428	1429	1430	1431	1432	1433	1434	1435	1436	1437	1438
Juden Steuern	201		90				70			61,5	87	124	110	190
Ausserordentliche Abgaben Stadt						20'000								
Ausserordentliche Abgaben Reich										3. Pfennig				
Steuer		867	922 9.7%	890	942	1726			962	783 8 %	787 11 %	445 28 %	437 25 %	523 36 %
Ausbürgersteuern														
Bürgergeld		6	17	33	20	33				42	5			
Ungelt		697	744	561	940	1068		1105	780	727	596	877	910	860
Rechner		210		573	571	771	378	244	307	316	496	356	616	
Wachtgeld		95	98	114	99		99	107			73			
Summe des Einnahmens ¹⁷⁶⁷		2813	2940 ¹⁷⁶⁸ 3%	3066	3207	3984	24135	9405	3390	3475 1.8%	5092 1.7%	6811	3601 3%	4695 4%

¹⁷⁶⁷ Die Angaben zum allgemeinen Finanzhaushalt sind den Rechnungen L 1060a und b entnommen.

¹⁷⁶⁸ Mittelwert aus den Einnahmen von 1426 und 1428.

In Gulden	1439	1440	1441	1442	1443	1444	1445	1446	1447	1448
Juden Steuern	190	202	155	140						
Ausserordentliche Abgaben Stadt						387 gl 236 tug 423 gl Sc 62 lb Sc	900 gl Sc 70 lb Sc	200 gl		
Ausserordentliche Abgaben Reich	3. Pfen- nig									
Steuer	508	803	876	446	881	944				
Ungelt	993	827	718	833	795	825				
Rechner	987	356	584	427	679	970				
Wachtgeld										
Summe des Ein- nehmens	3702 5%	4913 4.1%	3590 4%	3667 3.8%	3607	5429				

Nördlingen:

Tabelle 28: Steuern der Nördlinger Juden im 15. Jahrhundert

In Gulden	1407	1408	1409	1410	1411	1412	1413		1415	1416	1417						
Anzahl	3	3	4	8	9	6	6		8	8	6						
Steuer	60	60	65	112	126	98	92		102	98	67						
Städtischer Anteil	30	30	33	56	63	49	46		51	49	34						
Synagogenzins									28	28	28						
Hauszins	15	22	23	23	21	22	19		19	17	17						
Summe Stadt	45	52	56	79	84	71	65		98	94	79						
Mittelwert Steuer	15	15	15	16	15	16	15		15	15	12						
Durchschnitt Steuer	20	20	16	14	14	16	15		13	12	11						
Summe alle Abgaben																	
Durchschnitt a. A.																	
bis 10 gl			1	3	3	1	1		3	3	3						
bis 20 gl	2	2	2	3	4	4	5		5	5	3						
Bis 50 gl	1	1	1	1	1	1											
Maximum	25	25	25	25	25	25	20		20	20	20						
Minimum	15	15	5	5	5	6	10		2	2	2						

15.1.1 In Gulden	1418	1419	1420	1421	1422	1423	1424	1425	1426	1427	1428	1429	1430	1431	1432	1433	1434	1435	1436
Anzahl	5	5	4	3		8	5	6	4	4	5	5					5	5	5
Steuer	57	53	33	31		93	63	32	25	28	38	4					17	15	15
Städtischer Anteil	29	22	17	16		47	32	16	13	14	19	2					9	8	8
Synagogenzins	28	20	20	20		20	20	20	33	33	83	83					48	65	50
Hauszins	17	17	17	17		27	28	34	15	30	34	20 12,51					2	2	4
Summe Stadt	74	59	54	53		94	70	70	61	77	136	105 12,51							
Mittelwert Steuer	15	12	7	12		11,5	11	5,5	5,5	7	10						4	4	4
Durchschnitt Steuer	11	11	8	10		12	13	5	6	7	8						3	3	3
Summe alle Abgaben	102	90	70	68		140	111	86	73	91	155						67	82	69
Durchschnitt a. A.	20	18	18	23		18	22	14	18	23	31						13	16	14
bis 10 gl	2	2	2	1		2	1	6	2	1	1	1					3	1	1
bis 20 gl	3	3	2	2		5	1		1	2	1						1	3	3
Bis 50 gl						1	3		2	1	3	3					1	1	1
Maximum	20	20	15	15		22	25	10	30	30	35	28					40	27	27
Minimum	2	2	2	4		4	4	3	7	9	9	6					2	6	9

15.1.2 In Gulden	1437	1438	1439	1440	1441	1442	1443	1444	1445	1446	1447	1448	1449	1450	1451	1452	1453	1454
Anzahl	5	5	4	5	5	4	3	6	6	6	6	7	7	6	3	3	4	
Steuer	11	20	18	16	24	12	12	14	22	22	22	27	27	5	10	10	10	
Städtischer Anteil	11	20	18	16	24	12	12	14	22	22	22	27	27	5	10	10	10	
Synagoge	59	43	48	43	53	52	40	64	66	66	66	86	86	68	30	30	42	
Hauszins			7	11	11	4	4	4	4	14	14	10	14	4	4	4	4	
Summe	70	63	73	70	88	68	56	82	92	102	102	123	127	77	44	44	56	
Mittelwert	14	14	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	12	16	16	16	
Durchschnitt	14	13	17	12	13	16	17	13	15	15	15	16	16	12	13	13	13	
bis 10 gl		1		2	1			1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
bis 20 gl	5	4	4	3	3	4	3	5	5	5	5	5	5	4	2	2	3	
Bis 50 gl					1							1	1	1				
Maximum	16	18	18	16	21	20	20	16	16	16	16	25	25	25	16	16	16	
Minimum	12	4	16	1	8	12	12	12	8	8	8	8	8	8	8	8	8	

15.1.3 In Gulden	1461	1462	°1463	°1464 1769	1465	1466	1467	1468	1469	1470	1472	1473	1474°	1476	1477	1478	1479	1480
Anzahl	6/4	7/8			7/6	8/8	8/6	7/5	7/8	7/7	8/8	9/8	5/5	5/5	5/5	5/5	6/5	5/5
	5	8			7	8	8	7	9	7	8	9	5	5	5	5	6	5
Steuer	38	41			53 ¹⁷⁷⁰	48	49	55	32	31	32	37	17	20	17	17	23	17
Synagoge	80	153			132	116	115	95	119	103	108	107	58	58	58	58	58	58
Summe	118	194			188	164	164	150	151	134	140	144	75	78	75	75	81	75
Mittelwert	26	26			26	26	26	26	20	26	19,5	12	12	15	12	12	9	12
Durchschnitt	24	24			27	21	21	21	17	19	18	16	15	16	15	15	14	15
bis 10 gl	2	1				2	2	1	2	1	2	3	2	2	2	2	3	2
bis 20 gl		2			1	1	1	2	4	2	2	2	1	1	1	1	1	1
Bis 50 gl	4	6			6	5	5	4	3	4	4	4	2	2	2	2	2	2
Maximum	26	26			35	34	35	35	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
Minimum	4	8			15	7	6	7	5	6	5	5	5	5	5	5	5	5

15.1.4 In Gl	1481	1482	1483	1484	1485	1486	1487	1488	1489	1490	1491	1492	1493	1494	1495	1496	1497	1498	1499
Anzahl	6/6	7/7	6/5	10/9	10/9	11/10	11/10	12/11	13/10	11/10	6/8	6/6	7/7	5/5	8	9	9	9	10
	6	7	6	10	10	11	11	12	13	11	8	6	7	5	8	9	9	9	10
Steuer	14	23	28	36	36	52	53	54	58	34	19	18	23	15					
Synagoge	68	71	83	116	116	148	151	155	124	103	80	56	66	49					
Summe	82	94	111	152	152	200	204	209	182	147	99	74	99	64	73	76	68	61	64 7 lb
Mittelwert	12,5	12	18,5	12	12	14	12	12,5	12	10	9	10,5	11	11	9,5	9	5	4	4,5
Durchschnitt	14	13	19	15	15	18	19	17	14	13	12	12	14	13	9	8	8	7	7
bis 10 gl	2	2	2	3	1	1	3	3	5	7	5	3	3	2	5	6	7	7	8
bis 20 gl	2	3	1	4	5	5	4	4	4	1	3	2	3	2	3	3	2	2	2
Bis 50 gl	2	2	3	3	4	4	4	4	3	3	1	1	1	1	1				
Maximum	5	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	5	5	5	3	2	2	2	2
Minimum	26	26	40	40	40	40	40	40	40	26	26	26	26	26	18	18	18	18	18

¹⁷⁶⁹ ° 1475 Kein Eintrag

¹⁷⁷⁰ Einzelzahlen werden bei der Steuer dazu gezählt.

	1500	1501	1502	1503	1504	1505	1506
15.1.5 Anzahl	11	13	12	13	13	12	10
Steuer							
Synagoge							
Summe	76	77	60	67	67	66	45
Mittelwert	4	4	4	4	4	4	4
Durchschnitt	7	6	5	5	5	6	5
bis 10 gl	8	11	11	12	12	10	10
bis 20 gl	4	3	2	2	2	2	1
Bis 50 gl							
Maximum	18	14	15	15	15	15	14
Minimum	2	2	1	1	1	2	1

Tabelle 29: Einnahmeposten aus den Nördlinger Stadtrechnungen, 1407-1500

In Gulden	1407	1408	1409	1410	1411	1412	1413	1415	1416	1417	1418	1419	1420	1423	1424
EINNAHMEN															
Steuer der Juden	45	52	56	79	84	71	65	98	94	79	74	59	54	94	80
Ungelt	1258 3.6 %	2185 2.4 %	2154 2.6 %	2203 3.6 %	2714 3.1 %	2534 2.8 %	2368 2.7 %	2354 4.2 %	2449 3.8 %	2107 3.8 %	2135 3.5 %	2565 2.3 %	2371 2.3 %	2669 3.5 %	2735 2.9 %
Vermögenssteuer	2694 1.7 %	2948 1.8 %	3135 1.8 %	3245 2.4 %	3197 2.6 %	3283 2.2 %	3267 2 %	3451 2.8 %	2544 3.7 %	2731 2.9 %	1753 4.2 %	1978 3 %	2933 1.8 %	2660 3.5 %	2725 2.9 %
Nachsteuer	386	84	204	857	117	216	133	250	729	74	85		653	249	
Wachtgelt	137	156	149	149	177	154	158	116	140	136	128		183	421	407
Grabgelt			84	211	255	264	62	30	12	28				39	
Bürgergeld	25	57	38	52	54	49	42	73	90	81	72		142	109	
Torzoll	209	216	276	239	261	212	278	248	231	178	198	252	264	348	276
Bussen	38	143	99	72	127	88	43	87	76	42			76	125	
Leibding verk.	2929	1120	2827	1455	1135	1614	1780	300	3436	2200	5588	5100	780	2550	
Gesamteinnahmen	12692 0.4 %	11278 0.5 %	14527 0.4 %	14478 0.6 %	14114 0.6 %	15146 0.5 %	15070 0.4 %		14873 0.6 %	19610 0.4 %		15592 0.4 %	12960 0.4 %	17058 0.6 %	15367 0.5 %
Barschaft und Schulden	2431	2579	6017	4101	3568	4812	3046	4480	2981	4802	1495	2881	3996	5504	7107
AUSGABEN															
Leibding und Gült	2929		2762	11524	2943	3297	4595	4304	4167	4200	3883	4089	4156	4317	4264
Abgelöste Schuld	2636	550	1410	1970	2080	1804	2918	1000	0675	1254	400	1000		200	2000
Reichssteuer		60		240	240	240	240	240	240	240		252	252	253	252

In Gulden	1425	1426	1427	1428	1429	1434	1435	1436	1437	1438	1439	1440	1441	1442	1443
EINNAHMEN															
Steuern Juden	70	61	77	136	112	59	75	62	70	63	73	70	88	68	56
Ungelt	2019 3.5 %	1393 4.4 %	2614 2.9 %	2987 4.6 %	2072 5.4 %	2350 2.5 %	719 10.4 %	883 7 %	2068 3.4 %	1872 3.4 %	2071 3.5 %	7715 0.9 %	8648 1 %	2682 2.5 %	3355 1.7 %
Vermögenssteuer	2616 2.7 %	2721 2.2 %	1491 5.2 %	1526 8.9 %	1545 7.2 %	1552 3.8 %	1517 4.9 %	1547 4 %	1486 4.7 %	1439 4.4 %	1371 5.2 %	1401 5 %	1509 5.8 %	1673 4.1 %	1503 3.7 %
Nachsteuer	495	451	168	173	70	42	133	31	410	134	87	25	103		616
Wachtgelt	415	381	340	357	359	300	264		180		164	207	297	203	125
Grabgeld				73											
Bürgergeld	198	109	167			23	61	26	59		83	62			
Torzoll	323	323	256	281	324	268	264	187	278	203	300	202	294	423	258
Bussen	93	160	41	58	37		16	327	106	85	82	28	82	142	157
Leibding verk.	1036	50	2602	700	909	1837	415	1625				8460	4104	2408	12030
Gesamteinnahmen	9036 0.8 %	15536 0.4 %	20258 0.4 %	13322 1 %		13622 0.4 %	10978 0.7 %	9428 0.7 %	24114 0.3 %		9851 0.7 %			12849 0.5 %	24716 0.2 %
Barschaft und Schulden	4444	5337		4593	3067	2476	1761	1017	1517	2445		708		2015	2985
AUSGABEN															
Leibding und Gült	3946	3885	4031	3757	3525	3545	3528		3551	4241	3922	3791	4370	4244	4834
Abgelöste Schuld	470	100	3800		2220			540		1294		268		95	1050
Reichssteuer	252	127	127	127	127	300 lb	300	300	1200 lb	1200 lb	1200 lb	1200 lb	1200 lb	1200lb	1200lb

In Gulden	1444	1445	1446	1447	1448	1449	1450	1451	1452	1453
EINNAHMEN										
Steuern Juden	82	92	102	102	123	127	77	44	44	56
Ungelt	3366 2.4 %	2788 3.3 %	3472 3 %	3621 2.8 %	3265 3.8 %	2158 6 %	2041 3.7 %			
Vermögenssteuer	1709 4.8 %	1745 5.3 %	3387 3 %	1831 5.6 %	1842 6.7 %	3199 4 %	3127 2.5 %			
Nachsteuer	84	19	56	101	148	-	158			
Wachtgelt	150	139	236	280	253	205	214			
Bürgergeld	40	74	44	41	60	90	46			
Torzoll	295	245	266	247	316	217	170			
Bussen	63	79	43	74	83	90	31			
Leibding verk.	8707	6414	2256	3800	4327	4408	3289			
Gesamteinnahmen		18561 0.5 %	17175 0.6 %	15811 0.6 %	15774 0.8 %	26390 0.5 %	22397 0.3 %			
Barschaft und Schulden	1500	2977	2391	2336	1106	1183	5466			
AUSGABEN										
Leibding und Gült	5191	4297	5148	5464	5588	5434	5827			
Abgelöste Schuld	1617	4075	4071	3181	1694	210	4140			
Reichssteuer	1200	1200 lb	600	1200 lb	1200 lb	1032	1200			

In Gulden	1461	1465	1470	1474	1480	1485	1490	1495	1499
EINNAHMEN									
Steuern Juden	118	177	134	75	75	152	137	73	70
Ungelt	3444 3.4 %	2759 6.9 %	2797 4.8 %	2946 ¹⁷⁷¹ 2.5 %	3313 2.3 %	3150 4.8 %	2852 4.8 %	3299 2.2 %	3293 2.1 %
Vermögenssteuer	2650 4.5 %	2374 7.5 %	1423 9.4 %	1482 12 %	1677 4.5 %	1591 10 %	1614 8.5 %	1557 4.7 %	1773 4 %
Paktgeld	38	44	31	62	381	56	54	63	356
Nachsteuer	41	4224	184	236	101	90	357	115	83
Wachtgelt			198	193	148		197	202	153
Bürgergeld	66	101	76	142	78	104	104	164	79
Bussen	49	72	64	60	128	43	133	42	48
Leibding verk.	530	747	5056	5369	1100	4611	600	3072	200
Gesamteinnahmen		21941 0.8 %	22312 0.6 %	31209 0.2 %	24458 0.3 %	28916 0.5 %	23282 0.6	21473 0.3 %	20378 0.3 %
AUSGABEN									
Leibding und Gült	6642	6186	5053	5369	4836	1859	5715	5342	5115
Abgelöste Schuld	2298	4448	3801	5569	5182	3281	736	2127	497

¹⁷⁷¹ 1475

Rothenburg:

Tabelle 30: Die Abgaben der Juden in Rothenburg o.T. im 15. Jahrhundert

	1432	1433	1434	1435	1436	1437	1438	1439	1440	1441	1442	1443	1445	1446	1447	1448	1449	1450
Summe	134	140	170	190	186	194	194	252	266	230	156	132	216	182	329	378	408	368
Durchschnitt	27	28	28	27	27	24	26	25	22	21	20	26	36	36	41	47	45	46
Mittelwert	34	34	26	24	24	24	24	24	24	24	24	24	44	44	44	47	44	47
Minimum	8	8	16	16	16	4	4	4	4	4	4	4	38	44	38	38	38	38
Maximum	44	44	44	44	44	44	44	44	44	34	24	44	44	44	54	54	50	50
Anzahl	5	5	6	7	7	8	8	10	12	11	8	5	6	5	8	8	9	8

	1459	1460	1461	1462	1463	1464	1465	1466	1467	1468	1469	1470	1471	1472	1473	1474	1475	1476	1477	1478	1479
Summe	189	218	143	167	192	211	183	165	182	227	218	270	186	242	131	156	130	166	24	120	126
Durchschnitt	27	22	18	21	24	21	18	15	20	21	18	25	31	27	33	31	43	33	8	30	18
Mittelwert	24	20	19	22	23	18	20	12	16	20	18	20	22	20	26	32	34	34	7	34	17
Anzahl	7	10	8	8	8	10	10	11	9	11	12	11	6	9	4	5	3	5	3	4	7

	1480	1481	1482	1483	1484	1485	1486	1487	1488	1489	1490	1491	1492	1493	1494	1495	1496	1497	1498
Summe	222	188	188	188	239	222	239	188	415	364	345	328	216	186	118	106	79	68	90
Durchschnitt	25	24	24	24	22	22	22	21	29	28	29	30	27	27	20	21	20	14	15
Mittelwert	34	26	26	26	17	17	17	17	34	34	34	34	34	34	17	17	21	17	19
Anzahl	9	8	8	8	11	10	11	9	16	13	12	11	8	7	6	5	4	5	6

	1499	1500	1501	1502	1503	1504	1505	1506	1507	1508	1509	1510	1511	1512	1513	1514	1515	
Summe	85	85	85	86	85	85	118	121	118	126	106	65	119	114	80	114	124	
Durchschnitt	21	21	21	17	21	21	24	20	24	18	18	16	15	29	27	23	25	
Mittelwert	22	22	22	22	22	22	22	20	22	17	17	17	15	34	34	34	34	
Anzahl	4	4	4	5	4	4	5	6	5	7	6	4	8	4	3	5	5	

Schaffhausen:

Tabelle 31: Die Abgaben der Juden im Vergleich zu den allgemeinen städtischen Finanzen Schaffhausens, 1420–1443

Jahr	Steuerzahler ¹⁷⁷²	Jahresabgaben der jüdischen Gemeinde in fl	Anteil der jüdischen Steuern an den Gesamteinnahmen in %	Städtische Jahreseinnahmen aus den Stadtrechnungen in fl ¹⁷⁷³	Städtische Vermögenssteuern in fl	Bürgerrecht in fl	Abzug in fl	Wachtgeld in fl	Weinzoll in fl	Mülzoll in fl
1420	Löw	50			1101,30 (4.54 %) ¹⁷⁷⁴	105		66		
1421	Baumann: 50 fl Löw: 50 fl	100			1072,54 (9.32 %)	5	173.45	66		
1422	Baumann	50				10	24.72	66	1891	168.27
1425	Baumann: 35 fl junger Löw: 25 fl Löw: 19 fl	79				50	20.5	66		
1427	Der gros Löw	64					9.09	66		
1428	Gros und clain Löw	70	0.30	11052,37	1171 (6 %)	15*	22.51* ¹⁷⁷⁵	66	1416.74	162.18
1429	Gros Löwin: 36 fl Gros Löw: 28,5 fl	64	0.73	8802,47	1135,59 (5.64 %)	5	33.38	66	1467.25	162.81

¹⁷⁷² Die Angaben in Spalte zwei und drei sind den Stadtrechnungen der entsprechenden Jahrgänge entnommen.

¹⁷⁷³ Die Angaben in den Spalten fünf bis elf sind der Dissertation von Oliver Landolt entnommen.

¹⁷⁷⁴ Die Zahl in Klammern steht für den Teil der Vermögenssteuer, der der Höhe der Steuerabgaben der Juden entspricht.

¹⁷⁷⁵ Der Stern * bedeutet, dass beide Halbjahresbände überliefert sind.

1430	Gr.+ cl. Löw: 70 fl Swaher, sweger + sun: 6 fl	76	0.89*	8896*				66		
1431	Gros und clain Löw	70	0.79*	8896*				66		
1432	Gros und clain Löw	70	0.79*	8896*			235.52*	66	1098.47	146.22
1434	Gros und clain Löw	77	0.86	8989,20	564,38 (14 %)	5*	648.5*	66	1197.08	131.70
1435	Löw jud an sinen sturen: 15 fl Salmon: 6 fl	21	0.22	9435,9219	548.81 (14,6 %)		8.5*	66	1227.57	133.68
1436/37	Löw + sin vetter	80	1.05	7587,22	617,75 (13 %)	30*	6.88*	66	1196.00	141.15
1438/39	Löw	50	0.66*	7614*			0	66		
1440	Simon, erbe Löws	50	0.66*	7614*				66		
1441	Aron, erbe Löws	40	0.53*	7614*		25*	84.88*	66	925.79	142.25
1442/43	Einnahmen allge- mein	172		7641,05	653,64	30*	47.59*	66	1076.50	126.02
1443/44	Haylin: 7 fl Simon + Jeglin: 11 fl	18			666,36		83	66		

Tabelle 32: Die Abgaben der Juden im Vergleich zu den allgemeinen städtischen Finanzen, 1458/59–1468/69

Jahr	Jüdische Steuer- zahler ¹⁷⁷⁶	Jahresabgaben der jüdischen Gemeinde in fl	Sonderabgaben In fl	Städtische Jahreseinnahmen aus den Stadtrechnungen in fl ¹⁷⁷⁷	Städtische Vermögenssteuern in fl	Bürgerrecht In fl	Abzug In fl	Wachtgeld In fl	Weinzoll In fl	Mülizoll In fl	Wuchenspfennig In fl
1458/59	Salomon Mosse	200		6638 (3%) ¹⁷⁷⁸	1550 (13%)	10	129	69	539	256	238
1459/60	Salomon Salomon Mosse	230		6443 (3,6%)	2373 (10%)	20	5	69	684	288	
1460/61	Salomon Mosse Schmoel Mayer	328	100	13519 (2,4%)	2210 (15%)	12	14	69	681	344	
1461/62	Salomon Mosse Schmoel Mayer	270	75	6495 (4%)	1564 (17%)	35	152	69	642	271	
1463/64	Salomon Mayer	200		5656 (3.5%)	1238 (16%)	20	106	69	648	263	
1464/65	Salomon Mayer Rafael	300		5625* (5.3%)		20	17	69	703	280	
1465/66	Mayer Rafael (Salomon)	300		5625* (5.3%)		35	0.8	69	532	279	
1466/67	Mayer Rafael Jacob	302		5593	1261	18	14	69	591	264	

¹⁷⁷⁶ Die Angaben in Spalte zwei und drei sind den Stadtrechnungen der entsprechenden Jahrgänge entnommen.

¹⁷⁷⁷ Die Angaben in den Spalten vier bis elf sind der Dissertation von Oliver Landolt entnommen. Das Zeichen * bedeutet, dass die Angaben für die betreffenden Jahren fehlen und die Zahlen aus den Angaben des vorangehenden Jahres und des nachfolgenden Jahres errechnet wurden.

¹⁷⁷⁸ In Klammern wird angegeben in welchem prozentualen Verhältnis die Abgaben der Juden zu den Jahreseinnahmen sowie den Vermögenssteuern stehen.

	(Salomon)										
1467/68	Mayer Rafael Jacob Hirtz Salomon	330		5320	1520	30	258	69	535	243	
1468/69	Mayer Rafael Hirtz Mennli	230		6761	1454	20	37	69	497	218	